This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

+ *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.

+ *Refrain from automated querying* Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.

+ *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.

+ *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at `http://books.google.com/`

Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

+ *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.

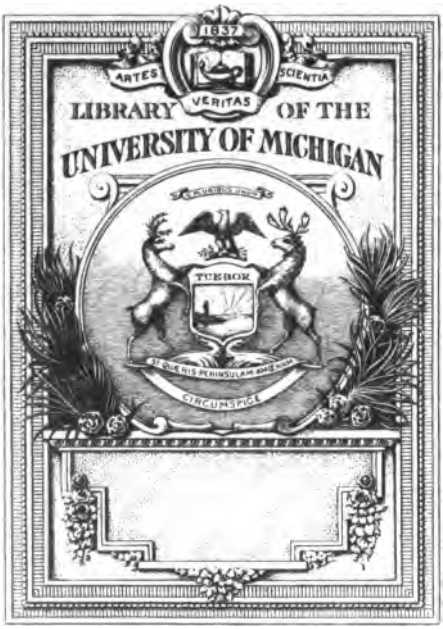
+ *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.

+ *Beibehaltung von Google-Markenelementen* Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.

+ *Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität* Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter `http://books.google.com` durchsuchen.


1837
ARTES
SCIENTIA
VERITAS
LIBRARY OF THE
UNIVERSITY OF MICHIGAN
TUEBOR
CIRCUMSPICE

D
2
D4

Deutscher Geschichtskalender 1903

1

Königl. Ministerium der öffentlichen Arbeiten Bibliothek

Deutſcher

Geſchichtskalender

für 1903

Sachlich geordnete Zuſammenſtellung

der

politiſch wichtigſten Vorgänge im In- und Ausland

Von

Profeſſor Dr. Karl Wippermann

Erſter Band

F. Bz. 17174

Königl. Ministerium der öffentlichen Arbeiten Bibliothek

Leipzig

Verlag von Fr. Wilh. Grunow

1904

K. 5.

1.

Inhalt.

Das Deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt: Der Kaiser.

	Seite
Danksagung für die Wünsche zum Geburtstag	1
Schreiben über Professor Delitzschs Vortrag „Babel und Bibel“	1
Trinkspruch in Dresden auf den König Georg von Sachsen	6
Trinkspruch in Kopenhagen auf König Christian	7
Telegramm aus Berlin an König Christian	8
Schreiben an den Präsidenten des Deutschen Flottenvereins	8
Begrüßung bei der Ankunft in Rom	9
Trinkspruch in Rom auf den König Viktor Emanuel	9
Besuch beim Papst Leo XIII.	10
Ansprache an den Bischof Benzler in Metz	11
Ansprache auf dem Truppenübungsplatze in Döberitz	11
Rede an die Offiziere im Lager von Döberitz	12
Rede beim Festmahle des Sängerbundes in Frankfurt a. M.	14
Ansprache an die Leiter der Gesangvereine beim Sängerbundsfeste	15
Telegramm an den Oberbürgermeister Kirschner von Berlin	18
Trinkspruch beim Festmahle der Denkmals-Enthüllung in Hamburg	18
Rede beim Festmahle auf dem Dampfer „Moltke“ vor Kuxhaven	21
Rede in Kiel beim Mahle des nordamerikanischen Botschafters	22
Telegramm aus Kiel an Präsident Roosevelt in Washington	23

Zweiter Abschnitt: Ministerielle Erlasse.

I.	Verfügung bezüglich polizeilicher Mißgriffe	24
II.	Erlaß bezüglich der Volksschule	24

Dritter Abschnitt: Reden von Ministern.

I.	Reden des Ministers Möller in Köln	25
II.	Ansprache des Reichskanzlers an den Deutschen Landwirtschaftsrat	27
III.	Rede des Ministers Möller in Bremen	30
IV.	Rede des Ministers Möller in Hannover	31
V.	Aus der Rede des Ministers Grafen Posadowsky zur Eröffnung des Deutschen Handelstags	31
VI.	Rede des Ministers Möller beim Festmahle des Deutschen Handelstags	32
VII.	Rede des Ministers Möller in Magdeburg	33
VIII.	Der Reichskanzler an eine Abordnung aus Bromberg	35

Seite

Vierter Abschnitt: Parteibewegung.

I. Nachklänge der Zolltarifkrisis 36
II. Bund der Landwirte 40
III. Bund der Kaufleute 44
IV. Zur Frage des Jesuitengesetzes 47
V. Feier des Papstjubiläums 70
VI. Polnische Bewegung 71
VII. Sozialdemokratische Partei 75
VIII. Anarchisten 78
IX. Ueber das Schreiben des Kaisers bezüglich „Babel und Bibel“. 78

Fünfter Abschnitt: 2. Tagung des 10. Reichstags.

(6. Teil.)

Finanzielle Angelegenheiten:
I. Reichshaushaltsetat für 1903:
Die Vorlage 89
Erste Beratung:
Einführung durch Staatssekretär v. Thielmann 90
Schädler gegen Ignorierung des föderativen Charakters des Reichs 91
Erwiderung des Reichskanzlers 92
Der Reichskanzler über die soziale Gesetzgebung und sein Verhältnis zum Kaiser 96
Der Reichskanzler über Wesen und Streben des Kaisers . . 99
Bebel gegen Hungertarif und Weltpolitik 102
Erwiderung des Reichskanzlers 105
Zweite Beratung:
Ueber Neueinteilung der Reichstagswahlkreise 107
Diätenfrage 108
Frage des Jesuitengesetzes 108
Lebebour über Weltpolitik 110
Erwiderung des Reichskanzlers 110
Der Reichskanzler über die Burengenerale 111
Graf Posadowsky über Arbeiterschutz 113
Wohnungsfrage 114
Minister Budde über Koalitionsfreiheit der Arbeiter . . . 115
Die theologische Fakultät der Universität Straßburg . . . 116
Militärpensionsgesetz 118
Duellfrage 119
Truppenübungsplatz Neuhammer 120
Der Reichskanzler über den Dreibund und Orientfragen . . 121
Rumänische Juden 123
Kolonialfragen 124
Dritte Beratung 125
Feststellung des Reichshaushaltsetats 126
II. Nachtragsetat 126
III. Beihilfen und Ehrensold für Kriegsveteranen 127
IV. Ergänzung des Reichsbeamtengesetzes 128
Erklärungen zum Zolltarif 128
Aenderung des Reichswahlreglements 129

Seite

Gesetzgebung über Handel und Verkehr:
I. Vertrag mit der Schweiz und Italien wegen Patent-, Muster- und Markenschutz 129
II. Novelle zur Seemannsordnung 130
III. Phosphorzündwaren 130
IV. Frage der Handelsverträge 131
Soziale Angelegenheiten:
I. Novelle zum Krankenversicherungsgesetz 131
II. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben 133
Fragen der Polenpolitik 135
Militärisches 138
Auswärtige Angelegenheiten:
I. Denkschrift über den Streit mit Venezuela 138
II. Staatsvertrag mit Luxemburg 139
Koloniale Angelegenheiten:
I. Denkschrift, betr. die Deutsch-ostafrikanische Gesellschaft 139
II. Denkschrift, betr. das Kiautschougebiet 141

Sechster Abschnitt: 5. Tagung des 19. preußischen Landtags.

Eröffnung 142
Konstituierung 144
Finanzielle Angelegenheiten:
I. Staatshaushaltsetat für 1903:
1. Die Vorlage und ihre Einführung 144
2. Erste Beratung im Abgeordnetenhause:
Ministerpräsident Graf Bülow über die Ostmarkenpolitik . . 146
3. Zweite Beratung im Abgeordnetenhause:
Absage des Ministers v. Podbielski an den Bund der Landwirte 151
Minister v. Hammerstein über polizeiliche Mißgriffe . . . 152
Gefängnisordnung 153
Polizeischulen 153
Minister v. Hammerstein über Vorgänge in Posen 153
Ueber geheime Stimmabgabe bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause 155
Minister v. Hammerstein über Theaterzensur 155
Programmrede des Ministers Budde 156
Vereinfachung der Personentarife 157
Ueber sozialdemokratische Eisenbahnarbeiter 157
Ueber den Erlaß des Bischofs von Trier 159
Ueber das Jesuitengesetz 159
Liberale Theologie 160
Ministerial-Direktor Althoff über die Wirkungen der Schulreform 161
Schuldotationsgesetz 162
Alkoholfrage 163
Ostmarkenpolitik 164
Dritte Beratung im Abgeordnetenhause 166

Seite

Beratung im Herrenhause:
Ostmarkenpolitik 167
Minister Budde über den Eisenbahnetat 168
Ueber Professoren der Theologie 168
Etatsgesetz 171
II. Nachtragsetat 171
III. Gesetz über Wohnungsgeldzuschuß 172
IV. Ausgleichsfonds für die Eisenbahnverwaltung 172
V. Erwerb der Ostpreußischen Südbahn 174
VI. Erwerb von Eisenbahnen für den Staat 174
VII. Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes . 175
VIII. Lage der Militäranwärter 175
IX. Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern 176

Verwaltungsangelegenheiten:
I. Befähigung für den höhern Verwaltungsdienst 176
II. Regelung des Feuerlöschwesens 179

Soziale Angelegenheiten:
I. Notstandssache 180
II. Feuerbestattung 181
III. Kurhospitäler und Genesungsheime für Eisenbahnbeamte . . . 181
IV. Bildung von Rentengütern 181

Kirchliche Angelegenheiten:
Ueber den Erlaß des Bischofs von Trier 187

Schulangelegenheiten:
I. Regelung der Schulpflicht 188
II. Gestütsschulen 189

Angelegenheiten des Handels und Verkehrs:
I. Kündigung der Handels- und der Meistbegünstigungsverträge . 189
II. Schiffahrtskanal vom Rhein zum Dortmund-Emskanal . . . 190

Landestrauer 191

Siebenter Abschnitt: Evangelische Kirche.

Verbindung der deutschen Landeskirchen 192

Achter Abschnitt: Katholische Kirche.

I. Die freiere Richtung im Katholizismus und die Bischöfe . . . 198
II. Schulstreit in Trier:
1. Erlaß des Bischofs Korum 202
2. Die Presse über diesen Erlaß 210
3. Zurückziehung des bischöflichen Erlasses 210
III. Erzbischof Fischer von Köln 212
IV. Hirtenbrief des Kardinal-Fürstbischofs von Breslau 214

Neunter Abschnitt: Innere Reichsangelegenheiten.

I. Beratungen über die Reform des Strafprozesses 216
II. Die Frage der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens 217
III. Die Frage der Reichsfinanzen 218

Seite

Zehnter Abschnitt: Beziehungen zum Auslande.

I. Verhältnis zu Rußland 219
II. Verhältnis zu Großbritannien und Kanada 220
III. Verhältnis zum Papst Leo XIII. 222
IV. Verhältnis zu Serbien 223
V. Verhältnis zu Nordamerika 224
VI. Verhältnis zu Venezuela 224

Elfter Abschnitt: Bismarckgedenkfeiern 226

Zwölfter Abschnitt: Neuwahlen zum Reichstage.

I. Wahlbewegung der Parteien:
1. Wahlaufruf der deutsch-konservativen Partei 227
2. Wahlparole des Bundes der Landwirte 229
3. Wahlaufruf der Reichspartei 231
4. Wahlaufruf der nationalliberalen Partei 233
5. Wahlaufruf der Freisinnigen Vereinigung 235
6. Wahlaufruf der Freisinnigen Volkspartei 236
7. Wahlaufruf des Vorstands der Zentrumsfraktion 237
8. Aufruf zur Abwehr des Ultramontanismus 239
9. Wahlaufruf der deutsch-hannoverschen Partei 240
10. Wahlaufruf der braunschweigischen Vaterländischen Vereinigung 241
11. Rundschreiben des Handelsvertragsvereins 242
12. Wahlaufruf des polnischen Wahlvereins für Oberschlesien . 242
13. Wahlaufruf des polnischen Hauptwahlkomitees für Rheinland und Westfalen 243
14. Wahlaufruf des Ostmarkenvereins 244
15. Wahlaufruf der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags 244
II. Die Wahlen vom 16. Juni 248
III. Die Stichwahlen 252
IV. Die Parteien über das schließliche Wahlergebnis 253

Dreizehnter Abschnitt: Die Parteien über die Rede des Kaisers in Hamburg 256

Vierzehnter Abschnitt: Schutzgebiete.

I. Vorträge der Gouverneure von Deutsch-Ost- und von Süd-Westafrika 259
II. Kolonialbund 260
III. Togo 261
IV. Kamerun 261

Fünfzehnter Abschnitt: Totenliste 261

Sechzehnter Abschnitt: Veränderungen in den höhern Beamtenstellen 262

Seite

Oesterreich-Ungarn.

A. Oesterreich.

I. Deutsch-tschechische Verständigungs-Konferenz 264

II. Reichsrat:

1. Ausgleich mit Ungarn 267
2. Zuckerkonvention 269
3. Wehrgesetz 270
4. Rentenumwandlung 274
5. Aus der Budgetberatung 275
6. Ueber Vorgänge in Laibach 276
7. Angriff auf den Thronfolger 277
8. Ueber auswärtige Vorgänge 277

III. Theaterzensur 278

IV. Unruhen in Laibach 279

V. Großpolnische Bewegung 279

B. Ungarn.

I. Reichstag I:

1. Die Frage des Ausgleichs mit Oesterreich 281
2. Wehrgesetzvorlage 282
3. Ueber auswärtige Angelegenheiten 284

II. Unruhen 286

III. Reichstag II:

1. Ueber die Unruhen in Pest 286
2. Duellfrage 286
3. Budget 287
4. In der Krisis 288

IV. Ministerium Graf Khuen-Hedervary 289

V. Reichstag III (Programm des Ministeriums) 290

VI. Kroatien 290

Rußland.

I. Budget 291

II. Zolltarif 292

III. Aufruf der sozialdemokratischen Arbeiterpartei 292

IV. Unruhen 293

V. Sozialer Erlaß des Kaisers 294

VI. Landgemeindevertretung 295

VII. Finnland 296

VIII. Bericht des Ministers Witte über den Osten des Reichs . . . 296

IX. Beziehungen zum Auslande:

1. Verhältnis zu Großbritannien bez. der Zuckerkonvention . . 297
2. Handelsvertrag mit Persien 298
3. Fragen des Orients 298
4. Verhältnis zu China 300

Seite

Frankreich.

I. Neuwahlen zum Senat 301
II. Nationalversammlung:
1. Budget:
Ueber die Politik im Allgemeinen 301
Etat des Aeußern 306
Kultusetat 308
Militaretat 309
Marinetat 309
2. Ueber die Kirchenpolitik:
Die Frage der Genehmigung der geistlichen Orden 310
Ueber die weitere Ausführung des Kongregationsgesetzes . . 314
Säkularisation der Ordensmitglieder 316
3. Wehrgesetz 317
III. Deschanel über die Revanchefrage 318
IV. Kirchenpolitische Kundgebungen 319
V. Programm des französischen Reformsozialismus 321
VI. Präsident Loubet und Algerien 323

Großbritannien und Irland.

I. Das Parlament bis Ostern:
1. Eröffnung 326
2. Beratungen der Adresse 326
3. Ueber Heer und Marine 331
4. Irische Landbill 334
5. Londoner Hafen-Bill 335
II. Reden von Staatsmännern:
A. Chamberlain über Gemeinschaft mit Deutschland gegen Venezuela 335
Lord Hamilton über das Verhältnis zu Deutschland . . . 336
Balfour über dasselbe Thema 336
Chamberlains Programmrede über die Reichspolitik . . . 337
Lord Rosebery über Reichsregierung und Kolonien 340
Campbell-Bannerman über Chamberlains Ziele 341
Balfours Ansprache an Chamberlain 341
Sir W. Harcourt gegen Chamberlains Pläne 342
Lord Rosebery über die Technische Hochschule in Charlottenburg 342
III. Das Parlament seit Ostern:
6. Transvaal-Anleihe 343
7. Budget 343
8. Ueber die Zollpolitik 345
9. Ueber auswärtige Fragen 352
IV. König Eduard 354
V. Kundgebungen gegen das Londoner Schulgesetz 355

Seite

VI. Kolonien:
1. Malta 356
2. Kanada 356
3. Südafrika 357
4. Chamberlains Rückkehr aus Südafrika 360
5. Somaliland 361
VII. Auswärtige Angelegenheiten:
1. Kanadisch-deutsche Zollfragen 362
2. Handelsvertrag mit Persien 362

Italien.

I. Gedächtnisfeier 363
II. Parlament:
1. Frage der Beschränkung des Militäretats 364
2. Koloniales 366
3. Ueber auswärtige Fragen 367
4. Ueber die Landarbeiter-Ausstände 369
5. Angriff auf die Marineverwaltung 369
III. Fürstliche Besuche 371
IV. Aenderung im Ministerium Zanardelli 372
V. Parlament (Fortsetzung) 373
VI. Papst Leo XIII. 374

Personen-Verzeichnis 375

Das Deutsche Reich und Preußen.

Erster Abschnitt.

Der Kaiser.

2. Februar. Der „Deutsche Reichs- und Preußische Staatsanzeiger" veröffentlicht folgenden an den Reichskanzler gerichteten Erlaß des Kaisers: „An Meinem Geburtstage sind Mir wiederum von nah und fern Glück- und Segenswünsche in einer Fülle zugegangen, daß Ich Mir die Beantwortung derselben im einzelnen versagen muß. Ich habe aus diesen Kundgebungen und den Meldungen über die zur Feier Meines Geburtstages allerorten veranstalteten Festlichkeiten mit Befriedigung ersehen, mit welcher freudigen Teilnahme Meiner von allen patriotisch fühlenden Deutschen im In- und Auslande gedacht worden ist. Die Aeußerungen der Liebe und des Vertrauens, welchen Ich auch auf Meinen Reisen im vergangnen Jahre in allen von Mir berührten Städten und Ortschaften des Reiches in so reichem Maße begegnet bin, und das Bewußtsein, daß neben der lauten Festesfreude manch treue Fürbitte für Mich aus frommen Herzen in Palast und Hütte zu Gott dem Herrn emporgesandt worden ist, haben Mich an Meinem Geburtstage wahrhaft beglückt. Es ist Mir daher ein Bedürfnis Meines Herzens, auf diesem Wege allen Beteiligten Meinen wärmsten Dank auszusprechen, und ersuche Ich Sie, diesen Erlaß zur öffentlichen Kenntnis zu bringen."

19. Februar. In Heft 8 der Leipziger Wochenschrift „Die Grenzboten" wird ein vom Kaiser an den Admiral a. D. Hollmann als Mitglied des Vorstands der „Deutschen Orientgesellschaft" gerichtetes Schreiben veröffentlicht, in dem der Kaiser seine Stellung zu einem in Berlin gehaltenen Vortrage des Professors Delitzsch aus Leipzig über „Babel und Bibel" kundtut. Das Schreiben lautet:

„Mein lieber Hollmann.

Mein Telegramm an Sie wird Ihnen die Zweifel behoben haben, die Sie bezüglich des Schlußpassus des Vortrages noch gehegt haben. Er ist vollkommen klar von den Zuhörern verstanden

worden und mußte daher so bleiben. Es ist mir aber sehr lieb, daß durch Ihre Anfrage diese Materie des zweiten Vortrags nochmal angeschnitten ward, und ich ergreife gerne diese Gelegenheit, nach Durchlesen des Abzugs nochmals meine Stellung ganz klar zu präzisieren.

Während einer Abendgesellschaft bei uns hatte Professor Delitzsch Gelegenheit, mit Ihrer Majestät der Kaiserin und Generalsuperintendent Dryander eingehend mehrere Stunden zu konferieren und zu debattieren, wobei ich mich zuhörend und passiv verhielt. Er verließ dabei leider den Standpunkt des strengen Historikers und Assyriologen und geriet in theologisch-religiöse Schlüsse und Hypothesen hinein, welche doch recht nebelhaft oder gewagt waren. Als er aber auf das Neue Testament kam, wurde es bald klar, daß er bezüglich der Person unsers Heilandes so ganz abweichende Anschauungen entwickelte, daß ich ihm darin nicht nur nicht folgen konnte, sondern einen meinem Standpunkte diametral entgegengesetzten konstatieren mußte. Er erkennt die Gottheit Christi nicht an, und daher soll als Rückschluß auf das Alte Testament dieses keine Offenbarung auf denselben als Messias enthalten. Hier hört der Assyriologe und forschende Geschichtschreiber auf, und der Theologe mit allen seinen Licht- und Schattensteien setzt ein. Auf diesem Gebiete kann ich nur dringend ihm raten, nur sehr vorsichtig Schritt vor Schritt zu gehen und jedenfalls seine Thesen nur in theologischen Schriften und im Kreise seiner Kollegen zu ventilieren, uns Laien aber, und vor allem die Orientgesellschaft, damit zu verschonen; vor deren Forum gehört das alles nicht. Wir graben aus und lesen, was wir finden, und geben das heraus zum Wohle der Wissenschaft und Geschichte, aber nicht um Religions-Hypothesen eines unter vielen Gelehrten begründen oder verfechten zu helfen.

Es ist eben bei Delitzsch der Theologe mit dem Historiker auf und davon gegangen, und dient der letztere nur noch als Folie für den ersteren. Ich finde es schade, daß Delitzsch nicht bei seinem ursprünglichen Programme geblieben ist, welches er im vorigen Jahre entwickelte: nämlich auf Grund der Funde unsrer Gesellschaft nach wissenschaftlich erprobter Uebersetzung der Inschriften zu vergleichen, inwiefern dieselben eine Illustration zu der Chronik des Volkes Israel enthalten, d. h. Aufklärung über geschichtliche Ereignisse, Sitten und Gebräuche, Ueberlieferungen, Politik, Gesetzgebung usw. Mit anderen Worten, inwiefern die unleugbar und mächtige hochentwickelte babylonische Kultur in Wechselbeziehung zu den Israeliten stand, auf sie einwirken konnte, ja sogar ihnen einen Stempel aufdrücken mochte. Und dadurch eine gewisse Ehrenrettung – von rein menschlichem Standpunkt aus — für die im Alten Testament gewiß recht kraß,

scheußlich und einseitig dargestellten Babylonier zu erwirken. Das war seine ursprüngliche Absicht — wie ich sie wenigstens auffaßte — und ein sehr reichhaltiges und uns allen interessantes Gebiet, dessen Durchforschung, Erhellung und Erklärung uns Laien im höchsten Maße interessieren muß und ihm zu höchstem Dank verpflichtet. Aber dabei mußte er nun auch bleiben. Er hat aber leider im Feuereifer das Ziel überschossen. Wie nicht anders zu erwarten, haben die Grabungen Mitteilungen zutage gefördert, welche auch auf das religiöse Gebiet im Alten Testament Beziehung haben. Das Faktum hätte er rubrizieren müssen und Koinzidenzen — wo solche vorkamen — hervorheben und erläutern können, aber alle rein religiösen Schlüsse dem Zuhörer selbst zu ziehen überlassen müssen. So wäre seinem Vortrag Interesse und Wohlwollen des Laienpublikums voll erhalten worden. Das hat er leider nicht getan. Er hat in sehr polemischer Weise sich an die Offenbarungsfrage herangemacht und dieselbe mehr oder minder verneint bezw. auf historisch rein menschliche Dinge zurückführen zu können vermeint. Das war ein schwerer Fehler. Denn er tastete damit manchem seiner Hörer an sein Innerstes und Heiligstes. Und ob berechtigt oder unberechtigt — das ist hier für den Augenblick ganz einerlei, da es sich nicht um eine pure wissenschaftliche Versammlung von Theologen, sondern um Laien aller Stände und Geschlechter handelte — hat er manchem Lieblingsvorstellungen oder gar Gebilde umgestoßen oder angerempelt, mit welchen diese Leute heilige und teure Begriffe verbinden, und ihnen unzweifelhaft das Fundament ihres Glaubens erschüttert, wenn nicht entzogen. Eine Tat, an die nur ein gewaltiges Genie sich heranwagen dürfte, zu der aber das bloße Studium der Assyriologie noch nicht berechtigt. Goethe behandelt die Angelegenheit auch einmal, indem er ausdrücklich darauf aufmerksam macht, man müsse sich vorsehen, bei einem großen allgemeinen Publikum auch nur »Terminologiepagoden« entzwei zu machen. Es ist dem vortrefflichen Professor in seinem Eifer der Grundsatz etwas entgangen, daß es gar sehr wichtig ist, genau zu unterscheiden zwischen dem, was angemessen ist, dem Ort, Publikum usw., und was nicht. Als Theologe von Fach kann er für seinen Kollegenkreis Thesen, Hypothesen und Theorien sowie Ueberzeugungen aussprechen in Fachschriften, welche nicht angängig auszusprechen sein würden in einem populären Vortrag oder Buch.

Ich möchte nun noch einmal auf meinen persönlichen Standpunkt bezüglich der Offenbarungslehre oder Anschauung zurückkommen, wie ich ihn Ihnen, mein lieber Hollmann und andre Herren, auch des öftern schon auseinandergesetzt habe. Ich unterscheide zwei verschiedne Arten der Offenbarung: eine fortlaufende, gewissermaßen

historische und eine rein religiöse, auf die spätere Erscheinung des Messias vorbereitende Offenbarung.

Zur ersten ist zu sagen: Es ist für mich keinem, auch nicht dem leisesten Zweifel unterworfen, daß Gott sich immerdar in Seinem von Ihm geschaffnen Menschengeschlecht andauernd offenbart. Er hat dem Menschen »Seinen Odem eingeblasen«, d. h. ein Stück von sich selbst, eine Seele gegeben. Mit Vaterliebe und Interesse verfolgt er die Entwicklung des Menschengeschlechts; um es weiter zu führen und zu fördern, »offenbart« er sich bald in diesem oder jenem großen Weisen, oder Priester oder König, sei es bei den Heiden, Juden oder Christen. Hammurabi war einer, Moses, Abraham, Homer, Karl der Große, Luther, Shakespeare, Goethe, Kant, Kaiser Wilhelm der Große. — Die hat er ausgesucht und Seiner Gnade gewürdigt, für ihre Völker auf dem geistigen wie physischen Gebiet nach seinem Willen Herrliches, Unvergängliches zu leisten. Wie oft hat mein Großvater dieses nicht ausdrücklich betont, er sei ein Instrument nur in des Herrn Hand. Die Werke der großen Geister sind von Gott den Völkern geschenkt, damit sie an ihnen sich fortbilden, weiterfühlen können durch das Verworrene des noch Unerforschten hienieden. Gewiß hat Gott, der Stellung und Kulturstufe der Völker entsprechend, den verschiednen sich verschieden »geoffenbart«, und tut das auch noch heute. Denn so wie wir am meisten durch die Größe und Gewalt der herrlichen Natur der Schöpfung überwältigt werden, wenn wir sie betrachten, und über die in ihr offenbarte Größe Gottes bei ihrer Betrachtung staunen, ebenso sicherlich können wir bei jedem wahrhaft großen und herrlichen, was ein Mensch oder ein Volk tut, die Herrlichkeit der Offenbarung Gottes darinnen mit Dank bewundernd erkennen. Er wirkt unmittelbar auf und unter uns ein!

Die zweite Art der Offenbarung, die mehr religiöse, ist die, welche zur Erscheinung des Herrn führt. Von Abraham an wird sie eingeleitet, langsam, aber vorausschauend, allweise und allwissend, denn die Menschheit war sonst verloren. Und nun beginnt das staunenswerteste Wirken, Gottes Offenbarung. Der Stamm Abrahams und das sich daraus entwickelnde Volk betrachten als Heiligstes mit eiserner Konsequenz den Glauben an einen Gott. Sie müssen ihn hegen und pflegen. — In der ägyptischen Gefangenschaft zersplittert, werden die zerteilten Stücke von Moses zum zweitenmale zusammengeschweißt, immer noch bestrebt, ihren »Monotheismus« festzuhalten. Es ist das direkte Eingreifen Gottes, das dieses Volk wiedererstehen läßt. Und so geht es weiter durch die Jahrhunderte, bis der Messias, der durch die Propheten und Psalmisten verkündet und angezeigt wird, endlich erscheint. Die größte Offenbarung Gottes in der Welt!

Denn er erschien im Sohne selbst; Christus ist Gott; Gott in menschlicher Gestalt. Er erlöste uns, er feuerte uns an, es lockt uns, ihm zu folgen, wir fühlen sein Feuer in uns brennen, sein Mitleid uns stärken, seine Unzufriedenheit uns vernichten, aber auch seine Fürsprache uns retten. Siegesgewiß, allein auf sein Wort bauend, gehen wir durch Arbeit, Hohn, Jammer, Elend und Tod, denn wir haben in ihm Gottes offenbartes Wort, und er lügt niemals.

Das ist meine Ansicht über diese Frage. Das Wort ist insbesondre für uns Evangelische alles durch Luther geworden, und als guter Theologe mußte doch Delitzsch nicht vergessen, daß unser großer Luther uns singen und glauben gelehrt: »Das Wort sie sollen lassen stahn!« Es versteht sich für mich von selbst, daß das Alte Testament eine große Anzahl von Abschnitten enthält, welche rein menschlich historischer Natur sind und nicht »Gottes geoffenbartes Wort«. Es sind rein historische Schilderungen von Vorgängen aller Art, welche sich in dem Leben des Volkes Israel auf politischem, religiösem, sittlichem und geistigem Gebiet des Volkes vollziehen. Wie z. B. der Akt der Gesetzgebung am Sinai nur symbolisch als von Gott inspiriert angesehen werden kann, als Moses zu einer Auffrischung vielleicht altbekannter Gesetzesparagraphen (möglicherweise dem Kodex Hammurabis entstammend) greifen mußte, um das in seiner Zusammensetzung lockere und wenig widerstandsfähige Gefüge seines Volkes zusammenzufassen und zu binden. Hier kann der Historiker aus Sinn oder Wortlaut vielleicht einen Zusammenhang mit den Gesetzen Hammurabis, des Freundes Abrahams, konstruieren, der logisch vielleicht richtig wäre; das würde aber niemals der Tatsache Eintrag tun, daß Gott Moses dazu angeregt und insofern sich dem Volke Israel geoffenbart hat.

Daher ist es meine Auffassung, daß unser guter Professor hinfürder lieber die Religion als solche bei seinen Vorträgen in unserer Gesellschaft anzuführen und zu behandeln vermeidet. Dagegen was die Religion, Sitten usw. der Babyloner usw. in Beziehung zum Alten Testament bringt, ruhig schildern möge. Für mich ergibt sich daraus die nachstehende Schlußfolgerung:

a) Ich glaube an Einen, Einigen Gott.

b) Wir Menschen brauchen, um ihn zu lehren, eine Form, zumal für unsre Kinder.

c) Diese Form ist bisher das Alte Testament in seiner jetzigen Ueberlieferung gewesen. Diese Form wird unter der Forschung und den Inschriften und Grabungen sich entschieden wesentlich ändern; das schadet nichts, auch daß dadurch viel vom Nimbus des auserwählten Volkes verloren geht, schadet nichts. Der Kern und Inhalt bleibt immer derselbe, Gott und sein Wirken!

Nie war Religion ein Ergebnis der Wissenschaft, sondern ein Ausfluß des Herzens und Seins des Menschen aus seinem Verkehr mit Gott.

Mit herzlichstem Dank und vielen Grüßen

stets Ihr treuer Freund

gez.: Wilhelm I. R.

P. S. Sie können von diesen Zeilen den ausgiebigsten Gebrauch machen; wer will, kann sie lesen."

Die in der Einleitung dieses Schreibens erwähnte Schlußstelle des Delitzschschen Vortrages, die von den Zuhörern klar verstanden worden sei und deshalb (in der Drucklegung) so bleiben müsse, lautet:

„Aber anderseits laßt uns nicht blind festhalten an veralteten wissenschaftlich überwundenen Dogmen, etwa gar aus Angst, es möchte hierdurch unser Gottesglaube und wahrhafte Religiosität Schaden leiden! Bedenken wir, daß alles Irdische in lebendigem Fluß ist, Stillstehen gleichbedeutend mit Tod. Schauen wir hin auf die gewaltig pulsierende Kraft, mit welcher die deutsche Reformation große Nationen der Erde auf allen Gebieten menschlicher Arbeit, menschlichen Fortschritts erfüllt! Aber auch die Reformation ist nur eine Etappe auf dem Wege zu dem uns von Gott und in Gott gesteckten Ziele der Wahrheit. Ihm streben wir nach in Demut, aber mit allen Mitteln der freien Forschung der Wissenschaft, freudig uns bekennend zu der von hoher Warte mit Adlerblick geschauten und hochgemut aller Welt kundgebnen Losung der Weiterbildung der Religion."

(Die Schlußworte „Weiterbildung der Religion" sind auch in dem Vortrage gesperrt worden.)

17. März. Der Kaiser erwidert den ihm am 13. September 1902 von König Georg von Sachsen abgestatteten Besuch. Beim Prunkmahle in Dresden bringt König Georg folgenden Trinkspruch aus:

„Eure Kaiserliche Majestät gestatten mir, für den heutigen so hoch erfreulichen Besuch Höchstihnen meinen und der Meinigen herzlichsten und tiefgefühltesten Dank zum Ausdruck zu bringen. Dieser Besuch ist ein erneutes Zeichen des Wohlwollens und der herzlichen Gesinnung, die uns Eure Majestät in allen Zeiten in Freud und Leid erwiesen haben, welche namentlich in der letzten Zeit, in der ernsten Zeit, unsrem Herzen so wohlgetan hat. Den Gefühlen des Dankes und der herzlichen Anhänglichkeit an Eurer Kaiserlichen Majestät erhabne Persönlichkeit erlaube ich mir Ausdruck zu geben, indem ich sage: Gott segne, Gott schütze Eure Kaiserliche Majestät! Eure Kaiserliche Majestät lebe hoch und nochmals hoch und abermals hoch!"

Der Kaiſer antwortet: „Geſtatten Eure Königliche Majeſtät, daß ich meinen innigſten und tiefgefühlteſten Dank für die gnädigen Worte und für den ſchönen Empfang, den Eure Majeſtät mir bereitet haben, zu Füßen legen darf. Es iſt mir ein Bedürfnis geweſen, den Beſuch Eurer Majeſtät baldmöglichſt erwidern zu dürfen, und ich trage hiermit die Dankespflicht ab, wozu Euer Majeſtät mir Gelegenheit gegeben haben. Eure Majeſtät können verſichert ſein, daß, gleichwie ich einſt zu meinem hochſeligen Oheim für die Fürſorge, die mir dieſer in meinem jungen Leben erwieſen hat, die tiefſte, innigſte Zuneigung gefaßt habe, ich dieſe jetzt auf das erhabne Haupt Eurer Majeſtät und Ihr Haus Mir erlaube zu übertragen. Zugleich verſichere ich, daß, wie der Wettiner Freud und Leid ſtets auch der Hohenzollern Freud und Leid iſt, ich ebenſo fühle, wie Eure Majeſtät und mein ganzes Volk mit mir. Ich ſchließe meinen Dank für den herrlichen Empfang und die gütigen Worte, indem Ich der Hoffnung lebe, daß Eure Majeſtät auf Ihrer Reiſe den vollen Zauber des ſonnigen Südens finden und geſtärkt zurückkehren möge zu Ihrem lieben Sachſenvolke. Seine Majeſtät der König Georg hurra, hurra, hurra!“

2. April. Der Kaiſer zum Beſuche des däniſchen Hofes. Nach einem glänzenden Empfange in Kopenhagen bringt König Chriſtian der Neunte beim Feſtmahle im königlichen Schloſſe folgenden Trinkſpruch in deutſcher Sprache aus:

„Eure Majeſtät! Es gereicht mir zu ganz beſondrer Befriedigung und Freude, Eure Kaiſerliche und Königliche Majeſtät willkommen zu heißen. Indem Eure Majeſtäi geruht haben, mir in Veranlaſſung meines bevorſtehenden Geburtstages Ihren hochgeſchätzten Beſuch zu machen, geben Eure Majeſtät mir wiederholt einen neuen Beweis Allerhöchſtdero freundſchaftlicher Geſinnung, für die ich meinen herzlichſten und wärmſten Dank ausſpreche. Möge dieſer Beſuch zum weitern Gedeihen des herzlichen Verhältniſſes zwiſchen unſern Häuſern und unſern ſtammverwandten Völkern beitragen. Ich trinke auf das Wohl Eurer Majeſtät des deutſchen Kaiſers und Ihrer Majeſtät der Kaiſerin, für deren baldige vollſtändige Geneſung wir die aufrichtigſten Wünſche hegen. Es lebe Seine Majeſtät der Kaiſer, Ihre Majeſtät die Kaiſerin und Allerhöchſtdero Haus.“

Der Kaiſer erwidert mit folgenden Worten:

„Eure Königliche Majeſtät bitte Ich, Meinen aus tiefſtem Herzen entſtrömenden Dank in Gnaden entgegennehmen zu wollen. Ich danke Eurer Majeſtät für die gnädige Erlaubnis, Ihnen Meinen Beſuch machen zu dürfen. Ich danke aus aufrichtigſtem und treuerfülltem Seemannsherzen für die hohe Ehre, welche Eure Majeſtät

Mir erwiesen haben dadurch, daß Sie Mich zum Admiral der dänischen Flotte ernannt haben, einer Flotte, die mit ehernem Griffel ihre Geschichte in die Tafel der Weltgeschichte eingeschrieben hat.

Ich danke Eurer Majestät für die gnädige Erlaubnis, daß Ihr Ulanenregiment für alle Zeiten Ihren uns so teuren Namen führen darf. Ich danke für den gnädigen liebenswürdigen und prächtigen Empfang Eurer Majestät und des gesamten Volkes. Ich, der jüngsten einer unter Europas Herrschern, neige Mich in Ehrfurcht vor unserm Haupte und spreche aus ganzem, tiefstem, vollem Herzen, und da weiß Ich Mich eins mit Meinem gesamten Volke, das stammverwandt dem braven dänischen ist: Gott schütze und erhalte und Gott segne Eure Majestät, zu dem wir aufblicken als dem gnädigen, sorgen- und herzensvollen Landesvater, der ein Muster ist als Fürst und ein Muster als Ehemann und Vater auf dem Throne. Möge noch lange Eurer Majestät vergönnt sein, im Kreise blühender Kinder und heranwachsender Enkelkinder für das Wohl Ihres treuen Volkes zu sorgen, und möge noch recht lange König Christian vor seinem hohen Mast stehen, auf dem der Danebrog weht, dessen Falten ihn noch lange umrauschen mögen. Seine Majestät der König hurra! hurra! hurra!" (Nordd. A. Z. v. 4. April.)

8. April. Nach Berlin zurückgekehrt sendet der Kaiser dem Könige Christian folgendes Telegramm:

„Seiner Majestät dem König. Es ist Mir ein Bedürfnis des Herzens, Dir nochmals Meinen wärmsten Dank auszusprechen für die unvergeßlich schönen Tage, die Ich bei Dir und im Kreise aller der lieben Deinen verbringen durfte. Vom Tage des glänzenden Empfanges an, den Du und die Bevölkerung Deiner schönen Hauptstadt Mir bereitet hatten, bis zum letzten Augenblick, wo Ich Dir Lebewohl sagen mußte, war der Aufenthalt für Mich eine ungetrübte Freude. Empfange Meinen besonderen Dank dafür, daß Du Mich in den Kreis Deiner Familie aufgenommen hast, und sei überzeugt, daß Ich Mich fortan als Sohn des Hauses fühle. Ich bitte zu Gott, daß er Dein nahes Geburtstagsfest für Dich, Dein Haus und Dein Volk zu einem Tage der Freude gestalten und Dich noch lange in ungetrübter Gesundheit erhalten möge. Wilhelm."

(Nordd. A. Z. v. 9. April.)

27. April. Auf den Bericht des Präsidenten des Deutschen Flottenvereins, Fürsten zu Salm-Horstmar über den Verlauf der in München stattgehabten Hauptversammlung richtet der Kaiser an diesen nachstehendes Handschreiben:

„Hochgeborner Fürst! Es war Mir eine besondre Freude, aus Eurer Liebden Schreiben vom 9. April d. J. zu ersehen,

welch glänzenden und patriotischen Verlauf die diesjährige Hauptversammlung des Deutschen Flottenvereins in München dank der gnädigen Teilnahme Seiner Königlichen Hoheit des Prinzregenten Luitpold von Bayern und mehrerer Prinzen des Königlich Bayrischen Hauses genommen, und welch gastliche Aufnahme die bayrische Haupt- und Residenzstadt dem Flottenverein gewährt hat. Auch hat Mich der von dem Geh. Rat Professor Dr. von Heigel bei dieser Gelegenheit gehaltne Vortrag über die geschichtliche Entwicklung der deutschen Seemacht, der wesentlich zu dem Gelingen des Festes beigetragen hat, lebhaft interessiert. Indem Ich Eurer Liebden Meinen wärmsten Dank ausspreche, wünsche Ich der treuen Arbeit des Deutschen Flottenvereins in allen seinen Gliedern auch ferner segensreichen Erfolg. Ich verbleibe Eurer Liebden wohlgeneigter Wilhelm I. R. Berlin im Schloß, den 27. April 1903."

2. Mai. In Begleitung des Kronprinzen und des Prinzen Eitel-Friedrich erwidert der Kaiser in Rom den ihm am 28. August 1902 abgestatteten Besuch des Königs von Italien. Der Bürgermeister von Rom, Fürst Colonna, begrüßt auf dem Bahnhofsplatze den Kaiser mit folgenden Worten:

„Eure Majestät möge mir gestatten, Ihnen den Willkommen Roms zu entbieten und die Gefühle aufrichtiger Freude meiner Mitbürger auszudrücken. Indem Italien von neuem als Gast des italienischen Bodens Eure Majestät, die hehre Verkörperung der Treue des deutschen Volkes, erblickt, schart es sich um seinen König, um in der Person Eurer Majestät den erleuchteten und weisen Herrscher zu begrüßen, dessen allen edelsten und erhabnen Lebensäußerungen offner Geist dem italienischen Volke aufs neue im Namen des deutschen Volkes die Bekräftigung der Sympathie überbringt, die den Bund der Eintracht durch die Bande der festesten Freundschaft enger schließt, und Rom, das mit Rührung des Tages gedenkt, an dem Eurer Majestät erlauchter Vater dem Volke vom Quirinal herab ein königliches Kind zeigte, das heute unser vielgeliebter Herrscher ist, wird Eure Majestät einen Empfang bereiten, der den Empfindungen entspricht, die Ihre Gegenwart an seiner Seite in allen italienischen Herzen erweckt."

3. Mai. Beim Festmahle im Quirinal bringt der König Viktor Emanuel in italienischer Sprache folgenden Trinkspruch aus:

„Heute ist ein Freudentag für mein Haus. Es weilt neben mir Eure Majestät, mein treuer Verbündeter. Wie treue Verbündete waren unsre ruhmreichen Großväter Kaiser Wilhelm der Erste und König Viktor Emanuel der Zweite und unsre Väter makellosen Angedenkens. Bei uns hier weilen die jungen Prinzen, die Söhne Eurer Majestät, der Stolz des Vaterherzens, die Hoffnung des

deutſchen Vaterlandes, und wir können auch Ihre Majeſtät die Kaiſerin und Königin Auguſte Viktoria als zugegen anſehen, die ſicher im Geiſte bei uns iſt, wie wir mit unſern Gedanken bei ihr weilen. Ich danke daher lebhaft Eurer Majeſtät, die in allen unſern Schickſalswandlungen Italien einen Beweis beſtändigen Intereſſes und herzlicher Sympathie geben wollte, ein Pfand der innigen Freundſchaft, die ein feſtes Band ſchon ſeit drei Generationen iſt zwiſchen unſern Familien, unſern Heeren und unſern Völkern. Die heutige Begegnung iſt eine neue Bekräftigung des gemeinſamen Willens Deutſchlands und Italiens, alle ihre Anſtrengungen und ihr einträchtiges Wirken unter den Auſpizien des gegenſeitigen Bündniſſes auf die Beförderung des Friedens zu richten. So wende ich mit voller Treue meinen Wunſch Eurer Majeſtät edelm Reiche zu, das, groß durch gewaltige Ueberlieferungen, auch auf dem Gebiete jeglichen Fortſchritts der Geſittung groß ſein will, und trinke auf die Geſundheit Eurer Majeſtät, Ihrer Majeſtät der Kaiſerin und Königin, der erlauchten Prinzen, die heute meine Gäſte ſind, und der geſamten Familie Eurer Majeſtät."

Der Kaiſer erwidert mit folgendem Trinkſpruche:

„Wollen Eure Majeſtät Mir geſtatten, den Ausdruck Meines tiefgefühlten Dankes darbringen zu dürfen für den ſich durch Glanz und Großartigkeit ebenſo wie durch warme Herzlichkeit auszeichnenden Empfang ſeitens Eurer Majeſtät Hauptſtadt und Volk. Ich erkenne in demſelben die Bekräftigung der Tatſache, daß das Bündnis, das unſre beiden Häuſer und Länder verbindet, von dem italieniſchen Volk in voller Sympathie anerkannt und unverändert gepflegt wird. In dem Augenblick, in dem Ich Mein Glas auf Eurer Majeſtät Wohl zu erheben im Begriff bin, darf Ich es wohl wagen, den Blick zurückſchweifen zu laſſen auf die Mir unvergeßliche Geſtalt Eurer Majeſtät von mir ſo innig geliebten Vaters — ſein Andenken als eines ritterlichen Helden und herzgewinnenden Menſchen wird Mir ſtets heilig ſein, und unvergeßlich der Druck ſeiner Hand, wie der Blick aus ſeinen treuen Augen. Sein und des Himmels Segen ruhe auf Eurer Majeſtät, auf Eurer Majeſtät erlauchten Gemahlin und dem Hauſe Savoyen. Zur Bekräftigung dieſes Wunſches leere Ich Mein Glas. Bevo alla salute delle Loro Maesta il Re e la Regina, bevo alla salute del valoroso esercito italiano, bevo alla salute della bella e nobile Italia e del gentile popolo italiano."

4. Mai. Der Kaiſer beſucht den Papſt Leo und begrüßt ihn mit den Worten: „Ich bin glücklich, Eure Heiligkeit ſo wohlauf wiederzuſehen." Der Papſt antwortet: „Und ich ſchätze mich glücklich, Eure Majeſtät zum drittenmale im Vatikan zu begrüßen. Ich

habe, wie Eure Majestät wissen, die vatikanische Bibliothek den deutschen Gelehrten geöffnet und wünsche herzlich, daß Rom und Deutschland durch die Wissenschaft immer enger verbunden werden."

(Berl. Lok.-Anz. Nr. 206.)

5. Mai. Besuch des Kaisers, der Prinzen und des Königs Viktor Emanuel im Benediktinerkloster Monte Cassino (zwischen Rom und Neapel), wo sie vom Erzabt Bonifazius Krug (aus Fulda) begrüßt werden.

14. Mai. Nach einem Besuche der Stadt Bitsch im Elsaß trifft der Kaiser in Metz zur Teilnahme an der Einweihung eines neuen Portals der dortigen Hauptkirche ein. Vor dieser Kirche wird er vom Kardinal-Fürstbischof Kopp von Breslau als dem Vertreter des Papstes und vom Bischof Benzler von Metz empfangen. An diesen richtet der Kaiser folgende Worte:

„Es gereicht Mir zur besondern Freude, Ihnen, hochwürdigster Bischof, das nunmehr vollendete Portal des Metzer Doms übergeben zu können. Ein Meisterwerk der Architektur wie der Bildhauerkunst, hat seine bildliche Darstellung die freudige und bewundernde Anerkennung Seiner Heiligkeit des Papstes gefunden. Die Anwesenheit seines Stellvertreters ist eine besondre Ehre für das Bistum und das ganze lothringische Land, zu der Ich Ihnen Meinen herzlichsten Glückwunsch ausspreche. Mögen durch die Pforte fromme Christen und treue deutsche Untertanen zum Dienste des Herrn ihren Eintritt nehmen. Das walte Gott!"

Nach dieser Ansprache wird das Portal enthüllt. Hierauf erwidert Bischof Benzler mit einer Ansprache.

Der Bischof hebt darin hervor, wie oft der Kaiser die Kirche sich durch Stiftungen zu Dank verpflichtet habe. Der heutige Tag werde auch immer denkwürdig sein in der Geschichte der Stadt und der Diözese Metz. Stets werde man auch dankbar der Nachwelt berichten, wie ein edler deutscher Kaiser durch geniale Künstlerhand dem alten Bau der Metzer Kathedrale eine neue, aber ganz im ursprünglichen Geiste gehaltne Zierde hinzugefügt und am heutigen Tage dies herrliche Portal feierlich dem Bischof der Diözese Metz übergeben habe. Der neue Portalbau zeuge von dem hohen christlichen Sinne des kaiserlichen Mäcen. Der Kaiser erstrebe den Ruhm, sein Volk im Frieden zu beglücken, des Kaisers Wirken seien Werke des Friedens und des Segens. Die herrlichen Torbogen, die sich heute zum erstenmale in ihrer ganzen Pracht dem Auge zeigen, verkündigten den Triumph des Friedensfürsten. Der Bischof knüpfte hieran die Worte der Schrift: Ich bin die Pforte, wer durch mich eingehet, wird gerettet werden.

26. Mai. Der Kaiser in Danzig und Langfuhr beim Stapellauf und der feierlichen Namenbenennung des Linienschiffes J mit der Bezeichnung „Elsaß."

29. Mai. Auf dem Hasenheidenberge des Truppenübungs-

platzes Döberitz wird ein Obelisken-Denkmal für König Friedrich den Großen enthüllt. Dabei hält der Kaiser folgende Ansprache:

„Vor 150 Jahren hat auf diesen Gefilden Friedrichs des Zweiten Majestät, schon von seinen Zeitgenossen »der Große« genannt, einen erheblichen Teil seiner Armee zusammengezogen, um sie für die gewaltigen Kämpfe, die er mit seinem weitschauenden Blick im Geiste vorhersah, zu üben und zu stählen. So wichtig war für ihn die Vorbereitungszeit, daß er es nicht scheute, die Kolonnen seinen kriegsgeübten Feldmarschällen anzuvertrauen. Hier bildete der große Soldatenkönig, rastlos arbeitend, über den großen Gesichtspunkten auch das Detail nicht vergessend, seine Regimenter für die schweren Aufgaben des bald darauf einsetzenden Siebenjährigen Krieges aus und schuf das innige Band zwischen seinen Soldaten und sich, das letztere zu den äußersten Leistungen begeisterte, während er seinen Geist seinen Generalen einflößte und so den Grund legte für die unvergleichlichen Erfolge, die in der siegreichen Ueberwindung einer gegen ihn verschworenen Welt in Waffen gipfelten. Unvergessen seien diese Leistungen, unvergessen die Namen der Helden jener großen Zeit!

Spottend nannten damals Friedrichs Feinde seine kleine Armee die »Potsdamer Wachtparade«! Nun, er hat es gezeigt, was er an deren Spitze vermocht. Und auch in spätern Zeiten hat die »Potsdamer Wachtparade« jedem gebührend die Wege gewiesen, der mit ihr anzubinden versuchte. Zur Erinnerung an diese Zeit ist der Obelisk aus nordischem Granit errichtet. Eine Erinnerung an »Fridericus Rex den König und Held«, zur Nacheiferung für uns alle, in ungeschwächter Kraft rastlos an unsrer Schlagfertigkeit zu arbeiten. Wenn jetzt die Hülle fällt, wenn zum Gruß die Fahnen und Standarten sich neigen, die Degen sich senken und Bajonette im im Präsentiergriff blitzen, dann geschieht das nicht nur vor diesem Stein, sondern vor ihm, dem großen König, seinen Generalen und Feldmarschällen, vor seinem großen Nachfolger, Wilhelm dem Großen und dessen Paladinen, die jetzt alle beim großen Alliierten droben versammelt auf uns herabblicken, und vor Preußens ruhmvoller Heeresgeschichte und Tradition. »Achtung, präsentiert das Gewehr!«“

Bei der der Enthüllung folgenden Frühstückstafel hält der Kaiser an die Offiziere folgende Rede:

„Das Glas, das Ich nunmehr zu leeren im Begriff stehe, gilt dem Gardekorps und Meiner Armee. Sie ist an dem heutigen Fest- und Ehrentage in ihren Führern hier vertreten. Ich habe in letzter Zeit zwei Korps gesehen. Vor kurzem führte Ich einen Teil des Korps, dem die Grenzwacht in der Westmark anvertraut ist, über

die einſt blutgetränkten Felder zum Angriff. Rechts und links ſchritten wir zwiſchen Gräbern, geſchmückt mit weißen Kreuzen. Marſchrichtungspunkte waren die Denkmäler der preußiſchen Garden, darunter ſpeziell vom Auguſta-Regiment. Ein Augenblick, tiefergreifend für den, der ihn durchlebt. Denn er erinnerte an die gewaltigen Taten der deutſchen Heere unter Friedrichs großem Nachfolger, Wilhelm dem Siegreichen. Heute greife Ich zurück auf die Anfangsgeſchichte der damals noch kleinen preußiſchen Armee unter Friedrich.

Vor zwei Tagen haben Sie auf den Brettern, die die Welt bedeuten, in erhebendem Spiel den König und ſein Wirken auf dem Döberitzer Boden, ihn inmitten der Männer geſehen, deren Namen uns Preußen ſo teuer, und umgeben von ſeinen Regimentern, die ihm die Mühe mit dem Lohne dankten, daß ſie mit ihrem Herzblut die Geſchichte Preußens ſchreiben halfen.

Fürwahr, Ihnen, Meine Herren Generale, iſt es — wie jedem Altpreußen — ſo wie Mir gewiß ergangen, daß es Ihnen allemal heiß und kalt den Rücken herunterlief, wenn vom großen König geſprochen ward oder er gar ſelbſt in Perſon erſchien!

Sie ſahen zuzweit den ganzen Jammer und das Elend deutſcher Kleinſtaaterei, die, das Ausland nachäffend, oftmals lieber mit dem undeutſchen Nachbarn ſich verband, als auf ſeiten deſſen zu ſtehen, der im Begriff ſtand, den Grundſtein des neuen Deutſchen Reiches zu legen und der deutſchen Fürſten Zukunft feſt zu ſichern.

In dieſen Jammerzuſtand der Ohnmacht und Zerriſſenheit fuhr der lorbeerumkränzte preußiſche Degen, geführt von der Hohenzollernhand des großen Friedrichs, und »ſtabilierte« ſein Reich als Baſis, auf der einſt Kaiſer Wilhelm der Große das neue Deutſche Reich errichten konnte.

Das war eine ſchöne, herrliche und große Zeit. — Gewiß, Meine Herren, aber ebenſo ſicher iſt es, daß die jetzige Zeit ebenfalls eine ſchöne und große werden kann und iſt, auch für die Zukunft, wenn wir nur feſt entſchloſſen ſind, ſie zu einer ſolchen zu machen. Der Deutſche iſt oft ſo mutlos und melancholiſch, oder, wenn es ihm zu gut geht, übermütig und überſchwenglich. Da iſt der einzige feſte und unerſchütterliche Pol in der Erſcheinungen Flucht ſtets die preußiſche Armee geweſen und noch heute.

Die ſtaunenswerteſten Erfolge, die der König errang, und die in einem köſtlichen Kranz herrlicher Siege ein unvergänglicher Beſitz unſrer Heeresgeſchichte geworden ſind, entwuchſen aus angeſtrengter Friedensarbeit geworbner Truppen, unter denen auch mancher Ausländer zu finden geweſen iſt. Heute ſteht die Armee als eine nationale Einrichtung vor unſern Blicken, die Generale ſind

ihre Führer, von Soldat und Bürger mit Achtung und Vertrauen angesehen. Eine großartige Schule zur Erziehung unsrer Jugend in nationalem Sinne! Sie, meine Herren, sind die Erzieher! Nicht nur Reglement, Taktik und Strategie, sondern auch Stolz und Dienstfreudigkeit sollen in Meinem Rock gelehrt werden und Achtung und Liebe für unsre unvergleichliche Armeetradition; dann wird es um unsre Zukunft mit Hilfe »unsers großen Alliierten oben« gut bestellt sein. Dann kann Ich die Worte auch zu den Meinen machen für die gesamte Armee, die Prinz Moritz von Anhalt-Dessau dem großen König über das Regiment Alt-Larisch nach Leuthen sagte, als Seine Majestät die Front des von ihm persönlich zum Angriff angesetzt gewesenen Regiments abritt: »Ihro Königliche Majestät können getrost Ihr Zepter und Krone denen Leuten anvertrauen, denn so diese vor denen Feinden davon lauffen, so möchte ich dorten auch nicht gerne mehr verweilen.« Dann wird Meine Armee stets das Instrument bleiben, dessen Ich bedarf, damit Meine Politik — wenn nötig — Unterstützung findet: »wo es die Feder allein nicht mehr machen kann, so sie nicht von der Schärfe des Schwertes soutenieret wird.«

Es lebe mein Gardekorps und die ganze preußische Armee!"

(Der Wortlaut dieser Reden ist, wie die Kreuzzeitung vom 21. Juni sagt, am 20. Juni den Militärbehörden zur Uebermittlung an die Truppen zugestellt worden.)

4. Juni. Der Kaiser beim Sängerbundsfeste in Frankfurt a. M. Beim Festmahle im Römer erwidert er auf eine Ansprache des Oberbürgermeisters Adickes:

„Es ist Mir ein Bedürfnis, im Namen Ihrer Majestät der Kaiserin und in Meinem der Stadt Frankfurt aus tiefem Herzen warmen Dank zu sagen für die Tage, die sie uns bereitet. Spontan, ein Ausbruch herzlicher Gefühle, war der gestrige Empfang, getragen von dem aus vielen tausend Kehlen gesungnen deutschen Liede; es war so recht das Bild der kräftig sich regenden, nach allen Richtungen sich entwickelnden großen Metropole, der Erfolg dessen, was das Schwert Meines siegreichen Großvaters für das Vaterland errungen hat, ein Beweis dafür, wie gut es Frankfurt unter preußischer Krone gegangen ist. Vom Kyffhäuser her zog Meine Bahn zur alten Römerstadt hin. Das Kyffhäusertor ist gesprengt, und offen sind die Tore und Gassen der Stadt Frankfurt geworden, vergangen die alten Zeiten und zur Geschichte geworden. Das neue Deutsche Reich hat Frankfurt zur neuen Bedeutung sich entwickeln sehen. Und so war es denn Mein Wunsch: wie schon in früherer Zeit aus Frankfurt die ersten schönen Sprößlinge des deutschen Liedes entstanden

und wie heute zum erstenmale in ihren Mauern deutsche Männer sich versammelt haben, um nach alter Sitte im Liede miteinander zu ringen, so möge in Verbindung mit der modernen Entwicklung und Ausgestaltung der Stadt, wie hier im Rathaus, die Pflege der alten Traditionen und der alten Geschichte der Stadt Hand in Hand gehn; denn nur wer seine Geschichte pflegt, wer seine Traditionen hochhält, kann in der Welt etwas werden.

Die Ordenskette, die Sie um die Schultern Ihres Oberbürgermeisters glänzen sehen, ist ein Beweis dafür, wie gerade auf einem Meinem Herzen so naheliegenden und von Mir so eifrig durchforschten Gebiet, dem der sozialen Politik, Frankfurt an der Spitze marschiert, und wie es Mir am Herzen liegt, die Stadt und ihr Oberhaupt dadurch zu zieren und Mein vollstes Einverständnis zu erklären mit den Wegen, die Sie hier eingeschlagen haben, zum Segen für Ihre Bürger und zum Beispiel für das Vaterland. Es ist Mir aber wohlbekannt, daß außerdem noch ein Wunsch die Brust Frankfurts bewegt, dem Ich gern Folge geben werde. Es ist schon lange der Wunsch, daß die Zusammengehörigkeit der Stadt mit ihrer Garnison durch ein äußeres Band auch in der Heeresgeschichte sich kennzeichnen möge. Und diesem Wunsche der Frankfurter Patrizier entgegenkommend, habe Ich befohlen, daß vom heutigen Tage an das 2. hessische Artillerieregiment Nr. 63 »Frankfurt« heißen soll. So möge auch die Garnison in Verbindung mit der Bürgerschaft Frankfurts in Friede und Freundschaft, stolz auf ihren Namen, auch Ihnen, den Bürgersöhnen, ein Heim bieten, und möge Gottes reichster Segen auf allen Ihren Unternehmungen ruhen, auf welchem Gebiete es auch sei. Das ist mein herzlicher Wunsch, und darauf leere Ich den Pokal: Auf das Wohl der Stadt Frankfurt, hurra! hurra! hurra!"

6. Juni. An die Leiter der Gesangvereine in Frankfurt a. M. richtet der Kaiser folgende Ansprache:

„Meine Herren! Ich habe Sie zusammenberufen, um Ihnen zunächst Meine Freude auszusprechen, daß so viele Vereine der Aufforderung des Rundschreibens gefolgt sind und sich an dem Wettgesang beteiligt haben. Es ist das ein Beweis für die Arbeitsfreudigkeit und Sangesfreudigkeit unter Ihnen und zu gleicher Zeit ein Beweis dafür, wie rege das Interesse an der Pflege des Gesanges unter den Vereinen blüht. Ich will hierbei doch Gelegenheit nehmen, die Herren auf einiges aufmerksam zu machen, das auch für Sie vielleicht von Interesse sein kann, da es nicht nur der Ausfluß Meiner eignen Anschauung, sondern fast aller Zuhörer ist. Ich muß auf die Wahl Ihrer Stücke einen Augenblick eingehen. Die Absicht, die bei diesem Gesangswettstreit vorgelegen hat, war

die, daß durch ihn der Volksgesang, die Pflege des Volksliedes gehoben und gestärkt und in weite Kreise verbreitet werden soll. Nun haben die Herren Kompositionen gewählt, die von unserm alten deutschen bekannten guten Volkslied und Volkston wesentlich entfernt lagen, sie haben ihren Chören kolossale Aufgaben gestellt; sie sind zum Teil geradezu bewundernswürdig gelöst worden, und Ich muß sagen, es hat uns alle in Erstaunen gesetzt und ergriffen, daß hier Hunderte von Männern, die vielleicht am Tage acht bis zwölf Stunden in schwerer Arbeit, in ungünstiger Temperatur, umgeben von Staub und Rauch, gearbeitet haben, in der Lage gewesen sind, durch eifriges Studium und selbstlose Hingabe an die Arbeit so schwere Aufgaben zu übernehmen, wie wir sie hier gehört haben. Ich möchte aber glauben, daß in der Beziehung vielleicht die Dirigenten zum Teil selbst gefühlt haben, daß in der Wahl der Chöre das äußerste erreicht ist, was wir von Männergesangvereinen verlangen können. Ich möchte dringend davor warnen, daß sie nicht etwa auf den Weg treten, es philharmonischen Chören gleichzutun. Meine Ansicht ist, der Männergesangverein ist dazu nicht da; er soll das Volkslied pflegen. Von den Kompositionen, die unserm Herzen nahe stehen, ist merkwürdig wenig gesungen worden, sechs- bis siebenmal Hegar, achtmal Brambach. Ich kann Ihnen offen gestehen, wenn man diesen Meister öfters hintereinander hört, dann würde man jeden Verein mit Dank und Jubel begrüßen, der nur einmal »Wer hat dich du schöner Wald« oder »Ich hatt' einen Kameraden« oder »Es zogen drei Burschen« gesungen hätte. Diese Kompositionen sind außerordentlich wertvoll für die Ausbildung der Technik, es ist, als ob ein besonders hohes Sprunggestell aufgestellt würde, aber es mangelt Hegar und Brambach zu sehr an Melodik! Zudem komponieren die Herren Texte, die etwas lang sind. Ich bin im allgemeinen sehr dankbar, daß so patriotische und schöne Texte gewählt wurden, die von alten Kaisersagen und großer Vorzeit handeln. Ich glaube aber, daß zum Teil die Komponisten den Texten nicht gerecht werden. Es soll Meines Erachtens ein Chor aus schönen Männerstimmen nicht durch Komponisten dahin gebracht werden, daß er Tonmalerei treibt und eine orchestermäßige Instrumentation nachmacht. Die Tonmalerei des Orchesters ist schon nicht immer angenehm, mit Männerstimmen noch bedenklicher. Die Länge ermüdet, weil die Tonlage eines Männerchors immerhin beschränkt ist und auf die Dauer zu gleichmäßig wirkt. Ich warne auch davor, nicht zu lyrisch zu werden, Ich glaube, daß auch im Preischor die Lyrik zu sehr vorwaltet. Die Herren werden gemerkt haben, daß die Chöre, die etwas mehr Energisches und Männliches zeigten, beim Publikum mehr Beifall gefunden haben. Die Sentimentalität, die

in jeder deutschen Seele ruht, soll in poetischen Schöpfungen auch zum Ausdruck kommen. Aber da, wo es sich um Balladen und Mannestaten handelt, muß der Männerchor energisch zur Geltung kommen, am besten in einfachen Kompositionen. Es wird vielleicht den Herren interessant sein, daß fast Zweidrittel aller Vereine zu hoch eingesetzt und zum Teil um einen halben, dreiviertel, einer sogar um einen fünfviertel Ton zu hoch geschlossen haben, deshalb haben ihnen die gewählten Aufgaben zum Teil selber geschadet. Es war eine Freude, wenn einmal ein Verein so tief einsetzte, daß man das Gefühl hatte, er hat noch Reserve übrig. Die Wahl der Chöre werde Ich in Zukunft dadurch entsprechender zu gestalten versuchen, daß Ich eine Sammlung veranstalten werde sämtlicher Volkslieder, die in Deutschland, Oesterreich und der Schweiz geschrieben, gesungen und bekannt sind, gleichgiltig, ob der Komponist bekannt ist oder nicht. Sie wird katologisiert werden, und Ich werde dafür Sorge tragen, daß sie allen Vereinen billig und einfach zugänglich sein kann, dann werden wir in der Lage sein, aus diesem Kreise Lieder zu suchen, die wir brauchen. Wir sind hier am Rhein, und nicht ein einziger Verein hat die »Drei Burschе« gesungen oder »Joachim Hans von Zieten« und »Fridericus Rex«, wir sind hier in Frankfurt, und kein einziger hat »Kalliwoda« gewählt, wir haben Mendelssohn, Beethoven, Abt, und von ihnen ist nichts erklungen, hiermit ist nun wohl der modernen Komposition genug getan. Sie haben sich Aufgaben gestellt — ich nehme auch das Preislied nicht aus, ich selbst halte es an einzelnen Stellen für viel zu schwer; Ich glaube, daß wir sie in vieler Beziehung vereinfachen können. Ich habe Gelegenlegenheit genommen, mit den Preisrichtern darüber zu sprechen, die Herren haben ihren Gedankenaustausch in einem pro memoria zu Papier gebracht, das den Vereinen zugänglich gemacht werden wird. Mein Kabinettsrat von Lucanus wird es den Herren vorlesen."

Nach der Verlesung des „pro memoria" fährt der Kaiser fort:

„Meine Herren, Ich erwarte von Ihnen, daß Sie möglichst dieser Ansicht und diesen seinen Ratschlägen entsprechen werden. Ich bin fest davon überzeugt, daß dann auch die Sänger selber noch mehr Freude an der Einübung haben. Ich glaube, daß da, wo die Noten erst eingeübt werden mußten, eine geradezu physische Anstrengung nötig gewesen ist, um das zu erreichen, was Sie erreicht haben, zumal bei Mitgliedern, die in Fabriken arbeiten. Ich habe die Listen durchgesehen; es ist erfreulich, wie viele vom Hammer und Amboß, von der Schmiede hierhergekommen sind, um hier zu singen, aber es muß schlaflose Nächte gekostet haben. — Wenn wir

auf den einfachen Gesang kommen, dann sind Sie in der Lage, mit den rein künstlerischen Vereinen zu konkurrieren, deren Mitglieder tagsüber in einer Atmosphäre leben, die besser und staubfreier ist, was doch auf die Stimmorgane sehr einwirkt. Sonst kann Ich nur sagen, daß wir zum Teil geradezu hervorragendes Material gehört haben, auch abgesehen von den Vereinen, die auch unter Ihnen als hervorragend anerkannt sind, instrumental großartige Effekte! Unzweifelhaft ist, daß ein hoher Grad von musikalischer Begabung in der Bevölkerung steckt, der aber in einfachen klangreichen Harmonien sich zu zeigen Gelegenheit haben muß. Wenn Sie diese einfachen schönen Chöre, wie sie das Volkslied und die Komponisten darbieten, die Ich genannt habe, singen, so werden Sie selber Freude haben und weniger Schwierigkeiten, und gleichzeitig werden Sie das Publikum, das zum Teil aus Fremden besteht, besser mit unserm Volksliede bekannt machen; Sie werden mit dem Volksliede den Patriotismus stärken und damit das allgemeine Band, das alle umschließen soll. Ich danke Ihnen."

An den Oberbürgermeistee Kirschner von Berlin richtet der Kaiser aus Frankfurt a. M. folgendes Telegramm:

„In dem soeben hier beendeten zweiten Gesangwettstreit deutscher Männergesangvereine hat der Berliner Lehrergesangverein den ersten Preis errungen. Ich freue Mich dieses glänzenden Erfolges und spreche Meiner Haupt- und Residenzstadt Berlin Meinen Glückwunsch dazu aus. Dem Lehrergesangverein aber sage Ich Meinen königlichen Dank für seine treue Arbeit und hoffe, daß dieser Sieg zu weiterer ernster Tätigkeit anspornen wird, um dem deutschen Volke sein Lied zu erhalten und dadurch zu seiner Veredlung und zur Stärkung der Vaterlandsliebe beizutragen."

20. Juni. In Hamburg ist der Kaiser zugegen bei der feierlichen Enthüllung eines Denkmals für Kaiser Wilhelm den Ersten. Auf eine beim Festmahle an ihn gehaltene Ansprache des ersten Bürgermeisters Dr. Burchard erwidert er mit folgendem Trinkspruch:

„Es ist Mir oft schon die Aufgabe geworden, großen Städten und ihren begeisterten Bürgern Meinen Dank zu sagen; nie fand Ich die Aufgabe so schwer, für das, was Ich fühle nnd was Ich gesehen und erlebt habe, den richtigen, den passenden und erschöpfenden Ausdruck zu finden. Wenn Ich zunächst als Enkel des großen Kaisers, dessen ehernes Bildnis die Stadt Hamburg soeben enthüllt hat, sprechen darf, so möchte Ich mit tiefbewegtem Herzen Meinen Dank dafür abstatten, daß Hamburgs Bürgerschaft in so glänzender, großartiger und erhebender Weise den Ausdruck gefunden hat, um ihr Deutschtum und ihre Dankbarkeit dem alten Herrn zu bezeugen.

Das hat Meinem Herzen als seinem Enkel wohlgetan und Mich tief gerührt. Zum andern aber kann Ich es nicht unterlassen, den wahrhaft überwältigenden Empfang, den Mir groß und klein, jung und alt, hoch und niedrig hier hat zuteil werden lassen, hervorzuheben. Die vielen Tausende von Gesichtern, die Mir Hochs entgegengebracht haben, sind Bürge dafür, daß der Gruß Mir aus tiefem Herzen und aus bewegtem Gefühl entgegenschallte, und Ich bitte den Senat und die Bürgerschaft, Meinen herzlichsten, tiefgefühltesten und heißesten Dank entgegennehmen und der Stadt mitteilen zu wollen. Gewiß, die junge Generation, die heute mit uns das erzene Bild umstanden hat, für sie ist der große Kaiser schon eine geschichtliche Person, und die Ereignisse, die sich um seine Persönlichkeit weben, und die Zeit, in der er gewirkt hat, werden schon in den Büchern beschrieben. Ich glaube, daß Ich wohl nicht zu viel sage, wenn Ich der Vermutung Raum gebe, daß dereinst in künftigen Jahrhunderten die Ehrfurcht gebietende Gestalt Meines Großvaters mindestens ebenso von Sagen umwoben, so gewaltig und hochragend über alle Zeiten im deutschen Volke dastehen wird, wie einstens die Gestalt Kaiser Barbarossas. Freilich, die jüngere Generation ist jetzt gewöhnt, leichthin das, was wir das Reich nennen, mit dem, was es uns gebracht hat, als etwas Selbstverständliches anzusehen, ohne zu bedenken, was es gekostet hat, bis es dazu gekommen ist. Und Ich glaube, wir erkennen auch hierin wieder den Finger der Vorsehung, wenn wir auf die Ehrfurcht gebietende Gestalt hinblicken, die dort in stiller Haltung vor dem Rathaus steht, in ihrem Ernst und in ihrer stillen Abgeklärtheit des hohen Alters, daß gerade ihn die Vorsehung ausersehen hatte, um dieses, eines der schwierigsten Werke auszuführen, die Einigung der deutschen Stämme. Denn niemand konnte sich dem Zauber der Persönlichkeit, der einfachen Bescheidenheit, der herzgewinnenden Liebenswürdigkeit des hohen Herrn entziehen, und so war es ihm vergönnt, umgeben von gewaltigen Paladinen, die, ihm ergeben, mit ihm arbeiteten, auszugleichen und zu versöhnen an Härten und scharfen Lagen und immer das Ziel im Auge zu behalten, die Einigung des Vaterlandes. In langer Friedensarbeit, in stiller Werkstatt reiften die Gedanken, und fertig waren die Pläne des schon zum Greis gewordnen Mannes, als die gewaltige Aufgabe an ihn herantrat, als er uns das Reich wieder erstehen ließ. Ich hoffe, daß die Hamburger Jugend, wenn sie an dem Denkmal vorbeigeht, nie die Zeit der Vorbereituug vergessen werde, die dieser hohe Herr durchgemacht hat. Mit Recht erwähnten Sie die Zeit Kaiser Wilhelms als einer großen, gewaltigen Zeit, gewaltig in ihrem Impulsen, mächtig in ihrer flammenden Begeisterung. Meine Herren, Ich sollte denken, groß ist auch die Zeit,

die uns noch vorbehalten ist. Die Aufgaben, die dem großen Kaiser gestellt waren, sind erfüllt, doch wollen wir nicht vergessen, wenn es uns zuweilen dünkt, daß die Aufgaben, die uns gestellt sind, zu schwer seien, was der hohe Herr durchgemacht hat. Vergessen wir nicht, daß er, schon nachdenkend und mitlebend, Jena und Tilsit gesehen hat, und doch hat er an der Zukunft des Vaterlandes nicht verzweifelt. Von Tilsit ist es nach Versailles gegangen! Ebenso wird es in Zukunft bestellt sein, auch unsrer Zeit harren Aufgaben. Der große Kaiser mit seinen großen Mithelfern hat die Basis gelegt, den Grundstein zum Gebäude, an uns ist der Ausbau! Darum bin Ich der Ansicht und der festen Ueberzeugung, daß auch uns eine große Zukunft bevorsteht, wenn wir nur fest dazu entschlossen sind, sie dazu zu machen. Uns sind auch Aufgaben gestellt, mögen sie nun schwer oder leicht sein, wir haben sie anzufassen, so gut wir eben können, mit Darangabe unsrer Kräfte, dann werden wir sie lösen, und ich bin fest überzeugt, daß, wie damals, so auch heute es dem Deutschen Reiche und dem deutschen Volke nie an den richtigen Männern fehlen wird. Deswegen wende Ich Mich am heutigen Tage an der Stelle, wo Ich damals aus tiefstem Herzen Mich an das deutsche Volk mit einem Notschrei wandte, auch heute wieder an dasselbe: »Möge es seinen Idealen und sich selber treu bleiben.« Dann wird es der Granitblock werden, der, wie er draußen den großen Kaiser trägt, so, getreu seinen Traditionen, die neuen Aufgaben und Schöpfungen, die an uns herantreten, auf seinem Herzen und mit seiner Kraft tragen wird. Möge es mit Entschlossenheit an die Aufgaben herantreten, die ihm der Himmel stellt, ohne zu fragen, ob sie schwer oder leicht sind, ohne sich darum zu kümmern, wie es sie lösen soll, wenn es nur erst herangeht! Die Augen auf! Den Kopf in die Höhe! Den Blick nach oben, das Knie gebeugt vor dem großen Alliierten, der noch nie die Deutschen verlassen hat, und wenn er sie noch so schwer geprüft und gedemütigt hat, der sie stets wieder aus dem Staub erhob; Hand aufs Herz, den Blick in die Weite gerichtet, und von Zeit zu Zeit einen Blick der Erinnerung zur Stärkung auf den alten Kaiser und seine Zeit, und Ich bin fest überzeugt, daß, wie Hamburg in der Welt vorneweg geht, so wird unser Vaterland vorangehen auf der Bahn der Aufklärung, der Bahn der Erleuchtung, der Bahn des praktischen Christentums, ein Segen für die Menschheit, ein Hort des Friedens, eine Bewundrung für alle Länder. Das spreche Ich als feste Hoffnung und Zuversicht aus, darauf leere Ich Mein Glas: es lebe die Stadt Hamburg! Hurra! hurra! hurra!“ (Nordd. A. Z. v. 21. Juni.)

22. Juni. Auf dem vor Cuxhaven liegenden Dampfer „Moltke“ gibt die Hamburg-Amerika-Linie dem Kaiser ein Festmahl. Dabei

bringt der Ehrenpräsident des Norddeutschen Regattavereins, Bürgermeister Dr. Mönckeberg, ein Hoch auf den Kaiser aus. Er weist in seiner Rede auf die Begründung des Vereins der Seefahrt hin, der es sich zur Aufgabe gemacht habe, größere Jachten zu erwerben und mit deutschen Matrosen auszurüsten. Auch hierzu habe der Kaiser den Antrieb gegeben, wie auf allen Gebieten maritimer Interessen. Auf den Trinkspruch des Bürgermeisters Mönckeberg erwidert der Kaiser:

Ich darf wohl aus ganzem tiefsten Herzen den Dank aussprechen für die liebenswürdigen und beredten Worte des Grußes, die soeben an Mich ergangen sind. Mir ist es eine große Freude, Meine Herren, wieder unter Ihnen zu sein und mit Ihnen diesen schönen Tag verleben zu dürfen und Mich zu überzeugen, wie das Verständnis und die Passion für den Segelsport vorwärts geht, und wie auf dem Gebiete des Jachtbaues und der Jachtflotte, die an den Start sich drängt, wie von Jahr zu Jahr, so auch in diesem wieder bedeutende Fortschritte zu verzeichnen sind. Es ist in der freundlichsten Weise darauf Bezug genommen worden, daß die schöne Jacht, die den Namen der mächtigen Hansastadt Hamburg trägt, und die zum erstenmale sich auf der Elbe gezeigt hat, Meiner Initiative zu danken ist. Das ist wirklich zu viel gesagt, denn es steckt in den Hansastädten und zumal in Hamburg so enorm viel Initiative, daß, wenn man bloß den leisesten Hinweis gibt, so geht auch schon die hanseatische Unternehmungslust ihren Weg und weiß ihren Weg zu finden. Es ist Mir eine besondre Freude gewesen, die heutige Regatta mitsegeln zu können. Es ist das erstemal, daß Ich mit einem ebenbürtigen gleichaltrigen Gegner zu kämpfen hatte, und ohne diese unangenehme Bestimmung der Zeitvergütung empfinden zu müssen, unter der Ich jahrelang gelitten habe. Die Herren, die bisher den Vorteil davon gehabt haben, werden das vielleicht nicht so begreifen; aber angenehm ist es doch, wenn man einen ebenbürtigen Gegner hat, zumal wenn sich auf des Deckes Planken das Staatsoberhaupt von Hamburg bewegt, der heute zum erstenmale sich der Elbe vermählt hat. Es ist sodann erwähnt worden, daß der neue Hafen Meinen Namen bekommen hat. Ich bitte, auch dafür herzlichsten Dank aussprechen zu dürfen. Es ist eine imposante, gewaltige Anlage, und was Mich bei derselben am meisten gefreut hat, ist, zu hören, daß sie schon wieder zu klein ist. Möge das stets so in Hamburg der Fall sein. Da wir nun von Schiffahrtsinteressen sprechen, so ist es am heutigen Tage Mir eine Freude, auch eines Ausbaues der Schiffahrtsinteressen zu gedenken, der in alle Zukunft mit dem Namen Hamburgs sich rühmlichst verknüpfen wird. Vor einigen Jahren hatte Ich auf einem Schiffe der Hamburg-Amerika-Linie hamburgischen Männern, von denen leider einige schon heimgegangen sind, die Idee nahegelegt, auch für unsre Handelsflotte zu einer Sicherheitsmarke zu kommen. Nach unendlichem Mühen und selbstloser, hingebender, stiller Arbeit ist das große Werk gelungen, und unsre Handelsflotte steht nun bald vor dem Augenblick, wo für sie die Marke eingeführt wird. Und Ich glaube, im Sinne Ihrer aller zu sprechen, die mit den Interessen unsrer Handelsschiffahrt verknüpft sind, und die wissen, was für eine Bedeutung in dieser Marke liegt, wenn Ich demjenigen, der sich in außerordentlicher Hingabe und regstem Eifer und unermüdlichem Fleiß dieser Arbeit unterzogen hat, unsern herzlichsten und tiefgefühltesten Dank ausspreche. Mein lieber Krogmann, Ich hoffe, daß, wie dieses große Werk den uneingeschränktesten Beifall von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefunden hat, es dazu beitragen wird, die absolute Zuversicht

in die Sicherheit unsrer Schiffe und die Ehrlichkeit unsrer Reeder zu setzen. Ich hoffe, daß mit dieser Marke der Name Krogmann und Hamburg sich verbinden wird. Ich möchte den Akt des Dankes nicht schließen, bis Ich auch Ihnen von hier aus ein Zeichen der Anerkennung überreicht habe. Ich überreiche Ihnen hiermit als Zeichen Meines Dankes den Kronenorden zweiter Klasse und hoffe, daß Sie denselben lange Jahre mit Ehren tragen mögen, und daß die Seeleute, sowohl Kapitäne wie Mannschaften, sich stets Ihres Namens mit Dank erinnern werden. Alles, was Ich sonst auf dem Herzen habe, fasse Ich zusammen in dem Rufe: Hamburg, der Norddeutsche Regattaverein und die Amerikalinie hurra! hurra! hurra! (Nordd. A. Z. v. 25. Juni.)

26. Juni. In Kiel nimmt der Kaiser an einem im Saale der Seebadeanstalt vom nordamerikanischen Botschafter Tower anläßlich der Anwesenheit eines nordamerikanischen Geschwaders gegebenen Festmahle teil. Auf eine Ansprache Towers erwidert der Kaiser in englischer Sprache:

„Indem Ich Euer Exzellenz warm gefühlten Trinkspruch erwidre, entbiete Ich im Namen des deutschen Volkes dem amerikanischen Geschwader, dem Admiral Cotton und seinen Offizieren herzlichen Willkommengruß. Wir sehen in ihnen die Träger freundschaftlicher Gefühle seitens der Bürger der Vereinigten Staaten, die, wie Ich Eurer Exzellenz versichern kann, von ganz Deutschland herzlich erwidert werden. Ich bin glücklich, daß Meine Hoffnungen auf bessere gegenseitige Verständigung zwischen unsern beiden Ländern infolge des persönlichen Verkehrs, den Mein Bruder Prinz Heinrich mit Eurer Exzellenz Landsleuten pflegen konnte, in großem Maße verwirklicht worden sind, und daß das Band der Freundschaft zwischen Deutschland und Amerika dadurch enger geknüpft wurde. Daß die der Harvard-Universität von mir zum Geschenk gemachten Abgüsse mittelalterlicher deutscher Architektur so freundliche Aufnahme gefunden haben, erfüllt Mich mit besondrer Genugtuung. Ich hoffe, daß diese Nachbildungen aus unsrer alten Kulturgeschichte viele junge amerikanische Studenten anspornen werden, nach Deutschland zu kommen, um dort die Originale und das Volk, das diese Kunstwerke hervorgebracht hat, zu studieren. Mein aufrichtigster Wunsch geht dahin, daß unsre beiden Völker sich einander besser kennen lernen. Kein ernst denkender Bürger in Amerika und Deutschland ist, wie Ich weiß, der Meinung, daß die Harmonie und der Fortbestand unsrer gemeinsamen Interessen gestört werden könnte durch Tatsachen, die unsre Beziehungen dauernd beeinflussen. Wir sind zu eng aneinander gewiesen durch unsre gemeinsamen Interessen. Rivalitäten auf dem Gebiete des Handels und Gewerbes werden immer vorhanden sein, aber die Kraft, die uns zusammenführt, ist zu stark, um das Entstehen eines Antagonismus zu erlauben. Es ist Meine feste Ueberzeugung, daß die Hunderttausende von Deutschen, die in den

Vereinigten Staaten leben und dort ihr gutes Fortkommen finden, und die sich dabei in ihrem Herzen die warme Liebe für ihr altes Vaterland bewahrt haben, den Weg ebnen für eine ungestörte Entwicklung unsrer Beziehungen, die für unsre Länder von so hoher Bedeutung sind. Es ist jetzt Meine Pflicht, Eure Exzellenz zu bitten, Seiner Exzellenz dem Präsidenten der Vereinigten Staaten Dank zu sagen für die erfreuliche Begegnung, die wir seiner Zuvorkommenheit verdanken. Wir alle bewundern seine Charakterstärke, seinen eisernen Willen, seine Hingabe an sein Land und seine unbeugsame Tatkraft, und wir ergreifen gern die uns über den Ozean entgegengestreckte Hand in herzlicher Freundschaft und im Gefühl, daß Blut dicker ist als Wasser. Meine Herren, Ich trinke auf das Wohl Seiner Exzellenz des Präsidenten der Vereinigten Staaten. Gott segne ihn und die Vereinigten Staaten."

An den Präsidenten Roosevelt richtet der Kaiser aus Kiel folgendes Telegramm:

„Bei Meiner Ankunft in Kiel wurde Ich von dem schönen amerikanischen Geschwader begrüßt und hatte das Vergnügen, den Admiral Cotton und die Kapitäne zu empfangen. Es war Ihrerseits ein sehr glücklicher Gedanke, das Geschwader nach Kiel zu senden, und Ich bin dank diesem Umstande in der Lage gewesen, das prächtige Flaggschiff »Kearsarge« heute zu besichtigen, wobei Ich den Kapitän zu dem außerordentlich hohen Maße von Tüchtigkeit und Eleganz des Schiffes und dem guten Aussehen seiner tapfern Mannschaft beglückwünschen konnte. Mit dem Ausdruck Meines wärmsten Dankes versichre Ich Ihnen, daß das Geschwader hier herzlich willkommen ist, und Ich hoffe, ihm seinen Aufenthalt angenehm machen zu können. Jedermann wird sich darum bemühen, daß es sich hier heimisch fühle, in Erwiderung des freundlichen Empfanges, der Meinem Bruder von den Bürgern der Vereinigten Staaten zuteil geworden ist."

Die Antwort des Präsidenten Roosevelt lautet:

„Ich danke Eurer Majestät für die huldvolle Bewillkommnung des Geschwaders der Vereinigten Staaten und die in Eurer Majestät Depesche ausgesprochnen anerkennenden Worte. Ich hatte vom Admiral Cotton bereits Mitteilung über die Freundlichkeit erhalten, die Eure Majestät ihm und seinem Geschwader bewiesen haben. Diese Zeichen der Freundschaft und des Wohlwollens Eurer Majestät für die Vereinigten Staaten haben auf mich tiefen Eindruck gemacht, und ich erwidre die in Eurer Majestät Depesche zum Ausdruck gebrachten Gefühle auf das herzlichste."

Zweiter Abschnitt.

Ministerielle Erlasse.

I.

Verfügung bezüglich polizeilicher Mißgriffe.

10. Januar. Es wird folgende Verfügung des Ministeriums des Innern an alle Polizeibehörden bekannt:

Die eingehenden Untersuchungen über Fälle polizeilichen Einschreitens, die in der letzten Zeit die Oeffentlichkeit lebhaft erregt haben und auch in der Sitzung des Reichstags vom 22. November 1902 zur Sprache gekommen sind, haben ergeben, daß, wenn auch manche in der Presse gegebnen Schilderungen dem wahren Sachverhalt nicht entsprechen, doch bedauerlicherweise seitens verschiedner und nicht nur der untersten Polizeiorgane eine Reihe von Mißgriffen vorgekommen ist, die sich nicht entschuldigen lassen. Ich habe den Eindruck gewonnen, daß nicht überall eine genügende Belehrung und Beaufsichtigung der untern Polizeiorgane durch die Vorgesetzten stattfindet, und daß diesem Umstande eine Anzahl der in der letzten Zeit vorgekommnen Mißgriffe zuzuschreiben ist. Aufgabe der Vorgesetzten ist es, nicht nur darauf Bedacht zu nehmen, daß den untergebnen Polizeibeamten die von denselben zu handhabenden gesetzlichen Bestimmungen bekannt sind, daß ihnen die praktische Anwendung keine Schwierigkeiten bereitet, sondern vor allem auch durch fortgesetzte erziehliche Tätigkeit dafür zu sorgen, daß die untergebnen Organe sich ihrer Verantwortung vor dem Gesetz, ohne Beeinträchtigung der in ihrem Dienst unentbehrlichen Energie, stets bewußt sind. Es muß den Polizeibeamten immer gegenwärtig sein, daß die persönliche Freiheit durch Artikel 5 der preußischen Verfassung gewährleistet ist, und daß sie nur unter bestimmten gesetzlichen Voraussetzungen beschränkt werden darf. Die Polizei und jeden einzelnen Polizeibeamten bei Ausübung ihres schwierigen Amtes innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse gegen ungerechtfertigte Angriffe zu schützen, werde ich stets bereit sein. Ich muß aber auf das entschiedenste fordern, daß die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Ordnung berufnen Beamten in erster Linie selbst innerhalb ihrer gesetzlichen Befugnisse bleiben und bei der Ausführung ihrer gesetzlichen Maßregeln sich auch jeder unnötigen verletzenden Form enthalten. Dafür, daß überall hiernach verfahren wird, sind die unmittelbaren Vorgesetzten persönlich verantwortlich, und ich erwarte mit vollster Bestimmtheit, daß sie in Erfüllung ihrer oben angegebnen Obliegenheiten durch ständige persönliche Einwirkung, insbesondre auch durch häufige unvermutete Kontrolle der dienstuenden Polizeibeamten, dazu beitragen werden, daß Fälle, wie sie in letzter Zeit die Oeffentlichkeit erregt haben, vermieden werden.

II.

Erlaß bezüglich der Volksschule.

8. April. Es wird ein Erlaß bekannt, in dem sich der Kultus- und Unterrichtsminister über die wichtigsten sozialpolitischen und

wirtschaftlichen Fragen ausgelassen hat, bezüglich deren die Volksschule die Kinder aufklären soll. Es heißt in diesem Erlasse:

Neben der Bekämpfung der Trunksucht stellt die Gegenwart der Volksschule Aufgaben von ähnlicher Bedeutung aus dem praktischen Leben in solcher Zahl, daß für jede einzelne ein fester Anteil an der zu Gebote stehenden regelmäßigen Unterrichtszeit überhaupt nicht gewährleistet werden könnte. Es sei nur an die Gesundheitspflege, die Nahrungsmittellehre, den Tierschutz, an wirtschaftliche Fragen der Landwirtschaft, der Obst- und Gartenbaukunde, des Gewerbes, an die Rechnungen des kaufmännischen Verkehrs einschließlich der zugehörenden Formulare, an die Einrichtungen des Staates, die Reichsverfassung, des Reichsversicherungswesens, an Heer und Flotte, an Verkehr, Kolonien erinnert. Alle diese wichtigen Fragen haben berechtigten Anspruch auf eine genügende Beachtung in der Volksschule, aber nur in dem Sinne, daß der Unterricht zu gelegner Zeit und nach Maßgabe der örtlichen Verhältnisse auf sie einzugehen hat. Diese Forderung kann nicht einer für alle Schulen gemeinsamen Festsetzung im Lehrplan der Schulen, sondern der für jede einzelne Schule alljährlich aufzustellenden Stoffverteilung (Pensenverteilung) entsprechen. Diese vermag den Forderungen unsrer Zeit gerecht zu werden, sie ermöglicht auch einen jederzeitigen Wechsel der Anordnung unter fortlaufender Berücksichtigung der Erfahrung. Mit Hilfe der Stoffverteilung kann in einem Jahre diesem, im andern Jahre jenem Gegenstand eine besondre Beachtung zugesichert werden, so wie es jeweilig dem Stande und Wechsel des Bedürfnisses entspricht.

Dritter Abschnitt.

Reden von Ministern.

I.

Reden des Ministers Möller in Köln.

12. Januar. Der Handelsminister erwidert beim Besuche der Kölner Handelskammer auf eine Ansprache von derem Vorsitzenden. Er gedenkt, wie die „Köln. Volkszeitung“ meldet, der gegenwärtigen wirtschaftspolitischen Lage im Deutschen Reiche. Wenn zurzeit in Kreisen des Kaufmannsstandes vielfach Klagen darüber laut würden, daß die agrarischen Kreise ihre Forderungen mit ganz besonderm Nachdrucke geltend machten, so dürfe man nicht vergessen, daß die Staatsregierung nicht nur die Interessen der Allgemeinheit wahrzunehmen habe, sondern auch mit Rivalen und Machtfaktoren des öffentlichen Lebens rechnen müsse. Die landwirtschaftlichen Kreise hätten es verstanden, ihre Forderungen durch die parlamentarischen Vertreter wirksam geltend zu machen. Die Kaufmannschaft möge hieraus die Mahnung entnehmen, auch ihrerseits sich mehr als bisher dem öffentlichen Leben zu widmen und

die Wünsche der Industrie und des Handels mit gleichem Nachdruck zur Geltung zu bringen. Der Minister hebt schließlich die große volkswirtschaftliche Bedeutung der Kartelle hervor und bemerkt, daß die seitens der Reichsregierung veranstaltete Enquete dazu beitragen werde, ein richtiges Urteil über die Wirksamkeit derartiger Vereinigungen zu verbreiten.

Bei Eröffnung der Meisterkurse der Rheinprovinz ergreift der Handelsminister wie folgt das Wort:

Wir messen der Einführung von Meisterkursen in ganz Deutschland große Bedeutung zu. Die gegenwärtigen Etatsverhältnisse sind nicht danach angetan, die Meisterkurse jetzt allgemein einzuführen. Die Rheinprovinz ist die dritte Provinz, in der die Meisterkurse eingeführt werden. Wenn wir in allen Provinzen die Einführung vollzogen haben, werden die Provinzen dazu übergehn, weitere Institutionen zu schaffen. Die Zeiten, in denen das Handwerk wieder auf andre Füße gestellt wurde, liegen mehr als 40 Jahre hinter uns. Es war die Zeit, in der man glaubte, alles der eignen Kraft überlassen zu sollen, in der die Lehre des laissez faire, laissez aller herrschte. Die Zeit hat gelehrt, daß diese Lehre keine gute war. Der Staat erachtete es als seine Pflicht, helfend und ratend einzugreifen. Damit soll die Tatkraft des Einzelnen nicht zurückgedrängt werden. Im Gegenteil, das Handwerk kann nur blühen, wenn alle Handwerker sich bewußt bleiben, daß die eigne Kraft, der eigne Fleiß, die eigne Ausdauer das Rückgrat ihrer Tätigkeit bilden müssen. Die eigne Tatkraft soll belebt werden. Wir haben gehört, daß wir auf gewissen Gebieten des Unterrichts hinter den süddeutschen Staaten und Oesterreich rückständig geblieben sind, daß wir auf andern Gebieten uns dagegen mit andern Staaten messen können, ja sie übertreffen. Ich hoffe, daß wir auf dem Gebiete der Meisterkurse den rechten Weg gehn. Die Wege, die man zur Erreichung des Ziels beschritten hat, sind verschieden. Es handelt sich hierbei besonders um Umfang und Dauer der Kurse. In Hannover ist man bezüglich der Dauer der Kurse weiter gegangen als hier. Es scheint richtig zu sein, nach verschiednen Grundsätzen vorzugehn, denn eins schickt sich nicht für alle. Wir werden unterscheiden müssen zwischen Gehilfen und solchen Handwerkern, die einem eignen Geschäfte vorstehen. Für das letztere wäre es angebracht, den Kursus auf gewisse Techniken zu beschränken, und dafür genügen acht bis zehn Tage. Für den angehenden Gehilfen wird man den Kreis der Kurse weiter gestalten. Ich neige der Ansicht zu, daß die Unterrichtszeit zu kurz bemessen ist. Es hält schwer, alles zu lehren und zum Verständnis zu bringen, wenn die Zeit zu kurz ist. Vieles kann beim Unterricht ausgeschieden werden, was in den Werkstätten schon gelehrt wird. Einiges soll in den Meisterkursen besonders gründlich gelehrt werden: Rechnen und Kalkulieren. Das verstehn viele Handwerker nicht, sonst würden sie bei Submissionen nicht so unsinnige Preise stellen, die die Kosten nicht decken. In der Rechnungslehre liegt eine der Hauptaufgaben der Meisterkurse. Gehen wir getrost an die Arbeit! Lehrer und Lernende haben die Pflicht, ein vernünftiges System herauszubilden. Im Augenblick läßt sich noch nicht sagen, welches das beste ist; die Praxis muß das herausstellen. Lehrer und Lernende haben die Pflicht, zu zeigen, daß die Institution gut ist. Ich hoffe, daß die Einrichtung zur Blüte gebracht wird, und wünsche von Herzen, daß Gott das Handwerk schützen möge.

II.

Ansprache des Reichskanzlers an den Deutschen Landwirtschaftsrat.

6. Februar. Der Reichskanzler Graf Bülow hält beim Festmahle des Deutschen Landwirtschaftsrats in Berlin eine Rede, die im wesentlichen also lautet:

Seit ich das letztemal in Ihrer Mitte weilte, ist nach heißen Kämpfen der Zolltarif Gesetz geworden. Lang und dornenvoll war der Weg, und in der Geschichte unsrer Reichsgesetzgebung wird die Feststellung des neuen Zolltarifs zu den schwierigsten Aufgaben gezählt werden. Bei diesem Rückblick ist es mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus allen Landwirten zu danken, die zum Zustandekommen des Zolltarifs mitgewirkt haben. Ich danke vor allem, meine Herren, Ihrem ständigen Ausschuß dafür, daß er unter Verzicht auf manche weitergehenden Wünsche sich schließlich einmütig auf den Boden des Tarifentwurfs gestellt und sein gewichtiges Votum für die Annahme der Vorlage abgegeben hat.

Daß der neue Tarif der Landwirtschaft wesentliche Vorteile bringt, ist unbestreitbar. Warum hätten sonst diejenigen, die eine besondre Berücksichtigung landwirtschaftlicher Interessen prinzipiell verwerfen, unsern Tarif mit solcher Hartnäckigkeit bekämpft? Das ist ein Argumentum e contrario, gegen das keine Dialektik aufkommt. Brauche ich im einzelnen daran zu erinnern, daß für nahezu alle landwirtschaftlichen Erzeugnisse der autonome Zollschutz erheblich verstärkt worden ist, daß vor allem für die vier Hauptgetreidearten Mindestzölle gesetzlich festgelegt sind, die gegen die jetzt geltenden Vertragssätze den Zoll für die Tonne Weizen um 20 Mark, für die Tonne Roggen um 15 Mark, für die Tonne Hafer um 22 Mark und für die Tonne Braugerste um 20 Mark erhöhen, an die Wertzölle für Pferde, die Gewichtszölle für alle andern Viehgattungen? Für die Einführung von Ursprungszeugnissen, die Beschränkung der gemischten Privattranssitlager, die Aufhebung der Zollkredite bei der Einfuhr von Getreide sind gesetzliche Bestimmungen getroffen worden, die wiederholt geäußerten Wünschen der Landwirtschaft wirksam entgegenkommen. Der Zolltarif kommt in erster Linie der Landwirtschaft zugute. Herr von Soden hat die Frage an mich gerichtet, wann die Handelsverträge gekündigt werden würden. Diskretion und Rücksicht auf die verbündeten Regierungen, deren Mandatar ich bin, verbieten mir, mich über diese Frage auszusprechen. Das aber kann ich sagen, wir werden bei den

Handelsvertragsunterhandlungen die Interessen der Landwirtschaft mit besonderm Nachdrucke vertreten.

Daß nicht alle Wünsche der Landwirtschaft erfüllt werden konnten, weiß ich so gut wie irgend ein Landwirt. Aber das ist kein Grund zum Undank — ich scheue mich nicht, das Wort auszusprechen — gegen diejenigen, die den Tarif mit größter Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit vorbereitet, mit pflichttreuem Eifer vertreten, mit ihrer Verantwortung gedeckt, die ihre ganze politische Stellung für ihn eingesetzt haben. Dabei denke ich nicht nur an Minister und Staatssekretäre, sondern ebenso an diejenigen Parlamentarier, Politiker und Landwirte, die für den Tarif gestritten haben. In der Politik muß man mit dem Möglichen, man darf nicht mit dem Wünschenswertern rechnen. Als die Kaiserin Maria Theresia einst ihrem Kanzler, dem Fürsten Kaunitz, vorwarf, er gehe auf ihre Wünsche nicht ein, erwiderte ihr der kluge alte Staatsmann: „In allen Dingen, so den Allerhöchsten Dienst betreffen, bemühe ich mich, die Dinge zu nehmen, wie sie seyndt, und nicht, wie sie vielleicht seyn sollten."

Meine Herren, mit dem verstärkten Zollschutz allein ist es nicht getan, das erkennt niemand bereitwilliger an als ich. Das ist von meiner Seite keine allgemeine Redewendung, sondern ich denke dabei an konkrete Maßnahmen, vornehmlich an die Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf dem Lande durch den Bau neuer Schienenwege und befestigter Straßen, an eine kräftige innere Kolonisation, an die Hebung des technischen Betriebes der Landwirtschaft, namentlich auch in den Kreisen des kleinen bäuerlichen Besitzes, an eine intensive Förderung des landwirtschaftlichen Bildungswesens, des Genossenschaftwesens, der Landesmeliorationen, an eine Hebung der Viehzucht, besonders durch wirksame Bekämpfung der Viehseuchen mit den neuern Erfahrungen der Wissenschaft. Vor uns liegt ein weites Feld für eine ersprießliche Tätigkeit von Reich und Staat in verständnisvollem Zusammenwirken mit den geordneten Vertretungen der Landwirtschaft.

Aber auch nur durch solche gemeinsame positive Arbeit — ich schäme mich nicht, es offen auszusprechen, zwischen uns soll immer Wahrheit sein — ist eine praktische Förderung der Landwirtschaft möglich, nicht durch Spielen mit unerfüllbaren Illusionen, nicht durch künstliche Züchtung eines Kleinmutes, in den der Deutsche leicht verfällt, der ihm aber nicht wohl ansteht. Wenn wir die tausendjährige Geschichte des deutschen Volkes an unserm geistigen Auge vorüberziehen lassen, so sehen wir, daß auf Zeiten heroischer Anspannung Perioden folgen, wo Zweifel und

Müdigkeit sich breit machen. Gerade in solchen Tagen heißt es den Kopf oben behalten und nicht in einen Pessimismus verfallen. Der Pessimismus mag als metaphysisches System seine Berechtigung haben. Ich selbst habe in jüngern Jahren Schopenhauer mit Bewundrung studiert und ehre ihn noch heute als großen Sprachmeister und als einen unsrer tiefsten Denker. In der Politik aber ist Pessimismus immer vom Uebel, weil er hier mit der Schwächung des Lebensmutes auch die Tatkraft lähmt, weil er unmännlich und unfruchtbar ist. In der Politik, hat Thiers einmal mit Recht gesagt, gehört die Zukunft den Optimisten. Nur die Völker und die Schichten, die an ihren Stern glauben, kommen vorwärts. Und selbst wenn Wolken am Horizont stehn, was bei uns sicherlich nicht in höherm Grade der Fall ist als anderswo, so ist es immer noch besser, sich Hektor zum Vorbilde zu wählen als Kassandra. Eins will ich jedenfalls erklären, gerade im Kreise von Vertretern der Landwirtschaft und für das Ausland, wo man das, was bei uns eine zum Teil etwas nervöse Presse an Schwarzseherei und an Nörgeleien produziert, oder was im Parteiinteresse gelegentlich als übertriebne Kritik zutage tritt, gern zu Beweisen für eine Lockerung des Reichsgefüges und für den Rückgang unsers Nationalgefühls stempeln möchte — also für die Leute, die geneigt sein sollten, minder berechtigte deutsche Eigentümlichkeiten, das Untereinanderhadern, die deutsche Tadelsucht, den deutschen Kleinmut für deutschfeindliche Zwecke auszunutzen, will ich hier nachdrücklich betonen, daß alle jene Erscheinungen bei uns nur Wellengekräusel an der Oberfläche sind, hervorgerufen durch wechselnde, vorübergehende Winde. Unter diesem Gekräusel aber fließt breit und mächtig der Strom unsrer nationalen deutschen Entwicklung. Dafür, daß in der deutschen Landwirtschaft, von deren Gedeihen die innere Festigkeit des Reiches wie des preußischen Staats so wesentlich abhängt, die aber auch ihrerseits an der Erhaltung des Staates wie des Reiches unmittelbar interessiert ist, wie kein andrer Stand, der Geist des Vertrauens und der Einsicht, ein im besten Sinne konservativer Geist die Herrschaft behalten möge, dafür rechne ich auf Ihre Unterstützung. Mit dieser Hoffnung und in diesem Sinne erhebe ich mein Glas auf das Wohl der deutschen Landwirtschaft und ihrer hier versammelten Vertretung. Die deutsche Landwirtschaft und der Deutsche Landwirtschaftsrat, sie leben hoch!

III.

Rede des Ministers Möller in Bremen.

14. Februar. Bei der sogenannten „Schaffermahlzeit“ in Bremen hält der Handelsminister Möller eine längere Rede, in der er u. a. ausführt:

Die letzten Jahrzehnte haben uns in unsrer ganzen wirtschaftlichen Gebarung merkwürdige Aenderungen gebracht. Aus der Zerrissenheit, die wir politisch hatten, war auch hervorgegangen eine handelspolitisch-individuelle Auffassung. Sie galt als das einzig Richtige. Sie wird auch wiederkehren, diese Auffassung; aber wir unterliegen nun mal den Wellenlinien, die sich überall vollziehen im Leben und so auch in den Auffassungen handelspolitischer Dinge. Daß wir, wo wir jetzt mächtig und stark durch unsre eigne Kraft geworden sind, jetzt vielleicht richtiger auf den Freihandel lossteuerten, als auf eine andre Theorie, gebe ich Ihnen gern zu. Aber Sie haben zu rechnen mit dem, was rings um Sie vorgeht. Und wenn Sie die Augen nach allen Seiten hin werfen, so werden Sie sehen, daß nicht wir die Karnickel sind, die der individualistischen Richtung entgegengetreten sind, sondern durch die ganze Welt ist dieser Zug gegangen und wir haben uns dem nicht entziehen können. Bei allen Nationen und bei unsern großen Vettern überm Meere ist der protektionistische Strom weit gewachsen, und mit dieser Strömung, nicht nur überm Meere, sondern auch bei allen Nachbarn, haben wir gegenwärtig zu kämpfen und hoffen, daß wir aus diesem schweren Kampfe schließlich siegreich hervorgehen werden. Aber eins müssen wir aufrecht erhalten, unsre volle Arbeitskraft und vor allem: Sie werden dafür sorgen müssen, daß Ihre Interessen im Parlament vertreten werden. Wir haben in Deutschland durch lange Jahre es nicht für eine Ehrenpflicht des Standes der Kaufleute und Industriellen gehalten, auch am parlamentarischen Leben ihre Arbeit zu tun; es ist heute nicht nur Ihre Ehrenpflicht, sondern eine Pflicht der Selbsterhaltung, nach dieser Richtung mehr zu tun, als bisher geschehen ist. Ohne die Arbeitskraft von Handel und Industrie, ohne das immense Vermögen und Einkommen, die durch sie geschaffen sind, werden wir nicht die machtvolle Nation sein können, die wir sind. Armee und Marine verschlingen Hunderte von Millionen, und wir mögen die Arbeit der Männer segnen, die die Mittel dazu herbeischaffen. Das mögen alle Bewohner des Deutschen Reiches nicht vergessen! Darum darf derjenige Stand, der heute den größten Beitrag zur Erhaltung von Staat und Reich beiträgt, nicht in seinen Interessen niedergedrückt werden. Wohl muß er objektiv anerkennen, daß andre Stände auch, vor allen Dingen der Stand der Landwirtschaft, zu kämpfen hat und seine Interessen zu wahren sind; aber die höchste Stufe muß bleiben die Stufe der Allgemeinheit. Man möchte der Meinung sein, daß die alte Methode die bessere gewesen sei, daß sie die Tatkraft des einzelnen Individiums besser stählt, daß sie für die Gesamtheit wohltätiger wäre; aber sich gegen die Tatsache sträuben zu wollen, daß gegenwärtig die Macht der Konzentration des Geschäfts die Welt regiert, das geht nicht an. Man muß anerkennen, daß das heute die treibende Kraft ist, und daß derjenige Staat, der sich kühl zurückhalten will von dieser Bewegung, im gewaltigen Kampf der nächsten Jahrzehnte zweifellos unterliegt. Ich will nicht ein Lobredner sein der Kartelle, Syndikate und Trusts, doch sage ich, sie sind eine Notwendigkeit. Worauf es ankommt, ist nur, daß die öffentliche Meinung diese Institutionen zwingt, verständig und vernünftig zu sein. Daß gesetzgeberische Maßnahmen hierzu zwingen können, glaube ich nicht, aber die

öffentliche Meinung kann einen kräftigen Druck ausüben, und vor allen Dingen die eigne geschäftliche Klugheit der Leute, die diese Verbände zu Rate haben. Sie erfreuen sich hier, ebenso wie in Hamburg, eines gewaltigen Aufschwungs der Schiffahrt, und warum? Auch nur, weil Sie die großen konzentrierten Gesellschaften haben, die ihr Netz über die ganze Erde zu spannen imstande sind. Nur in der Kombination der Interessen ist man heute imstande, den großen Konkurrenzkampf zu bestehn.

IV.

Rede des Ministers Möller in Hannover.

15. Februar. Der Handelsminister Möller besucht die Handelskammer in Hannover und äußert in einer dort gehaltenen Rede, unser wichtigster Konkurrent auf dem Weltmarkt würden in Zukunft die Vereinigten Staaten von Nordamerika sein. Man müsse daher von diesen lernen und sich deren Geschäftsprinzipien anpassen, als deren markantestes die Konzentration von Kapital und Geschäft anzusehen sei, wie sie sich in Kartellen und Syndikaten darstelle. Die teilweise starke Abneigung in Deutschland gegen diese Gebilde werde sicher mit der Zeit einer gerechtern Auffassung Platz machen, zumal wenn die dem Syndikatswesen anhaftenden Auswüchse beseitigt werden würden, was natürlich durchaus zu wünschen sei. Allerdings dürfte es kaum zweckmäßig sein, die Gesetzgebung zu diesem Zweck in Bewegung zu setzen, vielmehr müsse von der geschäftlichen Klugheit der auf diesem Gebiet tätigen Unternehmer und Reorganisatoren das notwendige Maßhalten und die Vermeidung von Uebelständen erwartet werden. Zum Schluß kommt der Minister auf die Kanalfrage, indem er sagt: Ich brauche schließlich nicht zu versichern, daß ich volle Sympathie für die Verbesserung und Vervollkommnung der Verkehrswege und namentlich der Wasserstraßen hege, ich bin aber nicht direkt an diesen Fragen beteiligt. Ich glaube aber Ihnen das Wort wiederholen zu dürfen, das mein früherer Kollege von der Eisenbahnverwaltung, Herr Minister von Thielen, dem Sie ja von seiner frühern Wirksamkeit her hier in Hannover besonders nahe stehn werden, ausgesprochen hat: „Gebaut wird er doch."

V.

Aus der Rede des Ministers Grafen Posadowsky zur Eröffnung des Deutschen Handelstags.

18. März. Der Deutsche Handelstag wird in Berlin unter Vorsitz des Geh. Kommerzienrats Frentzel eröffnet. Staatssekretär Graf Posadowsky sagt in seiner Begrüßungsansprache:

Wir dürfen unsrer industriellen Zukunft mit Vertrauen entgegensehen. Mit der Steigerung des Lebensstandes der gebildeten Völker, mit der Verfeinerung ihres Geschmacks, mit dem Fortschritt der technischen Wissenschaften steigt naturgemäß auch der Bedarf an verfeinerten Waren, an Spezialitäten, und gerade auf diesem Gebiete dürfte die deutsche Industrie ihre Aufgabe suchen im Wettkampf mit den Völkern, die nach ihren Verhältnissen vorzugsweise auf die Herstellung von gröbern Massenartikeln an-

gewiesen sind. Für diese Aufgabe sind wir aber auch vorzugsweise gerüstet, da die vielfachen technischen Schulen Deutschlands ein hervorragendes Personal von Dirigenten und Technikern, von Ingenieuren und Mechanikern, von Physikern und Chemikern herangezogen haben, da durch die zahlreichen Gewerbemuseen Geschmack und Kunstverständnis vertieft ist, da sich endlich, dank unserm Schulwesen und unsrer sozialpolitischen Fürsorge, der Arbeiterstand in seiner persönlichen Leistungsfähigkeit und Verwendbarkeit ganz wesentlich gehoben hat. Wir stehn jetzt vor dem schwierigen Stadium der Erneuerung der Handelsverträge, für deren Ausgestaltung die Wünsche der Beteiligten naturgemäß außerordentlich weit auseinandergehn. Erwerbszweige, die vorzugsweise für die Ausfuhr arbeiten, werden die nötigen Konzessionen auf dem Gebiete des heimischen Zollschutzes suchen, während die Erwerbszweige, die vorzugsweise den heimischen Bedarf decken, mehr zu Konzessionen zugunsten des ausländischen Schutzzolles geneigt sind. In diesem Kampfe der Interessen wird deshalb jeder zugunsten des andern ehrliche Selbstbeschränkung üben müssen. Aber eine Ueberzeugung sollten alle Erwerbsstände teilen, daß die heimische Regierung die Interessen unsers Erwerbslebens mit derselben Sachkenntnis und mit demselben Nachdruck vertreten wird, wie dies von den fremden Regierungen zum Besten ihres Landes vorausgesetzt wird. Nüchterne und sachverständige Beurteilung der tatsächlichen Verhältnisse kann uns allein ohne wirtschaftliche Erschütterungen in den neuen Zeitabschnitt unsrer handelspolitischen Beziehungen hinüber führen.

VI.

Rede des Ministers Möller beim Festmahle des Deutschen Handelstags.

18. März. Der Minister sagt in Erwidrung eines Trinkspruchs u. a. folgendes:

Sie haben im Handelstag eine freundliche Stellung zu den Handelsverträgen eingenommen. Seien Sie überzeugt, daß bei den Regierungen genau dasselbe Bedürfnis für langfristige Handelsverträge vorliegt wie bei Ihnen. Nur ist der Abschluß derselben nicht so leicht wie 1894. Die wirtschaftlichen Beziehungen in der ganzen Welt haben sich verschärft. Man hat den deutschen Regierungen die Schuld daran zugeschrieben. Ich fühle mich gedrungen, die verbündeten Regierungen dagegen zu verwahren. Sie sehen, wie in der Schweiz dieselben Strömungen herrschen, wie sie bei uns vorhanden sind. Sie gehen eben durch die ganze Welt; sie sind auch nicht bei uns, sondern außerhalb entstanden. Wir sind mit der Schaffung eines autonomen Tarifs nur dem gefolgt, was dasselbe Land, das ich schon vorhin nannte, 1884 vergeblich versucht und 1891 durchgeführt hat; wir haben erhöhte Tarifsätze um eine feste Basis für die abzuschließenden Handelsverträge zu schaffen. Die Zukunft wird entscheiden, ob dieser Weg der richtige ist. Wir haben zu rechnen mit der augenblicklichen protektionistischen Strömung... Ich gehöre nicht zu denen, die da meinen, daß ein höherer Schutzzoll als absolut nötig ersprießlich ist. Ich werde daher auch nie für überhohe Schutzzölle eintreten. In den Ländern, in denen man diese einführt, wird man sich überzeugen, daß eine überhohe Schützung kein Segen für das Land ist, daß Handel und Industrie am besten nur bei freiem Wettbewerb gedeihen können. Länder mit überhohen Schutzzöllen sind daher sehr gefährdet.

Wir sind in einer bessern Lage, bei uns ist der Abschluß von Handelsverträgen auch leichter als z. B. in England, das niemals einen Tarifvertrag abschließen könnte, weil es für das, was es verlangt, nichts zu bieten hat. Es gibt auf dem volkswirtschaftlichen Gebiet kein gleichbleibendes Evangelium! Man muß sich dabei nach seinen Nachbarn richten! Ich muß Sie auch darauf hinweisen, wir werden bei Abschluß der Handelsverträge nicht nur das Interesse, das Sie vertreten, zu vertreten haben, sondern wir werden auch mit Faktoren rechnen müssen, die auch mitzusprechen das Recht haben. Darunter hat sich ein jeder zu beugen, Völker wie Regierungen. Ich muß Sie auch aufmerksam darauf machen, daß Handel und Industrie im öffentlichen Leben mehr hervortreten könnten. Ich betrachte unsre wirtschaftliche Lage weniger ängstlich als andre. Unsre Lage bei dem diesmaligen wirtschaftlichen Rückgang ist viel solider als bei andern. Durch Zurückhaltung im Anfang der 90er Jahre war das Bedürfnis nach Einholung des Verlustes so groß, daß das Streben weit über das richtige Maß auf dem Geldmarkt wie in der Industrie hinausging. Es mußte daher ein Rückschlag erfolgen. Nun waren aber diesmal auch der Staat, die Provinzen und die Kommunen in den Kreis der Unternehmer eingetreten, denen das nur geborgte Geld nun plötzlich fehlte. Ein Hauptgrund der Geldknappheit war also diesmal von durchaus sichern Kontrahenten verursacht worden. Auch die großen Aktiengesellschaften hatten mit einzelnen schlechten Ausnahmen gut gewirtschaftet, und so glaube ich, daß sie auch die Krisis werden gut überwinden können. Jetzt befinden wir uns in einer Retablissementsperiode. Auch diesmal wird es wie bei andern Perioden zunächst ein Aufflackern geben. Es wird aber eine längere Zeit bis zur völligen Erholung nötig sein.

VII.

Rede des Ministers Möller in Magdeburg.

4. Mai. Der in dienstlichen Angelegenheiten nach Magdeburg gereiste Handelsminister Möller stattet der dortigen Handelskammer einen Besuch ab. Von dem Vorsitzenden mit einer Ansprache begrüßt, nimmt der Minister das Wort, um seinen bereits wiederholt entwickelten Gedanken, daß der Kaufmannsstand sich lebhafter als bisher an den öffentlichen Angelegenheiten beteiligen müsse, wenn er bei deren Regelung nicht zu kurz kommen wolle, erneut zum Vortrag zu bringen. In seiner von der „Magdeb. Ztg." ausführlich mitgeteilten Rede heißt es:

Ich habe an verschiednen Stellen zum Ausdruck gebracht, daß die kaufmännischen Interessen häufig in der Berücksichtigung hinter andern zurückstehn, und daß dies zum Teil seinen Grund darin hat, daß die kaufmännisch gebildeten Kreise nicht in dem Maße, wie es in andern Ländern der Fall ist, ins öffentliche Leben eingreifen. Dies war freilich weniger nötig zuzeiten, wo vorwiegend ideale Momente den Staat beherrschten. Es wird jedoch erforderlich, wenn materielle Interesse miteinander kämpfen, und diese Kämpfe der materiellen Interessen zwingen uns, jetzt daran zu denken, daß auch weitere kaufmännische gebildete Kreise sich dazu entschließen, ins öffentliche Leben einzutreten. Ich habe schon an andern Orten zum Ausdruck gebracht, daß ich hoffe und wünsche, daß es sich die jüngern Söhne

wohlhabender Familien zur Pflicht machen, sich eine andre Bildung in öffentlichen Angelegenheiten anzueignen, als es dem hart arbeitenden Manne möglich ist, wie es sich auch in England die jüngern Söhne wohlhabender Familien zur Ehre anrechnen, vorwiegend im öffentlichen Leben zu arbeiten. Dabei möchte ich nicht vermissen, daß die jungen Leute auch im praktischen Leben stehn. Nur wer im eignen Leben, im eignen Berufe den Wert der Arbeit erfahren hat, hat wirklich volle Kenntnis dessen, was uns not tut. Daher bin ich auch nur in beschränkter Weise Freund der kaufmännischen Hochschulen gewesen, und ich möchte auch nicht, daß kaufmännische Hochschulen unter der Parole entstünden, daß die Studien in derselben Weise wie an den Universitäten getrieben werden. Die Grundlage kaufmännischen Wissens muß praktische Arbeit sein, der sich der junge Mann von Jugend auf widmen muß. Die kaufmännischen Hochschulen werden nur gedeihen, wenn junge Leute praktisch gearbeitet haben und auf ihr praktisches Wissen das theoretische Wissen aufbauen. Bei mir laufen viele Klagen darüber ein, daß der Zwischenhandel vernachlässigt und zurückgedrängt würde, und es wird ausgeführt, daß der Staat die Pflicht habe, den Zwischenhandel zu schützen. Das ist theoretisch gewiß richtig. Aber es wird sich wohl kaum immer durchführen lassen, und wir werden damit wohl rechnen müssen, daß durch die moderne volkswirtschaftliche Entwicklung vielleicht der eine oder der andre Zweig des Zwischenhandels beschränkt oder beseitigt werden wird. Gegen die Bewegung auf Ausschaltung des Zwischenhandels, glaube ich, kann man nichts andres tun, als diejenigen Kreise, die dadurch geschädigt werden, sei es in genossenschaftlicher, sei es in andrer Form, zu größerer Konzentration zu bewegen. Ich habe vor einigen Monaten in Hannover ausgesprochen, daß in der Konzentration der Geschäfte die einzige Waffe und Wehr sei, die wir gegenüber den neu aufstrebenden Gebilden, namentlich in den Vereinigten Staaten von Amerika haben. Mir ist zum Vorwurf gemacht worden, daß ich damit das Trust- und Syndikatswesen verteidigt habe; das ist aber nicht der Fall gewesen. Ich habe nur sagen wollen, daß dasjenige Land, das dem Zuge der Zeit nach Konzentration nicht folgt, den Wettbewerb der großen Nationen nicht aushalten kann. Ohne Spezialisierung und Konzentration werden wir im Wettstreit auf dem Weltmarkt nicht bestehn. Welche Form die geeignetste ist, vermögen wir heute noch nicht zu sagen. Konzentration unter tunlichster Aufrechterhaltung der Individualität der einzelnen Glieder ist das Ziel, auf das wir zweifelsohne lossteuern müssen.

Ein Teilhaber des bekannten Herrn Morgan hat mir vor einiger Zeit persönlich auseinandergesetzt, daß das Mißtrauen, das der Iron and Steel Corporation entgegengebracht werde, unbegründet sei. Es fiele ihnen nicht ein, so einfältig zu sein, für eine kurze Zeit, obwohl sie dazu imstande wären, die Konsumenten auszubeuten. Ihr Ziel ginge darauf, die Arbeit zu teilen, und da zu produzieren, wo es rationell sei, und den Zwischenhandel auszuschalten, wo er nicht nötig sei. Wie in den Vereinigten Staaten, so wird auch bei uns der Kampf gegen den Zwischenhandel seinen Fortgang nehmen. Das schließt jedoch nicht aus, daß zahlreiche Handelszweige nach wie vor gedeihen werden.

Der Minister gibt schließlich der Hoffnung Ausdruck, daß die schlimmsten Jahre hinter uns liegen. Der Inlandsverbrauch an Eisen habe sich in letzter Zeit, nachdem er von 132 Kilogramm auf 70 Kilogramm zurückgegangen, wieder auf 95 bis 96 Kilogramm gesteigert. Es ist nun einmal, schließt der Minister, Tatsache, daß Kohle und Eisen die Standardgeschäftszweige für die ganze Industrie sind. Wenn es diesen gut geht, geht es auch andern Industrien nicht schlecht. Die Arbeiter, die da be-

schäftigt sind, gehören zu den bestgelohnten und sind daher die besten Konsumenten. Wir dürfen daher die Hoffnung haben, daß wir bei angestrengter Arbeit und Aufrechterhaltung des Marktes im Auslande wieder normalen Zeiten entgegengehn."

VIII.

Der Reichskanzler Graf Bülow an eine Abordnung aus Bromberg.

24. Juni. Vertreter der Stadt Bromberg überreichen dem Reichskanzler den Ehrenbürgerbrief der Stadt. Der Oberbürgermeister Knobloch sagt in seiner Ansprache:

Auf dem langen und mühseligen Wege, den die königlich preußische Staatsregierung bei ihrem Werke der innern Eingliederung einzelner Gebietsteile des Ostens in das preußische Staatsgebiet vor sich hat, bezeichnet die Uebernahme der Geschäfte durch Eure Exzellenz eine Etappe, deren Spuren in den Gesetzesvorlagen für den Osten bereits weithin sichtbar geworden sind. Es darf angesichts der auch bei dem wirtschaftlichen Niedergange unverändert geübten Staatsfürsorge als sicher bezeichnet werden, daß die unerschütterliche Fortsetzung der nunmehr eingeleiteten Politik für alle Glieder und Gebiete des Ostens nicht nur die feste Wurzelung der deutschen Bevölkerung, sondern schließlich auch die vorbehaltlose Einordnung der Preußen polnischer Nationalität unter die preußische Herrschaft im Gefolge haben wird. Der mächtigste Bundesgenosse des preußischen Staats hierbei ist die Zeit. Die Stadt Bromberg hat freudig Veranlassung genommen, Eurer Exzellenz als dem Träger dieser Politik durch Verleihung ihres Ehrenbürgerrechts öffentlich Dank abzustatten.

Graf Bülow sagt (nach der „Köln. Z." v. 26. Juni) in seiner Antwort: Es sei ihm eine Freude gewesen, sich für die kulturelle nnd industrielle Entwicklung von Bromberg einsetzen zu können, denn er wisse, daß die von ihm geleitete und vertretne Ostmarkenpolitik der preußischen Staatsregierung gerade bei der Bürgerschaft der Stadt Bromberg verständnisvolle Unterstützung finde. Die Stadt Bromberg habe den Unterschied zwischen deutscher und polnischer Herrschaft an ihrem eignen Leibe erfahren. Vom Deutschen Orden angelegt, sei Bromberg unter der Herrschaft dieses Ordens ein blühendes Gemeinwesen gewesen. Als aber an einem der traurigsten und verhängnisvollsten Tage der deutschen Geschichte der Deutsche Orden zusammenbrach, sei mit ihm und mit der Sache des Deutschtums im Osten auch Bromberg gesunken. Als der große König den Netzedistrikt wieder für Preußen und Deutschland gewann, sei Bromberg, um mit den Worten des Königs zu reden, ein Stück Wüstenei gewesen mit kaum 1000 Einwohnern. Der Oberbürgermeister habe mit Recht erinnert an das, was Bromberg dem großen König verdanke. Er habe auch Beweggründe wie Ziele unsrer heutigen Ost-

markenpolitik richtig gekennzeichnet. An dieser Ostmarkenpolitik würde unbeirrt festgehalten werden. Wir bildeten uns nicht ein, daß der historische Kampf, den das Deutschtum im Osten mit seinen Gegnern führen müsse, von heute auf morgen beendet werden könne. Wenn aber von deutscher Seite von oben und von unten weiter stetig, mutig und geduldig gearbeitet werde, so würden die Früchte nicht ausbleiben.

Vierter Abschnitt.

Parteibewegung.

I.

Nachklänge der Zolltarifkrisis.

7. Januar. In einer Versammlung des nationalliberalen Vereins zu Mannheim spricht der Reichstagsabgeordnete Bassermann über den Zolltarif und die Stellung der nationalliberalen Fraktion im Reichstag.

Das Ziel der Partei sei der Abschluß von brauchbaren Handelsverträgen gewesen. Unter dem Druck des sozialdemokratischen Terrorismus sei am 26. November die Einigung der Mehrheitsparteien zustande gekommen. Der Antrag Kardorff sei nach den Vorgängen von 1879 und 1885 zweifellos zulässig gewesen und der einzige Ausweg ohne Aenderung der Geschäftsordnung. Auch der Antrag Aichbichler sei notwendig gewesen und habe sich bewährt, die ungezählten Abstimmungen zu verhindern. Von einem Umfall der nationalliberalen Partei könne nicht die Rede sein, da im wesentlichen die Regierungsvorlage angenommen worden sei. Der Einigung der Parteien hätten sich die Nationalliberalen anschließen müssen, da sie die Verantwortung des Scheiterns nicht hätten übernehmen können, und ein andrer Weg Mangel an Mut und Verantwortungsgefühl gezeigt hätte. Die Fraktion habe für das Grundprinzip des Parlamentarismus, die Anerkennung des Mehrheitsprinzips, gekämpft; ein Kartell sei nicht geschlossen worden. Die Vorlage der Diäteneinführung im Reichstage sei dringend nötig. Die Voraussage einer Gefährdung des Reichstagswahlrechts sei dem schlechten Gewissen der Sozialdemokratie entsprungen. Die Nationalliberalen würden an dem jetzigen Wahlrecht festhalten. Ein Zusammengehn des Bürgertums mit der Sozialdemokratie sei ausgeschlossen. Trotz aller Beschimpfungen stelle der Zolltarif einen großen Erfolg dar.

8. Januar. Der Reichstagsabgeordnete Graf Kanitz veröffentlicht in der „Kreuzzeitung“ ein Schreiben an den Provinzialvorsitzenden des Bundes der Landwirte für Ostpreußen, Grafen Dohna-Finckenstein. Er rechtfertigt darin seine Abstimmung für den Zolltarif und in der Kompromißfrage, betont jedoch, daß bis jetzt nur die Bahn zur Herbeiführung besserer Zustände freigemacht

worden sei. Damit sei nicht gesagt, daß die Landwirtschaft mit dem jetzt Gebotenen zufrieden sein dürfte, die Not der Landwirtschaft werde nur gemildert, nicht beseitigt. Graf Kanitz führt wörtlich aus:

Bezweifelt werden muß insbesondre, daß ein Getreidezoll von etwa fünf Mark genügen wird, um den Preis des Getreides auf einen den Produktionskosten entsprechenden Stand zu setzen. Aber wir werden ja sehen! Wenn es die Regierung ernst meint mit der Versicherung, daß die Erhaltung des deutschen Getreidebaues nicht bloß eine wirtschaftliche, sondern auch eine politische Notwendigkeit ist, und wenn es sich binnen kurzem zeigen wird, daß der vorgesehene Zoll hierzu nicht genügt, so wird die Regierung noch auf weitere Maßnahmen Bedacht nehmen müssen, und da kann ja nur anempfohlen werden, auf meinen schon vor Jahren gemachten Vorschlag zurückzugreifen, daß der Bedarf an ausländischem Getreide in der Weise gedeckt werden soll, daß das Reich den Ein- und Verkauf desselben übernimmt, die Verkaufspreise aber gesetzlich vorgeschrieben werden.

Graf Kanitz schließt mit der Bemerkung, auf keinen Fall könne mit den Reichstagsbeschlüssen vom 13. und 14. Dezember die Kampagne als abgeschlossen betrachtet werden. Diese Beschlüsse bezeichnet er als die erste Etappe; es würden noch manche Etappen zu passieren sein, bevor das Ziel erreicht sei.

9. Januar. Der Deutsche Landwirtschaftsrat veröffentlicht auf das nach Annahme des Antrags Kardorff erlassene Rundschreiben des engern Vorstandes des Bundes der Landwirte (1902, Band 2, S. 122) eine Entgegnung, in der er nochmals diejenigen Punkte beleuchtet, die er in seiner Ausschußsitzung als für die Annahme des Antrags Kardorff sprechend bezeichnet hatte. Nachdem der Landwirtschaftsrat die Gegenbehauptungen des engern Vorstands des Bundes der Landwirte im einzelnen als irrig dargestellt hat, sagt er zum Schluß:

Wenn alle die vom Landwirtschaftsrat den Mängeln des Gesetzes in gerechter Würdigung gegenübergestellten Verbesserungen desselben von dem Bundesvorstande jetzt „als jedenfalls nicht belangreich" bezeichnet werden, so muß es doch einigermaßen befremden, daß diese vom Bunde selbst seit Jahren mit dem dankenswertesten Eifer vertretnen Forderungen der Landwirtschaft in dem Augenblick für den engern Vorstand jeden Wert verlieren, wo sie endlich — dank seiner eignen Mitarbeit — ihrer Erfüllung entgegengehn.

Eine Versammlung des Bundes der Landwirte im Kreise Gardelegen stellt sich in der Beurteilung des neuen Zolltarifs, wie dieser sich nach dem Antrage v. Kardorff gestaltet hat, rückhaltlos auf den Standpunkt des engern Vorstands des Bundes der Landwirte. Sie sieht in diesem Tarif eine Preisgabe der wichtigsten Lebensinteressen der Landwirtschaft, besonders der in der Altmark so bedeutenden Viehzucht, der keine Minimalzölle bewilligt worden sind. Sie stimmt dem engern Vorstande des Bundes der Landwirte unbedingt in den Ansichten zu, die dieser in seinem

Rundschreiben an die Vertrauensmänner bezüglich der Wirkungen des Antrags v. Kardorff ausgesprochen hat, und spricht ihm auch fernerhin ihr unbedingtes Vertrauen aus. Namentlich bedauert die Versammlung „auf das allertiefste" die Zustimmung ihres Abgeordneten v. Kröcher zu dem Antrage Kardorff.

12. Januar. Die schlesische Provinzialversammlnng der Bundes der Landwirte zu Breslau spricht dem engern Bundesvorstande für sein energisches Eintreten im Kampf um den Zolltarif Dank und Vertrauen aus.

13. Januar. Der engere Vorstand der Partei der deutschen Konservativen, nämlich die Herren Frhr. v. Manteuffel-Krossen, Frhr. v. Durant, v. Heydebrand u. d. Lasa, Dr. Irmer, Dr. Klasing, v. Kroecher, Dr. v. Levetzow, Graf zu Limburg-Stirum, v. Loebell. Dr. Mehnert, Graf v. Mirbach-Sorquitten, v. Normann, Graf v. Schlieben, beschließt folgende Erklärung:

Die schließliche Stellungnahme der konservativen Reichstagsfraktion zu dem Zolltarifgesetze ist keine einheitliche gewesen. Die konservative Parteileitung ist aber überzeugt, daß die Vertreter beider hierbei zutage tretenden Richtungen lediglich das Interesse der Landwirtschaft im Auge gehabt haben, und wünscht deshalb, daß sowohl die Mitglieder unsrer Partei im Lande in dem Vertrauen zu ihren seitherigen Vertretern nicht wankend werden, wie daß die im Bunde der Landwirte organisierte Landwirtschaft sich ebenfalls darin nicht beirren lassen und darauf hinzielende Angriffe vermeiden möge. Die Parteileitung erwartet demgemäß auch, daß, falls die bevorstehenden Handelsverträge in der Tat nicht das notwendige Maß des Schutzes der Landwirtschaft darbieten sollten, ebenso, wie früher, die Ablehnung derselben durch die konservative Reichstagsfraktion erfolge. Die Parteileitung ist die Ueberzeugung, daß nur durch einmütiges Zusammengehn des Bundes der Landwirte mit der konservativen Partei die gemeinsamen Ziele zum Wohle der Landwirtschaft und des gesamten Vaterlandes zu erreichen sind, und gibt der Erwartung Ausdruck, daß dieses Zusammengehn fernerhin gesichert und von keiner Seite gestört wird.

14. Januar. Von dem Vorsitzenden der deutsch-konservativen Fraktion des Reichstags erhält die „Konservative Korrespondenz" das nachstehende Schreiben an den Vorsitzenden der konservativen Fraktion des Reichstags, Oberstleutnant v. Normann in Berlin:

Ich kann wohl annehmen, daß die mir bekannt gewordne Erklärung der konservativen Parteileitung wesentlich veranlaßt ist durch das Rundschreiben des engern Vorstands des Bundes der Landwirte. Als Mitglied der konser-

vativen Fraktion des Reichstages möchte ich deshalb Ihnen, als dem verehrten Vorsitzenden derselben, für meine Person im Anschlusse daran nochmals aussprechen, was in einem Artikel der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte" vom 17. Dezember 1902 bereits gesagt ist: daß es auch mir persönlich vollkommen ferngelegen hat, den guten Glauben derjenigen Mitglieder der Fraktion, welche — sachlich von uns abweichend — für den Zolltarif gestimmt haben, zu bestreiten. Ebenso schließe ich mich der in jenem Artikel ebenfalls schon abgegebnen Erklärung an, daß der in Abwehr gegen einen Artikel der „Kreuz-Zeitung" erhobne Vorwurf durch die später veröffentlichte Erklärung derselben gegenstandslos geworden ist.

Ein Angriff gegen die konservative Partei konnte von mir um so weniger beabsichtigt sein, als ich weiß, daß ein großer Teil derselben den von uns vertretnen wirtschaftspolitischen Standpunkt teilt. Ich hoffe deshalb auch meinerseits, daß das von der konservativen Parteileitung gewünschte einmütige Zusammengehn mit dem Bunde der Landwirte gewahrt werden möge. Ich habe mich stets ehrlich bemüht, dasselbe zu ermöglichen, und werde auch in Zukunft nach Kräften dafür zu wirken suchen. Ich kann nur dringend wünschen, daß man mich in diesem Bestreben unterstützt; natürlich kann sich der Vorstand des Bundes der Landwirte auch in Zukunft einer Kritik bezüglich seines Verkehrs mit seinen Vertrauensmännern und Mitgliedern im Lande von keiner andern Seite als von seinen verfassungsmäßigen Organen unterwerfen und hat auch diesen allein die Entscheidung bezüglich derjenigen Männer, denen sie bei den bevorstehenden Wahlen ihr Vertrauen gewähren wollen, innerhalb der grundsätzlichen Bestimmungen des Bundes der Landwirte vorzubehalten. Euer Hochwohlgeboren Ermessen stelle ich anheim, von diesem Schreiben den Ihnen geeignet erscheinenden Gebrauch zu machen. Mit vorzüglichster Hochachtung ergebenst Frhr. v. Wangenheim.

Die Fraktion hat hiernach die Angelegenheit, soweit sie die Stellung des Herrn v. Wangenheim zur konservativen Fraktion des Reichstags betrifft, für erledigt erklärt.

18. Januar. Der Herzog von Ratibor spricht sich nach dem „Oberschles. Anz." über seinen Austritt aus dem Bunde der Landwirte also aus:

Wenn der engere Vorstand eines Bundes, der als eine Vereinigung der landwirtschaftlichen Interessenten des Deutschen Reiches aus allen staatserhaltenden Parteien gegründet ist, einer dieser Parteien, und zwar der Reichspartei, durch den Mund eines seiner Mitglieder die Existenzberechtigung abspricht, wenn er ferner in seiner Presse und durch Ansprachen seiner Mitglieder den Abgeordneten der konservativen Partei, die für den Antrag Kardorff gestimmt haben, in schroffster Form den Krieg erklärt und ihnen wegen ihrer Abstimmung die schwersten Vorwürfe macht, so hat er, nach meiner Auffassung, damit entschieden seine Zuständigkeit überschritten. Nach meiner Ansicht haben sich diese Abgeordneten durch ihre Abstimmung ein hervorragendes Verdienst um das deutsche Vaterland und die deutsche Landwirtschaft erworben, denn der neue Zolltarif bringt gerade der Landwirtschaft erhebliche Vorteile, und seine Ablehnung hätte uns vielleicht in politische und wirtschaftliche Zustände geführt, die für die Landwirtschaft die allergrößten Gefahren gebracht hätten.

1. Februar. Der Zentralvorstand der nationalliberalen Partei beschließt in Berlin folgende Erklärung:

1. Der Zentralvorstand erkennt dankbar die energischen und erfolgreichen Bemühungen der Reichstagsfraktion um die Ueberwindung der Obstruktion und das Zustandekommen des Zolltarifs an und begrüßt freudig, daß der Zolltarif im Sinne der Eisenacher Beschlüsse zustande gekommen ist. 2. Er erwartet nunmehr, daß die Reichsregierung ungesäumt zum Zwecke des Abschlusses langfristiger Handelsverträge mit auswärtigen Ländern in Verhandlungen tritt, und daß es ihr gelingt, auf der Grundlage des vom Reichstage genehmigten Zolltarifs dem Interesse der Landwirtschaft, des Handels und der Industrie genügenden Schutz und Raum im internationalen Verkehr zu schaffen. 3. In freudiger Genugtuung darüber, daß seine Beratungen die volle Einheit der nationalliberalen Partei und ihre Entschlossenheit zum einmütigen Kampf in den bevorstehenden Reichstagswahlen dargetan haben, fordert er die Parteigenossen im Lande auf, ungesäumt in die Wahlvorbereitungen einzutreten.

11. Februar. Der Abg. Graf Roon veröffentlicht in der „Kreuzztg." eine Erklärung, in der es heißt:

Durch das Rundschreiben des engern Vorstandes des Bundes der Landwirte sei gegen die Mitglieder der konservativen Partei, insbesondre gegen die, die für den Antrag Kardorff gestimmt haben, öffentlich schwere Anklage erhoben worden. Erschwert sei der Fall noch dadurch worden, daß das Mitglied der Fraktion, v. Wangenheim, dieses Rundschreiben mit unterzeichnet und in der Versammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch gegenüber dem Abg. von Kröcher ausdrücklich erklärt habe, daß das Rundschreiben nicht zurückgenommen worden sei. Der engere Vorstand des Bundes der Landwirte halte also die erhobnen Anklagen aufrecht. Aus diesen Gründen sehe er, Graf Roon, sich veranlaßt, seinen Austritt aus dem Bunde der Landwirte zu erklären.

Auch der konservative Landtagsabgeordnete für den Wahlbezirk Sagan-Sprottau, der Majoratsbesitzer und Kammerherr Graf zu Dohna-Mallmitz, tritt aus dem Bunde der Landwirte aus.

II.

Bund der Landwirte.

9. Februar. Die zehnte Hauptversammlung findet in Berlin statt. v. Wangenheim auf Klein-Spiegel hält die Eröffnungsrede.

Er erinnert an die Gründung des Bundes vor zehn Jahren. Wie heute, lastete auch damals der Bann der Sorge und der Not auf uns, und es war ein erlösendes Ereignis, als Ruprecht-Kanfern seinen Aufruf ergehn ließ. Unvergeßlich wird uns jene Tiverversammlung bleiben, die so ruhig und würdig verlief trotz aller Schwierigkeiten. Die verflossenen zehn Jahre waren reich an Mühe und Arbeit. Wir haben durch unsre Arbeit erreicht, daß die wirtschaftspolitischen Forderungen in den Vordergrund unsrer innern Politik gedrängt wurden, wenn wir auch im einzelnen nicht die Erfolge errangen, die wir wünschen konnten. Wir haben nicht einseitigen Schutz für die Landwirtschaft verlangt, sondern Schutz jeder ehrlichen Arbeit. Daher haben wir auch, trotz pessimistischer Voraussagen, fleißig und ehrlich im wirtschaftlichen Ausschusse gearbeitet und schöpften auch Hoffnung. Aber da kam der Umschwung. Ich will

darauf jetzt nicht eingehn. Ich erinnere nur daran, daß schon die Regierungsvorlage bei weitem nicht die Anforderungen erfüllt, die sie hätte erfüllen müssen nach dem Urteil aller großen landwirtschaftlichen Korporationen. Ebenso der Antrag Kardorff. Wir stehn noch heute auf dem Standpunkte, daß er ein wirtschaftliches Unglück für die deutsche Landwirtschaft sei. Er schädigt uns durch die Bevorzugung der Industrie, durch erhöhten Schutzzoll. Wir müssen uns dabei freilich auch nach unsrer eignen Schuld fragen. Und da müssen wir sagen: wir würden mehr erreicht haben, wenn die ganze deutsche Landwirtschaft einmütig zusammen gestanden hätte. Besonders eins muß ich aussprechen: die ausschlaggebende Partei im Reichstage ist das Zentrum und wird es voraussichtlich noch bis auf weiteres bleiben. Wir haben die Zentrumspartei als solche nicht zu bekämpfen; aber unsre katholischen Brüder müssen von ihm verlangen, daß es ihre Interessen so nachhaltig vertritt, wie es ihre Wichtigkeit verdient. Nur dann wird es möglich sein, die Forderungen der Landwirtschaft durchzusetzen. Denn — was auch die Statistik uns vorgaukeln mag — die deutsche Landwirtschaft ist noch immer gleichberechtigt mit der Industrie! Neue Kämpfe um die Handelsverträge werden entstehn. Gegenüber der Auffassung der Regierung, die großkapitalistische Unternehmungen und andrerseits weitgehenden Industriearbeiterschutz fordert, müssen wir immer wieder den Grundsatz betonen, daß die Fürsorge für den Mittelstand noch wichtiger ist als die Fürsorge für den reinen Arbeiterstand! Scholle und Herd wollen wir unverletzt halten! Wir hatten geglaubt, auf einen Umschwung der Regierungspolitik rechnen zu können. Hatten wir doch vom Reichskanzler das Wort: Wir müssen und werden der deutschen Landwirtschaft helfen! Wir glaubten hierauf bauen zu können. Und jetzt? Ich erinnere an das Wort des Grafen von Posadowsky: Ein Handwerk, das nicht lebensfähig ist, soll nicht künstlich erhalten werden, die deutsche Landwirtschaft sei numerisch zurückgegangen, so daß sie nicht noch bevorzugt werden könne. Von allen Seiten werden wir bitter bekämpft. „Ein Bündler vor meinem Angesicht wäre ein verlorner Mann!“ heißt es heute. Nun, wir werden zeigen, daß er noch kein verlorner Mann ist. Allerlei Vorwürfe macht man uns, zuerst den, daß wir dumpfem Pessimismus verfallen seien. Das ist richtig, so weit es sich auf das bezieht, was wir von der Regierung zu erwarten haben. Das ist, wenn wir das aussprechen, keine hetzerische Agitation. Es wäre ja Leichtsinn und Feigheit, wenn wir uns diese Wahrheit verschweigen wollten. Pessimistisch aber sind wir nicht in unsrer Berufsarbeit. Wer das behauptet, hat die Landwirtschaft und ihr Schaffen noch nicht gesehen. Hier muß man uns wahrlich zugeben: die deutsche Landwirtschaft arbeitet, arbeitet gut! Aber entziehen sie uns die Existenzmöglichkeit, so müssen wir eben zusammenbrechen auch beim besten Willen zur Arbeit. Weiter wirft man uns vor, wir wären in grundsätzliche Opposition getreten. Das ist ebensowenig wahr. Wir können gar nicht anders arbeiten als in staatserhaltendem Sinne. Wir müßten zur politischen Lüge werden, wenn wir je anders handeln würden. Aber das Recht, das jeder Stand hat, sich zu wehren, das hat die deutsche Landwirtschaft doch auch! Auch das Recht, die jeweiligen Regierungsanschauungen zu bekämpfen! Denn Regierungsanschauungen wechseln; die Zukunft Deutschlands beruht in einer kraftvollen Monarchie. Wir wollen nicht ein Scheinkaisertum wie in England, nicht eine Despotie wie in Rußland, nicht eine Cliquenwirtschaft wie in den Republiken. Aber wir wollen unsern Kaiser nicht als Sklaven, sondern als freie Männer, wie unsre Vorfahren das waren. Das Streben, Kriechen und Schmeicheln ist nicht deutsche, sondern morgenländische Art. In der wahren Mittelstandspolitik liegt der einzige Schutz gegen den Umsturz. Wer das grundsätzliche Opposition

nennen will, der mag das tun. Wir nennen es Liebe zu Kaiser und Reich, zu unsrer Heimat. In dieser unerschütterlichen Liebe rufen wir auch diesmal: S. M. unser Kaiser lebe hoch!

Hiernach ergreifen der zweite Vorsitzende des Bundes Roesicke und der Bundesdirektor Hahn das Wort. Dieser läßt durch Handaufheben und Zurufen feststellen, daß die sämtlichen Anwesenden, „wenn sie Reichstagsmitglieder gewesen wären," alle gegen den Antrag Kardorff gestimmt hätten.

Kammerherr, Reichs- und Landtagsabgeordneter v. Oldenburg aus Januschau führt aus:

Der Antrag Kardorff war nur ein Notbehelf, der aber unter Umständen gefährlich werden kann. Ich würde lieber zum Optimismus raten; aber Optimist sein ist leichter für die Herren mit festem Gehalt. Erst der kennt die Landwirtschaft richtig, der sich einmal die Zinsen borgen mußte. Bei der Abstimmung über den Antrag Kardorff fielen zwei Arten von Gründen ins Gewicht: 1. tatsächliche Gründe, 2. die sogenannten Feigenblätter. Zu den tatsächlichen Gründen gehört die Meinung: Es mußte unter allen Umständen etwas geschehn. Redner bestreitet dies. Aber wir wollen den Rat des Grafen Bülow befolgen: abwarten. Bei den nächsten Wahlen aber wird sich zeigen, daß das Urteil der Bauern anders ist, als das der Abgeordneten bei der Abstimmung über den Antrag Kardorff. Bei Philippi sehen wir uns wieder! Die Feigenblätter sind der Gerstenzoll und die Herabsetzung der Industriezölle gewesen. Dann spricht Redner über die einzelnen Parteien und die Stellung des Bundes zu ihnen. Die konservative Partei leide an dem Umstande, daß sie eine Sache vertritt, die durch die Aera Caprivi über Bord geworfen ist: die Grundlagen des alten Agrarstaates. Die Freikonservativen seien eine Partei der Kompromisse. Die Nationalliberalen setzten sich zusammen aus den äußersten Rechten bis zum Freisinn hin. Vom Zentrum könnten wir lernen, was eine Partei erreicht, die zielbewußt und rücksichtslos für einen Gedanken kämpft. So muß die große agrarische Partei sein: monarchisch bis auf die Knochen, militärisch, denn sie muß die Wehrkraft zu Wasser und zu Lande fördern und agrarisch, denn nur Landwirtschaft und Mittelstand sind die Bollwerke gegen den Umsturz. Die Freisinnige Vereinigung werde von den Sozialdemokraten beherrscht. Die Freisinnige Volkspartei stehe glänzend da gegenüber dem Umsturz.

Die Versammlung spricht hierauf dem Vorstand ihren Dank aus für sein bisheriges Verhalten und gibt dem Vertrauen Ausdruck, daß derselbe auch in Zukunft mit gleicher Festigkeit die Interessen des selbständigen Mittelstandes vertreten wird.

Kröcher, Präsident des preußischen Abgeordnetenhauses, erklärt zwar seine Zustimmung zu obigen Reden von v. Wangenheim und Hahn, bekennt aber, daß er im Reichstage für den Antrag v. Kardorff gestimmt habe.

Es habe eben zwei Wege zu demselben Ziele gegeben, es habe sich nur darum gehandelt: wollten wir den Antrag Kardorff und den Zolltarif annehmen, oder die Sache durch Obstruktion versumpfen lassen bis zu den Neuwahlen. Ich habe den Zolltarif angenommen, weil ich das Kompromiß angenommen hatte. Meine Freunde und ich waren sich wohl bewußt, welche

Folgen unsre Abstimmung für unsre politische Existenz haben würde, daß unser Verhalten nicht populär sein würde. Ich kann nicht leugnen, daß mir das Rundschreiben der Herren von Wangenheim, Roesicke und Hahn nahe ans Herz gegangen ist. Wenn der Zolltarif versumpft wäre bis zu den Reichstagswahlen, dann hätte die Regierung mit den Achseln gezuckt und gesagt: Für eine solche schlappe Majorität können wir nichts tun! Glauben Sie, daß der nächste Reichstag dann agrarischer gesinnt gewesen wäre? Ich bin der Meinung, daß das kein Mensch behaupten, noch viel weniger beweisen kann. Er wäre unzweifelhaft schlechter geworden, schlechter im agrarischen Sinne. Wir müssen jetzt Frieden halten, und dazu ist nötig, daß der Groß- und Kleingrundbesitz auch ferner zusammenhalten. Mit Dank stelle ich fest, daß der Bund den Konservativen nicht Opposition machen will. Das wäre ja auch für mich ganz schrecklich; ich kann mir doch nicht selbst Opposition machen. Ich möchte auch nicht, daß der Bund gegen die Nationalliberalen und die Freikonservativen grundsätzlich Opposition treibt.

Reichstagsabgeordneter Hahn antwortet, daß es in erster Linie nicht darauf angekommen sei, im Reichstage die Obstruktion niederzuwerfen, sondern einen Zolltarif zu bekommen, der der Sozialdemokratie den Boden abgräbt. Jetzt aber werde der Sozialdemokratie mit diesem Zolltarif, der zur Proletarisierung des Landes führe, nur vorgearbeitet. „Ich bitte Sie um Ihr Votum, ob Sie mit Herrn v. Kröcher oder dem Vorstand einverstanden sind? (Mit dem Vorstand!) Ich danke Ihnen, meine Herren.

14. Februar. Die „Konservative Korrespondenz" schreibt über die Versammlung des Bundes der Landwirte:

Wir haben gern zum Ausdruck gebracht, daß die Behandlung der wirtschaftlichen Fragen und der Ton in der Versammlung des Bundes der Landwirte im großen und ganzen Anerkennung verdiente, daß insbesondre auch den Gegnern der Stellungnahme des engern Vorstandes zum Antrage von Kardorff wenigstens zugestanden wurde, sie hätten nach bester Ueberzeugung und lediglich von dem Wunsche geleitet, den Interessen der deutschen Landwirtschaft zu dienen, ihre Entscheidung getroffen. Jetzt aber liegt in der „Korrespondenz des Bundes der Landwirte" der offizielle Text der Reden im Zirkus Busch vor, und nach dessen Kenntnisnahme müssen wir zu unserm Bedauern jene Anerkennung einschränken. — Wir wollen ganz absehen von der Aeußerung des ersten Vorsitzenden des Bundes, lautend:

> „Meine Herren, wir stehn noch heute auf dem Standpunkte, daß die Annahme des Antrags Kardorff ein wirtschaftliches Unglück für die deutsche Landwirtschaft ist, weil er direkt keine Vorteile bringen wird, weil er sie indirekt von neuem schwer schädigen wird infolge von Bevorzugung der Industrie durch erhöhten Schutzzoll."

Friedlich klingt dieser Satz nicht, aber wir wollen ihn nicht weiter urgieren. — Wenn aber das dritte Mitglied des engern Vorstandes, der Bundesdirektor Hahn, ausführte: (Folgen die schon oben in Abstimmung hervorgehobnen Ausdrücke), so darf sich der Bund der Landwirte nicht wundern, wenn diese Stellungnahme seiner Leiter zu den obersten Würdenträgern in Reich und Staat konservative Männer schmerzlich berührt und sie dazu veranlaßt, von dem Bunde abzurücken. Die konservative Partei

hat stets bewiesen, daß sie der Regierung nachdrücklich entgegentritt, falls sie deren Politik mit konservativen Anschauungen im Widerspruche befindet, und daß sie in solchen Fällen vor energischer Oppositon nicht zurückscheut. Sie hat es aber unter allen Umständen vermieden, persönliche Angriffe gegen den obersten Ratgeber der Krone zu richten, und wird dabei bleiben, in sachlicher Weise auch der Regierung gegenüber ihre Ansichten zu vertreten. Demgemäß hält es die konservative Partei für unvereinbar mit ihren auf die Stärkung der Autorität gerichteten Grundanschauungen, daß die Politik, noch dazu in so verletzender Form, wie dies Dr. Hahn beliebt hat, auf das persönliche Gebiet gespielt werde.

Die „Kölnische Zeitung" hebt die Disziplin im Bunde der Landwirte hervor und weist darauf hin, daß der Bund drohe, der konservativen Partei über den Kopf zu wachsen.

III.

Bund der Kaufleute.

25. Februar. Auf Veranlassung eines mit der „Zentralstelle zur Vorbereitung von Handelsverträgen" in Verbindung stehenden vorbereitenden Komitees tritt in Berlin eine aus Vertretern von 124 Verbänden verschiedenster kaufmännischer Organisationen bestehende Versammlung zusammen.

Kaufmann Eisenführ verbreitet sich einleitend über Zwecke und Ziele des zu gründenden Bundes und über die Entstehung des Gedankens einer solchen Organisation. Diese solle nicht nur einzelne Gruppen umfassen, sondern alle einzelnen Handelsbeflissenen, Prinzipale und Gehilfen in sich schließen. Bisher sei der Kaufmannstand unterschätzt worden, da er keine Vertretung gehabt habe, die seine Interessen in der Oeffentlichkeit vertreten habe. Der Bund solle überall, wo es erforderlich erscheine, eingreifen.

Der zweite Redner ist Dr. Vosberg-Rekow (Potsdam), der die Prinzipien auseinandersetzt, die der neue Bund zu vertreten haben werde. Wie der „Bund der Landwirte" solle derselbe sich aus Einzelmitgliedern zusammensetzen. Deshalb habe man sich auch nicht an die Spitzen der Geschäftswelt gewandt, denn diese hätten ihre Vertretungen, sondern man habe im Gegenteil die breiten Massen der Geschäftstreibenden im Auge, deren Interessen von keiner Seite genügend beachtet würden. Daher sollten auch die Handlungsgehilfen mit herangezogen werden, da dieser Stand für die Zukunft von großer Bedeutung sei. Es müsse versucht werden, die hunderttausende Interessenten für die neue Organisation zu gewinnen, und er sei überzeugt, daß das bei energischer Agitation auch gelingen werde. Damit würde eine Macht geschaffen werden, mit der auch die Behörden zu rechnen haben würden. Durch Einfluß auf die Wahlen würde dieser Bund auch mit der Zeit eine gewisse politische Bedeutung erlangen. Der Bund der Landwirte habe sowohl für die Organisation als auch für das weitere Vorgehn in der Folgezeit ein gutes Vorbild gegeben.

Nach längerer Besprechung wird gegen zwei Stimmen beschlossen, den Bund der Kaufleute zu gründen. Der Zweck des Bundes der Kaufleute ist danach: „alle Kaufleute ohne Rücksicht auf politische

Parteiangehörigkeit und soziale Stellung zur Wahrung der gemeinsamen Interessen des Handelsstandes und zur Betätigung des Einflusses auf die Gesetzgebung zusammenzufassen." Dies soll geschehn: durch Schaffung einer sich über das ganze Reich erstreckenden Organisation, durch sachliche Klärung der Interessenfrage usw. Der Bund kennt nur Einzelmitglieder, die Landesabteilungen für die Bundesstaaten außer Preußen, Provinzialabteilungen in Preußen, Wahlkreisabteilungen für die Reichstagswahlen, Bezirksabteilungen und Ortsgruppen bilden. Die Verwaltung erfolgt durch die Mitgliederversammlung, den Aufsichtsrat, den Bundesvorstand, bestehend aus zwei Vorsitzenden, einem Stellvertreter, dem stimmführenden Mitglied des Direktoriums und zwanzig Beisitzern. Im übrigen schließen sich die Statuten denen des Bundes der Landwirte vollkommen an. Die Statuten werden von der Delegiertenversammlung in der vorgeschlagnen Fassung angenommen. Zum ersten Bundesvorsitzenden wird Gugenheim (Berlin), zum zweiten Bundesvorsitzenden Juwelier Fischer (Berlin), zu deren Stellvertretern Stevinski und Steinbrück vom Verein der Kaufleute zu Leipzig gewählt. Zum stimmführenden Mitglied des Direktoriums wird Dr. Vosberg-Rekow (Potsdam) ernannt.

27. Februar. Zu diesem Vorgange bemerken die „Hamburger Nachrichten":

Man gibt sich in den Kreisen der Beteiligten der Hoffnung hin, daß der neue Bund dieselbe Bedeutung und Macht gewinnen werde wie der Bund der Landwirte. Das möchten wir wünschen, bezweifeln es aber, namentlich weil es fraglich erscheint, ob die Kaufleute bei der Verschiedenartigkeit ihrer Interessen so eng zusammengeschlossen werden können wie die Landwirte. Die Landwirte aller deutschen Gegenden und aller Betriebsklassen haben in der Hauptsache gemeinsame Interessen; der teilweise Widerstreit ist mehr scheinbar oder bedeutungslos. Bei den Kaufleuten liegt die Sache anders. Der Handelsstand hat keineswegs übereinstimmende Interessen. Freihändler und Schutzzöllner, Kleinhändler und Großhändler usw. stehn einander gegenüber. In einem Zirkular heißt es, daß der neue Bund sich jeder Tätigkeit, die von parteipolitischen Gesichtspunkten aus geleitet werde, durchaus zu enthalten habe; Kaufleute jeder Parteirichtung in der politischen Anschauung würden innerhalb seiner Organisation die Vertretung gemeinsamer Interessen betreiben können. Andrerseits aber will der Bund doch auch auf die Wahlen zu den politischen Körperschaften einwirken. Zu diesem Zweck sollen besondre Wahlkreisabteilungen für die Reichstagswahlen gebildet werden. Ob damit den sonst handelsfreundlichen Parteien gedient wird, ist aber unsicher. Wir glauben, daß der neue Bund, wie er in Szene gesetzt worden ist, kaum einen großen Erfolg erreichen und günstigstenfalls zu einer Verstärkung der Mittelstandsbewegung führen wird.

Die „Deutsche Tages-Zeitung," das Hauptblatt des Bundes der Landwirte, begrüßt den neuen Bund sympathisch, weil seine

Bildung nach dem Muster der Landwirte eine Anerkennung für diesen bedeute. Aber das Blatt glaubt dem neuen Bund allerhand Ermahnungen mit auf den Weg geben zu sollen. Er müsse vor allem daraufhin arbeiten, daß diejenigen großkapitalistischen Elemente ihm fern blieben, die in ihrer Wirksamkeit nichts andres wollten und bedeuteten, als den Ruin des mittlern, seßhaften, soliden Kaufmanns. Ob das gelingen werde, bleibe abzuwarten. Weiter könne die Befürchtung nicht von der Hand gewiesen werden, daß der neue Bund durch gewisse Persönlichkeiten, die dem Handelsvertragsvereine nahe stünden, in ein Fahrwasser gelenkt werde, das große Gefahren berge.

11. März. Der Bund der Kaufleute beschließt, sein positives Programm auf folgende Punkte zu erstrecken:

1. Gemeinsame Arbeit aller Gruppen und Klassen des Handelsstandes zur Hebung des Standesbewußtseins, zur Erhaltung der Standesehre und zur Behauptung der gesellschaftlichen Stellung des Kaufmanns.
2. Gemeinsame Arbeit aller Gruppen und Klassen des Handelsstandes zur Gewinnung und Erhaltung der für den Handelsstand notwendigen Bewegungsfreiheit.
3. Gemeinsame Arbeit aller Gruppen und Klassen des Handelsstandes zur Herstellung und Erhaltung des erforderlichen Gleichgewichts zwischen den großen Gruppen der nationalen Arbeit.
4. Gemeinsame Arbeit aller Gruppen und Klassen des Handelsstandes zur Erlangung und Behauptung desjenigen Einflusses auf die öffentlichen Angelegenheiten in Gesetzgebung, Verwaltung und Interessenvertretung, die der Bedeutung des Handels für das vaterländische Wirtschaftssystem entspricht.
5. Gemeinsame Arbeit aller Gruppen und Klassen des Handelsstandes zur Milderung der innerhalb derselben bestehenden Gegensätze.

20. März. In Berlin findet die erste Versammlung des Bundes statt. Sie ist von etwa 2000 Angehörigen kaufmännischer Verbände besucht, die ihre Zustimmung zu den Bestrebungen des Bundes erklären.

Herr Eisenführ legt den Grundgedanken des Bundes dar, die Notwendigkeit der Schaffung einer Gesamtorganisation des deutschen Kaufmannsstandes. Fast an allen Stellen des öffentlichen Lebens vermisse man heute die sachverständige Mitwirkung der Handelswelt, auch an solchen Stellen, wo solche der Natur der Sache nach absolut erforderlich sei. Das müsse anders werden. Erreicht aber werden könne das Ziel, dem Kaufmann die ihm gebührende gesellschaftliche und soziale Stellung zu verschaffen, nur durch Schaffung eines gewaltigen Bundes, der über das ganze Reich mit machtvollen Gruppen und einer zahllosen Mitgliedschaft ausgedehnt, einen maßgebenden Einfluß ausüben würde. Die Bewegung sei noch ganz jung, aber schon sei sie gewaltig ins Rollen gekommen, und es seien bereits Ortsgruppen errichtet. Der Bund solle ein Fels werden, der mitten in der Brandung der wirtschaftspolitischen Kämpfe dastehe unerschütterlich, eine Feste, in der der deutsche Kaufmannsstand allezeit Schutz und Schirm finden werde. — Herr Döring beleuchtet das Programm des Bundes vom Standpunkte der Gehilfenschaft; er wendet sich scharf gegen unverstän-

dige und unbedachte Aeußerungen seitens der sogenannten Fachpresse, die den Versuch mache, die Angestellten von der Beteiligung an dem großen Werke zurückzudrücken. Er gibt der Ueberzeugung Ausdruck, daß es schon eine Tat und ein gewaltiger Erfolg sei, daß die Bundesleitung es verstanden habe, zwischen Prinzipalen und Angestellten die Brücke zu schlagen, auf der man sich zwar nicht einmütig in Einzelfragen zusammenfinden werde, durch die aber eine Verbindung hergestellt würde, die es ermöglichte, daß beide Teile einander kennen und achten lernten. Eine Milderung der bestehenden Gegensätze werde dadurch ganz von selbst zutage treten. Nur wer ganz kurzsichtig sei und die wahren Interessen des Handelsstandes nicht verstehe, könne leugnen, daß das ein großer Gewinn sei. Redner führt an der Hand der Gewerbestatistik den Nachweis, daß die Gehilfenschaft im ständigen Anwachsen und die Zahl der selbständigen Kaufleute im Rückgang begriffen sei. Daraus sei zu schließen, daß die Gehilfenschaft als solche in der Gesamtheit des Kaufmannsstandes einen Bestandteil von immer wachsender Bedeutung ausmache. Redner schließt mit dem Hinweis, es sei hoch an der Zeit, daß der Kaufmann aufhöre, dem Veilchen gleich im Verborgnen zu blühen.

Direktor Vosberg widerlegt die gegen das Programm erhobnen Einwände und gibt einen Rückblick auf die Erfahrungen, die die Kaufmannschaft während der letzten Jahrzehnte im öffentlichen Leben gemacht hat; er weist auf das Beispiel der Landwirte hin, auf die moderne Entwicklung, die dieser Produktionszweig unter dem befruchtenden Einflusse seiner ausgezeichneten Organisation genommen habe, und betont, wie gerade der Kaufmannschaft ein idealer Schwung und eine warme Begeisterung für die großen allgemeinen Fragen des nationalen Lebens notwendig sei.

IV.

Zur Frage des Jesuitengesetzes.

10. Februar. Aus Anlaß der vom Reichskanzler Grafen Bülow am 3. Februar bei der Beratung des Etats des Reichskanzlers im Reichstag abgegebnen Erklärung, „daß es nicht ferner notwendig erscheine, einzelne deutsche Staatsangehörige deshalb, weil sie dem Orden Jesu angehören, unter die Bestimmungen eines Ausnahmegesetzes zu stellen oder gegenüber ausländischen Ordensangehörigen eine besondre Ausnahmebefugnis zu erlassen," entsteht eine lebhafte Erörterung in der gesamten deutschen Presse. Den Anfang macht folgende Protesterklärung des Evangelischen Bundes:

Der in Kassel versammelte Zentralvorstand des Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen veröffentlicht folgende Erklärung:

Die Erregung, die nach der Erklärung des Reichskanzlers betreffs Wiederzulassung der Jesuiten das ganze deutsche Volk durchzittert, veranlaßt uns, zu der Frage noch einmal öffentlich das Wort zu nehmen. Wir haben auf den Generalversammlungen zu Stuttgart,

Bochum und Darmstadt, 1890, 1894 und 1896, Resolutionen über die erneut drohende Jesuitengefahr gefaßt. Wir haben 1890, 1893 und 1897 darauf bezügliche Eingaben an den Bundesrat, 1891 eine solche an den Reichskanzler gemacht. Wir haben 1894 und 1902 ausführliche öffentliche Erklärungen an die evangelischen Volksgenossen erlassen. Wir haben 1897 sämtlichen Reichstagsabgeordneten, Bundesratsmitgliedern und preußischen Staatsministern eine eingehende Denkschrift über die Jesuitenfrage überreicht. Alle diese Vorstellungen, Erklärungen, Warnungen, Bitten sind erfolglos geblieben. Nach der Kundgebung des Reichskanzlers vom 3. Februar d. J. sollen nunmehr die entscheidenden Schritte getan werden, um § 2 des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872 aufzuheben. In diesem Ausblick erneuern wir vor dem deutschen Volke laut und deutlich unsre Erklärung, daß wir in der geplanten Maßregel eine schwere Gefahr für unser deutsches Volk, für seinen innern Frieden, für die Wahrung seines geistigen und religiösen Besitzes sehen müssen. Die Geschichte des Ordens innerhalb und außerhalb Deutschlands bis auf den heutigen Tag ist eine erschütternde Warnung. Hat man den Dreißigjährigen Krieg vergessen? Nicht für unsre evangelische Kirche fürchten wir; sie ruht auf ewigem Grunde und kann im Kampfe mit dem offnen Feinde nur erstarken. Aber dem Vaterlande gilt unsre Sorge, der Ruhe in den Familien und Gemeinden, der gesunden Weiterentwicklung des staatlichen Lebens, ja im letzten Grunde der Einheit und Macht des Deutschen Reichs. Mögen die Männer, bei denen die Entscheidung steht, bedenken, welche Verantwortung sie vor Gott und der Geschichte zu tragen haben! Es ist ein verhängnisvoller Schritt, der getan werden soll; Gott schütze uns vor seinen letzten Folgen!

Graf v. Wintzingerode, Vorsitzender. Prof. D. Witte, Schriftführer.

14. Februar. Zu dieser Erklärung sagt die Berl. „Germania" (Zentrum):

Ein sonderbares Aktenstück! Es beginnt schon im Eingange mit der notorisch unwahren Behauptung, daß die Erklärung des Reichskanzlers „das ganze deutsche Volk" vor „Erregung zittern" gemacht habe. Gehören wenigstens die zwanzig Millionen Katholiken im Deutschen Reiche nicht zum „ganzen deutschen Volke"? Auch in protestantischen Kreisen haben wir so gut wie gar keine Erregung verspüren können — abgesehen allerdings von den engen Kreisen, in denen der Evangelische Bund den konfessionellen Haß und Fanatismus züchtet. Was soll also diese dreiste Unwahrheit in der Erklärung des bündlerischen Zentralvorstandes? Und dann behauptet derselbe, die evangelische Kirche würde in dem offnen Kampfe gegen die Jesuiten nur erstarken. Wenn der Zentralvorstand hier seine innere Ueberzeugung ausspricht, dann würde er doch geradezu den Interessen der evangelischen Kirche zuwiderhandeln, indem er eine solche Erstarkung zu verhindern sucht. Der Hinweis auf den Dreißigjährigen Krieg ist erst recht

hirnverbrannt. Der Evangelische Bund kann sich nicht darüber wundern, wenn man derartige Erklärungen kaum ernst nimmt und darüber zur Tagesordnung übergeht. In einigen Blättern, die dem Evangelischen Bunde nahestehn, wird die Aufrechterhaltung des Jesuitengesetzes u. a. auch mit Berufung auf den Altreichskanzler verteidigt. Wir haben schon früher unsrer Ansicht Ausdruck gegeben, daß, wenn Fürst Bismarck noch einige Jahre am Ruder gewesen wäre, er das Gesetz sicher aufgehoben haben würde. In dem neuen Buche von Poschingers: Fürst Bismarck und seine Hamburger Freunde, wird gesagt, am 20. Oktober 1892 habe Bismarck in Varzin gesagt, er werde am 25. November in den Reichstag gehen, worauf Herr v. Massow bemerkte, dann müsse er sich auch über die vom Zentrum verlangte Aufhebung des Jesuitengesetzes äußern. Fürst Bismarck antwortete u. a.: „Ich persönlich habe nichts dagegen."

Ein Ausspruch der „Deutsch-evangelischen Korrespondenz" lautet:

Vielleicht erleben wir in Deutschland das Schauspiel, daß der Einfluß katholisch charakterisierter Stimmen im Bundesrat das von dem Ministerpräsidenten des Hohenzollernstaates, der ehemaligen Vormacht des Protestantismus auf dem Festlande, in Aussicht gestellte Unheil noch einmal von Deutschland abwendet. Allein es wird doch kaum anzunehmen sein, daß der Reichskanzler sich für Preußens Stimmen so ernsthaft hätte verbürgen können, wenn er des Ergebnisses in seinem Sinne nicht von vornherein gewiß gewesen wäre. Wir werden daher mit dem Einströmen ausländischer und der schrankenlosen Wirksamkeit einheimischer Jesuiten in kurzer Frist zu rechnen haben. Inwieweit das Verbot „einer Ordenstätigkeit insbesondre in Kirche und Schule, sowie der Abhaltung von Missionen," wie es die Ausführungsverordnung des Bundesrats vom 5. Juli 1872 aussprach, in bezug auf die massenhaft zu erwartenden einzelnen Jesuiten, die nur nicht in „Niederlassungen" zusammen wohnen dürfen, noch aufrecht erhalten werden kann, wird die Zukunft lehren. Den Anspruch darauf werden die Katholiken jedenfalls erheben. Es wird sich dann aber auch zeigen, daß die allgemeinen Staats- und Reichsgesetze nicht, wie der Reichskanzler meint, genügen, um den kirchlichen Frieden zwischen den beiden Konfessionen zu sichern. „Wir kommen wie die Lämmer; wir herrschen wie die Wölfe," diese treffende Zeichnung des Ordens wurde von der erbitterten Volksmeinung einst einem Jesuiten selbst in den Mund gelegt. Daß die Jesuiten, wenn man ihnen die Tore öffnet, kommen werden wie die Lämmer, versteht sich von selbst. Ihr Augenmerk muß darauf gerichtet sein, sich Vertrauen zu erwerben und den Boden zu bereiten. Daß sie dann aber wirken werden wie die Wölfe, liegt in ihrer Ordensaufgabe. Sie können mit der evangelischen Kirche keinen Frieden halten, denn diese ist ihnen, wie dem römischen Papst, eine Schule des Satans. In der Erinnerung des Volkes lebt noch jetzt, was die von Jesuiten geleitete Gegenreformation dem deutschen Vaterland, der deutschen Einheit, dem Völkerfrieden für schmerzende Wunden geschlagen hat. Der Kampf in den Familien, den Häusern, den Gemeinden, den Genossenschaften aller Art wird wieder lichterloh entbrennen. Dem Staat aber wird die erneute Erfahrung nicht erspart bleiben, daß er die schlimmsten Feinde der staatlichen Ordnung über seine Grenzen gelassen hat. Ob es dann, nachdem die Jesuiten, wie überall, wo ihnen freie Hand gelassen wurde, unsägliches Elend angerichtet haben, gelingen wird, sie wieder zu vertreiben, weiß nur Gott im Himmel. Wir können noch immer den Gedanken nicht ertragen, daß nach allen erschütternden Lehren der Geschichte die deutschen Regierungen die Kniebeugung vor dem

Ultramontanismus vollziehn und dem erklärten Feinde des Reichs für seine unheilvollen Ziele den Weg bereiten wollen. Wir erheben vor ganz Deutschland lauten Einspruch gegen die geplante Maßregel und wissen uns darin eins mit Millionen unsers Volkes. Möge aber kommen, was da wolle: für uns, für alle Freunde des religiösen und staatlichen Friedens gilt es: unter allen Umständen wachen, die Augen offen halten, in engem Zusammenschlusse erstarken und das Reich dem befehlen, der die Wahrheit zum endlichen Siege führen wird.

16. Februar. Ueber „die Wirkung der Abbröcklung des Jesuitengesetzes" durch die vom Reichskanzler in Aussicht gestellte Aufhebung des § 2 gehen, sagt das „Leipziger Tageblatt," die Ansichten vielfach auseinander. So wird behauptet, diese Aufhebung sei bedeutungslos, solange der § 3 bestehen bleibe, der den Bundesrat beauftragt, die zur Ausführung und Sicherung des Vollzuges des Gesetzes erforderlichen Anordnungen zu treffen, und der zu der Verordnung des Bundesrats vom 5. Juli 1872 geführt hat, nach der den Jesuiten die Ausübung einer Ordenstätigkeit, insbesondre in Kirche und Schule, sowie die Abhaltung von Missionen, worunter sogenannte Volksmissionen zu verstehen sind, verboten ist. In diesem Verbote jeglicher Ordenstätigkeit, jeder Tätigkeit als Seelsorger und auf dem Gebiete des Unterrichts und der Erziehung sei offenbar der eigentliche Zweck des Jesuitengesetzes zu erblicken, und es ergebe sich, daß dieser Zweck durch die Aufhebung des § 2 durchaus nicht berührt werde. Das ist aber nur insofern richtig, als formell die Aufhebung des § 2 am dem § 3 nichts ändert; eine ganz andre Frage aber ist es, ob durch diese Aufhebung die praktische Durchführung des Zweckes des ganzen Gesetzes nicht erheblich erschwert oder gar unmöglich gemacht wird.

Bezüglich dieses Punktes wird in der „Magdeburgischen Ztg." folgendes ausgeführt:

Diese Frage kann man leider, wie die Sachen im Deutschen Reiche jetzt liegen, wo Zentrum bezw. Katholisch Trumpf ist, nicht schlechterdings verneinen. Die Schwierigkeiten liegen dabei weniger in der Schwäche und Nachgiebigkeit der Regierung gegenüber den ultramontanen Ansprüchen, als vielmehr in der Natur des Jesuitenordens selbst. Diese sogenannte Gesellschaft Jesu erkennt grundsätzlich kein Staatsgesetz an, das ihrer Ausbreitung und dem Tun und Treiben ihrer Mitglieder Schranken auferlegt, selbst dann nicht unbedingt, wenn ein solches Gesetz sogar vom Papste bestätigt worden wäre. Auch im letztern Falle behält sich der Orden, der den Papst unfehlbar und allmächtig in der katholischen Kirche gemacht hat, das Recht vor, eventuell von dem schlecht unterrichteten Papst an den besser zu unterrichtenden zu appellieren. So hat sich der Jesuitenorden dem Auflösungsbreve des Papstes Klemens des Vierzehnten bekanntlich nur soweit gefügt, als päpstliche oder staatliche Macht die Ausführung erzwang; wo das nicht geschah, wie in Preußen und Rußland, empfand der Orden nicht die Verpflichtung, dem Papste zu gehorchen, wobei er in Rußland sogar den Schein der Unterwerfung verschmähte. Staatliche Gesetze gegen den Jesuitenorden

zu umgehen und ihre Bestimmungen auf jede nur erdenkbare Weise und mit allen Mitteln der List und Verschlagenheit illusorisch zu machen, betrachtet der Jünger Loyolas als eine Gott wohlgefällige Tat, als ein Verdienst um seinen Orden und die katholische Kirche. So haben die Jesuiten auch kein Bedenken getragen, das deutsche Gesetz gegen ihren Orden zu umgehen und zu verletzen. In den ultramontanen Blättern erdreisteten sie sich sogar, die Verordnung des Bundesrates vom 5. Juli 1872 einfach für eine Kompetenzüberschreitung zu erklären und folgerichtig ihre Verbindlichkeit zu leugnen. Von der Voraussetzung ausgehend, daß die Ordenstätigkeit ihnen nicht verwehrt werden könne, haben Jesuiten vielfach bei Volksmissionen mitgewirkt, haben geistliche Uebungen für Priester und Lehrer, für Kaufleute und Studenten gehalten und an religiösen Konferenzen der verschiedensten Art teilgenommen. Erst als vor etwas länger als Jahresfrist zu Lüdinghausen in Westfalen eine achttägige Volksmission von lauter Jesuiten in Szene gesetzt werden sollte, wurden die Behörden aufmerksam, und es erfolgte ein vorbeugendes Verbot. Es steht aber sehr dahin, ob das Verbot von seiten der Jesuiten Beachtung gefunden hätte, wenn der Behörde nicht die Waffe des § 2 des Jesuitengesetzes zur Verfügung gestanden hätte, denn auch so haben die Loyoliten demselben nicht Folge gegeben, ohne durch Geschehenlassen lärmender Demonstrationen die Leidenschaften der Massen des katholischen Volkes in gefährlicher Weise zu erhitzen und Ausschreitungen gegen eine ganz schuldlose evangelische Minderheit zu provozieren. Hätte die Behörde nur mit polizeilichen Strafen gegen die frommen Väter vorgehen, sie aber nicht nach § 2 ganz sänftiglich abschieben können, der Orden hätte schwerlich die Gelegenheit versäumt, sich ein nicht allzu teures Martyrium zu kaufen. Durch Aufhebung des § 2 werden die Jesuiten förmlich auf ein solches Martyrium hingedrängt, und was das für den konfessionellen Frieden zu bedeuten hat, davon hat uns der Lüdinghausener Fall nur einen Vorgeschmack gegeben. Aber auch die Durchführung des § 1 des Jesuitengesetzes, der das Verbot von Niederlassungen der Jesuiten enthält, kann durch die Aufhebung des § 2 ernstlich in Frage gestellt werden.

17. Februar. Die „Hamburger Nachrichten" sprechen sich folgendermaßen aus:

Früher war auch die Regierung der Ansicht, daß das Jesuitengesetz ohne § 2 ein Messer ohne Klinge sei. Was hat sich denn zugetragen, was hat der Lage ein so ganz andres Gepräge gegeben, daß die deutsche Regierung im Widerspruch zu der Haltung, die sie selbst beobachtet hat, der Aufhebung des § 2 zustimmt, der ausländische Jesuiten ausweisen, inländischen den Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagen oder anweisen ließ? Nichts hat sich geändert als die Auffassung der Regierung, weil es galt, das Zentrum wieder einmal für geleistete Dienste zu belohnen. Das Zentrum ist eine Gefahr für das Deutsche Reich. Wohl gibt es auch im Zentrum Männer, die von starker Liebe zu unserm Vaterland erfüllt sind, aber diese Liebe muß von ihnen im entscheidenden Augenblick zurückgestellt werden vor den Forderungen der Partei, deren oberste Führung in Rom, in der Hand des Jesuitengenerals liegt. Und dieser reichsfeindlichen Partei, von der Fürst Bismarck (in seinen Gedanken und Erinnerungen II, 310) sagt, daß sie „auf die Zerstörung des unbequemen Gebildes eines Deutschen Reiches mit evangelischem Kaisertum" ausgehe, dieser „weniger auf den Papst als auf den Jesuitenorden gestützten" Partei (Bismarcks Worte), die sich bei jeder Vorlage irgendeinen Lohn für ihr Verhalten ausbedingt, macht die Regierung das Zugeständnis der

Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, gleich als ob „der einzelne" Jesuit harmlos wäre, als ob nicht bald „der einzelne" überall da zu finden sein, und als ob dann nicht bald genug der Friede der Konfessionen gestört und auch alsbald die Maulwurfsarbeit im Gange sein würde, die den politischen Zwecken des Ordens dient. Fürst Bismarck hat sich stets mit besondrer Schärfe gegen die Jesuiten ausgelassen und das Jesuitengesetz nicht für entbehrlich gehalten.

18. Februar. Der braunschweigische Landtag ersucht einstimmig die Regierung, im Bundesrate gegen die vom Reichskanzler in Aussicht gestellte Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu stimmen.

Die Hauptversammlung des Zweigvereins des Evangelischen Bundes für Leipzig und Umgegend spricht sich gegen Aufhebung des Jesuitengesetzes aus:

Der Hauptredner führt u. a. aus: Hebt man erst § 2 des Gesetzes vom 4. Juni 1872 auf, so müßten sie nicht Jesuiten sein, wenn sie nicht auch die andern Paragraphen umgehen könnten. Während sonst überall eine Los-von-Rom-Bewegung besteht, scheinen wir zu einer Hin-zu-Rom-Bewegung zu kommen. Förderlich ist ihr die große Gleichgiltigkeit und Unkenntnis in kirchlichen Dingen. Das ist Roms bester Bundesgenosse. Hat man denn so wenig von der Geschichte des Ordens profitiert? Die Zwecke, die sie verfolgen, sind Ketzerbekehrung, Wiederherstellung der römischen Herrschaft des mittelalterlichen Katholizismus und dessen Ausbreitung — daher auch Ausbreitung eines römischen Aberglaubens, wie ihn der Redner an geradezu unglaublichen Beispielen aus kirchlich approbierten Schriften schildert. In bezug auf die Schule äußern die Jesuiten offen die Ansicht, das richtige Verhältnis sei die genaue Umkehr dessen, was staatlich besteht — die nicht unter römischer Leitung stehenden Schulen seien „Eingang zum Dasein der Verlornen."

Die Versammlung beschließt auch einen Aufruf an die Einwohnerschaft Leipzigs, der einen feierlichen Protest erhebt wider die Zulassung der Jesuiten und die Evangelischen Leipzigs zu einmütigem Zusammenschluß ruft.

24. Februar. Zu regen Protesten gegen die Rückkehr der Jesuiten feuert die „Deutsche Zeitung" in Berlin an, die ihre Leser zum Unterschreiben einer beigelegten Eingabe an den Bundesrat aufruft. Sie wundert sich, daß im Lande immer noch nichts geschieht. — Dagegen bezichtigt die „Süddeutsche Reichskorrespondenz" diejenigen, die sich gegen Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ausgesprochen haben, des „Jesuitismus". Das Blatt findet, daß man „nachträglich so etwas wie eine Entrüstungsbewegung in Gang gebracht" habe. Diese „verspäteten Proteste" seien aber durchaus ungerechtfertigt; der Reichskanzler komme ja nur einem Wunsch der Mehrheit des Reichstags entgegen, wenn er die preußischen Stimmen im Bundesrat dahin instruiere, daß sie für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes ihr Votum abgeben sollen. Der Artikel fährt dann fort:

Die ex post betriebne Agitation, die aus der Erklärung des Grafen Bülow ein nationales Unglück machen möchte, muß als erkünstelt und als parteipolitisch wurzellos bezeichnet werden. Die konservativen Kreise, die dabei mittun wollen, mögen sich an die Führer, wie Graf Limburg, halten. Welche Berechtigung will eine Politik für sich in Anspruch nehmen, die im Reichstag von der Regierung die Erfüllung eines Wunsches verlangt, und in der Presse die Regierung angreift, weil der Wunsch erfüllt werden soll? Wohin geriete unser parlamentarisches Leben, wenn die Parteien die Verantwortung für ihre eignen Anträge in der publizistischen Erörterung verleugnen wollten?

25. Februar. Auf diese Auslassung erwidert der „Schwäbische Merkur“: „Die Sache liegt ganz einfach so: dem Zentrum wurde als Belohnung für die Zustimmung zum Zolltarifgesetz die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes in Aussicht gestellt, und etwas voreilig und ohne sich der Zustimmung der übrigen Bundesratsmitglieder zu versichern, hat der Reichskanzler im Reichstag verkündigt, daß Preußen für die Aufhebung des § 2 stimmen werde. In Berlin ist man natürlich wenig erfreut darüber, daß die Sache nicht so glatt geht, wie man gedacht hat. Aber die Naturgeschichte des vorhergegangnen Kuhhandels mit dem Zentrum kennen, heißt doch nicht ihn billigen.“

Der in Halle versammelte Zentralvorstand des Evangelischen Bundes zur Wahrung der deutsch-protestantischen Interessen erläßt einen Aufruf „an unsre evangelischen Volksgenossen“ ganz im Sinne seiner obigen Erklärung vom 10. Februar (S. 47).

26. Februar. „Es war vorauszusehn,“ sagt der „Westfälische Merkur“ (Zentrum) in Münster, „daß die Ankündigung des Reichskanzlers, die preußischen Stimmen würden im Bundesrate für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes abgegeben werden, noch einmal alle Gegner der Jesuiten auf den Plan rufen werde. So wild, wie wir erwartet hatten, haben sie indes nicht getobt. Es schien sich ihrer eine gelinde Resignation bemächtigt zu haben in der Ueberzeugung, daß doch nichts mehr zu machen sei. Sogar die Protesterklärung des Vorstandes des Evangelischen Bundes fiel verhältnismäßig recht matt aus. Indes die Hoffnung, das Vaterland vor den Jesuiten noch retten zu können, ist offenbar noch nicht ganz aufgegeben. Man rechnet noch immer auf den Bundesrat und sucht die »protestantischen« Mittel- und Kleinstaaten scharf zu machen. Wenn das gelingt, hat man gewonnenes Spiel. Wenn man sich wenigstens die Mühe geben wollte, auch etwas »Gründliches« gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes vorzubringen! Aber da begnügt man sich bescheiden mit den alten gehässigen und verlognen Phrasen und der „Ausnutzung“ von krassen Vorurteilen.“

28. Februar. Zu Karlsruhe in Baden bildet sich ein Protestkomitee, das in einem Aufrufe sagt:

Schon 1859, als es das drohende Konkordat noch in zwölfter Stunde zu beseitigen galt, haben die Katholiken Mannheims und Karlsruhes vor zu weitgehenden Konzessionen von seiten des Staates an den päpstlichen Stuhl nachdrücklichst gewarnt. Der „römische Geist" stehe „im Widerspruch mit dem Wesen einer deutsch-nationalen Bildung"; durch ein Konkordat, wie das geplante, würden die Souveränitätsrechte des Staates an einen „auswärtigen und keineswegs geistlichen Souverän" ausgeliefert; die Ausbildung der Geistlichkeit nach jesuitischen Grundsätzen drohe einen Klerus großzuziehn, der „übermächtigen, auswärtigen, den einheimischen entgegengesetzten Interessen" dient; dadurch könne die „gesamte Volksbildung" vergiftet werden. Auch ohne Konkordat sind alle diese Befürchtungen in vollstem Maße eingetroffen. Durch die Erhebung des blinden, unbedingtesten Gehorsams gegenüber dem Vorgesetzten zum höchsten geistigen und sittlichen Prinzip ist der Jesuitenorden seinem innersten Wesen nach der Todfeind aller Geistes- und Gewissensfreiheit und damit jeder Art Freiheit. Diesen Vorkämpfern des Cäsaropapismus und der Seelenknechtschaft, die auf nichts so sehr gerichtet sind wie auf die Vernichtung der Persönlichkeit und der Eigenart eines jeden Volkstums, soll unser deutsches Volk, unser im Kampfe gegen Rom so mühsam errungnes Staatswesen, unsre ganze Gesittung, unser ganzes Geistesleben ausgeliefert werden. Noch ist jedes Land, in dem die Jesuiten sich eingenistet haben, geistig, moralisch, wirtschaftlich und politisch zugrunde gerichtet worden. Scharen wir uns zusammen! Erheben wir unsre Stimmen, um wenigstens dem Aeußersten womöglich noch vorzubeugen! Sollen die systematischen Volksvergifter in Preußen unbehindert schalten und walten können, so soll ihnen wenigstens an den badischen Grenzpfählen ein Halt geboten werden.

3. März. In einer Versammlung von tausend Personen zu Moabit hält Pfarrer Köhler einen Vortrag über die Frage: „Was hat die christliche Familie von den Jesuiten zu erwarten?" Er führt folgendes aus:

Nicht bloß der evangelischen, sondern auch der katholischen Familie droht Gefahr von den Jesuiten. So haben es die besten und ehrlichsten Katholiken selber zugestanden. Diese Gefahr liege einmal begründet in der ganzen jesuitischen Erziehung. Alles Gefühls- und Gemütsleben wird systematisch im Jesuiten erstickt. Die Praxis des gegenseitigen Ueberwachens, Ausspionierens und Angebens macht ihn zum Seelsorger in der christlichen Familie ungeeignet, die auf der Grundlage des gegenseitigen Verstehens und Verzeihens aufgebaut sei. Endlich die ganze jesuitische Praxis: ihre Lehre vom geistlichen Vorbehalt, der auch über zerbrochne Eide schreitet — wird der vor dem Heiligtum des Familienlebens Halt machen? Und in der Mischehenpraxis, welche Verwirrung, welche Verschärfung der konfessionellen Gegensätze werden die Jesuiten anrichten, denen es im Interesse ihres Dogmas gleich gilt, die Frauen gegen die Männer und die Kinder gegen die Eltern aufzustacheln. Besondre Gefahr aber droht der deutsch-evangelischen Familie. An einzelnen Beispielen der Geschichte weist dies Redner näher nach. „Die Deutschen," heißt es in der Denkschrift von Jesuiten, die Leibniz entdeckte, „sind das Gott und den Menschen verhaßteste Volk." Sollen wir uns fürchten? Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf dieser Welt. Und wenn die Welt voll Teufel wär!

Die Versammlung beschließt eine Verwahrung gegen Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. — In Gotha wird eine Protesterklärung beschlossen.

5. März. Im Landtage von S.-Weimar erklärt der Minister Rothe, daß die großherzogliche Regierung im Bundesrat gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes stimmen werde. — Die „Köln. Volks-Ztg." (Zentrum) spricht sich also aus:

Die Protestbewegung gegen die Jesuiten beginnt, so bemerken verschiedne Blätter mit Behagen, allmählich sich auszubreiten. In der Tat entwickeln die Jesuitenfeinde einen fieberhaften Eifer. An allen Ecken und Enden regt es sich. Hier werden Proteste veröffentlicht, dort Versammlungen veranstaltet, Reden gehalten und Resolutionen angenommen; bald fordert dieser, bald jener kleinstaatliche Landtag die Regierung auf, sich im Bundesrate gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes oder des § 2 zu erklären. Wenn man dies geschäftige Treiben sieht und den lauten Lärm hört, möchte man glauben, die ganze protestantische Bevölkerung sei in Angst und Aufregung und werde Revolution anfangen, wenn der Bundesrat das Wort des Reichskanzlers einlöse. Es gilt aber auch hier wieder das Wort: Zehn Menschen, die schreien, machen mehr Lärm als zehntausend, die schweigen. In der Hauptsache sind es immer wieder dieselben Drahtzieher, die die „Bewegung" leiten, und dieselben Statisten, die als Protestler auftreten. Die große Masse des Volkes bleibt trotz aller Hetzereien vollständig gleichgiltig. Sie mag von allem, was nach Kulturkampf schmeckt, nichts mehr wissen.

Die Versammlung des Evangelischen Bundes in Dresden bekennt sich „mit Sachsens Verfassung zu der Ueberzeugung, daß die Jesuiten Todfeinde des Protestantismus und Schädlinge jedes ehrlichen Religionsfriedens, nach wie vor von den Grenzen des Deutschen Reiches fernzuhalten sind. Sie erhofft deshalb gegenüber der vom Reichskanzler den Ultramontanen in Aussicht gestellten Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes, daß die Majorität des Bundesrats, und Sachsens Regierungsvertreter an ihrer Spitze, solchen den konfessionellen Frieden gefährdenden Maßregeln das von dem deutsch-evangelischen Volke einmütig erwartete entschiedne und endgiltige Nein entgegensetzen."

Eine große Versammlung in Eisenach beschließt, nach einer Rede des Hofpredigers Rogge aus Berlin, ein Gesuch an die Regierung, sie wolle im Sinne der Protestversammlung stimmen. — Der Vorstand des Zweigvereins des Evangelischen Bundes in Leipzig sagt in einem Aufrufe, er bedaure aufs tiefste, daß unsre höchsten Ideale politischen Handelsgeschäften zuliebe außer acht gelassen werden sollten. — In Zwickau beschließen starkbesuchte Protestversammlungen Petitionen wegen Nichtzulassung der Jesuiten.

10. März. Der Landtag von Reuß ä. L. beauftragt die Regierung, im Bundesrate gegen Aufhebung des § 2 des Jesuiten-

gesetzes zu stimmen. — Im Landtage von S.-Altenburg wird derselbe Antrag gestellt.

11. März. In einer vom Evangelischen Bunde in Berlin veranstalteten großen Protestversammlung redet der Vorsitzende, Professor Schmidt, von dem Handel, den die Regierung treibe. Die einzig richtige Antwort, daß der konfessionelle Friede doch nicht so gesichert sei, um nicht das ganze Jesuitengesetz aufrecht zu erhalten, diese einzig richtige Antwort habe der Reichskanzler nicht gegeben, und wenn die Regierung jetzt anscheinend einen Sieg errungen, so stehe es doch noch lange nicht fest, ob es nicht doch ein Pyrrhussieg sei. Gut sei die herausfordernde Haltung der Ultramontanen in einer Beziehung allerdings gewesen, sie habe den wahren Charakter des Ultramontanismus wieder einmal klar zum Bewußtsein gebracht und gezeigt, daß man mit einem solchen Feinde nicht paktieren könne. Prediger Scholz weist in seiner Rede hin auf die vom Jesuitismus zu erwartende Störung des konfessionellen Friedens und auf die Gefährdung der deutschen Bildung; die herrliche deutsche Nationalliteratur sei stets vom Jesuitismus, der Luther ebenso hasse wie Bismarck, in den Staub gezogen. Vom Standpunkt der öffentlichen Moral sei ebenfalls nichts Gutes vom Jesuitismus zu erwarten; man wisse, was es bedeute, mit Zweideutigkeiten und Verschleierungen die öffentliche Moral zu vergiften. Auch den Katholiken sei bange um die Rückkehr der Jesuiten, gegen die man in gut katholischen Kreisen lebhafte Abneigung hege. Das Schicksal des Jesuitengesetzes sei geradezu eine Ehrensache für den Protestantismus und werde symptomatisch sein auch für die Stellung der protestantischen Kirche. Prediger Weser sagt in seiner Rede: Die Seele des Jesuitenordens sei Intoleranz; ohne diese sei der Jesuitismus gar nicht zu denken, und gegenüber dieser Intoleranz dürfe man eben nicht tolerant sein. Der Jesuitismus verwende vergiftete Waffen, und vor solchen Waffen sich zu fürchten, sei wohl berechtigt. Komme der Jesuitenorden bei uns herein, so sei es mit der Einigkeit und Herrlichkeit des Vaterlandes vorbei.

Der in Halle versammelte Gesamtvorstand des Evangelischen Bundes richtet eine das Jesuitengesetz betreffende Eingabe an den Bundesrat, in der es heißt:

Die Ankündigung einer auch bloß teilweisen Aufhebung des erwähnten Gesetzes hat auf die evangelische Bevölkerung Deutschlands eine tiefe Wirkung ausgeübt. Der erste Eindruck war ein geradezu niederschmetternder, und die Empfindung, daß der Weg verlassen werden solle, den Kaiser Wilhelm der Erste vorgezeichnet hat, als er sagte: „Mir liegt die Führung Meines Volkes ob im Kampfe gegen eine Macht, deren Herrschaft sich in keinem Lande der Welt mit dem Frieden und der Wohlfahrt der Völker verträglich erwiesen hat," legte sich schwer auf das Herz deutscher

Patrioten. Ein hoher Bundesrat wird aber davon Kenntnis genommen haben, daß die Stimmung dumpfer Resignation inzwischen überwunden worden ist und einer mächtig anschwellenden, durch ganz Deutschland sich verbreitenden Bewegung Platz gemacht hat.

Weite Kreise des Volkes sind mit uns der Ueberzeugung, daß die Wirkung der Aufhebung von § 2 des genannten Gesetzes sich nicht auf die Aenderung der rechtlichen Stellung des Jesuitenordens beschränkt. Was sie bedeutet, erklärt sich vielmehr nur aus der gesamten kirchenpolitischen Lage, aus der der Gedanke an jene Aufhebung hervorgegangen ist. Auch besteht die gegründete Befürchtung, daß der Auslegung von § 2 die des § 1 folgen, und daß die Auslegung des § 1 unter den veränderten Verhältnisse aufregende Kämpfe hervorrufen wird.

Von der Schilderung der Gefahren des Jesuitenordens für unser Volksleben dürfen wir Abstand nehmen. Alle Gründe, die seinerzeit für den Erlaß des Jesuitengesetzes maßgebend waren, stehen noch heute unvermindet und ungeschwächt in Geltung, und der Jesuitenorden würde es ablehnen, in irgendeinem wesentlichen Punkte seine bekannten Grundsätze geändert zu haben.

Im Gegensatze zu der von dem Herrn Reichskanzler vertretnen Auffassung müssen wir vielmehr bekennen, daß die konfessionellen Verhältnisse innerhalb des Reiches gegenwärtig aufs äußerste gespannt sind. Und daran trägt nicht konfessioneller Fanatismus auf seiten der Evangelischen die Schuld. Ist nicht vielmehr die Machterweiterung und Rücksichtslosigkeit des ultramontanen Einflusses in allen Teilen Deutschlands mit Händen zu greifen und nahezu zur Unerträglichkeit gesteigert? Wir verweisen auf die Zustände im Königreiche Bayern. Wir verweisen auf die in der Flugschriftenliteratur und in gelehrten Werken immer kecker betriebne Schmähung der Reformatoren, des Protestantismus, der evangelischen Frömmigkeit und Sittlichkeit unter Berufung auf päpstliche Enzykliken und Kundgebungen. Wir verweisen auf die rastlose, alle Stände, Berufe und Altersstufen umfassende Vereinsbildung in klerikalem Interesse; auf die erstrebte Durchdringung des Verkehrs, der Rechtspflege, der Bildung, des Handels und Wandels mit katholisch-konfessionellen Grundsätzen; auf die in immer rascherm Tempo sich vollziehende Vermehrung der Ordensniederlassungen in Preußen; auf die Gründung einer katholisch-theologischen Fakultät in Straßburg „nach vatikanischem Rezepte" (vergl. das klerikale Sonntagsblatt La Vera Roma); auf das tiefe Verwachsensein des Zentrums mit allen reichsfeindlichen Bestrebungen im Osten, Westen und Süden Deutschlands; auf die seit Jahrzehnten beobachtete Identifikation katholischer und polnischer Interessen. Das alles sind nicht vorübergehende Bestrebungen. Sie sind in dem Wesen der römisch-katholischen Kirche begründet, die nach ihren Grundsätzen mit andern Kirchen keinen Frieden halten kann; denn sie bestreitet deren Daseinsberechtigung. Nach diesen Grundsätzen hat auch der „Orden Jesu" gewirkt, seit er ins Leben getreten ist. Von der Rückkehr der Jesuiten haben wir daher nur eine weitere Verschärfung der interkonfessionellen Verhältnisse zu erwarten.

13. März. Die „Kreuz-Ztg." schreibt:

Wir fragen uns vergeblich, wie die Männer des Evangelischen Bundes in der Aufhebung der sogenannten „Internierung" eine wenn auch beschränkte „Wiederzulassung der Jesuiten," eine Erlaubnis zur „Rückkehr der Jesuiten erblicken können? Dieser, d. h. der Erlaubnis zu neuen Niederlassungen und ungehinderter Agitation gegen die evangelische Kirche

würden wir niemals zustimmen. Aber das steht doch gar nicht in der Frage. Die Niederlassungen sind und bleiben verboten.

15. März. „Allerdings," erwidert hierauf die „Rheinisch-Westfälische-Zeitung":

die Niederlassungen sind und bleiben verboten. Aber was will das besagen, wenn einzelne Jesuiten künftig ungehindert und überall als Hausgeistliche in Krankenhäusern, als Leiter von Schulen, als Religions- und andre Lehrer an bestehenden klerikalen Schulen, als Pfarrer und als Weltgeistliche Deutschland überfluten dürfen, wenn ferner auch durch Aufhebung des § 2 der Zudrang deutscher Kleriker zum Jesuitenorden immer größere Verhältnisse annehmen wird? Dann wird praktisch nur wenig Unterschied sein zwischen einer gänzlichen Aufhebung des Jesuitengesetzes, der sich auch die Kreuzzeitung mit einer gewissen Emphase widersetzt, und der Aufhebung nur des § 2.

Die Erregung gegen die Jesuiten ist, so sagt die „Germania," gegenwärtig so sehr in den Vordergrund der politischen Fragen gedrängt, daß sie die meisten politischen Blätter in erster Linie beschäftigt. Das ist im wesentlichen dem Umstande zuzuschreiben, daß sich eine freilich nur auf die engern Kreise unverbesserlicher Kulturkämpfer beschränkte wüste Agitation gegen die Aufhebung des § 2 entwickelt, bei er der Zweck die Mittel heiligt. Diese Agitation geht von Leuten aus, denen jedes Gefühl von Gerechtigkeit abhanden gekommen ist. — Antijesuitische Protestversammlungen finden ferner statt in Potsdam, Nördlingen, Chemnitz, Plauen, Glauchau, Krefeld.

16. März. Der Lübecker Senat erklärt der Bürgerschaft, er werde im Bundesrate gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes stimmen. — Der Landtag von Schaumburg-Lippe ersucht die Regierung, gegen diesen § 2 zu stimmen. — Der gothaische Landtag beschließt, die Regierung zu ersuchen, im Bundesrat gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu stimmen.

In München findet eine große Protestversammlung statt. Der Professor Graf Du Moulin sagt hier in längrer Rede:

Keine bayrische Regierung habe noch eine gute Tat getan unter der Führung des Ultramontantismus. Fluch hafte an jeder Tat und an jedem Gesetze, das unter seinem Wirken zustande gekommen ist. Nicht die Mehrheit mache die Regierung stark, mit solchen Parteien dürfe sie nicht regieren; denn man sehe, daß sie immer wieder einem Abgrund zugeführt werde. Indem der Redner auf die Zeit des Dreißigjährigen Krieges zu sprechen kommt, sagt er, Tilly habe noch immer zur Schande des bayrischen Volkes in der Feldherrnhalle sein Denkmal! Das sei die Geschichtslüge, die am liebsten die Schmach des eignen Volkes den Kindern lehre. In einer Münchner Realschule habe er ein Buch gefunden, in dem Geibels schönes Gedicht an Marschall Vorwärts umgedichtet gewesen sei für Tilly und für die Schlacht bei Lutter am Barenberge. So erziehe man die Jugend zur Lüge und zur Geschichtsfälschung. Auf die jüngsten Vorgänge in Bayern zu sprechen kommend, erklärt Graf Du Moulin, Ministerpräsident Crailsheim habe als

Protestant geglaubt, den Ultramontanen gegenüber nachgiebiger sein zu müssen, als wenn er Katholik gewesen wäre. Daß er dem Zentrum vielfach nachgegeben habe, sei seine Schuld gewesen, aber auch sein Fall. Als Regierungspartei werde das Zentrum nichts Gutes stiften, denn der Ultramontanismus sei der Geist der Verneinung. Der Kaiser oder der Regent, wenn sie dem Zentrum nicht parieren, seien sie verraten und verloren, denn dieses führe nicht die deutsche Sache! Lächelnden Gesichts habe der Reichskanzler die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes verkündet. Bald werde man sehen, wie die Jesuiten das Glück der Familie zerstören, wie sie brillante Hofkapläne abgeben und auch einem protestantischen Fürsten freundliche, nette Worte sagen können. Unser deutsches Volk solle wieder eingelullt und eingeschläfert werden mit dem süßen Weihrauch des Jesuitismus. Man werde Jubellieder hören von einem weisen und großen Kaiser, und all das werde wirken. Die Jesuiten seien dann die Herren. Sie bewilligten ein paar Schiffe, und damit sei wieder etwas getan. Und die freiheitlich gesinnten Deutschen, die das Reich gegründet haben, dürften daneben stehn.

Eine große Protestversammlung findet in Bielefeld statt, wo Professor Achelis von Marburg die Rede hält.

Die „Germania" sagt ferner zu der Protestbewegung: „S' Geschäft bringts mal so mit sich. Und warum sollte jemand nicht auch aus dem Schlagwort »nationale Politik« ein Zeitungsgeschäft machen können, wenn dabei mit dem Schlagwort »unabhängig« jede politische und jede sittliche Gebundenheit abgestreift werden kann?" — In demselben Sinne sagt der „Westfälische Merkur" (Zentrum): „Ein Denkmal der Rückständigkeit setzen sich alle die, die für die Erhaltung des § 2 eintreten, sowohl der Evangelische Bund als auch diejenigen Minister, die im Bundesrate der Parole des feigen Hasses folgen wollen."

19. März. Die „Norddeutsche Allg. Ztg." bringt eine lange, anscheinend halbamtliche Auslassung. Deren Eingang lautet also:

Die Agitation gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes fördert als auffälligste Erscheinung den Umstand zutage, daß die in den „Protestversammlungen" auftretenden Redner entweder nicht wissen oder ignorieren, um was es sich bei dieser Aufhebung eigentlich handelt. Vor einigen Tagen hat dies bereits die „Kreuzzeitung" in treffender Weise bezüglich der am 11. d. M. in Berlin abgehaltenen Protestversammlung nachgewiesen. Die in jener Versammlung angenommene „Resolution" wandte sich mit Emphase gegen „die, wenn auch beschränkte Wiederzulassung der Jesuiten im Deutschen Reiche," gegen die „Rückkehr der Jesuiten" und schließt mit dem „dringenden Ersuchen" an die Regierenden, „die Jesuiten fernzuhalten."

Von allen diesen Dingen steht im § 2 des Jesuitengesetzes, um den es sich handelt, gar nichts. § 1 des Gesetzes, der die Ausschließung des Jesuitenordens und der ihm verwandten Organe und Kongregationen vom Gebiete des Deutschen Reiches sowie die Schließung ihrer Niederlassungen ausspricht, bleibt unverändert bestehn; ebenso die Bestimmung ad 1 der Vollzugsverordnung des Bundesrats von 5. Juli 1872, die besagt: „Da der Orden der Gesellschaft Jesu vom Deutschen Reiche ausgeschlossen ist, so ist den Angehörigen dieses Ordens die Ausübung einer Ordenstätigkeit, insbesondre in

Kirche und Schule, sowie die Abhaltung von Missionen nicht zu gestatten." Es handelt sich also weder um Wiederzulassung noch um Rückkehr und also auch nicht negativ um Fernhaltung der Jesuiten, sondern der § 2 des Gesetzes, dessen Aufhebung die große Mehrheit des Reichstags beantragt hat, besagt lediglich: „Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden; wenn sie Inländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angewiesen werden." Es handelt sich also in diesem Gesetzparagraphen nicht einmal um eine bestimmte Vorschrift, sondern er gibt den Landespolizeibehörden lediglich eine fakultative Anweisung. Ja diese letztere ist in den Vollziehungsbestimmungen vom 5. Juli 1872, gez. Delbrück, vom Bundesrate noch weiter wie folgt eingeschränkt worden:

„Es wird den hohen Bundesregierungen empfohlen, die nach dem Gesetze zulässige Anweisung des Aufenthalts in bestimmten Bezirken oder Orten der Regel nach auf diejenigen Fälle zu beschränken, in denen der betreffende Angehörige des Ordens sich außerstande erklärt, selbst einen bestimmten, ihm nicht versagten Aufenthaltsort zu wählen."

Seit dem Jahre 1878 sind Maßnahmen dieser Art, wenn überhaupt, nur noch vereinzelt angewandt worden.

Wenn daher diese Bestimmung jetzt auch formell beseitigt würde, so wäre dies lediglich die gesetzliche Anerkennung eines seit dreißig Jahren tatsächlich und in völliger Uebereinstimmung mit den gegebnen Vorschriften bestehenden Zustandes. Der erste Teil des § 2, die eventuelle Ausweisung von Ausländern betreffend, ist aber ohnehin überflüssig, da solche, wenn sie sich lästig machen oder den öffentlichen Frieden gefährden, ohne Angabe von Gründen jederzeit mit kürzester Frist ausgewiesen werden können.

Das Jesuitengesetz, wie es heute besteht, ist das Ergebnis längrer Kompromißverhandlungen innerhalb des Mehrheitsparteien des damaligen Reichstags.

Man fragt sich ferner vergebens, weshalb die Kreise, die die Aufhebung des § 2 als eine so große Gefahr erachten, bis jetzt sieben Jahre lang geschwiegen und mit ihrer Bewegung nicht bereits im Jahre 1896 eingesetzt haben, als die Mehrheit des Reichstags sich zum erstenmal für die Aufhebung des § 2 aussprach, die nationale Partei durch keinen geringern als Rudolf von Bennigsen am 17. Juni jenes Jahres. — Der Artikel schließt also: Den Kirchenfrieden mit Rom hat Fürst Bismarck vor mehr als zwanzig Jahren gemacht, er hat ihn seit 1878 mit als eine seiner wichtigsten Aufgaben betrieben und seinen Amtsnachfolgern die besten Beziehungen zur päpstlichen Kurie hinterlassen. Graf Bülow hat diese Beziehungen vorgefunden, er war 1896, als Herr v. Bennigsen seine mehrerwähnte Erklärung abgab, noch Botschafter am Quirinal. Seine „Taktik" kann daher die innere Einheit nicht geschädigt haben, sie ist ohnehin darauf gerichtet, die unser Volk innerlich trennenden Momente tunlichst auszuschalten, wobei eine zuverlässige nationale Mitarbeit des Zentrums nur erwünscht sein kann. Auch das Zentrum in seiner jetzigen Stärke hat Graf Bülow vorgefunden und er muß als Staatsmann mit gegebnen Größen rechnen. Im Interesse des konfessionellen Friedens, zu dessen aufrichtiger Bewahrung beide Teile, Evangelische wie Katholische, sich politisch und religiös verpflichtet fühlen sollten, wünschen wir, daß der Vorgang in Zwickau vereinzelt bleiben und zum Einhalten, zur Umkehr Anlaß geben möge! Die nach den Erfahrungen mehrerer Jahrzehnte gerechtfertigte Entwicklung einer Frage der Staatspolizei, die durch die Aufhebung des § 2 zum Abschluß gelangen soll, ist ehrlicherweise mit einer Bedrohung der protestantischen Freiheit nicht in Verbindung zu bringen und

gibt niemand das Recht, einen Zwiespalt zu erneuern, durch dessen Wirkungen Deutschland, wie die Geschichte lehrt, jederzeit im Innern wie nach außen geschädigt worden ist.

Auf diese Auslassung antwortet die „National-Ztg."

Sie hebt hervor, daß die Gleichgiltigkeit weiter Kreise der Bevölkerung gegenüber den parlamentarischen Verhandlungen sich hier gerächt hat, und wie die Tatsache, daß der Reichstag kaum noch als eine Volksvertretung gelten kann, in dem weitverbreiteten Widerspruch zum Ausdruck kommt, den ein von ihm wiederholt mit sehr großer Mehrheit gefaßter Beschluß in dem Augenblicke hervorruft, wo seine Ausführung durch die Regierungen droht. Indes hier müssen bereits einige Vorbehalte gegen die offiziöse Beweisführung gemacht werden. Die passive Haltung des Bundesrats während der sieben Jahre, in denen der Reichstag sich mehrfach über die Aufhebung des §-2 ausgesprochen, hatte in weiten Kreisen die Meinung hervorgerufen, daß die Regierungen nicht zustimmen würden. Hier kommt die Bedenklichkeit des Verfahrens zur Erscheinung, das seit langer Zeit die auf einander gefolgten Reichskanzler und der Bundesrat gegenüber den Verhandlungen des Reichstags über Initiativanträge fast ausnahmslos beobachtet haben: daß man den Reichstag darüber ohne Mitwirkung der Regierungen debattieren und beschließen läßt und sich die eigne Stellung schweigend vorbehält. Es gibt in keinem andern Lande mit parlamentarischen Einrichtungen ein Seitenstück hierzu; und unermeidlich ist dieses Verfahren auch vermöge der Organisation des Bundesrats, mit der es gewöhnlich begründet wird, keineswegs; aber es ist allerdings für die Regierungen im allgemeinen bequem. Daß es trotzdem unverwünschte Folgen für sie haben kann, zeigt sich in dem vorliegenden Falle. Die wüste Agitation der Herren Schädler, Heim und Genossen in Bayern mit dem Ergebnis des Sturzes des Grafen Crailsheim und der Vorstoß des Bischofs Korum, dessen zeitgeschichtliche Bedeutung nicht durch die erzwungne Zurücknahme des Publikandums aufgehoben wird, haben aufrüttelnd gewirkt. Und da sich nunmehr die Frage vorlegte, was die Aufhebung des § 2, sachlich und als politisches Zeichen der Zeit, bedeuten würde, hat man sich überzeugt, daß sie bedenklich sein würde — auch in politischen Kreisen davon überzeugt, in denen man sich die Uebertreibungen aufgeregter geistlicher Redner nicht aneignet. Nach unsrer Meinung beweist der von dem offiziösen Artikel hervorgehobne Inhalt der ursprünglichen Regierungsvorlage vielmehr, daß der jetzige § 2 die Hauptsache an dem Gesetze nach der Auffassung der damaligen Regierung war. In der Tat ist es klar, daß man mit ihm auch die Niederlassungen auflösen kann, nämlich durch Versagung des Aufenthalts für alle Mitglieder der Niederlassungen am Orte derselben — während ohne den § 2 aus den früher von uns dargelegten Gründen das Verbot der Niederlassungen, das 1872 seitens der Reichstagsmehrheit hinzugefügt wurde, bedeutungslos werden kann.

Zu den Schlußbemerkungen des Artikels der „Nordd. Allg. Ztg." sagt die „National-Ztg.":

Derartige allgemeine politische Betrachtungen können eine sachlich begründete Darlegung verstärken; sie vermögen aber eine fehlende sachliche Begründung nicht zu ersetzen. Sonst würde der Satz, daß Graf Bülow „als Staatsmann mit gegebnen Größen rechnen muß," zu der Folgerung führen, daß jedes Zugeständnis an das Zentrum berechtigt sei, falls man dadurch einen für wichtig ge-

haltnen Zweck erreichen könne. Graf Bülow selbst wird dies nicht behaupten wollen.

Die „Kölnische Ztg." spricht von „unnützen Sorgen" des Evangelischen Bundes nnd meint, dessen Eingabe vom 11. d. M. (S. 56) tue auch nicht mit einem einzigen tatsächlichen Grunde die Notwendigkeit dar, den § 2 aufrecht zu erhalten, und sie suche das Kampffeld zu verschieben, indem sie die gesamte kirchenpolitische Lage und den hier überhaupt nicht in Frage stehenden § 1 künstlich in ihre Erwägungsgründe hineinziehe. — Der „Schwäbische Merkur" in Stuttgart sagt zu der Auslassuug der „Nordd. Allg. Ztg.": „Wir haben selten ein Urteil gehört, das so chemisch rein wäre von jeder Kenntnis dessen, was die Volksseele in Wirklichkeit bewegt. So, wie der Offiziosus der Norddeutschen Allgemeinen, kann nur ein Bureaukrat reden, der Scheuleder links und rechts trägt und mit der Oeffentlichkeit bloß auf dem Wege von seiner Wohnung nach seinem Bureau in Berührung kommt." — Die „Rheinisch-Westfälische Ztg." meint, seine Konzessionsfreudigkeit an den Ultramontanismus habe den Reichskanzler in eine arge Klemme gebracht. In der Jesuitenfrage störe plötzlich die Hydra einer mächtigen Volksbewegung sein Stelldichein mit dem Zentrum, aber die „Nordd. Allg. Ztg." erweise sich als gänzlich untaugliche Waffe, ihn aus der Klemme zu befreien. — Nach Ansicht der „Frankf. Ztg." kann man ohne Uebertreibung von einer sehr tiefgehenden Volksbewegung sprechen, die von starker Rückwirkung auch auf die Regierungen gewesen sei. Sie richte sich vor allem dagegen, daß dem Ultramontanismus überhaupt eine Konzession gemacht werde.

20. März. Der nationalliberale Reichsverein in Dresden erläßt einen Protest. — Die „Staatsbürger-Ztg." ist der Ansicht, der Reichskanzler habe seine Stellung zu den Parteien erheblich erschwert. — Der „Reichsbote" (kons.) wendet sich gegen die „Nordd. Allg. Ztg." und sagt: „Wenn dieses Blatt zum konfessionellen Frieden mahnt, so hätte es sich sagen sollen, daß der Frieden gerade durch die Ankündigung des Reichskanzlers von der Aufhebung des § 2 erschüttert werde." Und nach Ansicht der „Deutschen Ztg." beschäftigt sich der Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." „zu einseitig mit ein paar Ueberstiegenheiten oder mißverständlichen Aeußerungen, um daraufhin den Gegner im ganzen abzutum. Wir empfehlen eine Aenderung dieser Taktik, die dürftig wirkt in einem für die Autorität der Regierung nicht sonderlichen Maße. Sie erweckt den Anschein, als ob es mit den Gründen der Regierung wirklich so kläglich stehe, wie die Polemik sie verlangt." Alle Gegner seien der Meinung, daß ohne den § 2 das ganze Jesuitengesetz im Verlaufe des Verwaltungsgspraxis seinen Wert verliere.

Das „Leipziger Tageblatt" spricht sich u. a. also aus:

Die Regierungen, die nicht geschlafen haben, als über die Bedeutung und die Folgen der Aufhebung des § 2 die eingehendsten Untersuchungen angestellt wurden; die nicht taub und blind sind gegen die mit jeder Konzession wachsende Anmaßung des Ultramontanismus, nicht blind und taub gegen die Verschärfung, die der in Deutschland herrschende Zwiespalt durch die Beseitigung des § 2 erfahren würde, und die deshalb für seine Aufrechterhaltung zu stimmen sich entschlossen haben: sie werden durch den Ukas der „Nordd. Allg. Ztg." sich ebensowenig umstimmen lassen, wie die Führer der durch den Reichskanzler entfachten Bewegung. Nun erst recht werden sie im Bundesrat erklären: Diesen Schritt auf dem Wege nach Kanossa machen wir nicht mit!

Eine große Versammlung von Mitgliedern des Evangelischen Bundes in Magdeburg erklärt nach Reden des Superintendenten Trümpelmann, des Hofpredigers Rogge aus Potsdam und des Pastors Storch, sie wüßten sich eins mit der gesamten evangelischen Bevölkerung der Stadt in der schweren Sorge, die die vom Reichskanzler in Aussicht gestellte Aufhebung des § 2 hervorrufe. „Die Versammlung sieht in den Jesuiten die Gegner des unter schweren Kämpfen geeinten Deutschen Reichs, die unheilvollen Störer des konfessionellen Friedens, die Todfeinde unsrer evangelischen Kirche. Sie ruft allen gleichgesinnten Deutschen zu: Gebt Zeugnis von eurer gerechten Entrüstung über den geplanten verhängnisvollen Schritt und wehrt euch in Wort und Tat gegen das weitere, das Deutsche Reich gefährdende Vordringen des Ultramontanismus!"

22. März. Die „Hamb. Nachrichten" sagen: „Es ist ein unmögliches Unternehmen, die Aufhebung des § 2 in einem andern Lichte erscheinen zu lassen, als in dem einer großen Konzession an das Zentrum. Graf Bülow kann sich darüber nicht wundern, daß, wenn sein anerkanntes Organ einen überschwenglichen Panegyrikus auf den Papst veröffentlicht, wie wir ihn neulich gelesen haben, in weiten Kreisen die Besorgnis verstärkt wird, daß der leitende Staatsmann für die innersten Empfindungen der bedeutenden Mehrheit des deutschen Volkes kein Verständnis habe. Die gegenwärtige antiultramontane Bewegung ist durch die Jesuitengesetzfrage nicht hervorgerufen, sondern nur verschärft worden. Sie wurzelt in der Abneigung gegen den neuerdings zu einer nie geahnten Intensität gelangten Zentrumseinfluß."

23. März. Protestversammlung in Braunschweig nach einer Rede des Professors Thümmel aus Jena.

25. März. Der Jung-nationalliberale Verein in Leipzig beschließt nach scharfen Reden, den Bundesrat für volle Erhaltung des Jesuitengesetzes zu ersuchen, in dessen Aufhebung er eine große Ge-

fahr für das deutsche Kultur- und Geistesleben erblicke. — Protestversammlung in Detmold.

26. März. Die Hamburger Bürgerschaft ersucht den Senat, gegen Aufhebung des § 2 zu stimmen. — In einer Versammlung von 1500 Protestanten zu München hält Justizrat Kraußold eine längere Rede. Er sagt u. a.:

Mit den Jesuiten als Persönlichkeiten haben wir nichts zu tun; wir bekämpfen die Tendenz des Ordens, und diese ist auf Vernichtung der Protestanten gerichtet. Hat doch schon der Katholik Döllinger gesagt: „Die Jesuiten herrschen durch den von ihnen beherrschten Papst!" Das ist das beste Urteil über diesen Orden. Und wie stehts speziell in Bayern? Da haben jahrhundertelang die Jesuiten unumschränkt geherrscht. Der Akademie der Wissenschaften haben sie die größten Schwierigkeiten bereitet. Und für das, was sie sonst wirkten, dafür sprechen Westenrieder, Sprunner, Heigel und viele hervorragende Historiker. Die Jesuiten brachten schließlich Max den Ersten zu dem Entschluß, sich von ihnen zu befreien. Durch seine Erlasse wurde unter Montgelas' Ministerium Bayern von den Jesuiten befreit. Freilich wütete und drohte Rom. Doch ließ sich Max nicht irre machen, auch nicht durch die „schreckliche Drohung": „Sie bekommen die Gedankenfreiheit!" Dann erst konnte Bayern aufblühen. Im Jahre 1840 fanden allerdings die Jesuiten im Minister Abel einen neuen Helfer, der das Konkordat über die Verfassung stellte. Wir hoffen, daß heute die Verfassung besser gewahrt wird, wir hoffen es fest, wenn auch die Minister ihre Antwort noch nicht gegeben haben. Als die Königin Therese, die Gemahlin Ludwigs des Ersten, begraben wurde, durfte die protestantische Geistlichkeit nicht in die Gruft der Kirche. Das ist schreiende Intoleranz. Soll ich ferner an das Kniebeugegesetz und an alles mögliche andre erinnern, was unter jesuitischem Einfluß geschah? Alles zeigt, wohin wir kommen, wenn die Jesuiten wieder bei uns einziehen. Sagt nicht das Görreslexikon, daß eine andre als die katholische Konfession kein Recht auf staatlichen Schutz habe? Da muß, wenn das in Bayern, dem paritätischen Staat, geschieht, lauter Protest erhoben werden. Der § 2 des Jesuitengesetzes ist nicht so unwesentlich, wie man glauben machen möchte. War dieser Paragraph doch der einzige, den seinerzeit die Regierungen vorgeschlagen. Und wird der Aufhebung des § 2 nicht das ganze Gesetz folgen, wie das B dem A? Da heißt es: Principiis obsta! Und wie steht es mit dem religiösen Frieden, wenn die Jesuiten wiederkommen? Da könnte ich für uns über 200 Urteile von hervorragenden Männern auch der katholischen Konfession anführen. Selbst Bischof Hefele sagte einmal: „Ich glaubte der katholischen Kirche zu dienen, und diente einem Zerrbild, das der Jesuitismus aus ihm gemacht hat." Und König Ludwig der Erste sagte: „Deutsche Gesinnung soll der bayrischen Jugend eingepflanzt werden, und das Deutsche ist dem Jesuiten fremd!" Und sah man nicht in diesen Tagen erst in Würzburg, wie der ehemalige Jesuit Berlichingen den religiösen Frieden in der vorher so friedlichen Stadt gestört hat? Wir wollen als Protestanten in Frieden mit den andern Konfessionen leben! Wir wollen als christliche Konfession gleichberechtigt mit den Katholiken sein! Sind erst die Jesuiten da, dann werden sie deutsche Treue und deutsche Liebe zerhadern. Davor bewahre Gott unser Deutsches Reich!

Professor Boethlingk aus Karlsruhe sagt in längerer Rede:

Der Jesuitismus sei nichts weniger als die katholische Kirche, er habe nur Entartung in sie hineingetragen. Um sein Wesen zu begreifen, müsse man die spanische Geschichte sich vergegenwärtigen, wo er gegründet wurde von einem Manne, der ein Ignorant gewesen und geblieben und nicht vom Drange der Erkenntnis erfüllt gewesen sei, sondern nur von dem Wunsche, blindlings der Macht der kirchlichen Hierarchie zu dienen. Die Mittel dazu waren ihm das, was wir heute als Hypnose und Autosuggestion bezeichnen, die vollständige Ertötung der Persönlichkeit. Bis auf den heutigen Tag hat der Jesuitismus festgehalten an dem Grundsatze, daß der Ketzer als solcher dem Tode verfallen ist, wie der Pater Lucca es vor kurzer Zeit noch ausgesprochen hat. Redner weist darauf hin, was aus Spanien und Portugal geworden, wo die Jesuiten freie Hand hatten und zeigen konnten, wes Geistes Kind sie seien. Wo ist heute ein Jesuit, der gegen den Protestantismus wettert? Der Götz mit dem eisernen Maul in Würzburg ist die Antwort darauf. Aber freilich pflegen sonst die Jesuiten sanft und ohne Lärm vorzugehen. Ihr Stifter Ignatius von Loyola hat auch an die Bekämpfung des Protestantismus nicht gedacht, denn er war ein Ignorant und wußte nichts von Protestantismus, noch von der Bibel, noch von Luther. Aber als seine Jünger an die Arbeit gingen, wußten sie beim ersten Fühlerausstrecken, daß alles eine Schale ohne Kern bliebe ohne die Bekämpfung des Protestantismus. In dem Maße, als der Protestantismus obsiegte, hat die Kultur eine Blüte gewonnen, von der man bis dahin keine Ahnung hatte. Denn sie war wieder auf die Persönlichkeit gestellt, die Loyola hatte ertöten wollen. Das Höchste der Persönlichkeit ist die Wahrheit und die Freiheit. Der Jesuitismus aber ist die Lüge im Prinzip, die jede Maske anzulegen gestattet, um Seelen zu fangen, und nur die Knechtschaft der Seelen ist sein Ziel. In Frankreich haben wir gesehen, wie der Fall Dreyfuß das Gewissen der Nation weckte, und die Franzosen wurden sich bewußt, daß, wenn sie nicht die Jesuiten aus dem Lande schafften, es für immer um sie geschehen sei. Was wollen die Jesuiten bei uns in Deutschland? Alles austilgen, was wir Luther verdanken. Döllinger, der durch die Jesuiten aus seiner Kirche hinausgetrieben wurde, findet nicht Worte genug, um Luther als deutschen Geistesheros zu feiern. Luther sich wegdenken wollen, hieße all unsre Klassiker wegdenken. Herrlich steht unsre deutsche Sprache, die Luther so viel verdankt, dem glatten Jesuitenlatein gegenüber. Wir sind mit unsrer Gesittung und Kultur gebunden an ein Gemeinschaftswesen, an unsern Staat, und nur durch ihn können wir auch im Dienste der Menschheit wirken. Dem Jesuiten gilt solche Gemeinschaft nichts. Die Blüte Bayerns als Kulturstaat datiert von dem Tage, als die Jesuiten des Landes verwiesen wurden. Das ist eine unvergeßliche Großtat der Wittelsbacher. Noch stehen die Wittelsbacher Gott sei Dank am Steuer; sie haben ein Jahrhundert hindurch gezeigt, daß sie getreu der Verfassung entschlossen sind, Gewissens- und Geistesfreiheit zu schützen. Für die Erfüllung der großen Aufgaben, die dem Kulturstaat Bayern vorbehalten sind, ist Voraussetzung, daß er von dem Jesuitenjoch freikommt. Gerade der überwiegend katholische bayrische Staat sollte derjenige im Reiche sein, der uns von den Jesuiten befreit. Dem edeln greisen Wittelsbacher, der heute regiert, wird kein Katholik das Zeugnis weigern, daß er ein treuer Sohn seiner Kirche ist, auch wenn er nach Berlin hin erklärt: Ihr Protestanten in eurer Abgeschiedenheit kennt nicht die Gefahr, ich halte mich für verpflichtet, das deutsche Volk frei zu halten von dieser tödlichen Landplage. Es bedürfte nur einer kurzen Depesche, die ein Wort des Kardinals Gustav von Hohenlohe enthielte: „Gut ist es, immer unser Volk vor dieser Landplage zu hüten.“ Ein Kirchenfürst

hat dies geschrieben, der auch ein guter Bayer war. Möge man vor allem in Bayern scharf und reinlich scheiden zwischen Katholizismus und Jesuitismus. Die Jesuiten kennen nur den blinden Gehorsam gegen ihren römischen General, wir aber brauchen Staatsbürger. Es gibt kein Kompromiß. Wie haben sie aufgeräumt mit den Altkatholiken, wie mit den Reformkatholiken, die mit ihrem ganzen Herzen an ihrer Kirche hängen, und die ein unter jesuitischem Einfluß stehender Bischof Marinekatholiken schimpfte. Wer sich in irgend eine Verbindung hier einläßt, ist verloren als Deutscher und als Mensch. Es gibt nur ein Mittel: den festen Entschluß, nicht zu ruhen, bis unser Deutsches Reich wieder rein ist.

In der von dieser Versammlung an den Reichskanzler gerichteten Kundgebung wird gesagt:

Der Jesuitenorden ist so organisiert, daß den Jüngern Loyolas nach Aufhebung des § 2 Tür und Tor endgiltig geöffnet wärene Hiervon würde, wie der Würzburger Jesuitenvorstoß zur Genüge beweist, nicht nur der konfessionelle, sondern auch der bürgerliche Friede im weitesten Sinne gefährdet. Die Aufhebung des Jesuitengesetzes heißt die Waffen vor dem Ansturm des von den Jesuiten geleiteten Ultramontanismus strecken. Darum hoffen wir vom hohen Bundesrat, daß er den ganzen Ernst und die Tragweite seiner Entschließung bei dieser Frage, bei der es sich um Sein oder Nichtsein des Deutschen Reichs handelt, richtig erkenne. Von Bayern sind durch sein erhabnes Königshaus seinerzeit und bis heute die Jesuiten fern gehalten worden. Soll diese rettende Friedenstat der Wittelsbacher durch das Vorgehen Preußens zuschanden gemacht werden? Das kann und darf nicht sein.

Eine stark besuchte Protestversammlung in Hannover stimmt einer Rede des Professors Lehmann aus Marburg bei. — Eine Versammlung des konservativen Vereins für die Ries-Gegend beschließt, nur solche Kandidaten zu wählen, die gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes stimmen. — Protestversammlungen finden in Eschwege und Hofgeismar statt.

28. März. Dagegen spricht sich der Abg. de Witt aus Krefeld in Osnabrück also aus:

Wenn die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes in Aussicht gestellt ist, so ist dieses natürlich erst eine Abschlagszahlung. Wir fordern: Hinweg mit dem ganzen Gesetz, hinein damit in die juristische Rumpelkammer, wohin es gehört. Wenn wir auch zu den gegenwärtigen Machthabern das Vertrauen haben, daß sie nicht einen Kulturkampf inszenieren, wer garantiert für die Zukunft? Die politische Atmosphäre ist bereits jetzt wieder mit Kulturkampfluft gefüllt; zahlreiche Sturmvögel verkünden ihr Gekrächze, ein Sturm mit Schmähschriften sucht die Fundamente der Kirche zu unterminieren und zieht katholische Moral und Priester in den Kot. Immer lauter wird der Ruf: „Los von Rom!“ Das sind die Zeichen der Zeit, die auch dem blödesten Auge den Ernst der Situation klar machen müssen.

30. März. In Ulm findet eine große Protestversammlung statt.

31. März. In einer Versammlung von 1200 Katholiken in Rixdorf redet der Abg. Kaplan Dasbach „über die vom Evangelischen Bunde verunglimpften Jesuiten und über die kaum glaublichen Vorurteile, die beim evangelischen Volke über uns Katholiken und die Glaubenssätze der katholischen Kirche bestünden."

Es liege nicht immer böser Wille bei den Protestanten vor, wenn sie die katholischen Priester, den katholischen Glauben und Gottesdienst bekrittelten. Man müsse bedenken, daß es keinen Glaubenssatz der katholischen Kirche gebe, der nicht unglaublich entstellt worden wäre. In sehr vielen Fällen liege eben bodenlose Dummheit vor, begründet durch völlige Unkenntnis in katholischen Dingen. Man brauche also nicht gleich alles so schlimm zu nehmen. Die Beschließung des Jesuitengesetzes im Jahre 1872 sei ein unerhörtes Verfahren gewesen und sicher kein Ruhmesblatt in der deutschen Geschichte. So wie in diesem Falle die Jesuiten summarisch und ohne Beweisführung abgetan worden seien, so mache man es überall; man erhebe schwere Anschuldigungen, ohne den Beweis zu erbringen. Man sage und schreibe heute noch, die Jesuiten lehrten den Grundsatz, der Zweck heiligt die Mittel, obwohl der Jesuitenpater Roh schon vor Jahren dem 1000 Gulden versprochen habe, der eine solche Stelle aus Jesuitenschriften nachzuweisen vermöge. Redner habe selbst diese Summe auf 2000 Gulden erhöht und tue dies auch heute wieder; sicher aber wieder vergeblich. Das Märchen werde weiter die Runde machen, weil es sehr geeignet sei, das evangelische Volk vor den Jesuiten graulich zu machen. Man sollte so etwas in dem intelligenten Deutschland kaum für möglich halten. Es werde gegen die Jesuiten entsetzlich viel gelogen; kein Verbrechen gebe es, das sie nicht begangen oder wenigstens angezettelt hätten. Es sehe beinahe so aus, als ob die Spree von Blut rot gefärbt würde, wenn das Unerhörte geschähe, wenn 500 Jesuiten wieder ihre frühere Tätigkeit in Deutschland aufnähmen.

In der von der Versammlung beschlossenen, an den Bundesrat gerichteten Eingabe heißt es:

Die Rixdorfer katholische Einwohnerschaft erwartet vom Bundesrat, daß er Gerechtigkeit übe, daß er das der Siedehitze des Kulturkampfes entsprungne Ausnahmegesetz baldigst aufhebe, damit die Jesuiten auch in Deutschland wieder wie ehedem als Volksmissionare und Erzieher der Jugend ihre segensreiche Tätigkeit aufnehmen können. Kirche und Staat haben angesichts des sich in allen Gesellschaftsschichten stetig mehrenden Unglaubens ein großes Interesse daran, daß in dieser ernsten Zeit auch die Jesuiten im Deutschen Reiche Gottesfurcht, Liebe zum Nebenmenschen und Gehorsam gegen jede von Gott gesetzte Autorität predigen. . . . Wer die Jesuiten kennt, der weiß, daß dies eine der ersten und besten Aufgaben dieses Ordens ist. (Germania.)

Eine von 1000 Personen besuchte Versammlung in Nürnberg beschließt nach einer Rede des Grafen von Hoensbroech:

In Erkenntnis, daß der Ultramontanismus die schwerste Gefahr für das nationale Leben in Deutschland ist, fordert die Versammlung die deutsche Reichsregierung und alle nationalen Kreise auf, mit aller Kraft dieser Gefahr entgegenzutreten. Die Versammlung erblickt im Ultramontanismus den Feind jeder Kultur und der politischen und wirtschaftlichen Größe Deutschlands.

Protestversammlungen in Annaberg, Odenkirchen, Burg, Elberfeld.

1. April. Die Zeitschrift „Christliche Welt" spricht sich also aus:

Hören wir auf, in Jesuitenpetitionen einen wohlfeilen und scheinenden Eifer zu entwickeln, die Zeit dafür ist vorüber. Bilden wir uns überhaupt nicht ein, mit Polemisieren, Petieren und Agitieren gegen Rom und römisches Wesen viel zu erreichen. Die einzig handgreifliche Art des Kampfes gegen Rom ist doch die innere Stärkung der evangelischen Kirchen und der evangelischen Ueberzeugung ihrer einzelnen Glieder.

In einer Protestversammlung zu Heilbronn schildert Professor Lechler die Versuche, die bald nach dem Zustandekommen des Jesuitengesetzes gemacht wurden, es wieder aufzuheben; dazu gehöre namentlich die Zulassung der Redemptoristen, die den Jesuiten gleichen wie ein Ei dem andern. Es sei zu beklagen, daß nicht im Reichstag einmal gesprochen werde: Bis hierher und nicht weiter. Bei dem Plan des Reichskanzlers sei vor allem die Begründung merkwürdig. Weniger als je sei die Aufhebung des § 2 angezeigt. Der Orden sei und bleibe ein Fremdkörper in jedem gesunden Organismus. Man sage: Warum sollen wir denn Angst haben vor der Handvoll Jesuiten? Nicht vor den Personen habe man Angst, sondern vor dem Geist der Unwahrheit und Gewissenstyrannei. Von den katholischen Mitgliedern des Frankfurter Parlaments haben mehrere ausgesprochen, wenn der Vorschlag gemacht würde, die Jesuiten einzuführen, so müßten sie im Interesse der katholischen Kirche Einsprache erheben. Noch schärfer habe sich im Jahre 1870 eine Versamnlung von 8000 Katholiken in München ausgesprochen, und bekannt sei das Wort Kaiser Wilhelms des Ersten, daß ihm im Kampf gegen diese Gesellschaft die Führung obliege. An das möge unsre Regierung denken. Dekan Hermann schließt die Versammlung mit den Worten: Man möchte bedenken, was es unsre Väter gekostet habe, das religiöse Gut zu erwerben und die Einheit des Reichs zu begründen; wir wären diese Güter nicht wert, wenn wir leichten Herzens dem Feinde des Reichs, dem Unterdrücker aller religiösen Freiheit, die Pforten öffnen würden.

2. April. Die „Nat.-Lib. Korr." schreibt: „In Bundesratskreisen nimmt man an, die Entscheidung über die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes werde einstweilen ausgesetzt bleiben." In derselben Angelegenheit läßt sich der „Hamb. Korr." aus Südwestdeutschland schreiben:

Als Graf Bülow im Reichstag die Erklärung abgab, die preußischen Stimmen im Bundesrat würden für Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes instruiert werden, tat er dies mit dem Hinweis auf das gegenwärtige

friedliche Verhältnis unter den Konfessionen. Wir wollen nicht untersuchen, ob der Reichskanzler auch jetzt noch, wo der Fall Korum in Trier hinter uns liegt und der Ultramontanismus über den Grafen Crailsheim in Bayern gesiegt hat, mit den gleichen Gründen für die gleiche Sache eintreten würde. Jedenfalls haben beide Vorgänge ganz wesentlich dazu beigetragen, in sehr weiten Volkskreisen ohne Unterschied der Konfession die Erregung gegen die Zustimmung des Bundesrats zum Reichstagsbeschluß auf Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu wecken oder doch zu verstärken. Auch bei vielen Regierungen der Einzelstaaten sind die Vorgänge in Trier wie in München nicht ohne Eindruck geblieben und haben jedenfalls die ohnehin schwache Neigung, sich in dieser Sache auf die Seite Preußens zu stellen, noch weiter abgekühlt. Nach guten Informationen ist es nicht wahrscheinlich, daß die badischen und hessischen Stimmen im Bundesrat, die zur Herstellung einer auch nur schwachen Mehrheit nötig wären, für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes abgegeben werden.

10. April. Graf Hoensbroech nimmt obige Aufforderung des Kaplans Dasbach an, den Nachweis zu erbringen, daß der Grundsatz, der Zweck heiligt das Mittel, sich in jesuitischen Schriften finde. Dasbach geht jedoch auf die vom Grafen aufgestellten Bedingungen nicht ein.

23. April. Hofprediger a. D. Stöcker spricht im „Volk" dem vielerwähnten § 2 jede praktische Bedeutung ab.

27. April. In Berlin findet eine große Protestversammlung statt, in der Professor Achelis aus Marburg einen Vortrag hält. Er sucht in einer Schilderung der jesuitischen Grundsätze zu zeigen, daß vom Jesuitismus ein Strom von Gift in das deutsche Volk fließt. „Da gilt es, jeder Abbröcklung des Jesuitengesetzes entgegenzutreten. Den § 2 aufheben hieße, zu sagen: Fremde Jesuiten, kommt herein, einheimische Jesuiten, entwickelt euch! Wir bestehn auf dem § 2, der ein warnender Finger für den Jesuitismus sein soll: Quos ego!"

28. April. Die „Preußische Korrespondenz" behauptet, der Reichskanzler verzichte darauf, „es sich ausdrücklich bestätigen zu lassen, daß die Bundesstaaten für das von ihm dem Zentrum gegenüber in Aussicht genommene Entgegenkommen einstweilen nicht zu haben sind."

Anfang Mai. Die hessen-darmstädtische Regierung beauftragt ihren Vertreter im Bundesrat, gegen die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zu stimmen.

Anfang Juni. Die „Münchner Neuest. Nachr." stellen fest, der neue bayrische Ministerpräsident von Podewils habe geäußert: Es sei zur Genüge bekannt, daß Bayern von Anfang an dem Antrage auf Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zugestimmt habe. Bayern habe sich hierbei naturgemäß in erster Linie von seinen eignen Erwägungsgründen und Interessen leiten lassen, wobei es,

wie überhaupt, so auch in dieser Angelegenheit nur willkommen sein konnte, sich im Einklang mit der Präsidialmacht Preußen zu wissen.

9. Juni. Die Kreissynode Gnesen spricht sich gegen die Aufhebung des § 2 aus, „damit nicht in unser von politischen und konfessionellen Kämpfen ohnehin so zerrissenes Volk, zumal in unsre von nationalen Gegensätzen so schwer gefährdete Ostmark, durch das Eindringen dieser geschwornen Feinde der evangelischen Kirche und des Deutschen Reiches, dieser von der Geschichte gebrandmarkten Störer des konfessionellen Friedens und der Einigkeit der Völker ein neues Moment des Hadern und Zwistes eingeführt werde."

V.

Papstfeier.

1. März. In einer Reihe von Städten und andern Ortschaften wird von katholischer Seite das 25jährige Jubiläum des Papstes gefeiert. (Leo der Dreizehnte wurde am 20. Februar 1878 zum Papste erwählt, und am 3. März nahm er den päpstlichen Sitz ein. Am 2. März d. J. feiert er die Vollendnng seines 93. Lebensjahres. Von allen Päpsten hat er nächst Gregor dem Neunten, der 99 Jahre alt wurde, das höchste Alter erreicht.)

Im Odeon zu München findet, unter sehr großer Beteiligung aus allen Kreisen der Bevölkerung, eine Feier statt. Der Prinzregent und alle übrigen bayrischen Prinzen sind anwesend. Nach einer an den Regenten gerichteten Huldigungsansprache hält der Reichsrat Dr. Freiherr v. Hertling die Festrede.

Er beginnt mit einem Hinweis darauf, daß unsrer Zeit, die alle Fortschritte des menschlichen Wissens und Könnens nur in Mittel zur schönern und genußreichern Gestaltung des Lebens umsetze, anscheinend jede Erhebung in ein ideales Bereich entschwunden sei. Und doch zeuge die heutige glänzende Versammlung, die viele Vorgängerinnen in den vergangnen Wochen gehabe habe, dafür, daß der Gegenwart der Sinn für höhere geistige Faktoren nicht verloren gegangen sei; denn das Papsttum sei eine rein moralische Macht wie die Kirche, deren Grundstein und Mittelpunkt es sei. Es habe eine Zeit gegeben, da ein Hohenstaufe dem Papste den Steigbügel hielt, eine Zeit, da ein Papst Julius mit gepanzerter Faust zu Felde zog. Diese Tage seien geschwunden, und man weine ihnen nicht nach. Das zu Ende gehende Jahrhundert habe dem Papsttum die weltliche Herrschaft genommen. Rom, die uralte Hauptstadt des christlichen Reichs, sei die Hauptstadt des modernen nationalen Staates geworden. Die enge Nachbarschaft beider Gewalten führe mannigfache schmerzliche Reibungen mit sich. Man wisse nicht, was die Vorsehung beschlossen habe, wie lange der in sich unhaltbare Zustand dauern werde; aber das wisse man, daß der Verlust der weltlichen Herrschaft dem Papste nichts von der Anhänglichkeit, Liebe und Verehrung seiner Gläubigen genommen habe. Auf den Trümmern seiner weltlichen Herr-

schaft stehe das Papsttum in seiner moralischen Würde so groß da wie je zuvor. Auch wer nicht in dem Papsttum eine rein religiöse Institution verehre, feiere mit den Katholiken diesen Sieg des Rein-Idealen.

VI.

Polnische Bewegung.

30. Januar. Der in Kattowitz erscheinende „Górnoślązak" macht über „nationale Pflichten" der Polen folgende Ausführungen:

Unsre nationale Bewegung gewinnt in Oberschlesien immer mehr Anhänger. Die Losung, die wir auf unsre Fahne geschrieben haben, ist ohne Zweifel aus dem Herzen des Volkes hervorgegangen. Es hat nur eines Funkens bedurft, um das große Feuer nationaler Begeisterung bei dem schlesischen Volke anzufachen. Das Volk schart sich um uns, es eilt zu den Volksversammlungen, überall entfacht sich eine leidenschaftliche Diskussion unter dem Volke über die wichtigste Lebensfrage der polnischen Nation. Ohne Erfolg bleiben die Anstrengungen jener, die, selbst ohne Glauben in der Brust, unserm Volke nicht glauben. Vielleicht überzeugt mit der Zeit das Volk selbst durch seine Taten jene Ungläubigen und führt sie auf die Bahnen nationaler Politik. Gegenstandslos bleiben die Verfolgungen der hakatistischen Arbeitgeber, die unsre Anhänger wegen ihrer Zugehörigkeit zu der politischen Organisation um das Brot bringen. Ohne Erfolg bleibt das Donnern und Fluchen der Geistlichen-Germanisatoren, die aus Liebe zur preußischen Regierung und zum „Vaterland" unsre nationale Bewegung gern eindämmen möchten. — Die Arbeit hat begonnen und treibt vorwärts, wie ein Riesenblock, der vom Hochgebirge niedergeht und alles mit sich reißt, was sich ihm in den Weg stellt. Damit nun dieser Block alles mit umfaßt, was ein polnisches Herz trägt, und damit er es hinführt zur Zeit der nächsten Wahlen in das einzige polnische Meer, das die polnische Nation ist, damit vor allem durch die Wahl polnischer Abgeordneten die nationale Einheit mit ganz Polen bewiesen wird, deshalb liegen jedem Nationalpolen schwere Verpflichtungen ob. Jeder, der unsre Zuversicht teilt, darf nicht ruhig sitzen bleiben, darf nicht bloß die Versammlungen besuchen und dort applaudieren. Jeder Nationale hat die heilige Pflicht, auf jedem Schritt seine Nationalität zu bekunden. Wir wollen nicht von neuem ausführen, was jeder Pole zu tun hat in seinem Hause für die nationale Sache. Aber von der Erfüllung der öffentlichen Pflichten müssen wir schreiben ohne Unterlaß. Es ist notwendig, immer daran zu denken, daß das Jahr 1903 eine unerhörte Bedeutung haben wird in der Geschichte der Polen in Schlesien. Deshalb muß jeder Nationale bei jeder sich darbietenden Gelegenheit seine unwissenden Mitbrüder aufklären. Mit feurigen Worten soll er zu ihnen sprechen, um in ihnen den Funken der Vaterlandsliebe zu entzünden. Vor keiner Einwendung, vor keiner Widerrede dürfen wir zurückschrecken. Nur durch Ausdauer läßt sich die Freiheit erringen.

31. Januar. Der Selbstmord des Landrats v. Willich in Birnbaum erregt das größte Aufsehen und wird in einem Teile der Presse mit politischen Verhältnissen in Verbindung gebracht.

1. Februar. Der „Hamburgische Korrespondent" spricht sich darüber also aus:

Es ist der Haß einer Agrarierclique gewesen und gelinde gesagt der Mangel einer Deckung durch seine Vorgesetzten, die die Verzweiflungstat des Landrats des Kreises Birnbaum verschuldet haben. v. Willich war es, der seiner Pflicht gemäß als Mitglied der Landwirtschaftskammer in dieser Behörde auf die seltsamen Manipulationen hingewiesen hat, die Major a. D. Endell sich mit der Kasse erlaubt hatte. Seitdem wurde er durch die Anhänger dieses Führers vom Bunde der Landwirte verfemt und geächtet. Man mied ihn gesellschaftlich, man boykottierte ihn bei öffentlichen Gelegenheiten, man drohte ihm mit einem Skandal bei der Feier von Kaisers Geburtstag, man denunzierte ihn beim Ehrenrat, jedes Mittel war recht, um den Landrat in seinem Kreise zu verderben. Hat er mit seinem Hinweis auf die eigenartigen Geldgeschäfte, die Herr Endell mit der Kasse der Landwirtschaftskammer getrieben hat, Unrecht gehabt? Es ist zwar bekannt geworden, daß durch Eingreifen des Oberpräsidenten v. Bitter ein Vertrauensvotum für Endell zustandegekommen ist. Aber Endell hat, trotz aller Ankündigungen, seine Ankläger nicht vor Gericht zur Verantwortung gezogen. Und der Spruch des Ehrengerichts war für Endell vernichtend. v. Willich wollte gehn; der Reichskanzler hat ihm einen ehrenvollen Posten im auswärtigen Dienste zugesagt. Aber v. Willich wollte nicht aus seinem Amte fliehn. Da traf ihn die unbegreifliche Weisung, er solle darauf verzichten, den ihm zustehenden Vorsitz beim Festmahle des Kreises zu Kaisers Geburtstag zu führen, da eine Anzahl landbündlerischer Gutsbesitzer mit einem Eklat gedroht hätten. Das ertrug der schwer gereizte und überreizte Mann nicht mehr; er machte seinem Leben ein Ende.

2. Februar. Major a. D. Endell spricht sich in der „Deutschen Tages-Ztg." also aus:

Trotz der unglaublichsten und lügenhaftesten Angriffe, die gegen mich gerichtet werden, stehe ich auch heute noch auf dem Standpunkte, daß das tragische Ende des Herrn v. Willich mir Schweigen auferlegt. Ich kann aber mit gutem Gewissen erklären, daß ich mir Herrn v. Willich gegenüber nichts, nicht das Geringste vorzuwerfen habe. Es ist nicht wahr, daß der Bund der Landwirte oder irgendein Mitglied desselben oder ein Agrarier Herrn v. Willich verfolgt oder angegriffen haben soll. Der Bund der Landwirte hat hier in der Provinz stets und überall Frieden gehalten.

3. Februar. Die „National-Ztg." äußert sich wie folgt:

Die Zustände, die durch den freiwilligen Tod des Landrats v. Willich so grell beleuchtet worden, erregen in ganz Deutschland wachsendes Aufsehen; auch in Bevölkerungskreisen, in denen man sich bisher gegen die Erkenntnis gesträubt hat, daß von der agrarischen, angeblich nur wirtschaftliche Ziele verfolgenden Agitation die Wiederherstellung einer Junkerherrschaft in Staat und Gesellschaft droht, verhehlt man sich, wie aus den Erörterungen der Presse zu ersehen ist, nicht mehr, daß aus der Provinz Posen in dieser Beziehung ein schrilles Warnungssignal laut geworden. Dort hat ein extremstes Agrariertum, das zugleich alle Anzeichen gesellschaftlicher Ueberhebung aufweist, in einem Landesteil, in dem die Verteidigung des Deutschtums gegen die Polen das Zusammenwirken aller Deutschen erfordert, seit Jahren alle selbständig denkenden, gebildeten, von dieser Koterie wirtschaftlich unabhängigen Leute vor den Kopf gestoßen. Der Kampf hat sich schließlich um den Major a. D. Endell nur darum konzentriert,

weil seine Gesinnungsgenossen ihn, mit dem weite Kreise nichts zu schaffen haben wollen, den Deutschen der Provinz als einen Führer des öffentlichen Lebens aufzwingen wollen, die Gegner der Endell-Partei hierin aber mit Recht eine demütigende Zumutung erblicken.

13. Februar. In der diesjährigen Hauptversammlung des „Deutschen Ostmarkenvereins" hält der Vorsitzende, Gesandter a. D. Raschdau, eine Rede, in der er sagt:

Man wird sich wohl auch dazu entschließen müssen, einen Zwang für die deutsche Sprache für alle öffentlichen Versammlungen vorzuschreiben. Auch dem katholischen Klerus gegenüber muß man ein andres Verfahren einschlagen. Man sollte doch endlich einmal überzeugt sein, daß es uns ferne liegt, konfessionelle Störungen zu betreiben. Wir können unsre intimsten Akten mit gutem Gewissen dem treuesten Sohne der katholischen Kirche zur Verfügung stellen. Auch unsre Regierung ist frei von solchem Verdachte; ja, wäre je eine Regierung freier davon gewesen, als gerade die heutige? Um so mehr und eher müßte sie aber gegen Mißbräuche einschreiten. Hat man vielleicht den Unfug abgestellt, daß in den deutschen Kirchen des Ostens der Sieg des Polentums über den Deutschen Orden gefeiert werden konnte? (S. Bd. 2 von 1902, S. 54.) Nein! Man ließ es geschehn, daß der Tag gefeiert wurde, an dem die deutsche Kultur von sarmatischen Rossen zertreten worden ist! Und erinnern wir uns auf der andern Seite der bekannten Verweigerung des Gotteshauses für die Kaiser-Geburtstagsfeier einer Militärgemeinde! Erinnern wir uns daran, wie der Propst von Wreschen, der eigentliche Schuldige der Krawalle, mit einer fetten Pfründe, wenn auch einer privaten, belohnt worden ist; während jener katholische Geistliche bei der Reichstagswahl in Meseritz-Bomst, der auf die deutsche Seite trat, mit dem bischöflichen Bannstrahl bestraft wurde. Da müssen wir doch sagen: Mit bloßen Liebenswürdigkeiten und Augenzudrücken ist nicht weiterzukommen.

18. Februar. Zur innern Lage heißt es in der „Nat.-Ztg." weiter:

Die Entlassung des Oberpräsidenten von Bitter ist nach den vielerörterten Posener Vorgängen eine, wie wir annehmen, von dem Reichskanzler herbeigeführte Genugtuung für die von den Endellianern terrorisierten Bevölkerungskreise der Provinz Posen und für die öffentliche Meinung im allgemeinen. Aber wenn sie nicht als ein politisch unfruchtbarer Tageseindruck verfliegen soll, so muß die Wirksamkeit des neuen Oberpräsidenten ermöglichen, daß in der Provinz demnächst die Folgerungen der in Berlin von dem Grafen Bülow proklamierten Politik einmütigen Handelns der Deutschen dem Polentum gegenüber gezogen werden, ohne das weder Geldaufwendungen noch sonstige Maßnahmen etwas helfen werden.

24. Februar. Die „Schlesische Ztg." in Breslau entwirft ein Bild von der polnischen Gefahr in Oberschlesien. Darin wird u. a. aufmerksam gemacht auf eine Zweigniederlassung des katholischen Salesianerordens, die sich nahe der oberschlesischen Grenze in Auschwitz (Oswiecim) befinde, und die eine Pflanzstätte für künftige Geistliche ist, deren Aufgabe die weitere Polonisierung Oberschlesiens sein solle. Das Blatt bringt darüber nähere Mitteilungen. 150 Knaben würden dort in rein polnischem Sinne eingedrillt. „Zurzeit walten dort sechs Priester, vier Brüder und vier Hand-

werksmeister ihres Amts, auch die letztern unterweisen die Zöglinge; denn es handelt sich nicht nur um eine Gewinnung geistiger Kräfte für den Polonismus, sondern zugleich um die Heranbildung von Handwerkern, die ausschließlich mit polnischem Geiste getränkt sind."

7. März. Die Ortsgruppe Beuthen O.-S. des Deutschen Ostmarkenvereins läßt dem Reichskanzler eine Denkschrift mit folgendem Schreiben zugehen:

Ew. Exzellenz nahen sich in tiefer Sorge um die Zukunft unsers Oberschlesiens deutsche Männer aller Berufsklassen mit der Bitte, dem Deutschtum in Oberschlesien in seiner Bedrängnis durch die immer mächtigere und unaufhaltsame großpolnische Bewegung tatkräftige Unterstützung zuteil werden zu lassen. Gegenüber offiziösen Aeußerungen der letzten Zeit, daß in Oberschlesien von einem eingewurzelten Großpolentum nicht im geringsten die Rede sein könne, unterbreiten Ew. Exzellenz wir Tatsachen, die beweisen, wie weit hier bereits durch Gehenlassen oder nur schwache Abwehr unser Deutschtum in schwere Gefahr geraten ist, und mit welcher Energie die Großpolen stetig vordringen. Die inliegende Denkschrift verbreitet sich über die agitatorische Haltung der zahlreichen polnischen Zeitungen, ihren Kampf gegen alles deutsche Wesen, gegen Schule und Kirche, ferner über den innigen Zusammenhang der oberschlesischen polnischen Propaganda mit der Westpreußens, Posens und des Auslandes, insbesondre Galiziens. Sie gibt einen Ueberblick über die Tätigkeit der Volksbanken und über das sonstige Genossenschaftswesen und schildert die überaus rege Arbeit nationalpolnischer Vereine. Gegen diese Mächte erreichen die bescheidnen Mittel, die dem Deutschtum im Streite gegen die unter dem Schutze unsrer Gesetze rastlos fortschreitende polnische Propaganda zu Gebote stehn, nichts, und alle deutschen Herzen verhehlen sich nicht, daß nur noch außerordentliche Maßnahmen und energische Wahrung deutscher Interessen durch Gesetzgebung und materielle Unterstützung die Polonisierung Oberschlesiens, die sonst in absehbarer Zeit eintritt, aufzuhalten vermögen.

In einer Versammlung der schlesischen Ortsgruppen des Ostmarkenvereins führt v. Tiedemann aus Seeheim aus:

In Oberschlesien habe man jetzt mit einem akuten Kampfe mit dem Polentum zu rechnen. Auch das übrige Schlesien habe unausgesetzt sich mit der Gefahr ernstlich zu beschäftigen, denn auf drei Seiten sei es von Polen umgeben. In allen Provinzen des Reiches mache das Polentum Vorstöße. Es sei ein Völkerringen, das nur dann von deutscher Seite siegreich zu bestehen sei, wenn das Volk den Mut habe, den Kampf mit Energie aufzunehmen. „Wir dürfen die Zuversicht haben, daß die Staatsregierung sich der Gefahr vollständig und nach jeder Richtung hin bewußt ist."

15. März. Die „Schlesische Volks-Ztg." (Zentrum) in Breslau wendet sich gegen obige Nachricht bezüglich der Salesianer und sagt: „Der Kampf gegen die Polen richtet sich sogar gegen die charitativen Anstalten." Jene Angaben seien unrichtig und tendenziös. Der Zweck jenes Ordens sei die Aufnahme armer und verlassener Kinder, und kaum habe sich eine derartige Anstalt einer so allgemeinen Wertschätzung zu erfreuen gehabt wie diese.

In Posen wird von Oesterreich aus folgender Aufruf verbreitet:

An die Brüder jenseits der Grenze! Die Brüderschaft aller Parteien ist eines der Ideale der freien polnischen Jugend, des Kampfes um die Selbständigkeit Polens. Unsre Pflicht ist es, dieses vornehmste Ideal in der Praxis des alltäglichen Lebens einzubürgern. Deshalb fordre ich euch auf, Brüder Handwerker, diese Tugend zu üben. Unter uns sollten die Parteiunterschiede schwinden, wir müssen, ob hoch oder gering, einen Körper bilden. Die Pflicht der kulturell höher stehenden Brüder ist es, die jüngern Brüder zu belehren und in ihnen das nationale Selbstbewußtsein zu kräftigen. Sowohl die Jugend der Handwerkerkreise, die Arbeiter, wie die Gymnasiasten und Studenten müßten von den gleichen Gedanken, den gleichen Idealen beseelt sein und einem Ziele, der Wiederherstellung Polens entgegenarbeiten. Namentlich ihr Brüder jenseits der Grenze könntet in dieser Beziehung durch legale Mittel mehr erreichen, als wir durch ungesetzliche, die wir unter der russischen Knute arbeiten müssen. Eure Arbeit ist die Erweckung des nationalen Geistes, die Aufklärung des Volkes und die Bekämpfung der loyalen Strömungen in der polnischen Gesamtheit.

24. März. In der Provinzialversammlung des Bundes der Landwirte zu Posen sucht Major Endell sich wieder zu verteidigen gegen die nach dem Selbstmorde des Landrats v. Willich mehrfach öffentlich vernommne Behauptung, er habe im Posenschen unter den Deutschen im polnischen Sinne gewirkt (s. 18. Februar). Die Versammlung erklärt hierauf Endells Verhalten für ein nach jeder Richtung hin loyales.

Ende März. Die Zeitschrift „Przyjaciel Dzieci“ (Jugendfreund) in Warschau richtet sich an die Kinder aller Polen und sagt:

Geliebte polnische Kinder! Euer Freund nennt euch polnische Kinder! Wundert ihr euch nicht? Die Kinder, deren Eltern Deutsche sind und deutsch beten gelernt haben, können nicht als polnische Kinder bezeichnet werden. An was aber muß jedes polnische Kind denken? Daran, daß es polnisch bleiben muß, selbst wenn man es schlagen und henkermäßig bearbeiten sollte, und selbst wenn man ihm die polnische Zunge herausreißt. Und was hat das Kind zu tun, um polnisch zu bleiben? Es muß Polnisch lesen und schreiben, polnischen Katechismus, polnische Lieder, polnische Geschichte lernen. Wenn das Kind das alles fleißig betreibt, wird es ihm auch leichter sein, das Polentum zu lieben, d. h. alles das, was polnisch ist. Was würde aber geschehn, wenn das Kind nicht polnisch bleiben sollte? Es würde schlimmer daran sein, wie das dumme Vieh, denn dieses verleugnet seine Herkunft nicht. ... Betet auch: „Herr, erlöse unsre polnische Nation von all dem Bösen!“

12. Mai. Die „Ostmark“ in Berlin macht Mitteilungen über den Plan der Organisierung eines künftigen Polenaufruhrs.

VII.

Sozialdemokratische Partei.

6. Januar. Sechshundert Arbeiter der Maschinenbau-Aktiengesellschaft „Vulkan“ in Stettin erklären, daß sie mit der Unter-

schriftensammlung zu dem Ergebenheitstelegramm an den Kaiser anläßlich dessen Breslauer Rede nicht einverstanden seien (s. Bd. 2 von 1902, S. 87). Das Telegramm sei Mache und bezwecke, den Kaiser über die wahre Gesinnung der Arbeiterschaft des „Vulkan" zu täuschen. Die Arbeiter seien vielfach nur, um keinen wirtschaftlichen Schaden zu erleiden, zur Unterschrift veranlaßt worden.

12. Januar. Fünfzehn Arbeiter des „Vulkan" erklären dagegen, daß die in obiger Erklärung vom 6. d. M. aufgestellten Behauptungen unwahr seien. Die 4147 Unterschriften der Adresse seien nur durch die 15 Unterzeichner und durch Erklärung und durch Mitarbeiter gesammelt worden. Es habe kein Beamter oder Meister des „Vulkans" dabei mitgewirkt. Alle Unterzeichner der Adresse hätten ihre Unterschrift freiwillig gegeben und seien dazu von den Beamten oder Meistern des „Vulkans" weder gezwungen noch durch Drohungen beeinflußt worden. Von den 6516 Arbeitern der Fabrik hätten sich demnach 2369 von vornherein ausgeschlossen.

Mitte März. In einer in Berlin erschienenen Schrift „Sozialistenspiegel" wird ausgeführt:

Auf seiten der bürgerlichen Parteien wird mitunter es so dargestellt, als ob die Sozialdemokratie in einem Mauserungsprozeß begriffen sei, der der Entwicklung zu einer radikalen Arbeiterpartei auf der Grundlage der heutigen Staats- und Gesellschaftsordnung gleichkomme. Das ist eine vollständige Täuschung. Zunächst halten die maßgebenden Führer in aller und jeder Beziehung dasjenige aufrecht, was sie bisher vertreten haben sowohl in bezug auf die Endziele der Sozialdemokratie als auch in bezug auf die Mittel zur Erreichung dieser Ziele. Die Eroberung der politischen Macht zur Vernichtung des Privateigentums und der Privatbetriebe wird in aller Schärfe aufrecht erhalten. Die Revolution als Mittel hierzu wird in keiner Weise verworfen, sondern nur für entbehrlich erklärt, wenn man auf anderm Wege das gemeinsame Ziel erreichen könne. Der Gegensatz zu den bürgerlichen Parteien hat sich in der Sozialdemokratie eher verschärft als gemildert.

Anfang April. Im Gegensatz zu dem sozialistischen Schriftsteller Marx, der in seinem Kommunistischen Manifest einst behauptet hatte, daß das Ergebnis der modernen Entwicklung die Auflösung der heutigen Familienform sein werde, führt der Schriftsteller Bernstein in den „Sozialistischen Monatsheften," dem Organ der Reformer, aus:

Tatsächlich hat die moderne Entwicklung die überkommne Familienform in der Arbeiterklasse nicht seltener, sondern häufiger gemacht, die Familienbildung in der Arbeiterklasse verallgemeinert. Es kommen heute mehr Mitglieder der Arbeiterklasse dazu, einen eignen Hausstand zu errichten, als in der vorkapitalistischen Epoche. In der letztern blieb der gewerbliche Arbeiter meist ledig, bis er es zur Selbständigkeit im Gewerbe gebracht hatte, und der Bauernknecht bleibt selbst heute noch vielfach sein Leben lang unverheiratet. Der gewerbliche Arbeiter unsrer Tage aber, der als Produzent nur

ausnahmsweise noch mit der Möglichkeit einer Selbständigmachung rechnet, ist dagegen als Konsument durchaus Selbstwirtschafter geworden und heiratet daher in relativ größerer Zahl und früher, als der einstige Handwerksangehörige. Das ist eine sehr wichtige Tatsache, die der ganzen modernen Arbeiterbewegung ihren eignen Charakter aufprägt und auf viele Beziehungen unsers sozialen Lebens rückwirkend sich geltend macht.

Bernstein kommt zu dem Schluß: „Das Ehe- und Familienleben der Arbeiterklasse verbürgerlicht sich zusehends."

26. April. Die Vertreter der preußischen sozialdemokratischen Wahlvereine beschließen in einer Generalversammlung zu Berlin hinsichtlich der bei den bevorstehenden Landtagswahlen einzuschlagenden Taktik folgendes:

1. In den deutschen Staaten, in denen das Dreiklassenwahlsystem besteht, sind die Parteigenossen verpflichtet, mit eignen Wahlmännern in die Wahlagitation einzutreten. Für die Landtagswahlen in Preußen bildet der Parteivorstand das Zentralwahlkomitee. Ohne dessen Zustimmung dürfen die Parteigenossen in den einzelnen Wahlkreisen keine Abmachungen mit bürgerlichen Parteien treffen. 2. Da bei der Teilnahme an den preußischen Landtagswahlen wie an allen Parlamentswahlen für die Sozialdemokratie in erster Linie die Entfaltung der Agitation zur Aufklärung der Massen steht, muß ohne Rücksicht auf etwaige materielle Erfolge überall dort in die Wahl eingetreten werden, wo überhaupt die Aufstellung sozialdemokratischer Wahlmannskandidaten möglich ist. Das gilt im besondern auch für einzelne vorgeschrittnere Orte solcher Wahlkreise, in denen im allgemeinen an die Aufstellung sozialdemokratischer Mahlmänner nicht gedacht werden kann. 3. Kommt es bei den Urwahlen zur Stichwahl, in der nach Ausfall der Sozialdemokraten liberale Kandidaten solchen andrer Parteien gegenüberstehn, so wird im allgemeinen für die liberalen Kandidaten zu stimmen sein. 4. Die Entscheidung über die Stellungnahme der sozialdemokratischen Wahlmänner bei der Abgeordnetenwahl ist nach Feststellung des Ergebnisses der Urwahlen durch das Zentralwahlkomitee im Einvernehmen mit den in Frage kommenden Wahlkreiskomitees zu treffen. In Wahlkreisen, in denen ein sozialdemokratischer Abgeordneten-Kandidat aufgestellt wird, ist zu fordern, daß derselbe an erster Stelle gewählt wird. Wird diese Forderung nicht erfüllt, so haben die sozialdemokratischen Wahlmänner in allen Wahlgängen nur für den sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen, und bei etwaigen Stichwahlen ist Stimmenthaltung zu üben. 5. Zur Vorbereitung der Wahlen ist sofort mit der Feststellung zu beginnen, an welchen Orten und in welchen Urwahlbezirken sozialdemokratische Wahlmannskandidaten aufgestellt werden können. Ferner ist von den sozialdemokratischen Gemeindevertretern überall darauf zu bringen, daß die Urwahlbezirkseinteilung möglichst bald veröffentlicht wird. Und daß die Gemeindeverwaltungsbehörden die Stunde des Beginns der Urwahlen auf den späten Nachmittag oder den Abend verlegen. 6. Das Zentralwahlkomitee hat für das rechtzeitige Erscheinen einer billigen gedruckten Zusammenstellung der Wahlvorschriften Sorge zu tragen.

VIII.

Anarchisten.

1. März. In Berlin erscheint die erste Nummer eines großen Blattes namens „Der Anarchist," das an der Spitze die Mottos trägt: „Weder Gott noch Herr! Weder Autorität noch Majorität." — „Anarchie ist Ordnung, Freiheit und Wohlstand für alle." — „Weder Monarchie noch Volksstaat! Weder Privateigentum noch Lohnsystem". Im Programm des Blattes heißt es:

„Der Anarchist" wird unablässig bemüht sein, die Genossen für eine auf föderativer Grundlage beruhende Organisation zu gewinnen, da nach der festen Ueberzeugung seiner Herausgeber ohne eine solche Organisation die anarchistische Bewegung Deutschlands keine Gesundung und keinen weitern Fortschritt erwarten darf. Er wird weiter bestrebt sein, an seinem Teile dazu beizutragen, daß eine sozialrevolutionäre Gewerkschaftsbewegung und mit ihr die Propaganda für den Generalstreik auch in Deutschland angebahnt wird.

Ferner bringt das Blatt u. a. einen Artikel über Reinsdorf, der gelegentlich der Enthüllung des Niederwald-Denkmals am 28. September 1883 einen Mordanfall auf Kaiser Wilhelm den Ersten vorbereitete. Ueber ihn wird gesagt: „Das Grab auf dem Zuchthausfriedhofe in Halle, das die Ueberreste unsers unvergeßlichen Kameraden birgt, wird längst verfallen und unkenntlich gemacht worden sein. Was tut es? In den Herzen aller derer, die wie er den Ehrennamen Anarchist tragen, ist ihm ein Gedenkstein für immer errichtet."

Im Mai. Der Geschäftsführer der „Deutschen Föderation revolutionärer Arbeiter" (Anarchisten) beruft auf die Pfingsttage einen Kongreß nach einer Stadt im Deutschen Reiche.

IX.

Die politischen Parteien über das Schreiben des Kaisers bezüglich „Babel und Bibel."

20. Februar. Das am 19. Februar veröffentlichte Schreiben des Kaisers an Admiral Hollmann über den „Babel und Bibel" betreffenden Vortrag des Professors Delitzsch (S. 1) wird in den Blättern aller politischen Parteien besprochen.

Die Berliner „Post" (freikons.) schreibt:

Kaiser Wilhelm stellt sich ganz auf den Boden, den sein kaiserlicher Großvater einst betrat, als er die denkwürdigen Worte sprach: „Die Religion muß dem Volke erhalten bleiben." Er glaubt, an der „Form" religiösen Bekenntnisses festhalten zu müssen, damit die Gotteslehre sich nicht in leeres

Nichts auflöse und begreiflich dem Werdenden und Wachsenden vorgestellt werden könne. Den Inhalt dieser Form aber bildet das Wirken Gottes in seiner Natur, in großen Menschen und im Geschick der Völker. Diesem „historischen" Gedankengang des Kaisers muß jedermann beipflichten, der nicht gedankenlos über der Erde Rücken pilgert. Was die „religiöse" Offenbarung dagegen anbelangt, so wird man verschiedner Ansicht sein dürfen, doch stets die des Andersdenkenden achten müssen. Beweisen läßt sich hier nichts, hier gilt so recht das Bibelwort: „Es ist aber der Glaube eine gewisse Zuversicht des, das man hoffet und nicht zweifelt an dem, das man nicht siehet." Der Kaiser steht auf dem Boden lutherischen Glaubens, wie er seit der Reformation sich entwickelte und allen Anfeindungen zum Trotz blüht. Dafür werden ihm Hunderttausende Dank wissen, wenn auch im übrigen über die wissenschaftlichen Behauptungen des Prof. Delitzsch die Ansichten geteilt sind.

Die „National-Ztg." meint: Die Darstellung, die der Kaiser von seiner persönlichen religiösen Denkart gibt, wird überall Interesse hervorrufen. Als persönliche Auffassung religiöser Fragen entzieht sie sich der Erörterung ebenso wie die bezügliche Auffassung jedes andern. — Die „Berl. Neuest. Nachr." sind der Ansicht, daß, „abgesehen von der strengen Orthodoxie," die Erklärung des Kaisers in weiten Kreisen in ihren Grundgedanken gebilligt und begrüßt werden dürfte. Das Blatt verkennt aber nicht das Bedenkliche, das darin liegt, daß der Kaiser, als König der summus episcopus der evangelischen Kirche Preußens, auch öffentlich im kirchlichen Streit auftritt. Die „Vossische Ztg." schreibt:

Der Kaiser steht in diesem Schreiben nicht auf dem Standpunkt starren Dogmenglaubens. Er verleugnet auch weder die Freiheit der Wissenschaft, noch die Weiterbildung der Religion, doch will er Lieblingsvorstellungen des Volkes geschont, die Debatten der Forscher auf die Fachkreise beschränkt wissen, es sei denn, daß ein gewaltiges Genie erschiene. Dem spricht der Kaiser das Recht zu, auch die Fundamente des Glaubens zu erschüttern. Insofern stimmt der Kaiser mit Delitzsch überein, als er erklärt, eine große Zahl von Abschnitten des Alten Testaments seien nicht Gottes geoffenbartes Wort. Da nun nach den Lehren der Kirche hinsichtlich der Offenbarung zwischen den einzelnen Teilen der Bibel, insbesondre zwischen dem Alten und dem Neuen Testament, kein Unterschied ist, so folgt daraus, daß es der Wissenschaft freistehen muß, festzustellen, welche Teile der Bibel als nebensächlich oder irrig oder unecht ausgeschieden werden müssen. Eine Bibelgläubigkeit schlechthin kann nicht gefordert werden, wo nicht die gesamte Bibel das Werk göttlicher Offenbarung sein soll. Der Kaiser erkennt sogar an, daß sich die Lehrform des Glaubens, die notwendig sei, besonders für Kinder das Alte Testament unter den neuern Forschungen wesentlich ändern werde. Folglich stellt sich der Kaiser, obwohl er sich lebhaft zu Gott und der Göttlichkeit Christi bekennt, auf den Standpunkt, den die katholische Kirche und die protestantische Orthodoxie gleichmäßig bekämpfen, den Standpunkt, daß nicht alles unantastbar sei, was in der Bibel steht, und weil es in ihr steht. Am weitesten entfernen sich die Anschauungen des Kaisers anscheinend von denen von Delitzsch und in diesem Fall auch Harnacks hinsichtlich der Gottheit Christi.

Die „Deutsche Tagesztg." in Berlin spricht sich also aus:

Der Brief des Kaisers wird in der Presse recht verschieden beurteilt. Die einen heben den Gegensatz hervor, in den der Kaiser sich zu dem Prof. Delitzsch tatsächlich gestellt hat, die andern meinen, daß er sich im allgemeinen zu den Grundsätzen der sogenannten modernen Theologie bekannt habe. Das letztere ist unsers Erachtens nicht richtig. Die sogenannte moderne Theologie glaubt nicht mehr an die Göttlichkeit Christi, sie identifiziert nicht mehr den Gottessohn mit dem Gottvater. Zuzugeben ist, daß ein gewisser moderner Hauch durch den Brief weht. Wir haben aber nicht den Eindruck gewonnen, daß der Kaiser in seinen Darlegungen die unverrückbaren Grundsätze des Christentums preisgegeben oder gelockert habe. Freilich lassen manche Worte und Wendungen verschiedne Deutungen zu. Das wird immer der Fall sein, wenn ein Mensch sich über sein Glaubensleben öffentlich ausspricht. Deshalb pflegt man auf eine öffentliche Darlegung dieser innerlichsten Empfindungen und Erfahrungen gewöhnlich zu verzichten. Der Kaiser hat sich jedenfalls deshalb zu einem ungewöhnlichen Vorgehen entschlossen, weil seine Anwesenheit bei dem Vortrage des Professors Delitzsch Mißdeutungen erfahren hatte. Diesen Mißdeutungen glaubte er die Spitze abbrechen zu müssen, und wir wollen und können mit ihm darüber nicht rechten. Unsers Erachtens würde es aber im allgemeinen Interesse sein, wenn man allerseits auf weitere kritische Erörterungen der kaiserlichen Worte verzichten wollte.

Die antisemitische „Staatsbürger-Ztg." bemerkt folgendes:

Von einzelnen Wendungen in dem kaiserlichen Handschreiben abgesehen, sind wir mit der kaiserlichen Kritik in den Kernpunkten völlig einverstanden. Der Kaiser läßt der wissenschaftlichen Forschung freien Spielraum, aber er weist es zurück, daß die Wissenschaft übergreift in das Gebiet der persönlichen Beziehungen des Menschen zu seinem Gott, und daß sie an den Fundamenten des Christentums rüttelt. Dafür sind wir unserm kaiserlichen Herrn Dank schuldig, ebenso für die Erklärung, daß es nicht schade, wenn viel von dem „Nimbus des auserwählten Volkes" verloren gehe.

Zum Glaubensbekenntnis des Kaisers läßt sich die „Korrespondenz für Zentrumsblätter" also vernehmen:

Den ersten Teil des Schreibens, nämlich die höfliche, aber entschiedne Abweisung der Delitzschschen Angriffe auf den Offenbarungsglauben sowie das offne Bekenntnis der Gottheit Christi, können auch wir mit Freude und lebhaftem Beifall begrüßen. Im zweiten Teil, bei der weitern Entwicklung seines eignen Glaubensbekenntnisses, bleibt für uns Katholiken freilich manches zu wünschen übrig. Zu der Liste der großen Männer, in denen der Kaiser Instrumente der Offenbarung Gottes erblickt, bemerkt die „Korrespondenz": Das ist eine Reihe von sehr verschiedenartigen Persönlichkeiten, die sich schwerlich in die höhere Einheit als „Instrumente" der göttlichen Offenbarung zusammenfassen lassen. Sollten aber die bedeutendsten führenden und bahnbrechenden Geister der Menschengeschichte zusammengefaßt werden, so vermissen wir noch Sterne allerersten Ranges, z. B. Aristoteles, Augustinus, Thomas von Aquin. Doch kommt es bei der Frage „Babel und Bibel?" weniger darauf an, wie man die natürliche Offenbarung Gottes, zu der neben den naturgesetzlichen auch die kulturgeschichtlichen Kräfte gerechnet werden können, auffassen will. Die Entscheidung liegt in der Stellung zur „reinreligiösen" oder übernatürlichen Offenbarung im engern Sinne. Da können wir nun mit Genugtuung das grundsätzliche Bekenntnis des Kaisers

zur öffentlichen Offenbarung als der größten Offenbarung Gottes durch den göttlichen Messias feststellen. Aber die weitern Ausführungen des Grundgedankens bleiben hinter dem katholischen Standpunkt doch zurück.

Die „Kölnische Ztg." spricht sich folgendermaßen aus:

An die Spitze seiner persönlichen Darlegungen stellt der Kaiser sein Bekenntnis zum modernen Denken. Denn modern ist es gedacht, wenn man in Goethe und Kant so gut wie in Moses, in Kaiser Wilhelm dem Großen nicht minder als in Abraham Träger göttlicher Offenbarung sieht, wenn man also jede große Erscheinung unsers Menschengeschlechts, mag sie von der kirchlichen Frömmigkeit auch so weit entfernt sein wie ein Goethe und vom mystischen Wunderglauben so frei sich fühlen wie ein Kant, wofern sie nur in die Tiefen unsers gemeinsamen Lebens hineinzugreifen und Schätze lebendigster Erkenntnis daraus hervorzuholen vermag, als Werkzeug Gottes ansieht, der durch sie uns Menschen reicher und größer und glücklicher macht. Modern ist es gedacht, wenn man die ganze naive Gedankenwelt des Alten und des Neuen Testaments, die groben Vorstellungen einer magischen Inspiration am Sinai, die derbsinnigen Wundertaten, die die kindliche Phantasie jener alten Völker zusammengesponnen hat, die Geschichts- und Weltbetrachtung selbst der höchststehenden unter ihnen als Projekte wissenschaftlicher Kritik anerkennt, und wenn man zugibt, daß diese Kritik das Bild jener beiden Testamente von Grund aus zerstören dürfte. Modern gedacht im besten Sinne des Wortes ist es auch und es zeigt sogar eine Weite des Blickes, die erst wenigen religiösen Kämpfern geschenkt worden ist und doch die einzige Möglichkeit enthält für die künftige Weiterbildung der Religion, wenn man in der Religion niemals ein Ergebnis der Wissenschaft sieht, sondern einzig und allein einen Ausfluß des Herzens und Seins des Menschen aus seinem Verkehr mit Gott! Wie räumt diese Definition des Kaisers auf mit allen Uebergriffen der Religion auf das wissenschaftliche Gebiet, wie sie in der hellenistischen Dogmatik und der mittelalterlichen Scholastik gang und gäbe waren, und fegt die armselige Geistesverfassung hinweg, die den Glaubenszwang und die Religionskriege und die Scheiterhaufen für Ketzer in die Welt gebracht hat. Uns will bedünken, wer sich zu dieser Höhe der Religion emporgeschwungen hat, einer Höhe, die selbst ein Luther noch nicht gekannt hat, die erst in der heißen Geistesarbeit der liberalen Theologen geboren worden ist, der ist auf dem rechten Wege zu der künftigen, von Millionen heiß ersehnten Weltanschauung, die sowohl religiös wie wissenschaftlich sein wird, eben weil sie reinlich scheidet zwischen Glauben und Wissen.

Die „Frankfurter Ztg." (demokr.) bekennt, daß der letzte Schluß, den der Kaiser in seinem Briefe zieht, ihren vollen Beifall habe.

„Nie war Religion ein Ergebnis der Wissenschaft, sondern ein Ausfluß des Herzens...." Das ist vollständig richtig und ergibt sich eigentlich schon aus dem Worte „Glaube." Was man beweisen kann, was also Gegenstand der Wissenschaft sein kann, braucht man nicht zu „glauben," denn man „weiß" es ja. Was dagegen den Inhalt des Glaubens ausmacht, das kann man nicht beweisen — man glaubt es einfach, oder man glaubt es nicht. Glaubt man, so ist das in der Tat Gefühls-, Herzenssache. Glaubt man nicht mehr, so wird da allerdings häufig die Wissenschaft mit ihren Ergebnissen hereingespielt haben. Nur soll man nicht meinen, daß Delitzsch hier mit seinem Babel und Bibel eine entscheidende Rolle spiele. Abgesehen davon, daß diese Frage überhaupt nichts weniger als neuen Datums ist, hatten die,

die sich eine „ungläubige“ Weltanschauung bildeten, nicht nötig, auf Delitzsch und seine Lösung der Frage zu warten. Für sie ist diese Frage ganz untergeordneter Natur, denn hat man aus philosophischen und naturwissenschaftlichen Elementen seine Ansicht von der Welt sich gemacht, dann spielen ein paar Keilschriften keine Rolle mehr.

Der Berliner „Reichsbote“ (konservativ und orthod.) bemerkt:

Den Ausstreuungen, daß der Kaiser Männern wie Harnack und Delitzsch nahe getreten sei und sich zu ihren Lehren bekenne, mache der Brief des Kaisers ein Ende, weil er zeige, daß der Kaiser die Ansichten dieser Männer aus dem persönlichen Verkehr kennen gelernt habe, sich aber keineswegs von ihnen habe gefangen nehmen lassen. . . . „Das evangelische Volk weiß nun wieder, daß der Kaiser in seinen heiligsten Angelegenheiten mit ihm denkt und fühlt, und daß er sich durch die Irrlehren der modernen Theologie nicht beirren läßt. Das gereicht uns allen zu großer dankbarer Freude, und wir wollen fortfahren, Gott zu bitten, daß er unsern Kaiser in dieser Treue seines evangelischen Bekenntnisses erhalten, und daß er ihn segnen wolle für dieses gute Bekenntnis vor aller Welt.“

25. Februar. Professor Harnack in Berlin veröffentlicht im Märzheft der „Preußischen Jahrbücher“ folgenden Artikel:

Der Kaiser hat das Wort genommen, um seine Stellung in einer historisch-theologischen Streitfrage unzweideutig zum Ausdruck zu bringen. Das ist etwas Neues, aber wenn man die Umstände erwägt, ist der kaiserliche Entschluß wohl verständlich. In weiten Kreisen konnte die Meinung entstehn und war entstanden, daß Seine Majestät den theologischen Standpunkt des Professors Delitzsch teile. Dieses Mißverständnis wollte der Kaiser nicht bestehn lassen, und deshalb hat er geschrieben.

Für die Wissenschaft bestand freilich eigentlich keine Kontroverse. Daß ein Teil der Mythen und Legenden des Alten Testaments samt wichtigen Elementen der altisraelitischen Kultur aus Babylon stamme, war längst bekannt. Daß diese Tatsache der landläufigen Vorstellung von der Inspiration des Alten Testaments tödlich sei, stand ebenso fest, und zur Widerlegung dieses Glaubens bedurfte man nicht erst den Rekurs auf Babylon: hundert andre Beobachtungen hatten ihn schon längst zerstört.

Gemeingut aber war diese Erkenntnis nicht geworden. Man kann den Theologen hier keine Schuld beimessen. Sie hatten in Büchern, Broschüren und Vorlesungen ihre Pflicht getan. Unsre deutsche Literatur besitzt ein so eminentes Werk wie die Geschichte Israels von Wellhausen: es ist für jeden Gebildeten geschrieben, klassisch nach Inhalt und Form. Neben diesem Werke steht noch ein halbes Dutzend ausgezeichneter Bücher, deren jedes vollen und bequemen Aufschluß gibt über die alttestamentliche Literatur und Geschichte. Aber Kirche und Schule im Bunde haben die Erkenntnisse niedergehalten, indem sie sie aus ihren Grenzen verbannten. Sie sind freilich nicht allein die Schuldigen. Trägheit und Angst kam ihnen entgegen.

Es ist ein Verdienst der Delitzschischen Vorlesungen, daß jetzt von den Dächern gepredigt wird, was bisher ein verhallendes Wort war. „Verdienst“ ist allerdings kaum der richtige Ausdruck; in den Umständen steckt die Kraft. Allein wir brauchen Verdienste hier nicht abzuwägen: dankbar begrüßen wir es, daß Delitzsch eine richtigere Anschauung über das Alte Testament in weite Kreise getragen hat.

Aber hat er das getan? Gewiß, er hat einen großen Irrtum beseitigt, den Irrtum, als seien die Stoffe im Alten Testament sämtlich original. Aber wie wenig bedeuten in der Geschichte der Religion und des Geistes die Stoffe!

Wenn heute jemand vor das Publikum träte und ihm mitteilte: „Meine Herren, ich befreie Sie von einer großen Täuschung; Sie haben bisher geglaubt, der Goethische »Faust« sei ein Originalwerk; er ist aber ein spätes sekundäres Produkt; denn der ganze Stoff ist schon in einem Volksbuch des 16. Jahrhunderts enthalten" — was würde man ihm antworten? Auslachen würde man ihn, und Delitzsch würde mitlachen. Sicherlich ist er auch weit davon entfernt, die Frage nach dem Wert der alttestamentlichen Religion auf Grund der Abhängigkeit von Babylon bestimmen zu wollen; allein er hat meines Erachtens nicht genug getan, um bei seinen Hörern und Lesern der Bildung einer falschen Vorstellung zuvorzukommen. Was dieses Publikum einem Goethe ohne weiteres zugesteht, das räumt es den Propheten und Psalmisten noch lange nicht ein. Dazu: weil bisher eine übermenschliche Vorstellung vom Alten Testament verbreitet war, so schwingt der Pendel der Beurteilung nach einem bekannten psychologischen Gesetz nun zum Gegenpol über. Man kann es heute auf den Gassen hören, daß mit dem Alten Testament „nun nichts mehr los sei."

Hier setzt das kaiserliche Schreiben ein; aber der Gegensatz war unterdes ein noch tieferer geworden. Aus einer Unterredung hatte der Monarch sich überzeugt, daß Professor Delitzsch den kirchlichen Glauben an die Gottheit Christi nicht teile, und daß u. a. auch die Betrachtung des Alten Testaments ihm diesen Glauben verwehre. Der negativen Ueberzeugung gegenüber wollte der Kaiser über seine eigne positive keinen Zweifel lassen.

Wie er das getan hat, dafür wird man ihm dankbar sein müssen. Zwar die Zurückweisung, die Delitzsch erfährt, muß für ihn schmerzlich sein, und daß er aus dem theologischen Gebiet, das der Kaiser nun selbst betritt, ausgewiesen wird, ist empfindlich. Indessen so ist es doch nicht gemeint; daß die Autorität Delitzschs als Assyriologe nicht auch seine theologischen Lehren deckt, das will der Kaiser sagen, und darin hat er recht. Im übrigen läßt er den Ueberzeugungen des Gelehrten die volle Freiheit.

Die volle Freiheit — sie leuchtet wohltuend und erhebend aus den kaiserlichen Worten heraus. An Machtsprüche denkt er nicht; im Zuge der Freiheit ist der ganze Brief geschrieben. Er weiß sehr wohl, daß in diesen zarten und heiligen Dingen nichts befohlen werden kann, und er weiß, daß die Theologie an diesen Fragen nicht vorübergehn darf, sondern daß sie aufs ernstlichste, mit Mut und Freiheit verhandelt werden müssen. Der theologischen Wissenschaft überläßt er sie.

Aber noch wohltuender berührt die Entschiedenheit, Geradheit und Wärme, mit der der Kaiser selbst in den Fragen Stellung nimmt. Was er geschrieben hat, ist sein Eigenstes; er gibt es, wie er es denkt und fühlt, und er hat es niedergeschrieben wie einer, der sich selbst Rechenschaft geben will, mit allen den kleinen Zeichen der Selbstempfindung und des Selbsterlebten. An Christus fühlt sich seine Seele gebunden, und er will von Religion nicht sprechen, ohne ihn zu preisen und sich zu ihm zu bekennen.

Ein persönliches Bekenntnis will die kaiserliche Kundgebung sein, und als solches haben wir sie zu respektieren. Aber es wäre gewiß nicht im Sinne des kaiserlichen Verfassers, wenn wir nur mit Schweigen antworten wollten. In der evangelischen Kirche stehn die letzten und höchsten Fragen immer zur Diskussion, und jede Generation muß sich die Antworten selbst aufs neue erwerben. Auch unser geistliches Leben beruht auf Spannungen und ist nur in ihnen lebendig. Wie sollten wir schweigen, wenn die tiefsten und feierlichsten Fragen in dieser Form an uns herantreten!

Rund und freudig werden sich alle evangelischen Christen zu dem Schlußsatze des kaiserlichen Schreibens bekennen: „Nie war Religion ein Ergebnis der Wissenschaft, sondern ein Ausfluß des Herzens und Seins des Menschen

aus seinem Verkehr mit Gott." Die Theologie unterschreibt diesen Satz; sie weiß sehr wohl, daß sie nicht schafft, sondern einem Gegebnen ehrfürchtig nachzudenken versucht.

Nicht mindre Zustimmung wird die kaiserliche Ueberzeugung finden, daß auch die Religion ihre Formen braucht, damit wir uns verständigen und belehren, daß diese Formen aber nicht unveränderlich sein können. Ich denke, auch Professor Delitzsch hat die Hauptsache von dem, was er erreichen wollte, erreicht in dem Zugeständnis, daß die hergebrachten Formen der schulmäßigen Ueberlieferung des Alten Testaments dringend einer Aenderung bedürfen.

Aber vornehmlich an zwei von Seiner Majestät zum Ausdruck gebrachten Ueberzeugungen werden Frage und Gegenfrage anknüpfen, an die Theorie von der doppelten Offenbarung und an die Gottheit Christi. Beide hängen enge zusammen.

Bei dem Worte „Offenbarung" wird zunächst der Unterschied von Glaube und Wissenschaft in bezug auf die Religion sofort deutlich. Die Wissenschaft im strengen Sinn kann den Begriff überhaupt nicht zulassen; er ist für sie transzendental. Umgekehrt kann der Glaube sich die Offenbarung nicht rauben lassen. Aber eine Annäherung hat im Laufe der Entwicklung doch stattgefunden. Der evangelische Glaube erkennt — abgesehen von der ehrfurchtsvollen Betrachtung des Weltganzen — heute Offenbarungen nur noch in Personen. Die ganze untere Stufenfolge angeblicher Offenbarungen ist abgetan. Es gibt keine Offenbarungen durch Dinge. Auf diesen Boden hat sich auch das kaiserliche Schreiben gestellt: die Offenbarungen Gottes in seiner Menschheit sind die Personen, vor allem die großen Personen. Sofern nun auch für die Wissenschaft die großen Personen an ihrer Individualität und Kraft ihr Geheimnis haben, ist die Eintrachtsformel zwischen Glauben und Wissen, soweit möglich, hergestellt. Daß ich und andre diese Persönlichkeiten aber als Offenbarungen Gottes empfinden, ist ein Akt innern Erlebens, den keine Wissenschaft zu schaffen oder zu verbieten vermag. Aber auf diesem gemeinsamen Boden unterscheidet der kaiserliche Brief zwei Offenbarungen: eine allgemeine und eine mehr religiöse. Diese Unterscheidung hat eine große Stärke; denn es tritt in ihr die Tatsache aufs kräftigste hervor, daß es für den Menschen keine ernstere Angelegenheit gibt als sein Verhältnis zu Gott, uud daß von diesem Verhältnis alles abhängig ist. Aber andrerseits kann sich der denkende Geist unmöglich bei der Annahme zweier, gleichsam nebeneinander laufender Offenbarungen beruhigen, und das kaiserliche Schreiben hat dieser Einsicht selbst Ausdruck gegeben, indem es Abraham sowohl in die eine wie in die andre Reihe gestellt hat. Nicht um zwei Offenbarungen kann es sich also handeln — stehn doch auch Religion, sittliche Kraft und Erkenntnis in innigster Verbindung —, sondern um eine Offenbarung, deren Träger freilich nach Art und Größe, Beruf und Aufgabe ganz verschieden waren und noch sind. Leidet Jesus Christus nicht an seiner Eigenart und Einzigkeit, wenn er auf die Linie des Moses, Jesaias und der Psalmisten gestellt wird, so büßt er auch nichts ein, wenn wir ihn auf der Linie des Sokrates, Plato und der andern schauen, die in dem kaiserlichen Schreiben genannt sind. Die religiöse Betrachtung der Geschichte kann letztlich nur eine einheitliche sein — die Menschheit, die Gott aus der Naturstufe, aus Irrtum und Sünde herausführt, erlöst und zur Gotteskindschaft erhebt. Dabei bleibt vorbehalten, daß die Gottesgeschichte in Israel die spezifische Linie in der ältern Zeit darstellt.

Die christliche Gemeinde muß jede Beurteilung Christi ablehnen, die den Unterschied zwischen ihm und den andern Meistern verwischt. Er selbst, seine Jünger und die Weltgeschichte haben hier so deutlich gesprochen, daß ein Zweifel nicht möglich sein sollte, und er redet in seinem Wort noch jetzt so deutlich zu uns wie damals zu seinen Jüngern. Aber ob die starre Formel

„Gottheit Christi" die richtige ist, das darf und muß gefragt werden. Er selbst hat sie nicht gebraucht, sondern andre Bezeichnungen gewählt, und und ob sie irgend einer seiner Jünger jemals in den Mund genommen hat, ist mindestens sehr zweifelhaft. Aber auch die alte Kirche hat nicht ohne Umstände von der Gottheit Christi gesprochen, sondern stets von seiner Gottheit und Menschheit. Gottmenschheit ist also auch im Sinne des alten Dogmas die einzig korrekte Formel. In ihr ist das Geheimnis nahezu wieder hergestellt, das nach dem Willen Christi selbst in dieser Frage bestehn bleiben sollte. Daß er der Herr und Heiland sei, daraus hat er kein Geheimnis gemacht, und daß er es sei, das sollten seine Jünger an seinem Wort und Wirken erfahren und erleben. Aber wie sein Verhältnis zu seinem Vater entstanden ist, das hat er für sich behalten und uns verschlossen. Nach meiner geschichtlichen Einsicht und meinem Empfinden ist daher schon die Formel „Mensch und Gott" (Gottmenschheit) nicht über jeden Einwurf erhaben, weil bereits sie übergreift in ein Geheimnis, in das uns kein Einblick gestattet ist. Aber diese Formel mag doch bestehn bleiben, weil sie im Grunde nichts erklären will, sondern nur das Außerordentliche vor Profanierung schützt, ähnlich wie der Ausdruck „Sohn Gottes." Das paulinische Wort: „Gott war in Christus" scheint mir das letzte Wort zu sein, das wir hier sprechen dürfen, nachdem wir uns langsam und schmerzlich von dem Wahne antiker Philosophen befreit haben, als könnten wir die Geheimnisse von Gott und Natur, Menschheit und Geschichte durchdringen.

„Liebet ihr mich, so haltet meine Gebote"; „daran wird jedermann erkennen, daß ihr meine Jünger seid, daß ihr Liebe zueinander habt" — es ist wichtiger, diesen Worten nachzudenken und ihnen nachzuleben, als das Unbegreifliche und Verehrungswürdige in Formeln zu fassen. Es wird auch die Zeit kommen und ist schon im Anzuge, in der sich die evangelischen Christen auf dem Bekenntnisse zu Jesus Christus als dem Herrn und in dem Entschlusse, seinem Worte zu folgen, aufrichtig die Hand reichen werden, und unsre katholischen Brüder werden dann folgen müssen. Die Last einer langen Geschichte von Mißverständnissen, von Formeln, die wie Schwerter starren, Tränen und Blut lastet auf uns, aber auch ein heiliges Erbe ist uns in ihr gegeben. Unentwirrbar scheinen beide miteinander verbunden zu sein, aber allmählich scheiden sie sich doch, wenn auch das „Werde" über diesem Chaos noch nicht gesprochen ist. Gradsinn und Mut, Aufrichtigkeit gegen sich selbst, Freiheit und Liebe — das sind die Hebel, die die Last heben werden. In den Dienst dieser hohen Aufgabe hat sich auch das Kaiserliche Schreiben gestellt.

Adolf Harnack.

26. Februar. Lebhaften Widerspruch finden diese Ausführungen des Professors Harnack beim Berliner „Reichsboten". Insbesondre sagt das Blatt gegen die Harnacksche Bestreitung der Formel „Gottheit Christi":

Es gibt kein Drittes, eins oder das andre; entweder ist seine Gottheit Wahrheit, und er ist unser Heiland und Erlöser, oder er ist ein Lügner und Betrüger. Ob wir uns die Vereinigung Gottes mit einem Menschen vorstellen können, darauf kann es nicht ankommen — wir können uns auch die Verbindung und Vereinigung nicht vorstellen, die ihn zu einem Idealmenschen macht, wie wir überhaupt die Person Gottes und sein Wirken uns nicht vorstellen können. Aber die Gottheit Christi liegt als Tatsache dem ganzen Christentum zugrunde; aus der historischen Entwicklung ist es nicht zu erklären; auf der Gottheit Christi beruht die ganze Ausbreitung, die Lehre und der Einfluß des Christentums. Ein jüdischer Rabbi

hätte nie für die Welt das werden können, was Christus geworden ist. Wäre er nicht der Sohn Gottes in diesem besondern Sinne seiner Gottheit, so wäre sein Erlösungswerk nichtig, und damit fiele auch seine sittliche Autorität hin. Wer, wie Harnack, die Bedeutung Christi auf seine Lehre von der Liebe und der persönlichen Frömmigkeit reduziert, der weiß nicht, was er tut; denn mit der Gottheit fällt auch seine religiöse wie sittliche Autorität, er steht uns dann nicht näher als Sokrates oder Buddha, und mit dem Christentume wäre es aus; denn das ruht auf dem Glauben an die Gottheit Christi und die Offenbarung der Gottesliebe in ihm. Mit dem Christentum aber fällt auch die christliche Moral — und mit ihr auch die christliche Kultur! Wer wie Harnack das Christentum als Produkt menschlicher Entwicklung ohne Eingreifen Gottes durch Offenbarung darstellt, der leugnet damit auch die Beziehung Gottes zu dem Menschen und zerstört damit die Religion selbst, denn deren Wesen ist doch die Beziehung zu Gott; aber ein Gott, der sich nicht bezeugen kann, existiert für uns nicht — und es bleibt dann nur noch ein bloßes dialektisches Spiel mit Gottesbegriffen übrig, und das ist dann die Entwicklung, die man Religion nennt.

Die „Schlesische Volks-Zeitung" in Breslau (Zentrum) spricht sich über Professor Harnacks Artikel also aus:

Harnack macht die leichtfertigen Schlußfolgerungen der Delitzsch'schen „Wissenschaft" mit. Wenn die Herren auf den Scherben von Babel Anklänge an die Berichte oder Gebote des Alten Testaments finden, so folgern sie mit einem kühnen Sprunge, bei dem der Wunsch der Vater des Gedankens ist, daß hier eine Abstammung wesentlicher Teile des Alten Testaments aus Babylon vorliege, und diese unbewiesne „Tatsache" bezeichnen sie ohne weiteres als „tödlich" für die „landläufige Vorstellung von der Inspiration des Alten Testaments." Diese Eiferer der Verneinung machen dieselben Fehler, wie seinerzeit Professor Häckel, der die neuen Hypothesen der Entwicklungslehre, statt erst die wissenschaftliche Ausreifung und die Klärung der Zusammenhänge abzuwarten, Hals über Kopf zum materialistischen Sturmlauf gegen das Christentum zu verwerten suchte. Professor Virchow war gewiß nicht befangen in irgend einem Dogmenglauben, aber er war ein solider Denker und gewissenhafter Forscher, und darum trat er in den siebziger Jahren auf dem Kongreß von München ganz entschieden der Forderung Häckels entgegen, daß man die unreifen Hypothesen oder gar die wissenschaftlich noch nicht erwiesene Lehre von der Abstammung des Menschen vom Affen in die Schule einführen solle. Die weitern Fortschritte der Wissenschaft haben dem alten Virchow Recht gegeben. Die voreilige, tendenziöse Weisheit Häckels ist längst überholt; was in den von Darwin angeregten Forschungen sich als stichhaltig bewährt, kann dem Christentum durchaus nicht „tödlich" werden. Einen ähnlichen Läuterungs- und Reifeprozeß wird die grüne Wissenschaft der Assyriologen durchmachen. Der Kaiser hat ganz recht, wenn er dem Professor Delitzsch zum Vorwurf macht, daß derselbe an das bißchen Tatsachen, was bisher ermittelt ist und noch sehr der Ergänzung und der Abwägung bedarf, sofort geschichts- und religionsphilosophische Schlußfolgerungen von ungeheurer Tragweite knüpft. Und doch scheint auch Professor Harnack zu bedauern, daß die Schule nicht schon diesen leichtfertigen Phantasien sich erschlossen hat. Also der blinde Eifer Häckels in neuer Auflage! Harnack freut sich, daß infolge der Delitzschischen Vorträge „jetzt von den Dächern gepredigt" wird, worüber die Gelehrten selbst noch nicht klar und einig sind, und was wohl zur Zerstörung alter Güter, aber nicht zum Neubau dienen kann. Wo ist denn der

Virchow, der diesen Tendenzgelehrten klar macht, daß man nicht jede Sandwehe, die der Wind der Forschung gelegentlich anhäuft, sofort zum einzig richtigen Fundament der Häuser, Schulen und Kirchen erklären darf. Der Sand kommt und geht, der Fels, auf dem das Christentum gegründet ist, steht und bleibt — trotz Häckelscher Affenlehre und trotz Delitzschischer Scherbenlehre!

Was liegt alles, sagt die „Weser-Zeitung," in den zitierten Worten. Es kreuzt sich darin ja die strenggläubigste Orthodoxie mit Anerkennung des Rechts auf Forschungsfreiheit. Daß die Form der Ueberlieferung sich ändern kann, ist ein scharfer Bruch mit der Orthodoxie. Denn diese kann aus dem Gewölbe der Offenbarung, als was sie das Neue und im Zusammenhange damit auch das Alte Testament ansieht, nicht einzelne Steine herausbrechen lassen. Sobald sie zugibt, daß die menschliche Kritik einzelne Teile verwerfen kann, ist es ihr unmöglich, der Vernunft und Forschung Grenzen zu ziehen. Bringen die altbabylonischen Studien soviel neues Licht auf Teile der Bibel, daß sie unhaltbar erscheinen, so muß die Möglichkeit zugegeben werden, daß andre Teile vor dem Licht der Naturwissenschaft, Geschichte, Philosophie dahinsinken. Denn wo ist die Grenze? Was wollen wir denn mehr als das Recht, diese Kritik auf alles anzuwenden, was uns vor die Seele tritt, auch auf die Ueberlieferung? Bildet sich auf diesem Boden wieder die Ueberzeugung von der Offenbarung Gottes durch Christus, so mag sie im Wirbelsturm der Ansichten sich zu behaupten versuchen wie jede andre. Das Recht, sie zu vertreten, wollen wir wahrlich keinem Menschen verkümmern.

1. März. Das „Protestantenblatt" veröffentlicht über das Schreiben des Kaisers gegen Delitzsch einen Aufsatz von Dr. O. Veeck, worin es heißt:

Der Kaiser sagt: „Christus ist Gott; Gott in menschlicher Gestalt." Das ist ein religiöses Urteil, das geschichtlich sich nicht begründen läßt. Wir halten Harnacks Urteil geschichtlich und religiös für besser begründet, der so sagt: Der Satz: Ich bin der Sohn Gottes, ist von Jesus selbst nicht in sein Evangelium eingerückt worden, und wer ihn als einen Satz neben andern dort einstellt, fügt dem Evangelium etwas hinzu. Im Evangelium selbst stehn auch Worte Jesu selbst, wie diese: „Was nennst du mich gut? Niemand ist gut denn Gott allein!" Und betet ein Gott so wie Jesus auf Golgatha: „Mein Gott, warum hast du mich verlassen?" An der innigen persönlichen Frömmigkeit des Kaisers kann aber niemand zweifeln, der seine Worte über die religiösen Wirkungen des Evangeliums liest, und darüber freuen wir uns, wenn wir unserm Glauben auch einen andern Ausdruck geben würden. Luther selbst aber hat: „Das Wort sie sollen lassen stahn" anders gemeint in dem Zusammenhang, in dem es in unserm gewaltigsten evangelischen Liede steht, als der Kaiser es hier verstanden wissen will.... Das Glaubensbekenntnis des Kaisers ist dann wieder durchaus monotheistisch oder theistisch, nicht trinitarisch, wie es das orthodoxe ist. Von Christus, dem Sohne Gottes, der im Anfang so energisch betont

war, findet sich kein Wort darin. Es scheint also doch nicht ein fundamentales Stück seines Glaubens zu sein. Wir glauben auch an Einen einigen Gott, und sonst keinen mehr. „Wir brauchen auch, um ihn zu lehren, eine Form, zumal für unsre Kinder.“ Sicherlich. Wir haben nichts gegen den ersten Artikel des apostolischen Bekenntnisses einzuwenden. Aber diese Form ist für uns schon bisher nicht mehr das Alte Testament in seiner jetzigen Ueberlieferung gewesen, sondern wir haben uns in Unterricht und Predigt an den Gott des Evangeliums gehalten, der vom alttestamentlichen Gott sehr verschieden ist, auch von dem Gott der Propheten. Wer mit dem Ausspruche Ernst macht: „Der Kern und Inhalt bleibt immer derselbe: Gott und sein Wirken,“ der wird es als Gebot der Frömmigkeit ansehen, Gottes Wirken in der Vergangenheit auch durch Ausgrabungen zu erforschen, alte Tafeln zu entziffern und das wirklich Gefundne allen Christenmenschen, Laien wie Theologen, kundzutun, auch wenn die alten Anschauungen mancher dadurch gestört werden. „Aergernis hin, Aergernis her! Not bricht Eisen und hat kein Aergernis. Ich soll der schwachen Gewissen schonen, sofern es ohne Gefahr meiner Seelen geschehen mag. Wo nicht, so soll ich meiner Seelen raten, es ärgere sich daran die ganze oder halbe Welt,“ sagt Luther. Die Wahrheit über das Alte Testament ist im Vormarsch; auch ein Kaiserwort könnte sie nicht aufhalten. Aber das Glaubensbekenntnis des Kaisers hat uns einen Einblick in sein Seelenleben gegeben, der uns offenbart, daß es ihm ernst ist mit seiner Frömmigkeit, und daß er die Religion doch von einem höhern Standpunkt ansieht, als daß sie vornehmlich die Stütze von Thron und Altar sein sollte.

6. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ bringt folgende Notiz:

„Eine Behauptung der sozialdemokratischen Münchner »Post« wonach Seine Majestät der Kaiser und König den in den »Grenzboten« veröffentlichten Brief an Admiral Hollmann über das Thema »Babel und Bibel« nicht selbst verfaßt haben soll, wird von der »Rheinisch-Westfälischen Zeitung« mit Behagen breitgetreten. Wir stellen fest, daß dieser bedeutsame Brief vom ersten bis zum letzten Wort aus der Feder Sr. Majestät geflossen, und daß kein von andrer Seite herrührender Entwurf dabei irgendwie benutzt worden ist. Selbst wer sich hinter die Unkenntnis dieser Umstände zurückziehen wollte, hätte schon aus allen äußern wie innern Merkmalen der Kundgebung, die Satz für Satz das Gepräge der Kaiserlichen Persönlichkeit trägt, entnehmen können, daß die in leicht erkennbarer Absicht aufgestellte Behauptung des sozialdemokratischen Blattes falsch ist. Die »Rheinisch-Westfälische Zeitung« würde ihrem nationalen Standpunkt nichts vergeben, wenn sie der geistigen Bedeutung des Monarchen, die nicht auf byzantinischer Erfindung beruht, unbefangen gerecht werden wollte, statt bei sozialdemokratischen Verkleinerungskünsten mitzuhelfen.“

7. März. Hierauf antwortet die „Rheinisch-Westfälische Zeitung“ (nat.-lib.) in Essen:

„Wenn wir der auch in andern Blättern erschienenen Ansicht

Raum gaben, der Kaiserbrief über Bibel und Babel sei nicht Erzeugnis des Herrschers, was die „Nordd. Allg. Ztg.“ bestreitet, so haben wir lediglich unterstellt, daß nicht ureigenste Geistesarbeit des Monarchen vorliegt. Der ganze Vorgang beweist, wie dem ersten Drange des Herrschers nach Aufklärung eine starke Reaktion gefolgt ist; es ist festgestellt, daß er wie die Kaiserin von hochkirchlichen Kreisen beeinflußt ist. Der Brief des Kaisers atmet noch die Spuren jenes Kampfes und zeigt zwei ganz verschiedne Seelen; die eine will pantheistisch alle großen Menschheitserwecker als Emanationen der Gottheit ansprechen, die andre denkt biblisch orthodox. Schreiber des Briefes ist zweifellos der Kaiser, aber in der Seele des Schreibers sind nicht jene zwei Seelen harmonisch zu einer Anschauung aufgelöst, sondern mechanisch verbunden.“

Fünfter Abschnitt.

2. Tagung des 10. Reichstags.

(Sechster Teil.)

Finanzielle Angelegenheiten.

I.

Reichshaushaltsetat für 1903.

Die Vorlage.

14. Januar. Der Reichskanzler legt dem Reichstage den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1903 (vom 1. April 1903 bis 1. April 1904) vor.

Hiernach ist der Etat in Einnahme und Ausgabe mit 2464973734 Mark veranschlagt. Die Anleihe zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben beträgt 219921739 Mark, die Ueberweisungen an die Bundesstaaten belaufen sich auf 542092000 Mark, die Matrikularbeiträge auf 565856234 Mark. Der Fehlbetrag stellt sich auf 48309584 Mark.

Der Etat ist von einer Denkschrift begleitet, die darlegt, weshalb die Regierungen dazu übergehn mußten, eine Anleihe zur Deckung sonst nicht zu bestreitender ordentlicher Ausgaben in Höhe von 96 Millionen Mark vorzuschlagen. Es wird betont, daß die Einzelregierungen mehr ungedeckte Matrikularumlagen als etwa 24 Millionen

Mark nicht übernehmen könnten, und daß der Etat für 1903 einen noch weit größern Betrag an ungedeckten ordentlichen Ausgaben aufweise, als der für 1902, aus dem der Reichstag die eingestellte Zuschußanleihe von 35 Millionen Mark herausgestrichen hätte. Diesmal würde sich ein gleiches Vorgehn nicht ermöglichen lassen.

Erste Beratung.

19. Januar. Staatssekretär v. **Thielmann**: Der vorliegende Etat macht eine Anleihe von 125 Millionen Mark notwendig. Das Jahr 1901 hat daran einen großen Anteil. Das System der Ueberwälzungen auf folgende Jahre läßt also den Etat für 1903 noch schlechter erscheinen als er ist. Das macht ein genaues Eingehen auf die Etats von 1901 und 1902 notwendig. Das Jahr 1900 war nach einer langen Reihe von Jahren das erste mit einem freilich nur kleinen Fehlbetrag von 2 Millionen. Das Jahr 1901 aber hatte den erstaunlichen Fehlbetrag von $48^1/_2$ Millionen Mark. Die Ursache liegt in dem allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang. Die Post- und Telegraphenverwaltung hatte 37 Millionen, die Reichseisenbahnen 11 Millionen Mark Ausfall. Bei der Post wirkte die Vermehrung der Ausgaben mit. Die Zucker- und Brennsteuer zeigten auch wesentliche Ausfälle. Der Ausfall der Brennsteuer wird sich allerdings in den folgenden Jahren wieder ausgleichen. Die Bank hatte auch einen Mindererertrag von 2 Millionen Mark. Für die Einzelstaaten am schmerzlichsten ist der Ausfall von 15 Millionen bei den Ueberweisungssteuern. Im Jahre 1901 hat der Reichstag an verschiednen Ausgaben 9 Millionen Mark abgesetzt und sie zur Schuldentilgung, nicht zur Ueberweisung an die Einzelstaaten verwandt. Nichts beweist mehr die Notwendigkeit einer Reichsfinanzreform als diese Tatsache. Aber wir sind leider noch nicht so weit, daß wir zur Reichsfinanzreform übergehn könnten. Erst nach Inkrafttreten des Zolltarifs werden wir den dazu nötigen Ueberblick über die Einnahmen des Reiches haben. Also mindestens müssen wir uns noch 1904 mit dem gegenwärtigen ungünstigen Zustande behelfen. Für das Jahr 1902 war ein Defizit von vornherein wahrscheinlich. Wir haben vielfach Ausfälle an den Einnahmen und Mehrausgaben. In Summa wird das Jahr 1902 einen Fehlbetrag von rund 25 Millionen Mark aufweisen, wobei allerdings die Abschlüsse der Bank noch nicht berücksichtigt sind. Die Ueberweisungssteuern waren im Etat für 1902 12 Millionen Mark höher veranlagt. Dieser Betrag ist tatsächlich nicht nur erreicht, sondern wird wahrscheinlich noch um $3^1/_2$ Millionen Mark überschritten werden. Aber das Manko an andern Steuern kann sie wieder so schwächen, daß die Einzelstaaten den vollen Betrag doch nicht wieder

erreichen. Wir haben alle irgend zu vermeidenden Ausgaben zurückgestellt oder auf das geringste Maß reduziert, aber die notwendigen Mehrausgaben machen mit dem Defizit von 1901 doch zusammen 3 Millionen aus. An Matrikularbeiträgen sind $23^1/_2$ Millionen Mark mehr als Ueberweisungen für 1903 eingestellt. Schon im Vorjahre betonte ich, daß die Einzelstaaten jetzt an Matrikularbeiträgen ihr äußerstes leisten. Bei einer großen Anzahl der deutschen Staaten ist durch diese Zuschüsse der Etat so beengt, daß sie diese nicht mehr selbst aufbringen können, sondern Anleihen zu diesem Zwecke aufnehmen müssen. Die 24 Millionen Mark Mehrleistungen an Matrikularbeiträgen sind aber nicht als dauernde Leistungen anzusehen.

Schädler (Zentrum) tadelt viele unnötige Ausgaben, namentlich im Heeres- und im Marineetat und kommt sodann auf das Telegramm zu reden, in dem der Kaiser dem Regenten von Bayern die 100000 Mark zu Kunstzwecken anbot (1902, II, 145), die die bayrische Abgeordnetenkammer abgelehnt hatte. Redner führt aus, dies sei aus politischen Gründen geschehen. Um so auffallender sei es gewesen, daß hierüber ein außerbayrischer Monarch in tiefste Entrüstung geraten sei. Redner sagt:

Was ist denn geschehen? Die Majorität der zweiten bayrischen Kammer hat von einem ihr unbestrittnen Recht Gebrauch gemacht. Das soll nun ein schnöder Undank gegenüber dem Hause Wittelsbach sein? Dann müßte man ja annehmen, daß die Volksvertretung nur ein Geldbewilligungsautomat zu sein hat. Nein, Geld bewilligen, Geld verweigern, das ist das einzige Machtmittel, das das Parlament hat, um auch dem Monarchen zu zeigen, wenn es mit der Regierung der von ihm bestellten Personen unzufrieden ist. Wenn die Swinemünder Depesche der Angelegenheit eine antidynastische Spitze zu geben versucht, so läßt uns das ruhig, denn nicht die Person des Herrschers kam hier für uns in Frage. Unsre Bayern haben uns auch verstanden, und diese Depesche hat das Volk nicht nur nicht mit Mißtrauen gegen uns erfüllt, sondern uns gekräftigt und gestärkt. Wogegen wir uns mit aller Entschiedenheit wenden, das ist die Verwirrung der konstitutionellen und parlamentarischen Begriffe. Die Depesche setzt an Stelle des verfassungsmäßigen Zusammenwirkens von Regierung und Volksvertretung den in einem konstitutionellen Staate verfassungswidrigen Grundsatz: Regis voluntas suprema lex esto! Und was besonders auffällig ist: dies geschieht nicht im eignen Lager, sondern gegenüber der Volksvertretung eines andern souveränen Bundesstaats. Ueber die zweite Hälfte der Depesche, das Geldanbieten, will ich mich nicht auslassen; ich weise die Vermutung zurück, daß dies Anerbieten die Sprache des Großalmoseniers sein könnte. Dem Absender der Depesche war aber entgangen, daß sein Anerbieten bereits überflüssig war. So viel über die Depesche selbst. Anders und schärfer müssen wir die Veröffentlichung der Depesche verurteilen, da dazwischen mehrere Tage lagen, in denen der Absender über die wahre Sachlage hätte aufgeklärt sein können und müssen. So sehr es uns erfreut hat, daß der Verweser Bayerns in seiner Antwort auf die Kritik der bayrischen Kammer nicht eingegangen ist, so müssen wir

als Mitglieder des Parlaments Protest gegen diese Kritik erheben, weil sie mit dem föderativen Charakter des Reichs unvereinbar ist. Die Reichsverfassung schützt Recht und Selbständigkeit der Volksvertretungen der einzelnen Bundesstaaten. Der Kaiser ist im Deutschen Reich nicht souveräner Monarch. Die Souveränität ruht nicht beim Kaiser, sondern bei der Gesamtheit der verbündeten Regierungen. Der Kaiser hat nur das Präsidium des Bundes. Der Ausdruck „Kaiser" ist, wie Professor Laband bemerkt, nur der Name, unter dem die Präsidialrechte ausgeübt werden. Zu den Rechten des deutschen Kaisers — so lautet der Titel, nicht Kaiser von Deutschland — gehört nicht das Recht der Kontrolle über die innere politische Tätigkeit der gesetzgebenden Faktoren der Einzelstaaten, noch viel weniger das Recht, denselben eine Rüge zu erteilen. Die Swinemünder Depesche bedeutet einen Eingriff in die Selbständigkeit und das Recht der bayrischen Kammer, der auch nicht durch das Interesse an der Person des Prinzregenten und noch viel weniger durch das Kunstinteresse Deckung finden kann. Würde man dazu schweigen, so hieße das, dem Kaiser Regierungsgewalten und Regierungsrechte in den einzelnen Bundesstaaten einräumen, die er nicht besitzt. Aus diesem Grunde legen wir Verwahrung ein. Wir müssen das um so mehr tun, als die Stelle, von der jener Angriff ausgeht, unverantwortlich ist. Angesichts dieser Unverantwortlichkeit haben wir uns an den Verantwortlichen zu halten, und das ist der Reichskanzler. Ich gestatte mir daher an ihn die Frage zu richten, ob er vielleicht es ist, der die Informationen hat erteilen lassen und ob auch die Veröffentlichung des Depeschenwechsels von ihm angeordnet ist, nachdem festgestellt ist, daß sie von bayrischer Seite nicht ausgegangen ist. Endlich richte ich die Frage an ihn, was er für die Folge zu tun gedenkt, um die auch ihm obliegende Pflicht der Aufrechterhaltung der Verfassung zu erfüllen und derartige Vorfälle unmöglich zu machen. Vor einiger Zeit hat ein süddeutsches Blatt, das nicht meiner Parteirichtung angehört, geschrieben, der Kaiser sei der bestgehaßte Mann in Deutschland. Das ist durchaus unrichtig. Auch in Süddeutschland wird der hochgemuten Gesinnung, der Tätigkeit und Energie des Kaisers die größte Hochachtung entgegengebracht. Ihm schlagen die Herzen alle entgegen. Um dieses sich steigernde Gefühl zu erhalten und zu stärken, und da, wie es scheint, nicht immer berufne Berater zur Stelle sind, die den Kaiser auf die Bedeutung solcher Enuntiationen hinweisen, halten wir es für unsre Pflicht, als Vertreter des Volks, hier unsre Stimme zu erheben. Einst fiel das Wort: „Der Main ist überbrückt!" Die dreißig Jahre Geschichte sind nicht spurlos vorübergegangen. Die durch Gut und Blut zusammengeschmiedete deutsche Gemeinschaft wollen auch wir im Süden hochhalten, aber wir verlangen auch strikte Einhaltung der Reichsverfassung, und das um so mehr, je höher die Anforderungen sind, die an die Opferwilligkeit gestellt werden. Recht muß Recht bleiben!

Reichskanzler **Graf v. Bülow**: Herr Schädler hat die Frage aufgeworfen, ob und wie weit ich die Verantwortung für dieses Telegramm übernehme. Nach unsrer Verfassung, die uns alle bindet, bin ich verantwortlich für diejenigen Kaiserlichen Entschließungen, die an die Gegenzeichnung des Reichskanzlers gebunden sind. Artikel 17 der Reichsverfassung bestimmt, daß Anordnungen und Verfügungen des Kaisers der Gegenzeichnung des Reichskanzlers bedürfen, der dadurch die Verantwortlichkeit übernimmt. Diese Gegenzeichnung

und die dadurch begründete Verantwortlichkeit erstreckt sich also nur auf Anordnungen und Verfügungen des Kaisers, also nur auf solche Handlungen, die in unmittelbarer Ausübung der dem Kaiser zustehenden Regierungsrechte vor sich gehn, dagegen nicht auf persönliche Kundgebungen, selbst wenn solche persönlichen Kundgebungen programmatischer Natur sind. Dementsprechend ist der bekannte Erlaß des Kaisers Friedrich vom März 1888, in dem der verewigte Monarch die Grundsätze darlegte, nach denen er seine Regierung einzurichten wünschte, von keinem Minister gegengezeichnet worden. Ebenso sind die Erlasse unsers jetzigen Kaisers vom Februar 1890 über die Ordnung der Arbeiterverhältnisse von keinem Minister kontrasigniert worden. Jenseits dieser von der Verfassung gezognen Schranken beginnt das weite Gebiet, wo nicht mehr die formale Verantwortlichkeit des Reichskanzlers Platz greift, sondern, ich möchte sagen, die Imponderabilien der Tradition, des Takts, der Gewissenhaftigkeit, der moralischen Verantwortlichkeit.

Welche Folgerungen ergeben sich nun aus dieser moralischen Verantwortlichkeit des Reichskanzlers gegenüber persönlichen Kundgebungen des Kaisers? Reichsgesetzlich ist diese moralische Verantwortlichkeit weder ausgedrückt, noch umschrieben, sie folgt aber meines Erachtens aus der Natur der kanzlerischen Institution. Ich nehme keinen Anstand, hier und vor dem Lande zu sagen, daß ein gewissenhafter, ein seiner moralischen Verantwortlichkeit sich bewußter Reichskanzler nicht würde im Amte bleiben können, wenn er Dinge nicht zu verhindern vermöchte, die nach seinem pflichtgemäßen Ermessen das Wohl des Reichs wirklich und dauernd schädigen würden. Aber andrerseits verbleibt dem Kaiser auch über die Grenzen der Verfassung hinaus ein weites Maß eignen Aktionsrechts und persönlicher Initiative. Wie jeder Staatsbürger darf auch der Kaiser von dem Recht Gebrauch machen, seine Meinung zu äußern. Das Recht der freien Meinungsäußerung, das nach Artikel 27 der preußischen Verfassung jedem Preußen zusteht, darf auch dem Kaiser nicht verweigert werden. Und wenn der Kaiser, seiner kräftigen Natur entsprechend, seine Meinung hier und da kräftig zum Ausdruck bringt, so wird ihm das gerade der Abgeordnete Schädler nicht vorwerfen dürfen, der weder heute noch in Tuntenhausen als Leisetreter aufgetreten ist. Dieses Recht der freien Meinungsäußerung dem Kaiser zu wahren, hat der Reichskanzler die Pflicht. Solche persönlichen Kundgebungen des Kaisers bedürfen zu ihrer Giltigkeit auch nicht der Gegenzeichnung des Reichskanzlers. Der Gedanke, den Kaiser in den Aeußerungen seiner Meinung dadurch zu beschränken, daß dieselben an die Gegenzeichnung des Reichskanzlers gebunden

werden, liegt unsrer Verfassung vollständig fern. Die Frage der Giltigkeit kann dabei überhaupt nicht in Betracht kommen.

Ich werde es aber niemals ablehnen, die Verantwortung zu übernehmen für die Rückwirkung, die solche persönlichen Kundgebungen haben können auf den großen Gang der Politik; denn ich bin dem Bundesrat wie diesem hohen Hause verantwortlich für eine Führung der Geschäfte, die weder den äußern noch den innern Frieden des Reichs gefährdet. Es handelt sich im vorliegenden Falle um einen persönlichen Meinungsaustausch zweier Souveräne, der nicht den Charakter eines Staatsakts trägt, es handelt sich um eine Aeußerung des Fürsten zum Fürsten, des Freundes zum Freunde, um eine ausschließlich persönliche Angelegenheit zwischen den beteiligten Bundesfürsten. Schon darum bin ich nicht in der Lage gewesen, die Informationen über die Vorgänge zu geben, aus denen der Depeschenwechsel hervorgegangen ist. Den persönlichen Charakter des Depeschenwechsels können Sie daraus ersehen, daß, wie das Telegramm des Kaisers nur mit dem Namen des Kaisers unterzeichnet war, die Antwort des Prinzregenten nicht den Zusatz „Prinzregent," sondern nur „Prinz von Bayern" trug. Hieran ist auch durch die Veröffentlichung des Depeschenwechsels, auf die Schädler eben so sehr insistiert hat, nichts geändert worden. Wolffs Telegraphenbureau ist keine staatliche Einrichtung, es bringt alle Vorgänge, die die Oeffentlichkeit interessieren, aber ein offizielles Organ ist es nicht; das offizielle Organ ist der „Reichs-Anzeiger," und dieser hat den Depeschenwechsel nicht veröffentlicht, weil es sich um eine persönliche Kundgebung handelte. Die Frage, wie die Veröffentlichung zustande kam, ist hier nicht entscheidend; worauf es allein ankommt, ist, ob durch dieses Telegramm die Beziehungen zwischen dem Absender und dem Empfänger des Telegramms, zwischen Preußen und Bayern, wirklich getrübt worden sind, wie das der Herr Schädler behauptet hat. Darauf erwidre ich, daß von einer solchen Trübung in keiner Weise die Rede sein kann. Der Prinzregent von Bayern hat das Telegramm seines Königlichen Freundes nicht mißverstanden, und wie wenig er es mißverstanden hat, können Sie daraus entnehmen, daß dieser hohe Herr vier Wochen nach Empfang des Telegramms den Prinzen Ludwig von Bayern, der sich zu den Manövern nach Posen begab, beauftragte, dem Kaiser noch mündlich seinen Dank für das Telegramm zu wiederholen.

Ich zweifle nicht an dem bayrischen Patriotismus des Herrn Schädler; aber ich meine doch, daß, wo es sich um die Wahrung der Würde und Selbständigkeit von Bayern handelt, der Prinzregent von Bayern zuständiger ist als der Herr Schädler.

Der Prinzregent wußte sehr wohl, daß der Kaiser in seinem

Telegramm nur einer persönlichen Empfindung hat Ausdruck geben wollen. Dieser edle Fürst, der von jedem Bayern und von jedem Deutschen mit Recht hoch verehrt wird, und der seit über siebzehn Jahren das ihm von der Vorsehung unter sehr schwierigen Verhältnissen übertragne Amt mit so großer Auszeichnung führt, wußte wohl, daß der Kaiser nur Ausdruck hat geben wollen der persönlichen Anerkennung für alles, was der Prinzregent und das Haus Wittelsbach für die deutsche Kunst getan haben, der persönlichen Ansicht, daß in Sachen der Kunst allein das Interesse der Kunst maßgebend sein sollte.

Herr Schädler hat ja soeben nachzuweisen versucht, daß der Mehrheit der bayrischen Kammer die Absicht fern gelegen hätte, irgendwie Kunstinteressen schädigen zu wollen. Daß ein solcher Argwohn für einen objektiven Beurteiler nicht sehr fern lag, wird wohl der Herr Schädler selbst nicht bestreiten wollen. Auch das wußte der Prinzregent sehr wohl, daß der Kaiser durchaus nicht die Absicht hatte, sich in die parlamentarischen Angelegenheiten eines Bundesstaats einzumischen. Und vor allem wußte der Prinzregent, daß es dem Kaiser nicht eingefallen ist, den Rechten eines Bundesfürsten oder eines Bundesstaats zu nahe treten zu wollen. Gegenüber dem, was Herr Schädler gesagt hat über unifikatorische Tendenzen, von denen ich nicht wüßte, wo sie existieren sollen — an maßgebender Stelle existieren sie nicht! —, betone ich, daß der bundesstaatliche Charakter des Reichs von keiner Seite in Zweifel gezogen worden ist. Mit allen seinen Mitfürsten ist der Kaiser davon durchdrungen, daß auf den vertrauensvollen Beziehungen zwischen den Bundesstaaten und Bundesfürsten und auf der Achtung vor den Rechten jedes Bundesstaats und Bundesfürsten eine glückliche Zukunft des Reichs beruht. Die sorgsame Pflege der föderativen Grundlagen des Reichs ist eine conditio sine qua non für eine gedeihliche deutsche Entwicklung, das wird an keiner Stelle vergessen.

20. Januar. v. Vollmar hält eine längere Rede zum Etat und will nach Besprechung des Swinemünder Kaisertelegramms auf die Kaiserreden anläßlich des Falles Krupp eingehen. Der Präsident erklärt, eine Besprechung des Falles Krupp, die eine durchaus private Angelegenheit sei, nicht zuzulassen; auch der Hinweis v. Vollmars, daß er nur auf die Aeußerungen des Kaisers gegen die Sozialdemokratie eingehen wolle, und daß die Reden im Reichsanzeiger veröffentlicht worden seien, also nach dem vom Präsidenten aufgestellten Grundsatz der Besprechung im Hause unterzogen werden dürften, ändert in der Auffassung des Präsidenten Grafen Balleſtrem nichts. Er meint, daß auch die Bemerkungen gegen die Sozialdemokratie, die sich gegen kein Mitglied des Hauses richteten, privater

Natur seien, und daß sich der von ihm aufgestellte Grundsatz nur auf Kaiserreden bezogen habe, die öffentliche Dinge behandeln. Schließlich bemerkt **v. Vollmar**, er stelle vor dem Reiche fest, daß es im deutschen Reichstage nicht gestattet sei, Beschimpfungen einer Partei von zwei Millionen Wählern zur Sprache zu bringen. — **Sattler**: Der Verlauf der Dinge gestern und heute bestätige, daß in der Tat Zentrum nach wie vor Trumpf sei. Es allein könne ungehindert Aeußerungen des Kaisers besprechen und dürfe sich durchaus nicht wundern darüber, daß der Kaiser, nachdem er den Münchnern die Schack-Galerie belassen, nun dergestalt seiner Entrüstung über die kunstfeindlichen Beschlüsse des Zentrums Ausdruck gegeben habe. Das war des Kaisers gutes Recht. Vom Reichskanzler sei Aufschluß zu wünschen über den Stand der Angelegenheit mit Venezuela und über unser Verhältnis zu England und China. Geboten sei ferner eine endliche Entschließung der Regierungen über die Diätenfrage.

Reichskanzler **Graf Bülow**: Aus den Schlußausführungen des Abg. v. Vollmar schien mir die Tendenz zu sprechen, dem Kaiser und der Monarchie eine antisoziale Tendenz zu imputieren. Diese Auffassung ist wissenschaftlich wie psychologisch gleich unbegründet. Wie wir alle wissen, ist die Sozialgesetzgebung in Deutschland durch Kaiser Wilhelm den Ersten ins Leben gerufen worden. Die Monarchie in Deutschland hat tatsächlich für die arbeitenden Klassen mehr getan, als bisher in irgend einem andern Lande geschehen ist. Vor einigen Wochen befand sich in Berlin eine Deputation der englischen Friendly-Gesellschaften, um unsre Versicherungsgesetzgebung zu studieren. Bei der Verabschiedung dieser Deputation hielt ihr Führer eine Abschiedsrede, in der er unter Bezugnahme auf die Botschaft vom 17. November 1881 wörtlich sagte: „Selbst wenn die Namen eines Cäsar und Napoleon längst verklungen sein werden, so wird dieses deutsche Kaiserwort ewig fortleben. Es wird noch in den fernsten Jahrhunderten das herzbewegende und andauernde Gedächtnis an den großen deutschen Kaiser erhalten, der die Worte seiner an den Reichstag gerichteten Botschaft nicht nur ausgesprochen, sondern auch kraftvoll in die Tat umgesetzt hat.“ So urteilt das Ausland über das, was die Monarchie in Deutschland geleistet hat für die soziale Frage. Es ist unbestreitbar, daß die soziale Gesetzgebung, die Gesetzgebung zum Wohle der arbeitenden Klassen in keinem Lande so entwickelt ist wie bei uns. Die großartige Schöpfung unsrer Arbeiterversicherung steht bis jetzt einzig in der Welt da. Wo finden Sie in Frankreich oder Belgien oder Holland, England oder Amerika Gesetze, Maßnahmen und Einrichtungen zum Schutze der

Arbeiter wie bei uns? Wenn Sie das bestreiten sollten, so möchte ich aus einem Bericht unsers Botschafters in Paris eine Stelle vorlesen über eine Unterredung, die er gehabt hat mit dem früheren, ganz ausgezeichneten französischen Arbeitsminister Millerand. Dieser ist ein intimer Freund des großen Redners und hervorragenden Politikers Jaurès. Millerand bemerkte, daß, da die Frage der Altersversicherung für die Bergarbeiter gerade jetzt wieder auf der Tagesordnung steht, seine Bemühungen darauf gerichtet seien, einen ähnlichen Zustand zu schaffen, wie wir ihn durch die Hochherzigkeit und Weitsicht des Kaisers bei uns in Deutschland gefunden haben, einen Zustand humanitärer Behandlung der arbeitsunfähig Gewordnen. Deutschland habe viel mehr dafür getan, als es in Frankreich bis jetzt der Fall sei. Man müsse die drohende Gefahr des Streiks beseitigen, aber nicht sie fördern, wenn den wirklich gerechtfertigten Forderungen der Arbeiter Rechnung getragen werde. Vielleicht interessiert es Sie noch, aus dem Bericht unsers Botschafters zu hören, daß dieser aus der Unterhaltung mit Millerand den Eindruck einer sehr ruhigen und würdigen Persönlichkeit empfangen habe, die entfernt sei von jeder Pose, und der es nur um sachliche Interessen zu tun ist. Es heißt weiter in dem Bericht: Nach den frühern Schilderungen in der Presse hatte ich mir ein ganz andres Bild von ihm gemacht. Er verfolgt energisch die Hebung der untern Klassen, wozu die Bourgeoisie nicht allzu geneigt ist. (Zurufe bei den Sozialdemokraten: Wie bei uns!) Dieser Zuruf frappiert mich wirklich. Es ist wirklich dasselbe, was Se. Majestät der Kaiser an den Rand dieses Berichts geschrieben hat. Ich werde Ihnen nachher diesen Bericht übergeben; Sie werden daraus ersehen, daß an dieser Stelle der Kaiser vor einem Jahre geschrieben hat: „Richtig! und das überall.“ Millerand ist aber weit entfernt, die Staatsgewalt zu erschüttern. Ich wünsche auch Ihnen (zu den Sozialdemokraten) einen Millerand. Die deutsche Arbeiterversicherung bildet ein zusammenhängendes Ganzes; anderswo beschränkt man sich darauf, einzelne Zweige unsrer Sozialversicherung zu realisieren; ebenso unbestreitbar ist es, daß die Sozialgesetzgebung mit allem, was sie Gutes und Großes mit sich gebracht hat, zurückzuführen ist auf die gemeinsame Arbeit der deutschen Fürsten und dieses hohen Hauses. Auch das allgemeine gleiche Wahlrecht, das anzutasten nirgendwo irgendwelche Tendenz besteht, ist Ihnen von der Monarchie gewährt worden, und zwar freiwillig; der Kaiser ist davon durchdrungen, daß es Aufgabe des Staates ist, die schützende, stützende und helfende Hand über alle wirtschaftlich Schwachen zu halten. Auf eine Fürsorge hat nach seiner Ansicht allerdings jeder wirtschaftlich bedrängte Stand An-

spruch, und nicht nur die Arbeiter der Industrie, sondern auch die der Landwirtschaft. Der Bauer ist auch ein Mensch sozusagen. Aber der Kaiser ist auch davon durchdrungen, daß die Monarchie, die im Anfang des vorigen Jahrhunderts den Uebergang gefunden hat von dem alten zu dem neuen Staatswesen, auch heute stark und und einsichtig genug ist, um die Uebelstände und Mißstände, die neben vielen Lichtseiten die moderne Entwicklung der Dinge mit sich gebracht hat, wie in allen fortgeschrittenen Ländern zu mildern und soweit zu beseitigen, wie es möglich ist auf dieser unvollkommnen Erde. Während sich im vorigen Jahrhundert das deutsche Bürgertum, der Gebildete, der Gelehrte und dann der Arbeiter zu Macht und Ansehen emporgeschwungen hat, so ist es die Ansicht des Kaisers und der Verbündeten Regierungen, daß die Aufgabe unsers Jahrhunderts ist: der Ausbau der sozialen Gesetzgebung. Der Kaiser ist auch davon durchdrungen, daß der Arbeiter gleichberechtigt sein soll mit den andern Ständen und Klassen, und daß diese Gleichberechtigung ihren gesetzgeberischen Ausdruck finden soll. v. Vollmar hat ferner von bonapartistischen Tendenzen gesprochen; mir ist kein einziger Fall bekannt, wo der Kaiser sich in Widerspruch gesetzt hätte mit den Bestimmungen der Reichsverfassung. Wenn sich aber Se. Majestät im Rahmen der Reichsverfassung hält, so hat er nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, die ihm durch die Reichsverfassung übertragnen Befugnisse in ihrem vollen Umfange auszuüben. Was soll dieses ganze Gerede von Absolutismus, Bonapartismus, Cäsarismus usw.? Als ich die dunkeln Andeutungen v. Vollmars in dieser Beziehung hörte, fragte ich mich, ob ich mich wirklich im Deutschen Reichstage oder in Marokko oder China befände. Nennen Sie mir doch einen einzigen Fall, wo die verfassungsmäßigen Rechte des deutschen Volkes durch den Kaiser, die deutschen Fürsten oder einen Minister irgendwie mißachtet worden wären! Wenn sich bei uns ein Parteiregiment etablierte, dann könnte es sich unter mehr oder weniger absolutistischen Tendenzen etablieren, und ich kenne auch bei uns, auch in Ihren Reihen manche mehr oder weniger absolutistisch angelegte Parteiführer, aber absolutistisch angelegte Fürsten und Minister sind mir in Deutschland nicht bekannt. Absolutismus ist überhaupt gar kein deutsches Wort und keine deutsche Bezeichnung. Es ist ein asiatisches Gewächs, und von dem kann in Deutschland nie die Rede sein, so lange die Zustände sich weiter entwickeln auf der Bahn von Gesetz und Ordnung und Achtung der Rechte der Krone, die ebenso heilig sind wie die Rechte der Bürger, und die nicht verletzt werden dürfen. Wenn unsre Zustände jemals eine absolutistische, cäsaristische Form annehmen sollten, so wird es die Form sein von revolutionärer

Umwälzung. v. Vollmar hat weiter berührt das Verhältnis des Kaisers zum Reichskanzler. Dieses Verhältnis wird stets rechtlich geordnet durch die Artikel 15, 16, 17, 18 der Reichsverfassung. Es liegt im beiderseitigen guten Willen und Wunsch, im Interesse der res publica gemeinsam zu wirken, und die salis publica erfordert gegenseitige Konzessionen und Kompromisse. Ich möchte aber bestimmt aussprechen, daß die Rechte, die persönliche Initiative des Kaisers, von keinem Reichskanzler werden verkürzt werden, noch verkürzt werden sollen, noch verkürzt werden können. Das würde den Traditionen des deutschen Volkes nicht entsprechen. Das deutsche Volk will gar keinen Schattenkaiser, sondern einen Kaiser von Fleisch und Blut. Was aber den Reichskanzler angeht, so wiederhole ich, daß der Reichskanzler, der diesen Namen verdient, der ein Mann und nicht ein altes Weib ist, nicht gegen seine Ueberzeugung handelt. Daraus folgt noch nicht, daß er sofort zurücktreten soll, wo er einmal irgend eine andre Meinung hat als sein Souverän, sonst würden meine Vorgänger mehr als einmal ihre Entlassung eingereicht haben. Die erste Eigenschaft eines Reichskanzlers ist, zu unterscheiden zwischen großen politischen Fragen und zwischen Angelegenheiten von nicht zu großer Bedeutung. Der Reichskanzler nimmt ebensowenig bei einem geringen Anlaß seine Entlassung, wie jemand aus einer Partei austritt, der andrer Meinung ist als der Leiter seiner Partei. Aber ein nur ausführendes Organ ist der Reichskanzler nicht. Das würde weder den Interessen des deutschen Volkes entsprechen noch den Wünschen des Kaisers. Dieser verträgt sehr gut einen Widerspruch. Er will gar keinen Reichskanzler, der ihm nicht unter Umständen widersprechen könnte. Niemand ist so wenig voreingenommen wie der Kaiser. Gestern ist hier wiederholt von Anträgen gesprochen worden zur bessern Sicherung des Wahlgeheimnisses. Ich bin in der Lage, mitteilen zu können, daß beim Bundesrat ein Antrag des Reichskanzlers eingebracht werden wird, der eine Abänderung des Wahlreglements für die Reichstagswahlen vorschlägt.

Ich bin davon durchdrungen, daß die ruhige und friedliche Entwicklung zwischen Deutschland und Frankreich den Interessen des Wohles beider Länder entspricht, und daß es eine Anzahl von Fragen gibt, wo beide für ihre beiderseitigen Vorteile Hand in Hand gehen können. Ich werde auch fernerhin auf das sorgsamste unsre Beziehungen zu Frankreich pflegen, mit dem wir in der Vergangenheit zwar den Degen gekreuzt haben, dessen glänzende Eigenschaften wir aber ebenso anerkennen wie seine Verdienste um die Fortschritte der Zivilisation, als des stärksten Trägers menschlicher Kultur. Was die venezolanische Angelegenheit betrifft, so hat unsre in voller Gemein-

samkeit mit England und Italien eingenommne Haltung bis jetzt dahin geführt, daß der Präsident von Venezuela die Forderungen der drei Mächte im Prinzip anerkannt hat. Ebenso hat er sich mit den von den drei Mächten aufgestellten Vorbedingungen für die Ueberweisung unsrer Streitfrage an das Haager Schiedsgericht einverstanden erklärt. Das Vorgehen Englands an der Seite Deutschlands hat in manchen englischen Blättern und Reden Anstoß erregt, und ein wildgewordner Poet von großem Talent hat sich sogar zu Verbalinjurien gegen uns verstiegen. Diese Erscheinungen sind nur zu erklären aus einer gewissen Erbitterung des englischen Volkes, die wiederum zurückzuführen ist auf die sehr heftigen Angriffe, die ein großer Teil der kontinentalen Presse während des südafrikanischen Krieges gegen England gerichtet hat. Vielleicht haben deutsche Blätter nicht einseitiger teilgenommen als französische, belgische, russische und italienische. Ich weiß auch wohl, daß angesehene Organe der deutschen öffentlichen Meinung immer wieder an die alte Weisheit erinnert haben, daß Politik, und namentlich auswärtige Politik, mit dem Kopfe und nicht nach dem Gefühle geführt werden muß, und wenn der Abg. v. Vollmar gesagt hat, die deutsche Politik gegenüber dem südafrikanischen Kriege wäre nicht in Uebereinstimmung mit dem Volksempfinden gewesen, so nehme ich gar keinen Anstand, auch heute zu sagen, wie ich es mir zur Ehre rechne, daß ich auch in diesem Falle unsre Politik zugeschnitten habe lediglich nach den dauernden deutschen Interessen. Durch solche Volkserregungen wird in allen Ländern den Vertretern der auswärtigen Politik ihre Aufgabe sehr erschwert. Wenn vor 1900 Jahren der gute Horaz gesagt hat: quidquid delirant reges, plectuntur Achivi, so liegt die Sache heute eher umgekehrt; heutzutage sind es meist die Achivi, die es „anrichten", und die reges sollen es hinterher „ausmachen." Deshalb haben die Könige und Staatsmänner gerade dann die Pflicht, Besonnenheit, kaltes Blut und ruhiges Urteil zu bewahren, wenn die Achiver sich ihren Leidenschaften überlassen, und deshalb freue ich mich, sagen zu können, daß in den Beziehungen zwischen den Monarchien und zwischen den Kabinetten von Berlin und London keine Aenderung eingetreten ist, daß dieselben sich in den alten, bewährten, besonnenen und freundlichen Bahnen bewegen.

21. Januar. Zum Etat im allgemeinen ergreifen das Wort: Richter, v. Kardorff, Schrader, Liebermann und der Reichskanzler Graf Bülow. Dieser bemerkt: v. Kardorff schien mir nicht einverstanden zu sein mit dem kaiserlichen Marginal zu dem Bericht unsers Botschafters in Paris über seine Unterhaltung mit dem damaligen französischen Handelsminister Millerand, den ich gestern in diesem

Hause verlesen habe. Das betreffende Marginal lautet nicht, wie der Abg. v. Kardorff sagte: „Richtig so wie bei uns“, sondern die Stelle des Berichts lautet: „Herr Millerand verfolgt energisch die Hebung der untern Klassen, wozu die Bourgeoisie nicht allzusehr geneigt ist.“ Und dazu hatte der Kaiser an den Rand geschrieben: „Richtig, und das überall.“ Ich bin weit entfernt, zu bestreiten, daß in Deutschland das Bürgertum viel geleistet hat für die Hebung der untern Klassen, daß es tatkräftig mitgewirkt hat an dem Ausbau unsrer Sozialgesetze. Aber es liegt in der menschlichen Natur und in dem menschlichen Egoismus, daß jede Gesellschaftsschicht Opfer zugunsten einer andern Gesellschaftsschicht nur ungern bringt, und deshalb ist es die Pflicht des Staates und der Monarchie, hierbei ausgleichend einzugreifen. Ich meine das in dem Sinne, daß die Konkurrenzfähigkeit der Nation auf dem Weltmarkt nicht beeinträchtigt oder der Export erschüttert wird, daß man aber auch die Arbeitgeber und Unternehmer auffordert und ermahnt, kräftig mitzuwirken, damit die Klassendifferenzen immer mehr zusammenschrumpfen, damit die ärmeren Klassen wohlhabender werden, damit immer mehr Individuen heraufsteigen aus den untern in die reichern und wohlhabendern Schichten der Bevölkerung, mit andern Worten: ich bin für den sozialen Aufschwung. Dies ist mein sozialpolitisches Bekenntnis, dies ist die Ansicht der Verbündeten Regierungen, und dieser Ansicht hat der Kaiser in dem Marginal Ausdruck gegeben.

Dem Abg. Richter erwidert der Kanzler: In jedem konstitutionellen Staatswesen sind die Minister und ist namentlich der leitende Staatsmann genötigt, mit der Individualität des Monarchen zu rechnen. Wie unter uns allen, so gibt es auch unter den Fürsten schwächere und stärkere Individualitäten. Je stärker und ausgeprägter die Individualität eines Monarchen ist, um so mehr wird er geeignet sein, Einfluß zu gewinnen auf den Gang der Staatsgeschäfte. Daß dadurch dem verantwortlichen Minister seine Aufgabe nicht immer erleichtert wird, darin hat der Abg. Richter vollkommen recht. Aber auf der andern Seite wollen wir doch nicht vergessen, daß eine starke und ausgeprägte und begabte Individualität eines Fürsten für ein Volk von nicht zu unterschätzendem, ja von sehr großem Vorteil ist. Auch die, die mit dem Gang unsrer Politik nicht einverstanden sind, sollten doch nicht ungerecht sein gegen das tatkräftige Streben und das redliche Wollen unsers Kaisers, gegen den großen Zug in seinem Wesen, und daß er einen freien und vorurteilslosen Sinn hat. Ich sage das ohne jeden Byzantinismus; der Kaiser hat nichts Kleinliches an sich, und was Sie ihm auch vor-

werfen mögen, ein Philister ist er nicht. Das ist sehr viel wert im 20. Jahrhundert. Mit Entschiedenheit muß ich Verwahrung einlegen gegen die Angriffe, die der Abg. Richter in sehr geschickter und gewählter Form gegen den Monarchen gerichtet hat und nicht gegen die Minister. Das innerste Wesen des konstitutionellen Staates besteht darin, daß der Monarch staatsrechtlich nicht verantwortlich ist. Wenn Sie also Angriffe erheben wollen gegen irgendwelche Handlungen des Monarchen, so sind sie zu richten gegen die Person des verantwortlichen Reichskanzlers und gegen die Minister. Ich wüßte mich nicht zu erinnern, daß ich mich dieser Verantwortlichkeit je entzogen hätte, und wenn ich diese Verantwortlichkeit zu tragen nicht imstande wäre, so würde ich nach den abgegebnen Erklärungen, und zwar nicht pro forma, sondern in Wirklichkeit und mit dem einzigen Bestreben, dem Lande zu dienen, wie es unter den gegebnen Verhältnissen meine Schuldigkeit ist, dem Zwiespalt mit der Auffassung des Monarchen dadurch ein Ende machen, daß ich Se. Majestät bäte, mich in Gnaden meines Amtes zu entheben. Solange ich aber an dieser Stelle stehe, bitte ich, für Ihre Angriffe nicht die Allerhöchste Person zu wählen, sondern meine Person, und Ihre Angriffe gegen mich zu richten.

Der Empfang der Burengenerale bei dem Kaiser war ihm durch mich unter zwei ausdrücklichen Bedingungen vorgeschlagen, nämlich einmal, daß sich die Burengenerale auf deutschem Boden einer antienglischen Agitation zu enthalten hätten, und daß sie als englische Staatsangehörige die Audienz nachzusuchen hätten durch die Vermittlung des englischen Botschafters. General Dewet hatte diese Bedingungen für sich und seine beiden Kameraden angenommen. Ich kann Ihnen unsern Gewährsmann nicht nennen, aber ich kann Ihnen versichern, daß er eine durchaus glaubwürdige, loyale, achtungswerte Persönlichkeit ist. Von diesem Gewährsmann wurde uns einige Wochen später mitgeteilt, daß bei den Burengeneralen eine plötzliche Sinnesänderung stattgefunden hätte, daß sie es nicht mehr für möglich hielten, die Audienz bei dem Kaiser ihrerseits nachzusuchen, sondern daß sie es für richtig fänden, wenn der Kaiser sie kommen ließe. Unter diesen Umständen konnte nach dem, was ich eben dargelegt habe, von einer Audienz bei dem Kaiser nicht mehr die Rede sein, und es konnte hiernach auch ein Empfang derselben an amtlichen Stellen nicht mehr in Frage kommen.

22. Januar. **Bebel:** Der jetzige Etat bedeutet ein vollkommnes Debacle. Selbst die ersten Grundsätze einer guten Finanzpolitik, daß laufende Ausgaben durch laufende Einnahmen gedeckt werden müssen, werden nicht befolgt. Beträgt doch die Zuschußanleihe nicht weniger als 95 Millionen, und die werden Sie durch alle Abstriche nicht aus der Welt schaffen können, zwei Drittel der Zuschußanleihe werden mindestens ungedeckt bleiben. Ich

glaube sicher, daß in Zukunft noch mehr verfassungswidrig im Reichstag verfahren werden wird, über die Geschäftsordnung hat man sich ja schon hinweggesetzt. Nun erwartet man große Einnahmen von dem Hunger- und Wuchertarif. Aber kann es denn etwas Trostloseres geben, als daß man Rettung erwartet von einem Tarif, der die untersten und ärmsten Klassen belastet? Aber selbst wenn große Einnahmen durch den Hungertarif kommen, ist es noch lange nicht sicher, daß wir damit über den Berg kommen.... Wir leben in einem Zustande der Plötzlichkeit. Selbst solche fundamentalen Aenderungen, wie die Umwandlung der Artillerie, kommt gewissermaßen über Nacht. Wenn einer gewissen Person im Reiche heute etwas einfällt, muß es morgen schon verwirklicht sein. Jetzt wird ja auch eine neue Kriegsvorlage geplant. Das Wettrennen der einzelnen Staaten in der Verbesserung und Vermehrung der Kriegstechnik nimmt Verhältnisse an, die die Völker nicht mehr ertragen können. Eine Ausgabe zieht die andre nach sich. Und alles, damit weitere und raffiniertere Mord- und Zerstörungswerke geschaffen werden! Und es nützt ja doch alles nichts. Auf die Dauer kommt das ganze alte Europa gegen Amerika nicht auf. Wie auf industriellem Gebiete, so gehts auch auf dem der militärischen Macht. Die Folge dieses methodischen Wahnsinns muß eine allgemeine Stagnation sein, die notwendig zu einer Katastrophe führt. Jawohl, das ist das Ende der Entwicklung! Wir treiben ja freilich jetzt „Weltpolitik“.... Wir geben uns ja bereits ohnehin alle Mühe, Hans Dampf in allen Gassen zu sein. Wir haben ja auch die weitestgehenden Aspirationen. So soll nach der Kaiserzusammenkunft in Reval ein Telegramm an den russischen Kaiser gerichtet worden sein: „Der Admiral des Atlantischen Ozeans entbietet seinen Gruß dem Admiral des Stillen Ozeans!“ Nach einer andern Version: „Der Beherrscher der westlichen Meere dem Beherrscher der östlichen Meere!“ Die Antwort des Zaren soll kühl gelautet haben: „Glückliche Reise!“ Die Zukunft Deutschlands soll ja auf dem Wasser liegen! Wir wollen nicht nur die erste Militärmacht sein, sondern auch die erste Seemacht, der „Beherrscher des Atlantischen Ozeans.“ „Der Dreizack gehört in unsre Faust.“ Derartige Aussprüche müssen naturgemäß anderwärts verstimmen. Die kühle Haltung Englands ist im wesentlichen auf unsre Marineanstrengungen zurückzuführen. Wir müssen überall in der Welt dabei sein! Vielfach ist betont worden, daß unser „schneidiges“ Auftreten gegen Haiti nichts weniger als sympathisch oder imponierend gewirkt hat. Und bei Venezuela, da mußten wir natürlich erst recht schneidig auftreten. Man sollte doch bei der Schätzung von „Forderungen,“ die von Deutschen im Ausland erhoben werden, etwas vorsichtig sein.... Wie rechtfertigt sich das Vorgehen des „Panther“ gegen San Carlo? Es handelt sich meist nur um das Interesse der Großkapitalisten, der Deutschen Bank, der Firma Krupp usw. Man sollte zu Gewaltmaßregeln doch erst greifen, wenn es wirklich gar kein andres Mittel mehr gibt. Glauben Sie nicht, daß wir überall Opposition machen, wenn wir hier die nur zu gerechtfertigten Klagen des deutschen Volkes vorbringen....

Redner kommt auf die Ausführungen des Reichskanzlers über die soziale Gesetzgebung zu sprechen. Die kaiserliche Botschaft von 1881 ist nur durch die Furcht vor der Sozialdemokratie hervorgerufen worden.... Sie dürfen nicht glauben, daß wir irgend einem Manne das Recht der freien Meinungsäußerung beschneiden wollen. Aber es ist doch kein Zweifel: der Fürst hat im konstitutionellen Staate eine Ausnahmestellung. Er ist tatsächlich unverantwortlich, und sogar in hohem Grade strafrechtlich unverantwortlich. Eines steht fest: Wenn manche der Reden, die im Laufe der letzten 13 Jahre gegen meine Parteigenossen vom Kaiser gehalten sind, von einem andern Manne gehalten wären, an irgend einer

Stelle, wo er faßbar ist, nicht hier im Parlament, und einer von uns hätte den Betreffenden verklagt, dann wäre er unzweifelhaft von jedem Gericht wegen Beleidigung bestraft worden. Hier ist das vollständig ausgeschlossen. Auch die Presse ist ja in der eigentümlichen Lage, daß sie nur in sehr gebundner Weise auf solche Angriffe eingehen kann. Sie ist durch den Majestätsbeleidigungsparagraphen sehr beschränkt, der gegen die Sozialdemokratie noch ganz besonders scharf gehandhabt wird. Der Kaiser ist kein Privatmann. So oft er sich irgendwo zeigt, tritt er als Kaiser auf. Eine Ausnahme wäre es höchstens, wenn er als zweiter Harun-al-Raschid verkleidet aufträte und in einer sozialdemokratischen Versammlung eine Rede gegen die Sozialdemokratie hielte. Aber das wird er nicht tun, und ich begreife das. Also die Lage ist die: Wir werden heftig angegriffen und können nicht antworten. Wenn angesichts solcher Angriffe bei uns Unwille gegen die Person des Kaisers entsteht, ist das verwunderlich? Ist das nicht selbstverständlich? Ich frage die Herren auf der Rechten: Wenn Sie so traktiert würden wie wir, würden Sie dann noch Gefühle der Loyalität besitzen? Es gab auch schon eine Zeit bei Ihnen, wo Sie in sehr pikierter Stimmung waren. Da hat man mir von sehr eingeweihter Seite gesagt, daß zu jener Zeit in den Reihen der Konservativen mehr Majestätsbeleidigungen begangen seien, als irgendwo im Deutschen Reich. Es war im Anfang der neunziger Jahre, in der Aera Caprivi. Ich weiß mich nicht zu entsinnen, daß je ein sozialdemokratisches Blatt oder ein sozialdemokratischer Redner wegen Beleidigung des bayrischen Prinzregenten oder des Königs von Württemberg oder des Großherzogs von Hessen oder eines andern Bundesfürsten bestraft worden ist. Warum nicht? Die Herren beobachten eben die Reserve, die ihnen ihre Stellung als konstitutionelle Fürsten auferlegt. Sie gehen nicht in der aggressiven Weise vor, wie der Kaiser, sie treiben keine Parteipolitik. Das ist beim Kaiser anders. Der Reichskanzler hat das gestern in sehr hübscher Weise zu erläutern gesucht. Er meinte, der Kaiser sei eine sehr impulsive Natur. Er sei kein Philister. Dieses Wort hat mir ganz besonders gefallen. Ich will auch die Fürsten nicht als Philister sehen; es gibt leider ohnehin schon zu viele. Aber wenn solche Ausdrücke gebraucht werden, wie der Kaiser sie gegen uns liebt, dann ist es doch ganz natürlich, wenn auch wir einmal das Bedürfnis haben, frei von der Leber weg zu sprechen, denn auch bei uns gibt es impulsive Naturen. Was würde wohl der Präsident sagen, wenn ich hier einmal in ähnlichem Tone redete, wie der Kaiser es gegenüber der Sozialdemokratie tut! Seit 18 Jahren sind wir in einer ganzen Reihe von Variationen fortdauernd vom Kaiser angegriffen worden. Wir sind Gegner der Monarchie, aber wir sind nicht Gegner eines bestimmten Fürsten. Der Fürst ist ja als Fürst geboren. Kann er etwas dafür? Wenn er an irgend etwas unschuldig ist, so ist er es an seiner Krone. Durch den Zufall ist er Fürst geworden, weil er der Erstgeborne war. Etwas ganz andres aber ist es, wenn der Fürst als Mensch persönlich seinen Feinden gegenüber gehässig auftritt, wie er es uns gegenüber liebt. Die Monarchie ist eine Institution, erwachsen aus ähnlichen Verhältnissen wie die bürgerliche Gesellschaft. So wenig wir die bürgerliche Gesellschaft für ihr Vorhandensein verantwortlich machen, so wenig machen wir den Träger der Krone für seine Krone verantwortlich, und demnach sind wir energische Gegner der Anarchisten, die den Fürstenmord predigen, weil sie glauben, dadurch eine Umwälzung der Zustände herbeizuführen. Das ist der größte Wahnsinn, der gedacht werden kann, einmal, weil die Person an sich nichts dafür kann, zweitens, weil ein Attentat auf die Person notwendig und selbstverständlich die ungeheure Zahl der Anhänger dieser Person und dieser

Institution zu Feinden der Partei macht, der der Attentäter angehört, und drittens, weil ein Attentat überhaupt nichts nützt. Es ändert nichts an der Staatsordnung, nichts an der Gesellschaftsordnung, nichts an der Monarchie. Wenn der eine Monarch fällt, tritt ein andrer an seine Stelle, gleichviel, ob er auf dem Schlachtfelde fällt, ob er eines natürlichen Todes stirbt, oder durch ein Attentat. Die Einrichtung wird erst dann verschwinden, wenn sich die Mehrheit des Volkes zu andern Anschauungen bekennt. Es ist noch lange nicht gesagt, daß das mit Gewalt geschieht. Es ist schon vieles auf sehr gemütlichem Wege durchgesetzt worden, woran man früher nicht gedacht hat. Wir haben nichts gegen die Person des Fürsten oder des Kaisers auszusetzen, aber wenn wir, wie es hier geschehen ist, unausgesetzt bei jeder passenden und unpassenden Gelegenheit zum Gegenstande der heftigsten Angriffe, der stärksten Beleidigungen und Beschimpfungen gemacht werden, so müßten wir keine Menschen von Fleisch und Blut sein, wir müßten kein Gerechtigkeitsgefühl haben, wenn wir uns das gefallen ließen. Es ist auch ein Skandal, daß wir solchen Angriffen gegenüber so gebunden dastehen. Was für einen Zweck sollen denn diese Angriffe haben? Glaubt einer von Ihnen denn, daß der deutsche Kaiser dadurch mehr Monarchisten oder weniger Sozialdemokraten schafft? Im Gegenteil! Auch das Zentrum hätte seine Machtstellung niemals erlangt ohne den Kulturkampf. Genau so ist es mit den Sozialdemokraten. Was hat Ihnen Ihr ganzer Kampf genützt? Uns hat das Ausnahmegesetz nur genützt? Das beweisen unsre Stimmen bei den Wahlen. Wer weiß, ob wir soviel zugenommen hätten, wenn der Kaiser nicht so oft geredet hätte. Ich taxiere jede kaiserliche Rede auf 100000 Stimmen mehr für uns ein. Darunter leidet nur die Autorität der Krone. Im Auslande macht es einen sonderbaren Eindruck, wenn der Kaiser jeden Augenblick die größte Partei als die Feinde Deutschlands bezeichnet, die auf den Umsturz der bestehenden Verhältnisse und seines Thrones hinarbeite. Glauben Sie, daß das das deutsche Ansehen im Auslande stärkt? Nun kommt noch der Kronprinz des Deutschen Reichs, dieser junge, zwanzigjährige Herr, und bezeichnet uns als Elende. Was hat der junge Herr eigentlich für Verdienste, daß er es überhaupt in Anspruch nehmen kann, in diesem Tone gegen die Sozialdemokraten zu reden? Wenn man uns als „Elende“ bezeichnet, so ist das ein Ehrenname für uns, genau so, wie das Schimpfwort „Geusen“ später ein Ehrenname wurde. . . . Wir sind bereits mitten drin in den Zeiten des Cäsarismus, wie sie nicht schlimmer waren im alten Rom. Welche Feigheit überall bei den besitzenden Klassen; kein Mut mehr im Ausspruch der eigenen Ueberzeugung, alles sucht nur nach Geld, nach Vorteilen. Es fehlt heutzutage der Mannesmut auch vor dem Königsthron.

Reichskanzler **Graf v. Bülow**: Der Abgeordnete Bebel hat die Vorwürfe berührt, die der Kaiser gegen seine Partei erhoben hat. Darauf erwidere ich: Was führen denn Sie selbst für eine Sprache? Ich will Sie nicht erinnern an alles, was in Ihren Blättern geschrieben stand; ich will Ihnen keine Blütenlese aus dem „Vorwärts“ oder gar aus der „Leipziger Volkszeitung“ vorführen. Aber das will ich sagen: Suchen denn Sie nicht mit allen Mitteln der Agitation die Monarchie zu schädigen? Und da wundern Sie sich, daß ein von seinen Pflichten und Rechten durchdrungner Monarch dagegen Front macht! So lange die Sozialdemokratie den Umsturz unsrer verfassungsmäßigen Zustände betreibt,

so lange sie sich als Gegnerin der Monarchie bekennt, können Sie sich auch nicht darüber wundern, daß der oberste Träger des monarchischen Prinzips sich dagegen mit Entschiedenheit, und wenn es seiner Natur entspricht, hier und da auch mit Schroffheit zur Wehr setzt. Die große Mehrheit dieses Hauses aber wird mit mir den Wunsch teilen, daß die allerhöchste Person, die verfassungsmäßig unverantwortlich und unverletzlich ist, so selten als möglich in unsre Debatten hineingezogen werde. Ich habe genügend bewiesen, daß ich mich nicht scheue, Kaiserliche Aeußerungen zu vertreten. Wenn der Träger der Krone angegriffen wird, so werde ich niemals zögern, mich vor den Träger der Krone zu stellen und ihn zu decken. Aber auf der andern Seite bin ich überzeugt, daß die große Mehrheit dieses Hauses gern zurückgehen möchte zu der frühern Praxis, daß wir, wie dies den konstitutionellen Gepflogenheiten entspricht, die allerhöchste Person aus unsern Debatten ausschalten. Hinsichtlich unsrer sozialpolitischen Gesetzgebung hat Herr Bebel gemeint, es bliebe uns noch sehr viel zu tun übrig. Daß auf sozialpolitischem Gebiete noch viel zu verbessern bleibt, ist zweifellos richtig. Andrerseits erinnere ich Sie nochmals daran, daß wir in dieser Richtung erreicht und realisiert haben, was bisher noch in keinem andern Lande der Welt erreicht worden ist. Wir müßten reicher sein, wie wir sind, und wir müßten mehr Elemente für die Selbstverwaltung besitzen, als wir sie bis jetzt haben, wenn ein solches Tempo in unsrer Sozialgesetzgebung eingeschlagen werden könnte, wie es Bebel verlangt. Das aber will ich ausdrücklich betonen, daß von einem Stillstehn der sozialpolitischen Gesetzgebung in Deutschland nicht die Rede sein kann noch wird. Dazu hat der sozialpolitische Gedanke viel zu feste Wurzeln geschlagen bei den verbündeten Regierungen und bei diesem ganzen Hause. Die Bewegung soll aber eine gesunde und normale sein, keine überhastete und krankhafte. Wenn sich die Lage unsrer arbeitenden Klassen beständig hebt, da ist es sinnlos, an die Stelle des Bestehenden etwas setzen zu wollen, was sich in der Wirklichkeit noch nie und nirgends bewährt hat, was den Herren selbst doch nur in sehr undeutlichen Umrissen vorschwebt. Betreten Sie den Boden der Legalität, der Vernunft, verzichten Sie darauf, Gefühle zu verletzen, die der großen Mehrheit des deutschen Volkes heilig sind — und manche Gegensätze können sich mildern. So lange Sie das nicht tun, erschweren Sie die auf die Hebung und Gesundung der breiten Volksmassen gerichteten Bestrebungen der verbündeten Regierungen und der Mehrheit dieses hohen Hauses und schädigen die Sache des Arbeiters, dem Sie Luftschlösser vorspiegeln, die Sie nie und nimmermehr zu realisieren imstande sein werden.

Mit unserm Flottenbau verfolgen wir keinerlei Angriffsziele, sondern die Verteidigung der deutschen Küsten, die Vertretung der deutschen Interessen über See, den Schutz unsrer Staatsangehörigen im Auslande. Daß wir nicht wehrlos zur See dastehen, ist der Wunsch der sehr großen Mehrheit des deutschen Volkes. Herr Bebel hat weiter gemeint, der Ausspruch: „Unsre Zukunft liegt auf dem Wasser" enthielte eine aggressive Spitze gegen andre Mächte. Wir denken nicht daran, und der Ausspruch des Kaisers hat auch gar nicht sagen sollen, daß wir irgend eine Macht von der See verdrängen wollten. Aber wir haben ebensogut das Recht, die Meere zu befahren, wie andre Völker. Dieses Recht hat vor Jahrhunderten die Hansa gehabt, und dies Recht hat auch das neue Deutsche Reich. Was die Ausführungen des Abgeordneten Bebel über Venezuela betrifft, so ist eine solche Verteidigung Herrn Castro in keiner europäischen Zeitung und auch in keinem europäischen Parlament bisher zuteil geworden. Außerdem aber möchte ich darauf hinweisen, daß es sich gegenüber Venezuela für die drei Mächte nicht allein um Geldforderungen handelt, sondern auch darum, ihr Ansehen zu verteidigen, das durch das Vorgehen des Präsidenten Castro, durch die Art und Weise, wie er berechtigte Forderungen in einer unhöflichen Weise zurückwies, verletzt worden war. Wir hatten deshalb vollständig Recht, in Wahrung dieses unsers Ansehens vereint mit England und Italien so vorzugehen, wir wir es getan haben.

23. Januar. Gegen Ausstellungen Oertels über die Mittelstandspolitik der Regierung bemerkt der Staatssekretär **Graf Posadowsky**: Wir sind gewillt, den Mittelstand zu erhalten mit den Mitteln, die der moderne Staat bieten kann; aber wir können nicht den Mittelstand künstlich erhalten mit gesetzlichen Maßregeln, die mit den Grundsätzen des modernen Staates vollkommen unvereinbar sind. Wir können nicht beleben, was nicht zu beleben ist. Wir können bei unsern gewerblichen Verhältnissen nicht den allgemeinen Befähigungsnachweis einführen. Für die Landwirtschaft haben wir getan, was wir tun konnten. Sie werden in absehbarer Zeit keine Regierung finden, die der Landwirtschaft einen so weitgehenden Schutz gewähren wird.

Zweite Beratung.

3. Februar. Zum Etat des Reichskanzlers beantragen beide freisinnige Parteien, die Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag alsbald einen Gesetzentwurf betr. die Neueinteilung der Reichstagswahlkreise unter Berücksichtigung der seit Gründung des Deutschen Reichs erfolgten Verschiebung der Bevölkerung vorzulegen. **Spahn** freut sich über die vom Reichskanzler angekündigte

größere Sicherung des Wahlgeheimnisses, aber es lägen noch andre Beschlüsse des Reichstags vor, denen die Regierungen endlich Rechnung tragen müßten: vor allem müßten endlich Diäten gewährt werden. Nachdem die Aufforderung an die Arbeiter ergangen ist, den „schlichten Mann aus der Werkstatt“ in die Volksvertretung zu entsenden, müsse der Bundesrat endlich die hierzu nötige Vorbedingung, die Diäten, bewilligen. Redner wünscht auch Auskunft über die Stellung der Regierungen zur Aufhebung des Jesuitengesetzes, die so und so oft vom Reichstag beschlossen worden sei. Noch immer sei den Jesuiten der Aufenthalt auf deutschem Boden verwehrt. Kaiser Wilhelm der Zweite habe unlängst, dem Beispiel seines erhabnen Großvaters folgend, einen französischen Jesuiten mit der Chinadenkmünze dekorieren lassen wegen seiner Verdienste um das religiöse Wohl der deutschen Armee. Er konnte dies nicht auf deutschem Grund und Boden tun. Damit es wenigstens auf deutschem Boden geschehen könnte, ließ Graf Baudissin den Pater auf ein deutsches Schiff kommen und übergab ihm dort die Denkmünze. Es ist doch ein unhaltbarer Zustand, daß dieselben Verdienste, die vom Kaiser anerkannt worden, innerhalb des Deutschen Reichs nicht belohnt werden dürfen.

Reichskanzler Graf Bülow erwidert hinsichtlich der Diätenfrage, er bekenne, daß er sich den Zweckmäßigkeitsgründen nicht verschließe, ihnen vielmehr einen erheblichen Wert beimesse, obwohl nach den in den andern Parlamenten gemachten Erfahrungen der erhoffte Erfolg der Maßnahme nicht ganz sicher erscheine, aber es sei zu bedenken, daß die deutschen Bundesregierungen beim Abschluß des Bundes zugunsten der Reichseinheit auf wertvolle Rechte verzichtet haben. Unter diesen Umständen sei es begreiflich, wenn die Neigung für eine Maßnahme, die namentlich im Hinblick auf die Entstehung der Reichsverfassung eine wesentliche Aenderung derselben bedeute, keine große sei. Er sei deshalb noch nicht in der Lage, die Zustimmung des Bundesrats zu dem Beschluß des Reichstags, betreffend die Gewährung von Anwesenheitsgeldern, aussprechen zu können.

Was die Anträge von Graf Hompesch und Genossen und Graf Limburg-Stirum und Genossen angehn, so verliest Redner folgende Erklärung:

Die Zulassung von Niederlassungen des Ordens der Gesellschaft Jesu wird aus den Gründen, die den Erlaß des Gesetzes vom 9. Juli 1872 herbeigeführt haben, die Zustimmung der verbündeten Regierungen nicht finden. Dagegen bin ich der Ansicht, daß die konfessionellen Verhältnisse innerhalb des Deutschen Reiches es nicht länger notwendig erscheinen lassen, einzelne deutsche

Staatsangehörige deshalb, weil sie dem Orden Jesu angehören, unter die Bestimmungen eines Ausnahmegesetzes zu stellen oder gegenüber ausländischen Ordensangehörigen eine besondre Ausweisungsbefugnis zu erlassen. Ich glaube vielmehr, daß die allgemeinen reichs- und staatsgesetzlichen Bestimmungen genügen werden, um einen kirchlichen Frieden zwischen den beiden christlichen Konfessionen zu erhalten. In diesem Sinne werden wir, soweit ich Einfluß auf die Instruktion der preußischen Stimmen im Bundesrat habe, zu den vorliegenden Initiativanträgen des Reichstags Stellung nehmen. *)

Spahn (Zentr.) spricht namens des katholischen Volkes seinen Dank für die Erklärung des Kanzlers hinsichtlich Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes aus, obwohl das katholische Volk es allerdings nach wie vor für recht halte, daß das ganze Jesuitengesetz aufgehoben werde. — **Bassermann** (natl.) gibt seiner Genugtuung Ausdruck über die Sicherung der Geheimwahl und plädiert sodann für Gewährung der Diäten. Nach den Worten des Reichskanzlers glaube er hoffen zu dürfen, daß die Regierungen in nicht zu ferner Zeit auch auf diesen Wunsch des Reichstags eingehen würden. — **Fürst Bismarck** bekämpft lebhaft das Verlangen nach Diäten. Durch sie würde die schon begonnene Radikalisierung des Reichstags noch weiter gefördert werden. — **v. Vollmar** (Sozialdem.) hält es für bezeichnend, daß das Zentrum, das für die so prinzipielle Schulgesetzfrage lange Jahre so lebhaft gekämpft, jetzt so bescheiden mit einer Abschlagszahlung vorlieb nehme. Freilich, das Zentrum habe ja nur den Vorteil davon, wenn das Jesuitengesetz immer noch fortbestehe, weil es dann noch fortgesetzt darauf herumtrommeln könne, und zwar, ohne daß es von dem Gesetz noch den geringsten Schaden habe. — **Barth** (Freis. Vereinig.) hält die völlige Aufhebung des Jesuitengesetzes für das Richtigste. — **Richter** spricht für Diäten, namentlich im Interesse der süddeutschen Abgeordneten. — **Hasse** (natl.) hält es für geboten, festzustellen, daß in weiten Kreisen es sehr be-

---

*) Der § 2 des Jesuitengesetzes besagt:

Die Angehörigen des Ordens der Gesellschaft Jesu oder der ihm verwandten Orden oder ordensähnlichen Kongregationen können, wenn sie Ausländer sind, aus dem Bundesgebiet ausgewiesen werden; wenn sie Inländer sind, kann ihnen der Aufenthalt in bestimmten Bezirken oder Orten versagt oder angewiesen werden.

(Inländische Jesuiten konnten also schon jetzt in Deutschland sich aufhalten und mußten nur gewärtig sein, sich in ihrer Freizügigkeit unter Umständen beschränkt zu sehen. Die Aufhebung des Paragraphen würde die Befugnis der Behörden zur Beschränkung der Freizügigkeit inländischer Jesuiten beseitigen und zugleich auch nicht deutschen Jesuiten den Aufenthalt in Deutschland unter denselben Bedingungen wie allen andern Ausländern gestatten.)

dauert werde, daß die Regierung sich zu immer neuen Zugeständnissen an das Zentrum gezwungen fühle.

4. Februar. Fortsetzung der Beratung des Etats des Reichskanzlers in Verbindung mit einem Antrage von Barth, betreffend eine Neueinteilung der Wahlbezirke. Oertel, Hoffmann, Gröber, Wiemer reden über die verschiedenartigsten Themata.

5. Februar. Fortsetzung dieser Beratung. **Ledebour** (Soz.) sagt in einer längern Rede:

Was ist die Signatur unsrer Politik, die vom Reichskanzler gedeckt wird! Wir leben im Zeitalter der „Weltpolitik"! Man will durch eine abenteuerliche Weltpolitik den deutschen Handel befördern! Es tut dem Welthandel nicht wohl, wenn man in die Welthändel eingreift. Das schneidige Vorgehen in Venezuela hat den deutschen Handel und die deutsche Schiffahrt nicht gerade gefördert. Unsre Regierung ist in derselben Art gegen das Ausland vorgegangen, wie unsre Polizei im Innern gegen deutsche Staatsangehörige vorgeht! Eine unnötig starke Kriegsflotte schädigt nur die Interessen der Nation. Man soll nicht den Ehrgeiz haben, Hans Dampf auf allen Meeren zu sein. Die nationale Schneidigkeit äußert sich auch im Innern in dem Auftreten gegen die andersprachigen Bürger des Deutschen Reichs! Wo war es früher erhört, daß ein preußischer Minister in einem Parlament in den Ruf ausgebrochen wäre: „Hie Welf — hie Waiblingen!" Der „Kampf um deutsche Art" ist von dem Kaiser selbst proklamiert worden. In Marienburg hat der Kaiser zur Wahrung der nationalen Güter gegen den polnischen Uebermut aufgefordert! Er tat dies in Gegenwart englischer Offiziere! Ich glaube nicht, daß ein englischer Beamter in Gegenwart von Ausländern zum Kampf gegen andersprachige Angehörige des englischen Reichs auffordern würde! Nun, über Geschmack läßt sich nicht streiten, und was ich darüber sage, wird den Geschmack an maßgebender Stelle schwerlich ändern. Welches sind aber die politischen Folgen? Da wird ein Bürgerkrieg entfacht, da wird unter Verletzung der Verfassung gegen die Polen gekämpft! Redner verbreitet sich nun in der ausführlichsten Weise über die Polenpolitik der Regierung.

Reichskanzler **Graf Bülow**: Der Vorredner hat mir den Vorwurf gemacht, ich triebe eine abenteuerliche Politik. Ich habe seit beinahe sechs Jahren genügend bewiesen, wie fern mir phantastische Pläne liegen. Sie können wirklich ganz ruhig darüber sein, daß ich keine Unternehmen à la Mexiko unternehmen werde. Wo habe ich denn jemals abenteuerliche Wege eingeschlagen? In Samoa? Die Samoafrage ist zur allgemeinen Befriedigung beigelegt worden und so, daß wir die beiden Hauptinseln bekommen haben. In China? Aus der chinesischen Aktion sind wir mit Ehren hervorgegangen, mit ungeschwächten Kräften, mit einer gefestigten Position in Ostasien und mit voller wirtschaftlicher Gleichberechtigung mit den übrigen Mächten. Und auch in Venezuela bewegen wir uns genau auf der Bahn ruhiger Besonnenheit. Ebenso wie England und Italien wollen wir in Venezuela nichts andres erreichen als Sicherheit für Leben und Eigentum und Handel unsrer dortigen

Landsleute. Nun hat Herr Ledebour weiter gemeint, wir brauchten gar keine Kriegsflotte. Diese Aeußerung stimmte dem Sinne nach völlig überein mit einer Bemerkung, die vor mehr als fünfzig Jahren, damals, als das deutsche Volk im Jahre 1848 zum erstenmal den Wunsch hegte, auch eine Flotte zu haben, ein fremder Parlamentarier machte. Er wandte nämlich auf diese Bestrebungen des deutschen Volkes das Wort des Horaz an: Ephippia bos. Dies heißt: „Was soll dem Ochsen Zaumzeug? Was braucht das deutsche Volk eine Flotte?" Nun, ich meine, sowohl gegenüber jenem längst verstorbnen ausländischen Politiker wie gegenüber dem Herrn Ledebour wird die sehr große Mehrheit des deutschen Volkes daran festhalten, daß wir nicht zu Angriffszwecken, wohl aber zur Verteidigung unsrer überseeischen Angehörigen und Interessen das Recht haben, uns eine Flotte zu schaffen. Der Abgeordnete Ledebour hat mir weiter vorgeworfen, ich triebe Weltpolitik. Er hat sie in Bausch und Bogen verurteilt. Ich habe im vergangnen Jahre einmal gesagt, daß ich auf dem Felde der Weltpolitik mich bemühe, die Mitte zu halten zwischen den Anschauungen der Herren von der Linken und denen des Abgeordneten Hasse. Ich suche mich fernzuhalten von einer Anschauungsweise, die ich zu kirchturmartig finde, von der Auffassungsweise, die unsre politische Aktion nicht ausdehnen will über unsre vier Pfähle, die aber vergißt, daß uns damit im Kampf ums Dasein, der doch nun einmal den Inhalt der Weltgeschichte bildet, die Wege abgegraben werden würden, daß es meines Erachtens eine Schneckenpolitik wäre, die wir damit machen würden. Denn wenn wir auch noch so sehr die Hörner einzögen, würde unser Schneckenhaus schließlich doch zertreten werden. Ich suche mich eben so fern zu halten von einer Politik, die unsre Aktionssphäre zu sehr überspannen würde, die sich leiten ließe von Gefühlen, von vielleicht edeln, aber hier und da unklaren Gefühlen, statt von den dauernden und nüchtern erwognen Interessen des deutschen Volkes. Die auswärtige Politik soll den bleibenden Bedürfnissen des betreffenden Volkes, des betreffenden Staates dienen. Wenn diese Interessen Weltinteressen geworden sind, so wird diese Politik des betreffenden Landes und Volkes ganz von selbst eine Weltpolitik werden, d. h. nicht eine Interventionspolitik in bonapartistischem Stile, sondern eine Politik, die unsre berechtigten Interessen schützt, wie diese sich ergeben aus der wirtschaftlichen Ausdehnungsfähigkeit des deutschen Volkes, die wieder zurückzuführen ist auf die vor dreißig Jahren erfolgte Einigung und Konsolidierung der deutschen Nation.

6. Februar. Der Reichskanzler Graf Bülow erwidert bezüglich der von einem Redner aufgeworfenen Frage der Audienz der Buren-

generale beim Kaiser, ein Mittelsmann habe ihm damals geschrieben: „Die Burengenerale kamen gestern abend zu mir, um mir zu sagen, daß die Einhändigung einer Anfrage um Audienz beim britischen Botschafter nie in ihrem Plane gelegen hat. Die Anfrage beim britischen Botschafter einzureichen oder überhaupt eine Anfrage zu tun, scheint ihnen ausgeschlossen; sie meinten, sie würden gerufen werden. Sie werden also warten, bis sie gerufen werden," und bemerkt sodann: Welche Einflüsse wirksam gewesen sind, um bei den Burengeneralen diese plötzliche und völlige Sinnesänderung herbeizuführen, bin ich nicht in der Lage, mitzuteilen. Das zu untersuchen, ist auch nicht meine Aufgabe. Tatsache ist jedenfalls, daß die anfänglich von den Burengeneralen kundgegebne Bereitwilligkeit nachträglich modifiziert worden ist. Wenn die Burengenerale zur Motivierung ihrer Sinnesänderung auch darauf hingewiesen haben, daß der König von England sie habe zu sich rufen lassen, so ist dieses Argument nicht zutreffend, denn die Burengenerale waren seit dem Vertrage von Vereeniging Untertanen des Königs von England, der sie zu sich bescheiden konnte. Jedem andern Souverän gegenüber aber waren sie britische Staatsangehörige. Uebrigens kommt es hierauf nicht einmal an, da eben durch die bei den Buren eingetretene Sinnesänderung für uns eine neue Sachlage geschaffen worden war, die eine Audienz der Generale bei dem Kaiser ausschloß. Durch die bei uns über den Zolltarif und über Handelsvertragswünsche und Nichtwünsche im Plenum wie in der Kommission geführten eingehenden Beratungen sind unsre Karten für die diplomatischen Verhandlungen wegen Abschlusses von Handelsverträgen bereits so sehr aufgedeckt worden, daß unsern Unterhändlern ihre an sich schon nicht leichte Position dadurch mindestens nicht verbessert worden ist. Durch die detaillierten Erörterungen, die bei uns jede einzelne Tarifposition, ihre Entstehungsgeschichte und ihre Begründung gefunden haben, ist die Situation für unsre Vertreter eine erheblich schwierigere als die der Vertreter andrer Länder, bei denen Zolltarife in sehr geräuschloser Weise in die Erscheinung zu treten pflegen. Was die Mitglieder des Bundes der Landwirte angeht, die gegen den Zolltarif gestimmt haben, so stehen die Dienste, die sie der Landwirtschaft leisten, hinter den Verdiensten der verbündeten Regierungen und der Mehrheit des hohen Hauses um die Landwirtschaft so weit zurück, wie Negation und Kritik zurückstehen und zurückbleiben hinter positiver Arbeit. Ich verstehe es, meine Herren, wenn die schwierige, die sehr schwierige Lage der Landwirtschaft zu vielen Klagen geführt hat. Nachdem wir aber den Zolltarif zustande gebracht haben, meine ich, ist es endlich Zeit, mit diesem System der absoluten und immer wiederholten Kritik zu brechen. Den wahren Interessen der Landwirtschaft wird damit nicht entsprochen.

7. Februar. Beginn der Beratung des Etats des Reichsamts des Innern. Zu Titel I (Gehalt des Staatssekretärs) wird von Heyl zu Herrnsheim (natl.) und Trimborn (Zentr.) der Antrag auf eine Erklärung eingebracht, den Reichskanzler zur Vorlegung einer Gewerbeordnungsnovelle aufzufordern, deren Hauptbestimmungen sein sollten: Junge Leute zwischen vierzehn und achtzehn Jahren dürfen in Fabriken nicht länger als zehn Stunden beschäftigt werden. Die Beschäftigung von Arbeiterinnen über achtzehn Jahren darf die Dauer von zehn Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage die Dauer von neun Stunden nicht überschreiten. Jugendlichen Arbeitern und Arbeiterinnen darf Arbeit nach Hause nicht mitgegeben werden.

Die Sozialdemokraten beantragen eine Erklärung für Einsetzung besondrer Betriebsaufsichtsbehörden und Einführung eines allgemeinen Maximalarbeitstages von zehn Stunden, der innerhalb einer gesetzlich zu bestimmenden Frist auf acht Stunden verkürzt werden soll.

An der Beratung hierüber beteiligen sich Trimborn, Wurm und Roesicke. Dieser beantragt, „die Regierungen zu ersuchen, dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorzulegen, durch welchen den im § 152 der Reichs-Gewerbeordnung erwähnten Vereinigungen und sonstigen zur Wahrnehmung von Berufsinteressen gegründeten Vereinen gestattet wird, ihre Bestrebungen zum Zwecke der Verbesserung der Lage der Arbeiter auch auf Veränderungen der Gesetzgebung zu richten."

9. Februar. Bei Beratung dieser Anträge sagt der Staatssekretär Graf Posadowsky: Zur Regelung des Arbeiterschutzes in der Hausindustrie hat das Reichsamt des Innern die Initiative ergriffen, aber ich kann nur mit Bedauern konstatieren, daß die gutachtlichen Aeußerungen der Verbündeten Regierungen klargelegt haben, welche großen Schwierigkeiten der Regelung dieser Materie entgegenstehen. Ich kann daher vom Antrag Heyl nur sagen, daß er noch nicht die Grundlage gesetzgeberischer Arbeit bilden kann. Zumal das Verbot der Ausgabe von Arbeit an die jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ist undurchführbar, weil nicht zu kontrollieren. Was den unlautern Wettbewerb betreffe, so lasse sich ein Warennachschub nicht unbedingt verbieten, denn sonst würden oft die Restbestände ganz unverkäuflich werden. Im übrigen werde die Frage weiterer Vervollständigung des Gesetzes über den unlautern Wettbewerb fortgesetzt geprüft, und einstweilen sei angeordnet, das bestehende Gesetz möglichst scharf auszuführen. Die Sozialdemokraten würden jedenfalls nicht leugnen können, daß seit Erlaß der Botschaft Kaiser Wilhelms des Ersten das Verständnis für sozialpolitische Bestrebungen auch bei den besitzenden Klassen gestiegen sei.

10. Februar. Fortsetzung dieser Beratung, wobei Jäger (Zentr.) folgendes zu erklären beantragt:

In Erwägung, daß die Wohnungsverhältnisse der minder bemittelten Bevölkerung im Deutschen Reiche, besonders in den städtischen und industriellen Bezirken, in bezug auf Gesundheit und Sittlichkeit Maßregeln des Reichs oder der Einzelstaaten dringend erheischen, die verbündeten Regierungen zu ersuchen, dem Reichstage zum Beginn der nächsten Session eine Uebersicht über die Gesetzgebungs- und Verwaltungsmaßregeln vorzulegen, die im Reiche oder in den einzelnen Bundesstaaten zur Regelung des Wohnwesens und zur Förderung des Wohnungsbaues für die minderbemittelten Klassen getroffen sind, verbunden mit Mitteilungen über die Erfolge und Wirkungen dieser Maßregeln.

11. Februar. Fortsetzung dieser Beratung. Dabei stellt Stötzel (Zentr.) den Antrag: Der Reichstag wolle beschließen, die Verbündeten Regierungen zu ersuchen, in die Gewerbeordnung die Bestimmung aufzunehmen, wonach für die denselben unterstellten Betriebe die regelmäßige Maximalarbeitszeit zehn Stunden beträgt.

20. Februar. Auf Antrag von Blankenhorn (nat.-lib.) wird beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, Maßnahmen zu treffen, um der Reblauskrankheit in Elsaß-Lothringen entgegenzutreten, damit sie nicht auf andre Bundesstaaten übergreife. — Im weitern Verlauf der Verhandlungen gibt das Verlangen nach einer bessern Statistik über die Getreidepreise den Anlaß zu einer erneuten Auseinandersetzung über die Ersprießlichkeit des Verbots des Terminhandels für Getreide. Hiernach folgt eine Verhandlung über die Verhältnisse in Mecklenburg. Die im Etat ausgeworfne Forderung für die Reichsschulkommission nehmen Pachnicke und Herzfeld zum Anlaß, um sich in allgemeinen Klagen über die mecklenburgischen Zustände zu ergehen, woran sie aber von dem amtierenden Vizepräsidenten Büsing verhindert werden.

23. Februar. Zum Kapitel des Reichsgesundheitsamts werden die Verhältnisse von Krankenhäusern, sowie das Umsichgreifen der Wurmkrankheit im Ruhrrevier besprochen.

24. Februar. Die fernere Beratung des Etats des Reichsgesundheitsamts betrifft vornehmlich die Frage einheitlicher Kontrolle der Ausführung des Nahrungsmittelgesetzes.

25. Februar. Die Verhandlung dreht sich um das Verbot der Borsäure und geht sodann auf die Etats des Patentamts und des Reichsversicherungsamts über.

28. Februar. Beratung des Etats der Reichspost- und Telegraphenverwaltung. Staatssekretär Krätke: Bei den Einnahmen liege ein Fehlbetrag von vier Millionen vor, der aber im nächsten Etat wieder werde eingeholt werden, da alsdann die Mehreinnahmen wohl zwanzig Millionen betragen würden. Für den jetzigen Etat sei es möglich gewesen, eine Vermehrung der Beamtenstellen um 2341 und der Unterbeamtenstellen um 2329 in dem neuen Etat durchzuführen. Diese Beamtenvermehrung stelle eine Belastung von $5^1/_2$ Millionen Mark dar, die Vermehrung der Unterbeamtenstellen eine Belastung von $4^1/_2$ Millionen Mark. Allerdings sei es nur möglich gewesen, 2000 Assistentenstellen dabei zu berücksichtigen. Redner läßt sich noch ausführlich zur Begründung des Etats aus. An der Beratung

beteiligen sich Hug, Eickhoff, Singer, Müller-Meiningen, Kirsch, Graf Oriola, Werner, Lenzmann, Sittard.

3. März. Beim Etat des Reichs-Invalidenfonds erklärt der Staatssekretär v. Thielmann, die finanzielle Lage gestatte es nicht, daß die Beihilfen für die Veteranen aus ordentlichen Mitteln aufgebracht würden. Auf eine Wehrsteuer könne man nicht zurückgreifen, nachdem ein hierauf bezüglicher Vorschlag einst vom Reichstag einstimmig abgelehnt worden sei.

4. März. Bei der Beratung des Etats der Reichseisenbahnen tritt der preußische Minister Budde der Auffassung entgegen, als sei von ihm eine Reform des Personentarifs überhaupt nicht zu erwarten. Man könne von ihm nicht verlangen, daß er in acht Monaten vollbringen solle, was seinem Amtsvorgänger in elf Jahren nicht gelungen sei. Er wolle eine Reform, aber sie müsse sorgsam vorbereitet sein und dürfe sich nicht auf Preußen beschränken, sondern müsse das ganze Reich umfassen. Sodann weist der Minister noch einmal die Behauptung zurück, daß er die Koalitionsfreiheit der Arbeiter beschränken wolle. Er taste keines Menschen Rechte an. Er wolle mit seinen Arbeitern gemeinsam Tag und Nacht arbeiten und so, wie es das Wohl des Vaterlands erfordre. „Es existiert eine Sozialdemokratie in den Eisenbahnangelegenheiten absolut nicht. Ich werde unter keinen Umständen zugeben, daß Unfrieden unter die Eisenbahner gebracht wird. Denn wenn er nicht hineingetragen wird, dann ist er nicht drin. Daß einer oder der andre Beamte oder Arbeiter unzufrieden ist, ist unter den 365000 Angestellten in Preußen und 16000 in den Reichslanden selbstverständlich. Es handelt sich lediglich darum, ob eine feindliche Organisation den ganzen Betrieb zum Stillstand bringen darf. Sehr wichtig ist hierbei das Kapitel des Krieges. Wer so lange die Kriegsvorbereitungen im Großen Generalstabe geleitet hat wie ich, der weiß, welche Bedeutung der Aufmarsch der Armee für das Gelingen des Krieges hat. Als 1870 die Mobilmachungsorder erfolgte, bedurfte es nur eines Drucks auf den Knopf, und sämtliche Eisenbahnzüge setzten sich in Bewegung, und unser Stratege Moltke brachte es fertig, in zwölf Tagen 300000 Mann an der Grenze zu vereinigen. Die Aufgaben des nächsten Krieges werden viel höhere sein, und wenn eine Organisation die Möglichkeit hat, diesen Betrieb zum Stillstand zu bringen, dann ist das eine große Gefahr für das Vaterland. Die Gefahr ist aber um so größer, wenn, wie auf dem betreffenden Kongreß beschlossen worden ist, die Verbände sich mit internationalen Verbänden in Verbindung setzen, um dafür zu sorgen, welche von den Betriebsmaschinen stille stehn sollen."

6. März. Bei der Beratung des Etats des Reichsschatzamts erwidert der Staatssekretär v. Thielmann auf eine Anfrage des

Grafen Carmer, es liege kein Anlaß vor, eine neue Vorlage über die Kontingentierung des Zuckers zu machen.

Bei dem Ausgabetitel „400000 Mark Beitrag zur Deckung der laufenden Kosten der Universität Straßburg" bringt Sattler (natl.) die Errichtung der theologischen Fakultät daselbst zur Sprache, bezw. das Abkommen mit der Kurie. Wenn es gelingen sollte, den elsaß-lothringischen katholischen Klerus mit deutschem Geiste zu erfüllen und vom französischen Geiste loszulösen, so würde ihn das nur mit Freude erfüllen können. Aber die Einrichtung in Straßburg sei keineswegs dieselbe wie in Breslau, Bonn und Münster. Diese letzten beruhten auf königlichen Kabinettsorders, die in Straßburg dagegen auf dem Vertrage mit der Kurie. Er könne nur bedauern, daß man auch hier wieder den Weg der Verhandlungen mit der Kurie eingeschlagen habe. In Straßburg ernenne der Bischof die Professoren, während in Breslau, Bonn, Münster der Bischof nur die vom Staate ernannten ablehnen kann. Und der Bischof könne in Straßburg die Professoren absetzen, wenn ihnen auch der Staat die Gehälter fortzahle. Er frage den Reichskanzler, weshalb hier ein weiteres Zurückweichen der Staatsgewalt stattgefunden habe vor der Kurie und der sie deckenden Macht des Zentrums. In vielen Kreisen habe das eine stille innere Wut erzeugt, diese weitere Etappe auf dem Wege des Zurückweichens vor den Angriffen der römischen Hierarchie. Man könne sich dann auch nicht wundern, wenn ein Domkapitular in öffentlicher Versammlung sagt, der Staat bringe der Bevölkerung nichts als Steuern und Kanonen, und wenn Bischof Korum gegen die staatlichen Schulen vorgehe.

Der elsaß-lothringische Geheimrat Hallez erwidert, der bisherige Widerstand des katholischen Klerus in Elsaß-Lothringen schreibe sich wohl zum großen Teile daher, daß der Klerus bisher lediglich in Seminaren erzogen worden sei. Man habe hier von Kapitulation vor Rom gesprochen. Im Grunde genommen seien das doch nur hohle Phrasen. Einerseits spreche man von Kapitulation, andrerseits habe sich doch gerade der elsässische Klerus gegen die Fakultät ausgesprochen; daraus könne man doch ersehen, daß die Regierung auf dem richtigen Wege sei. Die Fakultät solle die jungen Theologen in innigere Beziehung bringen mit dem geistigen Leben in Deutschland, im Gegensatz zu ihrer bisherigen Abgeschlossenheit in Seminaren. Das sei doch ein sehr wesentlicher Gesichtspunkt. Ein ganz selbständiges Vorgehen des Staates wäre ein verfehltes Unternehmen. Die Fakultat würde dem Mißtrauen des ganzen Landes begegnet sein, sie würde zwar Lehrer gehabt haben, aber keine Studierenden. Deswegen sei das Abkommen mit der Kurie nötig gewesen. Und dieses Abkommen sei ein gutes. Die Fakultät basiere auf den-

selben Grundlagen wie die in Breslau, Bonn, Münster. Das ganze Vorgehen der Regierung bilde eine Fortsetzung nicht bloß der Politik des großen Reichskanzlers, sondern auch des großen Preußenkönigs. Ebenso wie in Breslau usw. könne auch in Straßburg kein Professor amtieren ohne Zustimmung des Bischofs. Und im Grunde genommen sei die Form in Straßburg noch die bessere, denn sie beuge am besten Konflikten vor. — **Spahn** (Zentr.): Was verlangen wir denn? Nicht Nachgiebigkeit des Staates, sondern nur Recht und Gerechtigkeit in Deutschland. Wenn jetzt die Fakultät in Straßburg errichtet wird, so nimmt doch der Staat ein Recht in Anspruch, das ihm eigentlich nicht gebührt. Denn die Ausbildung der Theologen ist nicht Sache des Staates. Und versteht er sich selbst dazu, so muß doch die Ausbildung der Theologen in dem Sinne erfolgen, wie es die Kirche zu verlangen berechtigt ist. — **Schrader** (freis. Vgg.): Wir wollen nicht den Kulturkampf. Aber wir befinden uns schon mitten in dem neuen Kulturkampf, in dem schon von Windthorst angekündigten Kampf um die Schule! Das hier gemachte Geschäft war ein brillantes für die Kurie, aber kein brillantes für das Deutsche Reich. Was ist diese Fakultät? Man sagt, sie sei eine Staatsanstalt. In einer Beziehung ist sie das allerdings, nämlich der Staat bezahlt für die Fakultät, sonst aber hat er sehr wenig zu sagen. Und wie steht der Professor da? Von wissenschaftlicher freier Forschung kann da keine Rede sein. Sobald der Professor nur in etwas von der Lehre der katholischen Kirche abweicht, wird er abgesetzt. Die katholische theologische Fakultät ist nichts weiter als eine weitere Ausbildung des katholischen Seminars, sie ist keine Stätte freier Forschung, sondern sie hat eine gebundne Marschroute. Das Bestreben der katholischen Kirche und Bevölkerung geht immer mehr dahin, sich im öffentlichen Leben und im privaten Leben abzusondern von der protestantischen Bevölkerung in Schulen, in Vereinen aller Art. — **v. Hertling** (Zentr.): Wir wollen keinen neuen Kulturkampf, sind vielmehr froh, wenn die Reste des alten Kulturkampfs immer mehr beseitigt werden. Was die Entstehung der theologischen Fakultät in Straßburg betreffe, so habe Kardinal Rampolla die Bedenken des Papstes zerstreut. Wenn man die katholisch-theologischen Fakultäten nicht wolle, weil sie nicht frei forschen dürfen, wie Schrader sagte, dann sei es nur konsequent, auch die protestantischen Fakultäten zu beseitigen. — **Barth** (freis. Vgg.): Die katholische Kirche hat oft genug Proben davon abgelegt, wie sie es versteht, nach allen Seiten hin ihre Friedfertigkeit zu betonen, dabei aber alles das zu erreichen, woran ihr so viel liegt. Es muß jedenfalls zu einem Konflikt zwischen der katholischen Kirche und dem Staate kommen, wenn die Kirche es nicht aufgibt, auf einen immer

größern Einfluß auf die Schule hinzuarbeiten. In dem Falle von Straßburg hat sich die öffentliche Meinung jedenfalls immer mehr davon überzeugt, daß hier ein Löwenvertrag vorliegt, bei dem alle Vorteile auf seiten der Kirche, alle Nachteile auf seiten des Staates sind! Der Bischof hat alle Rechte, er setzt die Professoren ein und ab. Die staatliche Behörde wird stets bereit sein, in dieser Beziehung allen Wünschen des Bischofs zu entsprechen, „um Konflikte zu vermeiden." Und da fragt man sich, wäre es denn da nicht besser gewesen, man hätte es beim alten gelassen?

7. März. Beratung des Etats des allgemeinen Pensionsfonds. Auf die Anfrage des **Grafen Oriola** antwortet der preußische Kriegsminister **v. Goßler**, der Entwurf eines neuen Militär-Pensionsgesetzes habe wegen Mangels der nötigen Geldmittel noch nicht vorgelegt werden können, es würden 20 Millionen nötig sein, bei rückwirkender Kraft 60 bis 70 Millionen. **Graf Roon** meint, die Mittel müßten durch neue Steuern, etwa durch eine Biersteuer, aufgebracht, jedenfalls alle Luxusausgaben, wie z. B. die Beiträge für internationale Ausstellungen, abgelehnt werden. — Was die an die Kommission gewiesenen Titel des Postetats betrifft, so beantragt **Müller** aus Sagan, eine größere Zahl von Beamten, namentlich Assistenten, einzustellen. **v. Waldow** beantragt die Erklärung, mit der Vermehrung der etatsmäßigen Stellen für Postassistenten vorzugehn, sobald zunehmende Steigerung des Verkehrs die Verwendung einer höhern Zahl fest angestellter Postbeamten bedingt. **Müller** (Sagan) bringt für den Fall der Ablehnung des Prinzipalantrags den Antrag, die Tagegelder so zu erhöhen, daß die nicht angestellten Assistenten in ihrem Einkommen nach Ablauf einer fünfjährigen Dienstzeit den angestellten gleich kommen. Bei der Abstimmung erweist sich der Reichstag als nicht beschlußfähig. — Es folgt die Fortsetzung der Beratung des Militäretats, wobei **Kunert** (Soz.) die Statistik der militärgerichtlichen Bestrafungen für 1901 bemängelt. Den Mannschaften müsse wenigstens das Recht zum passiven Widerstand gegeben werden. Die Henker der Vergangenheit würden von denen der Gegenwart noch übertroffen. Ausreißen und Selbstmorde seien die Folgen.

9. März. **Müller** aus Meiningen (freis. Vp.) bringt Fragen der Neuuniformierung des Heeres zur Sprache. — **v. Czarlinski** (Pole) kommt auf die Entziehung des Berechtigungsscheines für den einjährig-freiwilligen Dienst der im Thorner Schulprozeß verurteilten Gymnasiasten zu sprechen. — **v. Gersdorff** (kons.) drückt seine Genugtuung über den schönen, ungestörten Verlauf der Posener Kaisertage aus und knüpft daran die Hoffnung, daß diese zum nationalen Frieden in den Ostprovinzen beigetragen haben. Zu begrüßen sei

daher auch die Errichtung der königlichen Residenz in Posen. Die Manövertage hätten der Provinz Posen zweifellos sehr genutzt. — **Bebel** beginnt mit Hinweis darauf, wie wenig die Regierung begründeten Wünschen des Reichstag stattgebe. Kein Wunder, daß die Verhandlungen des Hauses solchen Umfang annehmen, wie dies tatsächlich der Fall sei. Redner beleuchtet sodann den Duellunfug. Immer und immer wieder kämen Dinge vor, die man als Faustschlag ins Gesicht des Reichstages empfinden müsse. Weiter wendet sich Redner zum Kapitel der Soldatenmißhandlungen. Verdienst seiner Partei sei es, durch immer wiederholte Hinweise auf diese Zustände auch die endliche Reform des Militärstrafverfahrens herbeigeführt zu haben. — Der preußische Kriegsminister **v. Goßler** erwidert: Im Jahre 1902 hat zwischen aktiven Offizieren kein einziges Duell stattgefunden. Ein aktiver Offizier war an dem Duell in Jena beteiligt, war aber von dem betreffenden Studenten ins Gesicht geschlagen worden. Die Begnadigung von Duellanten erfolgt stets nur auf Empfehlung des höchsten Militärgerichts, dem die Akten vorgelegen haben. Bebel hat wieder Mißhandlungen vorgeführt. Ich kann hier nicht jedem einzelnen Falle nachgehen. Wenn solche Dinge vorkommen, wie er sie geschildert hat, so ist natürlich die strengste Strafe gerade gut genug. Aber die Fälle prinzipieller Mißhandlungen sind doch sehr selten geworden. Der Unteroffizier weiß, daß er seine ganze Zukunft aufs Spiel stellt; läßt er sich doch hinreißen zu so schweren Mißhandlungen, so kann er geistig nicht normal sein.

10. März. Bei der Abstimmung über die Forderung der Gehaltserhöhung für die Oberstleutnants, die die Kommission abzulehnen beantragt, erweist sich der Reichstag als beschlußunfähig. — Die Forderung für die militär-technische Hochschule wird, nach einer längern Befürwortung seitens des Geh. Oberregierungsrats Müller, an die Kommission zurückverwiesen. — Nachdem sodann **Pauli** über die Verhältnisse der Arbeiter in Spandau geredet hat, kommt es zwischen **Bebel** und dem preußischen Kriegsminister **v. Goßler** zu Auseinandersetzungen über die Frage, ob die Firma Krupp das Reich durch ihre früheren Preise übervorteilt habe. Auf die Frage Bebels, ob eine Neubewaffnung der Feldartillerie bevorstehe, antwortet der Minister, daß ein völlig neues Geschütz nicht in Frage käme, über die vorgenommnen Aenderungsversuche aber keine öffentliche Mitteilung gegeben werden könne. Die Firma Krupp wird vom Minister sehr lebhaft in Schutz genommen. Die Art, in der er es tut, veranlaßt **Singer** und **Bebel** zu scharfen Erwiderungen, denen der Kriegsminister schließlich die Spitze abzubrechen sucht, indem er ausdrücklich betont, daß auch von

seiten der Sozialdemokraten die Diskretion über vertrauliche Besprechungen in der Budgetkommission stets gewahrt worden sei. Die Verhandlung hatte sich auf Dinge bezogen, die in der Budgetkommission vertraulich eingehend beraten waren, sich aber einer öffentlichen Aufklärung entziehen.

11. März. Die Beratung des Militäretats wird beim Kapitel „Technische Institute der Artillerie" fortgesetzt. Zubeil (Soz.) hält eine $2^1/_4$stündige Rede über die Werkstätten in Spandau, worauf ihm ein Vertreter des preußischen Kriegsministeriums eine Reihe von Unrichtigkeiten nachweist. Hiernach werden die Forderungen bezüglich der Gehaltserhöhung für die Oberstleutnants sowie für den Stab der Jäger zu Pferde abgelehnt.

12. März. Die Verhandlung dreht sich um die Frage der Verlegung der Düsseldorfer Husaren nach Krefeld und um die Erwerbung des Truppenübungsplatzes Neuhammer, die von der Budgetkommission wegen außerordentlicher Etatsüberschreitungen einstimmig scharf gerügt worden war. Die Kommission beantragt, von der fünften Rate 500000 Mark zu streichen und „den Reichskanzler zu ersuchen, bei künftigen Anforderungen für neue Truppenübungsplätze zuvor genaue Entwürfe und Kostenanschläge festzustellen und den in Betracht kommenden Grunderwerb durch Vorverträge sichern zu lassen."

13. März. Der preußische Kriegsminister sucht ausführlich nachzuweisen, daß bezüglich jenes Uebungsplatzes eine Etatsüberschreitung nicht vorliege, worauf die Frage an die Kommission zurückverwiesen wird. Es werden sodann folgende Beschlüsse gefaßt:

1. Den Reichskanzler zu ersuchen, bei Errichtung von neuen Truppenübungsplätzen solche Projekte grundsätzlich auszuschließen, bei denen sich die Schädigung einer größern Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe erforderlich machen würde. 2. Den Reichskanzler zu ersuchen, bei Vergebung des Bedarfs an Munition und Artilleriematerial durch tunlichste Zuwendung der Aufträge an eine Mehrheit von Lieferanten dahin zu wirken, daß im Interesse der Reichsfinanzen die erforderliche Konkurrenz aufrecht erhalten bleibe. 3. Den Reichskanzler zu ersuchen, mit der preußischen Unterrichtsverwaltung baldigst in Unterhandlungen darüber einzutreten, wie — eventuell unter finanzieller Beteiligung des Reiches — durch Erweiterung der technischen Hochschule zu Charlottenburg den besondern Anforderungen der Militärtechnik, speziell der Ballistik und des Waffenwesens, genügt werden könne.

14. März. Zum Etat für das Schutzgebiet Kiautschou wird beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, mit der preußischen Unterrichtsverwaltung in Verbindung zu treten, damit dem Kolonialrecht im Rahmen der juristischen Vorlesungen an den Universitäten, insbesondre an der Universität Berlin, die seiner Bedeutung entsprechende Stellung eingeräumt werde.

Zur Beratung des Marineetats übergehend beschließt der Reichstag, die Forderung von 6 020 000 Mark zum Ankauf von Grund und Boden für ein neues Dienstgebäude des Reichsmarineamts in der Bellevuestraße zu Berlin abzulehnen.

18. März. Genehmigung von $1^1/_2$ Millionen Mark für Beteiligung an der Weltausstellung in St. Louis. — Zum Etat für die Unternehmung nach Ostasien wird beschlossen, die geforderte Summe von 12 332 826 Mark um 3 Millionen Mark Ersparnisse aus der Verringerung der Expeditionstruppen zu ermäßigen.

19. März. Zum Etat des Auswärtigen Amts gibt der Reichskanzler Graf Bülow auf Anfragen v. Hertlings Antwort bezüglich einiger Punkte der auswärtigen Politik. Er sagt u. a.:

Der Vorredner ist wieder auf den Dreibund eingegangen. Seine Erneuerung ist rechtzeitig und unverändert eingetreten. Das spricht schon dafür, daß er nicht beruht auf einer zufälligen und nur vorübergehenden Konstellation, sondern auf dauernden Interessen. Er legt seinem Wesen nach den Verbündeten keine andern Schranken auf als die Rücksicht auf die Aufrechterhaltung des status quo und des Friedens. Darin zeigt sich sein dauernder Charakter im Unterschiede zu allen frühern Bündnissen, die entweder zur Eroberung oder zur Abwehr von Angriffen ad hoc geschlossen waren. Die Heilige Allianz, mit der man den Dreibund öfter verglichen hat, hatte sich allerdings auch die Aufgabe gestellt, überall den Frieden zu wahren. Das war ihr edler Zweck, aber sie hat auch versucht, in die innern Verhältnisse der Staaten einzugreifen. Das hat zu Interventionen geführt, und an den dadurch hervorgerufnen Evolutionen ist sie zugrunde gegangen. Der Dreibund hat die Tendenz der Heiligen Allianz übernommen, aber es liegt ihm fern, die Staaten in Bahnen zu drängen, die der Natur ihrer Völker widersprechen. Ich darf wohl sagen, der Dreibund ist zugleich das friedlichste und stärkste, das dauerhafteste und elastischste Bündnis. Seine Erneuerung ist nicht anstandslos erfolgt. Gegner hat der Dreibund auch in Oesterreich und in Italien, aber das sind meist auch Feinde der dort bestehenden verfassungsmäßigen Institutionen. Unterstützt wurden sie durch feindliche Strömungen außerhalb der Bündnismächte. Ich denke auch da natürlich an keine Regierung, sondern an andre Elemente. Die Quertreibereien in der italienischen, französischen und englischen Presse des vorigen Sommers werden Ihnen gezeigt haben, daß etwas los war. Allein der Charakter des Dreibundes ist ohne jede Einschränkung und Abschwächung festgehalten worden. Die andern Mächte wissen, daß wir an unsern Ver-

pflichtungen mit deutscher Treue festhalten. Aber wir haben auch die Bürgschaft, daß sie in den seither im Dreibund vorgesehenen Fällen ebenso fest und treu hinter uns stehn werden. Ich habe darauf geachtet, daß die Erneuerung nicht vermischt wurde mit fremden Dingen. Ich denke da besonders an Zoll- und andre politische Angelegenheiten. Der Dreibund gibt Gelegenheit, um Wünsche in dieser Richtung vertrauensvoll zu erörtern, aber eine Erneuerung durfte nicht durch handelspolitische Zugeständnisse erkauft werden. Der Vorredner hat auch erinnert an meine Worte, daß der Dreibund für uns keine absolute Notwendigkeit mehr sei. Auch deutsche Zeitungen, die eigentlich hätten klüger sein können, haben daraus falsche Schlüsse gezogen. Ich habe durch meine Aeußerung die Erneuerung nicht geschädigt und erschwert, sondern im Gegenteil wesentlich zu ihrer Erleichterung beigetragen gegenüber Elementen, die sie zum Scheitern bringen wollten. Ich habe mit meinen Worten nur zum Ausdruck gebracht, daß Deutschland, das ich allerdings für die bündnisfähigste Macht halte, nicht bündnisbedürftiger sei als irgend eine andre Macht, daß es den Dreibund nicht niedriger, aber auch nicht höher einzuschätzen brauche. Nun ist im letzten Jahre, namentlich in der ausländischen Presse, wiederholt behauptet worden, der Dreibund habe an Bedeutung verloren. Das ist ein harmloses Vergnügen, das wir denen als Trost lassen können, die durch Erneuerung des Dreibundes enttäuscht worden sind. Es sind die betrübten Lohgerber, denen die Felle fortgeschwommen sind. Der Dreibund ist unverändert in seinem Charakter und in seiner Bedeutung erneuert worden. Er wird dasselbe Schwergewicht wie früher in die Wagschale der Politik werfen, und damit können wir gewiß alle zufrieden sein. Gewiß sind wir stark genug, um uns auch allein unsrer Feinde zu erwehren, und wir müssen uns so stark erhalten, aber wir wissen auch die Vorteile des Bündnisses zu schätzen. Der Vorredner hat weiter eine Aeußerung des französischen Ministers des Aeußern Delcassé angeführt, daß Italien nicht gezwungen sei, sich an einem Angriff gegen Frankreich zu beteiligen. Mein verehrter Kollege kann damit nur haben andeuten wollen, daß der Dreibund eben nur ein Friedensbündnis ist, von dem kein unberechtigter Angriff gegen irgend eine Macht unternommen wird. Wir können uns nur freuen, wenn diese Ueberzeugung von dem friedlichen Charakter des Dreibundes auch außerhalb seiner Grenzen und besonders in Frankreich zur Herrschaft kommt. Freiherr v. Hertling ist dann auch eingegangen auf die Dinge im Orient. Ich habe bereits vor vier Jahren hier erklärt, daß wir in Konstantinopel keinen besondern und keinen ausschließlichen Einfluß erstreben, und ich habe damals auch die Gründe dafür

auseinandergesetzt. Es ist für uns ein Grundsatz, im Balkan keine aktive Politik zu treiben und für niemand die Kastanien aus dem Feuer zu holen. Die Hohe Pforte weiß auch, daß wir keine Vormachtstellung erstreben. Unsre Beziehungen ruhen auf der soliden Basis des Vertrauens auf unsre Loyalität und der Bewunderung für unser Heer, unsre Industrie und unsre Finanzen. Was Mazedonien anbetrifft, so sind wir mit jeder Maßnahme einverstanden, die eine tatsächliche Besserung der Zustände ohne Erschütterung des türkischen Besitzstandes herbeiführt. Die Vorschläge Rußlands und Oesterreich-Ungarns verbinden diese Gesichtspunkte in sehr glücklicher Weise. Die Regierungen in Wien und Petersburg haben alle Klippen geschickt umschifft. Wir befinden uns durchaus mit jenen Mächten, die die Besserung in dankenswerter Weise in die Hand genommen haben, im Einverständnis. Kein dauerndes Interesse wird unsre Unterstützung entbehren. Wir werden unsre Mitwirkung nie versagen, wo es die Erhaltung des Friedens gilt.

Auf Einwände **Hasses** gegen das wider Venezuela eingeschlagne Verfahren erwidert der Reichskanzler **Graf Bülow** in längerer Ausführung.

20. März. **Bernstein** (Soz.) kommt auf die Lage der jüdischen Bevölkerung in Rumänien zu sprechen. Dieser gegenüber hätten die rumänischen Staatsmänner ihre früheren Versprechungen noch ärger gebrochen als selbst die Türkei. Dabei liege in Rumänien nicht Unfähigkeit vor, sondern böser Wille. Europa stehe dabei und dulde es. Ist dem Reichskanzler irgend etwas von einem Schritt gegen die rumänische Regierung bekannt? Deutschland ist als Mitunterzeichner des Berliner Vertrages von 1878 mit verantwortlich. — **Oertel**: Rumänien ist nicht der Ansicht, den Vertrag gebrochen zu haben, und die andern Kongreßmächte müssen ja wohl derselben Ansicht sein, da sie nicht einschreiten. ... Redner spricht den Regierungen das Recht zu, die Anarchisten zu überwachen, denn der Anarchismus sei eine böse Krankheit, die ausgerottet werden müsse. Gegen England hetzen wollen wir nicht, wir haben aber für England auch keine besondern Sympathien. Auf die Bemerkung des Redners, daß Deutschlands Einschreiten in Venezuela wesentlich der Diskontogesellschaft zugute gekommen sei, erwidert der Staatssekretär **v. Richthofen**, diese Gesellschaft habe wohlbegründete Ansprüche gehabt, das Geschäft sei aber für sie nicht einmal besonders glänzend gewesen. — **Paasche** (nat.-lib.): Das dortige Eisenbahnunternehmen sei geradezu ein Kulturwerk ersten Ranges, das dem deutschen Namen Ehre mache. — **Gradnauer** (Soz.) erörtert die Liebesdienste, die die deutsche Polizei Rußland erweise. Er habe dabei nicht das Interesse von Ausländern im Auge, sondern das Interesse an Deutschlands Ehre, und er habe nach den gestrigen Ausführungen des Staatssekretärs den Eindruck, als erinnere das Verhalten der Regierung gegenüber Rußland an die schlimmsten Zeiten der Vergangenheit. Wenn kleine Staaten auch nur entfernt ähnliches tun würden wie Rußland, würde unser Auswärtiges Amt sicherlich mit wer weiß welcher Energie auftreten. Unsre Liebedienerei gegen Rußland und das Vorschieben des Anarchismus, um diese Liebedienerei zu beschönigen, sei um so weniger berechtigt, als in Rußland schon der als Revolutionär gelte, wer auch nur das Verlangen nach

strengster Gesetzlichkeit erhebe. Das Verhalten unsrer Regierung erscheine daher geradezu unwürdig.

Staatssekretär v. **Richthofen**: Solche Abmachungen mit Rußland bestehn nicht. Es bestehn aber andre Abmachungen. Vorredner hält sie für schlecht, wir aber halten sie für gut und für gut funktionierend. Ob durch sie immer gerade die Leute getroffen werden, die man treffen will, läßt sich freilich nicht feststellen. Es bestehn nicht nur in Paris, sondern auch in London ähnliche Ueberwachungseinrichtungen. Was die Klagen des Vorredners im einzelnen anlangt, so ist die Fremdenpolizei Sache der Einzelstaaten. — **Schrempf** vermißt beim Reichskanzler ein wärmeres Gefühl für die Deutschen in Ungarn. — **Schrader**: Man solle solche Eisenbahn- und andre Verkehrsunternehmungen, wie sie in Venezuela mit deutschem Kapital geschaffen worden, vom Standpunkt des Gewinns aus dem einzelnen Unternehmen betrachten. Hauptgesichtspunkt sei dabei, daß Deutschland durch eine solche Verkehrsanlage überhaupt dort festen Fuß fasse, und daß sich an ein solches Unternehmen andre industrielle Unternehmungen angliedern könnten. Das gereiche unserm Ansehen und unsrer Macht im Auslande zur Stütze. Ein Teil unsers Ansehens in der Türkei rühre unzweifelhaft davon her, daß so mannigfache Verkehrsanlagen von Deutschen dort gemacht sind. Was Rumänien anlange, so habe unleugbar der Berliner Kongreß die dort für die Fremden bestehenden Rechtsungleichheiten beseitigen wollen. Er selbst würde es auch für richtig halten, wenn gerade Deutschland die Judenfrage in Rumänien bei den andern Mächten anregen wollte.

21. März. Beratung des Kolonialetats. **Stolle** (Soz.) bedauert, daß nichts mehr für die Beseitigung der Sklaverei in Afrika geschieht. — Kolonialdirektor **Stübel** erwidert: Es ist in Ostafrika ein wirtschaftlicher Stillstand, wenn nicht ein Rückgang eingetreten. Die wirtschaftlichen Formen dort haben die Haussklaverei zur Grundlage. In Englisch-Ostafrika ist allerdings gesetzlich bestimmt, daß die Kinder der Haussklaven als Freigeborne zu betrachten sind. Aber dort sind durch Bahnbauten usw. die wirtschaftlichen Formen schon wesentlich verändert. Auch wir wollen sobald wie möglich die Haussklaverei abschaffen, wir befinden uns in einem Uebergangsstadium. In Togo ist die Sklaverei ganz abgeschafft. In Kamerun existiert eigentlich keine Haussklaverei, die Sklavenkinder sind halbfrei und deren Kinder ganz frei. In Ostafrika ist verordnet worden, daß der Umkauf eines Sklaven nur mit Einwilligung seiner Angehörigen und nur vor der Behörde stattfinden darf. Es werden ferner die Sklaven, denen gegenüber die Herren ihre Verpflichtungen nicht erfüllen, für frei erklärt. Es sind also wesentliche Milderungen bereits eingeführt, und neue Sklavereiverhältnisse können nicht mehr entstehen. Die Wirkung der getroffnen Maßnahmen ist, daß im Jahre 1902 im ganzen 2037 Sklaven frei geworden sind gegen 1521 im Jahre 1901, und zwar teils durch Freikauf, teils durch Freilassung und teils durch amtliche Freierklärung. — Gouverneur Graf **Götzen** erklärt, daß er sich bisher schon in gegebnen Fällen mit dem kaufmännischen Element beraten habe und dies auch in Zukunft tun werde. Um die Eingebornen zur Arbeit zu erziehen, habe er eine Verordnung erlassen, nach der jedes Dorf ein Feld mit geeigneten Produkten bebauen, und jeder Dorfeingesessene auf diesem Felde vierzehn Tage arbeiten müsse. — Bei den einmaligen Ausgaben führt **Richter** (freis. Vp.) aus: Dem Reichstage wird angesonnen, die Eisenbahn Tanga-Muhesa-Korogwe bis Mombo fortzuführen, obwohl wir die Forderung im vorigen Jahre abgelehnt haben. Der Grund war vor allem die schlechte Finanzlage, die sich seitdem keineswegs gebessert hat. Hingegen hat sich die Lage der Bahn, soweit sie bereits gebaut ist, sehr verschlechtert, die Einnahmen decken nur 45 vom Hundert der Betriebskosten. Nun ist ge-

sagt worden, die Fortführung bis Manko sei von Anfang an beabsichtigt gewesen. Aber zunächst hat der Reichstag damit gar nichts zu tun gehabt. Durch Reichsbahnen wird die Entwicklung der Kolonien nicht gefördert, sondern nur durch die Beseitigung des dort herrschenden halbmilitärischen, halb bureaukratischen Systems. — Gouverneur Graf Götzen: Die Usambarabahn ist von Anfang an mit der Absicht angelegt worden, die Usambaraberge zu erschließen; sie erhält ihren Wert erst durch den hier vorgeschlagnen Ausbau. Die Versuche, einen Ochsenwagenverkehr einzurichten, sind gescheitert. Ich stehe nicht an, den Bahnbau als eine Lebensfrage für die Kolonie zu bezeichnen. Wir können das Schutzgebiet nicht fördern, wenn nicht durch Bahnen die Verbindung zwischen der Küste und dem Hinterlande hergestellt wird. — Hierauf wird die Bahn mit großer Mehrheit bewilligt. Beim Etat für Südwestafrika erklärt auf Anregung von Arendt der Gouverneur Leutwein: Bezüglich der Bahnen sei er der Ansicht, daß sie dem Verkehr vorangehn, nicht ihm folgen müßten. Die Ansiedlung der Buren in Südwestafrika dürfen wir nur vom Standpunkte des gesunden nationalen Egoismus aus beurteilen. Südwestafrika ist das Land der Viehzucht, Buren, die Viehzucht treiben, werden uns willkommen sein. Aber arme Ansiedler, die mit ihren Ochsenwagen nach Zigeunerart im Lande umherfahren und Heide und Jagd ruinieren, können wir nicht brauchen. Ueberhaupt ist es nicht gut, wenn in den Kolonien fremde Elemente zu stark vertreten sind. Wir wollen keineswegs nur reiche Buren aufnehmen, aber wir wollen keine ganz armen, sie sollen wenigstens etwas Vermögen haben, sodaß sie durch Unterstützung zum Betrieb der Viehzucht fähig werden. — Schrempf meint, bei der ablehnenden Haltung gegenüber den armen Buren scheine die Rücksicht auf England eine Rolle zu spielen. — Nachdem noch Bebel die Wertlosigkeit dieser Kolonie, insbesondre ihren Wassermangel geschildert hat, wird der Etat genehmigt.

Zum Militäretat, Kapitel „militärtechnische Hochschule," wird ein Betrag von 103000 Mark unter der Voraussetzung bewilligt, daß der Unterricht der Offiziere über Lehrgegenstände von allgemein technischer Bedeutung auch weiterhin auf der technischen Hochschule in Charlottenburg erfolge.

Die Forderung für den Truppenübungsplatz Neuhammer wird nunmehr unverkürzt bewilligt mit der Erklärung, daß künftig bei Wertabschätzung von für das Heer zu erwerbenden Grundstücken das Reichsschatzamt mitwirken soll. — Ferner wird zum Marineetat für die Reparatur der Kreuzer „Irene" und „Kaiserin Augusta" nur eine statt $1^1/_2$ Million bewilligt.

Dritte Beratung.

23. März. Zur Beratung im allgemeinen werden nur minderwichtige Dinge vorgebracht.

24. März. In der Gesamtabstimmung wird der ganze Reichshaushaltsetat gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen.

Außerdem werden noch fünf beantragte Erklärungen angenommen, die verlangen: 1. daß die Arbeitszeit für jugendliche Personen und Arbeiterinnen in Fabriken nicht länger als

zehn Stunden dauern darf; 2. daß ein Gesetzentwurf über die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine vorgelegt wird; 3. daß die Arbeitervereine ihre Bestrebungen auf Veränderungen der Gesetzgebung richten dürfen; 4. daß dem Reichstag eine Uebersicht über die Wohnungsverhältnisse vorgelegt wird; 5. daß einheitliche Vorschriften zur Durchführung des Weingesetzes eingeführt werden.

Dagegen wird abgelehnt eine vom Zentrum beantragte Erklärung, die die Einführung des zehnstündigen Maximalarbeitstages für alle Gewerbebetriebe verlangt, ferner eine von den Sozialdemokraten beantragte Erklärung auf Gewährung von Reichsmitteln zur Bekämpfung der Wurmkrankheit, endlich eine von der Freisinnigen Vereinigung beantragte Erklärung, die den Berufsvereinen auch Bestrebungen auf Veränderungen der Gesetzgebung gestattet wissen will.

Feststellung des Reichshaushaltsetats.

31. März. Der „Reichsanzeiger" veröffentlicht das Gesetz vom 28. März, betreffend die Feststellung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1903. Darin wird der Reichshaushalt also festgestellt:

In Ausgabe auf 2417028912 Mark, nämlich auf 1997229523 Mark an fortdauernden, auf 219950565 Mark an einmaligen Ausgaben des ordentlichen Etats, und auf 199848824 Mark an einmaligen Ausgaben des außerordentlichen Etats, in Einnahme auf 2417028912 Mark. Der Reichskanzler wird ermächtigt, vorbehaltlich der Bestimmungen des Gesetzes, betreffend Verwendung von Mehrerträgen der Reichseinnahmen und Ueberweisungssteuern zur Schuldentilgung, zur Bestreitung einmaliger außerordentlicher Ausgaben die Summe von 159888325 Mark im Wege des Kredits flüssig zu machen und zur vorübergehenden Verstärkung der ordentlichen Betriebsmittel der Reichshauptkasse nach Bedarf, jedoch nicht über den Betrag von 275 Millionen Mark hinaus, Schatzanweisungen auszugeben. Ferner bestimmt das Gesetz: Von dem nach China entsandten Ostasiatischen Expeditionskorps verbleibt ein aus Militärpersonen des Friedens- und des Beurlaubtenstandes der einzelnen Heereskontingente bestehender Teil, die Ostasiatische Besatzungsbrigade, zur vorübergehenden Besetzung chinesischen Gebiets in Ostasien, ist aber, sobald sie ihre Aufgabe erfüllt haben wird, aufzulösen. Die Verwaltung wird durch den Bundesstaat Preußen geführt. Die nach Deutschland zurückkehrenden Offiziere, Unteroffiziere, Kapitulanten, Mannschaften und Beamten des Expeditionskorps werden, soweit sie nicht sofort in offne etatsmäßige Stellungen einrücken können, zunächst überetatsmäßig verpflegt und rücken beim Freiwerden etatsmäßiger Stellen in solche ein.

II.

Nachtragsetat.

24. April. Beratung einer Nachtragsforderung für den Neubau eines Dienstgebäudes des Reichsmarineamts. Der Etat stellt

sich in Einnahme und Ausgabe auf 5633400 Mark. Die Begründung besagt:

Nachdem der Reichstag die zu Vorarbeiten und zum Grunderwerb für ein neues Dienstgebäude des Reichsmarineamts in den Etat der Kaiserlichen Marine für 1903 eingestellten Forderungen abgelehnt hatte, ist eine wesentlich günstigere Finanzierung des Projektes möglich geworden. Es ist gelungen, einerseits die Eigentümer der für den Neubau in Aussicht genommenen Grundstücke in der Bellevuestraße zu einer Herabminderung ihrer Forderungen zu bewegen, andrerseits von der Gesellschaft zum Bau von elektrischen Hoch- und Untergrundbahnen, die für die Weiterführung ihrer Bahnlinien die marinefiskalischen Grundstücke Leipziger Platz 13 und Voßstraße 25 zu erwerben wünscht, eine derartige Steigerung des dafür gebotnen Preises zu erlangen, daß die Ankaufskosten der neuen Grundstücke in dem Erlös aus dem Verkauf der alten Grundstücke bis auf einen verhältnismäßig kleinen Teil Deckung finden.

An der Beratung beteiligen sich v. Waldow, Singer, Graf Oriola, Müller aus Fulda, v. Tiedemann, Bindewald und die Staatssekretäre v. Tirpitz und v. Thielmann.

27. April. Die Vorlage wird, dem Antrage der Kommission gemäß, abgelehnt.

III.

Beihilfen und Ehrensold für Kriegsveteranen.

10. Februar. Nißler (kons.) stellt die Anfrage: Ist der Reichskanzler in der Lage, über Erhebungen Mitteilung zu machen, die angestellt sind auf Grund der vom Reichstag angenommenen Resolution, wonach 1. die Auszahlung der den Kriegsveteranen gebührenden Beihilfen womöglich vom Tage der Anerkennung ihrer Berechtigung erfolgen soll, und wonach 2. der Antrag Nißler, daß die Invaliden einen Anspruch auf den Ehrensold haben, deren Erwerbsfähigkeit auf ein Drittel herabgesetzt ist, dem Reichskanzler zur Anstellung weiterer Erhebungen überwiesen wurde?

Nißler (kons.) begründet die Anfrage. Die obigen Beschlüsse des Reichstags seien im Februar 1901 fast einstimmig vom Reichstag angenommen, aber trotzdem sei noch nichts geschehen. Viele bedürftige Invaliden warteten noch immer auf den ihnen zukommenden Ehrensold. 33 Jahre lägen hinter uns seit dem großen Kriege, und doch sei man trotz aller Reichstags-Resolutionen noch nicht einen Schritt weiter gekommen. Für alles mögliche sei Geld vorhanden, nur nicht für die Invaliden und Veteranen, auch die Offizierspensionierung sei noch immer nicht geregelt. Im Lande begreife man die Haltung der Regierung nicht. — Schatzsekretär Freiherr v. Thielmann: Der Invalidenfonds ist schon seit Jahren nicht mehr in der Lage, die laufenden Ausgaben und die Amortisationsquoten aus seinen regelmäßigen Einnahmen zu decken, er wird bis spätestens 1910 ganz aufgezehrt sein, sodaß dann die Ausgaben aus laufenden Reichsmitteln gedeckt werden müssen. Gleich nachdem der Reichstag die in der Interpellation angegebne erste Resolution angenommen hat, ist ein Rundschreiben an die verbündeten Regierungen ergangen. Im Etat für 1903 sind drei Millionen für die Kriegsteilnehmer ausgeworfen,

sodaß 75000 Invaliden die 120 Mark erhalten können; es sind $^5/_4$ Millionen da, für die ein Anwärter noch nicht vorhanden ist. Dadurch ist der Zustand geschaffen, den wir erstreben, nämlich der, daß jeder berechtigte Anwärter die Rente von 120 Mark erhält. Wie groß die Zahl der Anwärter ist, weiß man nicht, die Schätzungen der Regierungen gehen hier weit auseinander. Aus dem kaiserlichen Dispositionsfonds würden zudem alljährlich eine große Anzahl von Unterstützungen gewährt an solche Invaliden, die nicht als berechtigt anerkannt sind. Auch bezüglich der zweiten Resolution ist ein Rundschreiben an die Einzelregierungen erlassen. Preußen antwortete, Material steht nicht zur Verfügung, es könnten nur annähernde Schätzungen vorgenommen werden.

Zu der Frage ergreifen das Wort: Graf Oriola, Grünberg, Arendt, Paasche, Graf Roon, Liebermann, Stöcker, Pachnicke.

IV.

Ergänzung des Reichsbeamtengesetzes.

21. April. Erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfs, durch den, in Ergänzung des Reichsbeamtengesetzes vom 31. März 1873, die Post- und Telegraphenbeamten in Ost- und Mittelasien, in Mittel- und Südamerika insofern den andern Beamten in den Kolonien gleichgestellt werden sollen, als ihnen die dort zugebrachte Dienstzeit doppelt angerechnet wird, wofern sie länger als ein Jahr gedauert hat.

23. April. Dritte Lesung. (Gesetz vom 23. Mai 1903.)

Erklärungen zum Zolltarif.

13. Januar. Nach eingehender Beratung beschließt der Reichstag, den Bundesrat zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung unter Hinzuziehung von Vertretern des inländischen Tabakbaues in eine Untersuchung darüber einzutreten, in welchen Beziehungen die zur Ausführung des Gesetzes vom 16. Juli 1879 betreffend die Versteuerung des Tabaks erlaßnen Vorschriften im Interesse der kleineren Tabakbauern vereinfacht werden können, und dem Reichstage von dem Ergebnis dieser Untersuchung Mitteilung zu machen.

14. Januar. Der Reichstag beschließt, „mit Rücksicht auf die Erklärungen der verbündeten Regierungen in bezug auf die Zollsätze der Tarifnummer 237 (Erdöl usw.) keinerlei vertragsmäßige Verbindlichkeiten andern Staaten gegenüber eingehn zu wollen, die verbündeten Regierungen aber zu ersuchen, mit möglichster Beschleunigung in eine Erwägung darüber zu treten, ob nicht durch Einführung verschiedner Zollsätze für Rohpetroleum und gereinigtes Petroleum die Schaffung einer inländischen Raffinerieindustrie möglich und wirtschaftlich geboten sei und bejahendenfalls einen diesbezüglichen Gesetzentwurf dem Reichstage vorzulegen."

16. Januar. Auf Antrag von Speck wird beschlossen, den Reichskanzler zu ersuchen, tunlichst bald, wenn möglich noch vor Erneuerung von Tarifverträgen, das vertragsmäßig oder herkömmlich bestehende Meistbegünstigungsverhältnis zu allen den Ländern zu lösen, bei denen die Erfahrung gezeigt hat, daß ein solches Verhältnis den deutschen Interessen nachteilig gewesen

ist, und darauf hinzuwirken, daß mit solchen Ländern reine Meistbegünstigungsverträge nicht mehr abgeschlossen werden.

17. Januar. Roesicke stellt die Anfrage: Welche Maßnahmen gedenkt der Herr Reichskanzler zu treffen, um festzustellen, was unter dem im § 1 b des Zolltarifgesetzes vom 25. Dezember 1902 enthaltenen Begriff „Malzgerste" zu verstehen ist?

Staatssekretär des Reichsschatzamts v. Thielmann tritt, zur Erwiderung, der Ansicht entgegen, daß die Regierungen die Absicht hätten, beim Abschluß von Handelsverträgen zwischen Malzgerste und andrer Gerste zu differenzieren.

Aenderung des Reichstagswahl-Reglements.

21. April. Einmalige Beratung einer Vorlage, wonach das Reichstagswahl-Reglement vom 28. Mai 1870 folgendermaßen geändert werden soll:

Die Stimmzettel müssen aus weißem Papier bestehen und dürfen mit keinerlei Kennzeichen versehen sein. Sie sollen neun bis zwölf Zentimeter groß und von mittelstarkem Schreibpapier sein und müssen vom Wähler in einem mit amtlichem Stempel versehenen Umschlage, der sonst keine Kennzeichen haben darf, abgegeben werden. Die Umschläge sollen zwölf bis fünfzehn Zentimeter groß und undurchsichtig sein. Es ist entweder durch Bereitstellung eines oder mehrerer Nebenräume, die nur durch das Wahllokal betretbar und unmittelbar mit ihm verbunden sind, oder durch Vorrichtungen an einem oder mehreren von dem Vorstandstische getrennten Nebentischen Vorsorge zu treffen, daß der Wähler die Stimmzettel unbeobachtet in den Umschlag zu legen vermag. Der Wähler nimmt bei der Wahl seinen Umschlag entgegen, tritt an den Nebentisch, steckt den Wahlzettel unbeobachtet hinein und übergibt dann den Umschlag unter Namensnennung an den Vorstand, der den Umschlag uneröffnet in die Urne legt. Stimmzettel, die nicht entsprechend den obigen Vorschriften abgegeben werden, sind ungiltig.

Nach längerer Verhandlung wird der Vorlage zugestimmt. (Am 28. April 1903 wird im Reichsgesetzblatt bekannt gemacht, daß der Bundesrat und der Reichstag auf Grund des Wahlgesetzes vom 31. Mai 1869 der Aenderung zugestimmt haben.)

Gesetzgebung über Handel und Verkehr.

I.

Vertrag mit Italien und der Schweiz wegen Patent-, Muster- und Markenschutz.

29. Januar. Erste und zweite Beratung der zwischen dem Deutschen Reich und Italien bezw. der Schweiz abgeschloßnen Uebereinkommen vom 4. Juni 1902 und 26. Mai 1902, betreffend den gegenseitigen Patent-, Muster- und Markenschutz. Die Umgestaltung

dieser Abkommen ist notwendig geworden, um den bevorstehenden Beitritt zu der internationalen Uebereinkunft über den Schutz des gewerblichen Eigentums vom 20. März 1887 in der Gestalt, die die Uebereinkunft durch die Brüsseler Zusatznote vom 14. September 1900 erhalten hat, zu ermöglichen. Eine entsprechende Abänderung ist auch in den mit Oesterreich-Ungarn und Serbien bestehenden Sonderverträgen erforderlich. Hier steht das betreffende Abkommen noch aus, **Graf Posadowsky** gibt jedoch der Hoffnung Ausdruck, daß auch ihr Abschluß bald gelingen werde. Ebenso stellt er in Aussicht, daß die Schweiz ihren bisherigen Standpunkt, nach dem nur die Erfindungen geschützt sind, die sich durch Modelle darstellen lassen, wohl demnächst aufgeben und zum Schutze aller gewerblichen Erfindungen übergehen werde. (Reichsgesetzblatt vom 18. April 1903.)

II.

Novelle zur Seemannsordnung.

16. März. Die Vorlage zur Abänderung der Seemannsordnung vom 2. Juni 1902 bestimmt nur, daß die Vorschrift im § 52 Absatz 2 Nr. 2 zu lauten hat: Der Leichtmatrose erhält mit dem Beginn des dritten Jahres die in der Musterrolle bestimmte Heuer der Vollmatrosen und mit dem Beginn des vierten Jahres ein Fünftel derselben mehr an Heuer. Das Gesetz soll gleichzeitig mit der Seemannsordnung in Kraft treten. Der Gesetzentwurf wird in erster und zweiter Lesung genehmigt. (Gesetz vom 23. März 1903.)

III.

Phosphorzündwaren.

29. Januar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, durch den die Herstellung von Phosphorzündhölzern aus weißem oder gelbem Phosphor vom 1. Januar 1907 an und der Verkauf solcher Waren vom 1. Januar 1908 an verboten wird.

Gestattet wird nur der Verkauf der zur Entzündung von Grubensicherheitslampen nötigen derartigen Zündwaren. In der Begründung wird u. a. auf die Verheerungen der Phosphornekrose und auf die bisher entgegenstehenden Interessen der Zündwarenhersteller in Deutschland hingewiesen; die bisher getroffnen gesetzgeberischen Maßnahmen hätten sich als unzulänglich erwiesen. Die Zahl der in solchen Betrieben beschäftigten Arbeiter sei ferner sehr zurückgegangen in den letzten Jahren, und außerdem sei ein neues Verfahren zur Herstellung der Zündmasse erfunden worden, das auch die Verwendung inländischer Nadelhölzer und der vorhandnen Betriebsanlagen ohne Umgestaltung ermögliche.

22. April. Genehmigung in zweiter Lesung.

27. April. Dritte Lesung. (Gesetz vom 10. Mai 1903.)

IV.

Frage der Handelsverträge.

29. April. Graf Limburg-Stirum und Genossen stellen die Anfrage: „Ist der Reichskanzler bereit, Auskunft zu geben, wann die bestehenden Handelsverträge seitens des Deutschen Reiches gekündigt werden sollen?“ Staatssekretär Graf Posadowsky lehnt die Beantwortung mit folgenden Worten ab: Ganz abgesehen von den staatsrechtlichen Bedenken, die in dieser Tagung des Hauses wiederholt erörtert worden sind, kann der Reichskanzler zur Zeit aus dringenden sachlichen Gründen, die besonders die landwirtschaftlichen Interessen nahe berühren, keine Auskunft erteilen, wann die bestehenden Handelsverträge durch neue ersetzt oder gekündigt werden. Der Reichskanzler muß daher die Beantwortung der Interpellation ablehnen.

Hieran schließt sich eine Verhandlung, an der sich Barth, Herold, Richter, Graf Kanitz und Gothein beteiligen.

Soziale Angelegenheiten.

I.

Novelle zum Krankenversicherungsgesetz.

27. Januar. Erste Beratung des Entwurfs eines Gesetzes, das in erster Linie die Ausdehnung der Krankenfürsorge von 13 auf 26 Wochen, die Verlängerung der Wöchnerinnen-Unterstützung von 4 auf 6 Wochen und die Gleichstellung Geschlechtskranker mit den übrigen Kranken hinsichtlich der ihnen zu gewährenden Leistungen bezweckt.

Weiterhin enthält der Entwurf Bestimmungen, die Unzuträglichkeiten bei der Anwendung des Krankenversicherungsgesetzes beseitigen sollen. Bei Festsetzung des Betrages des ortsüblichen Tagelohns sollen neben der Gemeindebehörde künftig auch Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten zur Begutachtung herangezogen werden. Außer Zweifel soll gestellt werden, daß die Hinterbliebnen von Unfallverletzten das Sterbegeld nicht doppelt, nämlich von der Krankenkasse und von der Berufsgenossenschaft, beanspruchen können. Finanziellen Schädigungen der Kassen und der Versicherten durch willkürlich oder unredlich handelnde Kassenorgane soll nach Möglichkeit vorgebeugt werden. Die Vorschriften betreffend Uebertragung, Verpfändung, Pfändung und Aufrechnung der Unterstützungsansprüche werden den in der Invalidenversicherung und Unfallversicherung geltenden Bestimmungen angepaßt. Die Ersatzansprüche aus § 57 Abs. e und aus § 57 Abs. 4 des Krankenversicherungsgesetzes wird zulänglicher als bisher geregelt, der Sonderstellung der berggesetzlichen Knappschaftsvereine durch Aufnahme einiger Bestimmungen Rechnung getragen. Schließlich ist

vorgesehen, daß die für die Versicherten günstigern Bestimmungen des Entwurfs auch auf die bei seinem Inkrafttreten schwebenden Ansprüche auf Grund des Krankenversicherungsgesetzes Anwendung finden.

Staatssekretär des Innern Graf Posadowsky: Mit diesem Gesetze kommen wir einem Wunsche des Reichstages nach. Er hat aus Anlaß der Verhandlungen über den Entwurf des Invalidenversicherungsgesetzes vom 13. Juli 1899 einstimmig die Regierung ersucht, die Lücke auszufüllen, die zwischen der Kranken- und der Invalidenversicherung besteht. Es harren noch weitere Bestimmungen der Abänderung, namentlich auch sind Organisationsfragen zu regeln. Aber die Regierungen haben es für richtig erachtet, zunächst die dringlichsten Aenderungen vorzunehmen. Die Vorlage bringt in der Hauptsache die Verlängerung der Krankenunterstützung von 13 auf 26 Wochen, die Verlängerung der Wöchnerinnenunterstützung von 4 auf 6 Wochen, und sie beseitigt die Bestimmung, daß Geschlechtskranke keine Unterstützung erhalten. Weitergehende Wünsche mußten zurückgestellt werden. Ich glaube, daß wir schließlich noch dazu kommen werden, Alters- und Invaliditäts-, Unfall- und Krankenversicherung in einem Arbeiter-Fürsorgegesetz zu vereinigen. Dann werden auch die organisatorischen Fragen am besten ihre Lösung finden. Der Reichstag hat sich um die Weiterführung der sozialen Gesetzgebung große Verdienste erworben. Aber er würde diese Vorlage nicht mehr zur Erledigung bringen, wenn wir sie noch umfangreicher gestaltet hätten. Nun hat man uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir Bestimmungen zum Schutze gegen Mißbräuche und Unterschleife aufgenommen haben. Allein es sind in der Tat zahlreiche Malversationen vorgekommen, denen vorgebeugt werden muß. Mit Unrecht hat man auch einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir die Forderung aufgenommen haben, daß die leitenden Personen in den Krankenkassen dieselben Qualitäten besitzen müssen wie die Schöffen. Die wichtige Regelung des Verhältnisses zwischen den Kassen, Apotheken und Aerzten haben wir auf eine spätere Zeit verschoben, um das Zustandekommen der Novelle nicht zu gefährden. Dies Gesetz ist nur eine Etappe in der Weiterführung der sozialen Gesetzgebung; ich hoffe, daß der Reichstag es annehmen wird.

23. April. Zweite Beratung. § 1, der die versicherungspflichtigen Personen aufzählt, wird auch auf die Handlungsgehilfen und Lehrlinge ausgedehnt.

25. April. Die nächsten zwanzig Paragraphen werden, unter Ablehnung einer Reihe von Anträgen sozialdemokratischer Abgeordneten, im wesentlichen nach den Vorschlägen der Kommission angenommen.

30. April. In dritter Beratung wird der Entwurf gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen. (Gesetz vom 25. Mai 1903.)

Im Anschluß hieran werden folgende Ersuchen an die Regierungen beschlossen:

1. Um baldige Vorlage eines Gesetzentwurfs, durch den die reichsgesetzliche Krankenversicherungspflicht auf die Hausindustrie, auf alle Handlungsgehilfen und -Lehrlinge, auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, sowie auf die Dienstboten ausgedehnt wird. 2. Dem Reichstage möglichst bald, wenn möglich, in der nächsten Session, einen Gesetzentwurf zum Zwecke einer eingehenden und gründlichen Reform des Krankenversicherungsgesetzes vorzulegen; in Vorbereitung dieser Vorlage, wie den Vorständen der Krankenkassen, so auch den Vertretungen des Aerztestandes und des Apothekerstandes Gelegenheit zur Geltendmachung ihrer Anschauungen und Wünsche zu geben und diesen, soweit möglich, gerecht zu werden; insbesondre in eine Erwägung darüber einzutreten, ob sich nicht die Bildung von ständigen Kommissionen ꝛc aus gewählten Vertretern der Krankenkassenvorstände, der Aerzte und der Apotheker unter einem neutralen Vorsitzenden (Obmann) empfiehlt, denen die Regelung der ärztlichen Behandlung und der Arzneiversorgung nebst Festsetzung eines Tarifs der Honorierung sowie die Entscheidung bezüglicher Streitigkeiten obliegen mit der Maßgabe, daß alle Aerzte und Apotheker, die sich dieser Regelung unterstellen, als Kassenärzte und Apotheker im Sinne des § 6a Ziffer 6 gelten.

II.

Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben.

29. Januar. Zweite Beratung des am 24. April 1902 an eine Kommission gewiesenen Gesetzentwurfs (Band I von 1902, S. 81). Der Bericht der Kommission enthält u. a. folgendes:

Ein Vertreter der verbündeten Regierungen bemerkte, daß bei diesem Gesetz auf die Gewerbeordnung Rücksicht genommen werden müsse, weil das Gesetz im Anschluß an ihre Bestimmungen aufgestellt sei, und wies darauf hin, daß England ein geringeres Schulalter, nämlich zwölf Jahre, habe, und daß ferner die große erziehliche Bedeutung der Arbeit bei der Fassung der Vorlage maßgebend gewesen sei.

Ein andrer Regierungskommissar führte aus, daß es gut sei, das Kind, wenn es das Pensum der Schule erledigt habe, aus der Schule herauszunehmen, da es dann mit dem Lernen nicht mehr weit her sei, und daß alsdann ein Spatium entstehe, in dem das Kind beschäftigungslos sei. Wenngleich in Preußen die Schulpflicht im allgemeinen bis zum vierzehnten Lebensjahre, in vielen Bezirken noch darüber hinaus daure, so seien solche Fälle nicht selten, wo Kinder auch schon einige Zeit vor dem vollendeten vierzehnten Jahre aus der Schule entlassen würden, weil ihr Geburtstag einige Zeit nach dem Entlassungstermin der Schule liege und sie nicht bis zum nächsten Entlassungstermin festgehalten werden könnten. Diese Entlassung sei keine individuelle Dispensation, es höre vielmehr damit auf Grund der allgemeinen Anordnung der Bezirksbehörde die Schulpflicht auf. — Ein dritter Regierungsvertreter führte aus, es handle sich darum, im § 3 Abs. 3 die Verhältnisse der häuslichen Gemeinschaft zu regeln. Die Kinder, die der Zwangserziehung überwiesen seien, sollten dieser Gemeinschaft mit angehören. Es sei pädagogisch nicht richtig, daß diese Kinder anders, ja besser als die eignen Kinder behandelt würden. Man möge nicht

zu weit mit dem Spezifizieren gehen, praktisch verfahren und wirklich bestehende Gefahren im Auge behalten. Das Verbot der Kinderarbeit im Fuhrwerksbetriebe vollständig auszusprechen, führe zu weit. Bei einem solchen Vorgehen werde andernorts jegliche Kinderarbeit ausgeschlossen werden. Nach der Gewerbeordnung sei „die Mitführung von Kindern unter vierzehn Jahren zu gewerblichen Zwecken" verboten. Es werde aber nicht als Gewerbebetrieb im Umherziehen angesehen, wenn ein Kind an verschiednen Orten auftrete, sobald es von einem dort ständigen Unternehmer engagiert sei.

Zum § 81 (Austragen von Waren und Botengänge) hat der Regierungsvertreter, nicht mit vereinzelten Mißbräuchen, die immer vorkommen würden, zu operieren. Er müsse darauf hinweisen, daß die wirtschaftliche Lage sehr in Betracht gezogen werden müsse. 135000 Kinder seien in dieser Weise beschäftigt und brächten den Eltern einen sehr erwünschten Verdienst ins Haus. Nach den bisher festgelegten Bestimmungen sei schon sehr viel zum Schutze der Kinder geschehen. Schon durch das Heraufsetzen des Schutzalters auf zwölf Jahre würde voraussichtlich 45000 Kindern der Erwerb entzogen. Beim § 9 wurden die Bedenken geltend gemacht, die dem Verbote jeglichen Austragens am Sonntag, auch des gelegentlichen, entgegenstehn. Nicht die gewerbliche Arbeit, sondern jegliche Arbeit in einem Gewerbe werde durch das Gesetz betroffen.

In der Kommission war die Mehrheit darüber einig, daß das Kind ein gewisses Maß von Arbeit verrichten könne und müsse, weil sie erziehlich wirke. Das erkläre auch, so meinte man, die weit um sich greifende Bewegung zugunsten des Handarbeitsunterrichts. Wenn die körperliche Arbeit sich in berechtigten Grenzen bewege, so sei sie für das Kind nicht nur gefahrlos, sondern sie fördere geradezu das leibliche und geistige Wohl der Jugend, während Müßiggang aller Laster Anfang sei. Eine vernünftige und begrenzte Beschäftigung führen die Kinder zu dem Ziele, das die Bestrebungen zur Förderung des Handfertigkeitsunterrichts im Auge hielte: die Ausbildung der Sinne, manuelle Geschicklichkeit, Arbeitsfreudigkeit und Ablenkung von unerlaubten Dingen. Was aber, in mäßigen Grenzen betrieben, dem Kinde Freude bereite, werde ihm zur Last, sobald es ihm im Uebermaß zugemutet werde. Demnach handle es sich darum, dagegen Vorsorge zu treffen, daß keine übermäßige Heranziehung der Kinder zu gewerblicher Arbeit stattfinde.

Die Verhandlung dreht sich um einen Antrag von Wurm und sozialdemokratischen Genossen, die Bestimmungen über den Kinderschutz in der Vorlage zu verschärfen, insbesondre auch auf die Landwirtschaft auszudehnen.

31. Januar. Die Vorlage wird im wesentlichen angenommen. Daran wird das Verlangen nach einer amtlichen Untersuchung über die Kinderarbeit geschlossen.

23. März. Die Vorlage wird in dritter Beratung genehmigt, jedoch mit der Aenderung, daß die untere Verwaltungsbehörde in Orten unter 20000 Einwohnern Ausnahmen von der Untersagung der Beschäftigung von Kindern unter zwölf Jahren in Gastwirtschaften gestatten kann für Betriebe, in denen in der Regel ausschließlich zur Familie gehörige Personen beschäftigt werden. (Gesetz vom 30. März 1903.)

Fragen der Polenpolitik.

30. Januar. Die polnischen Abgeordneten stellen folgende Anfrage: Die ungleichmäßige Behandlung der polnischen Bevölkerung innerhalb des Deutschen Reiches, die im Widerspruch steht mit der staatsrechtlichen Gleichheit vor dem Gesetz, die sich unter anderm insbesondre in einem Boykott polnischer Gewerbetreibenden und Kaufleute seitens der Militärbehörde kundgibt, in der Entziehung der Berechtigung zum einjährig freiwilligen Dienst wegen geringfügiger Vergehen, in der Handhabung der Personenstandsgesetze, sowie in der Behandlung politischer Tagesschriftsteller als gemeine Verbrecher, veranlaßt die Unterzeichneten zu der Anfrage an den Reichskanzler; was derselbe zu tun gedenkt, um diesen Zuständen ein Ende zu machen.

v. Dziembowski-Pomian legt zunächst mit Rücksicht auf frühere Aeußerungen des Reichskanzlers dar, daß zur Besprechung der in der Anfrage berührten Gegenstände der Reichstag zuständig sei. Der Reichstag sei formell berechtigt, sich auch mit Rechtsverletzungen in den einzelnen Bundesstaaten zu beschäftigen, vorausgesetzt, daß es sich nicht um einzelne Fälle handle, sondern um eine grundsätzliche Verletzung der Gesetze. Aber auch materiell sei die Zuständigkeit des Reichstags nicht zu bezweifeln. Denn die polnische Frage habe eine große Bedeutung über die Grenzen Preußens hinaus für das Deutsche Reich gewonnen. „An die öffentliche Meinung des Reiches wollen wir appellieren. Wir verlangen gar keine Süßigkeiten von der Regierung, wir verlangen nichts andres als unser Recht, als die Einlösung der uns früher feierlich gegebnen Versprechungen. Und dazu gehört auch die Erhaltung der polnischen Sprache und Sitte. Tatsächlich aber werden die Gefühle der polnischen Bevölkerung mit Füßen getreten. Beamte, die auch unsre Rechte achten, müssen gehen, wofür ich als typisch den Fall Löhning anführe. Die Ungerechtigkeit geht so weit, daß selbst bei der Erteilung von Konzessionen, beispielsweise im Schankgewerbe, die Polen abweichend behandelt werden. Aber das schlimmste ist, daß uns unsre Sprache genommen wird, während doch für jede Nation die Muttersprache das Heiligste ist. Nicht einmal außerhalb des Amtes dürfen Beamte polnisch sprechen; namentlich gegen die Lehrer geht man in dieser Hinsicht sehr streng vor. Einen hat man sogar aus dem Amte lediglich deshalb entlassen, weil er eine polnische Versammlung besucht hat. Einen sehr dunkeln Punkt bilden die Ausweisungen. Ausgewiesene werden monatelang im Gefängnis gehalten, wenn sich der Heimatstaat weigert, sie aufzunehmen. Redner führt eine große Reihe von Vorkommnissen an,

durch die die Polen sich beschwert fühlen. Auch die Ansiedelungskommission treibt Germanisation und Protestantisation, ja selbst die Vormundschaftsrichter beteiligen sich daran. Die Standesbeamten weigern sich, polnische Namen in der ihnen zukommenden Orthographie in die Register einzutragen." Redner schließt mit den Worten, daß die Antipolenpolitik Fiasko gemacht habe, und daß die polnische Nation trotz aller Bekämpfungen nicht untergehen werde.

Staatssekretär des Innern **Graf Posadowsky** erklärt, daß es eine polnische Frage für das Deutsche Reich nicht gebe. Die ehemals polnischen Landesteile seien unlöslich mit Preußen und dem Deutschen Reiche verbunden und würden mit ihm verbunden bleiben, solange wir noch einen Soldaten ins Feld stellen können. Was der Vorredner im einzelnen vorgetragen habe, gehöre zum größten Teil nicht zur Kompetenz des Reichstages, da es lediglich Angelegenheiten der innern preußischen Verwaltung betreffe. Zur Antwort verpflichtet sei die Regierung nur hinsichtlich der militärischen Dinge, da das preußische Heer einen Teil der deutschen Armee bilde. — Der preußische Kriegsminister **v. Goßler** verteidigt die zur Beschwerde gemachte Tatsache der Entziehung der Berechtigung zum einjährigfreiwilligen Dienst gegenüber Leuten, die angeblich nur einem „wissenschaftlichen Verein" angehört haben sollen. Der Minister weist dagegen darauf hin, daß der in diesen Verein Eintretende zu schwören habe, mit Ueberlegung und Vorbedacht dem Nationalen Verein beizutreten, um in ihm für das „Vaterland" zu wirken; zu schwören, „alle Kräfte für die Befreiung des Vaterlandes einzusetzen," und zu erklären, falls sie je diesen Eid brechen sollten, so würden sie eine Strafe verdienen, wie sie Menschen ohne Treu und Glauben gebühre.

Es wird hierauf beschlossen, die Anfrage der polnischen Abgeordneten zu besprechen. **Graßmann** hält das eben erwähnte Verhalten der Militärbehörde für ganz gerechtfertigt. — **Fürst Radziwill** bedauert die Aeußerungen des Reichskanzlers zur Polenfrage bei der ersten Lesung des Etats im preußischen Abgeordnetenhause. Zu einer solchen Provokation, wie sie in jenen Aeußerungen gelegen habe, habe nicht der geringste Anlaß vorgelegen. Den von dem Kriegsminister verlesenen Eid jener jungen Leute im Nationalverein stehe er allerdings nicht an, für eine Verirrung zu halten. Aber man hätte die jungen Leute doch nicht so scharf behandeln sollen. — **Roeren** führt aus, es müsse vor allem die Behandlung der polnischen Redakteure mißbilligt werden. Offenbar glaube die Polizei, sie dürfe sich gegen die polnischen Mitbürger mehr erlauben als gegen die deutschen. Das behördliche Kampfmittel des Boykotts bedaure er außerordentlich, die Absicht des wirtschaftlichen Ruins

Andrer sei unmoralisch. Man sage, die Polen hätten angefangen, aber schon der Ansiedlungsfonds war ein staatlicher Boykott, wie er schlimmer nicht zu denken sei. Die Polen deshalb, weil sie Polen seien, zu boykottieren, sei nimmermehr zu rechtfertigen, am wenigsten, daß die Staatsregierung, die doch die Gegensätze mildern sollte, gar noch die Führerrolle übernehme. — **v. Tiedemann** (Reichsp.) erwidert, die Behauptung, es handle sich um eine Entnationalisierung der Polen, beweise, wie wenig Roeren die Verhältnisse in den gemischtsprachigen Provinzen kenne. Habe man denn keine Ahnung davon, wie sich dort die Zustände unter der Mitwirkung der katholischen Geistlichkeit entwickelt hätten? Wie die Umwandlung gut deutscher Namen in solche mit polnischen Endungen vorgeschritten sei? — **Lenzmann** (frs. Vp.): Auch wir wollen, daß unsre Ostmarken beim Deutschen Reiche verbleiben. Aber wir wollen andrerseits auch nicht, daß gegen die Polen die Politik der Ungerechtigkeit weiter verfolgt wird. Was hat die Ansiedlungsgesetzgebung genutzt? Nichts, sie hat nur die Gegensätze verschärft. Und ähnliche Früchte haben alle die andern Maßnahmen gezeitigt. Nicht germanisieren geholfen haben die Maßnahmen in der Schule und gegen die Muttersprache, sondern das Gegenteil hat man damit erreicht. Auch England hat ja in Helgoland die deutschen Schulen in Ruhe gelassen. Und als seinerzeit Dänemark in Schleswig-Holstein in den Schulen gegen die deutsche Sprache vorging, da erscholl ja dort jener Schrei, mit dem dort die Bewegung eigentlich erst losging, und der den deutschen Bundestag? zu jenem bekannten Beschluß bewog. Und da wollen wir jetzt hier, wo wir die Macht haben, mit solchen Mitteln vorgehen? Redner kommt sodann auf den Fall Löhning zu sprechen. Löhning sei aus dem Dienste entlassen worden, nach der einen Version, weil er die Tochter eines Feldwebels geheiratet hat, nach der andern wegen seiner Aeußerungen zur Polenpolitik. „Ist das erste der Fall, so muß ich allerdings sagen, daß die Einwirkung dieses Ereignisses auf die Armee die allerbedenklichste sein muß! Wie soll es auf unsre Soldaten wirken, wenn sie vernehmen, daß der Feldwebelstand, daß ein großer Stamm unsrer Armee, auf dem die Kraft und die Stärke derselben beruht, so stigmatisiert wird, daß seine Produkte als minderwertig zu gelten haben.“ — Der preußische Kriegsminister v. Goßler erwidert, der kommandierende General in Posen habe sich in den Fall Löhning nicht eingemischt, und die Militärverwaltung nehme an der Tochter eines Feldwebels keinen Anstoß.

Damit endet die Besprechung der polnischen Fragen.

Militärisches.

24. April. Gröber und Stöcker richten an den Reichskanzler die Anfrage: 1. Was dem Reichskanzler über die Tötung des Fußartilleristen Hartmann vom Westfälischen Fußartillerie-Regiment Nr. 7 in Köln durch den Kadetten zur See Hüffener in Essen bekannt ist; 2. ob der Reichskanzler bereit ist, dahin zu wirken, daß durch Abänderung der bestehenden Vorschriften über das Waffentragen beurlaubter Kadetten und Mannschaften der Begehung solcher und ähnlicher Verbrechen mehr als bisher vorgebeugt wird. — Staatssekretär v. Tirpitz antwortet mit ausführlicher Darlegung des Tatbestandes und bemerkt ferner: Die Bestimmungen über den Waffengebrauch sind sehr präzise und lauten: „Der Vorgesetzte ist befugt, von Waffen Gebrauch zu machen gegenüber seinen Untergebnen, um tätlichen Angriffen zu begegnen, oder um seinen Befehlen Gehorsam zu verschaffen in Fällen äußerster Not und dringender Gefahr." Danach ist also in diesem Falle gegen die Vorschriften gehandelt worden. Ich werde aber dafür sorgen, daß die Vorschriften wieder den Mannschaften eingeschärft werden. Energisch aber möchte ich dagegen protestieren, daß man solche Vorgänge generalisiert. Keinem ist es unangenehmer, wenn so etwas passiert, als den Vorgesetzten selbst. Den Vorschriften ist hier nicht entsprochen worden, aber ich weiß nicht, was für Bestimmungen der Vorredner noch weiter will. Sollen wir denn das Waffentragen ganz verbieten?

Hiernach ergreifen Lenzmann, Bebel, Paasche und Gröber das Wort.

Auswärtige Angelegenheiten.

I.

Denkschrift über den Streit mit Venezuela.

16. Februar. Der Reichskanzler legt dem Reichstage im Anschluß an seine Mitteilung vom 8. Dezember 1902 (s. Bd II. d. 1902, S. 130) eine Denkschrift über die Beilegung der Streitigkeiten zwischen Deutschland und Venezuela nebst Protokoll vor. Sie lautet:

Nachdem die Regierung der Vereinigten Staaten von Venezuela die in den Ultimaten des deutschen und des britischen Vertreters in Caracas aufgestellten Forderungen abgelehnt hatte, ist zur Durchsetzung dieser Forderungen von den Seestreitkräften Deutschlands und Großbritanniens die Blockade über venezolanische Häfen verhängt worden. An dieser Blockade hat sich auch Italien beteiligt, das ähnliche Ansprüche gegen Venezuela erhoben hatte.

Auf Wunsch der venezolanischen Regierung haben darauf zur Beilegung dieser Streitigkeiten in Washington Verhandlungen zwischen Vertretern der drei beteiligten Mächte und Venezuela stattgefunden, die gestern durch Zeichnung eines deutschen, eines englischen und eines italienischen Protokolls zum Abschluß gelangt sind. Nach dem in Abdruck angeschlossenen deutschen Protokolle hat die venezolanische Regierung sämtliche von Deutschland erhobnen Forderungen als berechtigt anerkannt. Die nach dem Ultimatum in erster Linie stehenden Reklamationen aus den venezolanischen Bürgerkriegen von 1898 bis 1900, die den Anlaß zu der Aktion gegen Venezuela gegeben haben, werden von der venezolanischen Regierung sofort teils bar, teils in Wechseln mit kurzen Fristen bezahlt; für die Einlösung dieser Wechsel ist besondre Sicherheit geleistet. Die übrigen Rekla-

mationen, die im einzelnen noch nicht geprüft waren, sollen einer gemischten Kommission zur Feststellung überwiesen werden; ein Mitglied der Kommission wird von der kaiserlichen Regierung ernannt. Für die Bezahlung dieser Reklamationen sind gleichfalls entsprechende Sicherheiten bestellt; die Frage, inwieweit diese Sicherheiten ausschließlich Deutschland, Großbritannien und Italien oder auch andern Mächten für ihre Ansprüche gegen Venezuela zugute kommen, soll in Ermanglung anderweitiger Vereinbarung durch den ständigen Schiedshof im Haag entschieden werden. Endlich hat sich Venezuela verpflichtet, die zum größten Teile in deutschen Händen befindliche 5prozentige venezolanische Anleihe von 1896 zugleich mit seiner gesamten auswärtigen Schuld in befriedigender Weise neu zu regeln und dadurch insbesondre auch den Ansprüchen der deutschen Großen Venezuela-Eisenbahngesellschaft gerecht zu werden. Die in dem deutschen Ultimatum aufgestellten Forderungen sind hiernach erfüllt. In ähnlicher Weise sind auch Forderungen Großbritanniens und Italiens erledigt worden. Die drei Mächte werden daher unverzüglich die von ihnen verhängte Blockade aufheben und die diplomatischen Beziehungen mit der venezolanischen Regierung wiederherstellen.

II.

Staatsvertrag mit Luxemburg.

16. März. Beratung des Vertrags vom 11. November 1902 über den Betrieb der Luxemburger Wilhelms-Eisenbahn. Es handelt sich um die Linien dieser Bahngesellschaft, die von der deutschen Reichseisenbahnverwaltung betrieben werden, und hinsichtlich deren bestimmt ist, daß der bestehende Anschluß Luxemburgs an das deutsche Zollgebiet von keinem der beiden Teile durch Kündigung zum Abbruch gebracht werden darf, so lange der Betrieb der Eisenbahn durch das Reich andauert. Der Pachtvertrag ist inzwischen abgeändert worden und hat Ende August v. J. die Zustimmung der Generalversammlung gefunden. Zur Wirksamkeit dieser Aenderung ist aber erforderlich, daß noch ein besondrer Staatsvertrag zwischen dem Reiche und Luxemburg zustande kommt, durch den die luxemburgische Regierung dem neuen Verhältnisse ihre Zustimmung erteilt. Der Vertrag wird in erster und zweiter Lesung genehmigt.

18. März. Dritte Lesung. (Verkündigt im Reichs-Gesetzblatt vom 20. April 1903.)

Koloniale Angelegenheiten.

I.

Denkschrift, die Deutsch-Ostafrikanische Gesellschaft betreffend.

Dem Etat der Schutzgebiete ist eine Denkschrift beigegeben zur Erläuterung des zwischen dem Reichskanzler und dieser Gesellschaft

geschlossenen Vertrags. Die Denkschrift ist im wesentlichen folgenden Inhalts:

Das Verhältnis zwischen der kaiserlichen Regierung und der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft hat zurzeit seine Rechtsgrundlage in einem Vertrage vom 20. November 1890. In diesem Vertrage hatte die Gesellschaft zugunsten des Deutschen Reichs auf die ihr durch Verträge mit dem Sultan von Sansibar übertragne Verwaltung des ostafrikanischen Küstengebiets verzichtet, vorbehaltlich gewisser Einschränkungen von nicht unerheblicher Bedeutung. Die Gesellschaft hatte ferner die Verpflichtung übernommen, der kaiserlichen Regierung die von dem Deutschen Reiche an den Sultan von Sansibar für die Abtretung des ostafrikanischen Küstengebiets zu zahlende Summe von 4 Millionen Mark zur Verfügung zu stellen. Als Gegenleistung des Reichs hatte der Vertrag festgesetzt: 1. daß die kaiserliche Regierung der Gesellschaft die landesherrliche Genehmigung zur Aufnahme einer Anleihe von 10556000 Mark in auf den Inhaber lautenden Schuldverschreibungen erwirken werde; 2. daß die Regierung aus den Brutto-Zollerträgnissen des Schutzgebiets der Gesellschaft zum Zwecke der Verzinsung und Tilgung der Anleihe jährlich 600000 Mark bis zum Jahre 1935 einschließlich zahlen werde.

Die der Gesellschaft belassenen Vorrechte sollten ihr bis zur Vollendung der planmäßigen Tilgung der Anleihe verbleiben; sie wurden räumlich auf bestimmte Teile von Deutsch-Ostafrika begrenzt, insbesondre auf das Küstengebiet in Breite von achtzehn Kilometern. Im einzelnen wurden die Vorrechte der Gesellschaft auf folgende Punkte fixiert: das ausschließliche Recht auf den Eigentumserwerb durch Ergreifung des Besitzes an herrenlosen Grundstücken; ein Vorrecht in bezug auf die Gewinnung von Mineralien; den Bau und Betrieb von Eisenbahnen; das Recht auf Errichtung einer Bank mit dem Privilegium der Notenausgabe und die Befugnis zur Ausprägung von Silber- und Kupfermünzen, die an den öffentlichen Kassen des Vertragsgebiets in Zahlung genommen werden müssen.

Die der Gesellschaft eingeräumten Vorrechte haben zu mancherlei Unzuträglichkeiten geführt, sodaß das kaiserliche Gouvernement von Deutsch-Ostafrika seit Jahren wiederholt und dringend eine durchgreifende Abänderung des Vertrags befürwortet hat. Von den einzelnen Vorrechten der Gesellschaft hat sich frühzeitig das ausschließliche Recht der Gesellschaft auf Okkupation herrenlosen Landes als ein Hindernis für die Entwicklung des Schutzgebiets erwiesen, die Vergebung von Land an dritte nicht unerheblich erschwert und die Klarheit der Rechtsverhältnisse in bezug auf den Grundbesitz gefährdet. Aehnliche Schwierigkeiten hat das Vorrecht der Gesellschaft in bezug auf die Gewinnung von Mineralien zur Folge gehabt. In diesen beiden Punkten ist schon bei frühern Gelegenheiten eine Aenderung des Vertrags von 1890 vorgenommen worden. Dagegen hat ein andres der Privilegien, das Münzrecht, im Laufe der Jahre zu Verhältnissen geführt, die geradezu als unhaltbar bezeichnet werden müssen.

Um nun der Gesellschaft für die Ablösung der Münzhoheit entsprechende Gegenwerte zu bieten, ist ihr zunächst eine andre Fundierung ihrer Anleihe zugestanden worden, und zwar in der Weise, daß die kaiserliche Regierung die Verpflichtung zur Zahlung der jährlichen 600000 Mark bis zu dem ursprünglich für die Tilgung der Anleihe ins Auge gefaßten Zeitpunkt unbedingt, d. h. ohne die Beschränkung, die durch die Fundierung auf die ostafrikanischen Zollerträgnisse gegeben ist, übernimmt. Auf diese Weise wird der Dienst der von der Gesellschaft an Stelle der bisherigen Anleihe neu aufzunehmenden Darlehnsschuld zu niedrigerm Zinsfuß in einer über allen Zweifel erhabnen Weise ebenso sichergestellt, wie der Dienst der Reichsanleihen

selbst. Eine solche Aenderung in der Fundierung der Anleihe legt dem Reiche, so wertvoll sie für die Gesellschaft ist, keine neuen finanziellen Opfer auf; denn die bisherige Erfahrung hat mit hinreichender Sicherheit den Beweis erbracht, daß mit einem Sinken der ostafrikanischen Zollerträgnisse unter 600000 Mark pro Jahr nicht gerechnet zu werden braucht. Dieses Zugeständnis allein genügte der Gesellschaft nicht. Im Wege langwieriger Verhandlungen ist es jedoch schließlich gelungen, eine gütliche Einigung herbeizuführen. Dieses Ergebnis wurde dadurch erreicht, daß einmal seitens des Reichs der Gesellschaft eine zwar nicht in Bargeld bestehende, aber immerhin vermögenswerte zusätzliche Leistung zugestanden wurde, und daß andrerseits der Gesellschaft gewisse nach Art und Umfang unschädliche Reste ihrer bisherigen Privilegien belassen wurden. Die zusätzliche Leistung des Reichs besteht darin, daß der Gesellschaft ein bestimmter Betrag ihrer eignen Anteilscheine zurückgegeben wird.

Vorbehaltlos verzichtet hat die Gesellschaft in dem neuen Vertrag auf ihr Einspruchsrecht gegen Aenderungen der Zölle im ostafrikanischen Küstengebiet und auf ihr Recht, vor dem Erlasse von Verordnungen für das Vertragsgebiet gutachtlich gehört zu werden; ferner auf folgende Privilegien: 1. das Vorrecht in bezug auf den Bau und Betrieb von Eisenbahnen, 2. das Recht auf Errichtung einer Bank mit dem Privilegium der Notenausgabe, 3. auf das Münzrecht.

II.

Denkschrift, betreffend das Kiautschougebiet.

Anfang Februar. Dem Reichstage geht eine die Zeit vom Oktober 1901 bis dahin 1902 umfassende Denkschrift über die Entwicklung dieses Gebiets zu. Sie ist in der Hauptsache folgenden Inhalts:

Das Berichtsjahr bedeutet für die Kolonie einen besonders wichtigen Abschnitt, indem die von Tsingtau ausgehende deutsche Eisenbahn bis zu dem ersten Kohlenrevier des Hinterlandes fortgeschritten — und der erste Kohlenschacht im Gebiet von Weyhsien fertiggestellt ist. Der erste Kohlenzug ist kurz nach Schluß des Berichtsjahres in Tsingtau eingetroffen. Die Denkschrift äußert sich in diesem Punkte mit großer Vorsicht und behält sich ein eingehendes Urteil über die Qualität der Kohle vor, bis größere praktische Erfahrungen vorliegen werden; bei aller Zurückhaltung in der Beurteilung aber kann sie schon jetzt mit Sicherheit feststellen, daß die Kohle einen größern Heizwert als die japanische Kohle auch in den bessern Qualitäten besitzt, und daß sie sich der letzten insbesondre durch geringe Rauchentwicklung überlegen zeigt.

Wenn auch die Kohlengewinnung für die wirtschaftliche Entwicklung der Kolonie nach wie vor in erster Linie steht, so ist doch mit Freude zu begrüßen, daß auch in andern Zweigen des gewerblichen und kaufmännischen Lebens sich eine selbständige, rasch ansteigende Entwicklung zeigt. Von neuen Unternehmungen größern Stils aus dem letzten Jahre sind zu erwähnen die Niederlassung einer Seidenindustrie-Gesellschaft, die mit dem Bau einer in großem Maßstabe geplanten Spinnerei bereits begonnen hat, und die Schaffung eines Hochseefischerei-Unternehmens. In Tsingtau selbst konnte im Berichtsjahre zum erstenmal ein Dampfboot vom Stapel laufen, das in allen Teilen in der Kolonie hergestellt ist. Die Handelsentwicklung

des letzten Jahres zeigt einen erfreulichen Aufschwung in der Einfuhr von Waren nicht chinesischen Ursprungs. Im deutschen Schutzgebiete haben sich die gesundheitlichen Verhältnisse der Kolonie erfreulich gestaltet und weisen eine weitere beträchtliche Besserung gegen die Vorjahre auf. Die Denkschrift erwähnt, daß im Sommer des Berichtsjahres Tsingtau bereits von einer Reihe von Badegästen von außerhalb aufgesucht wurde, und hebt hervor, daß der deutsche Hafenplatz zweifellos von allen Küstenstätten Mittel- und Nordchinas die günstigsten Vorbedingungen hat, um auch nach dieser Richtung hin sich zu entwickeln. Die umfangreiche Mole des großen neuen Hafens, die in Zukunft der Kohlenverladung dienen soll, wird voraussichtlich im nächsten Sommer soweit fertiggestellt sein, daß alsdann der erste Schiffsliegeplatz für die großen Ozeandampfer vorhanden sein wird. Ein Schwimmdock ist bereits in Deutschland in Bestellung gegeben. In organisatorischer Hinsicht ist die Begründung einer Handelskammer und eines für die Angelegenheiten der chinesischen Bevölkerung bestimmten chinesischen Komitees hervorzuheben.

Sechster Abschnitt.

5. Tagung des 19. preußischen Landtags.

Eröffnung.

13. Januar. Die letzte Tagung wird vom Ministerpräsidenten **Grafen Bülow** durch Verlesung folgender Rede eröffnet:

Erlauchte, edle und geehrte Herren von beiden Häusern des Landtags!

Seine Majestät der Kaiser und König haben mich mit der Eröffnung des Landtags der Monarchie zu beauftragen geruht.

Die bevorstehende Tagung ist die letzte einer arbeitsreichen Legislaturperiode. Die Ihnen zu unterbreitenden Vorlagen beschränken sich deshalb auf notwendige und unaufschiebbare Maßnahmen.

Schon bei Ihrer letzten Berufung ist auf die wenig befriedigende Gestaltung der Finanzlage des Staates hingewiesen worden. Die Rechnung des Jahres 1901 hat mit einem Fehlbetrage von rund $37\,^1/_2$ Millionen Mark abgeschlossen.

Auch für das laufende Etatsjahr wird nach den bisherigen Ergebnissen ein wesentlich günstigerer Abschluß nicht erwartet werden können. Zwar ist in den letzten Monaten im Verkehr auf den Staatseisenbahnen eine geringe Steigerung eingetreten, doch wird der Reinertrag hinter dem Voranschlag erheblich zurückbleiben.

Der Entwurf des Staatshaushaltsetats für 1903 wird Ihnen alsbald vorgelegt werden. Trotz der vorsichtigen und sparsamen Bemessungen der Ausgaben in allen Zweigen der Staatsverwaltung

hat es sich nicht vermeiden lassen, zur Herstellung des Gleichgewichts den Staatskredit in beträchtlicher Höhe in Anspruch zu nehmen. Diese unerwünschte Erscheinung hat ihren Grund darin, daß infolge der Schwierigkeiten, mit denen seit Jahren die Landwirtschaft und in letzter Zeit auch Handel und Industrie zu kämpfen haben, bei einem Teile der Betriebsverwaltungen auch für das Jahr 1903 mit einem weitern Rückgange der Ueberschüsse gerechnet werden muß. Die zeitweilige Finanzlage hat jedoch nicht dahin führen können, Ausgaben zurückzustellen, die im politischen und wirtschaftlichen Interesse dringend geboten sind. Hierunter fallen die erheblichen Mittel, die die Staatsregierung in Fortführung ihrer auf den Schutz des Deutschtums in den Ostmarken und auf deren wirtschaftliche Stärkung gerichteten Politik von Ihnen erbittet. Auch soll den in diesen Landesteilen wirkenden mittlern und untern Beamten sowie den Lehrern an den öffentlichen Volksschulen die in Aussicht gestellte Zulage gewährt werden.

Vom wirtschaftlichen wie vom Standpunkt einer fürsorgenden Finanzpolitik erschien es ferner nicht ratsam, den großen Betriebsverwaltungen die Mittel zu versagen, die zu einer ordnungsmäßigen Ergänzung ihrer Einrichtungen erforderlich sind. Namentlich erachtet es die Staatsregierung für ihre Pflicht, auch in den Zeiten ungünstiger Abschlüsse mit der betriebssichern Ausgestaltung der Eisenbahnanlagen und der regelmäßigen Ergänzung des Fuhrparks nicht zurückzubleiben. Die Bewilligung der hierzu erforderlichen Mittel wird die Staatsregierung zugleich in den Stand setzen, die Arbeitsgelegenheit im Lande zu vermehren. Zum Ausbau des Staatseisenbahnsystems durch Erwerb mehrerer Privateisenbahnen, zur Erweiterung des Staatseisenbahnnetzes und zur Förderung der Kleinbahnunternehmungen sind größere Mittel vorgesehen.

Der Verbesserung der Wohnungsverhältnisse der in den staatlichen Betrieben beschäftigten Arbeiter und der gering besoldeten Beamten ist mit Ihrer Zustimmung wiederholt besondre Fürsorge gewidmet worden. Da das Bedürfnis unverändert fortbesteht, wird von Ihnen in einem neuen Gesetzentwurf ein weiterer Kredit zu gleichem Zwecke erbeten werden.

Im Interesse der Förderung der allgemeinen Volksgesundheit wird Ihnen alsbald ein Gesetzentwurf zugehen, um das Reichsgesetz, betreffend die Bekämpfung gemeingefährlicher Krankheiten, innerhalb des preußischen Staats zur Ausführung zu bringen.

Der im vorigen Jahre nicht zur Verabschiedung gelangte Gesetzentwurf über die Befähigung für den höhern Verwaltungsdienst wird Ihnen in etwas veränderter Gestalt wieder vorgelegt werden.

Ihre Zustimmung wird ferner zu einem Gesetz über die Bildung kirchlicher Hilfsfonds für katholische Pfarrgemeinden erbeten werden.

Meine Herren! Auch in der bevorstehenden Tagung sind Sie zu wichtigen Arbeiten berufen. Mögen dieselben dem Vaterlande zum Segen gereichen! — Auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers und Königs erkläre ich den Landtag der Monarchie für eröffnet.

Konstituierung.

13. Januar. Das bisherige Präsidium des Herrenhauses: Fürst zu Wied, Freiherr v. Manteuffel und Oberbürgermeister Becker von Köln, wird wiedergewählt.

14. Januar. Das bisherige Präsidium des Abgeordnetenhauses: v. Kröcher, Freiherrr Heereman v. Zuydwyk und Dr. Krause aus Königsberg, wird wiedergewählt.

Finanzielle Angelegenheiten.

I.

Staatshaushaltsetat für 1903.

1.

Vorlage.

14. Januar. Für das Etatsjahr 1903 sind die ordentlichen Einnahmen des Staates auf 2602205930 Mark, die Ausgaben im Ordinarium auf 2516369633 Mark, im Extraordinarium auf 158536297 Mark, zusammen auf 2674905930 Mark, mithin die Ausgaben um 72700000 Mark höher als die Einnahmen veranschlagt. Der Fehlbetrag wird durch Aufnahme einer Anleihe zu decken sein. Gegenüber den Veranschlagungen für das laufende Etatsjahr vermindern sich die Einnahmen um 11961214 Mark, während die Ausgaben im Ordinarium ein Mehr von 48912459 Mark aufweisen; im Extraordinarium erscheint ein Mehr von 11826327 Mk.

Zur Einführung dieser Vorlage bemerkt der Minister Freiherr v. **Rheinbaben**: Wenn ich zurückblicke auf das Jahr 1901, so darf ich daran erinnern, daß ich das voraussichtliche Defizit auf 40 Millionen geschätzt habe, und Sie wissen, daß das Defizit sich in der Tat auf $37^1/_2$ Millionen stellt. Die Hauptursache dieses Defizits liegt in dem Rückgange der Einnahmen der Eisenbahn. Einen Ueberschuß hat die Justiz- und die Forstverwaltung ergeben. Wie

sich die Eisenbahn-Einnahmen und -Ausgaben in diesem Jahre gestalten werden, kann noch niemand beurteilen. Voraussichtlich wird das Defizit im Etat des laufenden Jahres 35 Millionen betragen. Nach weitern Schätzungen werden wir im laufenden Jahre $43^1/_8$ Millionen Defizit bei den Eisenbahneinnahmen haben. Da wir nur ein Defizit von 24 Millionen im Etat angesetzt haben, wird die Mindereinnahme der Eisenbahnverwaltung im Jahre 1902 insgesamt 68 Millionen betragen. Trotzdem hat die Regierung die notwendigen Bauten nicht eingeschränkt und hofft, die Zustimmung des Hauses zu erhalten. Was den Etat für 1903 anbelangt, so stehe ich auf demselben Standpunkte, wie im verflossnen Jahre. Ich glaube, daß wir noch immer nicht gezwungen sind, trübe und verzweifelt in die Zukunft zu blicken. Allerdings darf man sich nicht verhehlen, daß wir in einer schweren Zeit leben, namentlich hinsichtlich der bedrängten Lage der Landwirtschaft. Trotzdem die Industrie auch lahm liegt, ist doch ein Abschwenken der Arbeiter von der Industrie zur Landwirtschaft nicht eingetreten. Der Verbrauch an Roheisen ist in den letzten zwei Jahren von 133 Kilo auf 73 Kilo pro Kopf der Bevölkerung zurückgegangen. Amerika ist meiner Ansicht nach der dunkle Punkt am Himmel unsrer Industrie. Unser inländischer Markt muß daher entschieden gestärkt werden, denn er ist heute abhängig von Amerika und England. Aber auch die Landwirtschaft wird das Kind unsrer besondern Fürsorge sein. Die Betriebsverwaltung wird einen Minderüberschuß von 45 Millionen haben. Bei den Anmeldungen zum Etat ergab sich ein Defizit von 233 Millionen. Es hat der größten Energie der Finanzverwaltung bedurft, dieses Defizit auf 73 Millionen zurückzudrücken. Welchen schweren Stand die Finanzverwaltung dabei gehabt hat, können Sie sich ja leicht denken, da jedes Ressort um seine Positionen kämpft wie ein Löwe um seine Kinder. Trotz der schlechten Finanzlage haben wir das Extraordinarium mit 58 Millionen, das sind sechs Prozent der gesamten Staatsausgaben, ausgestattet. Die indirekten Steuern haben einen Mehrertrag von $1^1/_2$ Millionen ergeben, insgesamt betrug die Mehreinnahme 6 Millionen Mark, der eine Mehrausgabe von 10 Millionen Mark gegenübersteht. Seit dem Jahre 1896/97 ist der Betriebskoeffizient der Eisenbahn von 54 bis 55 auf 72 bis 73 gestiegen. Die dauernden Ausgaben der Eisenbahnverwaltung zeigen, daß mit der größten Sparsamkeit gewirtschaftet worden ist. Es ist bei dieser Finanzlage notwendig, von einer Erhöhung der Beamtengelder abzusehen. Ich habe es für notwendig gehalten, hier darauf hinzuweisen, daß die Regelung der Beamtengehälter als abgeschlossen betrachtet werden muß. Man darf nicht vergessen, daß der Eisenbahnetat die

Grundlage des ganzen Staatshaushaltsetats ist. Aus diesem Grunde muß man das Eisenbahnwesen leistungsfähig erhalten und darf das Extraordinarium, das lediglich produktiven Zwecken dient, nicht übermäßig einschränken. Nichts ist gefährlicher als die Politik, notwendige Ausgaben von heute auf morgen zu verschieben. Ich hoffe zuversichtlich, daß der Reichstag eine Finanzreform zustande bringen wird, da von 95 Millionen Reichsanleihe 59 Millionen auf Preußen entfallen dürften. Auch die Polenpolitik will ich erwähnen. Die Regierung wird nicht aufhören, das Deutschtum in den Ostmarken zu fördern und zu stärken. Die Schaffung einer königlichen Residenz in Posen entspricht einem lange gehegten Wunsche des Trägers der Krone und wird, hoffe ich, dazu beitragen, darzutun, daß der preußische Adler die dort erworbnen Landsteile nicht mehr loslassen wird. Das sage ich besonders für die, die noch immer von der Aufrichtung eines Königreiches Polen träumen. Starke Mehrausgaben enthält schließlich auch der Kultusetat, namentlich zur Schaffung von Seminarien. Es ist zwar die Pflicht der Finanzverwaltung, die Ausgaben so viel wie möglich zu beschränken, andrerseits aber dürfen die kulturellen und wirtschaftlichen Aufgaben darüber nicht vernachlässigt werden.

2.

Erste Beratung im Abgeordnetenhause.

19. Januar. Fritzen (Zentrum) spricht seine Verwunderung darüber aus, daß der Minister nicht der Zolltarifkämpfe im Reichstage gedacht habe. Man habe für die Landwirtschaft getan, was zu erreichen war, aber die Industrie liege nicht minder darnieder, namentlich auf dem Eisenmarkt. Die Industrie müsse sich auf den inländischen Markt stützen können, daher müsse die Landwirtschaft kaufkräftiger gemacht werden. So ungünstig der Etat scheine, so habe er doch volles Vertrauen zu unsern Finanzen. Vom Reiche habe er diesen Eindruck nicht, jedenfalls könne Preußen in der Frage der weitern Regelung seines Verhältnisses zum Reich dem Kommenden mit Ruhe entgegensehen. Redner kritisiert dann die einzelnen Etats und bemängelt namentlich das Fürsorgegesetz für die Ostmarken. Widerrufliche Zulagen seien ein Unding. — Diese Bemerkung gibt dem Ministerpräsidenten Grafen Bülow Anlaß, die auf die Ostmarkenpolitik bezüglichen Etatsansätze zu beleuchten. Er sagt: Ich habe vor jetzt einem Jahre an dieser Stelle namentlich hervorgehoben, daß wir für die Ausgestaltung der im Osten gelegten Grundlagen und für die Stärkung des Deutschtums in dem uns aufgedrungnen nationalen Kampfe keiner besondern repressiven gesetz-

geberischen Maßnahmen bedürfen, sondern daß unser Bestreben auf eine planmäßige wirtschaftliche und kulturelle Hebung unsrer östlichen Provinzen gerichtet sein müsse. Als Mittel zu diesem Zweck bezeichnete ich in der Sitzung vom 13. Januar v. J. in erster Linie die Fortsetzung einer zielbewußten Ansiedlungspolitik, die Erhaltung und Stärkung des kleinen und Großgrundbesitzes, die Hebung der Städte durch eine intensive Kräftigung des deutschen Mittelstandes, die Belegung derselben mit Garnisonen, eine Besserstellung unsrer Beamten und Lehrer durch Gewährung von Zulagen und Errichtung von Dienstwohnungen, die Förderung des Verkehrs durch den Bau neuer Schienenwege und endlich eine intensive Pflege der idealen Güter, um die Deutschen in jenen Provinzen vor geistiger Verkümmerung zu bewahren. Dieses Programm hat damals die Zustimmung der Mehrheit dieses hohen Hauses gefunden, und die Staatsregierung ist ohne Zögern an die Ausführung desselben herangegangen. Ich habe es um so mehr für meine Pflicht gehalten, auf dem von der Mehrheit dieses Hauses gebilligten Wege fortzuschreiten, als ich die Ostmarkenfrage nach wie vor für eine der wichtigsten, für die wichtigste Frage unsrer innerpreußischen Politik halte, als ich auf Grund pflichtmäßiger Ueberzeugung davon durchdrungen bin, daß nur auf diesem von uns eingeschlagnen Wege die Integrität und der Besitzstand der preußischen Monarchie aufrecht zu erhalten ist, und ich deshalb als eine meiner vornehmsten Aufgaben betrachten muß, gerade dieser Frage fortgesetzt meine besondre Aufmerksamkeit zuzuwenden. Schon deshalb hat die Regierung im vergangnen Jahre durch eine besondre Gesetzesvorlage von diesem hohen Hause einen Kredit von 250 Millionen erbeten zur raschen Förderung der innern Kolonisation in den Provinzen Posen und Westpreußen zur Vergrößerung des preußischen Staatsbesitzes an Domänen und Forsten. Ich bin dem Landtage besonders dankbar, daß er diese große Summe bewilligt hat, von der die Staatsregierung annimmt, daß sie für das Deutschtum im Osten die besten Früchte zeitigen wird.

Die bisherige Organisation hat sich gegenüber der Zunahme der Geschäfte und der politischen Entwicklung als nicht mehr ausreichend erwiesen. Hinsichtlich der Gestaltung dieser Organisation schweben noch Erwägungen. Diese Aenderung wird sich voraussichtlich in der Richtung bewegen, daß für jede der beiden Provinzen eine besondre Ansiedlungskommission gebildet wird. Dem Oberpräsidenten werden als Vorsitzende einzelne Räte und Hilfskräfte beigegeben werden müssen. Auf diese Weise hoffen wir die Geschäfte in beiden Provinzen besser und gründlicher zu fördern als bisher. Sobald die schwebenden Erwägungen abgeschlossen sind, werden wir

dem Hause das Ergebnis unsrer Entschließungen mitteilen, damit die geplante Organisation wenn möglich am 1. April in Kraft treten kann. Als ich im vergangnen Frühjahre für Ansiedlungszwecke Mittel erbat, habe ich gesagt, daß diese Forderungen nicht die letzten sein, sondern daß andre Forderungen nachfolgen würden, insbesondre im Interesse der wirtschaftlichen Entwicklung der Städte im Osten. Ich bin dem Finanzminister besonders dankbar dafür, daß er trotz der wenig günstigen Finanzlage seine sonst sehr sparsame Hand für diese Zwecke geöffnet hat. Als ich seinerzeit nach reiflicher und ernster Erwägung für den Gedanken eintrat, den Beamten im Osten eine Zulage zu gewähren, fand sie den lebhaften Beifall der Majorität dieses Hauses. Sie finden im Extraordinarium des Etats Summen für diesen Zweck eingestellt. Es sollen an die mittlern und untern Beamten solche Zulagen in den Provinzen Posen und Westpreußen mit Ausnahme der ganz deutschen Kreise Danzig-Stadt, Niederung, Elbing Stadt und Land und Marienburg gezahlt werden, und zwar nach fünfjähriger Dienstzeit als einmalige Zulage. Ebenso soll den Lehrern nach fünfjähriger Dienstzeit eine Zulage von 120 Mark gewährt werden. Diese Zulagen sind gedacht als eine Prämie für das Ausharren auf ihrem Posten, und sie sollen einen Ausgleich bilden für die Erschwerungen und Unannehmlichkeiten ihrer amtlichen Tätigkeit unter schwierigen politischen Verhältnissen inmitten einer zum Teil fremdsprachigen Bevölkerung. Die Beamten der andern Provinzen können daher einen gleichen Anspruch nicht erheben. Der Gedanke, die Unabhängigkeit der Beamten im Staate durch diese Maßnahmen zu beeinträchtigen, liegt uns fern. Die Staatsregierung darf aber unter den Verhältnissen, wie sie im Osten gegeben sind, von jedem Verwaltungsbeamten erwarten, daß er sein Verhalten nach der von der Regierung vorbezeichneten Politik einrichtet. Wir hoffen, mit der von uns vorgeschlagnen Maßnahme uns einen Stamm von tüchtigen mittlern und untern Beamten in diesem Kampfe im Osten heranzuziehen, insbesondre auch Lehrer, deren treue Mitwirkung dort besonders hoch zu veranschlagen ist. Wir hoffen, daß auch die Väter andrer Provinzen sich veranlaßt sehen, ihre Söhne, die sich dem Lehrerberuf widmen wollen, jetzt auf Seminare in Posen und Westpreußen zu senden und später dort anstellen zu lassen, damit auf diesem Wege der bedauerliche Lehrermangel abgeschafft wird. Den höhern Beamten soll eine Zulage nicht gegeben werden. Um aber auch ihnen das Leben unter den schwierigen Verhältnissen zu erleichtern, wird beabsichtigt, einen besondern Fonds von 150000 Mark zu bilden, um ihnen für Erziehungszwecke Beihilfen zu gewähren. Auch wird mit der Herstellung von Dienstwohnungen, namentlich in den kleinen Städten, fortgefahren

werden. Hierzu sind in den einzelnen Etats Gelder ausgeworfen, eine Million im Eisenbahnetat, 100000 Mark bei der allgemeinen Bauverwaltung. Als wesentliches Mittel zur Stärkung des Deutschtums und Hebung der kleinen Städte bezeichnete ich die Belegung mit Garnisonen. Damit ist der Anfang gemacht worden, insofern als je ein Bataillon Infanterie nach Wreschen und Schrimm gelegt worden ist, da das politische Interesse eine Beschleunigung der Maßnahmen erwünscht erscheinen ließ. Es sind vom preußischen Fiskus 3 Millionen für Kasernenbauten in Aussicht genommen. Neben diesen Maßnahmen allgemeiner Natur sind auch zur Förderung erwünschter Einzelanlagen auf wirtschaftlichem Gebiete der beiden Provinzen namhafte Beträge ausgeworfen werden, so je 400000 Mark für Hafenbauten in Brahemünde und für den neuen Holzhafen in Thorn; 170000 Mark zum Hochwasserschutz Posens und eine weitere Rate von 3 Millionen zum Erwerb des Posener Umwallungsgeländes. Es besteht ferner die Absicht, durch eine demnächst vorzulegende Nebenbahnvorlage allein für Posen und Westpreußen 24 Millionen für Eisenbahnbauten zu fordern. Hand in Hand mit der Befriedigung dieser Bedürfnisse soll die Pflege von Kunst und Wissenschaft und der idealen Seiten des Lebens gehn. Als Hauptmittel zur Förderung des Deutschtums betrachte ich sorgsame Pflege und den stetigen Ausbau der Schule.

Graf Limburg-Stirum verbreitet sich zunächst über die Finanzlage. Ueberaus notwendig ist eine äußerst sparsame Wirtschaft. Besonders beim Eisenbahnetat gibt das stetige Wachstum des Betriebskoeffizienten zu Besorgnissen Anlaß. Ganz verfehlt würde es sein, wenn man mit einer Herabsetzung der Eisenbahnpersonentarife jetzt gar beginnen würde. Es scheinen nach dieser Richtung Neigungen vorhanden zu sein, die aber energisch unterdrückt werden müssen. Die Regierung braucht Geld, denn sie hat große Aufgaben zu erfüllen. Eine der vornehmsten muß sein die Erhaltung unsers Handwerkerstandes. Die gegen die Agitation des Polentums gerichteten Maßnahmen sind ganz nach unserm Sinne. Namentlich billigen wir auch die Errichtung eines königlichen Schlosses in Posen. Nur bedarf es auch hier ruhiger, leidenschaftsloser Ueberlegung. Wir erklären, daß wir gegen jede Vermischung dieser nationalen Aktion mit irgendwelchem religiösen Hader auf das entschiedenste Verwahrung einlegen. Auf keinen Fall darf mit dem Kampf gegen das Polentum auch ein Kampf gegen die katholische Kirche geführt werden. — Ministerpräsident **Graf von Bülow**: Ich gebe dem Abgeordneten Fritzen vollkommen zu, daß zwischen den Verhältnissen in unsrer Westmark und unsrer Ostmark eine gewisse, eine sogar große Aehnlichkeit besteht, denn hier wie dort haben wir die Pflicht, das Deutsch-

tum mit allen gesetzlichen Mitteln zu fördern. Ich muß ihm aber darin widersprechen, wenn er sagt, daß das Residenzschloß in Straßburg keine direkten Vorteile für die Stärkung des Deutschtums gebracht hat, denn ich weiß aus eigner Anschauung, ich weiß von vielen Kennern von elsaß-lothringischen Verhältnissen, daß gerade das Residenzschloß in Straßburg und die dadurch bedingte und mögliche häufige Anwesenheit des Kaisers in dem Reichslande, das persönliche Band, das dadurch hergestellt ist zwischen dem Kaiser und Elsaß-Lothringen, wesentlich beigetragen hat zu der, ich kann sagen glücklich fortschreitenden Verschmelzung zwischen dem Reichslande und dem Deutschen Reiche. — **Roelle** (nat.-lib.): Das Ergebnis der Zolltarifverhandlungen stellt einen billigen Ausgleich zwischen Landwirtschaft und Industrie dar. Weitergehende Zollsätze wären im Reichstag aussichtslos gewesen. Die jetzt zustande gekommene Vorlage liegt im wahren Interesse der Landwirtschaft, und ich hoffe, daß es auf dieser Grundlage gelingen wird, günstigere und langfristige Handelsverträge zustande zu bringen, was die Industrie braucht. — **Wiemer** (frs. Vpt): Zu einer pessimistischen Auffassung unsrer Finanzlage liegt kein Grund vor, das Defizit ist nur ein Kassendefizit. Wären die Extraordinarien nicht so hoch dotiert, so würde auch das Defizit kein so hohes sein. Auch die Ausgaben des Reichs würden nicht so kolossal gewachsen sein, wenn nicht so hohe Anforderungen für Kolonien, Heer und Marine gestellt würden. Einer Reichsfinanzreform, die auf die Vermehrung der indirekten Steuern hinausliefe, können meine Freunde nicht zustimmen. Die Schwankungen in den Eisenbahneinnahmen sind etwas ganz Selbstverständliches. Mit dem Moment, wo die Eisenbahnen verstaatlicht wurden, mußte man sich auch auf Schwankungen gefaßt machen. Die Idee des Ausgleichsfonds ist uns unsympathisch. Prinzipiell aber erhebe ich Einspruch gegen die Schaffung immer neuer Dispositionsfonds. Das Ausbleiben der Kanalvorlage ist bezeichnend für den Kurs der innern Politik: die Regierung hat vor den Agrariern kapituliert. Die Organe der Regierung haben sich in den Dienst der konservativen Partei gestellt: das zeigt Greifswald-Grimmen, das zeigt Rastenburg, wo der Landrat Anordnungen erließ, wie die konservativen Flugblätter verteilt werden sollen. Das Gegenstück hierzu bildet die Nichtbestätigung liberaler Männer in der kommunalen Verwaltung. Wir wollen nicht, daß derartige Eingriffe in die Selbstverwaltung erfolgen. Es ist die Frage zu erörtern, ob das Bestätigungsrecht der Krone nicht überhaupt einer Einschränkung bedarf. In Baden geht es auch ohne Bestätigung. — **v. Zedlitz-Neukirch** (freikons.): Die Einnahmen des Etats bieten das Bild eines recht knappen Jahres. Trotzdem sind überall die dauernden

Ausgaben erheblich vermehrt worden. Auch zuzeiten des Ministers Miquel war das Extraordinarium reichlich ausgestattet, aber der Etat balancierte, während wir heute ein Defizit zu verzeichnen haben, und dies Defizit ist keineswegs ein bloßes Rechnungsdefizit. An der schlechten Finanzlage des Reiches ist vor allem der Umstand schuld, daß die Reichsschatzbehörde den andern Behörden gegenüber machtlos ist; eine wirkliche Besserung wird nur dann erzielt werden, wenn dem Schatzsekretär die Möglichkeit gegeben wird, Mehrausgaben nur dann zu gestatten, wenn Zug um Zug für Deckung gesorgt wird. Aus den Zöllen fließen dem Reich Einnahmen zu, die den Steuerzahler nicht im geringsten belasten. Das Wort von der Mehrbelastung des Volkes durch die Herabsetzung der Zölle ist nur ein Schlagwort. Man vergißt ganz die Herabsetzung der Zuckersteuer. Dadurch ist der Konsum der Bevölkerung ganz erheblich entlastet worden. Was die Ausgaben des Etats betrifft, so sind die einmaligen Ausgaben so hoch bemessen, wie kaum in den guten Jahren.

3.

Zweite Beratung im Abgeordnetenhause.

28. Januar. Beratung des Etats der landwirtschaftlichen Verwaltung. **Praschma** begrüßt den Erlaß des Ministers über die Entschuldung des ländlichen Grundbesitzes. Die Verschuldung sei eines der größten Uebel der Landwirtschaft, sie betrage im Durchschnitt 38 Prozent, und wenn die Landschaftsbeleihung eingerechnet werde, 55 Prozent. — **Crüger** bestreitet, daß die Landwirtschaft in einer Notlage sei, er bestreitet auch die Interessensolidarität zwischen Großgrundbesitz und Kleinbesitz, zwischen Osten und Westen. — **v. Wangenheim** will eine andre Verkehrspolitik, damit nicht die Auslandsprodukte billiger auf unsern Bahnen fahren als die inländischen. Er ist für eine wirksamere Bauernansiedlung, aber gegen ein planloses Zerschlagen der Güter. — **v. Kardorff** verteidigt die Haltung der Regierung bei der Zolltarifberatung und sagt, nur die Annahme des Zolltarifs habe es der Regierung möglich gemacht, gute Handelsverträge vorzulegen. — Minister **v. Podbielski** bemerkt unter Bezugnahme auf die gegen ihn anläßlich seiner Reise nach Ostpreußen erhobnen Angriffe, es sei ihm bezüglich des Kanals eine Aeußerung vorgeworfen worden; ob er sie aber getan habe, wisse er so wenig wie seine frühere Umgebung.

29. Januar. **Herold**: Eine Enquete über die Lage der Landwirtschaft sei nötig, desgleichen eine Neuregelung der Jagdverpachtungen. Die Entschuldung der ländlichen Grundbesitzer sei sehr wichtig, aber schwer durchzuführen. Viele Landwirte seien nicht imstande, neben den Hypothekenzinsen auch Amortisationsraten zu bezahlen. Daß der Bund der Landwirte den

Bauernvereinen nicht am freundlichsten gegenüberstände, sei erwiesen. Die Politik des Bundes sei engherzig. Heute bekämpften sich leider die Parteien, die im Prinzip dasselbe wollten, anstatt gegen den Umsturz zusammen zu stehn. — **Schmitz:** Das Zentrum habe den Bund der Landwirte nicht angegriffen, sondern sich nur der Agitation des Bundes der Landwirte und seiner Einfälle in die westlichen Wahlkreise zu erwehren. Gerade um die Königstreue bei den Landbewohnern zu erhalten, müsse das Mißtrauen und Unzufriedenheit säende Verhalten des Bundes der Landwirte bekämpft werden. — **Hahn:** Bei einer Regierung, die von ganz andern wirtschaftlichen Grundanschauungen ausgeht, als wir, darf man nicht von ihrem guten Willen etwas erwarten oder durch Resolutionen etwas ausrichten zu können glauben, einer solchen Regierung müssen wir abringen, was wir erreichen wollen. Im Guten können wir von ihr nichts erwarten. Das beweisen aufs deutlichste die letzten Reden der Grafen Bülow und Posadowsky. Man kann darüber nicht im Zweifel sein, daß die Regierung gar nicht die Absicht hat, Mittelstandspolitik zu treiben, sie treibt Manchesterpolitik, sie treibt uns zu Zuständen, wie sie in England herrschen. Wo ist denn ein Minister, der gewillt wäre, der Sozialdemokratie gegenüber eine klare, zielbewußte, rücksichtslose Energie anzuwenden? Es werden vielmehr Liebenswürdigkeiten an alle Adressen, ohne Ausnahme, erteilt.

Minister **v. Podbielski:** Daß solche Worte hier von einem Mitgliede des Hauses der Regierung entgegengeschleudert würden, hätte ich nicht gedacht und will sie nimmermehr unwidersprochen ins Land hinausgehn lassen. Es hat mich in meinem konservativen Herzen wirklich tief geschmerzt, daß so etwas von unsrer ländlichen Bevölkerung ausgesprochen werden kann. Ich habe mit meinem ganzen Sein unausgesetzt für die Landwirtschaft gekämpft; aber mit dieser Ausführung ist das Tuch mit mir absolut zerschnitten. Ein Bund der Landwirte, der das vergessen kann, der solche Worte seinem Vertreter in den Mund legt, mit dem ist absolut keine Gemeinschaft von meiner Seite mehr. Diese Rede des Abgeordneten Hahn konnte wohl an einer andern Stelle gehalten werden, aber an dieser Stelle war keine Veranlassung. Die politischen Parteien setzen sich auseinander über politische Auffassungen. Das ist auch bisher innerhalb dieses Hauses geschehen. Erst am Schluß des heutigen Tages erscheint der dritte Vorsitzende des Bundes der Landwirte und hält eine Rede, die, wie ich hoffe, nun und nimmermehr Widerhall in unsrer ländlichen Bevölkerung, nirgends aber in unsrer konservativen Auffassung finden kann. Ich verstehe es, wenn ein Redner vor einer Versammlung, die gern seinen beredten Worten lauscht, Ausführungen macht, die leicht über die Lage hinwegtäuschen; hier aber, vor diesem Hause, wundert es mich sehr, daß er Ihnen den Zolltarif und die Handelsverträge vorführt. Der Zolltarif ist zunächst nur die Grundlage für unsre weitern Vertrauensverhandlungen, das ist doch oft genug ausgesprochen worden.

3. Februar. Bei der Beratung des Etats der indirekten Steuern führt der Minister **v. Rheinbaben** mit großer Ausführlichkeit aus, daß die Pensionierung des Provinzialsteuerdirektors Löhning in Posen lediglich erfolgt sei, weil er der Polenpolitik der Regierung wiederholt entgegengetreten sei. — Hiernach ergreifen mehrere Redner das Wort zur Frage der Kartelle.

4. Februar. Beratung des Etats der Gestütsverwaltung, wobei besonders die Verhältnisse der Gestütschulen für das Hauptgestüt in Trakehnen zur Sprache kommen.

5. Februar. Zum Beginn der Beratung des Etats des Ministeriums des Innern ergreift der Minister v. Hammer-

stein das Wort: Im Reichstag ist Klage geführt worden über polizeiliche Mißgriffe. Ich muß zugeben, daß in einer Reihe von Fällen die Polizeiorgane nicht mit der nötigen Rechtssicherheit und dem nötigen Taktgefühl vorgegangen sind. Das berührt mich besonders schmerzlich, da ich dafür dem König und Ihnen verantwortlich bin. Allerdings ist es ja bei der großen Anzahl von Polizeibeamten erklärlich, daß darunter auch ungeeignete Elemente sich befinden. Dazu kommt, daß das Publikum der Polizei gegenüber mißtrauisch ist und die Polizei oft wenig achtet. Allerdings ist es damit in letzter Zeit besser geworden. Früher aber wurde die Polizei unter dem Nachtwächter behandelt. Und bezüglich des letztern findet sich im Greifswalder Archiv noch eine alte Bestimmung: „Wer einen Nachtwächter totschlägt, soll so bestraft werden, als wenn er einen Menschen erschlagen hätte." Man muß aber doch sagen: Unsre Polizei ist eine gute Polizei, und einzelne Auswüchse beweisen nichts dagegen. Gegen diese Auswüchse bin ich schon eingeschritten. In jedem einzelnen Fall eines Mißgriffs bin ich mit aller Energie vorgegangen. Die Mißgriffe sind in der Presse teilweise sehr stark aufgebauscht worden. Man habe, wie es scheint, jeden Tag einen neuen „Polizeimißgriff" auftischen wollen. Es sei jetzt eine Verfügung erlassen worden, die die Fesselung der Gefangnen regelt. Ferner seien genaue Vorschriften über den Transport der Gefangnen erlassen. Jetzt müsse auch auf dem Transportzettel angegeben werden, wegen welcher Tat die Verhaftung erfolgt sei, und wer überhaupt der Mann sei, damit der Transportführer gleich wisse, wen er vor sich habe. Auch für die Gefängnisse seien neue Vorschriften erlassen worden. Diese neue Gefängnisordnung werde Mißgriffe verhindern. Sodann werde erwogen, die Ausbildung der Polizei besser zu gestalten. Schon jetzt seien einige Polizeischulen eingerichtet worden. Allerdings müßten auch die obern Polizeibeamten ihre Schuldigkeit tun. Sie müßten die untern Polizeiorgane belehren und kontrollieren. Wenn das nicht genügend geschehe, werde er die höhern Polizeibeamten für die Mißgriffe der niedern Beamten verantwortlich machen. Zum Schluß bitte er die Presse, daß sie nicht aus dem Sensationsbedürfnis der Leser heraus angebliche Polizeimißgriffe bringe, ohne sich genau vorher zu erkundigen.

Ernst (freis. Vgg.) bringt den Fall des Landrats v. Willich aus Birnbaum zur Sprache (S. 71). Er habe sich genau erkundigt und sei zu dem Resultate gekommen, daß den liebenswürdigen Mann nur politische Motive in den Tod getrieben hätten. Der Verstorbne hätte stets zur Ostmarkenpolitik der Regierung gehalten und wäre von seinen Vorgesetzten ermahnt worden, sich um eine andre

Stelle zu bewerben. v. Willich wäre zwar körperlich heruntergekommen, dagegen sei es nicht wahr, daß er an einer seelischen Depression gelitten. Der Grund des Selbstmordes sei darin zu suchen, daß die Regierung sich in der Provinz Posen vom Bunde der Landwirte leiten lasse.

Minister **Freiherr v. Hammerstein**: Er bestreite auf das allerausdrücklichste, daß die Regierung eine Schuld trage an dem beklagenswerten Tode des Landrats v. Willich, und ebenso wäre es falsch, daß die Regierung ihn im Stiche gelassen habe. Der Landrat habe ihn, den Minister, ausdrücklich gebeten, ihn für mehrere Jahre aus der Provinz Posen fortzunehmen und ihn in eine andre Stellung zu versetzen. Falsch sei es ferner, daß die Regierung sich in der Provinz Posen vom Bunde der Landwirte leiten lasse. Die wirkliche Veranlassung zum Tode des Landrats liege in seinem unglücklichen, nervösen Zustande. Auf das tiefste bedauern könne er, daß man nun nach seinem Tode hier die Sache vorbringe, dem Toten seinen Ruf nicht lasse und versuche, die ganze Angelegenheit im Parteiinteresse zu verwerten. — **Krause** aus Königsberg (natl.) geht ebenfalls auf den Fall Willich ein. Hier heiße Schweigen Vertuschen, und nicht um eine Parteisache handle es sich, sondern um eine Angelegenheit von allgemein politischem Interesse. Das Auftreten des Majors v. Endell in dieser Sache sei bezeichnend; da v. Willich einen Ausgleich zwischen ihm und v. Endell aussichtslos gehalten, habe er Selbstmord begangen. Die Regierung lasse sich allerdings vom Bunde der Landwirte in der Provinz Posen leiten, und richtig sei es auch, daß die Regierung den Landrat im Stiche gelassen habe, und zwar um des Bundes der Landwirte wegen, mit dem selbst der Landwirtschaftsminister, dem man doch gewiß kein antiagrarisches Herz vorwerfen könne, unlängst energisch abgerechnet habe (S. 152). Auch der Oberpräsident von Bitter sei nicht ohne Schuld. Er frage hier um, ob schon jemals die Polen sich über den Oberpräsidenten irgendwie beschwert hätten, und rate dem Minister, wenn er einmal eine Inspektionsreise nach der Provinz Posen unternehme, einen eisernen Besen mitzubringen, um endlich einmal in dieser Provinz gehörig aufzuräumen. — **v. Heydebrand** (kons.) versteht nicht, wie der Vorredner solche Beschuldigungen und ganz unerwiesenen Behauptungen habe aufstellen können. Solche Erörterungen trügen nicht dazu bei, die Einigkeit der Deutschen in der Provinz zu fördern. — **v. Zedlitz** (frkons.): Man möge diese ganze Sache ruhen lassen und für den Frieden in der Provinz Posen sorgen. — **Porsch** (Zentrum): Das Verhalten Endells hätte die Veranlassung zu diesen Verhandlungen gegeben. Den Minister treffe hierbei keine Schuld. — **Krause** (Königsberg) (natl.) wirft die Frage

auf: „Glauben Sie denn noch an eine Ueberbrückung der Kluft zwischen den beiden deutschen Parteien in der Provinz Posen?“ Der Minister nickt bejahend, worauf Redner meint: „Nun, Herr Minister, dann haben Sie eine bessere Meinung vom Bunde der Landwirte als der Landwirtschaftsminister.“

Barth (freis. Ver.) wendet sich zu seinem Antrage, betreffend Einführung geheimer Stimmabgabe bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause und anderweitige Feststellung der Wahlbezirke für das Haus der Abgeordneten. Die Vertreter der Städte im Abgeordnetenhause würden an die Wand gedrückt. Dieses Verhältnis wäre aber ein ganz ungerechtes und führe nur zur politischen Verlogenheit. — Minister Freiherr **v. Hammerstein**: Würde die geheime Stimmabgabe bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause eingeführt, so würde das ganze preußische Wahlrechtssystem untergraben. Eine andre Feststellung der Wahlbezirke für einzelne Wahlkreise, wie z. B. Charlottenburg, Schöneberg und Rixdorf, halte auch er bei der großen Verschiebung der Bevölkerung für zweckmäßig. Mit einem solchen Antrage jedoch in der letzten Session zu kommen, halte er für durchaus verfehlt. Für verfehlt halte er es auch, Kreisen mit abnehmender Bevölkerung und Steuerkraft Abgeordnete zu nehmen; denn es handle sich bei der Entsendung von Abgeordneten zum Landtage nicht allein um die krasse Zahl der Steueraufbringung, sondern auch um die historische Entwicklung der einzelnen Wahlkreise und Landesteile.

6. **Februar.** Die Verhandlung dreht sich weiter um den Antrag Barth auf Einführung der geheimen Wahl bei den Wahlen zum Abgeordnetenhause, auf anderweitige Einteilung der Landtagswahlkreise entsprechend der gestiegnen Bevölkerungsziffer und um polizeiliche Mißgriffe.

7. **Februar.** **Barth** beschwert sich über die Handhabung der Theaterzensur und bespricht das Verbot von Dreyers „Tal des Lebens“ und von Heyses „Maria von Magdala,“ das er unverständlich findet. — Minister **v. Hammerstein** erwidert, es wären im letzten Jahre der Zensur 723 Theaterstücke eingereicht worden, davon seien 630 angenommen, 51 zurückgezogen und zehn verboten worden, und zwar fünf deutsche und fünf französische. Dreyers „Tal des Lebens“ behandle den Fall, der sich vor 150 Jahren in einem Nebenzweige des brandenburgischen Königshauses abgespielt habe, wo man versucht haben sollte, auf ungesetzliche, unlautere und unsittliche Weise in den Besitz eines Thronerben zu kommen. So etwas dürfte nicht ins Volk bringen! Was das Verbot von Heyses „Maria von Magdala“ anlange, so gebe er zu, daß dieses Stück von großer poetischer Schönheit sei und für den gebildeten Leser einen sittlichen

Wert habe. Jeder Theaterbesucher sei aber nicht ein gebildeter Mensch. Der Minister geht sodann auf den Inhalt des Stückes ein und schließt aus demselben, daß ein solches Stück nicht öffentlich aufgeführt werden darf. Alle solche Fälle zeigten ihm nur, daß eine Präventivzensur durchaus notwendig sei, er könne daher der Aufhebung der Theaterzensur nicht das Wort sprechen.

23. Februar. Die Beratung des Eisenbahnetats beginnt mit einer Programmrede des Ministers **Budde**:

Mein Programm wird darin bestehn, daß ich die Verwaltung nach alten und bewährten Grundsätzen weiter führen werde. Ich bin sofort an die Aufstellung des Etats für 1903 herangetreten. Zwei Gesichtspunkte mußten für mich maßgebend sein: 1. keinen Optimismus in der Schätzung der Einnahmen und Schutz dieser Einnahmen, 2. möglichste Ersparnisse bei den Ausgaben. Die Einschätzung von 1901 war 83,5 Millionen höher als die wirkliche, wir hatten also alle Ursache zur Vorsicht. Die Einnahme ist jetzt 27,7 Millionen höher als die Isteinnahme des Jahres 1901, und ich bin so glücklich, ankündigen zu können, daß wir auch bei den Ausgaben etwas erspart haben, sodaß die vom Finanzminister angegebne Zahl von 43½ Millionen Ausfall sich nicht unerheblich um einige Millionen ermäßigen wird. Es vergeht kein Tag, ohne daß wir Tarifwünsche erhalten. Man beschwert sich über Uneinigkeit und mangelndes Verständnis meiner Räte, weil dieser oder jener Tarifwunsch nicht erfüllt wird. Ich will gar nicht von Personentarifen sprechen, wo es ja sehr einfach sein würde, mit einem Federstrich die Tarife herabzusetzen. Es handelt sich aber bei den Personentarifen nicht so sehr um eine Herabsetzung, sondern meine Absicht geht weiter: ich möchte, daß jeder Reisende nicht mehr ein großes Studium anstellen muß, um zu wissen, auf welchem Wege er am billigsten oder am kürzesten fährt, oder ob er hier und da Freigepäck hat, einen Speisewagen benutzen kann oder nicht. Ich werde diese Frage im Auge behalten, und wenn Sie mir dazu Schonzeit gestatten, den Personenverkehr zu verbessern suchen, ohne mich aber in gewagte Tarifexperimente einzulassen. Viel wichtiger ist der Güterverkehr. Auch hier sind unter Umständen Tarifexperimente sehr gewagt, sie können ein Desaster bilden für den gesamten preußischen Staat und die Finanzverwaltung. Redner führt an, was in diesem Betriebsjahre an Verbilligungen eingeführt ist. Zweiter Grundsatz für die Etatsaufstellung ist möglichst sparsame Wirtschaft; die Sparsamkeit muß aber an der richtigen Stelle sein. Der Weg, den ich zu gehen hatte, war mir auch hier angezeigt durch meinen Amtsvorgänger, der 1895 den verwickelten Geschäftsgang vereinfacht und unnütze Schreiberei beseitigt hatte. Es sind dadurch rund 2800 Seelen erspart worden trotz der Vergrößerung des Eisenbahnnetzes von 25000 auf 32000 Kilometer. Diese Ersparnis beträgt rund 20 Millionen. Auch ich habe die Absicht, der Schreiberei gründlich auf den Leib zu gehn; aber wohlverstanden, im innern Bureaudienst, nicht im äußern, wo die Beamten tagtäglich mit den Gefahren des Dienstes zu tun haben; da würden wir hier und da noch etwas mehr tun müssen. Weitere, nicht unerhebliche Ersparungen sind auch im Kassen- und Rechnungsdienst mir von meinen Räten vorgeschlagen worden durch Vereinfachungen, die gleichzeitig eine Beschleunigung des Dienstes sein sollen. In meinem Ministerium wurde mir die Möglichkeit der Aufhebung einer Registratur nachgewiesen und damit eine Ersparnis von 20000 Mark. Die Frachtkarte, die aus alter Zeit besteht, wird abgeschafft werden. Die Ersparnis, die dadurch allein an Papier

in einem Jahre erreicht worden ist, würde 600 000 Mark betragen. — Mittelbare Ersparnisse sind auch beim Güterverkehr möglich. Der schwierigste Teil des Betriebs ist der Stückgutverkehr; auch hier ist erreicht worden, daß man bei den Durchführungen auf den Hauptlinien von der vielfachen Umladung auf eine einfache zurückgekommen ist. Nach der neuen Dienstordnung muß jedes Stück, das heute in Berlin aufgegeben wird, heute abend nach Leipzig abgehn und binnen 24 Stunden dort ankommen. Es ist mir ferner gelungen, den Schienenpreis um 4 Mark zu ermäßigen; im Kohlensyndikat ist die erreichte Ermäßigung nicht so erheblich, aber alles in allem wird doch eine Ersparnis von acht Millionen erzielt, die allerdings dem laufenden Etat nur zum Teil zugute kommt. Endlich habe ich mir die Pflicht auferlegt, die Anmeldungen der Eisenbahndirektionen auf Umgestaltung der Bahnhöfe usw. in einer auf die Finanzlage Rücksicht nehmenden Weise zu prüfen und zurückzustellen. Es sind dadurch 88 Millionen in Abgang gebracht worden. Keine Einschränkung wird gemacht in Ausgaben, die sich auf die Betriebssicherheit des Bahnnetzes beziehen, diese erste Aufgabe einer geordneten Verwaltung. Die Unfälle sind zurückgegangen. Aber ich betrachte die Statistik solange nicht als ausreichend, als wir nicht auf ± 0 angekommen sind. Die schwierigste Frage ist die Frage des Personals. Das Heer der Eisenbahner ist 365 000 Köpfe stark; überall Zufriedenheit und Glück herbeizuführen ist da vollständig ausgeschlossen. Aber es muß unser Bestreben sein, nach Möglichkeit für die zu sorgen, die tagtäglich ihr Leben für diesen Betrieb im Dienste des Vaterlandes einsetzen. Unter diesen Umständen aber ist strenge, gute Organisation Vorbedingung. Wir dürfen nicht zulassen, daß sich in unsrer Organisation Bestrebungen geltend machen, die ich kurzweg mit Umsturz bezeichnen möchte.

24. Februar. Auf eine Anregung von **Hirsch** (natl.) zur Vereinfachung der Personentarife erwidert Minister **Budde**:

Unter der Personentarifreform, die immer und immer wieder verlangt wird, versteht man gemeinhin nur eine Verbilligung. Es handelt sich nicht sowohl um eine Personentarifreform als um eine Personenverkehrsreform, um die Beseitigung aller Einrichtungen, die für das Publikum unbequem sind und den Verkehr erschweren. Wenn heute jemand nach Basel reisen will, hat er eine Menge Umstände zu berücksichtigen, hinsichtlich der Routen, des Freigepäcks usw., daß man von einer einheitlichen deutschen Verkehrsregelung noch nicht reden kann. Das soll geändert werden. Ich kann aber dafür noch nicht ein fertiges Programm vorlegen. Es gehören dazu auch Verhandlungen mit den Nachbarstaaten. Die vierte Klasse ist ein notwendiges und billiges Verkehrsmittel, es existiert in keinem Lande eine so billige Verkehrsgelegenheit für die Arbeiter. Ich bin nicht für Einschränkung, sondern für Erweiterung der vierten Klasse.

Krieger bekämpft das Verhalten des Ministers gegen die sozialdemokratischen Arbeiter. Mit der Politik von „Zuckerbrot und Peitsche," mit der Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter schwäche man nicht, sondern stärke man die Sozialdemokratie. Deshalb protestiere er gegen die Ausführungen des Ministers. — Minister **Budde**: Ich protestiere durchaus nicht dagegen, daß ich das Koalitionsrecht des Arbeiters irgendwie angetastet habe oder antasten werde, noch daß irgend ein Gesetz verletzt worden ist oder werden soll. Aber ich betone nochmals, daß das hier gar nicht in Frage

steht. Sondern es steht in Frage: Wer will die Macht haben, den Eisenbahnbetrieb zu führen oder auch stillstehn zu lassen? Ich protestiere ferner dagegen, daß ich irgendwie jemand seine Stimme bei den Wahlen auch nur beschränken möchte.

6. März. In Fortsetzung der Beratung des Kultusetats bringt **Dauzenberg** (Zentrum) verschiedne Beschwerden und wirft der Regierung vor, daß sie Katholiken nicht als ebenbürtige Staatsbürger betrachte. Die katholische Kirche wolle nicht die Herrschaft über die Schule, sie wolle aber, daß ein christlicher Geist darin herrsche. Minister **Studt** bestreitet, daß er eine schärfere Tonart vertrete als sein Vorgänger, stellt verschiedne Behauptungen des Vorredners richtig und verspricht Abhilfe berechtigter Beschwerden. Auf das Aufsichtsrecht über die katholischen Orden könne der Staat nicht verzichten. Bei der Bewilligung von Gesuchen um Erlaubnis zu Ordensniederlassungen sei stets mit größter Weitherzigkeit verfahren worden. v. **Eynern** (natl.) fragt an, ob der Bischof Korum seine Bekanntmachung (S. 202) rückgängig gemacht habe, und ob es bei der Erregung der evangelischen Bevölkerung angebracht sei, daß Preußen im Bundesrat seine Stimmen für Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes abgebe. Minister **Studt** erwidert, ihm sei gegenwärtig nicht bekannt, ob die zwischen dem preußischen Gesandten beim Vatikan und der Kurie schwebenden Verhandlungen bereits abgeschlossen seien, und welches Ergebnis sie gehabt hätten. Was die zweite Frage anlange, so sei ihm nur bekannt, daß der Bundesrat sich mit der Angelegenheit befasse.

9. März. Auf Anregung von Kopsch (freis. Vereinig.) sagt Minister **Studt**: Die Frage der Abtrennung der Medizinalverwaltung vom Kultusministerium ist noch zu keinem Abschluß gelangt. Was ein Schulpflichtgesetz anlangt, so wird die Regierung, wenn alle Parteien ein solches Gesetz wünschen, dasselbe einbringen. Jetzt scheint aber kein geeigneter Zeitpunkt dafür zu sein. Eine Revision des Lehrerbesoldungsgesetzes kann ich nicht in Aussicht stellen; schon wegen der schlechten finanziellen Verhältnisse kann eine solche jetzt nicht erfolgen. Die Regierung tut aber alles mögliche, um die aus dem Gesetze sich ergebenden Härten zu beseitigen. — v. **Heydebrand** (kons.) meint, die Klagen, die das Zentrum immer wieder vorbringe, stünden im Gegensatz zu der Ansicht andrer Kreise, die von einem beständigen Nachgeben der Regierung gegenüber den Katholiken sprechen. Wo liege da die Wahrheit? Seiner Ansicht nach sei der Kulturkampf beendet, und man könne der Regierung keinen Vorwurf machen, wenn sie auch die Folgerungen daraus ziehe. Aber wenn man sehe, welche Machtstellung das Zentrum jetzt einnehme, und bedenke, daß das Zentrum auch kirchliche Interessen vertrete,

dann könne man sich nicht wundern, wenn bei den Evangelischen sich ein Gefühl der Beklemmung hier und da geltend mache. Keinesfalls dürfe die katholische Kirche besser behandelt werden als die evangelische. Mit der ablehnenden Erklärung des Ministers über die Aufhebung der gesetzlichen Beschränkungen der katholischen charitativen Orden könne er sich nicht einverstanden erklären. — **Barth**: Der Zurückziehung des Erlasses des Bischofs Korum stehen vielleicht Gegenleistungen seitens der Regierung gegenüber. Solange wir diese Gegenleistungen nicht kennen, tun wir gut, mit unsern Kundgebungen zurückzuhalten. Minister **Studt** erwidert: Die Verfügung des Bischofs Korum ist zurückgenommen worden, und ich habe namens der Staatsregierung folgende Erklärung abzugeben: Nach einem Bericht des Regierungspräsidenten in Trier hat die gestern in den Pfarrkirchen von Trier erfolgte Kanzelverkündigung folgenden Wortlaut:

„Gemäß den Erklärungen der Minister im Abgeordnetenhause und nach weitern Mitteilungen hat die Regierung die Absicht, den Wünschen der Katholiken in der hiesigen Schulfrage gerecht zu werden. Deshalb hat der Bischof, in Uebereinstimmung mit dem Heiligen Vater, angeordnet, daß unsre Kanzelpublikation wegen veränderter Umstände als nicht geschehen zu betrachten sei."

Die von der Regierung in dieser Angelegenheit ergangnen Mitteilungen gehen sämtlich über den Rahmen der in diesem hohen Hause von dem Ministerpräsidenten und von mir abgegebenen Erklärungen nicht hinaus. Die Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß nunmehr die Erhaltung eines friedlichen Verhältnisses in Trier ermöglicht ist. — Der Minister stellt ferner fest, daß seine Erklärung zur Frage der katholischen charitativen Orden auf einem ausdrücklichen Beschluß der Staatsregierung beruhe, der nach langen und sorgfältigen Erwägungen gefaßt sei. Die Regierung habe in dem vollen Gefühl ihrer Verantwortlichkeit es ablehnen zu müssen geglaubt, ihrerseits die Hand dazu zu bieten, daß ein wesentlicher Bestandteil des 1887 getroffnen kirchenpolitischen Abkommens über den jetzigen modus vivendi abgetragen werde.

10. März. **v. Zedlitz** (frkons.): Daß Preußen im Bundesrat für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes stimmen wolle, habe in weiten Kreisen der evangelischen Bevölkerung große Beunruhigung erregt (S. 47—70). Die Schule sei eine Veranstaltung des Staates, und deshalb müßten Uebergriffe der Kirche auf diesem Gebiete abgewehrt werden. Gäbe der Staat hier weiter nach, so wäre ein neuer Kulturkampf unvermeidlich. Der Kampf gegen den Unglauben sei nicht ein Kampf gegen die freie Forschung, die erhalten bleiben müsse, aber Katholiken und Protestanten müßten sich zusammenschließen zur Bekämpfung der materialistischen Weltauf-

fassung. — **Funck** (freis. Vp.): Nicht nur die katholische, sondern auch die evangelische Orthodoxie sei ein Feind der freien Forschung. Die Freiheit der Forschung sei eben unvereinbar mit den kirchlichen Traditionen, die das voraussetzungslose Glauben alles von der Kirche Gelehrten verlangten. Die konfessionellen Schulen verschlechtern die herrschenden Zustände nur noch, denn sie erziehen zur Unduldsamkeit. Das einzig richtige sei die paritätische Schule, die auf der Achtung vor Andersgläubigen beruhe. Der Religionsunterricht in den Volksschulen müsse von dem Formelkram befreit und nach der Richtung intensiverer Morallehre ausgestaltet werden.

Die Stelle eines Generalinspektors der Reformschulen im Nebenamt wird gestrichen. — Beim Kapitel Evangelische Konsistorien bemängelt **Sattler** (natl.) die Vereinigung der Konsistorien Hannover und Stade in Hannover. Er bedauert, daß nicht die Provinzialsynode gehört worden sei, worauf der Minister **Studt** betont, daß er nicht daran denke, die Selbständigkeit der hannoverschen Landeskirche anzutasten.

Schall (kons.) meint, die Studenten der Theologie, die später Pastoren werden wollten, gerieten oftmals durch das Hören der sogenannten liberalen Theologie in Zwiespalt mit den Forderungen der Kirche. Die Regierung solle daher für richtige Besetzung der Lehrstühle sorgen. Ministerialdirektor Dr. **Althoff**: Die Zahl der Studirenden der evangelischen Theologie ist in den letzten Jahren erheblich zurückgegangen. Das ist aber nichts auffälliges, das kommt bei allen Fakultäten vor. Ueberall geht es auf und ab. Das hängt zusammen mit der Zahl der Anwärter, mit der Aussicht auf baldige Anstellung usw. Ein Grund zu einer Besorgnis liegt allerdings für die evangelischen Theologen noch nicht vor, denn es waren 1900 in Preußen noch 1014 wahlfähige Kandidaten vorhanden, während durchschnittlich nur etwa 260 angestellt werden. Ich warne davor, die Abnahme der Zahl der Studierenden der evangelischen Theologie zurückzuführen auf diese oder jene Art der Zusammensetzung der theologischen Fakultäten, sie etwa der modernen Richtung in der Theologie zuzuschreiben. Als die Frequenz der Theologiestudierenden ihren Höhepunkt erreicht hatte, im Sommer 1888, wo die Zahl 4799 betrug, da war die Zusammensetzung der Fakultäten im wesentlichen dieselbe wie heute, sie war eher noch mehr im Sinne der modernen Theologie gerichtet, denn seitdem hat der Grundsatz der justitia distributiva, von dem die Universitätsverwaltung geleitet wird, dahin geführt, daß verhältnismäßig weit mehr Vertreter der positiven Theologie angestellt sind. Man muß sich sehr vorsichtig ausdrücken. Also heute sind unsre Fakultäten positiver gefärbt als im Jahre 1888, und doch

haben wir heute nur 2086 Theologiestudierende, 1888 aber 4799. Daher wollen wir ehrlich sein und nicht darin die Ursache suchen, sondern in den wirtschaftlichen Verhältnissen. Der Hauptgrund für den Rückgang der Studierenden der evangelischen Theologie liegt zweifellos darin, daß die Möglichkeit des Fortkommens eine so geringe ist. Das wird sich bald wieder ändern, und wir werden einem starken Anwachsen der evangelischen Theologen entgegensehen können.

11. März. Weiterhin werden zum Etat der Universitäten Wünsche betreffs der Errichtung neuer Lehrstühle an einzelnen Hochschulen vorgebracht, namentlich der Wunsch nach Einrichtung einer medizinischen Fakultät in Münster.

12. März. Zum Kapitel der höhern Lehranstalten bemerkt der Ministerialdirektor Dr. **Althoff**:

Bis man mit Sicherheit über die Wirkungen der Schulreform von 1900 urteilen kann, werden wohl noch Jahre, vielleicht zwanzig Jahre vergehn, und daher möchte ich nur weniges hervorheben. Die Befürchtung, daß infolge der Reform alle Realgymnasialabiturienten Jura und Medizin und alle Abiturienten der Oberrealschulen Jura studieren würden, hat sich nicht bewahrheitet. In diesem Wintersemester sind in der juristischen Fakultät an den preußischen Universitäten im ganzen als Abiturienten von humanistischen Gymnasien 5413 eingeschrieben, von Realgymnasien 159 = 2,84 Proz. und von Oberrealschulen 23 = 0,42 Prozent; in der medizinischen Fakultät, für die den Oberrealschülern die Berechtigung vom Bundesrat nicht zuerkannt ist, sind immatrikuliert 2330 Gymnasial- und 88 = 3,64 Prozent Realgymnasialabiturienten. Die Befürchtung, die sich an die Beseitigung des Gymnasialmonopols knüpfte, war also unbegründet, und es wird gar nicht schaden, wenn auch noch eine ganze Anzahl von Realabiturienten mehr Jura und Medizin studieren. Dadurch wird eine gesunde Konkurrenz erzeugt, und das kann nur in bonam partem wirken. Die weitere günstige Wirkung der Reform ist, daß die humanistischen Gymnasien sich in ihrer Eigenart weiter entwickeln können, daß sie nun nicht mehr genötigt sind, neue realistische Momente in ihren Lehrplan aufzunehmen. Die humanistische Seite ihres Lehrplans ist nicht weiter abgebröckelt, sondern im Gegenteil verstärkt worden. Die Erhaltung und Kräftigung des humanistischen Gymnasiums wird auch ferner das Ziel der Unterrichtsverwaltung bleiben, aber nicht in der Art, daß es ein Monopol hat, sondern daß den andern Schularten auch Licht und Luft in gleicher Weise gewährt werden.

v. **Strombeck** (Zentrum) verlangt, daß an den paritätischen Gymnasien nicht nur der katholische Religionsunterricht, sondern auch der Geschichtsunterricht und der Unterricht in der Literatur für katholische Schüler von katholischen Lehrern erteilt werde. Diesem Verlangen tritt der Minister **Studt** mit aller Entschiedenheit entgegen.

13. März. In Fortsetzung der Beratung des Kultusetats stellt v. **Zedlitz** den Antrag, „die Regierung zu ersuchen: baldigst den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen, durch welches die Unterhaltung der Volksschule nach Maßgabe der Verfassung geregelt und unter

entsprechender Erhöhung der Staatszuschüsse den Uebelständen abgeholfen wird, die aus der großen Ungleichheit der Lehrerbesoldungen für Schule und Lehrer sowie für die Volksschulbildung weiter Kreise der Bevölkerung erwachsen." Zu diesem Antrage bemerkt der Minister Studt: Der Antrag geht über die Forderung eines Schuldotationsgesetzes hinaus, er fordert auch die Beseitigung der Ungleichheiten, die sich aus dem Lehrerbesoldungsgesetz ergeben. Ich habe bereits früher nachgewiesen, daß es sich da um zwanzig Millionen handelt, und daß die Finanzlage des Staates eine solche Ausgabe nicht gestattet. Soweit Härten vorliegen, sucht schon jetzt die Unterrichtsverwaltung nach Maßgabe der vorhandnen Mittel abzuhelfen. Die Leistungen des Staates haben sich beträchtlich vermehrt, und die Lage der Lehrer ist erheblich gebessert. In Uebereinstimmung mit der Mehrheit des Hauses darf ich wohl annehmen, daß die Aufbesserung zurzeit als abgeschlossen gelten muß. Im übrigen wird die Unterrichtsverwaltung die dankenswerten Anregungen des Vorredners erwägen und sehen, inwieweit ein Ausgleich herbeigeführt werden kann.

Mit der Beratung dieses Antrags wird die einer Frage des Grafen Kanitz verbunden, die lautet: „Aus welchen Gründen ist die Einbringung des seit geraumer Zeit als dringlich anerkannten und wiederholt vom Hause der Abgeordneten geforderten Schuldotationsgesetzes, durch das die gegenwärtigen Mißstände und Ungerechtigkeiten in der Verteilung der Volksschullasten beseitigt werden sollen, noch nicht erfolgt?"

Auf diesen Antrag gibt der Minister Studt folgende Antwort:

Die Regierung erkennt an, daß die Bestimmungen betreffs der Schulunterhaltungspflicht vielfach veraltet und reformbedürftig sind. Soll die Reform auf dem Boden durchgeführt werden, daß die Kommunen Träger der Schullasten sind, so stellt sich die Schwierigkeit heraus, daß die Gemeinden vielfach nicht leistungsfähig sind. Wir hatten einen Entwurf ausgearbeitet, in dem diese Schwierigkeit dadurch beseitigt werden sollte, daß man größere, oft aus mehreren Gemeinden bestehende Schulverbände bildet. Die Provinzialbehörden aber hielten auch diesen Weg nicht für gangbar, da es zu schwierig sei, in den einzelnen Fällen festzustellen, wie groß das Vermögen sei, das die einzelnen Gemeinden auf den größern Schulverband übertragen müssen. Auch würde der Verwaltungsapparat ein zu schwerfälliger sein. Wir sind daher von diesem Gedanken abgekommen. Nun haben wir einen neuen Entwurf ausgearbeitet. Die Verhandlungen über diesen zweiten Entwurf sind aber noch nicht abgeschlossen. Es liegt auf der Hand, daß man die Staatszuschüsse in einem solchen Entwurf vermehrt zu sehen wünscht. Der augenblickliche Zeitpunkt ist aber bei der ungünstigen Finanzlage zur Hergabe bedeutenderer Staatsmittel nichts als günstig zu betrachten. Außerdem würden bei einem solchen Gesetze auch Fragen berührt werden, die auf dem innern Gebiet der Organisation der Volksschule liegen. Die gegenwärtige Session, als letzte der Legislaturperiode, ist auch nicht geeignet, noch mit einem solchen Entwurf belastet zu werden. Daher ist zur Zeit von der Vorlegung eines Schuldotationsgesetzes Abstand genommen worden. Die Regierung wird aber be-

müht sein, die Sache so zu fördern, daß zu hoffen ist, daß in nicht zu ferner Zeit es möglich sein wird, einen solchen Gesetzentwurf dem Hause vorzulegen.

16. März. Beim Titel der „Höhern Mädchenschulen" sagt Minister **Studt**, es bestehe nicht die Absicht, volle Mädchengymnasien zu errichten, sondern es handle sich nur um Gymnasialkurse im Anschluß an die höhern Töchterschulen. — Zur Veranstaltung einer Unterrichtsausstellung auf der Weltausstellung in St. Louis wird der Betrag von 120000 Mark als erste Rate bewilligt.

17. März. Der Betrag von 1000000 Mark als erste Rate für den Neubau eines Gebäudes in Berlin für die königliche Bibliothek, die Universitätsbibliothek und die Akademie der Wissenschaften wird bewilligt.

18. März. Zur Alkoholfrage dankt **Graf Douglas** dem Minister dafür, daß er mit solcher Energie die am 11. Juni v. J. vom Abgeordnetenhause beschlossene Erklärung (s. Band I von 1902, S. 146) zur Durchführung gebracht habe. Besonders sei das Vorgehen des Eisenbahn- und das Bergfiskus anzuerkennen. Mit den damals bezüglich der Alkoholbekämpfung erzielten Erfolgen könne man überhaupt zufrieden sein. Sie hätten im Lande entschieden Verständnis gefunden, auch die Wirte hätten gesehen, daß in mehr als einem Punkte ihr Interesse sehr gut gewahrt worden sei. Auf seiten der Herren von der Rechten habe sich keine Stimme wegen Verletzung ihres Interesses erhoben. Ebensowenig in der Presse der Brennereien. Mit den Wirten könne man in der Beseitigung der Winkelkneipen einverstanden sein. Redner weist hierauf Aeußerungen des Abgeordneten **Schulz** in den zu Berlin und Dresden stattgehabten Protestversammlungen zahlreicher deutscher Gastwirte zurück, weiß sich aber eins mit den Geistlichen aller Glaubensbekenntnisse und Parteien. Die einzige Partei, bei der sich keine Unterstützung in der Bekämpfung des Alkohols habe finden lassen, sei die freisinnige Volkspartei. Die Bekämpfer aber wären durch die vernommenen Proteste nicht eingeschüchtert. — Minister **Studt** weist, unter Danksagung, den Grafen Douglas, darauf hin, daß dem Landtage bereits mitgeteilt sei, wie die Ressorts der Verwaltung dem Beschlusse vom 11. Juni v. J. Folge geleistet hätten. Soweit auf dem Verwaltungswege möglich, sei das Nötige von der Staatsregierung geschehen. Das Weitere müsse der Gesetzgebung überlassen werden, denn wenn nicht an diesen Krebsschaden, der am Marke des Volks zehre, bald die bessernde Hand angelegt werde, so würden wir traurigen Zuständen entgegengehn. Irrenärzte hätten noch kürzlich versichert, daß die Zunahme des Prozentsatzes der durch übermäßigen Genuß des Alkoholgeistes krank gewordnen Personen in den letzten Jahren eine geradezu erschreckende geworden sei. Auch die im Antrage Douglas enthaltenen idealen Momente könnten nicht genug betont werden, und die Art, wie die wohlwollende und edle

Absicht dieses Antrags in einem Teile der Presse wie in der Agitation beurteilt worden, sei geradezu frivol. Die vom Abgeordneten Dittrich neulich hervorgehobnen Verheerungen, die in gewissen Kreisen durch künstliche geistige Ueberanstrengung angerichtet werden könnten, bildeten ein Kinderspiel gegen die Verheerungen durch Alkoholgenuß. Dieses Bild könne nicht düster genug geschildert werden. — **Schulz** aus Berlin bezeichnet es als großen Irrtum, daß von der freisinnigen Volkspartei eine Agitation bei den Gastwirten in Szene gesetzt sei, um mit dem Antrage Douglas Stimmenfang bei den nächsten Wahlen zu treiben. Die Gastwirte hätten sich bei ihrer Vereinigung gegen die durch diesen Antrag in die Oeffentlichkeit getragnen Tendenzen im Zustande der Notwehr gegen Angriffe befunden. Redner erkennt die Verheerungen durch Branntweinpest an, verwahrt sich aber gegen die Brandmarkung eines jeden, der mit Branntwein zu tun habe. — **v. Zedlitz** hofft, daß, wenn im fernern Fortgange noch weiteres aus den Beschlüssen des Hauses zur Tat werden sollte, das reelle Gastwirtsgewerbe dadurch nicht leiden werde. — **Martens**: Die vorjährigen Beschlüsse seien wohlerwogne, und auch Mitglieder der freisinnigen Volkspartei hätten an einzelnen mitgewirkt. Werde der Verbrauch des Alkohols erheblich eingeschränkt, so würde allerdings eine Schädigung der Gastwirte eintreten, weil die alkoholfreien Getränke nicht in gleichem Maße verbraucht würden. — **Schall** spricht dem Grafen Douglas und dem Minister Studt wärmsten Dank aus. Erstem sagt auch **Schmitz** aus Düsseldorf Dank.

19. März. Die auf die **Ostmarkenpolitik** der Regierung bezüglichen Titel des Etats werden zusammen beraten, nämlich 1. Zu Erziehungsbeihilfen an höhere Beamte in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen. 2. Zu widerruflichen, nicht pensionsfähigen Gehaltszulagen an die in der Provinz Posen und den gemischtsprachigen Kreisen der Provinz Westpreußen angestellten mittlern Kanzlei- und Unterbeamten, sowie zu widerruflichen Pensionszulagen für die in diesen Landesteilen angestellt gewesenen und dort verbleibenden Beamten dieser Kategorien. 3. Drei Titel des Extraordinariums: a) zum Erwerb und zur Erschließung des Umwallungsgeländes der Stadt Posen (zweite Rate), b) für Herstellung von Garnisoneinrichtungen in Wreschen und Schrimm, c) zur Herstellung eines **königlichen Residenzschlosses in der Stadt Posen**.

Minister **v. Rheinbaben**: Für besonders notwendig halte er die Errichtung eines **Residenzschlosses in Posen** und eine häufige Anwesenheit des Trägers der Krone in der Provinz. Die Steine dieses Schlosses würden davon reden, daß diese Landesteile unlöslich mit dem Reiche verknüpft sind. Den Bewohnern der Provinz werde

es möglich sein, dem Herrscher ins Auge zu schauen und ihre Wünsche ihm vorzutragen. Die Kaisertage in Posen hätten so recht die werbende Kraft des monarchischen Gedankens gezeigt. Ein Schutz der Ostmarken wäre aber nur möglich, gestützt auf tüchtige, einwandsfreie und national gesinnte Beamte. Auf das Streichen der Widerruflichkeit der Zulage an die Beamten könne die Regierung aber nicht eingehen; denn die Beamten sollten unterstützt werden im treuen Aushalten. Wird die Widerruflichkeit gestrichen, so werde damit die ganze Bestimmung hinfällig gemacht.

Hobrecht (natl.) betont, daß seine Freunde die Ostmarkenpolitik der Regierung im allgemeinen unterstützten. Gegen die Widerruflichkeit der Zulagen aber hätten sie schwere Bedenken. Die ganze Maßregel könne doch nur den Sinn haben, der Regierung die Möglichkeit zu gewähren, ihre Ostmarkenpolitik durch Beamte einer bestimmten Richtung ausführen zu lassen. Sie sei also ein Disziplinarmittel, aber als solches unzweckmäßig und in ihren Folgen schädlich. Denn sie müsse Strebertum und Denunziationssucht fördern. Das Endziel unsrer Ostmarkenpolitik aber sei doch nicht, die polnische Nation zu vernichten, sondern durch einen tüchtigen, objektiven und geachteten Beamtenstand die Gefahren zu bekämpfen, die dem preußischen Staat von den großpolnischen Agitationen drohen. Die Regierung gebe ihre Disziplinargewalt nicht aus der Hand, wenn sie auf die Widerruflichkeit der Zulagen verzichte. — **Dittrich** (Zentr.): Seine Partei teile die schweren Bedenken gegen die Widerruflichkeit der Zulagen. — **v. Tiedemann** (freikons.) billigt die Ostmarkenpolitik der Regierung durchaus. Erfreulicherweise sei die Provinz Posen schon seit Jahren nicht mehr der Sammelplatz für Beamte, die man sonstwo nicht mehr haben möge. Diese Verbesserung des Beamtenmaterials in Posen weiterzuführen, seien die Zulagen ein sehr geeignetes Mittel. Seine Freunde könnten aber nur für diese Zulagen stimmen, wenn die Widerruflichkeit aufrecht erhalten bleibe. — Minister **v. Rheinbaben**: Die Aufregung der Polen über die Maßnahmen der Regierung sei der beste Beweis für die Richtigkeit dieser Maßnahmen. Niemand von der Regierung oder den Beamten hätte in Stimmung unter den Polen für den Kaiserbesuch in Posen gemacht.

20. März. Ehlers (freis. Vgg.): In den ehemals polnischen Städten habe man jetzt noch ein Grauen vor den Zuständen, die einst im polnischen Reiche herrschten. Alle Deutschen in Westpreußen und Posen seien darin einig, daß die großpolnischen Bestrebungen bekämpft werden müßten. Meinungsverschiedenheiten bestünden nur über die anzuwendenden Mittel. — **v. Glebocki** (Pole): Die Behauptung, die Polen würden in Preußen wohlwollend be-

handelt, sei schon tausendmal widerlegt. Redner kritisiert in sehr abfälliger Weise die Tätigkeit des Deutschen Ordens. Die polnische Mißwirtschaft, von der der Minister gesprochen, sei längst überholt von der deutschen Mißwirtschaft. — Minister v. Rheinbaben: Er habe noch nie solche aufreizenden polnischen Hetzreden gehört, wie hier von v. Glebocki. Die Regierung sei davon durchdrungen, daß die Ostmarken untrennbar mit Preußen verknüpft seien. Es liege ihr nichts an der Unterdrückung der Polen, sie wolle nicht die Ruhe des Kirchhofs, sondern sei ehrlich bestrebt, den Frieden herbeizuführen. Seine Behauptung, daß die Ritter des Deutschen Ordens Kulturträger ersten Ranges gewesen seien, halte er aufrecht, wenn er auch zugebe, daß sie in der Zeit des Verfalls des Ordens nicht mehr auf ihrer ursprünglichen Höhe gestanden hätten. Er halte die Behauptung von der polnischen Mißwirtschaft aufrecht und verweise auf die Worte Friedrichs des Großen, der bei der Uebernahme der polnischen Landesteile gelobt hätte, er wolle diese Gebiete der Barbarei der Starostenwirtschaft entreißen und ihrer Bevölkerung die Menschenrechte wiedergeben. Dies Gelöbnis habe Friedrich der Große gehalten, und an ihm hielten die Hohenzollern fest.

Endlich werden die Forderungen der Regierung, insbesondre auch die widerrufliche nichtpensionsfähige Ostmarkenzulage angenommen; ebenso die Titel des außerordentlichen Etats (Erschließung des Umwallungsgeländes der Stadt Posen, für Herstellung von Garnisoneinrichtungen in Wreschen und Schrimm und Herstellung eines königlichen Residenzschlosses in Posen).

4.

Dritte Beratung im Abgeordnetenhause.

23. und 24. März. Zur allgemeinen Beratung werden nur minderwichtige Dinge vorgebracht.

5.

Beratung im Herrenhause.

1. April. Beim Etat des Finanzministeriums bedauert Graf Hutten-Czapski, daß der Etat wieder so spät fertig wird. Man hätte den Landtag früher einberufen sollen. Dann wäre es auch möglich geworden, das wichtige Ausführungsgesetz zum Reichsseuchengesetz zu verabschieden. Weiter tadelt Redner den häufigen Wechsel der Regierungspräsidenten. In Bromberg hätten die Regierungspräsidenten in vier Jahren fünfmal gewechselt. Besonders freudig zu begrüßen sei der Bau eines königlichen Schlosses in Posen. Dadurch werde das Gefühl der Zusammengehörigkeit der

Provinz Posen mit der Monarchie bei allen Bewohnern der Provinz ohne Unterschied der Sprache, des Bekenntnisses und des Standes erheblich gestärkt werden. Da der Bau im Interesse des Staates liege, sei es auch recht und billig, daß der Staat die Kosten trage. Es würde am praktischsten sein, wenn der Staat der Kronfideikommißverwaltung ein Pauschquantum gäbe und letztere sich verpflichte, in einer bestimmt zu bemessenden Frist das Schloß zu bauen. — Minister **v. Rheinbaben** erwidert, er wäre dem Vorredner sehr dankbar, wenn er ihm ein Allheilmittel für die rechtzeitige Erledigung des Etats genannt hätte. Hätte man den Landtag um acht Tage früher einberufen, so, fürchte er, wäre der Etat nach dem Beispiel des Vorjahres auch nicht fertig geworden.

Bei Beratung des Etatsabschnitts „Ostmarkenzulagen" erklärt **v. Chlapowski**:

Ich halte es für meine Pflicht, die Beschwerden der polnisch redenden Bevölkerung zum Ausdruck zu bringen. Franzosen, Italiener, überhaupt fast alle Staaten haben fremdsprachliche Bevölkerungsteile, nirgends behandelt man sie so, wie bei uns die Polen, und dabei sind diese ganz loyal. Was kann der Staat gewinnen bei diesem Kampfe? Insbesondre durch die Stellenzulagen für Beamte in den Ostmarken wird nur das Strebertum gezüchtet und gefördert. Der Beamte müßte ein Engel sein, wenn er bei Bestehen der Ostmarkenzulage die doch durchaus nötige Voraussetzungslosigkeit in seinem Amte betätigte. Wir sehen einen Kampf eines mächtigen Staates mit einer Organisation von Beamten gegen eine unorganisierte, von allen Beamten abgeschnittene Bevölkerung von drei Millionen — das kann doch kein so gefährlicher Kampf sein, wie man es im vorigen Jahre hier darstellte. Einen Erfolg wird der Kampf haben: jeder in diesem Kampf erfolgende Nadelstich steigert den Haß. Es ist ausgeschlossen, an eine Losreißung von Teilen Preußens von der Monarchie zu denken oder sie anzustreben. Die Presse, namentlich die Volkspresse, wird beschuldigt, daß sie solches anstrebe, in der Tat aber sind ihre Veröffentlichungen nur eine direkte Folge der Politik der Nadelstiche.

Minister **v. Rheinbaben**: So lange noch ein Stein auf dem andern steht, werden diese Landesteile preußisch bleiben. Wir haben selbst das größte Interesse daran, daß endlich Friede und Ruhe eintritt, und an der preußischen Regierung hat es wahrlich nicht gelegen und liegt es nicht, daß der Friede noch nicht eingetreten ist. Durch das, was der Kaiser in Posen gesagt hat, ist Garantie dafür gegeben, daß kein Mensch an dem Glauben und der Sprache der Polen rütteln will. Damit ist den Polen jeder Grund für ihre fortgesetzte Kampfesstimmung gegen das Deutschtum genommen. Die Polen und der Vorredner haben die heilige Aufgabe, in ihrem Volke die Ueberzeugung zu verbreiten, daß sie an ihrem Glauben und ihrer Sprache festhalten können, daß sie aber Deutsche sein müssen und immer Deutsche bleiben. — **v. Dziembowski**: Wenn man die polnischen Zeitungen liest, muß man glauben, daß eitel Kampf in

den polnischen Landesteilen herrscht. Das ist aber nicht der Fall. Unter der glühenden Lava ist kein glühender Berg. Die Macht der Tatsachen läßt sich nicht erschüttern. Die Zugehörigkeit der polnischen Landesteile zu Preußen steht fest. Eine ununterbrochne Kette von Kulturarbeit ist für die polnischen Landesteile geleistet. Die Vertreter der Polen sollten auch nicht vergessen, daß es nur ein friedliches Zusammenleben geben kann, wenn ein starkes Deutschtum vorhanden ist. Das erkannt zu haben, ist das Verdienst des Fürsten Bismarck.

2. April. In Fortsetzung der Beratung des Etats der Eisenbahnverwaltung spricht sich Minister **Budde** im wesentlichen dahin aus:

Der Verkehr und die Einnahme daraus hätten sich in den letzten Monaten gehoben. Dezember, Januar, Februar hätten Mehreinnahmen von über 5 bis 6 Millionen ergeben. Trotzdem aber werde es seine Pflicht sein, weiter sparsam zu wirtschaften. Vor allem aber gereiche es ihm zur Freude, mitteilen zu können, daß das bei der ersten Etatsberatung im Abgeordnetenhause von dem Finanzminister auf 35 Millionen veranschlagte Defizit im gesamten Staatshaushalt pro 1902 nach den neuesten Ergebnissen bei der Eisenbahnverwaltung gänzlich verschwinden werde. Bei der Staatsbahnverwaltung seien noch 15 Millionen an Ausgaben erspart worden und außerdem noch so und so viele Millionen an Mehreinnahmen hinzugekommen, sodaß das Defizit voll gedeckt sei.

3. April. Es findet eine längere Verhandlung über die Frage der Reformschulen und der humanistischen Gymnasien statt, worauf Ministerialdirektor Dr. **Althoff** bittet, der Sache einige Zeit Ruhe zur Entwicklung zu lassen. — Freiherr **von Durant** warnt, indem er dem Hause das Recht wahrt, Professoren zu kritisieren, vor den modernen Heiden auf den Professorenstühlen, die aus ihrem Unglauben auch gar kein Hehl machten, die die Kritik an die Stelle des lebendigen Bibelglaubens setzten. — Minister **Studt**: Die Grundsätze, von denen sich die Regierung bei Besetzung theologischer Lehrstühle leiten läßt, sind von mir früher schon dargelegt worden. An diesen Grundsätzen wird fortgesetzt festgehalten. Zwar ist inzwischen eine gewisse Spannung neu hervorgetreten. Diese kann aber nicht beseitigt werden. Es liegt im Wesen der theologischen Freiheit, daß der Forschung nicht ein: Bis hierher und nicht weiter! zugerufen werden kann. Die mit dieser Freiheit verknüpften Gefahren müssen ertragen werden. Und wir dürfen sie ertragen in der sichern Voraussetzung, daß alles Extreme, alles Unfruchtbare bei diesem Kampf der Geister überwunden werden wird. Jedes gewaltsame Eingreifen in diesen Kampf würde nur zur Folge haben, daß der Irrtum Bundesgenossen gewinnt und sich verstärkt. Dem Ernste wissenschaftlicher Forschung und der Kraft des evangelischen Geistes darf auch vertraut werden, daß durch ihn alle Schwierigkeiten sich

von selbst ausgleichen werden. — Professor **Schmoller**: Der vom Freiherrn von Durant betonte Gegensatz zwischen negativer und positiver Theologie trifft nicht den Kern der Sache. Der Gegensatz, um den es sich hier handelt, ist vielmehr auf der einen Seite historische wissenschaftliche Bildung, auf der andern Seite der rein dogmatische Standpunkt. v. Durant will die historische Bildung aus der Kirche hinausweisen. Die evangelische Kirche steht und fällt mit der Freiheit der Forschung. Wenn Sie ihr diese Freiheit nehmen, so gibt es für Sie nur eins: Treten Sie in den Schoß der katholischen Kirche zurück! Wollen Sie das nicht, so müssen Sie in der evangelischen Kirche eine gewisse Freiheit dulden. — Professor **Löhning** (Halle): Mit v. Durant ist jede Verständigung absolut ausgeschlossen. Er steht einfach auf dem Boden des Dogmas der katholischen Kirche, während ich von mir überzeugt bin, daß ich auf dem Boden der evangelischen, der protestantischen Kirche stehe. Ich sehe den Kern derselben nicht in starren Dogmen. Was der Professor erforscht, das muß er auch seinen Hörern mitteilen, sonst würde er nicht würdig dessen sein, akademischer Lehrer zu sein. Namens der Universität protestiere ich gegen diese Unterscheidung, die Sie hier machen zwischen Freiheit der Wissenschaft und Forschung und der Lehrfreiheit. Sind denn die Studenten Kinder? Die Freiheit unsers christlichen Gewissens lassen wir uns nicht durch Pastoren, noch durch die Generalsynode oder durch Provinzialsynoden beschränken. Oberhofprediger **Dryander**: Als evangelischer Geistlicher würdige er die Bedenken, aus denen heraus Durant gesprochen habe. Es gebe in der Kirche Artikel, ohne die sie in der Tat nicht existieren könne. Seiner innern Ueberzeugung nach hätten sich allerdings in der evangelischen Kirche Elemente geltend gemacht, die die Substanz der Kirche antasteten. Und die Kirche habe tatsächlich die Pflicht, dafür zu sorgen, daß der theologische Nachwuchs nicht in solchen bedenklichen Anschauungen gebildet würde. Die Kirche müsse ihre Substanz wahren. Im Grundsatze trete er also dem Freiherrn v. Durant bei. Aber mit derselben Entschiedenheit erkläre er, es sei unmöglich, auf dem Wege staatlichen Vorgehens die Kirche vor solchen Gefahren zu schützen. Unsre theologische Wissenschaft trage diese Gefahren in sich selbst und könne sie nur regulieren durch die in ihr selbst liegende Wahrheit. Wollte man auf rein äußerliche Weise, durch Gebote von oben, durch ein Bis hierher und nicht weiter! der Theologie Grenzen stecken, so würde man damit der evangelischen Kirche mehr Schaden tun, als wieder auszugleichen wäre. Es sei nun einmal jetzt eine Zeit der Umbildung, auch in unsrer Geistesbildung, immer neue Probleme stellten sich ein infolge der naturwissenschaftlichen Forschung und infolge Erweiterung unsrer geschichtlichen Kenntnisse. Man

möge ihm nun Widerspruch vorwerfen, weil er einerseits sage: Die Kirche soll ihr Bekenntnis wahren! andrerseits: Die theologische Forschung muß frei sein. Darin liege allerdings ein Widerspruch: Aber er denke, daß auch das ewig Wahre der wissenschaftlichen Forschung auf die Dauer nicht widersprechen könne. Der richtige Weg sei, daß, wer sein theologisches Amt nicht mehr mit seinem Gewissen zu vereinbaren vermöge, zurücktreten müsse. Das sei der gebotene innere Ausgleich.

Oberbürgermeister **Struckmann**: Die Rede v. Durants widerspricht den Grundsätzen der evangelischen Kirche. Diese ist aufgebaut auf der Freiheit der Forschung und in gewissen Grenzen auch auf der Freiheit des Glaubens Wenn Sie den Grundsatz aufstellen wollen: Freiheit der Forschung, aber nicht Freiheit der Lehre und des Bekenntnisses, dann würden Sie damit eine große Lüge in unser Geistesleben hineintragen. Es würden infolge einer solchen Intoleranz sehr viele aus der evangelischen Kirche austreten. Wenn die Regierung nur Professoren nach Ihrem Geschmack anstellen soll, wo bleiben wir dann, die wir nicht auf Ihrem Standpunkt stehen? Wir vertreten die Hälfte des Volkes, und für diese Hälfte müssen doch auch Lehrer da sein. Wenn Sie das nicht wollen, dann führen Sie schließlich eine vollständige Trennung der Kirche vom Staate herbei. Also überspannen Sie den Bogen nicht. — Frhr. v. **Solemacher**: Gerade als Katholik möchte ich betonen, daß wir voll auf dem Boden v. Durants stehen, auf dem Boden des positiven Glaubens. Wenn Sie schon so empfindlich sind gegenüber Aeußerungen evangelisch-theologischer Professoren, so denken Sie sich einmal in unsre Lage hinein, die wir es seit dreißig Jahren dulden müssen, daß Professoren als Lehrer der katholischen Theologie bezeichnet werden, die gar keine Katholiken sind, und daß im preußischen Etat ein Herr als katholischer Bischof angeführt wird, der gar kein katholischer Bischof ist.

Professor **Bierling** stimmt mit Dryander überein:

Gewiß es ist ein Unterschied, wenn ich sage, wir wollen auf der einen Seite freie Forschung, auf der andern die evangelische Kirche walten lassen. Der Ausgleich aber wird dadurch vollzogen, daß bei allen Irrungen und trotz aller Irrungen sich als Ziel der wissenschaftlichen Forschung die ewige Wahrheit darstellen muß. Es ist dankenswert, daß die brandenburgische Provinzialsynode (am 4. Nov. v. J) beschloß, diesen Weg der Verwaltungsmaxime nicht zu betreten, sondern an den Evangelischen Oberkirchenrat und den Minister die Bitte zu richten, bei der Berufung evangelischer Professoren der Theologie auf solche Männer Bedacht zu nehmen, die den Anforderungen der Kirche Rechnung zu tragen wissen (s. Bd. 2 v. 1902, S. 99).

6.

Etatsgesetz.

8. April. Die Hauptbestimmungen des Gesetzes lauten:

§ 1. Der (diesem Gesetz als Anlage beigefügte) Staatshaushaltsetat für das Etatsjahr 1903 wird in Einnahme auf 2 674 281 030 Mark und in Ausgabe auf 2 674 281 030 Mark, nämlich auf 2 516 360 233 Mark an fortdauernden und auf 157 920 797 Mark an einmaligen und außerordentlichen Ausgaben festgesetzt. § 2. Der (diesem Gesetz als weitere Anlage beigefügte) Etat der Verwaltungseinnahmen und Ausgaben der Preußischen Zentralgenossenschaftskasse für das Etatsjahr 1903 wird in Einnahme auf 2800 Mark und in Ausgabe auf 379 990 Mark festgestellt. § 3. Im Etatsjahr 1903 können nach Anordnung des Finanzministers zur vorübergehenden Verstärkung des Betriebsfonds der Generalstaatskasse Schatzanweisungen bis auf Höhe von 100 000 000 Mark, die vor dem 1. Januar 1906 verfallen müssen, wiederholt ausgegeben werden. Auf dieselben finden die Bestimmungen des § 4 Abs. 1 und 2 und des § 6 des Gesetzes vom 28. September 1866 Anwendung.

II.

Nachtragsetat.

21. April. Erste Beratung eines Nachtrags zum Staatshaushaltsetat für 1903, betreffend 58 136 37 Mark 20 Pfennige in Einnahme und Ausgabe für die vom Staate erworbnen Eisenbahnen: Marienburg-Mlawkaer Bahn, Altdamm-Kolberger Bahn, Stargard-Küstriner Bahn, Kiel-Eckernförde-Flensburger Bahn und Dortmund-Gronau-Enscheder Bahn. (S. 174.)

Minister **Budde** benutzt diese Gelegenheit zu folgenden Bemerkungen:

Im Februar d. J. hat die Eisenbahnverwaltung wiederum über 6 Millionen und im März über $5^1/_2$ Millionen Mehreinnahmen. Die Mehreinnahmen für 1902 sind im ganzen auf 40 Millionen Mark zu schätzen. Wir können also darauf rechnen, daß der Etat für 1902 hierdurch nur um 18 Millionen Mark statt, wie wir früher geglaubt hatten, um 58 Millionen Mark hinter dem Etatsansatz zurückbleiben werde. Außerdem hat sich aber auch ergeben, daß wir in den $^3/_4$ Jahren an Ausgaben 15 Millionen gespart haben. Das ist nicht durch Herabsetzung der Löhne geschehen, sondern durch billigere Materialabschlüsse, durch Verkehrsverbesserungen und deswegen, weil wir einen milden Winter gehabt haben. Von diesen 15 Millionen sind aber 5 Millionen nicht zum Ueberschuß zu rechnen. Dieselben sind an Kohlen gespart worden, wenn diese Ersparnis aber nicht erfolgt wäre, hätte man bei den Kohlen 5 Millionen Mark über den Etatsansatz ausgeben müssen. Es wird also alles in allem der Etatsansatz für 1902 nur um 8 Millionen nicht erreicht werden. Nun haben wir in den letzten Tagen große Verkehrsstörungen durch Schneeverwehungen gehabt, die wieder Unkosten für den neuen Etat verursachen. Die Wagengestellung hat aber im Ruhrrevier um 11,7 Prozent, in Oberschlesien um 6,7 Prozent gegen das Jahr 1901 im April wieder zugenommen. Wenn weiter keine Störungen eintreten, wird hoffentlich das Jahr 1903 den Etatsansatz überschreiten.

(Gesetz vom 25. Mai 1903.)

III.

Gesetz über Wohnungsgeldzuschuß.

24. Januar. Erste und zweite Beratung eines Gesetzentwurfs betreffs Abänderung des Wohnungsgeldzuschußgesetzes von 1878 für unmittelbare Staatsbeamte. Hiernach soll bei der Pensionsberechnung vom 1. Oktober 1902 ab der Durchschnittssatz des Wohnungsgeldzuschusses für die Servisklassen I bis IV in Anrechnung kommen. Die Servisklasse V soll also fortfallen. Die Vorlage wird sogleich genehmigt.

26. März. Dritte Lesung. (Gesetz v. 15. April 1903.)

IV.

Ausgleichsfonds für die Eisenbahnverwaltung.

21. Februar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, der die Thesaurierung der Ueberschüsse des Staatshaushalts nach der Jahresrechnung zur Bildung oder Ergänzung eines Ausgleichsfonds bis zur Höhe von 200 Millionen Mark bezweckt.

Der darüber hinausgehende Betrag des Ueberschusses soll zur weitern Tilgung von Staatsschulden bezw. Verrechnung auf bewilligte Anleihen verwendet werden. Zunächst sollen 30 Millionen Mark für einen außeretatsmäßigen Dispositionsfonds zur Vermehrung der Betriebsmittel, Erweiterung und Ergänzung der Bahnanlagen sowie zu Grunderwerbungen behufs Vorbereitung solcher Erweiterungen im Falle eines nicht vorher zu sehenden Bedürfnisses der Staatsbahnen bei zu erwartender Verkehrssteigerung abgezweigt werden. In zweiter Linie dient der Fonds zur Ausgleichung eines rechnungsmäßigen Minderüberschusses der Eisenbahnverwaltung, insoweit er nicht durch einen etwaigen Ueberschuß im gesamten übrigen Staatshaushalt gedeckt wird, und zum dritten: zur Verstärkung der Deckungsmittel im Staatshaushaltsetat behufs angemessener Ausgestaltung des Extraordinariums der Eisenbahnverwaltung nach näherer Bestimmung des jeweiligen Staatshaushaltsetats. Der Ausgleichsfonds wird vom Finanzminister verwaltet; alljährlich ist über seinen Bestand eine Uebersicht mit dem Etatsausgleich zu geben, über seine Verwendung ist dem Landtage Rechenschaft zu legen. Die Verwendung zu den drei genannten Zwecken erfolgt durch den Eisenbahnminister, im übrigen wird die Ausführung dem Finanzminister übertragen. Für die zuerst genannten Zwecke werden erstmalig 60 Millionen bereit gestellt, in einem und demselben Etatsjahre dürfen aber nur 30 Millionen Mark höchstens so verwandt werden.

Minister Freiherr **v. Rheinbaben**: Im letzten Vierteljahrhundert ist im Eisenbahnwesen ein großes Ziel angestrebt worden, die Verstaatlichung der Eisenbahnen, und wir müssen dem großen Manne, der jetzt im Sachsenwalde ruht, dankbar sein, daß er diese Verstaatlichung angebahnt hat. Ebenso ist das Verdienst des Staatsministers v. Maybach anzuerkennen. Dank dem günstigen Ankauf der Privateisenbahnen ist es uns möglich, jetzt jährlich große Summen aus den Eisenbahnüberschüssen zu den allgemeinen Staatsausgaben zu verwenden. Auf einen solchen Beitrag der Eisenbahnen können wir

jetzt gar nicht mehr verzichten, wenn nicht unsre Kulturaufgaben leiden sollen. Wir müßten denn sonst unsre Einkommensteuer verdoppeln. Eine Einwirkung des Finanzministeriums auf die Eisenbahnverwaltung ist dabei unerläßlich. Die Eisenbahnverwaltung bedarf aber einer gewissen Stabilität, wenn sie ihre Aufgaben erfüllen will. Man hat daher in den letzten Jahren das Extraordinarium in so wichtiger Weise ausgestaltet, daß das Geld gar nicht hat verwandt werden können. Ferner hat man der Eisenbahnverwaltung einen außerordentlichen Dispositionsfonds zur Verfügung gestellt zur Erneuerung der Betriebsmittel usw. An diesen Dispositionsfonds knüpft nun die Vorlage an. Sie stellt den Fonds von dreißig Millionen unabhängig von den Ergebnissen des letzten Jahres und macht ihn dadurch für die Eisenbahnverwaltung für immer verwendbar. Außerdem soll der Ausgleichsfonds zur Verstärkung des Extraordinariums dienen, sodaß jetzt auch in magern Jahren das Extraordinarium genügend ausgestattet werden kann. Wir erzielen auf diese Weise eine größere Stabilität im Eisenbahnwesen und vermeiden Schwankungen. Aber auch für die Finanzverwaltung hat die Bildung eines solchen Ausgleichsfonds große Vorzüge, da nach der Vorlage die rechnungsmäßigen Mindererträge der Eisenbahnen aus dem Ausgleichsfonds gedeckt und so Schwankungen im Staatshaushalt möglichst vermieden werden sollen. Der Ausgleichsfonds veranlaßt auch zu einer vorsichtigen Schätzung der Eisenbahnüberschüsse, wodurch übermäßige Ansprüche der übrigen Ressorts an das Finanzministerium vermieden werden. Der Ausgleichsfonds ermöglicht es, daß die Mehreinnahmen der Eisenbahnen auch wieder den Eisenbahnen in erster Linie zugute kommen. Das ist ein Antrieb für die Eisenbahnverwaltung, wirtschaftlich zu verfahreu, denn wenn ein Ressort die Ersparnisse wieder an die Staatskasse abliefern muß, so wird lieber der letzte Sechser ausgegeben, auch für Ausgaben, die gar nicht nötig sind.

Nachdem Zehnhoff, Richter und Arnim sich darüber geäußert haben, bemerkt Minister **Budde**:

Er halte den gegenwärtigen Augenblick gerade für geeignet für diese Vorlagen, und er freue sich, daß alle Redner wenigstens die Notwendigkeit eines Ausgleichs anerkannt hätten. Man dürfe der Eisenbahnverwaltung nicht die Alimente abschneiden, und man dürfe auch nicht so lange warten, bis die Mittel erschöpft seien. Die Eisenbahnverwaltung müsse die Möglichkeit haben, Gelände anzukaufen, ehe die Spekulation sich der Sache bemächtigt. Der Dispositionsfonds sei heute aufgebraucht, er, der Minister, besitze keinen Pfennig mehr, und da trete der Ausgleichsfonds wohltätig ein. Die Schwankungen, auf die der Finanzminister schon hingewiesen, wolle er auch noch besonders betonen und darauf hinweisen, wie schädlich diese Schwankungen für die Eisenbahnverwaltung seien, und wie sie die Erfüllung der notwendigsten Aufgaben erschweren und hindern.

30. März. In zweiter Beratung wird die Vorlage mit zwei Aenderungen genehmigt. Es soll der aus dem Ausgleichsfonds zu bildende Dispositionsfonds bis zu 30 Millionen Mark für jedes Etatsjahr nicht als außeretatsmäßiger Fonds gelten, sondern im Etat selbst jedesmal vermerkt werden; sodann sollen, während es in der Vorlage heißt, daß für die Zwecke des Ausgleichsfonds erstmalig ein Anleihekredit von 60 Millionen zur Verfügung gestellt werde, für diese Zwecke einmalig nur 30 Millionen bereit gestellt werden.

31. März. Dritte Beratung. (Gesetz v. 3. Mai 1903.)

V.

Erwerb der Ostpreußischen Südbahn.

27. März. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, dem zufolge die Regierung die Ostpreußische Südbahn erwerben kann entweder auf Grund eines bereits formulierten Vertrags oder auf Grund des im Gesetz von 1838 vorgesehenen Expropriationsrechts. Im ersten Fall würde die Bahn im ganzen 27 Millionen Mark kosten, im letzteren Falle unter Zugrundelegung eines Kurses von 92 Prozent für Preußische Konsols, mit denen die Bahn bezahlt werden soll, 27 675 000 Mark.

Minister **Budde** begründet die Notwendigkeit der Verstaatlichung mit der Schwierigkeit und Unbequemlichkeit des Anschlußverkehrs für Staat und Gesellschaft. Der Entwurf lasse den Weg der Zwangsverstaatlichung und des freihändigen Ankaufs offen. Die Generalversammlung habe die Wahl. Eine Zwangsversteigerung wäre durchführbar. Die Regierung würde diesen Weg aber doch lieber vermieden sehen.

27. April. Genehmigung in zweiter und dritter Beratung.

1. Mai. Zustimmung des Herrenhauses. (Gesetz v. 18. Mai 1903.)

VI.

Erwerb von Eisenbahnen für den Staat.

27. März. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, betreffend 1. die Verstaatlichung der Marienburg-Mlawkaer Bahn, 2. der Altdamm-Kolberger Bahn, 3. der Stargard-Küstriner Bahn, 4. der Kiel-Eckernförde-Flensburger Bahn und 5. der Dortmund-Gronau-Enscheder Bahn. (S. 171.)

Minister **Budde** erklärt, leider fehle in der Vorlage die Breslau-Warschauer Bahn, da das staatliche Angebot abgelehnt sei, und die Regierung zu einer Erhöhung ihres Gebots keine Veranlassung habe. Anders lägen die Verhältnisse bei der Dortmund-Gronauer Bahn. Hier handle es sich um ein lebenskräftiges Unternehmen, und eine nachträgliche Erhöhung des frühern Angebots erscheine gerechtfertigt, da sich die wirtschaftlichen Verhältnisse und damit die Einnahmen der Dortmund-Gronauer Bahn bedeutend geändert hätten.

27. April. Zweite und dritte Lesung.

1. Mai. Zustimmung des Herrenhauses. (Gesetz v. 18. Mai 1903.)

VII.

Erweiterung und Vervollständigung des Staatseisenbahnnetzes.

27. und 28. März. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs wegen Bewilligung von 85 Millionen Mark, und zwar 14 Millionen für Hauptbahnen im Saarbrückener Revier, 58 Millionen für fünfzehn Nebenbahnen, 6 Millionen für Mehrkosten schon früher bewilligter Linien, 1 150 000 Mark zur Beteiligung an der Bahn Altdamm-Kolberg und 5 Millionen zur Beihilfe für den Bau von Kleinbahnen.

Es haben sich 80 Abgeordnete zum Worte gemeldet, von denen etwa 50 die Wünsche der von ihnen vertretenen Gegenden vorbringen. Minister **Budde** erwidert, daß ihm etwas bange vor den wenigstens 3000 Kilometer neuer Bahnlinien, die von den Abgeordneten verlangt seien, und die, ohne die Betriebsmittel, 400 Millionen Anlagekapital erfordern würden. Der Bedarf an Anregungen sei auf 8 bis 10 Jahre hinaus gedeckt, da an einer Produktion von jährlich gegen 500 Kilometern werde festgehalten werden müssen. Grundsätzlich gibt der Minister zu erwägen, ob in gewissen Fällen wirklich eine Neben- oder Kleinbahn das Zweckmäßige wäre, oder nicht vielleicht eine Ausgestaltung des Automobilwesens und entsprechende Verbesserung der Fahrstraßen zum Ziele führen würde; für den Straßenbahnverkehr erinnert er an die Möglichkeit, schienenlose Kleinbahnen mit elektrischer Leitung auszubilden.

22. April. Zweite Lesung.

23. April. Dritte Lesung. (Gesetz v. 18. Mai 1908.)

VIII.

Lage der Militäranwärter.

28. April. **v. Willisen** (kons.) stellt die Anfrage: „Welche Maßregeln gedenkt die Staatsregierung zu treffen, um die Nachteile auszugleichen, die den Militäranwärtern aus den Besoldungsvorschriften im Staats- und Kommunaldienst erwachsen?“ Die Militäranwärter seien gegenüber den Zivilanwärtern sehr benachteiligt; die Benachteiligung wirke auf die Dauer schädlich auf die Qualifikation des Unteroffizierkorps, das nach der Absicht eines preußischen Königs die Grundlage für die Ausbildung des Subalternbeamtenstandes werden sollte.

Minister **v. Rheinbaben** erwidert: Militäranwärtern sind aus den jetzigen Besoldungsverhältnissen keine Nachteile, sondern nur Vorteile erwachsen. Es werden ihnen bei der Anstellung Probe- und Vorbereitungszeit auf das Dienstalter angerechnet, und beim Uebertritt in die höhern Gehaltsklassen sind sie ebenfalls bevorzugt. Wenn in Einzelfällen sich eine ungünstigere Stellung gegenüber den Zivilanwärtern ergibt, so liegt dies an der völligen Verschiedenheit der Laufbahnen. Die Anforderungen, die an Zivilanwärter gestellt werden, sind ganz andre und weitergehende als bei den Militäranwärtern; diese gelangen durchschnittlich im 35. Jahre zur Anstellung und im

55. Jahre in den Bezug des Höchstgehalts. Der Minister schildert sodann die Besoldungs- und Anstellungsverhältnisse der Militär- und Zivilanwärter und legt dar, daß namentlich bei der Steuer- und allgemeinen Verwaltung die Militäranwärter bedeutend besser wegkommen als die Zivilanwärter. Die Anfrage würde nur Unzufriedenheit erzeugen bei den Militäranwärtern, und das zu einer Zeit, wo die Zivilanwärter lebhaft darüber klagen, daß sie durch die Militäranwärter ernstlich benachteiligt werden.

Hierauf wird die Angelegenheit einer Besprechung unterzogen.

IX.

Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern.

5. März. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs im wesentlichen folgenden Inhalts:

§ 1. Der Staatsregierung wird ein weiterer Betrag von zwölf Millionen Mark zur Verwendung nach Maßgabe des Gesetzes vom 13. August 1895, betreffend die Bewilligung von Staatsmitteln zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten zur Verfügung gestellt. § 2. Zur Bereitstellung der im § 1 gedachten 12 Millionen Mark ist eine Anleihe durch Veräußerung eines entsprechenden Betrages von Schuldverschreibungen aufzunehmen. Wann, durch welche Stelle und in welchen Beträgen, zu welchem Zinsfuße, zu welchen Bedingungen der Kündigung und zu welchen Kursen die Schuldverschreibungen veräußert werden sollen, bestimmt der Finanzminister. Im übrigen kommen wegen Verwaltung und Tilgung der Anleihe die Vorschriften des Gesetzes vom 19. Dezember 1869 und des Gesetzes vom 8. März 1897 zur Anwendung. — In der Begründung wird ausgeführt: Durch die Gesetze vom 13. August 1895, 1. Juli 1898, 23. August 1899 und 16. April 1902 (s. Bd. 1 v. 1902, S. 10) sind zu dem im § 1 des Entwurfs erwähnten Zwecke Beträge von insgesamt 32 Millionen Mark zur Verfügung gestellt worden. Diese Beträge waren, wie in der beiliegenden Denkschrift des nähern ausgeführt ist, am 1. Oktober 1902 im wesentlichen erschöpft. Es unterliegt keinem Zweifel, daß der in diesem Zeitpunkt noch vorhandne Restbestand in Kürze aufgebraucht sein wird. Das Bedürfnis nach Fortsetzung des mit dem Gesetze vom 13. August 1895 begonnenen segensreichen Werkes besteht noch in erheblichem Umfange.

31. März. Dritte Lesung. (Gesetz v. 4. Mai 1903.)

Verwaltungsangelegenheiten.

I.

Befähigung für den höhern Verwaltungsdienst.

22. Januar. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, der in den § 3 bis 5, die die wesentlichen Aenderungen des jetzigen Zustandes enthalten, also lautet:

§ 3. Nach der ersten Prüfung ist ein Vorbereitungsdienst von mindestens neun Monaten bei einem Amtsgerichte zurückzulegen. Die Minister der Finanzen und des Innern sind ermächtigt, im Einvernehmen mit dem Justizminister die Dauer dieses Vorbereitungsdienstes unter entsprechender Verlängerung der Vorbereitung im Verwaltungsdienste herabzusetzen. § 4. Wer durch ein Zeugnis der Gerichtsbehörde die erfolgte vorschriftsmäßige Vorbereitung bei dem Amtsgerichte nachweist, wird von dem Regierungspräsidenten, in dessen Bezirk er beschäftigt werden will, zum Regierungsreferendar ernannt. § 5. Der Regierungsreferendar wird nach Anordnung des Regierungspräsidenten während eines Zeitraums von mindestens drei Jahren und drei Monaten im Verwaltungsdienste beschäftigt. Die nähern Anweisungen über die Ausbildung der Regierungsreferendare erlassen die Minister der Finanzen und des Innern mit der Maßgabe, daß jeder Referendar bei einem Landrate (Oberamtmann in den Hohenzollernschen Landen) und bei einer Regierung, sowie bei einem Bezirksausschusse, außerdem aber auch bei einer Selbstverwaltungsbehörde (Bürgermeister, Amtsvorsteher, Vorstand einer Landwirtschafts- oder Handelskammer, Provinzialverwaltung usw.) beschäftigt werden muß.

Ein Paragraph spricht von einem mindestens dreijährigen Studium der Rechte und der Staatswissenschaften auf einer Universität und der Ablegung zweier Prüfungen. Die erste Prüfung ist die erste juristische, die zweite ist bei der „Prüfungskommission für höhere Verwaltungsbeamte" abzulegen. Es verbleibt bei dem System einer besondern administrativen Vorbildung der höhern Verwaltungsbeamten. Um die theoretische Vorbildung zu ergänzen, sollen die in dem Vorbereitungsdienste bei den Verwaltungsbehörden befindlichen jungen Beamten, namentlich während ihrer Beschäftigung bei der Regierung und bei dem Bezirksausschusse, veranlaßt werden, neben ihrer praktischen Ausbildung auch ihre wissenschaftlichen Kenntnisse, insbesondre auf dem Gebiete der Staatswissenschaften, zu vertiefen.

Der Minister Freiherr **v. Hammerstein** führt den Gesetzentwurf ein. An der Beratung beteiligen sich Iderhof, Träger, v. Richthofen, Peltasohn, v. Savigny, v. Zedlitz, Beumer, Schmitz, Graf Moltke.

23. April. In zweiter Beratung tritt bei § 4 der Minister Freiherr **v. Hammerstein** sehr dringend für die Ablehnung der Kommissionsbeschlüsse ein. Die Referendare seien Subalternbeamte, deren Annahme grundsätzlich vom Regierungspräsidenten erfolgt; wie solle man dann in der Zentralinstanz alle Referendare kennen? Auch das Beschwerderecht habe keinen Sinn. Gerade nach den Kommissionsbeschlüssen könnte eine politische Tendenz, möglicherweise vom Parlament aus, in die Anstellung der Referendare hineingetragen werden. Der Paragraph wird jedoch nach dem Vorschlage der Kommission und § 12 wird in der Fassung angenommen, daß die, die die Befähigung zum höhern Verwaltungsdienst erlangt haben, von den Ministern des Innern und der Finanzen als zum höhern Verwaltungsdienst für befähigt erklärt werden können nach einjähriger Beschäftigung bei der Verwaltung.

25. April. In dritter Beratung beantragen konservative Abgeordnete die Wiederherstellung des in der zweiten Lesung abge-

änderten Hauptparagraphen der Vorlage. — Minister v. Hammerstein erklärt gleichfalls, er könne mit jenen Abänderungen nicht einverstanden sein. Die Referendare unterstünden der Verantwortung des Regierungspräsidenten, deshalb müsse auch dieser über ihre Annahme entscheiden. Desgleichen dürfe die Karenzzeit nicht über ein Jahr ausgedehnt werden, wie ein heute eingebrachter Antrag will. — v. Savigny (Ztr.) stellt den Antrag, daß, wer seine vorschriftsmäßige Bildung nachweisen kann, vom Regierungspräsidenten auf Antrag zum Regierungsreferendar ernannt werden muß. — Gegen eine Ausführung Friedbergs, daß der Beschluß der zweiten Lesung die Bildung einer Kaste verhindern wolle, die sich aus den Korps rekrutiere, protestiert Minister v. Hammerstein. Wenn vierzig Prozent der Referendare adlig seien, so beweise das, daß der Adel auch heute noch dem Staat dienen wolle. Er freue sich über jeden Referendar aus einer Adels- oder Beamtenfamilie, denn damit fahre der Staat gut. Wenn viele Beamte aus den Korps stammten, so könnte man daraus vielleicht den Schluß ziehen, daß die Korps eine vorzügliche Erziehungsanstalt seien. Was er hochhalte, sei die Aristokratie des Geistes, und die wolle er auch unter den Beamten. — Schmitz und Friedberg protestieren gegen die Ausführungen des Ministers, die, wie im Hause, noch mehr außerhalb berechtigten Widerspruch finden würden. Minister v. Hammerstein bemerkt, er sei mißverstanden worden, er habe nicht die neuen Elemente, die dem Staat dienen wollten, zurücksetzen wollen. — § 4 über die Annahme der Referendare und der Rest der Vorlage werden nach den Beschlüssen in zweiter Lesung angenommen.

30. April. Beratung des Herrenhauses. Die Kommission des Hauses hat die Beschlüsse des Abgeordnetenhauses in zwei wesentlichen Punkten geändert. Im § 4 ist die Annahme der Referendare durch den Regierungspräsidenten (das Abgeordnetenhaus hatte diese Annahme durch die Minister des Innern und der Finanzen beschlossen) nach der Regierungsvorlage wiederhergestellt, und in § 12 ist beim Uebergange von höhern Justizbeamten zum Verwaltungsdienst die Befugnis der genannten beiden Minister, solche Justizbeamte als befähigt zu erklären, auch auf diese Beamten aller deutschen Bundesstaaten ausgedehnt, während sie nach den Abgeordnetenhausbeschlüssen nur auf Beamte der Reichslande beschränkt sein sollte.

Professor Schmoller ist zu § 4 für die Fassung des Abgeordnetenhauses:

Er verkenne nicht, daß in dem Einpauken zum Examen ein schwerer Uebelstand liege, der aber seine Ursache in dem noch schwerern Uebelstande der akademischen Bummler habe. Im übrigen gewähre das akademische

Studium eine gute Befähigung zum Verkehr mit dem Publikum und erzeuge streng ehrenhafte Begriffe. Nach sechs Semestern kann ein Jurist ein Examen ablegen, vorausgesetzt, daß er wirklich gearbeitet und nicht gebummelt hat. Dem Korpsburschentum wird von maßgebenden Persönlichkeiten zu viel Wert beigelegt; ein früherer preußischer Minister des Innern pflegte die ihm vorgestellten Referendare stets zu fragen: Bei welchem Korps waren Sie? Als dem Minister Referendare vorgestellt wurden, die sich bei den Weichselüberschwemmungen an Rettungen beteiligt hatten, fragte der Minister nur nach den Schmissen, die sie aufzuweisen hatten, statt sie zu beloben. Wolle man auch den alten Familien des Landes nicht das Recht verkümmern, an der Verwaltung beteiligt zu sein, so müsse man sich doch hüten, eine Verwaltung so zu gestalten, daß sie einer bestimmten Klasse der Bevölkerung allein zufällt. Wenn wir dem Gesetz zustimmen und es zustande kommt, so hoffen wir, daß die Regierung sobald wie möglich ganze Arbeit macht und sich nicht mit diesem Flickwerk genügen läßt.

v. Wilamowitz-Möllendorf: Große Wichtigkeit sei der Vorbildung der Beamten in der Selbstverwaltung beizulegen. Weniger komme es auf eine wissenschaftliche Gründlichkeit als auf praktische Tätigkeit an, und diese könne nur erreicht werden unter strikter Innehaltung der altpreußischen Beamtentradition, die auch nach Inkrafttreten dieses Gesetzes werde innegehalten werden müssen. — Minister Freiherr v. Hammerstein legt dar, daß in jedem Falle die Vorlage dem jetzigen gesetzlichen Zustande gegenüber einen Fortschritt darstellt. Akademische Freiheit verstehe er nur dahin, daß der junge Mann sich frei entschließe, wie und was er lernen will, aber er soll sich nicht von der Akademie fern halten. Ein Klassenregiment soll die Verwaltung nicht sein; aber die „Geschichtchen," die Schmoller von frühern Ministern erzählt habe, seien unkontrollierbar und hätten an dieser Stelle besser nicht der Oeffentlichkeit übergeben werden sollen.

Nachdem sich noch der Minister v. Rheinbaben, Professor Löhning und Graf Finck-Finckenstein ausgesprochen haben, wird § 4 in der Fassung der Vorlage und der Rest ohne weiteres genehmigt. Zwei vom Abgeordnetenhause beschlossene Erklärungen, die die bessere Ausbildung in Nationalökonomie und Staatswissenschaft und praktische Beschäftigung in der Selbstverwaltung verlangen, werden genehmigt.

1. Mai. Das Abgeordnetenhaus stimmt den Beschlüssen des Herrenhauses auf Wiederherstellung der Regierungsvorlage nicht zu, sondern beläßt es bei der Fassung der dritten Lesung. Damit ist der Gesetzentwurf gescheitert.

II.

Regelung des Feuerlöschwesens.

25. April. Erste Beratung eines Gesetzentwurfs, wonach durch Polizeiverordnungen Vorschriften über die Einrichtung des Feuerlöschwesens, insbesondre über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden, zur Bedienung der Lösch-

und Rettungsgeräte und zur Gestellung der erforderlichen Gespanne, über die Einrichtung von Feuerwehren aus den feuerlöschpflichtigen Personen und über die Verpflichtung zur Hilfeleistung bei Bränden in benachbarten Gemeinden getroffen werden können. Die Begründung hebt in der Einleitung hervor, daß das Feuerlöschwesen bisher in Preußen eine einheitliche gesetzliche Regelung nicht erfahren hat. Von einer gesetzlichen Regelung des Feuerlöschwesens im übrigen ist Abstand genommen worden.

Die Vorlage wird genehmigt.

27. April. Zweite Lesung. Es wird folgender Satz hinzugefügt: „In den Landgemeinden der Rheinprovinz und von Westfalen bedürfen die in dieser Richtung erlassenen Polizeiverordnungen der Ortspolizeibehörden der Zustimmung der zum Erlaß von Ortsstatuten zuständigen Organe."

29. April. In dritter Beratung wird die Bestimmung aufgenommen, daß die Oberpräsidenten, Regierungspräsidenten und Landräte und in den Stadtkreisen die Ortspolizeibehörden Polizeibestimmungen über das Feuerlöschwesen erlassen dürfen.

1. Mai. Das Herrenhaus verweist die Vorlage an eine Kommission. Alsbald darauf wird aber der Landtag geschlossen.

Soziale Angelegenheiten.

I.

Notstandssache.

28. Februar. v. Arnim und Genossen stellen an die Staatsregierung die Anfrage: „Beabsichtigt die Kgl. Staatsregierung, im Staatshaushaltsetat für 1904 Mittel in angemessener Höhe zur nachhaltigen Beseitigung dringender Notstände in den Stromgebieten namentlich der unteren Oder, Spree, Havel und Elbe zu fordern?" — Minister Budde antwortet, die Regierung erkenne das Vorhandensein dieser Notstände an und habe bereits i. J. 1891, aber vergeblich, die nötigen Mittel gefordert; sie hoffe jedoch, daß es möglich sein werde, für 1904 die Mittel zur Verfügung stellen zu können, auch für die Elbe, für die damals eine Forderung nicht gestellt worden sei. — Friedberg hebt hervor, daß eine wasserwirtschaftliche Vorlage zugleich auf Beseitigung der Notstände in den andern Landesteilen gerichtet sein müsse. — v. Loebell (kons.) verargt es dem Vorredner nicht, daß er die Meliorationsangelegenheit mit der Frage des Baues des Mittellandkanals verbinde, ist aber der Meinung, daß zunächst die Mißstände zu beseitigen seien, die seit 50 Jahren in der unerhörtesten Weise die Landwirtschaft geschädigt hätten. — Herold (Zentr.) weist darauf hin, daß auch im Westen solchen Mißständen abgeholfen werden müsse. — Broemel (freis. Ver.) ist der Meinung, daß mit der Beseitigung einzelner Mißstände nicht gewartet zu werden brauche, bis alle beseitigt werden könnten, und empfiehlt sodann den baldmöglichsten Bau eines Großschiffahrtswegs Berlin-Stettin. — Sattler (natlib.) führt aus, es sei lediglich schuld der Regierung und der Abgeordneten der Rechten, daß die Regulierung der untern Flüsse mit dem Mittellandkanal in Verbindung gebracht worden sei. — v. Bahlendorff (kons.) wünscht auch das Mündungsgebiet der Oder in die Regulierung hineinbezogen zu sehen. — v. Dobeneck (kons.) stellt obige Behauptung Sattlers in Abrede. — Krieger (freis. Volksp.) wünscht die Beseitigung obiger Notstände in Verbindung mit dem Kanalprojekt.

II.

Feuerbestattung.

31. März. Ein Antrag von Langerhans auf Einführung der fakultativen Feuerbestattung wird nach kurzer Besprechung, wie in frühern Fällen, abgelehnt.

III.

Kurhospitäler und Genesungsheime für Eisenbahnbeamte.

21. April. Beratung eines Antrags von Ernst und Kindler, „die Regierung zu ersuchen, zur Errichtung von Kurhospitälern und Genesungsheimen für mittlere und untere Beamte der Staatseisenbahnen eine entsprechende Summe in den nächsten Etat einzustellen."

Minister **Budde** versichert, daß er sich in der Fürsorge für seine Beamten von niemand übertreffen lassen werde, und verweist auf die Wohlfahrtseinrichtungen, die für das Betriebspersonal bereits geschaffen sind. Bereits bei der frühern Beratung habe das Haus die Kurhospitäler ausgeschlossen, weil diese nur für Bahnbeamte unausführbar sein würden. Das sei auch heute noch der Fall; außerdem bestehe für dieselben auch kein Bedürfnis, da für die Kurbehandlung ausreichend Vorsorge getroffen ist. Auch gegen Genesungsheime bestehen erhebliche Bedenken; mit denen der Militärverwaltung seien die für Eisenbahnbeamten nicht vergleichbar, da die Aufgaben für beide sich nicht völlig decken, auch die Meinungen der Beamten gehen hierüber auseinander.

IV.

Bildung von Rentengütern.

21. April. Beratung eines von Weihe vorgeschlagnen Gesetzentwurfs, demzufolge Rentengüter, bestehend aus einem Hause mit Garten in Mindestgröße von 12,5 Ar, durch Vermittlung der Rentenbank gebildet werden können.

Weihe (kons.) weist darauf hin, daß es von sehr hohem Werte sein würde, wenn ein seßhafter Stamm von Arbeitern auf diese Weise gewonnen würde. — Minister **v. Rheinbaben** verkennt die gute Tendenz des Antrags nicht, da jede Besserung der Wohnungsverhältnisse von hoher Bedeutung sei. Jedoch sei es nicht angängig, dieses Ziel mit Hilfe des Rentengütergesetzes erreichen zu wollen. Empfehlenswert sei dagegen ein Weg, der in der Rheinprovinz eingeschlagen würde, daß nämlich gemeinnützige Baugenossenschaften mit Hilfe des Geldes von Landesversicherungsanstalten Arbeiterwohnungen bauen, und daß dann die Kommunen für die Baugenossenschaften sich den Landesversicherungsanstalten gegenüber verbürgen. Uebrigens sei ein Wohnungsgesetz in Vorbereitung. Nach dem Antrag Weihe würde man dem Staate die Fürsorge für die Arbeiterwohnungen auferlegen. Das würde aber zu sehr großen Bedenken Anlaß geben. Außerdem stünden einer solchen Regelung finanzielle Schwierigkeiten entgegen.

Nach weiterer Verhandlung wird der Antrag angenommen.

Kirchliche Angelegenheiten.

Ueber den Erlaß des Bischofs von Trier.

2. März. **Bachmann** und nationalliberale Genossen stellen an die Staatsregierung die Anfrage: „Hat die Königliche Staatsregierung Kenntnis davon genommen, daß die katholische Geistlichkeit in Trier im Anschluß an einen Erlaß des dortigen Bischofs von der Kanzel (s. Abschn. 202) eine Erklärung verlesen hat, die katholische Eltern, deren Kinder die staatliche höhere Töchterschule in Trier besuchen, mit kirchlichen Zuchtmitteln bedroht? In welcher Weise beabsichtigt sie die staatliche Autorität auf dem Gebiete des Schulwesens diesen geistlichen Uebergriffen gegenüber zu wahren?“

Hackenberg begründet diese Anfrage:

In dem konfessionellen Wetterwinkel unsrer Westmarken sind wieder einmal Vorgänge eingetreten, die auf Sturm deuten. Der Kampf um die konfessionelle Schule, der bisher in kleinen Gefechten geführt worden ist, scheint jetzt von einer andern Operationsbasis aus geführt werden zu sollen. Redner legt die Vorgänge in Trier dar, insbesondre die Bekanntmachung des Bischofserlasses von der Kanzel. Diese Kanzelverkündigung werde, abgesehen von der Zentrumspresse, von der gesamten öffentlichen Meinung als eine der schärfsten Herausforderungen betrachtet. „Die römische Kirche will nicht, daß unsre Staatsschulen besucht werden, sie verhindert die paritätische Ausgestaltung unsrer Schulen mit allen Mitteln, und Lehrern, die an diesen Schulen den Religionsunterricht erteilen, verbietet sie es unter Androhung der Exkommunikation, um die Schulen dann dem Lande als „konfessionslose“ zu stigmatisieren.“ Redner weist dann hin auf die von der römischen Kirche gewählten Kautelen, um die Kinder an paritätischen Schulen „vor der Gefahr der Glaubenslosigkeit zu behüten“, Anweisung an die Eltern und Kinder zur Spionierſucht, Warnung vor Umgang mit andersgläubigen Kindern usw. „Nach dem Standpunkt der römischen Kirche ist das Vorgehen des Bischofs Korum ein durchaus korrektes. Das ist ausdrücklich festgestellt, und daraus kann die Regierung ersehen, welches die Grundsätze der römischen Kirche und ihre letzten Ziele bezüglich der staatlichen Schulen sind. Aber wenn das Vorgehen auch grundsätzlich mit den Prinzipien der römischen Kirche übereinstimmt, so ist es doch etwas andres, ob diese Grundsätze auch ins Praktische übersetzt werden. Und das ist das Bezeichnendste an diesem Vorgange, daß der Bischof von Trier es jetzt an der Zeit hält, einen alten Erlaß gerade jetzt wieder aufzufrischen. In einer Zeit, wo das Zentrum noch dazu Toleranz fordert, und wo die katholische Kirche doch wahrlich keinen Grund hat, sich über die Verhältnisse in Preußen oder überhaupt in Deutschland zu beklagen. Das aber ist das Ueberraschendste an diesem Vorgang. Selbst gute, einwandsfreie Katholiken haben diese Empfindung und teilen die Bewegung, die deshalb durch das Land geht. Man hat gesagt, diese Kanzelverkündigung sei eine innere Angelegenheit der katholischen Kirche. Ja, mit demselben Rechte könnte man sagen, eine Kriegserklärung einer feindlichen nationalen Macht sei eine innere Angelegenheit derselben. Man hat auf der andern Seite auch der Regierung vornehme Nichtachtung empfohlen. Aber das konnte doch als Furcht ausgelegt werden und die katholische Kirche zu weitern solchen Maßnahmen, Ausdehnung des Erlasses auch auf die Knabenschulen, veranlassen; daß durch das

Vorgehen des Bischofs eine ernste Lage geschaffen ist, steht fest. Wir haben der Regierung Gelegenheit geben wollen, möglichst bald zu erklären, was sie zu tun gedenkt. Mit Polizeimaßregeln ist in großen geistigen Kämpfen nichts zu machen. Nur darauf kommt es an, ob die Regierung in bezug auf die Schule eine Stellung einnehmen will, die für die Zukunft solchen Dingen vorbeugt und eine feste Grenze zieht. Hier endet das Recht der Kirche und beginnt das Recht des Staates. Die Regierung darf nicht mehr der katholischen Kirche Gelegenheit geben, konfessionelle Schulen zu gründen. Wir verlangen, daß die Regierung die paritätischen Schulen erhält, damit den katholischen Kindern von Anfang an Ehrfurcht und Achtung vor Andersgläubigen beigebracht wird. Der Regierung kann ich den Vorwurf nicht ersparen, daß sie an solchen Vorgängen eine Mitschuld trifft durch die Zartheit und Freundlichkeiten, mit denen sie die Forderungen der katholischen Kirche stets befriedigt hat."

Ministerpräsident **Graf Bülow**: Ich muß meinem **Bedauern**, tiefen Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, wie der **Bischof von Trier** durch sein Vorgehen den **konfessionellen Frieden gefährdet** hat, dessen Aufrechterhaltung das ehrliche und bis jetzt erfolgreiche Streben der Regierung gewesen war. Mein Bedauern ist ein um so lebhafteres, als bis zu diesem plötzlichen Vorstoß der Bischof von Trier weder mir noch dem Kultusminister gegenüber wegen der Trierer Schulverhältnisse irgend welche Schritte getan hatte. Auch daran möchte ich erinnern, daß meines Wissens weder im Plenum noch in der Kommission dieses Hauses über das Lehrerinnenseminar und über die staatliche höhere Mädchenschule in Trier Ausstellungen erhoben worden waren. Die diesbezüglichen Etatstitel waren regelmäßig anstandslos bewilligt worden. Das Vorgehen des Bischofs war um so auffälliger, als auch ihm bekannt sein mußte, daß ich es als meine Pflicht betrachte, Gerechtigkeit zu üben gegenüber den Angehörigen beider Konfessionen, ohne Kleinlichkeit und ohne Engherzigkeit in der einen oder in der andern Richtung. Der Bischof von Trier konnte nach meiner ganzen politischen Vergangenheit nicht im Zweifel darüber sein, wie aufrichtig ich bemüht bin — das sage ich auch jetzt gegenüber gewissen Angriffen des Vorredners —, berechtigte Klagen unsrer katholischen Mitbürger wirksam abzustellen. Der konfessionelle Zwiespalt, der durch das deutsche Volk geht, nötigt uns, uns ineinander zu schicken uud uns miteinander einzurichten. Das aber ist nur möglich auf dem Boden eines praktischen modus vivendi, das ist nur möglich auf dem Boden der Tatsachen; denn Prinzipien sind unversöhnlich, und wenn sich Prinzipien gegeneinander auftürmen, so ist keine Verständigung möglich. Prinzipielle Gegensätze mögen und sollen ausgefochten werden auf geistigem Gebiete mit geistigen Waffen, aber in der Praxis müssen wir trachten, miteinander auszukommen. Wenn auf der einen Seite der Bischof von

Trier und auf der andern der Antragsteller die Führung übernähme, so, fürchte ich, würden wir uns morgen wieder im Kulturkampf befinden. Wir können Preußen nicht so regieren, als ob es nur Protestanten gäbe, wir können es aber auch nicht so regieren, als ob es nur von Katholiken bewohnt wäre, d. h. wir müssen dem konfessionellen Zwiespalt begegnen im Zeichen der Gerechtigkeit, von seiten des Staates durch eine objektive Geschäftsführung, und von seiten der Konfessionen durch gegenseitige Duldsamkeit, durch Achtung der Rechte jedes Bürgers des Staates. Das hat leider der Bischof von Trier außer acht gelassen, als er eine schwerwiegende Prinzipienfrage aufwarf, ohne zunächst zu versuchen, zu einer praktischen Regelung der nach seiner Auffassung in Trier bestehenden Unzuträglichkeiten zu gelangen, ehe er hierfür eine so ungewöhnliche und eine so schroffe Form wählte, die das Zustandekommen einer Verständigung zu erschweren in hohem Grade geeignet war. Aus der Zeit des Kulturkampfes sind unausgeglichene Differenzpunkte übrig geblieben, aber mir ist nichts davon bekannt geworden, daß sie in der Diözese Trier in besonderm Maße vorhanden sein sollten. Soweit noch Unvollkommenheiten und Mängel wirklich bestehen, liegt es innerhalb der staatlichen Pflichten, und es liegt im staatlichen Interesse, diese zu beseitigen. Vor allem aber muß die Staatsregierung erwarten, daß der Bischof von Trier seinen Erlaß rückgängig macht. Er hat uns durch seine Abreise, die im Augenblick seiner Veröffentlichung erfolgte, leider die Möglichkeit genommen, diese Angelegenheit mit ihm direkt zu erörtern. Ich habe deshalb den Gesandten beim päpstlichen Stuhle angewiesen, die Aufmerksamkeit der Kurie auf die Bedeutung dieses Falles zu lenken. Ich will mich der Hoffnung hingeben, daß die Kurie mit uns dafür sorgen wird, daß dieser bedauerliche Zwischenfall ohne weitere, für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche störende und für die Allgemeinheit schädliche Folgen bleiben wird.

Minister **Studt**: Ich stelle fest, daß der Bischof über diese Anstalten keinerlei Klagen oder Beschwerden bei mir erhoben oder eine Abhilfe verlangt hat. Es werden jährlich Gelder für diese Anstalten verlangt, man hat dagegen niemals etwas eingewendet, jetzt aber einen Streit vom Zaun gebrochen. Die preußische Verwaltung ist im Sinne der Verfassung eine konfessionelle Trennung durchzuführen bestrebt. In Trier aber handelt es sich um praktische Dinge, und die Regierung muß es ablehnen, daß paritätische Schulen als unzulässig und das Seelenheil gefährdend anzusehen seien. — Der Minister geht darauf auf die historische Entwicklung der Schulverhältnisse in Trier ein. Die betreffende Schule ist nicht

konfessionslos, kein Vater ist gezwungen, seine Kinder dorthin zu schicken. Es gibt nun zwei andre katholische Schulen, davon wird eine geleitet von den Ursulinerinnen. Die paritätische Schule hat augenblicklich 230 katholische Schülerinnen und acht evangelische und zwölf katholische Lehrkräfte. Eine Stelle war bisher nicht zu besetzen, wir hoffen sie aber nun zu besetzen, ebenso eine Seminarlehrerstelle, sodaß vom April ab 14 katholische Lehrerinnen dort angestellt sein werden. Für Deutsch und Geschichte in den obern Klassen und Seminaren waren allerdings nur evangelische Lehrkräfte bis jetzt tätig. Dem soll abgeholfen werden. Ich werde auch veranlassen, daß ein Lehrbuch, das Ausfälle enthält, abgeschafft wird. Es handelt sich in Trier nicht um eine rein innere Frage der Kirche; ich hoffe, daß das Vorgehen dort vereinzelt bleiben wird, und die übrigen Bischöfe es nicht befolgen werden. Die Regierung sieht einem ihr aufgezwungnen Kampfe mit Ruhe entgegen, sie wünscht ihn nicht, wird ihn aber mit dem Bewußtsein aufnehmen, daß das Recht auf ihrer Seite ist.

Hierauf wird eine Besprechung der Angelegenheit beschlossen.

Dittrich (Zentr.): Die Bekanntmachung des Bischofs ist weiter nichts gewesen als eine etwas ungewöhnliche Art der Belehrung. Diese auffällige Form erklärt sich aber daraus, daß sich im Westen schon seit mehr als 20 Jahren Zündstoff angesammelt hat. Wer die Regierung auffordert, hier einzugreifen, der will den Kulturkampf. Die paritätischen Schulen entsprechen nicht dem katholischen Ideale. Der Bischof hat lediglich die paritätische und nicht die staatliche Schule bekämpft. Er befindet sich damit durchaus in Uebereinstimmung mit den Konservativen, der Regierung und den jahrhunderte alten Traditionen. — **Friedberg** ist mit der Erklärung des Ministerpräsidenten im allgemeinen einverstanden, weniger aber mit der Einleitung von Verhandlungen mit der Kurie in Rom. Er wünsche ja allen möglichen Erfolg, aber bis jetzt sei der Staat bei Verhandlungen mit der Kurie immer übervorteilt worden. Bei der do ut des-Politik ziehe der Staat immer den kürzern. Der eigentliche Urheber der mißlichen konfessionellen Zustände in Trier sei einzig der Bischof Korum, seit dessen Amtsantritt immer neue Vorstöße gegen die konfessionellen Schulen erfolgt seien. Hoffentlich werde die Regierung an dem paritätischen Charakter der paritätischen Mädchenschulen in Trier nichts ändern lassen. Das Schulwesen in Preußen sei staatlich, und die Regierung dürfe sich von dem, was sie ererbt, nichts nehmen lassen. Nicht um eine rein innerkirchliche Angelegenheit handle es sich, sondern um die Boykottierung einer vom Staate unterstützten Anstalt. — **Graf Limburg-Stirum** (kons.) verliest seine Erklärung des Inhalts, daß die Konservativen sich in innerkirchliche Angelegenheiten der katholischen Kirche nicht einmischen wollten, daß sie jedoch andrer Ansicht seien, wenn es sich um Gefährdung staatlicher Einrichtungen handle. Die Partei bedauert daher das Verhalten der Trierer Geistlichkeit und erwartet, daß die Regierung die Zurücknahme der Maßnahmen in einem Sinne herbeiführt, der ebenso der Würde des Staates wie den staatlich zu sichernden Interessen des öffentlichen Unterrichts in vollem Maße gerecht wird. — **v. Zedlitz** (frkons.): Der Erlaß des Bischofs sei eine Provokation der schlimmsten Art. Er hoffe, daß die Re-

gierung mit aller Energie und mit voller Kraft sich dem unqualifizierbaren Vorgehen des Bischofs widersetzen werde.

Müller (freis. Vp.): Das Vorgehen des Bischofs muß die Gefühle Andersdenkender aufs schärfste verletzen. Seine Angriffe auf das paritätische Unterrichtswesen sind um so weniger zu verantworten, als sie nicht durch die ganz besondern Verhältnisse der Diözese Trier veranlaßt erscheinen. Der Bischof beruft sich freilich auf päpstliche Entscheidung. Die katholische Kirche hat aber von jeher einen Unterschied zwischen dem, was sie unbedingt verwerfen muß, und dem, was sie noch ertragen kann, dem tolerari posse, gemacht. — **Barth** (freis. Ver.): Wenn die Regierung der katholischen Kirche gegenüber nicht eine Politik der Schwäche befolgte, dann hätte der Bischof niemals gewagt, ihr einen solchen Schlag ins Gesicht mit dieser „ungewöhnlichen Belehrung" zu versetzen. Je schwächer die Kurie einen Staat glaube, desto provozierender verhalte sie sich. Der preußische Staat sei schwächer gegen die Kurie als irgend ein andrer Staat. Kein französischer Bischof würde ähnliches wie Korum gewagt haben, sonst hätte er bald mit den staatlichen Zuchtmitteln Bekanntschaft gemacht. Das empfinde man im Volke sehr genau. Jetzt werde dem Katholizismus so weit entgegengekommen, daß nicht mehr von Parität, sondern nur noch von schlimmster Imparität die Rede sein könne. Es sei endlich an der Zeit, dieser Tatsache Ausdruck zu verleihen. Heute suche man förmlich mit der Laterne nach katholischen Professoren, die, wenn sie einigermaßen geeignet seien, berufen würden. Es müsse endlich einmal gegen die Zurücksetzung der Protestanten Einspruch erhoben werden. — **Roeren** (Zentr.) legt als Vertreter Triers die dortigen Schulverhältnisse dar; nicht die Trierer Pfarrgeistlichkeit habe den Streit vom Zaune gebrochen, sondern allein die Regierung trage die Schuld an dem Streite. Die Kirche wolle nicht die Herrschaft über die Schule, sondern nur ihren Anteil an der Herrschaft, damit sie ihre Aufgabe auf dem Gebiete der Jugenderziehung erfüllen könne. Die Verhältnisse in Trier seien derartig, daß sich jedes Wort der Verteidigung Korums und der Trierer Pfarrgeistlichkeit erübrige. Schon die Gründung der paritätischen Schule sei eine Verletzung der Parität gegen die zu neun Zehnteln katholische Bevölkerung in Trier. Das Gleiche gelte von der Gründung des paritätischen Lehrerinnenseminars, das außer einem in Posen bestehenden das einzige paritätische in ganz Preußen sei. Er glaube nicht fehlzugehen in der Annahme, daß in ähnlichen Verhältnissen der ganze Episkopat ebenso handeln würde wie Korum.

Ministerpräsident **Graf Bülow**: Gegenüber dem Abg. Roeren muß ich feststellen, daß die Schuld an dem scharfen Zwiespalt in der Diözese Trier nach meinem pflichtgemäßen Ermessen lediglich den Herrn Bischof von Trier trifft. Diese Schuld wird nicht dadurch verringert, daß hingewiesen wird auf die Schulverhältnisse im Jahre 1878 und 1879, als die kirchenpolitischen Wirren, als der Kulturkampf sich auf seiner Höhe befand, und ich füge hinzu, daß der Bischof von Trier die Pflicht hatte, den Weg direkter Verständigung der Staatsregierung und mit mir zu betreten, bevor er einen Schritt unternahm, der hier von mehr als einer Seite als ein Wetterleuchten gedeutet worden ist, das dem Sturm vorhergeht. Als ein Mann, der aufrichtig den religiösen Frieden will, hoffe ich, daß es sich nicht um ein Wetterleuchten vor dem Sturm handelt, sondern um ein Wetterleuchten nach dem Sturm, um ein

letztes Aufleuchten aus der Zeit des Kulturkampfes. Wenn es aber zum Sturm kommen sollte, so würde die Königliche Staatsregierung die Verantwortung dafür nicht treffen. Nun hat der Abg. Friedberg mir einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich mich nach Rom gewandt hätte. Auf einen analogen Vorwurf hat bei der kirchlichpolitischen Debatte in diesem Hause der Fürst v. Bismarck einmal gesagt, daß er sich niemals besinnen würde, auch ausländische Hilfe anzunehmen und zu erbitten, wenn er glaubte, daß damit den deutschen Interessen gedient würde. Ich gehöre nicht zu denen, die bei jeder Gelegenheit den Fürsten Bismarck zitieren. Ich weiß, daß es Verhältnisse und Fragen gibt, die heute anders liegen als vor 10 oder 20 Jahren, und die heute anders behandelt werden müssen, als sie in den 70er und 80er Jahren behandelt werden konnten und mußten. Aber dieses Urteil des Fürsten Bismarck ist noch heute vollkommen zutreffend; denn es ist gegründet auf die richtige Einsicht in das Wesen der Diplomatie und in die innere Struktur unsrer konfessionellen Verhältnisse. Ich war also nicht nur berechtigt, sondern ich war auch verpflichtet, dem Gesandten beim päpstlichen Stuhl die Weisung zu erteilen, daß er die Kurie hinweisen möge auf die Folgen, die der Trierer Konflikt für die Beziehungen zwischen Staat und Kirche haben müßte, wenn nicht Remedur erfolgte. Ich habe darauf hingewiesen, daß die konfessionellen Kämpfe in Deutschland unheilvoll gewesen sind. Kein Volk hat so zahlreiche, so tiefgehende konfessionelle Kämpfe durchgemacht wie das deutsche Volk, daß sie niemals einen Segen, wohl aber beiden Teilen Nachteile und Schaden gebracht haben. Mehr als irgendwo sonst müssen bei uns konfessionelle Fragen mit behutsamer, praktischer, mit staatsmännischer Hand behandelt werden. Das sollte man weder in Trier noch in diesem hohen Hause vergessen. Nun hat der Abg. Barth gemeint, ich scheute vor dem Konflikt zurück. Darauf erwidere ich, daß ich nicht zu denen gehöre, die bei jeder Gelegenheit und um jeden Preis einen Konflikt wollen, die das gefährliche Spiel mit dem Feuer als eine Art Sport betreiben, denen der Konflikt ein Selbstzweck ist, die vielleicht auf irgend einen Hausbrand warten, an dem sie ihre Suppen kochen können. Schon im Interesse unsrer Stellung in der Welt suche ich Konflikte zu vermeiden und ihnen vorzubeugen, die unsre innere Konzentration, auch unsre Aktionsfähigkeit nach außen schwächen könnten. Wenn aber der Abgeordnete Barth meint, daß ich solchen Konflikten aus dem Wege gehen will, die im Interesse des Staates, im Interesse der Gesamtheit ausgefochten werden müssen, so befindet er sich in einem groben Irrtum. Solchen Konflikten werde ich sicherlich nicht aus dem Wege gehen.

Also ich sage: notwendige Konflikte müssen aufgenommen und durchgefochten werden; unnötige Konflikte hervorzurufen, ist freilich töricht. Nun ist mir auch vorgeworfen worden, daß ich gegenüber einer großen Partei dieses Hauses und des Reichstags, dem Zentrum, zu viel Entgegenkommen zeigte. Ich gestehe, daß ich gegen derartige Vorwürfe sehr abgebrüht bin. Sie machen auf mich ebensowenig Eindruck, als wenn mir von freihändlerischer und manchesterlicher Seite vorgeworfen worden ist, ich befände mich in völliger Abhängigkeit von den Agrariern; oder wenn umgekehrt gesagt worden ist, daß ich das Klosettgesetz — ich bitte um Verzeihung für diesen Ausdruck — nur aus Liebenswürdigkeit gegen den Abg. Barth zugestanden hätte, oder daß ich in der Flotten-, in der Ueberseepolitik mich im Schlepptau der Alldeutschen befände, oder daß ich mit den Sozialisten kokettierte. Die Wahrheit ist, daß ich mich keiner Partei zu eigen gebe, und infolgedessen jede Partei von Zeit zu Zeit finden wird, ich täte für die andre mehr als für sie. Die Regierung muß eben über den verschiednen Interessen und über den Parteien stehen, sie kann wohl zeitweise mit dieser oder jener Partei regieren, kann sich aber von keiner Partei regieren lassen. Die Regierung steht auf dem Boden des modus vivendi, den vor 17 Jahren die politische Weisheit des Fürsten Bismarck, vereinigt mit der politischen Weisheit des jetzt noch regierenden Papstes, betrieben hat. Wie aufrichtig wir bestrebt sind, den religiösen Frieden aufrecht zu erhalten, das geht ja auch aus den Angriffen hervor, die deshalb von mehr als einer Seite gegen uns gerichtet worden sind. Aber der Frieden muß auch von seiten der Kirche und ihrer Organe gewahrt werden. Wir werden jeden Versuch, die Würde und die Rechte des Staates zu verletzen, mit Entschiedenheit zurückweisen. Wir sind tolerant gegenüber den Ueberzeugungen andrer, aber gegenüber der Intoleranz dürfen und werden wir nicht tolerant sein.

Damit endet die Besprechung der Angelegenheit (s. S. 159).

Schulangelegenheiten.

I.

Regelung der Schulpflicht.

24. April. Beratung eines Antrags von Iderhoff und v. Zedlitz, die Regierung zu ersuchen, in der nächsten Session den Entwurf eines Gesetzes, betreffend die Regelung der Schulpflicht, vorzulegen. **Iderhoff** (freikons.) gibt eine Uebersicht über die Verschiedenheit der Normen in den einzelnen Landesteilen, die einer einheitlichen Regelung dringend bedürften. Die gegenwärtigen

Zustände in manchen Bezirken seien unhaltbar; auf diese Art könne das Ziel der Volksschule unmöglich erreicht werden. Es handle sich nicht darum, eine Verkürzung der Schulzeit anzustreben, sondern vor allem um die gleichmäßige Begrenzung des schulpflichtigen Alters. — Beschluß: Verweisung an die Kommission, die während der Tagung des Landtags nicht zur Berichterstattung kommt.

II.

Gestütsschulen.

29. April. Beratung eines Antrags von v. Zedlitz, betreffend die Umwandlung der Gestütsschulen zu Trakehnen in öffentliche Volksschulen. Es wird beschlossen, die Regierung zu ersuchen, in Erwägung zu ziehen, ob die Umwandlung der Gestütsschulen in Trakehnen, Graditz und Beberbeck ohne Verschlechterung der Lage der Schulinteressenten und der Lehrer durchgeführt werden kann, und dem Hause hierüber Mitteilung zu machen.

Angelegenheiten des Handels und Verkehrs.

I.

Kündigung der Handels- und der Meistbegünstigungsverträge.

1. Mai. Das Herrenhaus berät einen Antrag des Freiherrn v. Manteuffel, des Grafen v. Mirbach und des Fürsten zu Dohna-Schlobitten: Das Herrenhaus wolle beschließen, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, im Bundesrat dafür einzutreten, daß eine Kündigung der bestehenden Handelsverträge sowie der kündbaren Meistbegünstigungsverträge alsbald erfolge.

In der Begründung wird gesagt: Die derzeitigen Handelsverträge waren und sind für die deutsche Landwirtschaft, die bei denselben hinsichtlich ihres Zollschutzes ausschließlich Einbußen erlitt, verhängnisvoll. Die Lage der heimischen Landwirtschaft erheischt dringlich und ungesäumt das Inkrafttreten eines wirksamen Zollschutzes, wie er von den leitenden Staatsmännern namens der verbündeten Regierungen wiederholt zugesichert wurde.

Die Kommission beantragt, den Antrag anzunehmen. Bei Beginn des Referats verlassen die Minister mit ihren Räten das Haus.

Graf Mirbach begründet den Antrag. Jedes einzelstaatliche Parlament habe das Recht, den Minister zu ersuchen, im Bundesrat für Lösung der zur Kompetenz des Reichstags gehörenden Fragen einzutreten. Es ist Ehrenpflicht der größern im Hause vertretenen Landwirte, für die Interessen der kleinern Berufsgenossen einzutreten.

Wir wollen die Stellung der Minister bei den Handelsvertragsverhandlungen stärken. Der Reichskanzler hat eine mangelhafte Erbschaft angetreten, es geschah aber auch in letzter Zeit manches, was uns bedenklich machen muß. Die Ertragsfähigkeit der Arbeit des deutschen Landmannes wird durch den Preisdruck des Auslandes gefährdet. Nach den vielfachen entschiednen Erklärungen vom Bundesrats- und vom Ministertische war die Landwirtschaft berechtigt, zu erwarten, daß die Kündigung der Handelsverträge vor Ablauf des Jahres 1902 erfolgen würde. Der Zolltarif ist die beste Waffe in dem Kampfe für die neuen Handelsverträge. Die Lage würde sich sofort zugunsten Deutschlands klären, wenn die Handelsverträge gekündigt würden. — Freiherr v. Lucius ist gegen den Antrag. — Oberbergrat Wachler erklärt, die Kündigung der Handelsverträge könne keinen Zweck haben. Wenn man überhaupt wieder Handelsverträge wolle, müsse man den andern Staaten nicht gleich mit dem Revolver in der Hand entgegentreten. Der Zucker- und der Spiritusexport der Landwirtschaft würde durch einen Zollkrieg schwer geschädigt. — v. Manteuffel führt aus, von der Bekämpfung des Antrags würden die radikalen Elemente den Vorteil haben. Die Regierung begünstige nach Annahme des Zolltarifs die Parteien, die nicht gerade fördernd wirken. Wenn der Antrag im Reichstage von den Sozialdemokraten eingebracht worden wäre, hätte die Regierung anders darauf geantwortet. Die Regierung muß baldmöglichst Beruhigung eintreten lassen. Der Anfang dazu kann durch Kündigung der Handelsverträge gemacht werden. — Nachdem noch Becker (Köln), Graf Eulenburg-Prassen und Oberbürgermeister Bender von Breslau sich ausgesprochen haben, wird der Antrag mit großer Mehrheit gegen die Stimmen der Vertreter der Städte, Universitäten und Hochschulen sowie des Freiherrn v. Lucius und des Oberpräsidenten v. Bötticher angenommen.

II.

Schiffahrtskanal vom Rhein zum Dortmund-Emskanal.

28. Februar. Beumer (natlib.) stellt an die Staatsregierung die Anfrage:

Sind die Vorarbeiten für den Bau eines Schiffahrtskanals vom Rhein zum Dortmund-Emskanal durch das Emschertal (als Teilstrecke des Rhein-Weser-Elbekanals) soweit abgeschlossen, daß die zu wählende Linienführung endgiltig feststeht? Ist die Staatsregiernng für diesen Fall bereit, um eine abermalige, die wirtschaftlichen Interessen des dortigen Industriegebiets schädigende Verschiebung

dieser Linie zu vermeiden, alsbald und wenn möglich noch in dieser Tagung mit einer Kreditforderung an den Landtag heranzutreten, um den Grunderwerb für die projektierte Linie zu sichern?

Minister **Budde** antwortet: Es ist allseitig bekannt, daß die Staatsregierung die baldige Ausführung eines Kanals von Dortmund nach dem Rhein durch das Emschertal als Teilstrecke des Rhein-Weser-Elbekanals für notwendig erachtet. Ich erkläre namens der Staatsregierung, daß sie nach wie vor an dieser Auffassung festhält. Was die besondre Anfrage der Interpellation betrifft, ob die Vorarbeiten für diesen Kanal so weit abgeschlossen sind, daß die zu wählende Linienführung endgiltig feststeht, so muß ich mitteilen, daß diese Feststellung bis heute noch nicht hat erfolgen können; denn in dem in Frage stehenden Gelände schreitet bekanntlich die Bebauung mit großer Schnelligkeit fort. So sind in der ursprünglich geplanten Trace neu angelegt worden ein Hochofenwerk, mehrere Arbeiterkolonien von Zechen und viele einzelne Häuser. Daher habe ich eine erneute Nachprüfung der Linienführung angeordnet, die zur Zeit stattfindet und noch nicht abgeschlossen werden konnte. Hiermit erledigt sich der zweite Absatz der Frage von selbst, indem die Staatsregierung, da die Linienführung noch nicht feststeht, jetzt auch noch nicht mit dem Grunderwerb für einen Dortmund-Rheinkanal vorgehen kann.

Landestrauer.

26. März. Erste Beratung folgenden Gesetzentwurfs: Bei dem Ableben des Königs, der Königin und einer verwitweten Königin von Preußen findet eine Landestrauer nach folgenden Bestimmungen statt:

§ 1. Die Glocken der Kirchen werden mittags 12 bis 1 Uhr vierzehn Tage lang geläutet. § 2. Oeffentliche Musik, sowie öffentliche Lustbarkeiten und Schauspielvorstellungen sind vier Tage lang vom Sterbetage (einschließlich) ab und am Tage der Beisetzung einzustellen. § 3. Wer den Bestimmungen dieses Gesetzes zuwiderhandelt, wird mit Geldstrafe von 15 bis 150 Mark bestraft. § 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Der Minister des Innern Freiherr **v. Hammerstein** begründet die Vorlage: Die Verordnung über die Landestrauer stamme aus dem Jahre 1797. Der gegenwärtige Entwurf schließe sich äußerlich an die Verordnung von 1797 an, weiche aber innerlich bedeutend von ihr ab. Er berücksichtige vor allem das gewerbliche Leben und beschränke die Zeit der öffentlichen Lustbarkeiten während der Landestrauer auf vier Tage.

27. März. Dritte Lesung. (Gesetz vom 14. April 1903.)

Siebenter Abschnitt.

Evangelische Kirche.

Verbindung der deutschen Landeskirchen.

7. April. Der Vorstand der kirchlichen Landeskonferenz für die beiden Großherzogtümer Mecklenburg-Schwerin und Mecklenburg-Strelitz faßt zur Frage des Zusammenschlusses der deutschen evangelischen Landeskirchen einstimmig Beschlüsse, die im wesentlichen auf eine Ablehnung dieser Bestrebungen hinauskommen.

In den Beschlüssen wird die Bekenntnisfrage als ein Haupthindernis engern Zusammenschlusses der Landeskirchen bezeichnet. Ein weitergehender Zusammenschluß, als er in der bereits bestehenden Eisenacher Konferenz bewirkt worden, sei ohne Gefährdung des Bekenntnisstandes und der geschichtlich gewordnen Selbständigkeit und Eigenart der einzelnen Landeskirchen trotz aller dieselben verbürgenden Zusicherungen auf die Dauer unmöglich. Daher verwahrt sich der Vorstand gegen jeden Zusammenschluß, durch den der ohnehin durch das Gewicht der Massen übermächtigen unierten Kirche ein überwiegender Einfluß gegeben werde, also insbesondre gegen jeden Zusammenschluß, durch den der Vorsitz der größten unierten Landeskirche zufällt, oder durch den der Sitz der ausführenden Behörde nach Berlin verlegt wird. Unter allen Umständen sei jeder Kirche ein Rücktritt aus der Vereinigung vorzubehalten. Die Erklärung schließt mit einem Appell an die Großherzöge, alles zu tun, „was zum Schutz unsrer bedrängten Kirche erforderlich ist, und alle Eingriffe in deren Selbständigkeit und Bekenntnistand" abzuwehren.

19. April. Das „Vaterland," Organ des konservativen sächsischen Landesvereins, nimmt sehr scharf gegen den geplanten Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen Stellung, indem es sagt:

Das, worauf man seine Hoffnung setze, sei die Anlehnung an die staatliche Organisation des Reiches, speziell an das evangelische Kirchenoberhaupt. Von da solle der Schutz kommen, der den Lebensäußerungen der evangelischen Kirchengemeinschaft Gewicht und Wirkung verleiht. Dabei vergesse man aber, daß das Reich seinen Grundlagen nach paritätisch sei. Der Einfluß der katholischen Minderheit in allen Reichsangelegenheiten, auch in Reichsverwaltung und Reichsbehörden, sei bekanntlich stärker, als er in den Landesangelegenheiten manches Einzelstaats jemals zu erwarten wäre. Das Zentrum sei nicht nur innerhalb des Reichstags ausschlaggebende Partei. Und auch die höchste Spitze des Reiches sei in ihrer Betätigung für evangelische Interessen durch Rücksichten innerpolitischer wie internationaler Art fühlbar gebunden. Daß sich namentlich letztere Rücksichten in der Regel nicht für, sondern gegen den Protestantismus betätigten, sei selbstverständlich, und sie kämen für die Leitung des Reichs viel gebieterischer in Betracht als für die einzelne deutsche Landesregierung. So werde jeder kirchliche Zusammenschluß, der nicht von vornherein sich völlig unabhängig stelle zu den politischen Faktoren des Reiches, für die evangelischen Kirchen nur der Weg zu einer neuen Abhängigkeit sein. Die Richtung unsrer kirchlichen Entwicklung, wie sie durch die Gesetzgebung der letzten Jahrzehnte vorgezeichnet sei, liege in der Selbständigmachung gegenüber dem Staat.

Das Gegenteil davon sei auch für das Reich nicht zu wünschen, denn die konfessionelle Spaltung, an der das alte Reich zugrunde gegangen, sei auch für das neue Reich eine der verhängnisvollsten Gefahren.

(S. Bd. 2 von 1900, S. 147 und Bd. 2 von 1902, S. 100.)

22. April. Die „Weser-Ztg." veröffentlicht den Wortlaut eines „Vorschlags für die Beschlußfassung der deutschen evangelischen Kirchenkonferenz," den der von der Eisenacher Konferenz eingesetzte Ausschuß in der Angelegenheit eines engern Zusammenschlusses der deutschen evangelischen Landeskirchen macht. Der Vorschlag wird mit folgenden Worten eingeleitet:

Die deutsche evangelische Kirchenkonferenz, deren Bestimmung es ist, „auf Grund des Bekenntnisses wichtige Fragen des kirchlichen Lebens in freiem Austausch zu besprechen und unbeschadet der Selbständigkeit jeder einzelnen Landeskirche ein Band ihres Zusammengehörens darzustellen und die einheitliche Entwicklung ihrer Zustände zu fördern," erachtet auch die einheitliche Vertretung und Förderung der gemeinsamen Interessen der deutschen evangelischen Landeskirchen nach außen als ihre Aufgabe. Um für ihre Tätigkeit einen engern Zusammenschluß herbeizuführen und ein jederzeit handlungsfähiges Organ zu besitzen, beschließt sie, unter Festhaltung ihrer sonstigen Ordnungen, ihren ständigen Ausschuß (Beschluß IV der Kirchenkonferenz von 1900) wie folgt umzugestalten:

Die Hauptbestimmungen der Vorschläge lauten:

I. Der Ausschuß, der fortan den Namen „Deutscher Evangelischer Kirchenausschuß" führt, hat wie bisher die Aufgabe, die Konferenz in der ihr obliegenden Förderung einer einheitlichen Entwicklung der Zustände der einzelnen Landeskirchen zu unterstützen. Er hat ferner das gemeinsame Interesse der deutschen evangelischen Landeskirchen nach außen zu vertreten, insbesondre in bezug auf: 1. deren Verhältnis zu andern deutschen und außerdeutschen Kirchengemeinschaften wie zu nicht christlichen Religionsgesellschaften, 2. die kirchliche Versorgung der Evangelischen in den deutschen Schutzgebieten, 3. die Förderung kirchlicher Einrichtungen für die evangelischen Deutschen im Auslande, sowie der Seelsorge unter deutschen Auswandrern und Seeleuten.

II. Auf den Bekenntnisstand und die Verfassung der einzelnen Landeskirchen erstreckt sich die Tätigkeit des Ausschusses nicht. Ebenso bleiben die kirchenregimentlichen Rechte der Landesherren unberührt.

III. Zur Erfüllung seiner Aufgaben hat sich der Ausschuß zu unterrichten, was in Anlaß der in der vorhergehenden und in den frühern Tagungen gefaßten Beschlüsse der Konferenz geschehen ist, und ist befugt, sich behufs des darüber notwendigen Gedankenaustausches mit den einzelnen Kirchenregierungen in Verbindung zu setzen. Der Ausschuß hat ferner die Entwicklung der Gesetzgebung, sowie die Handhabung der Gesetze auf den das kirchliche Leben berührenden Gebieten im Auge zu behalten, etwaige Anträge von Kirchenregierungen in Behandlung zu nehmen, das zur Befriedigung wichtiger gemeinsamer Bedürfnisse der evangelischen Landeskirchen, sowie das zur Abhilfe etwaiger Uebelstände Erforderliche an den zuständigen Stellen anzuregen, insbesondre namens der Gesamtheit des Reiches und gegebnenfalls durch Vermittlung der Kirchenbehörde mit den Landesbehörden in Verbindung zu treten, auch unter besondern Umständen öffentliche Kundgebungen zu erlassen.

IV. Der Sitz des Deutschen evangelischen Kirchenausschusses ist in Berlin. Die Leitung der Geschäfte wird dem Präsidenten des Evangelischen Ober-

kirchenrats in Berlin übertragen. Der Ausschuß wählt aus seiner Mitte einen Stellvertreter des Geschäftsleiters.

Die „Weser-Ztg." sieht durch diesen Antrag „die Freiheit des Bekenntnisses, den liberalen Protestantismus von einer neuen Seite bedroht," da in Aussicht genommen wird, die Leitung des Deutsch-evangelischen Kirchenausschusses dem Präsidenten des preußischen Oberkirchenrats zu übertragen. Der Berliner Oberkirchenrat sei eine Hochburg der Orthodoxie, und es eröffne sich die Aussicht, daß diese auf die nichtpreußischen Landeskirchen einen verfassungsmäßigen Einfluß gewinne.

23. April. Auf diese Bemerkungen erwidert die Kreuz-Ztg.":

Es ist vor allem nicht zu vergessen, daß die Tätigkeit des Ausschusses sich ja nach dem Antrage nicht auf den Bekenntnisstand und die Verfassung der Landeskirchen erstrecken soll. Ohne strikte Innehaltung dieser Beschränkung wäre auch uns die gemeinsame Organisation der evangelischen Landeskirchen ein bedenkliches Unternehmen. Der Ausschuß kann es nicht deutlich genug ausdrücken, daß er nur zur gemeinsamen Vertretung der evangelischen Landeskirchen nach außen da ist. Besonders wird er die kirchliche Versorgung der deutschen Schutzgebiete zu übernehmen haben, da das Reich als solches keine Kirchenhoheit ausübt. Auch in der einheitlichen Regelung der Gehälter, Pensionen und Reliktenversorgung der evangelischen Geistlichen eröffnet sich dem Kirchenausschusse ein Feld der Tätigkeit. Bekenntnisstand und Verfassung der Landeskirchen aber müssen ganz außerhalb seiner Wirkungssphäre bleiben, sonst richtet er nur neue Verwirrung an und verfällt selbst der Auflösung.

Die Berliner „Post" spricht sich folgendermaßen aus:

Durch das Verhalten Preußens in der Jesuitenfrage ist das Vertrauen bei den übrigen Landeskirchen, daß der neue Kirchenbund erfreuliche Früchte zeitigen werde, offenbar stark erschüttert und dadurch überhaupt der ganzen Idee ein schwerer Schaden zugefügt worden. Wegen der Nachgiebigkeit Preußens gegen den Jesuitismus haben die mecklenburgischen Synoden die jüngst gemeldeten Beschlüsse gegen Preußen als Vormacht und gegen Berlin als Sitz der geplanten gemeinsamen Kirchenbehörde gefaßt. Die in Mecklenburg zum Ausdruck gebrachte Mißstimmung wird vor allem in der evangelischen Kirche des Königreichs Sachsen geteilt. Nicht minder vorwurfsvoll klingen die Stimmen in den evangelischen Kreisen der sämtlichen übrigen Landeskirchen. Deren Vertrauen zu der kirchlichen Oberleitung Preußens hat zur zweifellosen Vorbedingung, daß die allgemeine Staatspolitik Preußens nicht Bahnen einschlägt, die mit einer zielbewußten Kräftigung des kirchlich-protestantischen Gedankens in direktem Widerspruche steht.

Unter der Ueberschrift „Ein Trümmerhaufen" schreibt die „Deutsche Evangelische Korrespondenz":

Am Weihnachtsfeste 1901 hatte Kaiser Wilhelm der Zweite in Gotha auf eine Anregung des dortigen Regierungsverwesers Erbprinzen von Hohenlohe-Langenburg hin mit großer Wärme sich für eine Einigung der evangelischen Landeskirchen Deutschlands ausgesprochen. Damit schlug der Kaiser einen Ton an, der der Sehnsucht der besten Männer der evangelischen Landes-

kirchen entsprach. Man durfte hoffen, daß nunmehr die Vorarbeiten, die seit vielen Jahrzehnten in dieser Richtung geleistet waren, zu einem schnellen, glücklichen Abschluß gelangen würden. Ein auf diese Einigung abzielender Entwurf wurde im vergangnen Jahre von den Vertretern der verschiednen Landeskirchen fertiggestellt und sollte demnächst zur endgiltigen Beratung und Annahme in der Eisenacher Kirchenkonferenz gelangen. Der Kaiser war sich bei seinem herzlichen Eintreten für den Einigungsgedanken vollkommen klar darüber, daß dieses Gebiet mit äußerster Vorsicht zu behandeln sei. Seine Worte waren mit großer Sorgfalt gewählt. Er gebrauchte das zarte Gleichnis aus dem Pflanzenleben vom Weinstock und den Reben. Andrerseits bezeichnete der Kaiser die Einigung der evangelischen Kirchen Deutschlands als „ein hohes Ziel seines Lebens." Unmittelbar vor Erreichung dieses hohen Zieles faßte des Reichskanzlers Grafen Bülow unvorsichtige Hand wieder einmal unvermutet und ohne zwingenden Grund in das kirchenpolitische Getriebe des Deutschen Reiches ein durch die Ankündigung, daß er die preußischen Stimmen im Bundesrat für die Abschwächung des Jesuitengesetzes festlegen werde. Daß mit diesem Geschenk an das Zentrum eine Herausforderung der evangelischen Landeskirchen verbunden war, scheint der Kanzler nicht empfunden zu haben, oder er scheint die evangelischen Kirchen zu den für einen modernen deutschen Staatsmann wertlosen Imponderabilien gerechnet zu haben.

Noch unvermuteter als die Antijesuitenbewegung scheint aber dem Kanzler eine zweite Wirkung seiner Bekanntmachung gekommen zu sein, die eine direkte Zertrümmerung eines Lieblingswunsches des Kaisers zur Folge hat. Für den Zusammenschluß der Landeskirchen war unter andern Gründen auch derjenige einer kräftigern Abwehr ultramontankatholischer Uebergriffe durch die neue Organisation maßgebend gewesen. Ferner war ganz naturgemäß und als einziger gangbarer Weg die Stelle des Präsidiums in der neuen Organisation dem Königreich Preußen zugedacht worden, weniger, weil dieser Staat zufällig eine starke evangelische Mehrheit aufweist, als aus dem Grunde, weil Preußen allgemein als kräftigstes Bollwerk gegen die ultramontane Hochflut erachtet wurde, und weil die Hohenzollern als die natürlichen Beschützer des deutschen Protestantismus galten.

Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet hat das Verhalten Preußens in der Jesuitenfrage wie eine Sprengbombe auf die Kircheneinigung gewirkt. Das Vertrauen zu der kirchenpolitischen Führung des deutschen Protestantismus durch Preußen gilt als vollkommen erschüttert. Man rückt sichtlich und empfindlich von Preußen ab und bedankt sich für diese Sorte preußisch-protestantischer Vormundschaft. Andrerseits haben auf den verschiednen Kongressen der letzten Wochen ehrliche protestantische Männer Preußens von der Betrachtung der kirchenpolitischen Lage ausgehend unter der Hand ihren nichtpreußischen Freunden offen das erschütternde Geständnis abgelegt: „Ich schäme mich zur Zeit, ein Preuße zu sein!" Die Abhängigkeit der obersten preußischen Kirchenbehörden von der allgemeinen Staatspolitik Preußens ist in letzter Zeit so überaus kläglich zutage getreten, daß man es den nichtpreußischen Protestanten nicht verübeln kann, wenn sie sich weigern, sich unter den maßgebenden Einfluß solcher abhängigen Behörden zu begeben. Da andrerseits ein andres Präsidium für die geplante gemeinsame Behörde als das preußische für völlig ausgeschlossen gelten muß, so stehn wir tatsächlich, dank der unvorsichtigen Hand des deutschen Reichskanzlers, vor einem Trümmerhaufen, der einen Lieblingswunsch des deutschen Kaisers und das jahrzehntelange Streben des deutschen Protestantismus begräbt.

Der „Reichsbote" (kons.) in Berlin sieht sich zu folgenden Aeußerungen veranlaßt:

Für die evangelische Kirche dürfte es hohe Zeit sein, sich durch den Zusammenschluß zu stärken; es gehen allerlei Gerüchte um über immer mehr wachsenden Einfluß der katholischen Hierarchie an hohen Stellen, und deuten auch viele Tatsachen darauf hin. Man scheint sich in hohen Kreisen der evangelischen Kirche sogar zu Täuschungen über eine Reform der Kirche bezw. des Christentums mit Hilfe des Papstes, wenn nicht des gegenwärtigen, so doch des zukünftigen, zu versteigen. Man sollte das angesichts des heftigsten Widerstands, der allen Reformbestrebungen im Mittelalter wie in der Gegenwart von seiten der Hierarchie, insbesondre des Papstes, entgegengesetzt worden ist, nicht für möglich halten; aber die Romantik hat allezeit wunderbare Dinge zutage gefördert, die schließlich nur der römischen Kirche zugute kamen. An die evangelische Kirche richten die Zeitverhältnisse die Mahnung: Sei einig, werde Licht und sei stark.

Der engere Ausschuß der „Allgemeinen Evangelisch-Lutherischen Konferenz" weist in einer öffentlichen Bekanntmachung hin auf „die Gefahr, daß der preußischen unierten Landeskirche die Leitung der Vereinigung zufällt, daß demnach der preußische Oberkirchenrat in Berlin die ausschlaggebende Stellung erhält." Im Anschluß hieran heißt es weiter:

Geschieht dies aber, so sind Bekenntnis und Selbständigkeit der evangelisch-lutherischen Kirchen bedroht, weil die Union ihrem Charakter und ihrer Geschichte nach das Bekenntnis in seiner hohen Bedeutung nicht zu würdigen vermag und daher zu befürchten ist, daß sie diesen ihren Charakter auch der neuen Vereinigung mit Erfolg aufprägen wird. Ist aber das Bekenntnis der evangelisch-lutherischen Kirche nicht gesichert, so fehlt es ihr auch Rom gegenüber an der wichtigsten Waffe. Denn so wertvoll auch in äußern Beziehungen ein Zusammenschluß gelten darf, so verbürgen doch allein lauteres Wort und Sakrament den durchschlagenden Erfolg. Ohne ausreichende Sicherstellung des Bekenntnisses sind aber auch tiefgehende Beunruhigungen innerhalb lutherischer Landeskirchen zu befürchten, deren üble Folgen durchaus nicht abzusehen sind und sich sogar auf die Wirksamkeit in der Fürsorge für die Mission und die Diaspora erstrecken könnten. Daher richtet die Konferenz an alle lutherischen Kirchenregimente die Bitte, mit vollster Entschiedenheit dahin zu wirken, daß die volle Selbständigkeit der evangelisch-lutherischen Kirche in Bekenntnis, Kultus und Verfassung unbedingt gewährleistet werde.

13. Juni. In Eisenach findet die außerordentliche Konferenz der Deutsch-Evangelischen Landeskirchen statt, und genehmigt im wesentlichen die oben unterm 22. April erwähnten Anträge ihres Ausschusses, denen sie, unter Ablehnung des vierten Punktes, folgende Punkte hinzufügt:

IV. Zum Ausschuß entsendet die Konferenz fünfzehn ihrer Mitglieder. Zu ihnen gehört der Vorsitzende der Konferenz. Als weiter in den Ausschuß zu entsendende Mitglieder der Konferenz werden ihr drei aus dem Kirchengebiete der ältern, zwei aus dem Kirchengebiete der neuen Provinzen Preußens, je eins aus den Kirchengebieten Bayerns, Sachsens und Württembergs von den Abgeordneten der betreffenden Kirchenregierungen benannt.

Die sieben übrigen in den Ausschuß zu entsendenden Mitglieder werden von den zur Konferenz erschienenen Abgeordneten benannt, denen kein eignes Benennungsrecht zusteht.

V. Unter Vorbehalt endgiltiger Beschlußfassung der Konferenz über den Sitz des Ausschusses und den Vorsitz in ihm wählt der Ausschuß für die nächsten fünf Jahre den Vorsitzenden und dessen Stellvertreter aus seiner Mitte. Als Sitz des Ausschusses gilt auf so lange der Wohnsitz des Vorsitzenden.

Die Beschlüsse sind von sämtlichen anwesenden Vertretern der Kirchenregierungen ad referendum angenommen, mit Ausnahme der Vertreter der Kirchenregierungen von Mecklenburg-Strelitz und Sachsen-Meiningen, die die Beschlüsse schlechtweg abgelehnt haben, und des Vertreters der Kirchenregierung von Schwarzburg-Rudolstadt, der sich der Stimme enthalten hat. Die Kirchenregierung von Reuß ä. L. ist auf der Konferenz nicht vertreten gewesen, hat derselben aber schriftlich mitgeteilt, daß sie einen engern Zusammenschluß der deutschen evangelischen Landeskirchen nicht für nötig oder wünschenswert erachte. Die Verteilung der in Absatz IV zuletzt erwähnten sieben Stimmen soll einer vorläufig getroffnen Vereinbarung zufolge nach Gruppen geschehn, von denen die erste Gruppe Baden und Elsaß-Lothringen mit einer Stimme, die zweite Gruppe Hessen und Braunschweig mit einer Stimme, die dritte Gruppe Mecklenburg-Schwerin, Mecklenburg-Strelitz und Oldenburg mit einer Stimme, die vierte Gruppe Sachsen-Weimar, Sachsen-Meiningen, Sachsen-Altenburg, Sachsen-Koburg-Gotha, Schwarzburg-Sondershausen, Schwarzburg-Rudolstadt, Reuß ä. L. und Reuß j. L. mit zwei Stimmen, die fünfte Gruppe Anhalt, Waldeck, Schaumburg-Lippe und Lippe mit einer Stimme, die sechste Gruppe die drei Hansastädte Lübeck, Bremen und Hamburg mit einer Stimme, zusammen sieben Stimmen, bilden sollen. Den einzelnen Gruppen wird überlassen werden, sich über die Wahl eines Vertreters zu verständen.

24. Juni. Die „Köln. Ztg." ist von dem in Eisenach vereinbarten Zusammenschluß der evangelischen Landeskirchen nicht erbaut. Sie meint:

Der Protestantismus ist die Weltanschauung der persönlichen Freiheit und darum recht eigentlich der fruchtbare Mutterboden unsrer ganzen modernen, liberalen Kultur, aber er hat nicht die geringste Fähigkeit, Kirchen zu bilden, und wo er sich trotzdem auf diesem Gebiete versucht hat, da ist er entweder sich selbst untreu geworden und hat Nachahmungen der katholischen Kirche erzeugt, die nicht leben und nicht sterben können, oder aber er hat sich in die Organisation des Staates hineinschmiegen müssen und ist in solcher unnatürlichen Umarmung verschmachtet und verdorrt. Welch ein sonderbares Beginnen, ihm jetzt neues Leben einflößen und ihm neue Kräfte zuführen zu wollen für den Kampf mit dem Katholizismus, indem man das Band des Staatskirchentums noch enger um ihn schnürt,

statt ihn in die freie, frische Luft hinauszuführen, wo allein ihm neue, werbende Kräfte geboren werden und die Flügel des Fortschritts wieder wachsen können.

27. Juni. In gleichem Sinne sagt die „Vossische Ztg.“:

In der Tat kann der Ausschuß allem Anschein nach leicht dazu mißbraucht werden, die Anstellung liberaler Geistlicher, die in Preußen, Mecklenburg und ähnlichen Kirchen nicht geduldet werden, in Bremen, Hamburg, Gotha, und wo sonst ein freierer Geist herrscht, zu erschweren. Wir müssen bekennen, daß wir den Gedanken nicht ernst zu nehmen vermögen, ein freierer Geist im protestantischen Kirchenleben könne von einer Körperschaft ausgehen, die vom Präsidenten des Evangelischen Oberkirchenrats Preußens geleitet wird. Wir fürchten, ein solcher Ausschuß wird immer geneigter sein, die Lichter auszulöschen, als sie anzuzünden.

Achter Abschnitt.

Katholische Kirche.

I.

Die freiere Richtung im Katholizismus und die Bischöfe.

2. Januar. Aus Anlaß der Rede, die der Bischof Keppler von Rottenburg am 1. Dezember 1902 in der Konferenz des Land- und Stadtkapitels Rottenburg über „Wahre und falsche Reform“ gehalten hat (s. Bd. 2 von 1902, S. 163), richtet der Kardinalstaatssekretär Rampolla in Rom folgendes Schreiben an den Bischof:

Hochwürdigster Herr! Gleichzeitig mit Deinem Schreiben erhielt ich den Text der Rede, die du an den Klerus von Rottenburg über die wahre und falsche Reform gehalten hast, und in der Du die verwegnen Versuche der falschen Reformer bekämpfest, die da und dort wahrzunehmen und zu bedauern sind. Ich habe Deine Rede in einer Uebersetzung genau durchgelesen und nicht verfehlt, sie dem Heiligen Vater einzuhändigen, und beeile mich nun, Dir mitzuteilen, daß Seine Heiligkeit von dem Inhalt Deiner Ausführungen mit der größten Freude Kenntnis genommen hat und über die gründliche Beweisführung, mit der Du den Kunstgriffen und der Kühnheit der Neuerer entgegengetreten bist, hocherfreut war. Darum glaubt der Heilige Vater, Deinen Eifer mit der gebührenden Anerkennung auszeichnen und Dich ermuntern zu sollen, in der begonnenen Arbeit fortzufahren. Indem ich Dir dies mitteile, bezeige ich Dir die Gefühle meiner Hochachtung und zeichne ergebenst M. Kardinal Rampolla.

10. Januar. Der „Bayrische Kurier" in München meldet, daß die Universitätsprofessoren Schell in Würzburg, Schnitzer in München und Pfarrer Rudolphi in Gestratz aus dem Komitee des „Zwanzigsten Jahrhunderts," der Zeitschrift der Reformkatholiken, ausgetreten seien. (Ueber Professor Schell s. Bd. 2 von 1899, S. 164 bis 167.)

12. Januar. In der Münchner „Allgemeinen Ztg." wird folgendes ausgeführt:

Das von einem geradezu unglaublichen Mangel an Objektivität zeugende Vorgehen des Bischofs Keppler von Rottenburg gegen die Reformbewegung hat in den davon betroffnen Kreisen schmerzliches Staunen und Entrüstung hervorgerufen. Es hat eine Zeit gegeben, wo man gerade auf Keppler Hoffnungen gesetzt hat, er würde die Verinnerlichung des katholischen Glaubens, wie ihn die Reformbewegung im Interesse der katholischen Kirche und des religiösen Friedens im deutschen Volke anstrebt, so als Bischof würdigen, wie er sie als Gelehrter vorher zu würdigen schien. Auf jeden Fall hätte man am allerersten von ihm erwarten dürfen, daß er die persönliche Integrität der Führer der Bewegung, die Reinheit ihrer Absichten und deren materielle Bedeutung nicht in einer Weise, man kann geradezu sagen, verketzern würde, wie er es in der bekannten Rede getan hat. Diesem Verhalten hat jetzt Keppler dadurch die Krone aufgesetzt, daß er durch Uebersendung seiner irreführenden Rede an den Kardinalstaatssekretär unter Beifügung eines leider der Oeffentlichkeit nicht übergebnen, aber sicher entsprechenden Begleitschreibens den Heiligen Vater hat falsch informieren und zu einem völlig haltlosen Verdikt hat bewegen lassen, das nie ausgesprochen worden wäre, wenn der Heilige Stuhl richtig über deutsche Verhältnisse informiert würde. Das ist ja nun leider nicht der Fall, was aber niemand besser weiß, als Keppler selbst. Um so trauriger ist, daß er sich diesen Mißstand in einer Weise zunutze gemacht hat, die einem deutschen Bischof so wenig ansteht wie einem deutschen Gelehrten. Daß man dazu diesen Briefwechsel, der so unschöne Züge trägt, von Rottenburg an die Presse weitergibt, ist das betrübendste Zeichen. Denn es verrät, daß auf die wissenschaftliche Unbefangenheit des wegen seiner Gelehrsamkeit einstmals so verehrten Rottenburger Bischofs nicht mehr gerechnet werden kann, und die Elemente, die die deutschen Bischöfe zu Organen des politischen Katholizismus zu machen bestrebt sind, auch in Rottenburg das Ziel ihrer Sehnsucht endlich erreicht haben.

15. Januar. Der Bischof Dr. v. Schlör in Würzburg richtet an die Geistlichen in seinem Sprengel folgenden Erlaß:

In ihrem gemeinsamen Hirtenbriefe vom Mai 1902 haben die Bischöfe Bayerns es schmerzlich beklagt, daß „nicht etwa unsre Gegner, nein, unsre Freunde, Katholiken, ja selbst Priester es sind, die da rütteln an dem Fundament unsrer Einheit, an dem Gehorsam, der den Klerus in der Kirche so innig mit dem Episkopate verbindet und ihn hierdurch unüberwindlich macht," und ernste und eindringliche Mahnworte an den hochwürdigen Klerus gerichtet. Diese Mahnworte haben, wie ich es nicht anders erwartet hatte, bei weitaus dem größten Teile des hochwürdigen Klerus der

Diözese Würzburg die rückhaltloseste Zustimmung und die gewissenhafteste Beachtung gefunden. Leider muß ich aber auch die Wahrnehmung machen, daß manche, namentlich jüngere Kleriker der Diözese, ungeachtet der bischöflichen Warnung, an Versammlungen, Vereinen teilnehmen, Zeitungen und Zeitschriften unterstützen, die im Gegensatz zu den im Hirtenbriefe bezeichneten Grundsätzen stehn. Ich sehe mich daher genötigt, diese hochwürdigen Herren unter dem kanonischen Gehorsam aufzufordern, ihr Verhalten nach den im Hirtenbriefe bezeichneten Grundsätzen zu ändern und geschlossen Bestrebungen entgegenzutreten, die dem Geiste der Kirche nicht entsprechen und zum Unheile führen müssen.

(Den gemeinsamen Hirtenbrief der bayrischen Bischöfe vom 31. Mai v. J. s. in Band 2 von 1902, S. 149.)

16. Januar. Die „Münchner Ztg." bringt als Grund für das Austreten des Professors Schell in Würzburg eine Darlegung, in der ausgeführt wird, daß durch den Tod des Dr. Klasen die Aufgabe jenes Komitees, den Ausbau des wöchentlich erscheinenden „20. Jahrhunderts" zu einer Tageszeitung in die Wege zu leiten, für die nächste Zeit unausführbar geworden sei. Dann heißt es weiter:

Die drei Herren konnten somit durch ihr Verbleiben im Komitee der Sache selbst nichts nützen, andrerseits wurden ihnen fortwährend Angriffe zuteil, die sie in keiner Weise verdient hatten, um so weniger als die Absichten wie die Tendenzen des Komitees derartige sind, daß ihre religiöse und kirchliche Gesinnung über jeden Zweifel erhaben bleiben muß. Professor Schell hat sich die unverdienten Angriffe derart zu Herzen genommen, daß sein Leiden dadurch in besorgniserregender Weise verschlimmert worden ist. Schells Krankheit, der Tod Klasens und die Unmöglichkeit, durch das Verbleiben in dem Komitee etwas andres als fortwährend ungerechte Beschuldigungen zu ernten, veranlaßte demnach die genannten Herren, den Austritt anzuzeigen. Es gab keine Streitigkeiten unter ihnen, keine innern Zerwürfnisse, nicht einmal eine Meinungsverschiedenheit. Das Komitee selbst wird durch den Austritt in keiner Weise berührt.

Mitte Februar. Bischof v. Lingg von Augsburg wendet sich in seinem Fasten-Hirtenbriefe gegen die religiösen Reformbestrebungen, indem er u. a. sagt:

Mehr als zu andern Zeiten verlassen so viele den Herrn und fliehen vor ihm: eine eigentümliche Erscheinung heutzutage! Jeder hält sich für befähigt und berechtigt, auch in religiösen Fragen ein Urteil abzugeben. So kommt es, daß Leute, die kaum lesen und schreiben und vielleicht nicht eine Frage des Katechismus richtig beantworten können, doch über die wichtigsten Fragen des menschlichen Geistes, die jahrhundertlang die größten Geister beschäftigt haben, abfällig reden. Andre, die wohl weitere Kenntnisse für ihren Lebensberuf sich erworben, die aber doch über religiöse Fragen nie gründliche Studien gemacht haben, die ihre ganze Kenntnis über solche Dinge vielleicht nur aus einem zweifelhaften Buch oder aus einer Tageszeitung schöpfen, urteilen doch über religiöse Fragen. . . . Andre, die treue Söhne

der Kirche sein wollen, bringt ein gewisser Uebermut dazu, alles besser wissen zu wollen.... Jedem Katholiken ist es gestattet, sich seinem Bischofe mit Vorschlägen zu nahen und ihn um Würdigung derselben zu bitten, und der Bischof wird dieselben mit seinen gesetzlichen Ratgebern prüfen und wirklich praktischen Vorschlägen sich nicht verschließen. So ist in der Kirche bereits gesorgt, daß Verbesserungen in derselben stattfinden können. Wenn man aber solche auf anderm Wege herbeiführen will, wenn man in öffentlichen Versammlungen und in Tagesblättern kirchliche Fragen wie weltliche behandeln und durch Erregung der öffentlichen Meinung auf die Führer der Kirche einen Zwang ausüben, denselben gleichsam Vorschriften machen will, so ist das dem Geiste der kirchlichen Verfassung widersprechend. Wieder andre ... haben die kirchliche Gesinnung, in der sie in den Tagen unschuldiger Jugend Ruhe und Frieden des Herzens gefunden hatten, soweit vergessen, daß sie sich mit offnen Feinden der Kirche verbinden und sagen: „Der ists, den ich küssen werde." ... Solchen, die Verrat an der eignen Kirche üben, halte man das Wort des Herrn an Judas entgegen, ein Wort, das furchtbarsten Ernst und übernatürliche Liebe zugleich enthält: Freund, wozu bist du gekommen?

8. März. In der Münchner „Allgem. Ztg." wird mitgeteilt, der unter jesuitischem Einfluß stehende Bischof Korum von Trier sei derjenige, der den Bischof Keppler von Rottenburg veranlaßt habe, im Dezember v. J. sich gegen die katholische Reformbewegung zu erheben.

19. März. Bischof Keppler von Rottenburg beantwortet eine vom „Verein katholischer Edelleute" am 28. Januar an ihn gerichtete Adresse, in der die vollste Zustimmung dazu ausgesprochen wird, daß der Bischof „zur rechten Zeit und in rechter Weise hemmend eingegriffen habe in die auf Reform der katholischen Kirche gerichteten Bestrebungen, insoweit dieselben sich in falscher Richtung bewegten." Der Bischof sagt nun in seiner Antwort:

Ganz besonders erquickend ist es für das Herz eines katholischen Bischofs, wenn er Hilfe und Beistand im Kampfe gegen den falschen Weltgeist dort findet, wo der Adel der Geburt sich dem Adel der Gesinnung eint. Der kirchentreue katholische Adel verkörpert in sich die besten Ueberlieferungen des so vielgeschmähten und so oft verkannten Mittelalters. Die Katholiken werden nicht umhin können, auf diese besten Ueberlieferungen einer Zeit, die voll von Charakter war, zurückzugehn. Sie werden jene den neuen Zeitverhältnissen möglichst anzupassen und den Geist der Gottesfurcht wie der echten Ehre, der so viele mittelalterliche Heldenherzen beseelte, neu zu beleben haben. Ein Zeitalter ohne Gott ist ein Zeitalter ohne Ehre. Der Platz des echten Adels ist nahe dem Altar. Lassen Sie mich die Hoffnung aussprechen, daß diese Gesinnung in der illustren Körperschaft, die Sie vertreten, nimmer erlöschen werde. Dem Geburtsadel, soweit er sich selbst treu geblieben, fällt bei einer Charakterreform eine sehr bedeutsame Rolle zu. Denn er ist Charakter, der sich historisch verdichtet hat. Man darf sagen, daß er einen Gegenpol bildet zu der heutzutage üblichen wahnsinnigen Ueberschätzung der bloßen Willensbildung. „Mut ist mehr als Verstand," hat man richtig gesagt. Der Mut ist dem Glauben verwandt, der Verstand aber — ohne den entsprechenden Charakter — nur allzu oft dem Unglauben. Wenn Klerus, Adel und Volk

der Katholiken gegen diese letztere — hohle und innerlich faule — Weltanschauung gemeinsam kämpfen, so wird ihnen, mit Gottes Gnade, der Sieg über die Mächte der Finsternis nicht fehlen.

(Westf. Merkur vom 26. März.)

II.

Schulstreit in Trier.

1.

Erlaß des Bischofs Korum.

15. Februar. Auf Anordnung des Bischofs Korum von Trier wird in allen katholischen Pfarrkirchen dieser Stadt folgende Bekanntmachung von der Kanzel aus verlesen:

„Die heiligste Pflicht der Eltern ist die gute Erziehung ihrer Kinder. Die Religion muß aber die Grundlage der Erziehung bilden. Nach wiederholten Entscheidungen der Kirche ist es katholischen Eltern nicht erlaubt, ihre Kinder in nichtkatholische oder konfessionslose Schulen zu schicken, besonders wenn an demselben Orte katholische Schulen vorhanden sind. Dieser Grundsatz gilt auch für Trier und für die hiesige konfessionslose höhere Töchterschule und kann nicht abgeändert werden. Daher erklären die Pfarrer der Stadt Trier im Anschluß an den Erlaß des hochwürdigsten Herrn Bischofs: Wenn katholische Eltern ihre Kinder ohne die wichtigsten von der Kirche anerkannten Gründe, die für schulpflichtige Kinder höchst selten gelten können, und ohne die notwendigen Vorsichtsmaßregeln dieser Schule überweisen, so versündigen sie sich schwer und können im Sakramente der Buße nicht losgesprochen werden. Demnach bitten und beschwören die Pfarrer der Stadt Trier die katholischen Eltern, dieser ihrer heiligen Pflicht und ihrer Verantwortung vor Gott doch eingedenk zu sein."

(„Trierische Landes-Ztg." vom 16., „Kölnische Volks-Ztg." vom 17. Februar.)

2. März. Bischof Korum läßt von den Kanzeln in seinem Sprengel folgende Bekanntmachung verlesen:

„Gemäß den Erklärungen der Minister im Abgeordnetenhause und weitern Mitteilungen hat die Königliche Staatsregierung die Absicht, den Wünschen der Katholiken in der hiesigen Schulfrage gerecht zu werden. Deshalb hat der Bischof in Uebereinstimmung mit dem Heiligen Vater angeordnet, daß unsre Kanzelpublikation wegen veränderter Umstände als nicht geschehen zu betrachten sei." (S. 159.)

2.

Die Presse über Korums Erlaß.

12. Februar. Die Münchner „Allgemeine Zeitung" spricht sich unter der Rubrik „Ein klerikaler Vorstoß gegen die Staatsschule" also aus:

Der streitbare Bischof Korum von Trier hat einen Kampf gegen die paritätischen höhern Töchterschulen in seiner Diözese eröffnet. Nachdem bereits die „Trierische Landeszeitung" des ultramontanen Hetzkaplans Dasbach gegen die 1887 verstaatlichte paritätische höhere Töchterschule in Trier allerlei Angriffe gerichtet hatte, ist jetzt Bischof Korum selbst mit einer Broschüre „Unerbauliches aus der Diözese Trier" auf dem Plan erschienen, worin er gegen die paritätischen Schulen überhaupt zu Felde zieht. Er erklärt darin unter Berufung auf ein Schreiben des Papstes Pius des Neunten, daß Schulen, die sich von der Autorität der Kirche trennen, schlecht und schädlich seien und daher von katholischen Kindern nicht besucht werden dürfen. Nur bei ganz triftigen Gründen könnten geistliche Ortsbehörden von katholischen Eltern um die Genehmigung des Besuches solcher Schulen durch ihre Kinder angegangen werden. Wo katholische Schulen neben konfessionslosen bestehn, seien katholische Eltern auf Grund einer Entscheidung der congregatio de propaganda fide von 1875 verpflichtet, ihre Kinder in katholische Schulen zu schicken. Im Notfalle sollten die Kinder lieber in auswärtige Schulen gesandt werden. Den Eltern, die ohne hinreichenden Grund nach stattgefundner Belehrung an dem Vorsatz beharren, die Schule zu beschicken, könne die sakramentale Lossprechung nicht erteilt werden! — Das ist ein Angriff auf staatliche Einrichtungen, den das preußische Kultusministerium hoffentlich nicht hinnehmen wird. Das Vorgehn des Bischofs Korum erhält übrigens noch dadurch eine recht eigentümliche Beleuchtung, als dabei die Rücksicht auf die von den Ursulinerinnen geleitete katholische höhere Töchterschule in Trier eine nicht unbedeutende Rolle spielt.

17. Februar. Nachdem am 15. Februar, auf Weisung des in Rom weilenden Bischofs von Trier, von allen katholischen Kanzeln seines Sprengels die auf S. 202 mitgeteilte Bekanntmachung gegen den Besuch der paritätischen höhern Töchterschule in Trier verlesen worden ist, bemerkt die „Nat.-Ztg.": „In der »Trierschen Landeszeitung«, dem Dasbach-Organ, war der Vorstoß von langer Hand vorbereitet worden. Die staatliche höhere Töchterschule war der Imparität geziehen, und es war ihr ein langes Sündenregister vorgehalten worden, das nicht nur schwere Verstöße wider den Ultramontanismus, sondern auch wider die Sittenreinheit bei Lehrerinnen und Zöglingen aufzählte. Als die Bevölkerung in dieser Weise genugsam vorbereitet war, trat Bischof Korum selbst auf den Plan mit seiner Broschüre »Unerbauliches aus der Diözese Trier«." Die aus der Schrift des Bischofs Korum hervorgegangne Bekanntmachung zwingt dazu, an den sogenannten Kanzelparagraphen des Strafgesetzbuchs zu erinnern, der einer derartig aufhetzenden Kritik staatlicher Einrichtungen von der Kanzel herab Schranken setzt. § 130a des Strafgesetzbuchs lautet:

Ein Geistlicher oder andrer Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufes öffentlich vor einer Menschenmenge, oder welcher in einer Kirche oder an einem andern zu religiösen Versammlungen bestimmten Orte vor Mehreren Angelegenheiten des Staats in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung macht, wird mit Gefängnis oder Festungshaft bis zu zwei Jahren bestraft. Gleiche Strafe trifft denjenigen Geistlichen oder Religionsdiener, welcher in Ausübung oder in Veranlassung der Ausübung seines Berufs Schriftstücke ausgibt oder verbreitet, in welchen Angelegenheiten des Staats in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise zum Gegenstand einer Verkündigung oder Erörterung gemacht sind.

Die höhere Töchterschule in Trier und ihr Lehrerinnenseminar sind »Angelegenheiten des Staats«, zumal die ursprünglich als städtische, paritätische Anstalt mit Staatszuschuß gegründete Schule vor fünfzehn Jahren verstaatlicht worden ist. Und daß die Verkündigung einen den öffentlichen Frieden gefährdenden Charakter trägt, kann nicht wohl bestritten werden. Wenn die Beschickung einer staatlichen Anstalt als schwere Versündigung und als Grund zur Absolutionsverweigerung bezeichnet wird, so werden die katholischen Eltern in einer Weise an den Einrichtungen des Staates irre gemacht, wird die Autorität des Staates in einem solchen Maße durch die Kirche erschüttert, der konfessionelle Gegensatz innerhalb der Bevölkerung so weit getrieben, daß der öffentliche Frieden schwer gefährdet ist. Wir wünschen nicht, gegen irgend welche Personen den Staatsanwalt mobil zu machen; aber die Trierer Geistlichkeit und ihr Oberhirt an der Spitze haben sich auf eine Bahn begeben, auf der ihr der Staat unbedingt und unverzüglich ein energisches Halt gebieten muß. Mit der »heiligen Pflicht und Verantwortung vor Gott«, an die jene Trierer Priester die katholischen Eltern beschwörend erinnern, ist die auf den Trierer Kanzeln betriebne Art des Kampfes gegen den Staat, seine Einrichtungen und seine Autorität ebenso unvereinbar, wie der Imparitäts-Fanatismus, der die angeblichen Hüter der Parität beseelt."

Der „Schwäbische Merkur" in Stuttgart spricht sich in demselben Sinne also aus: Der in Trier begonnene Schulkampf hat seine tiefern Gründe; es wird hier der offene Kampf der Kirche gegen den Staat begonnen, in dem man auch vor dem Mittel der Knechtung der Gewissen nicht zurückschreckt. Man sieht ferner an dem Vorgehn des Bischofs Korum, daß die schärfere Tonart in der katholischen Kirche bemüht ist, die Kluft zwischen Katholiken und Evangelischen zu erweitern; sie soll nicht bloß die Erwachsenen trennen, sondern auch schon in das Kindesalter eingreifen; jeder harmlose, unbefangne Verkehr unter den beiden Konfessionen soll schon im Keim erstickt und unmöglich gemacht werden Heißt man das etwa Toleranz?

18. Februar. Schon früher, sagt die „Kreuz-Zeitung", hatte der Bischof die Wirksamkeit der staatlichen Anstalt dadurch lahm zu legen gesucht, daß er den katholischen Religionsunterricht durch Geistliche und Lehrer, denen er zu diesem Zweck die missio canonica versagte, unmöglich machte. Wir halten dieses Vorgehn für sehr bedauerlich. Zahlreiche öffentliche Schulen, höhere wie niedere, werden von katholischen Schülern gemeinsam mit evangelischen besucht. Das läßt sich, auch wenn man, wie wir, eifriger Befürworter der konfessionellen Schule ist, nicht umgehn. Aber stets hat man in solchen Fällen katholischerseits — und mit Recht — verlangt, daß Staat und Kommune für den konfessionellen Religionsunterricht Sorge tragen. In Trier denkt der Bischof anders, ja er wendet kirchliche Disziplinarmittel schärfster Art an, um die Eltern zu bewegen, ihre Kinder aus der staatlichen Simultanschule zu nehmen. Will die katholische Kirche überall so vorgehn? Sollen etwa in Breslau diejenigen katholischen Eltern, die aus irgendwelchen Gründen ihre Kinder nicht auf ein katholisches, sondern evangelisches Gymnasium senden, mit gleicher Strafe bedroht werden?

Auch das Hauptorgan der freikonservativen Partei, die „Post" in Berlin, ist der Meinung, daß „die im höchsten Grade aufregende Verkündigung" in Trier eine Angelegenheit des Staats in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise behandle. Uebrigens gebe es keine allgemeine Vorschrift der katholischen Kirche, die das Vorgehn des Bischofs Korum rechtfertige. — In dieser Beziehung führt die „Deutsche Zeitung" in Berlin aus:

Die kirchlichen Verordnungen, die der Bischof von Trier für eine solche Vorschrift anführt: der Syllabus, eine Breve Papst Pius des Neunten an den Erzbischof von Freiburg, mehrere Entscheidungen römischer Kongregationen und Beschlüsse deutscher und ausländischer Provinzialsynoden, warnen nur im allgemeinen vor den Gefahren moderner, von der Autorität der Kirche losgelöster Schulen; allein wenn diese Unterlagen das Verbot der paritätischen Mädchenschule in Trier rechtfertigen würden, so könnte der Bischof mit demselben Recht der Katholiken den Besuch paritätischer Gymnasien und sämtlicher deutscher Universitäten verbieten.

Der „Hannoversche Kurier" (natl.) erblickt in der Bekanntmachung zu Trier den „Kriegsruf gegen den Staat, die Fanfare, die Windthorsts zweiten »größern« Kulturkampf, den Kampf um die Schule, einzuleiten bestimmt scheint. . . . Unwillkürlich richtet sich bei solchem klerikalen Vorstoß der Blick des Vaterlandsfreundes auf die Zeit, die leider dreißig Jahre hinter uns liegt. Mag noch so viel Doktrinarismus die Ziele des Kulturkampfs verschoben, noch soviel taktisches Ungeschick dem Gegner die Trümpfe in die Hand gegeben haben, es war doch das lebendigste Staats- und Nationalgefühl, das den Kampf befeuerte, es war

ein einmütiges Aufbrausen vaterländischen Zorns gegen die Anmaßungen Roms und der Römlinge, das den Geistesschlachten jener Tage einen ähnlichen Schwung gab, wie den kurz vorhergegangnen Kämpfen auf blutiger Walstatt für die Größe und die Einheit unsrer Nation. »Auch sie starben für des Vaterlandes Befreiung« — darf man von den geistigen Führern des Kulturkampfes sagen. Und heute? Würdeloses Zurückweichen vor allen ultramontanen Forderungen bei den Regierenden, stumpfe oder verärgerte Gleichgiltigkeit gegen die zunehmende Klerikalisierung Deutschlands in weiten Kreisen der Regierten sind an die Stelle jenes nationalen und protestantischen Hochgefühls getreten, das uns vor einem Menschenalter beseelte."

Ueber das Verhalten der Trierer Geistlichkeit in der Angelegenheit wird der „Straßb. Post" aus Trier u. a. geschrieben:

An Bemühungen des Klerus, den Besuch der staatlichen Lehranstalt zu hintertreiben, hat es schon früher nicht gefehlt. In der Familie, im Beichtstuhl und auf der Kanzel wurde gegen die Schule gearbeitet; ein jetzt verstorbner Pfarrer nannte die Eltern, die ihre Kinder in diese Schule schickten, „Seelenmörder." Ob in einzelnen Fällen die Absolution verweigert wurde, ist nicht in die Oeffentlichkeit gedrungen. Jedenfalls hatte der versteckt geführte Kampf nicht die gewünschte Wirkung. Der Besuch der Schule wuchs von Jahr zu Jahr, da ihre Leistungen, wie von allen Seiten anerkannt wurde, ausgezeichnet waren. Zurzeit beträgt die Schülerinnenzahl fast 500, darunter etwa 300 Katholikinnen; jetzt wird zum offnen Sturm geblasen. Der Klerus ist in seiner Mehrheit gar nicht besonders kampflustig; das kam auch in der Form, in der gestern die Verlesung der Androhung erfolgte, zum Ausdruck.

19. Februar. Eine Zentrumskorrespondenz bestreitet die Anwendbarkeit des Kanzelparagraphen, da ja Angehörige andrer Konfessionen nicht betroffen würden, und die Katholiken sich durch entsprechendes Verhalten der Gefahr entziehen könnten. Diese rein geistliche Verwarnung könne den öffentlichen Frieden um so weniger stören, als der Bischof den Besuch der betreffenden Schule durchaus nicht unbedingt verbiete, sondern nur dann, wenn keine anerkannten Gründe vorliegen und die notwendigen Vorsichtsmaßregeln vernachlässigt werden. Es seien also Ausnahmen zugelassen, nur die frivole Mißachtung der religiösen Interessen der Kinder solle betroffen werden. Das störe nicht den öffentlichen Frieden, sondern höchstens die Behaglichkeit einiger Eltern, die ihre Pflichten als Katholiken verletzen.

Auch im „Westfälischen Merkur" in Münster kommt der Standpunkt der Zentrumspartei, wie folgt, zum Ausdruck:

Was die grundsätzliche Seite angeht, so müssen wir mit aller Entschiedenheit betonen, daß die Angelegenheit, mit der die im Abgeordnetenhause eingebrachte Anfrage sich beschäftigt, eine rein innerkirchliche, eine Sache der kirchlichen Disziplin und des Gewissens ist, die den Staat und

die Volksvertretung nicht angeht. Vermutlich wird niemand durch die Interpellation in größere Verlegenheit gesetzt als die Regierung. Denn was soll der Kultusminister oder der Ministerpräsident antworten? Er kann doch nicht erklären, er werde die Trierer Geistlichkeit zwingen, auch den Eltern, die ihre Kinder in die konfessionslose Schule schicken, die Absolution zu erteilen. Eine solche Einmischung in das innerste Gebiet der Seelsorge verlangen offenbar auch die Interpellanten nicht einmal. Die Anwendung des Kanzelparagraphen gegen die Trierer Geistlichen zu fordern, wie es nach der „Nat.-Ztg." scheinen konnte, ist auch nicht ihre eigentliche Absicht. Sie wollen kulturkämpferische Stimmung gegen den „Ultramontanismus" machen und die Regierung zu größerer Zähigkeit gegen die Wünsche der Katholiken anspornen. Insbesondre soll gegen die Orden gehetzt werden.

Die „Germania" (Zentrum) in Berlin sagt: „Die im Abgeordnetenhause eingebrachte Anfrage geht von einer falschen Voraussetzung aus. Der Bischof von Trier hat niemand die Absolution verweigert, sondern in einem Erlaß an die Geistlichkeit die kirchlichen Grundsätze bezüglich des Religionsunterrichts in den Schulen dargelegt. Von einem »neuen Vorstoß des Klerikalismus« und dem »Kulturkampf des Bischofs Korum« zu reden, wie es einigen liberalen Blättern gefällt, ist ebenso unbegründet als lächerlich. Der Bischof hat gar nichts weiter getan, als was ihm die Rücksicht auf die Erziehung der Jugend in Glauben und Sitte gebot, und die Trierer Pfarrer haben aus dem Erlaß ihres Bischofs die Folgerung gezogen. Die nationalliberale Anfrage im Abgeordnetenhause kommt dem Zentrum keineswegs unwillkommen. Im Gegenteil: von der Begründung derselben durch den Redner der nationalliberalen Fraktion wie von der Beantwortung der Interpellation von seiten der Regierung erwarten wir gleichmäßig eine »klärende Wirkung«, die auch für die bevorstehenden Neuwahlen zum Reichstage und zum Abgeordnetenhause nicht ohne Einfluß bleiben wird. In sachlicher Beziehung wird niemand, der überhaupt noch auf christlichem und konfessionellem Boden steht, dem Bischof von Trier Unrecht geben."

20. Februar. Eine Versammlung von 500 Katholiken in Trier fordert im Schulstreite ein katholisches Lehrerinnenseminar.

23. Februar. Die Ansicht, der Kanzelerlaß des Bischofs Korum, den man vor zwanzig Jahren bei seinem Einzug in Trier als „Friedensbischof" begrüßen zu können vermeinte, sei nur ein Ausfluß der persönlichen Stimmung des Bischofs und könne vielleicht, falls er in seinen Wirkungen sich nur auf die Stadt Trier beschränke, vom Staate unbeachtet bleiben, erweist sich, so heben die „Hamburger Nachrichten" hervor, als unbegründet. Der in Trier begonnene Kampf hat das Weichbild dieser Stadt überschritten, und bereits haben die Geistlichen der Dekanate Ehrang und Kreuznach dem

Bischof Korum Zustimmungsadressen zu seinem Vorgehn gegen die paritätische Schule gesandt. Andre Diözesen dürften diesem Beispiele folgen. Bischof Korum hat somit das Signal zum allgemeinen Kampf um die Schulen gegeben, und die Zentrumspresse gibt es weiter. Aber sie macht sich dabei der Unwahrheit schuldig, indem sie die paritätischen Schulen als „konfessionslos" hinstellt. Damit soll der Anschein erweckt werden, aus den paritätischen Schulen sei der Religionsunterricht verbannt. Auf die urteilslosen Massen gläubiger Katholiken muß eine derartige Unterstellung im höchsten Grade beunruhigend wirken. Diese Beschuldigung der Konfessionslosigkeit ist, wie gesagt, unbegründet. Alle paritätischen Schulen stellen die Pflege des Religionsunterrichts vielmehr in erste Linie.

Die katholischen Geistlichen des Dekanats Saarbrücken richten aus Anlaß des Trierer Schulstreits ein Ergebenheitsschreiben an den Bischof Korum, in dem sie ihren herzlichen Dank aussprechen für die bischöfliche Schrift. „Sie sind eingetreten mit Ihrer Person," so heißt es in dem Dankschreiben, „um in einer der wichtigsten Sachen, wie die Erziehung der Kinder ist, die Rechte der Kirche offen und freimütig zu reklamieren, und wir freuen uns, daß jetzt Klarheit geschaffen werden muß. Für uns im Saarrevier besonders war es ein Wort zur rechten Zeit, weil man leider auch hier jene Verhältnisse wie in Trier durch Gründung eines paritätischen Lehrerseminars herbeiführen wollte."

24. Februar. Die „Kölnische Zeitung" sagt:

Unerhörte Gewissensbedrängnis! Welche Zurücksetzung der Aufgaben der Seelsorge hinter andre Interessen! Diejenigen Katholiken, die über die Unterscheidung zwischen Ultramontanismus und Katholizismus lächeln, haben hier ein flagrantes Beispiel. Ultramontanismus ist der Mißbrauch der Religion zu Herrschaftszwecken, die Erniedrigung der Religion zur Dienerin politischer Interessen. In den Kreisen der gebildeten Katholiken herrscht eine weit verbreitete wachsende Erbitterung über die Art und Weise, wie mit Duldung der Bischöfe der niedere Klerus die politische Bearbeitung der Massen als Hauptsache, die Seelsorge als Nebensache behandelt, wie man durch Mißbrauch des Beichtstuhls und der Kanzel zur politischen Beeinflussung der Katholiken und zur Geschäftsreklame für die ultramontane Presse Tausende und Abertausende Katholiken zurückstößt und — um im katholischen Sinne zu sprechen — Tausende von Seelen verloren gehn läßt, nur um politischer Herrschaftsinteressen willen. Wann werden endlich charaktervolle Bischöfe kommen, die sich ihrer Verantwortung für die Seelen bewußt sind und diesem Treiben ein Ende machen? Die Trierer Katholiken sind es sich schuldig und werden sich ein großes Verdienst erwerben, wenn sie sich gegen den Erlaß des Bischofs beschwerdeführend nach Rom wenden. Die offizielle Kirche muß Farbe bekennen, was kirchliches Recht ist und was nicht.

Zum Trierer Fall schreibt die „Kölnische Volkszeitung"

(Zentrum): Der „Köln. Ztg." ist zu erwidern, daß keinesfalls das Schicken der Kinder in paritätische Schulen an sich eine schwere Sünde ist. Es gibt simultane Schulen, an welchen allen Anforderungen der katholischen Kirche Genüge geleistet wird, wo keinerlei antikirchliche Einflüsse auf die Kinder einwirken, und es kann andrerseits nominell „katholische" Schulen geben, wo das nicht geschieht, wo zum Beispiel der Geschichtsunterricht einen kirchenfeindlichen Geist atmet. Jeder derartige Fall wird nach Lage der Verhältnisse beurteilt werden müssen.

27. Februar. Eine große Versammlung von Katholiken in Trier spricht ihre volle Zustimmung zu dem Vorgehn des Bischofs aus und stellt das Verlangen nach Gründung eines katholischen Lehrerinnenseminars. — Nach der Meinung des „Westfälischen Merkurs" „braucht man nur die Schrift des Bischofs Korum zu lesen und zu sehen, wie sich das berühmte »Wohlwollen« der Regierung, das seit Jahren von den Kultusministern gepriesen wird, in der Praxis bewährt, um zu begreifen, daß der Bischof nach langem Schweigen sich in die Oeffentlichkeit flüchtet, um die eigentümliche Art, mit der man katholische Anliegen behandelt, näher zu zeichnen. Die Trierer Diözese hat sich allerdings von jeher des besondern »Wohlwollens« der Staatsregierung zu erfreuen gehabt, der Kulturkampf hat in Trier wohl am ärgsten gewütet. Als eine Kulturkampfsmaßregel stellt sich auch die Gründung der simultanen konfessionslosen höhern Mädchenschule in Trier dar, die im Jahre 1878 vom Stadtverordnetenkollegium beschlossen wurde."

3. März. Die „Weser-Zeitung" hebt namentlich folgendes hervor:

Die Regierung fand einige kräftige Worte der Abwehr gegen das Korumsche Unternehmen. Diese waren selbstverständlich. Wo die nicht klerikalen Parteien in solcher Einmütigkeit gegen die kirchlichen Ansprüche und für die Autorität des Staats, für den konfessionellen Frieden eintreten, da kann keine preußische Regierung den Staat unverteidigt lassen. Aber man wird nicht den Eindruck haben, daß die Regierung sich in dem entbrennenden Streite nun gerade zur Führerin gemacht hätte. Es kommt uns vor, als merke man, daß ihr die Waffen aufgedrungen würden. Wir vermissen die rechte Freudigkeit, sie zu gebrauchen, wo sie doch eine sehr populäre Sache hätte. Ihr gefällt der status quo mit dem Zentrum, das sich in vielen Dingen als brauchbare Regierungspartei erwiesen hat. Sie möchte in dem Aufmarsch der Parteien nicht gern eine Aenderung vollzogen sehen. Daher hat sie sich denn auch nach Rom gewandt, um durch den Vatikan auf den unfriedfertigen Bischof zu wirken. Der ganze Weg gefällt uns nicht sehr. Die Regierung sollte den Staat und die Toleranz in der doch nun einmal gemischten Bevölkerung mit den Mitteln der Staatsgewalt vertreten. Der Appell an den Papst hat immer etwas Mißliches, er hat ein leises Zugeständnis in sich, daß der Vatikan das

Forum für zwei streitende Parteien sei. Und das ist faul. Aber es ist unverkennbar hervorgegangen aus dem letzten Akt der frühern Kirchenpolitik, der den Vatikan in die Rolle des Siegers gebracht hat.

3.

Zurückziehung des bischöflichen Erlasses.

8. März. Bischof Korum läßt von den Kanzeln des Trierer Sprengels folgendes verlesen: „Gemäß den Erklärungen der Minister im Abgeordnetenhause und weitern Mitteilungen hat die Königliche Staatsregierung die Absicht, den Wünschen der Katholiken in der hiesigen Schulfrage gerecht zu werden. Deshalb hat der Bischof in Uebereinstimmung mit dem Heiligen Vater angeordnet, daß unsre Kanzelpublikation wegen veränderter Umstände als nicht geschehen zu betrachten sei."

10. März. Zur Zurücknahme der Korumschen Bekanntmachung sagt die „Kölnische Zeitung":

Bei aller gerechtfertigten Genugtuung, die Graf Bülow darüber empfinden wird, daß der von ihm eingeschlagne Weg zum Ziele geführt, daß sich seine Voraussetzung, sowohl der Staat wie die Kirche hätte ein übereinstimmendes Interesse daran, den Kampf zu vermeiden, als richtig erwiesen hat, wird er vermutlich nicht geneigt sein, diesen Ausgang als einen Sieg zu feiern; von Siegern und Besiegten kann, von dem Trierer Bischof abgesehen, kaum die Rede sein. Ein allerdings nicht zu unterschätzendes Ergebnis ist, daß die Regierung wie die Kurie eine recht heikle Probe auf ihre Friedensliebe glücklich bestanden haben. Im übrigen bleibt alles beim bisherigen Zustande.

Die „Rheinisch-Westfälische Zeitung" spricht sich also aus:

Unzweifelhaft hat Graf Bülow hier einen diplomatischen Erfolg errungen und seine geschickte Hand bewährt. Was bedauerlich an der Lösung war und bleibt, ist, daß dieser Erfolg über einen preußischen Untertanen nur im Wege über Rom errungen wurde. Und Rom lenkt wohl nicht zum wenigsten jetzt ein, weil das Schicksal des § 2 des Jesuitengesetzes schwebt. In erster Linie ist die Zurücknahme der Gewaltmaßregel des Bischofs gegen die Schulen natürlich der berechtigten und energischen Opposition der nichtultramontanen Kreise zu verdanken. Dieser Erfolg zeigt dem deutschen Volke, was es noch erreichen kann, wenn es gegen die klerikalen Anmaßungen rechtzeitig Protest einlegt.

11. März. Die „Trierische Landeszeitung" (Zentrum) führt aus, die Schuld an dem Trierer Schulstreit trage die preußische Regierung. Denn es sei gar nicht wahr, daß der Bischof von Trier bei der Staatsregierung über die Trierer Schulverhältnisse nicht Klage geführt habe. Den Beweis hierfür findet das Blatt in der Schulbroschüre des Bischofs, in der er erklärte, daß in 22 Jahren seiner Amtstätigkeit „seitens der Staatsbehörde kein einziger Schritt zu einem Vergleich geschehen ist. Man hat mich wohl zu verschiednen malen ersucht, der Anstalt einen Religionslehrer zu gewähren, aber

daben an dem Charakter der Schule ohne jegliche Milderung unentwegt festgehalten. Ein Vorschlag wird aber nicht dadurch annehmbarer, daß er lediglich von Zeit zu Zeit wiederholt wird." Das Blatt macht es den katholischen Eltern in Trier zur Gewissenspflicht, zu prüfen, ob sie ihre Kinder ohne die schwerstwiegenden Gründe der Trierer Lehranstalt anvertrauen dürfen. „Dazu bedarf es," schreibt die „Trierer Landesztg.", „absolut keines Erlasses von seiten der Pfarrer oder der bürgerlichen Behörde, dazu verpflichtet sie einfach Gottes Gesetz."

15. März. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung" läßt sich in dieser Sache nochmals also vernehmen:

Papst Leo hatte bei Antritt seines Pontifikats die Wiederherstellung des kirchlichen Friedens in Deutschland als die Aufgabe seines Lebens bezeichnet und demgemäß hat er auch jetzt gehandelt, indem er nicht duldete, daß ein einzelner Bischof diesen Frieden wieder durchbrach, zumal in einer Angelegenheit, in der andre preußische Bischöfe wesentlich entgegengesetzter Meinung sind, und die, weil auf dem Gebiet der Schule liegend, die Regierung gezwungen hätte, einen provozierten Kampf mit allem Nachdruck aufzunehmen.

14. April. Dagegen behauptet die „Frankfurter Zeitung," Bischof Korum habe in der Zeit der Osterbeichte den Rückzug, zu dem er veranlaßt worden war, abzuschwächen und seinen Willen auf Umwegen zu erreichen versucht. Das genannte Blatt berichtet:

Wir können feststellen, daß trotz der Zurücknahme des Publikandums tatsächlich von der Trierer Geistlichkeit ganz im Sinne dieses Publikandums verfahren wird. Schon vor einiger Zeit wurde uns berichtet, daß Bischof Korum nur äußerlich nachgegeben habe, dagegen in einem Geheimerlaß an sämtliche Geistliche Triers das Publikandum vollständig aufrecht erhalte; demgemäß wurden die Gläubigen bei ihrer Osterbeichte ermahnt, ihre Kinder aus der „konfessionslosen" Schule wegzunehmen, widrigenfalls sie das nächstemal die Absolution nicht erhalten könnten. Es ist uns auch von andrer Seite bestätigt worden daß den Geistlichen vor Ostern durch ein vertrauliches Schreiben anbefohlen worden ist, in der Beichte über den Besuch der paritätischen Schule zu befragen und die Absolution nur gegen das Versprechen zu erteilen, daß die Kinder der paritätischen Anstalt entzogen werden. Tatsache ist jedenfalls, daß die Trierer Geistlichen, sicherlich doch im Einverständnis mit Bischof Korum, die Eltern der Schülerinnen der städtischen Schule aufgesucht und ihnen mit Verweigerung der Absolution gedroht haben, wenn die Kinder weiter die städtische höhere Töchterschule besuchen.

25. April. Aus Trier wird berichtet, der Schulstreit sei durch folgende Zugeständnisse der Regierung beseitigt: Deutsch und Geschichte in den obern Klassen werden in Zukunft von einer neu ernannten katholischen Lehrerin erteilt, die pädagogischen Lehrbücher von Ostermann und Heilermann werden abgeschafft, dafür Volkmer I und II eingeführt und die pädagogischen Schriften aus dem klerikalen Verlag Schöningh in Paderborn. Der Bischof habe dem Kaplan Reitz aus

Kreuznach die missio canonica zur Erteilung des Religionsunterrichts an der Töchterschule und dem Seminar zugestanden und für beide Schulanstalten die Abhaltung eines katholischen Schulgottesdienstes genehmigt.

Die „Trierer Landes-Zeitung" ersucht jedoch, man wolle sich nicht der Täuschung hingeben, daß nun Ordnung geschaffen sei. Trotz allem sei es die Pflicht der katholischen Eltern, ihre Kinder von der staatlichen Töchterschule fernzuhalten, da nach wie vor eine religiöse Erziehung dort nicht erfolge.

27. April. Der Berliner „Täglichen Rundschau" wird aus Trier geschrieben, es werde ein sehr scharfes Auge dazu gehören, um dort künftig noch einen Unterschied zwischen der paritätischen und einer konfessionell-katholischen Lehranstalt herauszufinden, und sei es „noch fraglich, ob der bisher offen und mit Ungestüm geführte Kampf nun plötzlich ganz verstummen, oder ob er nicht mit etwas mehr Heimlichkeit und Vorsicht zum Besten der Ursulinerinnen unter der Hand fortgeführt werden wird. Gewirkt hat die geistliche Agitation schon. Es sind zahlreiche Abmeldungen von Schülerinnen erfolgt!"

Einige Blätter machen darauf aufmerksam, daß der Osservatore Cattolico, das Organ des Kardinals Rampolla, erklärt habe:

1. Korum hat die Hauptsache, nämlich den ersten Teil seiner Belehrung über die moralische Schädlichkeit der paritätischen Staatsschule, überhaupt nicht zurückgezogen. 2. Lediglich die Trierer Pfarrer haben die öffentliche Androhung der Nichtlossprechung der Gläubigen im Beichtstuhl zurückgenommen, weil der römischen Kurie Versprechungen durch den preußischen Gesandten beim Vatikan auf Abstellung der die heilige Kirche ärgernden Uebelstände gemacht worden waren. 3. Der Kampf gegen die paritätische Ausgestaltung der christlichen, d. h. römisch-katholischen Schule bleibt bestehn.

III.

Erzbischof Fischer von Köln.

11. März. Der an die Stelle des verstorbnen Erzbischofs Simar gewählte Dr. Anton Fischer wird in Berlin in Gegenwart des Königs vereidigt, an den er sodann eine Ansprache hält. Die Erwiderung des Monarchen lautet:

Ich habe mich bewogen gefunden, Sie, hochwürdiger Herr, bei Antritt Ihres Amtes persönlich zu empfangen und das eidliche Gelöbnis der Treue, welches Sie soeben abgelegt haben, selbst entgegenzunehmen. Als nach dem allzu frühen, auch von mir tief beklagten Hinscheiden des Erzbischofs Dr. Simar die Wahl des

Metropolitankapitels Sie auf den erzbischöflichen Stuhl zu Köln berief, habe ich zu Ihrer Erwählung gern meine Genehmhaltung aussprechen lassen. Seit mehr als 14 Jahren dem Metropolitankapitel angehörig, sind Sie, namentlich durch Ihre Wirksamkeit als Weihbischof, den Aufgaben des Sie jetzt erwartenden weiten und schwierigen Arbeitsfeldes näher getreten. Ihre reiche Erfahrung wird Ihnen die Führung des Amtes erleichtern. Und Ihre Pflichttreue, sowie die Beweise patriotischer Gesinnung aus Ihrer frühern Tätigkeit sind mir Gewähr, daß Sie auf dem erzbischöflichen Stuhle zu Köln als guter Hirte der Ihnen anvertrauten Seelen, dem mir soeben abgelegten Gelübde getreu, in den Gemütern der Geistlichen und Gemeinden den Geist der Ehrfurcht und Treue gegen mich und mein Haus, die Liebe zum Vaterlande und den Gehorsam gegen die von Gott geordnete Obrigkeit, sowie die Eintracht unter den Bewohnern des Landes pflegen und nähren werden. In dieser Erwartung erteile ich Ihnen meine landesherrliche Anerkennung und wünsche Ihnen, hochwürdiger Herr, zu der Verwaltung Ihres erzbischöflichen Amtes Gottes reichsten Segen.

19. März. Feierliche Einführung Fischers in sein Amt zu Köln. In seiner Rede beim Festmahle sagt er:

Ich habe vor wenig Tagen in die Hände Sr. Majestät den Eid der Treue geleistet. Ich erneure heute dieses Gelöbnis und werde es treu halten, solange ich mein oberhirtliches Amt bekleide. Kirche und Staat sind zwar zwei verschiedene, aber nach Gottes Willen keine entgegengesetzten Lebensgebiete. Sie sind gegenseitig aufeinander angewiesen, sind beide nach der Ordnung der Vorsehung berufen, je nach dem Kreise, den die ewige Weisheit ihnen gezogen hat, in Eintracht die Menschheit zu ihrem gottgesetzten Ziele zu führen. Wenn Trennung oder gar Zwiespalt eintritt, so leiden beide Teile, es leidet die menschliche Gesellschaft. Das sind die Grundsätze, die unser weiser Papst zu verschiedensten malen feierlich ausgesprochen hat und nach denen er handelt im Verkehr mit den Nationen des Erdkreises. Das sind die Ideen, die auch Geist und Herz unsers erhabnen Kaiserlichen Herrn bestimmen. Darum lieben Se. Majestät bei mannigfacher Gelegenheit die Bedeutung und die Notwendigkeit des religiösen Einflusses auf das Leben der Gesellschaft zu betonen.

20. März. Erzbischof Fischer erläßt einen Hirtenbrief, in dem er sagt:

Wir deutschen Katholiken „lieben Rom und den Papst; aber wir lieben auch unser Vaterland und unser Volk und protestieren laut dagegen, wenn hier und da Unverstand oder Leidenschaft versucht, zwischen dem Katholizismus und dem deutschen Volkstum einen Grenzwall aufzurichten." Der Erzbischof betont dann, daß er stets in Treue zu dem erhabnen Herrscher stehn werde, der von Gottes Gnaden die Geschicke des neuen Deutschen Reichs zu lenken berufen sei, und daß er immerdar das Wort predigen werde: „Fürchtet Gott und ehret den König." Der Erzbischof ermahnt die Erzdiözesanen, ihre andersgläubigen Mitbürger nicht nur zu dulden, sondern zu lieben und für sie zu beten. Es wäre geradezu ein an dem

deutschen Volke begangnes Verbrechen, wenn man durch gewissenlose Aufreizungen den konfessionellen Haß schüre, einen Volksteil wider den andern verbittern und verhetzen und dadurch den einmal bestehenden Zwiespalt noch vergrößern und verschärfen würde. Der Brief schließt mit der nochmaligen Aufforderung an die Erzdiözesanen, bei aller unentwegten katholischen Glaubenstreue stets liebevoll und verträglich gegen die andersgläubigen Mitbürger zu bleiben.

27. Mai. Erzbischof Fischer spricht sich bei der Feier des 50jährigen Bestehens des erzbischöflichen Konvikts in Neuß dahin aus, die preußischen Gymnasien seien Musteranstalten vor aller Welt. Er hoffe, daß das gute Einvernehmen zwischen Kirche und Staat ungestört bestehn bleiben werde.

IV.

Hirtenbrief des Kardinal-Fürstbischofs von Breslau.

7. Juni. Der Fürstbischof Kopp nimmt entschieden Stellung gegen das Verhalten der großpolnischen Presse in Oberschlesien.

Er erklärt in dem Hirtenbriefe unter deutlichem Hinweis auf die großpolnische Agitation, daß Sprache und Volkstum wohl hohe Güter seien, aber die höchsten Güter der Menschen seien sie nicht. „Der Glaube lehrt, diese Erde als eine Schaubühne anzusehen, auf der die Menschen in verschiednen Gewändern auftreten und ihre Aufgabe erfüllen. Auch Sprache, Sitte, Volkstum sind nur das Gewand, in dem die Menschen hier während der kurzen Lebenszeit erscheinen. Für alle aber kommt der Tag, wo man das irdische Gewand ablegt und zu Gott geht, vor dem der Unterschied der Sprache, des Volkstums, wie aller irdischen Verhältnisse verschwindet. Nun urteilt selbst, geliebte Diözesanen, ob die Zeitungen, Flugblätter und andre Schriften, die ihr leset, diesen Grundlehren euers Glaubens entsprechen. Es ist nicht meine Aufgabe, in politischen Angelegenheiten Führer und Ratgeber zu sein; aber wenn jene Tagesblätter sich den Anschein geben, als ob sie allein die katholische Religion bei euch vertreten und verteidigen, kann ich gegenüber einer solchen Ueberhebung und Verkehrung der kirchlichen Ordnung nicht schweigen. Nicht die Liebe zur katholischen Sache ist es, von der jene Blätter geleitet werden, und die der Antrieb ihres Strebens ist. Wenn sie so sagen, brauchen sie diesen Deckmantel, um euch zu täuschen und zu betören. In Wirklichkeit sind es nur politische Ziele, die sie im Auge haben: durch jene verwerfliche Vorspiegelung suchen sie sich in euer Vertrauen einzuschleichen, um euch für ihre rein weltlichen Zwecke zu gebrauchen und auszunützen. Solltet ihr denn nicht Einsicht genug haben, sie zu durchschauen? Sie gerade verdienen euer ganzes Mißtrauen, da sie euch nicht ehrlich behandeln. Doch nicht hierin allein zeigt sich ihr unehrliches Verfahren, sie suchen auch an den euch von Gott gesetzten Führern euch irre zu machen und euer Vertrauen zu diesen zu erschüttern. Sie verdächtigen und verleumden Tag für Tag eure Priester, überhäufen sie Tag für Tag mit lügenhaften Anklagen und den niederträchtigsten Beschimpfungen, suchen nicht allein ihre Handlungen, sondern sogar ihre Gesinnungen auszuspähen und urteilen über die Diener eurer Kirche mit einer

Frechheit und Verwegenheit, die ihre Absichten nur zu deutlich verrät. Viele Schmähungen müssen sich eure Priester in den religions- und kirchenfeindlichen Zeitungen bieten lassen; aber diese erreichen die Größe der Schmach nicht, womit sogenannte katholische Blätter Oberschlesiens den katholischen Klerus bewerfen. Und ihr, katholische Christen, könnt es über euch gewinnen, solche Blätter zu lesen? Mir steigt die Schamröte ins Gesicht, wenn ich daran denke, daß ihr, meine Diözesanen, mit ihnen Gemeinschaft haben könnt! Freilich jene Verführer gebrauchen noch ein weiteres Trugmittel, um euch zu betören. Sie nehmen in ihren Worten und Schriften einen frommen, salbungsvollen Ton an und versuchen euch in den Irrtum zu führen, als seien sie die wahren und rechten Lehrer des katholischen Glaubens. Sie verdächtigen die Lehren, die euch eure Priester verkündigen, und geben sich den Anschein, als ob sie euch lehren müßten, was katholisch sei. Wer muß nicht über diese Verkehrung der von Gott gesetzten Einrichtung der Kirche staunen? Wen wird aber nicht zugleich auch eure Leichtgläubigkeit befremden? Aber nicht allein, daß jene Zeitungsschreiber sich gegen alle Ordnung und alles Recht ein kirchliches Lehramt anmaßen — sie sind auch weder imstande noch willens, euch die gesunde Lehre eurer Kirche vorzutragen. Oder ist es katholische Lehre, wenn man das heilige Sakrament der Buße so darstellt, als sei es für die Geistlichen nur das Mittel, über das katholische Volk zu herrschen, oder wenn man den Beichtstuhl eine „Marktbude" nennt, wie der Górnóślązak in Kattowitz ihn beschimpft? Ist es katholisch, wenn eine „Parochianin" den Empfang der heiligen Sakramente verhöhnt und so unehrerbietig darüber schreibt, wie in jenem Zeitungsblatt darüber zu lesen ist? Geliebte Diözesanen! Allein die Gefahr, in der ich eure Glaubenstreue schweben sehe, hat mir diese Mahnworte eingegeben. Soll in den Teilen der Diözese, die bis jetzt in Glaubenstreue mit den andern wetteiferten, es nicht mehr so sein, weil eigennützige Verführer das treue katholische Volk für ihre weltlichen Bestrebungen mißbrauchen wollen? Das sei fern! Nein, ihr könnt nicht euch rühmen, katholisch zu sein, wenn ihr den Verführern folgt, die euch in der Befolgung der Lehren und Grundsätze euers heiligen katholischen Glaubens verwirren. Ihr könnt nicht katholisch sein, wenn ihr Zeitungen und Schriften leset, die die Lehren, Einrichtungen und Gebräuche eurer heiligen Kirche verspotten. Ihr könnt nicht katholisch sein, wenn ihr fortfahrt, solche Zeitungen zu halten, welche die Diener eurer heiligen katholischen Kirche beschimpfen und verunehren. Ihr könnt nicht katholisch sein, wenn ihr religiöse Belehrung, Rat und Trost anderswo sucht als da, wohin euch Jesus Christus, euer Erlöser, gewiesen hat."

Am Schluß des Hirtenbriefes heißt es: „Ich bitte und beschwöre euch, geliebte Diözesanen, haltet alle Schriften und Zeitungen, von denen hier die Rede ist, und die ich euch deutlich genug gekennzeichnet habe, aus euern Häusern und Familien fern. Eure Priester hätten sonst das Recht und die Pflicht, euch die Segnungen und Gnaden der Kirche solange zu verweigern, bis ihr euch aus dieser gefährlichen Gelegenheit, am Glauben Schiffbruch zu leiden, entfernt hättet."

10. Juni. Gegen diesen Hirtenbrief wendet sich die gesamte polnische Presse.

Der „Goniec Wielkopolski" meint, es sei die höchste Zeit, mit diesem „deutsch-katholischen Bischof" endgiltig abzurechnen. Dabei bezeichnen die polnischen Blätter Kardinal Kopp immer nur als „Bischof" und geben ihm nie das Prädikat „Kardinal" oder „Fürstbischof", ebenso wie sie seinen Hirtenbrief gleichfalls mit Anführungsstrichen versehen. Kopp stelle die Religion

in den Dienst politischer Parteien, er würdige die Religion und die Kirche durch alle seine Maßnahmen herab. Er vergesse, daß zwar Gottes Mühlen langsam, aber gerecht mahlen, und daß auch die Zeit kommen werde, wo das durch Jahrhunderte drangsalierte, arme schlesische polnische Volk endlich erwachen werde zur Verteidigung seines Glaubens und seiner Sprache. Kopp sei ein gefährlicher Germanisator. — Der in Gleiwitz erscheinende radikalpolnische „Glossslonski" meldet: „Die oberschlesischen Polen wenden sich jetzt direkt an den Papst, um gegen das Vorgehen des Kardinals Kopp Protest einzulegen. Es wird dies ein ganz geharnischter Protest werden. Uebrigens geben schon zahlreiche oberschlesische katholische Gemeinden bekannt, daß sie bei den Koppschen Priestern nicht mehr beichten und kommunizieren können. Sie werden daher diese kirchlichen Gnadenmittel in den Grenzorten suchen, die zur Krakauer und Olmützer Diözese gehören."

15. Juni. Die polnischen Katholiken in Berlin erklären in einer Versammlung, daß sie Kopps Hirtenbrief aufs tiefste bedauerten, weil keine Veranlassung dazu vorliege. Sie sagen weiter:

Die Polen werden sich ihre Selbständigkeit in politischer Beziehung zu wahren wissen und nicht zugeben, daß fremde Faktoren nach dieser Richtung hin einen Druck auf sie ausüben. Die unberechtigte Drohung mit der Entziehung der kirchlichen Gnadenmittel wird sie nicht abschrecken. Sollte diese Drohung aber wahr gemacht werden, dann werden sie nicht zögern, eine Beschwerde an den Papst, als die höchste Autorität der römisch-katholischen Kirche, zu richten.

21. Juni. Eine polnische Versammlung in Posen protestiert gegen Kopps „Mißbrauch der Hirtengewalt zu politischen Zwecken und gegen die Anwendung kirchlicher Mittel zur Germanisierung." Der Redner Knapowski hatte zuvor erklärt:

Der Willkür der geistlichen Germanisatoren sei Tür und Tor geöffnet mit der Bestimmung des Hirtenbriefs, daß die Geistlichen angeben sollten, welche Blätter von Katholiken gelesen werden dürften. In welches Dilemma gerieten die Polen! In Schlesien würde ihnen für das Lesen nationaler Blätter die Absolution verweigert. Wenn sie aber über die nahe Grenze gingen, so erhielten sie von polnischen Geistlichen nicht nur die Absolution, sondern sogar die Anregung zum Lesen jener Blätter. Die Schlesier würden sich an den Papst wenden und dort wohl Gerechtigkeit erhalten.

Neunter Abschnitt.

Innere Reichsangelegenheiten.

I.

Beratungen über die Reform des Strafprozesses.

9. März. Im Reichsjustizamt zu Berlin tritt eine Versammlung von Sachverständigen zusammen behufs Vorberatung der Frage

einer Reform des Strafprozesses. Staatssekretär Nieberding eröffnet die Versammlung mit einer Ansprache.

Reichsgerichtsrat Kauffmann übernimmt den Vorsitz. Der Staatssekretär weist darauf hin, wie schwierig die Aufgabe sei, um welche es sich handle. Dies werde zur Genüge auch dadurch erwiesen, wie sich die Verhandlungen über die fragliche Reform zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstag fast zehn Jahre hinzögen. Da mit einer Reform, die sich wesentlich auf Einführung der Berufung beschränken würde, voraussichtlich in Zukunft ebensowenig etwas zu erreichen sei, wie bisher, habe die Regierung es für angezeigt gehalten, den Reformplan zu erweitern. Es werde wesentlich Aufgabe der Versammlung sein, die Grenzen zu bezeichnen, innerhalb deren eine Neugestaltung der Strafprozeßordnung nach Maßgabe der praktischen Bedürfnisse geboten sein werde. Das werde eine geraume Zeit in Anspruch nehmen. Da man aber am Ende einer Legislaturperiode stünde, und mit einer neuen Vorlage an den Reichstag in der nächsten Legislaturperiode nicht wohl würde herangehen können, ohne daß vorher mit maßgebenden Parteien Fühlung genommen wurde, so sei auch nicht wohl daran zu denken, schon in der ersten Session des neuen Reichstags eine Vorlage einzubringen. Daraus ergebe sich zur Genüge, daß die Versammlung bei der Erfüllung ihrer Aufgabe mit aller Sorgfalt und ohne befürchten zu müssen, gedrängt zu werden, vorgehn könne.

II.

Die Frage der Vereinheitlichung des deutschen Eisenbahnwesens.

Mitte März. Aus den Ergebnissen des letzten Betriebsjahrs der preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft wird in der Presse mehrfach der Schluß gezogen, daß die Verbindung dieser Gemeinschaft mit andern Eisenbahnen sehr vorteilhaft sein müsse. Die preußisch-hessischen Bahnen haben ihr Anlagekapital nach den Abschreibungen wieder mit 7 Prozent verzinst. In Württemberg entfernt sich der Ertrag nicht weit von 3 Prozent. In Sachsen haben 85 Vereine an die Regierung und an den Landtag die Bitte gerichtet, die Besserung der sächsischen Eisenbahnrente nicht von einer Verteuerung und Beschränkung des Verkehrs, sondern von einem Beitritt zur preußisch-hessischen Eisenbahngemeinschaft zu erwarten. Ueber die Lage des Eisenbahnwesens in Bayern schreibt der „Schwäb. Merkur“:

Wie ein roter Faden ziehen sich durch die Protokolle des bayrischen Eisenbahnrats die Klagen über die „gegenwärtigen Verhältnisse“ mit ihrem „Einsparungssystem.“ Die Vertreter der Verwaltung mußten mitteilen, daß man auch im Sommerfahrplan mit den Einschränkungen rechnen müsse, also mit der Einsparung von 12000 täglichen Zugskilometern, die hälftig auf den Personen-, hälftig auf den Güterverkehr gelegt werden soll. Dabei wurde zugegeben, daß es sich nicht um Zweckmäßigkeitsrücksichten, sondern vielmehr um die Sicherung des finanziellen Bestands handle. Die Ersparnisse beziffern sich für die 12000 Zugskilometer jährlich auf etwa 1 Million Mark.

Bis auf kleine Strecken herab muß sich dieses „Einsparungssystem“ geltend machen. So muß die Stadt Regensburg sich einen bescheidnen Wunsch versagen, weil der Verwaltung zu der täglichen Mehrleistung von nur 130 Zugskilometern „gegenwärtig die Mittel tatsächlich nicht zur Verfügung stehen,“ und der Stadt Bayreuth müssen 4 Züge auf einen Schlag entzogen werden, nur weil man — sparen muß! Dies sind nur zwei Beispiele, die beliebig vervielfältigt werden könnten, und die beweisen, wie nötig es auch Bayern hätte, aus den engen Fesseln der Isolierung herauszukommen.

In Baden beginnt ebenfalls die Ueberzeugung von der gebieterischen Notwendigkeit einer Aenderung weitere Kreise zu ergreifen, wie aus einer Schrift des Stationsverwalters Lehmann in Heitersheim hervorgeht.

III.

Die Frage der Reichsfinanzen.

20. Juni. Die „Berl. Polit. Nachr.“ schreiben anscheinend halbamtlich: In der grundsätzlichen Beurteilung der Finanzlage des Reichs herrscht völlige Uebereinstimmung zwischen der Reichsverwaltung und den Finanzverwaltungen aller Bundesstaaten. Man ist überall von der Ueberzeugung durchdrungen, daß die Lage der Reichsfinanzen eine überaus unerwünschte ist, und daß es insbesondre im Interesse der innern Festigkeit des Reichs nicht angängig ist, einen Zustand dauernd beizubehalten, bei dem es wegen der Unzulänglichkeit der eignen Einnahmen des Reichs notwendig ist, einen beträchtlichen Teil der Reichsausgaben auf die Schultern der Bundesstaaten abzuwälzen, soweit man sich etwa nicht mit vorübergehenden Auskunftsmitteln behelfen kann. Die Belastung der Finanzen der Einzelstaaten mit beträchtlichen, in ihrer Höhe überdies im voraus nicht bestimmt zu übersehenden Zuschüssen für Reichszwecke beschränkt die Bundesstaaten empfindlich in bezug auf ihre Mittel zur Lösung der eignen Kulturaufgaben und ist nur zu sehr geeignet, deren Finanzwirtschaft ernstlich in Unordnung zu bringen. Eine solche Rückwirkung der Finanzlage des Reichs auf die Finanzen der Bundesstaaten kann ohne schwere Schädigung des Verhältnisses zwischen Reich und Gliedstaaten nicht dauernd fortbestehn. Darüber sind sich die Finanzverwaltungen des Reichs wie sämtlicher Bundesstaaten völlig einig. Weiterhin heißt es:

Was aber die zur Besserung der Reichsfinanzen zu ergreifenden Maßnahmen anlangt, so gebricht es zur Zeit noch an einer für die Beschlußfassung wichtigen tatsächlichen Voraussetzung; denn es läßt sich auch noch nicht mit annähernder Sicherheit zahlenmäßig schätzen, wie hoch der Mehrertrag der Zölle nach Durchführung der Neuordnung unsrer Zoll- und Handelsverhältnisse mit dem Auslande sein wird. Das hängt bekanntlich

wesentlich von dem Ausfall der Verhandlungen über den Abschluß neuer Handelsverträge ab, mit denen demnächst der Anfang gemacht werden soll. Erst wenn die jetzt geltenden Handelsverträge durchweg durch neue Verträge auf der Grundlage des gegen Ende des vorigen Jahres verabschiedeten neuen Zolltarifs ersetzt sind, wird sich die Mehreinnahme schätzen lassen, die für die Reichskasse aus der Erhöhung der Schutzzölle, insbesondre der landwirtschaftlichen Zölle, zu erwarten ist. Erst dann aber wird sich auch mit Sicherheit beurteilen lassen, ob und gegebnenfalls, in welcher Höhe, außer diesen Mehreinnahmen noch eine weitere Vermehrung der Reichseinnahmen zur Herstellung des dauernden Gleichgewichts zwischen Einnahmen und Ausgaben nötig sein wird. Erst dann wird auch der Zeitpunkt gekommen sein, sich über die Maßnahmen, die zur Verbesserung der Finanzlage des Reichs zu ergreifen sind, schlüssig zu machen. Bis zu diesem Zeitpunkte wird man sich eben mit vorübergehenden Notbehelfen über Wasser halten und nötigenfalls, wie für 1903, wiederum durch Ergänzungsanleihen einer übermäßigen Belastung der Bundesstaaten für Reichszwecke vorbeugen müssen .... Nach keiner Richtung hin liegt ein Anlaß zu wichtigen Beschlußfassungen oder Beratungen der Finanzverwaltungen des Reichs und der Bundesstaaten über die Reichsfinanzen vor.

Zehnter Abschnitt.

Beziehungen zum Auslande.

I.

Verhältnis zu Rußland.

17. Januar. Der deutsche Kronprinz, der am 16. zum Besuche des russischen Hofes in Petersburg angelangt ist, nimmt im Winterpalais an einem Prunkmahle des Zaren statt, der folgenden Trinkspruch ausbringt: „Erfreut, Sie unter uns zu sehen, und Ihnen für Ihren liebenswürdigen Besuch dankend, trinke ich auf das Wohl Ihrer erhabnen Eltern, Ihrer Majestäten des Kaisers und der Kaiserin und Eurer Kaiserlichen und Königlichen Hoheit.“ — Der deutsche Kronprinz erwidert: „Tief bewegt durch die gnädigen Worte, welche Eure Majestät soeben an mich gerichtet haben, bitte ich, mir zu gestatten, Ihnen im Namen Sr. Majestät des Kaisers und Königs, meines Vaters, und in meinem eignen Namen meinen warmen Dank für den so herzlichen Empfang auszusprechen, der mir zuteil geworden ist, und an den ich eine unauslöschliche Erinnerung bewahren werde. Ich erhebe mein Glas auf das Wohl Eurer Majestät, Ihrer Majestäten der Kaiserinnen Maria Feodorowna und Alexandra Feodorowna, sowie der ganzen kaiserlichen Familie.“

Der Zar ernennt den deutschen Kronprinzen zum Chef des Kleinrussischen Dragonerregiments Nr. 40.

25. Januar. Auf seiner Heimreise besucht der Kronprinz das Wiborgsche Regiment in Nowgorod, dessen Inhaber sein Vater ist.

II.

Verhältnis zu Großbritannien.

Vorbemerkung. Der deutsch-kanadische Tarifstreit wird beleuchtet durch die am 14. Juli veröffentlichte diplomatische Korrespondenz zwischen den Auswärtigen Aemtern des deutschen Reichs und Großbritanniens, insbesondere durch Briefe des Deutschen Staatssekretärs des Aeußern, Barons v. Richthofen, des britischen Ministers Lord Lansdowne und des britischen Botschafters in Berlin, Sir F. Lascelles. Es geht aus der Korrespondenz hervor, daß britischerseits die Behauptung von einer „Bestrafung" Kanadas durch das deutsche Reich aufgestellt und zur Stütze dieser Behauptung der Satz aufgestellt war, Kanada und England bildeten ein ebenso organisches und unteilbares Ganze, wie Preußen und Sachsen, und ferner: die von Kanada dem Mutterlande eingeräumte Vorzugstarif-Behandlung bilde eine innerstaatliche Angelegenheit, in die sich das Deutsche Reich als fremde Macht nicht einzumischen habe. Es habe also kein Recht, zu behaupten, daß es durch die britisch-kanadischen Vorzugstarife der Meistbegünstigung beraubt werde, die es bisher in Kanada erfahren habe. Der dem Meinungsaustausch mit Großbritannien zugrunde liegende Sachverhalt ist dargelegt in der vom deutschen Staatssekretär des Aeußern an den deutschen Botschafter gerichteten Note, die datiert ist vom:

27. Juni. In dieser Note wird folgendes ausgeführt:

Bis zum 30. Juli 1898 waren die wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Deutschland einerseits und Großbritannien und seinen Kolonien andrerseits durch den deutsch-englischen Handelsvertrag vom 30. Mai 1865 geregelt. Dieser Vertrag gewährte jedem von beiden Teilen die Meistbegünstigung in dem Gebiete des andern Kontrahenten, und zwar Deutschland die Meistbegünstigung in den englischen Kolonien auch gegenüber dem britischen Mutterlande. Nachdem der Handelsvertrag durch die britischerseits erfolgte Kündigung zum Ablaufen gebracht worden war, fiel für Großbritannien und seine Kolonien der Rechtstitel fort, auf Grund dessen ihnen bisher die von Deutschland in seinen Tarifverträgen mit andern Staaten vereinbarten Zollermäßigungen zugebilligt worden waren. In Deutschland bestehn, wie bekannt, zwei Tarife: der allgemeine Zolltarif, der kraft des Gesetzes auf alle die Länder Anwendung findet, mit denen keine anderweiten Abmachungen vorliegen und der sogenannte Konventionaltarif, der beim Bestehen bezüglicher

vertragsmäßiger Vereinbarungen Platz greift und von den einzelnen Vertragsstaaten durch Konzessionen erkauft ist, die besonders in Ermäßigungen zahlreicher Positionen ihrer eignen autonomen Tarife bestehen. Auf Großbritannien und seine Kolonien hätten demgemäß nach dem Außerkrafttreten des deutsch-englischen Handelsvertrags die Sätze des autonomen deutschen Zolltarifs Anwendung finden müssen. Es bedurfte eines eignen Aktes der deutschen Gesetzgebung, um von der gedachten Regel eine Ausnahme zu machen, indem zunächst infolge des Gesetzes vom 11. Mai 1898 und sodann weiter fort, zuletzt infolge des Gesetzes vom 29. Mai 1901 bis zum 31. Dezember 1903 Großbritannien und seinen Kolonien, abgesehen von Kanada und zeitweise Barbados, die niedrigern Zollsätze des deutschen Konventionaltarifs gewährt wurden. Dieses Verfahren stellt ein ganz besondres Entgegenkommen Deutschlands gegenüber Großbritannien dar, für das ein Präzedenzfall in der deutschen Gesetzgebung weder vorher noch nachher zu finden ist. Es war veranlaßt durch den Wunsch der kaiserlichen Regierung, die Handelsbeziehungen zu Großbritannien und seinen Kolonien auch nach Beendigung des Handelsvertrags möglichst freundschaftlich zu gestalten; die Begründung dafür konnte indessen lediglich darin gefunden werden, daß durch den Ablauf des Handelsvertrags für die deutsche Einfuhr in Großbritannien und seinen Kolonien, außer Kanada und zeitweise Barbados, in zolltarifarischer Hinsicht eine Aenderung nicht eingetreten war, und daß es deshalb der Billigkeit entsprach, auch in Deutschland gegenüber diesen Ländergebieten den bisher tatsächlich bestandnen Zustand aufrecht zu erhalten. Auf Kanada traf die erwähnte Voraussetzung nicht zu, da dort nach dem Ablauf des Handelsvertrags Vorzugszölle zugunsten des britischen Mutterlandes gesetzt waren, von denen die deutsche Einfuhr ausgeschlossen blieb, und da der letztern nochmals auch die Vergünstigungen versagt wurden, die Kanada in dem Handelsabkommen mit Frankreich vom 6. Februar 1893 gewissen französischen Herkünften gewährt hatte. Darum konnte auf Kanada die deutsche Ausnahmebestimmung nicht ausgedehnt werden.

In der Anwendung des deutschen Generaltarifs auf Kanada liegt somit keine ungerechtfertigte Diskriminierung und ebensowenig eine Bestrafung dieser Kolonie, wie vielfach behauptet worden ist, sondern die Maßnahme stellt sich lediglich als eine durch die deutsche Gesetzgebung bedingte Folge des Außerkrafttretens des deutsch-englischen Handelsvertrages dar. Irgendwelche Strafmaßregeln oder Zuschlagszölle hat Deutschland bisher — wie ausdrücklich hervorgehoben werden muß — gegen Kanada nicht angewandt.

Ferner ist in dem deutschen Vorgehen keine Einmischung in das Verhältnis zwischen Mutterland und Kolonie zu finden. Deutschland hatte nach dem Ablauf des deutsch-englischen Handelsvertrages nur die Wahl, ob es seinen Generaltarif ganz allgemein auf Großbritannien und seine Kolonien anwenden wollte, wie dies nach der deutschen Gesetzgebung an und für sich notwendig gewesen wäre, oder ob es die Anwendung des Generaltarifs auf die Teile des britischen Reichs beschränken wollte, in denen für die deutsche Einfuhr eine Aenderung des status quo eingetreten war. Die Wahl der letzten, für Großbritannien und seine Kolonien sehr viel günstigern Alternative hielt Deutschland im gegenseitigen handelspolitischen Interesse für förderlich und auch um deswillen für sachlich gerechtfertigt, weil Großbritannien bei den verschiedensten Gelegenheiten erklärt hatte, daß seine Kolonien selbständige Zollgebiete bildeten und in ihren Entschließungen bezüglich der Regelung ihres Verhältnisses zum Auslande selbständig seien. Dieselbe Auffassung zur Geltung zu bringen, war

nicht allein der Grund und Zweck der Kündigung des deutsch-englischen Handelsvertrages; sie trat auch bei den darauf folgenden Verhandlungen über die Erneuerung dieses Vertrags mehrfach hervor und kam neuerdings auf der Brüsseler Zuckerkonferenz ganz prägnant zum Ausdruck in der selbständigen Stellung, die England seinen Selbstverwaltungskolonien zu der Konvention zu wahren bestrebt war, indem es diesen den Beitritt oder Nichtbeitritt zur Konvention völlig freistellte und dadurch für die übrigen Konventionsstaaten die Eventualität verschiedner Behandlung der einzelnen Teile des britischen Reichs selbst statuierte.

Um so mehr mußte die Kaiserliche Regierung überrascht sein, als derselbe kanadische Finanzminister bei der diesjährigen Budgetdebatte, nachdem die kanadischen Erzeugnisse in Deutschland nahezu fünf Jahre hindurch den Sätzen des autonomen Tarifs unterlegen hatten, die Erhebung von Zuschlagszöllen auf die zollpflichtige deutsche Einfuhr nach Kanada ankündigte. ... Aus den vorstehenden Ausführungen geht hervor, daß diesseitigen Erachtens die englische Beurteilung der Vorgänge in vielen Punkten auf unzutreffenden Voraussetzungen beruht, und die Schuld an der Entstehung und Zuspitzung des Streits Deutschland nicht wohl zugeschoben werden kann. Wenn sich aber hiernach auch theoretisch der Standpunkt auf der einen und andern Seite noch unvermittelt gegenübersteht, so dürfte doch der Versuch einer praktischen Lösung der bestehenden Meinungsverschiedenheiten zu machen sein. Von diesem Gesichtspunkte geleitet erklärt die Kaiserliche Regierung sich gern bereit, in einen Meinungsaustausch über einen Weg zur Beseitigung der gegenwärtigen Differenzen einzutreten, und stellt anheim, im Falle des Einverständnisses hierfür geeignete Vorschläge zu machen.

III.

Verhältnis zum Papst Leo dem Dreizehnten.

19. Februar. Das halbamtliche Blatt in Berlin, die „Norddeutsche Allg. Ztg." bringt zum Jubiläum des Papsts folgenden Artikel:

Morgen sind 25 Jahre verflossen, seit Leo der Dreizehnte den päpstlichen Thron bestiegen hat, um als Oberhaupt der katholischen Kirche seine hohe Mission zu erfüllen. Nur sehr wenigen Päpsten ist ein solches Jubiläum beschieden gewesen, und die katholische Christenheit der ganzen Welt begeht den morgigen Tag mit Recht als einen Festtag. Als Dreiundneunzigjähriger waltet Leo der Dreizehnte, beglückt durch eine staunenswerte Frische des Geistes und des Körpers, mit nimmer müdem Pflichtgefühl seines Amtes als leuchtendes Vorbild für die gesamte Menschheit. Seine Verdienste um die katholische Kirche sind so groß und mannigfaltig, daß sie vollkommen die außerordentliche Verehrung und Liebe rechtfertigen, die ihm von den Mitgliedern der Kirche entgegengebracht wird. Aber auch außerhalb dieser ist Leo dem Dreizehnten für sein Walten Anerkennung und Bewunderung zuteil geworden. Als schönstes Beiwort schmückt ihn die Bezeichnung eines Friedensfürsten. Sie hat ihren Inhalt nicht nur durch die unermüdliche Fürsorge Leos des Dreizehnten für die Hebung des arbeitenden Standes erhalten, sondern auch durch die staatsmännische Weisheit, mit der er wiederholt das Amt eines Schiedsrichters und Vermittlers zwischen weltlichen Mächten ausübte. Deutschland hat in Leo dem Dreizehnten stets

einen wohlwollenden Freund und einen aufrichtigen Bewundrer gefunden. Wir bringen dem erhabnen Oberhaupte der katholischen Kirche unsern Glückwunsch zu dem morgigen Tage dar.

20. Februar. Zu diesem Artikel der „Nordd. Allg. Ztg." bemerkt die „National-Ztg.":

Die „wir", die in diesem Tone ihre Glückwünsche dem Papste darbringen, sind doch wohl nicht die Redakteure der „Nordd. Allg. Ztg."; alle Welt wird vielmehr in dem vorstehenden Artikel eine Kundgebung der preußisch-deutschen Regierung erblicken. Und deshalb fordert sie den Widerspruch heraus. Von dem Privatleben des Papstes will das Regierungsorgan doch wohl nicht sprechen, indem es ihn als „ein leuchtendes Vorbild für die gesamte Menschheit" bezeichnet, sondern seine Wirksamkeit als Oberhaupt der katholischen Kirche ist gemeint. Nun hat diese gewiß allen Anlaß, die Klugheit zu rühmen, mit der Leo der Dreizehnte die von seinem Vorgänger kompromittierte Stellung des Papsttums wieder verstärkt hat. Aber wenn wir die Frage auf sich beruhen lassen, ob die Mohammedaner und Buddhisten, die doch auch zur „gesamten Menschheit" gehören, den Papst als ein leuchtendes Vorbild anerkennen, so kann jedenfalls mit aller Bestimmtheit gesagt werden, daß die Protestanten dies nicht tun; denn all seine Klugheit und Diplomatie hat den Papst Leo dem Dreizehnten nicht abgehalten, den Protestantismus wiederholt öffentlich zu verdammen und damit in weiten, jedem päpstlichen Worte unbedingten Gehorsam zollenden Volkskreisen, auch in Deutschland, eine Gesinnung zu befestigen, deren friedenstörende Wirkung überall nur von Zeit, Umständen und Personen abhängt. Man hat dies ja soeben wieder in Trier erlebt. Auch die sonstigen Ausdrücke der Verehrung, die das Regierungsorgan dem Papste zu Füßen legt, sind in erstaunlicher Weise übertrieben. „Für die Hebung des arbeitenden Standes" hat Leo der Dreizehnte sich in einigen Schriftstücken ausgesprochen, die nirgends einen Einfluß auf die staatliche Gesetzgebung ausüben konnten; und auch ohne die Vermittlung des Papstes, die man aus kirchenpolitischer oder diplomatischer Berechnung ihm in einigen Fällen weltlicher Streitigkeiten übertragen hat, wären diese ganz ebenso friedlich beigelegt worden. Gegen einen in unverfänglichen Ausdrücken abgefaßten Glückwunsch des Regierungsorgans würde niemand etwas einzuwenden haben; aber daß ganz Deutschland in der soeben erörterten Redeweise den Papst als „wohlwollenden Freund" verehren soll, wird in der Mehrheit des deutschen Volkes als eine seltsame Zumutung empfunden werden.

IV.

Verhältnis zu Serbien.

26. Juni. Auf die Mitteilung des Prinzen Peter Karageorgewitsch, daß er den Thron des Königreichs Serbien bestiegen habe, antwortet der Kaiser: „Ich habe die Anzeige, durch welche Eure Majestät mir die Mitteilung von Ihrer Thronbesteigung machten, empfangen und nehme von dieser Mitteilung Notiz. Ich hege die Hoffnung, daß Eure Majestät Ihr Bemühen darauf richten werden, daß die guten Beziehungen, die seither zwischen Deutschland und

Serbien geherrscht haben, in Zukunft aufrecht erhalten und sich weiter entwickeln werden. Ich gebe dem Wunsche Ausdruck, daß die Regierung Eurer Majestät eine Periode des Friedens und des Fortschrittes für Ihr Königreich inaugurieren möge. Wilhelm."

V.

Verhältnis zu Nordamerika.

23. bis 30. Juni. Eine aus den nordamerikanischen Kriegsschiffen „Kearsarge," „Chicago," „San Francisco" und „Machias" bestehende Flottendivision weilt im Hafen von Kiel zur Erwiderung des vom 23. Februar bis 11. März 1902 vom Prinzen Heinrich von Preußen namens des Kaisers in der nordamerikanischen Union abgestatteten Besuchs. Die zehn Tage sind durch eine Reihe von Festlichkeiten ausgefüllt.

VI.

Verhältnis zu Venezuela.

17. Januar. In Fortsetzung der vom Deutschen Reiche gemeinsam mit Großbritannien, später auch mit Italien seit dem 10. Dezember v. J. gegen Venezuela begonnenen militärischen Unternehmungen (s. Bd. 2 von 1902, S. 130 und 308) wird das deutsche Kriegsschiff „Panther," als es, in rechtmäßiger Ausübung von Blockademaßnahmen, in die Bucht von Maracaibo einzudringen versucht, vom Fort San Carlos mit lebhaftem Geschützfeuer angegriffen.

21. Januar. Zur Vergeltung hierfür wird dieses Fort von den deutschen Kriegsschiffen „Panther" und „Vineta" zerstört.

13. Februar. Vertrag des Deutschen Reichs mit Venezuela, wonach dieses die deutschen Ansprüche vollauf anerkennt und in bestimmter Weise zu erfüllen verspricht. (S. S. 138 die dem Reichstag vorgelegte Denkschrift.)

17. Februar. Infolge vorstehenden Abkommens ergeht ein Erlaß des Reichskanzlers wegen Aufhebung der am 20. Dezember 1902 verhängten Kriegsblockade Venezuelas.

18. März. Venezuela zahlt die erste Rate der Entschädigungssumme an das Deutsche Reich.

7. Mai. Zur Ausführung der Artikel 3 und 4 des deutsch-venezolanischen Abkommens vom 13. Februar wird vom deutschen

Gesandten in Washington, Speck v. Sternburg, und dem nordamerikanischen Gesandten in Caracas, Bowen, als Bevollmächtigten Venezuelas ein Vertrag über die zur Feststellung der deutschen Reklamationen berufne gemischte Kommission abgeschlossen. Nach Artikel 3 dieses Abkommens sind die Reklamationen bei der Kommission von dem kaiserlich deutschen Gesandten in Caracas bis zum 1. Juli 1903 anzumelden.

Ferner kommt zwischen beiden Teilen ein Vertrag etwa folgenden Inhalts zustande:

1. Die Frage, ob Deutschland, Großbritannien und Italien auf eine bevorrechtigte oder gesonderte Behandlung bei der Bezahlung ihrer Reklamationen gegen Venezuela Anspruch haben, soll zur endgiltigen Entscheidung dem Schiedsgericht im Haag unterbreitet werden. Da Venezuela eingewilligt hat, dreißig Prozent der Zolleinkünfte von La Guayra und Puerto Cabello für die Bezahlung der Reklamationen aller Nationen gegen Venezuela zur Verfügung zu stellen, so soll das Schiedsgericht im Haag entscheiden, wie die bezeichneten Einkünfte zwischen den Blockademächten einerseits und den übrigen Gläubigermächten andrerseits zu verteilen sind, und seine Entscheidung soll endgiltig sein. Wird den Blockademächten eine bevorrechtigte oder gesonderte Behandlung nicht gewährt, so soll das Schiedsgericht entscheiden, wie die bezeichneten Einkünfte unter alle Gläubigermächte zu verteilen sind; die Vertragsteile sind darüber einig, daß das Schiedsgericht in diesem Falle neben der Bezahlung der Reklamationen aus den dreißig Prozent alle einer Gläubigermacht zugute kommenden Vorrechte oder Pfandrechte an Einkünften in Betracht ziehen und demgemäß die Frage der Verteilung so entscheiden soll, daß keine Macht eine bevorrechtigte Behandlung erlangt; seine Entscheidung soll endgiltig sein.

2. Die Tatsachen, von denen die Entscheidung über die im Artikel 1 bezeichneten Fragen abhängt, sollen in der durch das Schiedsgericht zu bestimmenden Weise festgestellt werden.

3. Der Kaiser von Rußland soll gebeten werden, aus den Mitgliedern des ständigen Schiedshofes im Haag drei Schiedsrichter zu ernennen und zu bezeichnen, um das Schiedsgericht zu bilden, das die ihm auf Grund dieses Abkommens unterbreiteten Fragen entscheiden und regeln soll. Keiner der so ernannten Schiedsrichter darf Untertan oder Bürger einer der Signatar- oder Gläubigermächte sein. Das Schiedsgericht soll am 1. September 1903 zusammentreten und seine Entscheidung von da an binnen sechs Monaten abgeben.

21. Juni. Die deutsche Gesandtschaft in Caracas erhält von der venezolanischen Regierung 316262 Franken in Gold als vierte Rate der bedungnen Zahlungen.

Elfter Abschnitt.

Bismarckgedenkfeiern.

30. März. Auf dem Wattkopf bei Ettlingen in Württemberg findet eine Bismarckfeier des Jungliberalen Vereins statt. Landgerichtsrat Scherer hält die Ansprache.

31. März. Der Alldeutsche Verein in Hamburg veranstaltet eine Fahrt nach Fürst Bismarcks Ruhestätte in Friedrichsruh und legt hier zahlreiche Kränze namens auswärtiger Vereine nieder. Bei der Feier in Hamburg werden längere Reden gehalten.

Der Festredner Reifkogel sagt in seiner Rede:

Es geziemt sich wohl die ernste Frage, ob auch wir, im Sinne Bismarcks, immer unsre Pflicht getan und nach unsern Kräften dazu beigetragen haben, daß das Geschaffne auch erhalten bleibe. Ist es z. B. nicht beschämend, daß die internationale und somit undeutsche Sozialdemokratie eine derartige Ausdehnung gewinnen konnte, wie sie heute hat? Regierung und einzelne Parteien kokettieren aber direkt mit der Sozialdemokratie und wollen nicht glauben, daß sie mit dem Feuer spielen. „Täuschen wir uns doch darüber nicht," sagte Bismarck, „daß wir mit der Sozialdemokratie nicht wie mit einer landsmannschaftlichen Partei in ruhiger Diskussion sind, sie lebt mit uns im Kriege, und sie wird losschlagen, gerade so gut, wie die Franzosen, sobald sie sich stark genug fühlt." Ist es weiter nicht eine Schmach, daß der römische und damit undeutsche Ultramontanismus im Reiche Trumpf ist und eine Macht ausübt, die die schlimmsten Folgen für unser geistiges und nationales Leben voraussehen läßt? Sind wir so wenig Herren im eignen Hause, daß es nötig ist, nach Kanossa zu gehn, um einen renitenten deutschen Staatsbürger zur Raison zu bringen? „Man kann sich mit dem Zentrum nicht einlassen," sagte Bismarck, „ohne sich dem Geiste, der in ihm lebt, mit Leib und Seele zu verschreiben." Darin liegt des Rätsels Lösung! Es scheint mir, als hätte sich die Regierung schon zu weit mit dieser Partei eingelassen, um gegen deren Willen ihren eignen mit Energie durchsetzen zu können. Dies sind Zeichen, die darauf hindeuten, daß wir nicht immer auf dem Posten gewesen sind, daß wir unsre nationalen Pflichten nicht erfüllt haben. Die Regierung hätte uns sonst entschieden mehr in den Kreis ihrer Berechnungen ziehen müssen.

Beim Kommers in Lübeck hält Admiral Kühne die Festrede.

1. April. Hervorragende Bismarckfeiern finden statt in Köln, Düren, Ems, Krefeld, Aachen, Saarbrücken, Nürnberg und auf dem Großen Belchen in Württemberg.

4. April. In Berlin findet ein aus allen Teilen der Bürgerschaft besuchter Kommers statt.

24. April. Auf der Höhe beim Millerntor wird feierlich der Grundstein zu dem Denkmal gelegt, das die Stadt Hamburg dem Fürsten Bismarck zu errichten beabsichtigt.

20. Juni. Bei Göttingen wird die Weihe einer Bismarckfeuersäule feierlich vollzogen.

21. Juni. Etwa tausend Vertreter der deutschen Studentenschaft von allen 44 deutschen Hochschulen versammeln sich zur Weihe der Bismarcksäule auf dem Hamberge bei Friedrichsruh. Die Studierenden begeben sich im Zuge zum Mausoleum des Fürsten. Abends werden an der Säule Weihereden gehalten. Die des Stud. Stahl schließt mit den Worten: „Diese Säule, die heute ihre Weihe empfängt, möge hochragende Zeiten überdauern und noch fernen Geschlechtern bezeugen, wie die akademische Jugend ihren größten Kommilitonen geehrt hat. Zum Zeichen dessen flamme empor, du loderndes Feuer, ein Zeichen heißer Liebe und unverbrüchlicher Treue zu dem deutschen Vaterlande, das Bismarck stark und einig gemacht hat." Das Denkmal wird dem Fürsten Herbert Bismarck übergeben, der mit einer längern Rede antwortet. (Die Säule aus Harzer Granit, zu der der Grundstein 1901 gelegt wurde, hat eine Höhe von 18,5 Metern.)

Auch in Köln wird eine Bismarcksäule geweiht, die infolge eines Aufrufs der deutschen Studentenschaft vom 3. Dezember 1898 errichtet wurde. Der Stadtverordnete v. Mallinckrodt hält die Festrede.

Zwölfter Abschnitt.

Neuwahlen zum Reichstag.

I.

Wahlbewegung der Parteien.

1.

Wahlaufruf der Deutsch-Konservativen Partei.

6. Mai. Die „Konservative Korrespondenz" veröffentlicht folgenden Wahlaufruf:

Die Neuwahlen stehen bevor. Der zukünftige Reichstag wird sich in erster Linie mit der Neuregelung unsrer Handelsbeziehungen zu beschäftigen haben. Die Konservative Partei hat seit dem Abschlusse der geltenden Handelsverträge unablässig betont, daß diese Verträge in ungerechter Weise die Landwirtschaft benachteiligen und die Kraft des ganzen Staates durch Schwächung der landwirtschaftlichen Bevölkerung beeinträchtigen. Wenn die Konservative Partei auch an sich nicht unbedingt gegen langfristige Handelsverträge ist, so wird sie demgemäß doch nur solchen Verträgen ihre Zustimmung geben, die der Landwirtschaft wesentlich bessere Existenzbedingungen bieten und ihr ermöglichen, neben der Industrie und dem Handel wirtschaftlich gleichmäßig zu gedeihen.

Die Konservative Partei hat ihrer Tradition folgend die Erhaltung der vollen Wehrkraft unsers Volkes zu Lande und zu Wasser stets als ihre Aufgabe erachtet in dem Bewußtsein, daß Deutschlands Machtstellung und die Erhaltung einer friedlichen Entwicklung vornehmlich auf seiner Wehrhaftigkeit zu Lande und auch auf seiner Seemacht beruht. Daher wird die Konservative Partei auch ferner für die Erhaltung unsrer Armee in ihrer alten Bedeutung und Tüchtigkeit eintreten und wird auch die Entwicklung der Marine in einer unsern Handelsbeziehungen und unsern Finanzen entsprechenden Weise fördern.

Eine sparsame Verwaltung der Finanzen des Reichs und der Einzelstaaten, eine pflegliche Behandlung der Einnahmequellen des Staates, sowie eine Beschränkung der Ausgaben auf das Notwendige und Zweckmäßige unter Vermeidung jedes Luxus wird unsre Unterstützung finden.

Wir wünschen die Finanzkraft des Reichs tunlichst auf die Grundlage selbständiger Einnahmequellen gestellt zu sehen, damit nicht durch die fortdauernd gesteigerten Zuschüsse der Einzelstaaten deren eigne Steuerkraft und damit schließlich ihre politische Selbständigkeit, die eine der Voraussetzungen des föderativen Charakters des Reichs ist, gefährdet werde.

Getreu ihren Grundsätzen zählt die konservative Partei die Erweckung, Erhaltung und Kräftigung der christlichen Lebensanschauung zu ihren vornehmsten Aufgaben. Sie ist von der Ueberzeugung durchdrungen, daß sich die wirtschaftlichen und sozialen Probleme nur auf dem Boden des wahren Christentums unter einer kräftigen Monarchie lösen lassen. Sie wird deshalb auch für die Erhaltung und Stärkung der staatlichen Autorität nach wie vor eintreten und jede Beeinträchtigung der Prärogative der Krone bekämpfen.

Die Konservative Partei hat die groß gedachte Sozialpolitik Kaiser Wilhelms des Ersten mit voller Ueberzeugung und mit Begeisterung unterstützt. Die Hebung der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklassen ist mit Erfolg unter bedeutenden finanziellen Opfern der Arbeitgeber und des Staats in Angriff genommen worden und soll weiter fortgeführt werden.

Die mißliche Lage der Mittelstände, der landwirtschaftlichen kleinen und mittlern Besitzer, des Handwerker- und des Kleingewerbestandes, erheischt jedoch, daß eine richtige Sozialpolitik vor allem hier einsetzt und diesen schwer um die Existenz kämpfenden Klassen wirksam beisteht. Es müssen also auch Schutzwehren für Handwerk und Kleingewerbe gegen großkapitalistische Auswüchse und undeutsche Verletzung von Treu und Glauben im Geschäftsverkehr geschaffen werden.

Diese allein richtige und segensreiche Sozialpolitik steht im grundsätzlichen Gegensatz zu den Tendenzen der Sozialdemokratie, die die arbeitenden Klassen gegen alles Bestehende, gegen alle Grundlagen des Staates aufhetzt, ohne ihre Lage zu verbessern. Daher ist auch der Kampf gegen die Sozialdemokratie eine wichtige Aufgabe der Konservativen Partei, die nach wie vor bereit ist, die Regierung in der Handhabung und Verstärkung staatlicher Machtmittel gegen das gewerbsmäßige Untergraben göttlicher und weltlicher Autorität und des Friedens der Bevölkerung nach Kräften zu unterstützen. Die Konservative Partei wird deshalb ihre Haltung gegenüber andern Parteien wesentlich auch nach deren Verhalten gegenüber der Sozialdemokratie einrichten.

Auch in den Einzellandtagen muß die fortschreitende Förderung der produktiven Arbeit in Landwirtschaft, Handwerk und Gewerbe, wie dies in der abgelaufnen Legislaturperiode mit Erfolg von der Konservativen Partei vertreten worden ist, so auch in Zukunft unausgesetzt im Auge behalten werden.

Eine Neuordnung der gesetzlichen Bestimmungen über die Volksschulunterhaltung auf gerechter und billiger Grundlage unter voller Wahrung des bestehenden christlichen konfessionellen Charakters der Volksschule ist, soweit solche — wie in Preußen — notwendig ist, eine dringende Aufgabe der Gesetzgebung, an welcher unsre Partei mitzuarbeiten hat.

Nach diesen Grundsätzen und Ueberzeugungen ist die deutsche Konservative Partei entschlossen, unter Wahrung ihrer bewährten geschichtlichen Ueberlieferung auch fernerhin für die Monarchie und unser Volk ihre Kraft einzusetzen und zu kämpfen unter dem alten Wahlspruche:

„Vorwärts mit Gott für Kaiser und Reich, für Fürst und Vaterland."

Berlin, im Mai 1903.

Der Vorstand der Partei der Deutschen Konservativen.

2.

Wahlparole des Bundes der Landwirte.

23. Mai. Die „Deutsche Tages-Ztg.," Organ des Bundes der Landwirte, sagt: Die Wahlparole des Bundes der Landwirte hat folgenden Wortlaut:

Die Reichstagswahlen stehen bevor. Eine allgemeine Wahlparole ist von der Regierung bisher nicht ausgegeben worden. Auch die Wahlaufrufe der politischen Parteien, die jetzt veröffentlicht sind, enthalten keine wirklich umfassende Wahlparole, sondern bestehen nur in Einzelforderungen. Sie lassen wohl den Versuch erkennen, den Kampf gegen die Sozialdemokratie als eine solche Parole auszugeben, aber sie zeigen keinen praktischen Weg dazu.

Unsrer Meinung nach ist der einzige Weg, um der immer anmaßlicher auftretenden Sozialdemokratie erfolgreich zu begegnen, der, daß in Deutschland wieder eine wirklich nationale Wirtschaftspolitik getrieben wird, die die wirtschaftlichen Uebelstände beseitigt, denen die in breiten Schichten der Bevölkerung herrschende Unzufriedenheit entstammt. Auf diese aber ist im letzten Grunde die Ausbreitung der Sozialdemokratie zurückzuführen.

Die bisherige Wirtschaftspolitik Deutschlands seit Beginn der neunziger Jahre hat die Entwicklung der Industrie in ganz einseitiger Weise begünstigt. Die Industrie und der Großhandel haben die durch starke Ueberproduktion hervorgerufnen Krisen durch vermehrten Export zu beseitigen gesucht, dessen Möglichkeit ihnen durch Handelsverträge verschafft werden sollte. Die übertriebne Betonung des schwankenden Exports und die Abhängigkeit unsrer Industrie von der Spekulation haben in der Großindustrie völlig unsichre Verhältnisse und damit unsichre Arbeitsgelegenheit geschaffen. Dem gegenüber verlangen wir die Wiederherstellung dauernder und gesicherter Arbeitsgelegenheit.

Dauernde und gesicherte Arbeitsgelegenheit bieten aber nicht die ungesund und übermäßig ausgedehnten, vom Export und der Spekulation abhängigen Großbetriebe, sondern vor allem und in erster Linie die Betriebe der Produktion, die von der Absatzmöglichkeit auf dem Inlandsmarkte ausgeht und sich dieser anpaßt. Wirtschaftliche Tätigkeit aber, die zur Befriedigung des Bedarfs des Inlandsmarktes ausgeübt wird, wird neben der gesunden Industrie vor allem in der Landwirtschaft, dem Handwerk, dem kleinen und mittlern Gewerbe, sowie in dem mit dem Inlande arbeitenden Kaufmannsstande angetroffen. In diesen Berufsständen findet sich die Mehrzahl der selbständigen, gesicherten wirtschaftlichen Einzelexistenzen. Die Arbeits-

gelegenheit der Arbeiter aber, die in der für den gesicherten Inlandsmarkt arbeitenden und den verhängnisvollen Einwirkungen von Spekulationen nicht unterworfnen Industrie tätig sind, ist ebenfalls eine dauernde und gesicherte.

Ebenso wie die deutsche Landwirtschaft unter der Konkurrenz des billiger produzierenden Auslandes zu leiden hat, so hat der deutsche Mittelstand gegen das internationale Großkapital und gegen die immer mehr zunehmende Zentralisation der Großbetriebe in Gewerbe und Handel (Warenhäuser, Ringe, Trusts usw.) zu kämpfen. Wer dem landwirtschaftlichen und bürgerlichen Mittelstande in seinem schweren Konkurrenzkampfe beisteht, der hilft gesicherte wirtschaftliche Verhältnisse herbeiführen, die allein geeignet sind, wirtschaftliche Krisen möglichst hintanzuhalten und zugleich die einzig sichre Grundlage für eine erfolgversprechende nationale Politik bieten.

Um dies Ziel zu erreichen, wird man der Landwirtschaft ausreichenden Schutz gegen die Konkurrenz des Auslandes gewähren müssen. Dieser Schutz aber ist seit reichlich einem Jahrzehnt durch die bestehenden Handelsverträge beseitigt und auch im neuen Zolltarif nicht gewährt worden. Der neue Zolltarif bietet der Industrie hohe Zölle für den Inlandsmarkt. Er hat die landwirtschaftlichen Zölle mit Ausnahme der vier Getreidezölle nicht gebunden und schafft damit von neuem die Möglichkeit, daß diese Zölle zugunsten der Exportindustrie als Kompensationsobjekte bei dem Abschluß neuer Handelsverträge benutzt werden.

Ebensowenig wie die Landwirtschaft gegenüber dem Auslande sind die kleinen und mittlern gewerblichen Betriebe und der solide Kaufmannsstand ausreichend gegen die überlegne Konkurrenz und die Steuerprivilegien der Großbetriebe sowie gegen den unlautern Wettbewerb (Ramschverkäufe, Wanderlager usw.) geschützt. Wer unsre wirtschaftlichen und sozialen Verhältnisse gesund gestalten will, der muß vor allem den Mittelstand zu erhalten und weiter auszubauen suchen. Daß dies durch eine gerechte Wirtschaftspolitik möglich ist, die zugleich die unerläßliche Vorbedingung einer gesunden sozialen und nationalen Politik ist, davon sind wir im Innersten überzeugt. Wir nehmen auf das bestimmteste Stellung gegen die Auffassung der Reichsregierung, wie sie durch den Mund des Grafen Posadowsky im Reichstage kund getan worden ist, die die Möglichkeit der Wiederherstellung und Erhaltung des Mittelstandes in Frage zieht.

Mit einer wirtschaftlichen und sozialen Politik in unserm Sinne wird aber auch den Interessen der deutschen Arbeiterschaft einzig und allein wirksam gedient. Es ist klar, daß die Landarbeiterschaft nur dann eine auskömmliche Existenz hat, wenn sie in einer Landwirtschaft Beschäftigung findet, die gegen das Ausland hinreichend geschützt ist. Der industriellen Arbeiterschaft andrerseits kann mit plötzlichen Vermehrungen der Produktion, hervorgerufen durch die künstlichen Mittel der Spekulation und des forcierten Exports, nicht gedient sein, wenn darauf naturgemäß Absatzstockungen und Arbeiterentlassungen folgen müssen. Dem industriellen Arbeiter kann dauernde und gesicherte Arbeitsgelegenheit nur geboten werden, wenn unsre industrielle Tätigkeit fortan von der Willkür des Auslandes und den Wirkungen spekulativer, geschäftlicher Maßnahmen unabhängig gemacht wird ...

Der neue Reichstag, zu dem die Wahlen ausgeschrieben sind, wird darüber zu befinden haben, ob die Caprivische Wirtschaftspolitik zugunsten des internationalen Großhandels und der Exportindustrie und auf Kosten der überwiegenden Mehrheit der inländischen Produzenten weitergeführt werden soll, oder ob bei den neuen Handelsverträgen den Interessen der Landwirtschaft und des bürgerlichen Mittelstandes die ausgleichende Gerechtigkeit, wie sie Fürst Bismarck stets im Auge gehabt hat, wieder gewahrt werden soll.

Der neue Reichstag wird dafür zu sorgen haben, daß die im neuen Zolltarif ungebundnen Zölle für die Produkte der Vieh- und Pferdezucht, des Wein-, Garten- und Obstbaues und der Lohheckenkultur nicht dazu benutzt werden, um zugunsten weniger großindustrieller Exportinteressenten in einseitiger, ungerechter Weise als Kompensationsobjekte zu dienen.

Deswegen fordern wir den gesamten Bauernstand und ebenso den mit ihm sozial und wirtschaftlich zusammengehörenden Bürgerstand noch ganz besonders auf, bei den Reichstagswahlen diesmal geschlossen auf den Plan zu treten. Alle die, die unsre Wirtschaftspolitik in den neuen Handelsverträgen wiederum zu einer für Landwirtschaft, Industrie und Handel gleichmäßig gerechten umgestalten und damit eine sichere Grundlage für unsre wirtschaftliche, soziale und nationale Weiterentwicklung schaffen wollen, mögen sich bei dem bevorstehenden Wahlkampfe mit uns zusammenschließen. Sie werden damit zur Gesundung unsrer wirtschaftlichen Verhältnisse in Deutschland beitragen und uns helfen, den einzig erfolgreichen Kampf, der gegen die Sozialdemokratie geführt werden kann, den Kampf auf wirtschaftlichem Gebiete, siegreich zu beendigen. Bei diesem Kampfe werden wir von der Regierung im Stich gelassen. Um so fester sollten wir zusammen halten, um aus eigner Kraft durch die Wahl der richtigen Abgeordneten die Gesundung unsrer wirtschaftlichen Zustände zum Heil des Vaterlandes herbeizuführen.

3.

Wahlaufruf der Reichspartei.

30. April. Der neue Zolltarif ist unter schweren und erbitterten Kämpfen zustande gekommen. Die Versuche der Sozialdemokratie und ihrer Helfer, unter Mißbrauch einzelner Bestimmungen der Geschäftsordnung Obstruktion zu treiben und die Beschlußfassung des Reichstags unmöglich zu machen, sind durch das einmütige Zusammenstehen aller staatserhaltenden Parteien vereitelt. Damit ist ein gefährliches Attentat auf die verfassungsmäßigen Rechte des Reichstags zu nichte gemacht. — Nunmehr ist die Grundlage geschaffen, auf der neue Handelsverträge geschlossen werden können, wie sie für unsre wirtschaftliche Entwicklung notwendig sind. Wenn auch der neue Zolltarif nicht alle berechtigten Wünsche erfüllt, so bietet er doch eine so große Verbesserung der gegenwärtigen Lage, daß sein Scheitern ein nationales Unglück gewesen wäre. — Die Deutsche Reichspartei darf sich rühmen, zur Vollendung dieses hochwichtigen Werkes wesentlich beigetragen zu haben. Sie wird auch ferner für die gleichmäßige Förderung der Interessen von Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, von Handel und Schiffahrt wirken und diesem Grundsatz auch bei dem Abschluß neuer Handelsverträge Geltung verschaffen. Die schwierige Lage, in der die Landwirtschaft sich zurzeit befindet, nötigt aber dazu, vor allem für einen wirksamen Schutz des landwirtschaftlichen Gewerbes, insbesondre der Viehzucht, zu sorgen. — Mit dem Abschluß neuer Handelsverträge steht im innigen Zusammenhang die Sorge für das Wohl der Arbeiter. Nur wenn es gelingt, bei der Neuordnung der deutschen Zollverhältnisse, die erst durch die Handelsverträge ihre endliche Regelung finden werden, einen ausreichenden Schutz der nationalen Arbeit und dadurch eine gesunde Entwicklung unsrer Landwirtschaft und Industrie zu sichern, kann der deutsche Arbeiter auf gute Arbeitsgelegenheit und auskömmlichen Lohn rechnen. Dann wird es auch möglich sein, an der Durchführung der Ziele, die die Kaiserliche Botschaft vom 17. November 1881 gesteckt hat, fortzuarbeiten und die sozialpolitische Gesetzgebung unter Berück-

sichtigung der für unser Erwerbsleben notwendigen Schranken weiter auszubauen. — Wir sind gewillt, auch ferner die Interessen des Mittelstandes kräftig zu fördern. Wir erwarten, daß den Wünschen des Handwerkerstandes seitens der verbündeten Regierungen eine wirksamere Hilfe als bisher zuteil werden wird, denn ein kräftiger Mittelstand, ein starker und selbstbewußter Bauern- und Handwerkerstand ist eine der wichtigsten Voraussetzungen für eine gesunde Entwicklung unsers Vaterlands. — Zur Aufrechterhaltung der Machtstellung und des Einflusses des Deutschen Reichs, die die beste Bürgschaft ist für die Erhaltung des Friedens, bedarf es eines starken Heeres und einer Achtung gebietenden Flotte. Bei sorgsamer Schonung der Leistungsfähigkeit unsers Volkes wird es auch künftig nicht schwer sein, zwischen den verbündeten Regierungen und den staatserhaltenden Parteien ein Einvernehmen über die hierzu notwendigen Maßregeln zu erzielen. — Auch auf allen andern Gebieten erheischt die Finanzlage des Reichs die strengste Sparsamkeit. Darum werden wir im Interesse des steuerzahlenden Volkes jeder nicht notwendigen Ausgabe entgegentreten. Wir hoffen, daß die von der Neuordnung der Zollverhältnisse zu erwartenden Mehreinnahmen die Einführung neuer Steuern entbehrlich machen und Eingriffe seitens des Reichs in die Finanzverhältnisse der Einzelstaaten verhindern, durch die die letztern in der Erfüllung ihrer Kulturaufgaben beschränkt werden. — Das deutsche Volk hat binnen kurzem seine Vertreter zum Reichstag zu wählen. Da gilt es vor allem, daß niemand von der Wahlurne zurückbleibt, der es gut meint mit dem Wohl und Gedeihen des deutschen Vaterlands. Das stetige Anwachsen auch der parlamentarischen Vertretung einer Partei, die unsre ganzen staatlichen Verhältnisse umstürzen, unsre ganze heutige Kultur zerstören will, und deren Führer bestrebt sind, alle göttliche und menschliche Autorität zu untergraben und an deren Stelle die unbedingte Unterordnung unter die sozialdemokratische Parteileitung zu setzen, ist zum großen Teil verschuldet durch die Lauheit und Gleichgiltigkeit, deren sich auch gute Bürger in bezug auf ihre Wahlpflicht schuldig machen. Bei dem schweren Kampf, den wir gegen die wohlorganisierte Sozialdemokratie zu führen haben, ist es vor allem nötig, daß alle staatserhaltenden Elemente fest zusammenhalten und, kleine Parteiunterschiede vergessend, zusammenstehn zu gemeinschaftlicher Arbeit. — Wir bitten daher unsre Freunde und Parteigenossen im Lande, vor allem auf die feste Einigung aller bürgerlichen Elemente hinzuwirken, denn nicht darauf kommt es an, ob einige Vertreter unsrer Partei mehr oder weniger in den Reichstag kommen, sondern es handelt sich um den gemeinschaftlichen Kampf aller staatserhaltenden Parteien gegen die Mächte des Umsturzes, gegen die Sozialdemokratie. Unser Grundsatz bleibt: „Das Vaterland über die Partei, das Gemeinwohl über die Sonderinteressen!“ — Fester Zusammenschluß aller staatserhaltenden Elemente auf dem Boden starker monarchischer Institutionen — Sammlung der patriotischen Männer von rechts und links — Abwehr gegen sozialistische, radikale und rückschrittliche Bestrebungen — kräftiges Eintreten für die Beseitigung wirklicher Mißstände — stetige und gedeihliche Fortentwicklung unsers Staatslebens in den guten Traditionen bürgerlicher Freiheit und fester staatlicher Ordnung — Stärkung des Reiches nach innen und nach außen — gleichmäßige Pflege aller Zweige des heimischen Erwerbslebens sind stets die leitenden Gesichtspunkte der Reichspartei gewesen. Sie werden auch ihr Leitstern für die Zukunft bleiben.

4.

Wahlaufruf der nationalliberalen Partei.

3. Mai. Der von 217 Parteivertretern aus allen Teilen des Reichs besuchte Allgemeine Delegiertentag der nationalliberalen Partei beschließt folgenden Wahlaufruf:

Der soeben geschloßne Reichstag hat Tage tiefer Erniedrigung erlebt, als eine rücksichtslose Minderheit den Versuch unternahm, die Mehrheit zu tyrannisieren, ja die parlamentarische Tätigkeit überhaupt unmöglich zu machen. Er war der Schauplatz erbitterter Interessen- und Klassenkämpfe. Er stand von Beginn an unter dem ausschlaggebenden Einfluß des Zentrums. Der Liberalismus hatte nicht die ihm gebührende Geltung.

Zwar hat der Reichstag auf verschiednen Gebieten Bedeutendes geleistet. Die Stärkung der nationalen Machtstellung des Deutschen Reichs durch Heer- und Flottengesetz, die Fortführung der Sozialreform durch die neuen Invaliden-, Unfall- und Krankenversicherungsgesetze, durch die Gesetze über Gewerbegerichte und über die gewerbliche Arbeit der Kinder, durch die Seemannsordnung und zahlreiche andre Maßnahmen auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes, endlich die Schaffung des Zolltarifgesetzes als Grundlage der neuen Handelsverträge sind Leistungen von großer und dauernder Bedeutung für unser Vaterland.

Alle diese Erfolge hätten aber nicht ohne die entscheidende, opferwillige Mitarbeit der nationalliberalen Partei erreicht werden können. Sie hat mit Entschiedenheit allen rückschrittlichen Versuchen Widerstand geleistet. Sie hat in erster Linie mitgewirkt, als es sich darum handelte, die Ordnung im Parlament und seine verfassungsmäßige Mitarbeit an den dringlichen Aufgaben der Gesetzgebung aufrecht zu erhalten.

Mit dem Gefühl ernster Pflichterfüllung tritt die Partei vor die Wähler. An den Wählern ist es jetzt, durch die Ausübung ihres Stimmrechts zu entscheiden, von welchem Geiste die Vertretung des deutschen Volkes während der nächsten Jahre beseelt sein soll. Sie tragen die Verantwortung dafür, ob der neue Reichstag erfüllt sein wird von dem Bestreben, einseitige Berufs- und Klasseninteressen, herrschsüchtige Machtgelüste konfessioneller, politischer oder sozialer Sonderströmungen zur Geltung zu bringen, oder von dem Geiste patriotischer Unterordnung unter das Wohl des ganzen Volkes, von der Entschlossenheit, redliche Mitarbeit leisten zu wollen an der Ausgleichung der verschiednen Interessen zum Besten des Gemeinwohls.

Wirtschaftliche Fragen stehen noch immer im Vordergrunde, und zwar um so mehr, als seit einigen Jahren auch in Handel und Gewerbe dem erfreulichen Aufschwunge der Vorjahre ein bedenklicher, hoffentlich bald vorübergehender Rückschlag gefolgt ist. Die Landwirtschaft kämpft seit langen Jahren schwer gegen andre, unter günstigern Bedingungen arbeitende Länder. Soweit es der Staatsgewalt möglich ist, muß hier ein Zustand geschaffen werden, der unter gerechtem Ausgleich der verschiedenartigen Interessen von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel dem deutschen Erwerbsfleiß lohnende Arbeit ermöglicht. Die Grundlage dazu ist in dem neuen Zolltarife geschaffen, trotz aller ihm seiner Entstehung nach anhaftenden Mängel. Er gibt der Reichsregierung das notwendige Rüstzeug zum Abschluß neuer, uns günstiger langfristiger Handelsverträge, durch die zugleich ein besserer Schutz der Landwirtschaft gewährleistet wird. Ohne solche Handelsverträge können Handel und Gewerbe ihre Aufgabe für das Volk nicht erfüllen. An ihnen ist deshalb auch die Landwirtschaft auf das höchste interessiert. Denn nicht im Gegensatz zueinander, sondern im Zusammenarbeiten miteinander haben die ver-

schiednen Produktionszweige unsers Volkes ihr Heil zu erblicken. Die Verabschiedung von Handelsverträgen bildet daher in den nächsten Jahren eine der Hauptaufgaben der deutschen Politik und Gesetzgebung.

Der gewerbliche Mittelstand in Stadt und Land ringt seit Jahren um sein Gedeihen. Das Gesetz über die Organisation des Handwerks hat die geeigneten Wege sowohl der Selbsthilfe wie der Erziehung und Fortbildung eines tüchtigen Nachwuchses erschlossen. Es bietet die Gewähr der sachgemäßen Vorbereitung weiterer Gesetzes- und Verwaltungsmaßnahmen unter Mitwirkung der Beteiligten selbst. Die gesetzliche Sicherung der Bauforderungen muß durchgeführt, den Auswüchsen im Ausverkaufs- und Auktionswesen muß durch Ausbau des Gesetzes gegen den unlautern Wettbewerb wirksam entgegengetreten werden.

Die Verhältnisse der mittlern und untern Reichsbeamten erheischen unsre stetige Fürsorge. Die gewerblichen und kaufmännischen Privatbeamten stellen bedeutsame, wohl erwägenswerte Forderungen. Die Einführung der Kaufmannsgerichte ist eine dringliche Aufgabe des neuen Reichstags.

Soweit die Börsengesetzgebung dahin geführt hat, Treu und Glauben im Handelsverkehr zu untergraben, ist eine zweckmäßige Reform notwendig.

Die im Interesse der Arbeiter in Angriff genommne, von menschenfreundlichem Geiste getragne, vom Auslande bewunderte sozialpolitische Gesetzgebung bedarf der weitern Verbesserung und des innern Ausbaues, unter Berücksichtigung der praktischen Verhältnisse des Wirtschaftslebens und des ausländischen Wettbewerbes. Die Versicherung der Witwen und Waisen und die Fortführung gemeinsamer Einrichtungen zur Pflege des Friedens zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sind als Ziel festzuhalten.

Es ist eine Ehrenpflicht des deutschen Volkes, durch Revision der Militärpensionsgesetze die Lage der Militärinvaliden zu erleichtern und für unsre unterstützungsbedürftigen Kriegsteilnehmer zu sorgen.

Vorbedingung für eine gedeihliche Tätigkeit auf allen Gebieten ist aber die Erhaltung des Friedens und der nötigen Bewegungsfreiheit für deutsche Arbeit, Intelligenz und Unternehmungslust im Wettstreit mit den übrigen Nationen. Das ist nur möglich durch Erhaltung und Stärkung der deutschen Macht und des deutschen Ansehens. Ein mächtiges Deutsches Reich muß daher immer das erste Ziel eines wahrhaft patriotischen Deutschen sein. Die Gegner sind zahlreich, sogar im Innern zeigen sie sich in Gestalt der nationalpolnischen Propaganda und der unseligen partikularistischen Strömungen, die die verschiednen aufeinander angewiesnen Stämme gegeneinander zu hetzen sich bemühen. Die nationalliberale Partei wird auch in Zukunft überall, wo es gilt, antinationale Bestrebungen zu bekämpfen, in erster Linie stehn.

Schwer und gewichtig sind die Aufgaben, die der neue Reichstag zu erfüllen hat, und sie entbehren wahrlich nicht des idealen Inhalts:

Bewahrung und Stärkung der Macht und des Ansehens von Deutschland, in unverbrüchlicher Treue zu Kaiser und Reich,

Pflege und Weiterbildung unsrer freiheitlichen Einrichtungen und Kulturerrungenschaften, Aufrechterhaltung des bestehenden Reichstagswahlrechts und der Koalitionsfreiheit,

Ausgleichung der verschiedenartigen wirtschaftlichen Interessen zum Schutze der nationalen Arbeit,

einsichtige und kraftvolle Betätigung des Staates, in Gesetzgebung und Verwaltung, zugunsten der wirtschaftlich Schwachen, der minder begüterten Volksklassen,

das sind die Gedanken, die jeden Vaterlandsfreund erfüllen und ihn zwingen müssen, seine ganze Kraft in ihren Dienst zu stellen.

Große Gefahren aber bedrohen die in diesem Geiste tätigen Kräfte und verlangen unsre schärfste Abwehr.

Die Sozialdemokratie verhetzt die Arbeiter; sie läuft Sturm gegen die Grundlagen unsrer Kultur, gegen Monarchie, Religion, Familie, Eigentum; sie hat sich durch ihre Tätigkeit im Reichstage als Feind des sozialpolitischen Fortschritts erwiesen.

Das Bestreben, die Staatsgewalt, die Schule, Kunst und Wissenschaft, das gesamte Volksleben ultramontanen Machtgelüsten zu unterwerfen, wirkt immer verhängnisvoller.

Die verschiednen Berufsklassen werden durch Uebertreibung von Sonderinteressen gegeneinander aufgewühlt, als seien sie nicht alle Glieder eines Volkes.

Um so dringlicher ist die Verpflichtung für alle, die diese Gefahren erkennen und eine ruhige, friedliche Entwicklung auf der Grundlage unsrer in heißen Kämpfen errungnen nationalen und liberalen Güter anstreben, es an sich nicht fehlen zu lassen. Jeder Einzelne hat die ernste Pflicht, sein Bestes einzusetzen, um diese Güter durch siegreiche Wahlen zu sichern. Nur so wird das Gedeihen unsers Volkes gewährleistet sein.

Darum gilt es, die Trägen aufzurütteln, die Lauen zu begeistern, die beiseite Stehenden zu gewinnen, die Verhetzten aufzuklären, sie alle mit dem festen Entschlusse zu erfüllen, tätig zu sein im Dienst der guten Sache.

Deutsche Wähler! Seid eingedenk der Bedeutung der Wahl. Sorgt dafür, daß Männer gewählt werden, die als oberste Richtschnur für ihr ganzes Verhalten, als einzigen Leitstern für ihre Bemühungen nur anerkennen das Wohl des ganzen teuern Vaterlandes.

5.

Wahlaufruf der Freisinnigen Vereinigung.

24. April. Es wird ein Wahlaufruf der „Freisinnigen Vereinigung“ veröffentlicht, der im wesentlichen also lautet:

Der Geist des Ultramontanismus in enger Verbindung mit protestantisch-orthodoxer Unduldsamkeit macht sich auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens bemerkbar und findet in der agrarischen Interessenpolitik eine wirksame Stütze. Die Vorgänge bei der Beratung des Zolltarifs im Reichstag haben gezeigt, daß die konservativ-klerikale Koalition weder vor den schwersten Verletzungen der wirtschaftlichen Interessen der großen Masse unsrer Bevölkerung noch auch vor einem offenbaren Bruch des parlamentarischen Rechts zurückschreckt. Zur Sicherung ihrer Herrschaft würden die reaktionären Parteien nicht zögern, auch das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht anzutasten. Als erwünschter Vorwand dient ihnen dabei das fortgesetzte Anwachsen der Sozialdemokratie, das nicht zum wenigsten die Folge einer rückständigen Wirtschaftspolitik ist. Diesen reaktionären Plänen arbeitet die Sozialdemokratie in die Hände durch die unablässige Verketzerung aller derjenigen Bestrebungen zur Besserung der Lage der arbeitenden Klassen, die von nichtsozialistischer, insbesondre auch von liberaler Seite ausgegangen und nicht ohne Erfolg geblieben sind.

Deutschland steht mitten in der Weltwirtschaft. Es darf seine Industrie und seinen Handel mit ihren weitverzweigten Ausfuhrinteressen nicht durch eine Handelspolitik gefährden lassen, die langfristige, den Warenaustausch erleichternde Handelsverträge unmöglich macht. Der neue Zolltarif hat die handelspolitische Lage Deutschlands wesentlich verschlechtert. Er droht, dem

Handwerk durch höhere Verzollung der Hilfsstoffe und Werkzeuge den Betrieb zu erschweren, der Viehwirtschaft die Futtermittel zu verteuern, den Beamten eine Mehrbelastung zuzuwälzen, für die sie keinen Ausgleich finden, den Arbeitern die Lebenshaltung herabzudrücken. Die schweren Schädigungen, die die agrarische Schutzzollpolitik über alle Gebiete unsers gewerblichen Lebens heraufbeschwört, werden noch verschärft durch die Börsengesetzgebung, durch die ohne Verständnis für die Wichtigkeit des Geldmarktes im heutigen Verkehrsleben erlassen ist und die Begriffe von Treu und Glauben tief erschüttert hat.

Die Mittelstandspolitik der Großgrundbesitzerpartei ist lediglich darauf berechnet, Anhänger aus den Kreisen des Kleingewerbes zu gewinnen, hat aber den Beteiligten nur Lasten, keine Vorteile gebracht. Demgegenüber verlangen wir größere Pflege des gewerblichen und kaufmännischen Unterrichtswesens sowie eine Unterstützung aller Bestrebungen, die sich darauf richten, dem Kleingewerbe die Vorteile moderner Technik zuzuführen.

Ferner erstreben wir: Gleichberechtigung der Arbeitnehmer mit den Arbeitgebern, Durchführung und Sicherung der Koalitionsfreiheit, energische Fortführung der Sozialreform; Gerechtigkeit im Steuerwesen, keine weitern indirekten Steuern, die vorzugsweise von den minder Wohlhabenden getragen werden müssen, keine höhere Belastung von Bier und Tabak, dagegen im Bedarfsfall Heranziehung der Wohlhabenden zu direkten Reichssteuern; Erhaltung unsrer Wehrkraft zu Wasser und zu Lande, Fortdauer der zweijährigen Dienstzeit, Bekämpfung jedes Militarismus, der die Zivilbevölkerung von der Militärbevölkerung durch Standesvorurteile und gesonderte Ehrbegriffe trennen will; volle Gleichberechtigung aller Staatsbürger, einerlei, welcher Konfession, welcher Volksschicht, welcher Partei sie angehören, nicht bloß auf dem Papier, sondern auch in der Praxis; Hebung der wirtschaftlichen Lage der bäuerlichen Bevölkerung unter Stärkung ihres Einflusses auf die Verwaltung des platten Landes; Neueinteilung der Wahlkreise, entsprechend der seit Gründung des Deutschen Reiches eingetretnen Verschiebung der Bevölkerung. Der von uns seit mehr denn zwölf Jahren verlangte Schutz des Wahlgeheimnisses ist bis zu einem gewissen Grade endlich erreicht, der Wahldruck ist gemildert. Jetzt gilt es, durch eine rege Wahlbeteiligung dafür zu sorgen, daß die Zahl der liberalen Stimmen und Mandate wächst. Den Einfluß des Gesamtliberalismus zu stärken, muß deshalb das Ziel der ganzen Wahlbewegung sein.

6.

Wahlaufruf der Freisinnigen Volkspartei.

Ende März. Die Freisinnige Volkspartei erläßt folgenden Wahlaufruf:

Parteigenossen! Neuwahlen zum Reichstage sind in Sicht. Schon der zeitige Aufmarsch der Parteien läßt erkennen, daß der Wahlkampf heftiger werden wird denn je. Dieser Wahlkampf wird wieder für die lange Dauer von fünf Jahren über die Zusammensetzung des Reichstags und demgemäß über die Wahrung der wirtschaftlichen Interessen, der Rechte und Freiheiten des Volkes entscheiden. Steuererhöhungen bedrohen insbesondre die Tabakindustrie und das Braugewerbe. Von der Gestaltung neuer Handelsverträge und der fernern Ermöglichung des Warenaustausches mit dem Auslande wird in vieler Richtung das Gedeihen der deutschen Volkswirtschaft bedingt. Die Agitation in Wort und Schrift erfordert im Vergleich zu frühern Wahlkämpfen erheblich größere Geldmittel. Namentlich vermögen die einer besonders starken

Beeinflussung der Gegner von rechts und links ausgesetzten Kreise für sich allein die erforderlichen Mittel nicht überall aufzubringen. Eugen Richter. Müller-Sagan. Reinhart Schmidt. Langerhans.

7.

Wahlaufruf des Vorstands der Zentrumsfraktion.

2. Mai. Die Neuwahlen zum Reichstage stehn bevor. Auf Grund des von uns unentwegt hochgehaltnen allgemeinen, gleichen, geheimen und unmittelbaren Wahlrechts haben die Wähler zu entscheiden, welchen Männern die verfassungsmäßige Vertretung des deutschen Volks für die nächsten fünf Jahre anvertraut werden soll.

Fest und unerschüttert steht die Zentrumsfraktion des Reichstags da. In unausgesetztem Kampfe hat sie die Einigkeit bewahrt, die allein den Schutz der hohen Güter verbürgt, zu deren Hort sie die Wähler berufen haben.

Auf Grund des von glorreichen Vorgängern im Jahre 1871 entworfnen und in schweren Stürmen erprobten Programms treten wir mit gleicher Entschiedenheit ein für das Reich wie für die Einzelstaaten, für die Rechte des deutschen Volks und seiner verschiednen Stämme wie für die Rechte des Kaisers und der Bundesfürsten.

Des deutschen Volkes wichtigstes Recht ist seine Teilnahme an der Gesetzgebung und Verwaltung des Reichs durch die parlamentarische Vertretung. Die von uns seit mehr als einem Jahrzehnte nachdrücklichst geforderte bessere Sicherung des Wahlgeheimnisses ist endlich erreicht. Angriffen auf die Würde des Reichstags, Versuchen einer Lahmlegung seiner geordneten Tätigkeit durch die Mittel der Obstruktion werden wir stets energisch entgegentreten. Die Erfüllung der verfassungsmäßigen Aufgabe des Reichstags, insbesondre die gleichmäßige Mitwirkung aller Stämme und Stände des deutschen Volks verlangt unbedingt die Gewährung von Anwesenheitsgeldern.

Zu den gesetzgeberischen Arbeiten, die den neuen Reichstag beschäftigen werden, gehört voraussichtlich die Revision des Strafverfahrens; mit Zuversicht erwarten wir, daß dieselbe die längst geforderte Ausdehnung der Berufung in Strafsachen bringen wird. Auf dem Gebiet des Strafrechts muß vor allem die Privilegierung des von Vernunft und Moral gleich verurteilten Zweikampfs verschwinden.

Weise Sparsamkeit auf allen Gebieten des Reichshaushalts zu üben, erachten wir als unsre strenge Pflicht. Zu Aufwendungen für Heer und Marine darf die Steuerkraft des Volks nicht weiter in Anspruch genommen werden, als die Sicherheit und Wohlfahrt des Vaterlandes gebieterisch erheischen. Die Bewilligungen für die Kolonien, deren Hauptwert in der Ausbreitung des christlichen Glaubens und der Kultur beruht, haben ihr Maß in einer verständigen Würdigung unsrer finanziellen Leistungsfähigkeit.

Die Erleichterung der Militärlast, die die zweijährige Dienstzeit gebracht hat, ist durch gesetzliche Festlegung sicherzustellen.

Die geschichtliche Entwicklung Deutschlands hat zu einem Nebeneinanderbestehn großer christlicher Gemeinschaften geführt. Das Blühen und Gedeihen des gemeinsamen Vaterlandes ist nur denkbar bei friedlichem Zusammenleben der Konfessionen auf dem Boden einer hochsinnig gedachten religiösen Freiheit und vollkommner staatlicher Gleichberechtigung; die Erreichung dieses Ziels wird nach wie vor unsre vornehmste Aufgabe sein. Dank unserm Toleranzantrage sind wenigstens in einzelnen Bundesstaaten Bestimmungen gefallen, die, dem Geiste religiöser Bevormundung und Unduldsamkeit vergangner Jahrhunderte entsprungen, den Grundsätzen des modernen Staats-

lebens widersprechen. Dagegen ist es leider noch immer nicht gelungen, die Reste der unseligen Kulturkampfgesetzgebung zu beseitigen, ja auch nur eine Bresche zu legen in das gehässige Ausnahmegesetz gegen die Jesuiten und andre katholische Orden. Mit dem gesamten katholischen Volke verlangen wir die Beseitigung dieses schreienden Unrechts.

Die schwierigen wirtschaftlichen Verhältnisse unsrer Tage haben eine große und vielfach bedenkliche Zuspitzung der Gegensätze zwischen den verschiednen Berufsständen und Klassen gebracht. Stets waren wir bemüht, die ehrliche Arbeit in allen Berufsständen zu fördern und einen gerechten Ausgleich der entgegenstehenden Interessen zu finden. Unerfüllbaren Forderungen mußten wir unsre Unterstützung versagen. Die gleiche Haltung werden wir auch fernerhin einnehmen.

Der neue Zolltarif ist nach heftigstem Kampfe zustande gekommen; wir erwarten von ihm für die Landwirtschaft eine Besserung ihrer bedrängten Lage, für Handel und Industrie die Sicherung ihres einheimischen und auswärtigen Marktes, für Handwerker und Arbeiter lohnendere Beschäftigung. Nicht alle berechtigten Wünsche sind erfüllt worden; angesichts der Haltung der verbündeten Regierungen jedoch und der Parteiverhältnisse im Reichstage mußten wir uns sagen, daß ein Beharren auf unsern weitergehenden Forderungen das Gesetz zu Fall gebracht und dadurch die gebotnen wertvollen Vorteile preisgegeben hätte. Auf der Grundlage dieses Zolltarifs muß nunmehr durch die neuen Handelsverträge der gesamten deutschen Arbeit, insbesondre in der Landwirtschaft, ein ausreichender Schutz erkämpft werden. Die für Deutschland nachteiligen, allgemeinen Meistbegünstigungsverträge sind aufzuheben. Gegen die Einschleppung von Viehseuchen aus dem Ausland ist die einheimische Viehzucht nachhaltig zu sichern.

Gegenüber den Bestrebungen der Sozialdemokratie und dem Vordringen des Großkapitals erstreben wir die Erhaltung und Kräftigung der Mittelstände, namentlich im Handwerk und Gewerbe; ihre Zukunft geben wir nicht verloren. Für die Förderung des Innungs- und Genossenschaftswesens, die Einführung des Befähigungsnachweises vor allem im Baugewerbe, für die Sicherstellung der Forderungen der Bauhandwerker und Baulieferanten, die Beseitigung unbilliger Konkurrenz seitens der Militärwerkstätten werden wir eifrig bemüht sein.

Auch auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes sind erhebliche Fortschritte zu verzeichnen, zuletzt noch das Gesetz zum Schutze der in den gewerblichen Betrieben beschäftigten Kinder. Vieles bleibt noch zu tun übrig; insbesondre betrachten wir eine allmähliche Beseitigung der Fabrikarbeit verheirateter Frauen, eine weitergehende Einschränkung der Arbeitszeit für Fabrikbetriebe und die Hebung der beklagenswerten Mißstände in der Hausindustrie als dringende Forderungen.

Den Versuch einer Beschränkung des Koalitionsrechts der Arbeiter durch die sogenannte Zuchthausvorlage haben wir erfolgreich zurückgewiesen. Dagegen harrt unser seit Jahren wiederholt eingebrachter Gesetzentwurf über die Berufsvereine, der die Koalitionsfreiheit sichern würde, immer noch der Annahme seitens der verbündeten Regierungen. Nicht minder bedauern wir, daß die von uns des öftern geforderten Arbeitskammern noch nicht geschaffen worden sind, obwohl durch die kaiserlichen Februarerlasse von 1890 „Einrichtungen zur Pflege des Friedens zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern“ in Aussicht gestellt wurden.

Das Zentrum war nie und darf nie sein die Partei eines einzelnen Berufsstandes oder einer einzelnen Klasse. Unser Stolz soll bleiben, eine wahre Volkspartei zu sein, die alle Stände und Klassen umfaßt. Die Grundsätze des Christentums bestimmen unsre gesamte politische Tätigkeit; darum

ist allen Kreisen des Volkes ohne Unterschied die Arbeit des Zentrums gewidmet, am meisten denjenigen, die in bedrängter Lage sich befinden. Die Fortführung der christlichen Sozialreform duldet keinen Stillstand, weil durch sie Sittlichkeit und Gesundheit weiter Kreise unsers Volkes mitbedingt sind; dabei rechnen wir auf die ständige und einsichtsvolle Mitwirkung der Beteiligten selbst.

Wähler! Von den verschiedensten Seiten wird bei der bevorstehenden Wahl der Hauptangriff gegen uns gerichtet werden. Halten wir uns vor Augen, daß dem Wahlrecht des Einzelnen eine Wahlpflicht gegenübersteht. Die Erhaltung des Zentrums ist unbedingt notwendig für die Bewahrung der christlichen Grundlage unsers Staatswesens wie für die ruhige Fortentwicklung unsers politischen und wirtschaftlichen Lebens. Die Erhaltung des Zentrums ist insbesondre unbedingt notwendig für die Katholiken Deutschlands; nirgends anders finden ihre berechtigten Interessen genügendes Verständnis und tatbereite Vertretung. Keine Stimme darf verloren gehn, die für die Sicherung unsrer Stellung abgegeben werden kann. Auch in den Wahlkreisen, in denen die Zentrumswähler eine Minderheit bilden, müssen sie vor allem durch ihre Abstimmung gegen die Fortdauer des ungerechten Jesuitengesetzes protestieren; kein Kandidat darf eine Zentrumsstimme erhalten, der nicht mindestens so viel Gerechtigkeitssinn besitzt, daß er sich, wie die hervorragendsten Führer der konservativen, der nationalliberalen und der freisinnigen Fraktion, im Reichstag für die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes erklärt. Recht muß Recht bleiben.

Vorwärts also in enggeschloßenen, vollzähligen Reihen! Wählen wir die Männer wieder, die sich im Kampfe erprobt, und gesellen wir ihnen neue Kräfte zu, die in demselben Geiste mit ihnen kämpfen werden. Gehen wir in die bevorstehende Wahl in der alten Begeisterung für unsre wahren Grundsätze und gerechten Bestrebungen, mit der Parole: Mit Gott für Wahrheit, Freiheit und Recht!

8.

Aufruf zur Abwehr des Ultramontanismus.

1. März. Zur Abwehr des Ultramontanismus bei den politischen Wahlen bildet sich in Berlin eine Wahlvereinigung, die folgenden Aufruf erläßt:

Zentrum ist Trumpf! Das Fortschreiten des Ultramontanismus kann nicht geleugnet werden. Seine politische Vertretung, das Zentrum, übt immer größern Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung im Reiche und in den einzelnen Bundesstaaten aus und greift tief in alle Gebiete des staatlichen wie des privaten Lebens in unserm Vaterlande mit zersetzender Wirkung ein: das nationale Bewußtsein wird gelähmt, die freie Entfaltung des geistigen Lebens unterbunden, eine klerikale Bevormundung angebahnt und ein falsches Paritätsverhältnis ausgebildet. In Politik und Kunst, in Wissenschaft und Religion, überall hemmt der Ultramontanismus den Fortschritt und hindert die freie Selbstbestimmung des Einzelnen wie der Gemeinschaft. Zugleich werden die Kräfte unsers Volkes einem internationalen und antinationalen Herrschaftssystem dienstbar gemacht, das unter fremdländischer Oberleitung steht. Selbst in den Fällen, in denen der Ultramontanismus sich anscheinend patriotisch und kulturfördernd gebärdet, ist sein Auftreten wesentlich durch seine eigensüchtige Parteitaktik bestimmt. Die praktische Anwendung des Syllabus in Deutschland, jener Kriegserklärung gegen alles, was unser Vaterland, was die Kulturwelt an

geistiger Freiheit, an Ergebnissen der Wissenschaft und Kunst, an politischem und sozialem Fortschritt in langem, heißem Ringen sich erworben hat, ist noch heute das unverrückbare Ziel des Ultramontanismus, wie das von führenden Männern des Zentrums herausgegebne Staatslexikon für jedermann dartun kann. Die Erreichung und Verwirklichung dieser ultramontanen Ziele führt zu einer Zersetzung und Zerstörung deutscher Kultur. Deshalb ist der Ultramontanismus heute wie allezeit als der eigentliche und gefährlichste Feind unsers Volkes zu betrachten. Die Kultur unsers Volkes ist auf einer Unterlage aufgebaut, die in ihren wesentlichsten Bestandteilen sich aus Ergebnissen der deutschen Reformation zusammensetzt. An dieser Grundlage unsrer bisherigen Entwicklung wollen wir mit Bewußtsein festhalten, während Roms Endzweck auf ihren Umsturz gerichtet ist. Die Erkenntnis der ultramontanen Gefahr muß Gemeingefühl werden. Wir fordern deshalb alle Männer im Deutschen Reiche, die mit uns das gefahrdrohende Wachstum des Ultramontanismus erkannt haben, unbeschadet ihrer sonstigen parteipolitischen oder religiösen Ueberzeugung auf, nach Vermögen im öffentlichen Leben, insbesondre auch schon bei den bevorstehenden Reichstagswahlen, in Verbindung mit uns in antiultramontanem Sinne wirksam zu sein. Selbst in solchen Wahlkreisen, in denen der Ultramontanismus noch keine politische Rolle spielt, dürfen wir unsre Stimme keinem Wahlkandidaten geben, der nicht unzweideutig erklärt, bei allen Fragen, die das Verhältnis zum ultramontanen System berühren, in abwehrendem Sinne tätig zu sein. Dies gilt namentlich überall da, wo die Grundlagen unsers Kulturlebens, die Selbständigkeit des Unterrichtswesens, die Freiheit wissenschaftlicher Forschung und Kunstausübung, die Unabhängigkeit der religiösen Ueberzeugung in Frage kommen. Wir ersuchen alle Gesinnungsgenossen, unser Vorhaben nach Kräften zu unterstützen und uns Zustimmungserklärungen zugehen zu lassen.

9.

Wahlaufruf der Deutsch-hannoverschen Partei.

14. April. Das Wahldirektorium der Deutsch-hannoverschen Partei erläßt folgenden Aufruf:

Hannoveraner!

Heute, an dem Tage, wo unsre heißgeliebte Königin Marie ihr 85. Lebensjahr fern von der Heimat vollendet, richten sich die Blicke aller königstreuen Männer im Deutschen Reiche auf euch, die ihr bisher in mannhafter Treue festgehalten habt an dem Recht euers Fürstenhauses, an dem Recht euers Vaterlandes. Wollt ihr den in Jahrhunderten erworbenen Ruhm, der recht-, gesetz- und ordnungsliebendste, opferfreudigste und königstreueste Volksstamm zu sein, geringschätzen oder als teures Erbe der Väter für alle Zukunft bewahren? Der 16. Juni d. J., der Tag, an dem vor 37 Jahren unser unvergeßlicher König Georg der Fünfte, seine Haupt- und Residenzstadt Hannover verlassend, die teure Königin und die Prinzessinnen unter den Schutz der bewährten Treue und Anhänglichkeit der Bürger Hannovers

stellte, ruft alle deutschen Männer an die Wahlurne, um einen neuen Reichstag zu wählen. Kann es zweifelhaft sein, daß ein Hannoveraner, eingedenk dessen, was er seinem angestammten Fürstenhause und seinem Vaterlande schuldig ist, nur Männern von erprobter Treue seine Stimme geben darf, die, erfüllt von heißer Liebe zum großen deutschen wie zum engern hannoverschen Vaterlande, das Mandat ohne Rücksicht auf einseitige Interessen lediglich im Dienste des Gemeinwohls zum Heile des Deutschen Reiches ausüben werden? Als solche Männer, welche gewillt sind festzuhalten, am Recht, nicht abzuweichen von der Wahrheit und einzutreten für die Freiheit gegenüber jeder Vergewaltigung, können wir euch die nachstehend für die einzelnen Wahlkreise benannten Kandidaten empfehlen. Wohlauf Hannoveraner! zeigt, daß unser Volk, wie es verstanden hat auf allen Schlachtfeldern Europas Ruhm und Ehre an seine Fahnen zu knüpfen, auch im friedlichen Kampf der Meinungen noch heute der Achtung wert ist, die es sich in heißem Ringen seit 37 Jahren bei allen königstreuen Patrioten des deutschen Vaterlandes erworben hat.

Das Wahldirektorium der deutsch-hannoverschen Partei.
A. von Reden-Reden.

10.

Wahlaufruf der braunschweigischen „Vaterländischen Vereinigung".

5. Mai. Die welfischen Parteiführer in Braunschweig fordern in einem Wahlaufrufe die Wähler im Herzogtum Braunschweig auf, für den „erlauchten Enkel Heinrichs des Löwen, der unser einziger rechtmäßiger Landesherr ist," alles einzusetzen. Sie sagen:

Das braunschweigische Volk wünscht, daß unsre Regierung und unser Landtag endlich für die Thronbesteigung unsers angestammten Herzogs tätig und wirksam werden. Seit Jahren kämpft die anfangs kleine und mißachtete, von Jahr zu Jahr mehr angewachsne und mehr beachtete „vaterländische Bewegung" für die Rechte unsers angestammten welfischen Fürstenhauses. Schulter an Schulter haben die beiden welfischen Parteien durch unermüdliche Agitation in Wort und Schrift, durch Anträge bei der Synode und bei der Landesversammlung versucht, dem hohen Ziele näher und näher zu kommen. Und sind ihnen nicht schon Erfolge zuteil geworden? Hat nicht das Vorgehen des Kreisdirektors Langerfeld und seiner Mitstreiter Krüger und Liebold im Landtage, hat nicht der freudige Widerhall, den diese Männer im braunschweigischen Volke gefunden haben, gezeigt, daß unser Volk in seiner großen Mehrheit treu zu seinem angestammten Fürstenhause halten will? Daß es die ablehnende Haltung der Regierung und der Landtagsmehrheit nicht billigt?

11.

Rundschreiben des Handelsvertragsvereins.

Im März. Der Handelsvertragsverein versendet folgendes Rundschreiben:

Die Neuwahlen zum Reichstag stehen vor der Tür. Mit ihnen fällt die Entscheidung darüber, ob die Politik langfristiger Handelsverträge fortgesetzt wird, oder eine Periode der wachsenden gegenseitigen Absperrung und der Zolltarife eintritt. Mehr als jemals haben Industrie, Handel und Verkehrsgewerbe jetzt ein vitales Interesse daran, daß Männer in den Reichstag gewählt werden, deren unbedingt handelsvertragsfreundliche Gesinnung über jeden Zweifel erhaben ist. Angesichts der verhängnisvollen Entwicklung unsrer wirtschaftlichen Gesetzgebung kommt es gegenwärtig weniger darauf an, welcher Parteischattierung der zu wählende Kandidat angehört, als vor allem darauf, daß Männer in das Parlament gelangen, die nach Berufsstellung und Kenntnis der wirtschaftlichen Verhältnisse Gewähr dafür bieten, daß sie mit aller Entschiedenheit für Fortführung der segensreichen Politik langfristiger Handelsverträge eintreten. Aus diesem Grunde sieht auch der Handelsvertragsverein seine nächste und dringendste Aufgabe darin, diesem Ziele alle seine Kräfte zu widmen. Um aber mit Nachdruck und Erfolg in die Wahlbewegung eingreifen zu können, sind ganz unverhältnismäßig größere Mittel erforderlich, als ihm nach seinem normalen Etat zur Verfügung stehen. Wir richten daher an Sie die dringende Bitte, uns für diesen wichtigen Zweck eine einmalige größere Beisteuer zu bewilligen. Der Gesamtausschuß des Handelsvertragsvereins. Herz, Vorsitzender. (Hamb. Nachr. v. 23. März.)

12.

Wahlaufruf des polnischen Wahlvereins für Oberschlesien.

30. April. „Wir sind Polen! Diese Worte umfassen unser gesamtes politisches Programm. Die Gemeinschaft des Blutes und des Glaubens, die Gleichheit der überaus geliebten polnischen Muttersprache, die gleichen Sitten und Gebräuche aller Polen von Putzig bis Myslowitz bilden das Band, das die Polen zu einem unzertrennlichen Ganzen vereinigt." Sodann wird weiter gesagt:

Der germanische Hochmut feiere auf dem polnischen Boden seine schönsten Orgien. Auf seine Fahne habe er die Devise geschrieben: „Entnationalisierung der Polen," und um dies zu erreichen, strenge er all seine Kräfte an. Die verschiednen deutschen Parteien bissen und zankten sich zwar zuweilen, wenn es sich aber um die Polen handle, dann legten sie ihre politischen Grundsätze beiseite und schlügen die Polen mit der größten Einmütigkeit. Sämtliche deutsche Parteien, auch Freisinnige, Zentrumsleute und Sozialdemokraten, richteten sich gegenüber den Polen nach dem einen Grundsatz „Ausrotten!" Was sollten die Polen angesichts der ungeheuren Bedrängnis seitens der Deutschen, hinter denen die preußische Regierung mit ihrem großen Staatsapparat stehe, tun? Der einzige Weg der Erlösung sei Widerstand und Wachsamkeit, die so organisiert werden müßten, daß das gesamte polnische Element in Preußen ein einziges Lager bilde, das den Befehlen der Abgeordneten gehorsam sei. Seien die Polen erst so weit, dann könnten sie hoffen, daß sie dem germanischen Ansturm die Stirn mit Erfolg

bieten könnten. Dann würden die Polen ihre Gegner dazu zwingen, daß sie ihre feindlichen Schritte einstellen müßten, und dadurch ihre Gleichberechtigung erkämpfen. Um diesen Plan durchführen und die Polen von der Abhängigkeit von dem Zentrum befreien zu können, habe man in Oberschlesien den polnischen Wahlverein ins Leben gerufen, der seinerseits wiederum den Grundsatz aufgestellt habe: „Wählet nur Polen zu Abgeordneten, die der Polenfraktion beizutreten haben." Dieser Grundsatz habe bei Tausenden von Polen in zahlreichen Versammlungen den lebhaftesten Beifall gefunden, und wenn der Verein noch 20 solcher Versammlungen hätte veranstalten können, dann wäre ihm das gesamte polnische Volk gefolgt.

13.

Wahlaufruf des polnischen Hauptwahlkomitees für Rheinland-Westfalen.

Anfang Juni. Indem das Komitee davon ausgeht, daß seit mehr als einem Vierteljahrhundert die Polen stets das Zentrum unterstützten, solange dasselbe, von dem Geiste Windthorsts geleitet, für Wahrheit, Freiheit und Recht kämpfte, sagt es, das Zentrum sei jetzt einer Unterstützung durch die Polen nicht wert. Der Einfluß Ballestrems und andrer Germanisatoren sei immer größer geworden.

Mit steigender Besorgnis habe das polnische Volk die Regierungsfreundlichkeit des Zentrums und die Gleichgiltigkeit desselben gegenüber den Klagen des polnischen Volkes wahrgenommen. Als aber unter Mithilfe des Zentrums den Schullehrern das Recht gegeben wurde, die polnischen Kinder zu prügeln, was den Fall Wreschen gebracht, als man auf die polnischen Zeitungen losdonnerte, für Heer und Marine Hunderte von Millionen bewilligte und für beispiellos hohe Getreidezölle stimmte, da sei es den polnischen Führern klar geworden, daß man mit dem Zentrum brechen und bei den Wahlen eigne Wege gehen müsse. „Wir durften nicht wagen, den Landsleuten zu raten, nochmals für den Kandidaten des Zentrums zu stimmen, solange man uns nicht die entsprechenden Konzessionen gemacht, solange man nicht insbesondre anerkannt hätte, daß die Polen auf deutscher Erde in jeder Hinsicht die gleichen Rechte haben müßten, wie die deutschen Katholiken auf polnischem Boden. Da man die Halsstarrigkeit im Zentrum kannte, so ließen wir uns ungern und nur unter dem Drucke der Zeitungen unsrer Heimat in Verhandlungen ein. Als es sich jedoch zeigte, daß diese nicht zum Ziele führen würden, als die Zentrumsmänner unsre Bevollmächtigten und in ihnen alle Polen verhöhnten, da taten wir den entscheidenden Schritt, nach gründlicher Erwägung beschlossen wir, den Polen in Westfalen, Rheinland und den übrigen Provinzen zu raten, für einen Nationalpolen zu stimmen." Den Polen, die zur Wahl des Zentrumskandidaten auffordern, wird „Bruch der nationalen Solidarität", Gewinnsucht, den polnischen Zeitungen und Missionaren „Eigenliebe, Berechnung und Unkenntnis der Lage der Polen in der Fremde" vorgeworfen. Der Wahlaufruf schließt: „Landsleute! Wir können nicht hindern, daß dort auf heimatlichem Boden manche Mitbürger ihre Besitzungen in fremde Hände verräterisch verkaufen und das polnische Volk zwingen, in der Fremde sein Brot zu verdienen. Aber geben wir nicht zu, daß man uns gegen unsern Willen an deutsche Parteien verrate. Jetzt

handelt es sich darum, ob wir polnische Arbeiter in der Fremde das Recht haben, unser Los zu entscheiden als freie Bürger, oder ob wir als hirnlose Schafe dahin gehen, wohin uns die verschmitzten Deutschen treiben. Wer sich nicht als willenloses Werkzeug der Deutschen gebrauchen lassen will, soll am 16. Juni seine Stimme einem Landsmann (dem »um die polnische Bildung hochverdienten Schriftsteller« Chociszewski) geben."

14.

Wahlaufruf des Ostmarkenvereins.

10. Mai. Der Ostmarkenverein erläßt einen Wahlaufruf, in dem es heißt:

„Die Reichstagswahlen stehen unmittelbar bevor. Großes steht auf dem Spiel: es gilt in den Ostmarken nicht nur den deutschen Besitzstand zu wahren, sondern eine Reihe von Wahlkreisen, wie Wirsitz-Schubin, Birnbaum-Samter-Schwerin, Fraustadt-Lissa dem Deutschtum wieder zu gewinnen. Unser Verein ist ein unpolitischer; er wird gebildet aus Männern der verschiedensten Berufsgattungen, der verschiedensten politischen und wirtschaftlichen Richtungen, die aber als geschlossene Einheit für die deutsche Sache im Osten eintreten. Der Verein kann daher als solcher bei den Wahlen keine Tätigkeit ausüben, weder er selbst noch seine Gruppen. Hierdurch wird das staatsbürgerliche Wahlrecht unsrer Mitglieder selbstredend in keiner Weise eingeschränkt; das Wahlrecht jedes Deutschen wird in den Ostmarken zur Wahlpflicht. Es bedarf keines Wortes darüber, daß ein Mitglied unsers Vereins bei sämtlichen Wahlen für den deutschen Wahlbewerber stimmen muß. Wir hoffen, daß diese Mahnung das Gewissen aller Deutschen schärfen und sie vor der Schande bewahren wird, gegen die nationale Pflicht zu verstoßen. Kein politischer, kein wirtschaftlicher, kein religiöser Gegensatz darf die Deutschen in den Ostmarken von der Betätigung ihres Nationalbewußtseins zurückhalten. „Hie deutsch — hie polnisch!" — das ist der Schlachtruf, der allein im Osten gelten darf. Mögen die Deutschen unter diesem Wahrzeichen in den Wahlkampf ziehen und in ihm die deutsche Sache zu einem entscheidenden Siege führen."

15.

Wahlaufruf der sozialdemokratischen Fraktion des Reichstags.

1. Mai. Das Berliner Blatt „Vorwärts" veröffentlicht folgenden Wahlaufruf:

Wähler!

Mit dem heutigen Tage ist die letzte Session des im Juni 1898 gewählten Reichstages geschlossen worden.

Indem wir nunmehr unser Mandat in die Hände unsrer Wähler zurückgeben, glauben wir mit gutem Gewissen denselben das Urteil über unsre Tätigkeit überlassen zu können.

Als wir im Frühjahr 1898 unsern Wahlaufruf veröffentlichten, versprachen wir, den Kampf gegen Unrecht, Unterdrückung und Ausbeutung in jeglicher Gestalt zu führen und den Fortschritt auf allen Wegen zu fördern. Dieses Versprechen haben wir ehrlich gehalten.

Wir taten, was wir konnten, um Unrecht zu sühnen, Gewalttat an den Pranger zu stellen, Ausbeutung zu verhindern, Unterdrückung zu bekämpfen und dem Fortschritt zu dienen.

Erreichten wir nur zu oft nicht, was wir erreichen wollten, so lag es an unsrer geringen Zahl, die einer großen Mehrheit von Gegnern gegenüberstand. Leider haben die letzten fünf Jahre an Fortschritten, denen wir glaubten beistimmen zu können, nur wenig, an neuen Volksbelastungen und Bedrückungen nur zu vieles gebracht.

Der ersten Flottenvorlage vom Jahre 1898 folgte die zweite weit größere von 1900, die auch gewaltige Mehrausgaben verursachte, der eine allezeit bewilligungslustige Mehrheit unter der Führung des Zentrums ihre Zustimmung unter Kürzung der Rechte des Reichstags gab. Das Jahr 1899 sah die Bewilligung des Militär-Quinquennats mit einer Verstärkung der Armee mit über 19000 Mann und den entsprechenden Mehrkosten.

In der langen Session von 1901 bis 1903 aber entbrannte der Kampf um den neuen Zolltarif, der in der Nacht vom 13. auf den 14. Dezember 1902 mit einer Zweidrittelmehrheit Annahme fand, nachdem diese Mehrheit unter Führung ihrer Präsidenten Recht und Gesetz mit Füßen getreten und unter Anwendung der widerrechtlichsten Mittel die Minderheit vergewaltigt hatte.

Dieser neue Zolltarif ist in unsern Augen ein Produkt der Ungesetzlichkeit und der Barbarei. Ungesetzlich durch die Formen, unter denen er zustande kam, barbarisch durch die Zollsätze, die er insbesondre für die notwendigsten Lebensmittel enthält, die eine Plünderung und Ausraubung der großen Mehrheit der Nation zum Vorteil einer begünstigten Minderheit bedeuten.

Auf Grund dieses neuen Tarifes günstige Handelsverträge für Deutschlands Industrie und für die auf den Kauf von Agrarprodukten angewiesene Volksmehrheit zu erhoffen, ist ausgeschlossen.

Als entschiedne Anhänger einer Handelsvertragspolitik, die den Austausch von Waren und Kulturmitteln mit allen Völkern der Erde nach Möglichkeit erleichtert, müssen wir aber Handelsverträge, die auf Grund des neuen Zolltarifs abgeschlossen, unsre Handelsbeziehungen mit dem Ausland und die Lebenshaltung der großen Masse der Bevölkerung verschlechtern, aufs entschiedenste bekämpfen.

Wähler! An euch ist es, bei den bevorstehenden Wahlen zu entscheiden: ob ihr die Politik der Plünderung und Ausraubung der Massen zugunsten bevorrechteter Klassen ferner sanktionieren wollt.

Es handelt sich aber nicht bloß um diese Frage, es steht auch eine Reihe andrer Fragen in den nächsten fünf Jahren zur Entscheidung.

Trotz der seit Jahrzehnten fortgesetzten ungeheuren Rüstungen zu Lande und zu Wasser, in denen Deutschland allen Staaten voraus ist und sie übertrumpfte, und obgleich schon gegenwärtig die Militär- und Marineetats mit den zu ihnen in Beziehung stehenden Ausgaben weit über 1000 Millionen Mark im Jahre verschlingen, stehen abermals neue große Rüstungen und diesen entsprechende Mehrausgaben bevor.

Das Militär-Quinquennat geht 1904 zu Ende, und alsdann erscheint wieder eine neue große Militärvorlage. Eine neue Flottenvorlage ist ebenfalls schon angekündigt worden.

So trägt Deutschland mit in erster Linie die Schuld, daß die Rüstungen kein Ende nehmen und unter den Staaten ein Wettrennen entstanden ist, bei dem schließlich die Völker zusammenbrechen müssen.

Frankreich ist schon seit Jahren an der Grenze seiner Leistungsfähigkeit an Menschen angekommen, und sein Steuer- und Schuldenkonto steigt ins

Ungemessene, gleich dem unsern. Rußland hat sich im Osten den Magen überladen und braucht Zeit zur Verdauung. Dazu kommen seine steigenden finanziellen Verlegenheiten, die Notlage seiner Bauern und die Gärung im Innern, die es ihm auf absehbare Zeit ganz unmöglich machen, an einen großen Krieg zu denken.

Aber auch die Aussicht auf eine finanzielle und soziale Katastrophe, die ein europäischer Krieg unfehlbar im Gefolge hat, verbietet es einem jeden der großen Staaten, die Brandfackel an die Pulvertonne zu legen auf die Gefahr hin, den eignen Untergang zu provozieren.

Trotz alledem ist das Deutsche Reich immer wieder der Dränger und Treiber bei diesen Rüstungen.

Wähler! Dem muß endlich ein Ende bereitet werden!

An euch ist es, ein millionenstimmiges:

Nun ists genug!

unsern regierenden Klassen ins Angesicht zu schleudern.

Mit den Militär- und Marineausgaben steigen die Ausgaben für die Kolonien, deren Entwicklung die kläglichste ist und die nicht entfernt an Handelswerten einbringen, was sie alljährlich kosten. Aber auch die übrigen Reichsbedürfnisse steigen von Jahr zu Jahr, trotzdem sie gleich den Militär- und Flottenausgaben infolge der großen Ebbe in den Reichskassen noch gewaltsam zurückgehalten wurden. So scheiterte z. B. die dringend notwendige Erhöhung der Militärinvaliden-Pensionen an dem Mangel an Mitteln. Diese Ebbe in den Reichskassen entstand, obgleich die Schuldenlast des Reiches von 1888, dem Jahre, in dem der jetzige Kaiser zur Regierung gelangte, bis heute von 721 Millionen auf fast 3000 Millionen Mark mit an 100 Millionen Mark Schuldzinsen per Jahr gewachsen ist, und die Einnahmen aus den Zöllen und indirekten Steuern seit dem Jahre 1878 von 235 Millionen auf über 900 Millionen Mark stiegen.

Ja, es steht schon heute fest, daß selbst die Mehreinnahmen, die man aus dem neuen Zolltarif erhofft, und die sich auf weit über 200 Millionen Mark belaufen werden, nicht reichen, um die in den nächsten Jahren entstehenden Mehrausgaben zu decken.

Eine erhebliche Erhöhung der Bier- und der Tabaksteuer und eine Wehrsteuer, für die man besonders in Zentrumskreisen schwärmt, werden eingeführt werden, wenn eine ähnliche Mehrheit, wie die bisherige war, in den Reichstag ihren Einzug hält.

Dieselben Klassen und Parteien, die ständig mit ihrem Patriotismus prahlen und uns der Vaterlandslosigkeit anklagen, weigern sich aufs äußerste, die großen Einkommen und Vermögen zu den Militär- und Flottenkosten heranzuziehen, sie halten es aber für patriotisch und gerecht, durch maßlose Zölle, indirekte Steuern und Liebesgaben aller Art auf die notwendigsten Lebensmittel die armen Klassen aufs schamloseste zu belasten.

Wähler! An dem Tage, an dem die besitzenden Klassen im Reiche gezwungen werden, durch Einkommen- und Vermögenssteuer die Unkosten für neue Militär- und Flottenrüstungen aufzubringen, ist es mit der Bewilligung derselben zu Ende. Dann geht der Patriotismus dieser Klassen in die Brüche, und damit zeigt sich, wie überflüssig diese Rüstungen sind.

Auch in den Einzelstaaten geht wie im Reich das finanzielle Elend um; sie wissen nicht mehr ein noch aus. Die dringendsten Kulturaufgaben leiden bitter Not, aber für neue Rüstungen sind immer wieder die Mittel vorhanden, oder sie werden beschafft, als seien die Millionen Kot.

Wähler! Wenn solchen Zuständen gegenüber euch nicht endlich der Geduldsfaden reißt, dann wundert euch nicht, wenn ihr nicht nur mit Ruten, sondern mit Skorpionen gezüchtigt werdet.

Und wie steht es in der inneren Politik? Die dringendsten Reformen in der Rechtspflege, die notwendigsten sozialen Reformen, die Ausdehnung des Arbeiterschutzes, einschneidende Maßregeln für die Volksgesundheit usw. werden mit der Antwort abgetan:

Das kostet zu viel, und wir haben kein Geld!

Preß-, Vereins-, Versammlungsgesetze, das Koalitions- und Genossenschaftsrecht der Arbeiter, die persönliche Freiheit der Bürger und Bürgerinnen werden in einer Weise behandelt, als stünde Deutschland nicht auf einer der ersten, sondern auf einer niedern Stufe der Kultur!

Dem allen gegenüber gibt es nur ein Mittel der Hilfe:

Kampf und wieder Kampf gegen alle, die diese heillose Wirtschaft verschulden, bis sie verschwunden sein werden!

Insbesondre ist es die Aufgabe der Arbeiterklasse, die am stärksten unter all diesen Uebeln leidet, mit allen ihren Kräften die Sozialdemokratie in ihren Kämpfen wider das ungeheure Unrecht, das Staat und Gesellschaft Tag für Tag verüben, zu unterstützen.

Aber auch die Frauen, und namentlich die Arbeiterinnen, die bisher von einer politischen Betätigung ihrer Menschenrechte ausgeschlossen wurden, haben bei den großen Fragen, deren Entscheidung durch den Ausfall der Wahlen vorbereitet wird, allen Grund, für die Kandidaten der Sozialdemokratie einzutreten.

Können sie nicht wählen, so sollen sie agitieren. Der Agitation aller Art, selbst durch Mißbrauch von Kanzel und Beichtstuhl, müssen sie das offene Eintreten für ihre heiligsten Interessen gegenüberstellen.

Die Sozialdemokratie kämpft dafür, daß Staat und Gesellschaft aufhören, Klasseninstitutionen zu sein, durch die die herrschende Minderheit die Mehrheit in Abhängigkeit von sich erhält, beherrscht, bedrückt und plündert.

Wähler! Darum auf zur Wahl!

Der Wahltag soll ein Tag des Gerichts, der Abrechnung sein mit denen, die euch hudeln und bütteln; er soll aber auch ein Siegestag sein, von dem eine neue, schönere Zukunft datiert.

Bedenkt, daß ihr durch die Beschlüsse einer reaktionären Reichstagsmehrheit nur alle fünf Jahre einmal zu den Wahlurnen gerufen werdet. Wie selten kommt ein solcher Tag in euerm Leben. Benutzt ihn also! Benutzt ihn so, daß jeder von euch mit gutem Gewissen sich sagen kann:

Ich habe meine Schuldigkeit getan!

Wähler! Unsre Gegner laufen umher und jammern nach einer Wahlparole. Wir haben sie.

Eure Wahlparole sei:

Nieder mit dem die Völker aussaugenden Militarismus und Marinismus in seiner jetzigen Gestalt! Völkerverständigung! Völkerfrieden!

Nieder mit einer verderblichen Zoll- und Handelspolitik, die viele Millionen in ihren Lebensinteressen schädigt!

Nieder mit einer Steuer- und Zollpolitik, die die Armen bedrückt und die Reichen begünstigt!

Nieder mit der Reaktion im Innern, der staatlichen Willkür, der Bevormundung, dem Polizeidruck, der Rechtsunsicherheit!

Auf zum Kampf für den Fortschritt auf allen Gebieten, für Wissen und Aufklärung, für Befreiung und Erlösung von allem

Druck, den Klassenstaat, Klassenherrschaft und Klassengesetzgebung auf die Schultern der schwer arbeitenden Volksmehrheit geladen haben.

Unser Ziel ist die Herbeiführung der sozialistischen Staats- und Gesellschaftsordnung, gegründet auf dem gesellschaftlichen Eigentum an den Arbeitsmitteln und der Arbeitspflicht aller ihrer Glieder. Schaffung eines staatlichen und gesellschaftlichen Zustandes, in dem die Wahrheit, die Gerechtigkeit, die Gleichberechtigung und die Wohlfahrt aller der unverrückbare Leitstern für alles Handeln ist.

Wähler! Wer von euch diese unsre Anschauungen teilt, der stimme am 16. Juni nur für den Kandidaten der Sozialdemokratie!

II.

Die Hauptwahl.

16. Juni. Die Zahl der Wahlberechtigten im ganzen Reiche beträgt nach amtlicher Feststellung 12545801.

Von diesen Wahlberechtigten beteiligen sich an der Wahl 9495587.

Der Stimme enthalten sich also 3050214. Die bei der vorigen Reichtagswahl im Jahre 1898 der Stimme sich Enthaltenden werden also diesmal um 1742897 übertroffen.

Endgiltig sind 211 Abgeordnete gewählt, nämlich 31 Konservative, 88 vom Zentrum, 14 Polen, 6 von der Reichspartei, 54 Sozialdemokraten, 4 Wilde, 6 Elsässer, 5 Nationalliberale, 1 Däne, 1 von der Reformpartei, 4 vom Bauernbund. Es sind 186 Stichwahlen erforderlich, an denen beteiligt sind (je 2 = 366): 37 Konservative, 121 Sozialdemokraten, 24 von der Freisinnigen Volkspartei, 65 Nationaliberale, 11 von der Freisinnigen Vereinigung, 4 Elsässer, 8 Polen, 16 von der Reichspartei, 1 vom Bund der Landwirte, 5 Antisemiten, 35 vom Zentrum, 9 Wilde, 6 vom Bauernbund, 8 von der deutschen Volkspartei, 8 Welfen, 4 von der Reformpartei.

Für Sozialdemokraten sind die meisten Stimmen abgegeben, nämlich 3087700, das Zentrum erhielt 1790000, für Nationalliberale stimmten 1290000 (die beiden letzteren Parteien haben seit der vorigen Reichstagswahl im Jahre 1898 an Stimmen gewonnen, und zwar betrug der Zuwachs beim Zentrum 334900, bei den Nationalliberalen 318700. Die Sozialdemokraten hatten bei der Wahl von 1887, zur Zeit des Sozialistengesetzes, 763100 Stimmen erhalten, im Jahre 1890 stieg die Zahl auf 1427300, im Jahre 1893 auf 1786700, im Jahre 1898 auf 2107700, sie haben also seit damals 980600 Stimmen mehr erhalten). Ferner erhielten diesmal die Konservativen 920000, sie gewannen also seit voriger

Wahl 69800; für die Reichspartei wurden 290000 Stimmen abgegeben, sodaß sie seit 1898 verloren 53600. Nach den einfachen Wahlen vom 16. Juni würden also nicht vertreten im Reichstage sein: 1. die nicht Stimmenden: 3050214. 2. die ungiltigen Stimmen: 11884, 3. die Minoritäten in allen Wahlkreisen des Reichs 4249609, mithin zusammen: 7311707, sodaß im Grunde bloß 5234094 Wähler vertreten sind.

17. Juni. Die meisten politischen Blätter heben als die besonders bezeichnenden Merkmale dieser Wahlen hervor: den starken Erfolg der Sozialdemokratie, die Niederlage der extremen Agrarier und die weitere Schwächung der bürgerlichen Linken.

Die „Kreuzzeitung" spricht sich zu dem Ausfall der Wahlen also aus:

Es besteht über den allgemeinen Gang unsrer innern politischen Entwickelung jetzt wenigstens in zwei maßgebenden Punkten volle Klarheit. Der erste dieser Punkte betrifft die Nachrichten über die Siege der Sozialdemokratie. Diese pflegen zuerst einzulaufen und machen auf viele gute Bürger regelmäßig einen recht beunruhigenden Eindruck. Trotzdem steht schon jetzt fest, daß die Großstädte und die sonstigen Kreise mit starker industrieller Tätigkeit in immer wachsendem Maße der Sozialdemokratie verfallen. Ebenso steht fest, daß die ländlichen Kreise nach wie vor das sicherste Bollwerk gegen die Umsturzpartei bilden. Zwar gewinnt auch in ihnen, dank der wüsten Verhetzung unsrer ländlichen Arbeiter durch die Presse, die Flugblätter und die Wanderredner der Sozialdemokratie, diese Partei allmählich an Boden. Aber der Kern unsrer ländlichen Bevölkerung will von ihr nichts wissen, und auch die Mehrheit der Landarbeiter hat sich nicht gewillt gezeigt, ihren Lockungen Folge zu leisten. Wir sollten meinen, daß hiermit die Bahn für unsre Wirtschaftspolitik gezeichnet ist. Hoffentlich wird diese Lehre, die in dem Ausfalle der Wahlen liegt, von unsern verbündeten Regierungen richtig gewürdigt werden. Der zweite Punkt betrifft die Stellung des künftigen Reichstages zu nationalen Fragen. Die Befürchtung, daß er in diesen Fragen versagen werde, scheint ausgeschlossen zu sein, sofern das Zentrum bei der Haltung verbleibt, die es in den letzten Jahren eingenommen hat. Versagt aber das Zentrum, so besteht die ernste Gefahr, daß sich für Gesetzentwürfe, die die Sicherung der Existenz des Reiches durch eine zeitgemäße Ausgestaltung unsrer Wehrkraft zum Ziele haben, im Reichstage keine Mehrheit zusammenfindet. Nun besteht bekanntlich in weiten Kreisen unsers Volkes das Bestreben, durch Bildung einer antiultramontanen Vereinigung den konfessionellen Gegensatz auf die Spitze zu treiben. Bei der Bekundung dieses Bestrebens beruft man sich auf die angebliche nationale Unzuverlässigkeit des Zentrums und leitet aus der Zugehörigkeit zur evangelischen Kirche für nationalgesinnte Deutsche die Pflicht ab, das Zentrum unter allen Umständen und auf der ganzen Linie zu bekämpfen. Es ist klar, daß das Zentrum, wenn es auf diese Weise etwa mit der Umsturzpartei auf eine Stufe gestellt wird, in nationalen Fragen naturgemäß zu seiner frühern ablehnenden Haltung zurückgedrängt werden muß und auf diese Weise die Leitung des Reiches in jenen Fragen auf die werktätige Unterstützung der Mehrheit des Reichstages nicht mehr rechnen kann.

„Vorwärts," das Hauptorgan der Sozialdemokratie, ruft aus:

Berlin, die Hauptstadt der Sozialdemokratie, Deutschland, das Reich der Sozialdemokratie. Der Zusammenbruch des Freisinns in Berlin ist vollständig; der Versuch der Konservativen, Boden in der Hauptstadt zu gewinnen, ist gescheitert. Wir haben Dresden-Altstadt, Solingen, Pirna, Plauen, Zittau, Döbeln, Altenburg, Darmstadt, Limbach, Schwarzenberg, Bremen, Bielefeld, Bayreuth gleich in der Hauptwahl oder überhaupt zum erstenmal erobert. Sachsen ist völlig das rote Königreich geworden. Im Zentrumsturm klaffen die Risse; Kattowitz ist für es verloren, im rheinisch-westfälischen Industriebezirk ist die Sozialdemokratie mächtig gegen das Zentrum vorgedrungen, in Württemberg gegen die Demokratie. Die Wahlen sind ein zerschmetternder Schlag für das ganze herrschende System. Es bereitet sich eine Weltwende der deutschen Politik vor. Deutschland wird zum Lande des Sozialismus, dem unüberwindlich vorwärts drängenden, dem Befreier und Erlöser. Der Sieg des deutschen Proletariats ist der Sieg der deutschen Kultur. Unser das Reich, unser die Welt!

Diese Aussprüche veranlassen den Berliner „Reichsboten" zu folgenden Bemerkungen:

Man kann es dem Blatt nicht verdenken, daß es siegestrunken jubelt. Nur das ist falsch, wenn der „Vorwärts" den Ausfall der Wahlen schlechthin als einen Sieg des Sozialismus hinstellt; denn das ist er nicht. Wie es auch äußerlich durch den Rückgang des Liberalismus, insbesondre des Freisinns zum Ausdruck kommt, tritt die Sozialdemokratie an die Stelle der frühern demokratischen Fortschrittspartei als ein Sammelbecken für alle unzufriednen Elemente. So wenig die großen Volksmassen früher die Demokratie und die Republik wollten, als sie fortschrittlich-demokratisch wählten, so wenig wollen sie jetzt den Sozialismus. Es wählt heute alles sozialdemokratisch, was mit der Regierung unzufrieden ist, um seiner Unzufriedenheit einen demonstrativen Ausdruck zu geben, und das wird der Bevölkerung durch das Reichstagswahlrecht bedeutend erleichtert. Diese unsre Auffassung wird uns durch Zuschriften aus dem Lande bestätigt. Der Ausfall der Wahlen ist für die Regierung und insbesondre für den Grafen Bülow ein sehr schwerer Schlag, der für ihn als Reichskanzler wahrscheinlich tödlich sein wird. Denn gegen seine Politik richtet sich die Unzufriedenheit und es wird ihm schwerlich möglich sein, seine Lage zu bessern.

18. Juni. Die „National-Zeitung" hebt hervor, daß, abgesehen vom Anwachsen der Sozialdemokratie, die eklatante Niederlage der Agrarier erfreulich sei. — Die „Germania" zeigt sich durch den bisherigen Wahlausfall befriedigt. — Das „Berliner Tageblatt" bemerkt:

Man wird sich hüten müssen, noch einmal die sozialdemokratische Bewegung zu unterschätzen. Sie hat sich gerade diesmal als ein Faktor erwiesen, mit dem nicht bloß die übrigen Parteien, sondern auch die Regierungen noch weit stärker als bisher rechnen müssen. Je eher und je gründlicher diese Revision der Stellung zur Sozialdemokratie vorgenommen wird, um so besser wird man sich in Zukunft vor unliebsamen Ueberraschungen sichern.

Die konservative Partei sagt in einem Aufrufe zur Stichwahl:

Unter allen Umständen gegen die Sozialdemokratie! Es muß daher bei den Stichwahlen jede konservative Stimme aufgeboten werden, um

darzutun, daß die konservative Partei gewillt ist, die Sozialdemokratie mit allen Kräften zu bekämpfen. Als eine Partei, die auf christlichem und monarchischem Boden steht, muß gerade die konservative Partei alles, jeden Mann und jede Stimme aufbieten, um den Sozialdemokraten, den Vertretern des Antichristentums und der Republik, möglichst zahlreiche Niederlagen zu bereiten. Wir treten nicht in die Schranken für diese oder jene Partei, sondern für unser Vaterland, für das Gemeinwohl, für die Monarchie!

Auch die „antiultramontane Wahlvereinigung" erläßt einen Aufruf: Zur Stichwahl:

Abermals ist es in der großen Mehrzahl der Kreise zu keiner Entscheidung gekommen. Wiederum hat das Zentrum in einer großen Reihe von Kreisen den Sieg davon getragen, und nur ein entschlossenes Vorgehen aller der Männer, in denen der deutsche Geist des Protestes gegen römisches Wesen lebendig ist, wie ihn Luther in unserm Volke erweckte, kann es erreichen, daß die ultramontane Macht nicht neue Triumphe erringt. Denn nicht um wirtschaftliche Fragen, nicht um materielle Güter allein handelt es sich. Es wäre traurig bestellt um unser Vaterland, wenn bei uns kein Raum, kein Interesse mehr wäre für die großen geistigen Bewegungen, für das gewaltige Kämpfen und Ringen, das seit der Zeit der Hohenstaufen die Gemüter erregt, das als die gewaltigsten Streiter einen Luther, einen Bismarck auf den Walplatz geführt hat. Nein, der Kampf um die deutsche Kultur ist nicht zu Ende, seine Glut muß fortleuchten, seine Flamme muß lodern, bis endlich der Sieg erfochten ist für das evangelische Kaisertum gegen Rom. Die Ultramontanen sind der Feind, nicht die Katholiken, die duldsam neben uns stehen, nicht die Männer, die vielleicht in dem Streit um die wirtschaftlichen Fragen den Zoll um einige Pfennige erhöhen oder erniedrigen wollen. Denn der Ultramontanismus ist intolerant im Kerne seines Wesens.

Die „Frankfurter Ztg." (demokr.) spricht sich also aus:

Die reaktionären Parteien erleiden ihre Haupteinbuße da, wo sie am rücksichtslosesten gewirtschaftet haben, in Sachsen. Die Wahlentrechtung hat ihre Früchte getragen und der Sozialdemokratie eine Anhängerschaft zugeführt, die sie sonst so bald nicht erreicht hätte. Die sächsischen Kartellbrüder haben Niederlage auf Niederlage erlitten, und es kann sein, daß Sachsen nur von Sozialdemokraten im Reichstage vertreten sein wird. Das hervorstechendste Resultat des Wahlergebnisses ist die Zurückdrängung der äußersten Rechten und ein Anschwellen der äußersten Linken. Der Bund der Landwirte, der die Wahlen von 1898 auf der rechten Seite geradezu beherrscht hatte, ist bei den diesmaligen Wahlen nahezu ausgeschieden und so schwer auf das Haupt geschlagen worden, daß er sich davon nie mehr erholen wird. Mit ihm sind auch die Antisemiten zusammengehauen worden.

Auch die „Weser-Ztg." bemerkt: Die Wahlen von 1903 sind in der Tat die Quittung für die agrarische Interessenpolitik, die in dem unter Bruch der Geschäftsordnung zustande gekommnen Zolltarif ihren prägnantesten Ausdruck gefunden hat.

Das Hauptorgan der Agrarier will der Regierung die Hauptschuld am erneuten Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen zuschieben, indem es sagt:

Selbstverständlich haben sehr viele Wähler, da sie einmal über das Wesen der Sozialdemokratie niemals ein ungünstiges Wort von der Regierung

gehört haben, andrerseits aber beobachten, wie die Regierung der Sozialdemokratie durch das sogenannte Klosettgesetz möglichst freie Bahn zu schaffen sucht, kein Bedenken mehr getragen, zu Herrn Singer überzugehen. Ja, es ist sehr wahrscheinlich, daß viele Wähler, die stets nach dem Wunsche der Regierung fragen, angesichts der obenerwähnten Tatsachen zu der Ueberzeugung gelangt sind, die Regierung begünstige die Sozialdemokratie und sähe ihre parlamentarische Verstärkung gern.

Unter der Ueberschrift „Das rote Sachsen" wird mehreren Blättern aus Leipzig geschrieben:

Unmittelbar neben der Reichshauptstadt rangiert das Königreich Sachsen auf der Siegesliste der Sozialdemokratie. Zu den zwölf Mandaten, die dieselbe schon besitzt, kommen als Beute des ersten Wahlganges sechs neue Eroberungen hinzu. Damit besitzt die Sozialdemokratie in Sachsen bereits jetzt achtzehn Mandate und kommt in den fünf übrigen Kreisen in die Stichwahl, bei der ihre Chancen die ausnahmslos günstigsten sind. Dazu kommt der enorme Stimmenzuwachs in Leipzig-Land (+ 13000), in Chemnitz (+ 10000) und andern Kreisen, die 3000, 4000 und 5000 Stimmen mehr als bei der letzten Wahl aufbrachten. Die sozialdemokratische Presse schätzt die gesamte Mehrabgabe sozialdemokratischer Stimmen in Sachsen auf 100000; das wäre eine Zunahme von 30 Prozent.

21. Juni. Infolge des Wahlstreits der Polen mit den Zentrumsleuten in Oberschlesien kommt es in Laurahütte zu Ausschreitungen.

23. Juni. Die „Germania" gibt zu den Stichwahlen folgende Parole aus:

Für die Zentrumswähler muß selbstverständlich überall und unter allen Umständen die Parole gelten, daß es durchaus unzulässig ist, eine Stimme für den sozialdemokratischen Kandidaten, selbst bei der Stichwahl, abzugeben. Wessen Partei der Gegenkandidat sein mag, und was auch immer gegen seine Persönlichkeit eingewendet werden kann: nichts kann einen Zentrumswähler bestimmen, auch nur eine Stimme für einen Sozialdemokraten abzugeben und sich so positiv an der Wahl eines solchen zu beteiligen.

III.

Die Stichwahlen.

25. und 27. Juni. Es finden die Stichwahlen statt, infolge deren der künftige Reichstag, nach Angabe der halbamtlichen „Nordd. Allg. Ztg." vom 2. Juli, enthalten wird: 52 Deutsch-Konservative, 20 Reichspartei, 50 Nationalliberale, 100 Zentrum, 4 Hospitanten des Zentrums, 9 Freisinnige Vereinigung, 21 Freisinnige Volkspartei, 6 Süddeutsche Volkspartei, 81 Sozialdemokraten, 1 National-Soziale, 2 Christlich-Soziale, 9 Antisemiten, 16 Polen, 2 Deutschhannoveraner (nicht Hospitanten), 1 Däne, 7 Elsässer, 1 Bund der Landwirte, 6 Bauernbund, 10 sonstige Wilde. Infolge des Wahlkampfs finden in Dortmund, Frankfurt a. M. und Plauen Ausschreitungen statt.

9. Juli. Der „Reichsanzeiger" teilt die amtlichen Wahlziffern mit. Hiernach haben in den Stichwahlen Stimmen erhalten: die Sozialdemokraten 3025103, das Zentrum 1853707, die Nationalliberalen 1243393, die Konservativen 909714, die Freisinnige Volkspartei 523505, die Polen 340480, die Reichspartei 282454, die Antisemiten 244587, die Freisinnige Vereinigung 241116, der Bauernbund (bayr. und württemb.) 117327, der Bund der Landwirte 114350, die Wildliberalen 102074, die Welfen 94214, die Wildkonservativen in Lothringen 94150, die Deutsche Volkspartei 93804, die elsässische Landespartei 81527, die Nationalsozialen 27334, die Mittelstandskandidaten 26809, die Christlichsozialen 23115, die Dänen 14843, die Litauer 6012, die mecklenburgische Rechtspartei 502. Es sind also in den Stichwahlen 42565 Stimmen weniger abgegeben als in der Wahl vom 16. Juni.

10. Juli. In der Reichstagswahl im Wahlkreise Konitz-Tuchel erhält der Pole Kulerski 6024 von 11920 abgegebnen Stimmen.

IV.

Die Parteien über das schließliche Wahlergebnis.

27. Juni. Die „National-Ztg." spricht sich hierüber also aus:

Nachdem die Würfel gefallen sind, ist man fast „so klug als wie zuvor." Die schärfsten Agrarier sind geschlagen, die schärfsten Antiagrarier haben den Vorteil gehabt — das ist und bleibt die einzige, allerdings auch höchst beachtenswerte Lehre, auf die immer wieder hingewiesen werden muß und die sowohl von der Regierung wie von den zwischen beiden Gruppen stehenden Parteien auf das entschiedenste beherzigt werden sollte. Der Ruck nach links macht zwar, wenn man die frühere und die jetzige Stärke von Sozialdemokratie und Freisinn zusammen in Betracht zieht, im Vergleich mit der Gesamtzahl der Reichstagsmandate ziffernmäßig nur drei Prozent aus, gewinnt aber an Wirkung durch das Absägen der Extremsten auf der rechten Seite. Dieser Ausgang fordert zu einer entsprechend festern Haltung gegenüber den agrarischen Ansprüchen auf. Mit dieser etwas veränderten Nuance bleiben die Macht- und Mehrheitsverhältnisse im großen und ganzen doch die alten. Die „regierende" Partei kann, wenn auch ein wenig geschwächt, in alter Weise mit den Konservativen und Nationalliberalen eine positive, mit den Sozialdemokraten und Freisinnigen eine negative Mehrheit bilden. Eine dritte Gruppierung wäre denkbar und gegebnenfalls notwendig, wenn der Reichstag vor eine handelspolitische Entscheidung gestellt wird, bei der die Regierung sich auf die Linke stützen muß und sowohl die Konservativen wie der agrarische Teil des Zentrums die Gefolgschaft versagen. Sehen wir keinen unmittelbaren Grund zur Beunruhigung, so brauchen wir doch auf der andern Seite nicht zu wiederholen, daß wir den Arbeiten des neuen Reichstages keineswegs mit einem Gefühl zuversichtlichen Behagens entgegensehen.

Das „Berliner Tageblatt" faßt seine Ansichten dahin zusammen:

Die Lehre, die für jeden nur einigermaßen politisch denkenden Mann schon aus dem Wahlergebnis von 1898 sich von selbst ergab, ist auch diesmal nicht beherzigt worden. Die Folgen sind denn auch wirklich nicht ausgeblieben. Soll sich aber dieser Fehler, diese politische Sünde wiederholen? Geht's im liberalen Lager so weiter wie bisher, werden die furchtbaren Erfahrungen der beiden letzten Wahlen nicht sehr ernsthaft beherzigt, dann wird auch die überkluge Stichwahlpolitik die sinkenden liberalen Gruppen vor dem völligen Ertrinken oder Ertränktwerden — wenn das besser klingt — nicht retten.

Eine Aeußerung der „Freisinnigen Ztg." lautet:

Der Wahlkampf ist ein überaus heftiger gewesen, wie nie zuvor unter dem Reichswahlrecht. Ueber die Schwierigkeit, sich zu behaupten, hat die Partei sich von Anfang an keinen Täuschungen hingegeben. Die Aufrührung aller Interessenfragen durch die unheilvolle Zollpolitik der Regierung mußte eine Partei, die wie die Freisinnige Volkspartei keinerlei Sonderinteressen dienen will, sondern das Allgemeinwohl sich zur Richtschnur nimmt, von vornherein in eine ungünstige Lage bringen. Unser Gegensatz zu dem neuen Zolltarif bereitete uns heftige Anfeindungen von rechts her, während von links her die Sozialdemokratie uns ohne Rücksicht auf die Folgen für die Zusammensetzung des neuen Reichstags heftiger noch als die Rechtsparteien angriff, systematisch in Wählerkreisen verleumdete und die niedrigsten Leidenschaften gegen uns aufstachelte. Nicht nach zwei Fronten bloß, sondern mehrfach selbst nach drei oder gar vier Fronten mußten wir den Wahlkampf führen. Die innern politischen Verhältnisse in Deutschland sind unerfreulicher als je zuvor. Die Nachwirkungen der von dem Fürsten Bismarck eingeleiteten falschen Politik im Innern treten immer nachteiliger hervor. Schwere Stürme und innere Krisen liegen im Bereich der Möglichkeit in absehbarer Zukunft. Es gilt für die Freisinnige Volkspartei, furchtlos und beharrlich im bisherigen Kurse weiter zu steuern. Darum vorwärts und Glückauf!

In der „Zeit" veröffentlicht Pfarrer Naumann eine Erklärung. Darin sagt er:

Wir Nationalsozialen kommen als geschlagne Truppe aus dem Kampf. Wir sind nicht unterlegen, weil es an Geld oder Mitteln gemangelt hätte. Alles, was wir brauchten, war da. Unser Freundeskreis hat Bewundernswertes geleistet. Wenn wir trotzdem verloren haben, so bedeutet das: Wir sind nicht imstande, die neue Partei zu gründen. Das ist eine bittere Klarheit, aber es ist Klarheit. Jetzt handelt es sich nicht mehr um den weiteren Versuch, Partei zu sein, sondern es handelt sich nur noch um die Vertretung eines politischen Gedankenganges, der dadurch nicht stirbt, daß er heute noch keine parteibildende Kraft hat. Im Grunde gibt es nur einen wirklichen großen Grund des Niederlage. Die Wucht des sozialdemokratischen Wachstums ist so groß, daß trotz unsrer Arbeit überall, auch uns gegenüber, die Sozialdemokratie stark gewachsen ist. Die große Welle hat uns verschlungen. Der „Bruder der Sozialdemokratie" war zu schwach, um sich zu halten. Das große Ereignis der Reichstagswahl ist also das Anwachsen der Sozialdemokratie. Das ist für uns tief bedauerlich, weil es unsre Arbeit verschlingt; aber es ist keineswegs in jeder Hinsicht ein Unglück. Aus der Masse heraus, die heute Sozialdemokratie heißt, muß die neue deutsche Linke entstehen; je schneller die Sozialdemokratie wächst, desto größer wird ihre politische Verantwortlichkeit, und desto eher kommt der Zeitpunkt, wo sie nationale Wirklichkeitspolitik treiben muß.

Das sozialdemokratische Hauptorgan „Vorwärts" frohlockt mit folgenden Worten:

Gegen zwei Parteien haben bei diesen Wahlen die Behörden gearbeitet, auch durch amtliche Beeinflussung. Zwei Parteien wurden von dem Bruderbund aller Parteien ausgeschlossen: die Sozialdemokraten und die Polen. Und diese Parteien sind die einzigen, die die Wahlschlacht mit Erfolgen abgeschlossen haben. Die Sozialdemokraten und die Polen, beide das Ziel aller Hetze und Verleumdung, haben nicht nur einen gewaltigen Stimmenaufschwung zu verzeichnen, sondern kehren auch in den Reichstag in verstärkter Zahl wieder. Uns und den Polen haben alle bürgerlichen Parteien ihre Verluste zu verdanken. Sie alle verlassen, mehr oder minder zerschunden, das Kampffeld. Nur die Sozialdemokraten und — die Polen marschieren. Keine bürgerliche Partei glaubt mehr an ihre Zukunft; ihr ganzes Sinnen beschränkt sich darauf, zu retten, was zu retten ist. Keine bürgerliche Partei, selbst das Zentrum nicht mehr ganz — obwohl es im dunkelsten Deutschland noch ungebrochen ist —, vermag noch aus eigner Kraft, aus eignem Recht zu leben. Sie existieren nur noch davon, daß sie sich gegenseitig für das geringere Uebel erklären und Wahlhilfe leisten; das Kompagniegeschäft der Blinden und Lahmen. Sie sind nicht selbständige Organismen mehr, sondern nur noch kleinere Uebel. Sie leben davon, daß man in der Sozialdemokratie den schlimmsten Feind sieht. Der Zustand des „kleinern Uebels aber ist eine Vorstufe des völligen Zusammenwachsens. Bald werden alle die besondern kleinen Uebel, die sich gegenseitig durchhalfen, zu einem einzigen großen Uebel zusammengewachsen sein. Wir waren als Revolutionäre und Republikaner oder auch als Umstürzler, Schänder und Zerstörer aller heiligen Güter in den Wahlkampf gezogen — und drei Millionen deutscher Wähler bekannten sich stolz zu den Elenden. Das ist vielleicht das Bedeutsamste unsres Erfolges, daß wir ihn auf Grund eines Programms und einer Taktik gewannen, die auch nicht die leiseste Konzession an die Lauen und Schwachmütigen machte. Die Republikaner vertreten jetzt fast alle Residenzen des monarchenreichsten Landes der Welt; nur Potsdam und Schwerin ist noch mit knapper Not vor der Schmach bewahrt, vielleicht auch hier und da ein Duodezresidenzchen. Wir Barbaren halten die rote Fahne über die bedeutsamsten Stätten deutscher Wissenschaft und Kunst: Berlin, Leipzig, München, Halle, Königsberg usw. Wir Todfeinde des Militarismus herrschen mitten zwischen den wimmelnden Kasernen des Kanonenstaates. Wir Gegner der abenteuerlichen Weltpolitik genießen das Vertrauen aller Hansastädte. Wir Zerstörer der Religion drangen selbst in die Festen des Klerikalismus ein, und auch das Landvolk hat uns, die wir doch — so sagen sie ja alle — den Bauern von der Scholle treiben wollen, seine Stimmen gegeben, sofern es frei wählen durfte und unser Wort zu ihm dringen konnte. Und schließlich sind wir „Zertrümmerer des Parlamentarismus" nunmehr seine eigentlichen Träger, welche den Gesetzgebungsmechanismus arbeitsfähig machen! Kurz, alle Kulturzentren Deutschlands und alle Kulturelemente sind unser.

1. Juli. Es sind, sagt die „Nat.-Ztg.," erst vierzehn Tage ins Land gegangen, seitdem die drei Millionen Stimmen für die sozialdemokratischen Kandidaten abgegeben worden sind, und jeder Blick in die sozialdemokratische Presse lehrt, daß die Parteiführer und Abgeordneten staunend und ratend vor dem Ergebnis stehen und nicht wissen, wie sie in Zukunft ihre Taktik danach ummodeln sollen. Die

Gewählten haben das sichere Gefühl, daß sie nicht von drei Millionen Sozialdemokraten gewählt sind, sondern von jener großen Masse des Volkes, die, ohne in ihrer Mehrheit den sozialdemokratischen Endzielen zu huldigen, dem schärfsten Protest gegen jede hochagrarische Politik und ihrer Unzufriedenheit über tausend Einzelheiten einen für die Regierung möglichst empfindlichen Ausdruck geben wollte. Das sozialdemokratische Programm in seiner reinen Form hat im Wahlkampf so gut wie gar keine Rolle gespielt. Alles, was in fünf Jahren an Mißstimmung und Unzufriedenheit angesammelt ist, wurde aufgefrischt und neu erregt, ohne daß man es für der Mühe wert hielt, sich mit den Wählern über das Programm der sozialistischen Zukunft zu unterhalten. Die selbstverständliche Folge ist, daß die mit solchen Mitteln zu ihrem Mandat gelangten Abgeordneten auch im Parlament nicht sowohl mit den alten sozialdemokratischen Zielen, wie mit der Kritik aller irgendwo Unzufriedenheit erregenden Vorgänge zu operieren und sich als scharfe Oppositionspartei, aber nur in sehr bescheidnem Maße als Vorkämpfer des „Zukunftsstaats" zu geben haben werden.

Dreizehnter Abschnitt.

Die Parteien über die Rede des Kaisers in Hamburg.

22. Juni. Die am 20. Juni vom Kaiser in Hamburg gehaltene Rede (S. 21) veranlaßt das „Berliner Tageblatt" zu folgenden Aeußerungen:

In drei Teile gliedert sich die Rede des Kaisers: nacheinander gedenkt er der Gegenwart, der Vergangenheit und der Zukunft. Und jeder der drei Abschnitte ist für sich interessant.

Zunächst der, der von der Gegenwart handelt. Was Wilhelm der Zweite da sagt, ist von besonders aktuellem Interesse angesichts der Tatsache, daß Stadt und Staat Hamburg auch bei dieser Reichstagswahl, wie bisher, ausschließlich Sozialdemokraten als Vertreter der hamburgischen Bevölkerung in den Reichstag schicken. Wenn der Kaiser die Errichtung des Denkmals seines Ahns, wenn er den wahrhaft überwältigenden Empfang, der ihm selbst von „groß und klein, hoch und niedrig" zuteil geworden, als einen Beweis des monarchischen Gefühls und des Patriottismus der Hamburger rühmt, so hat er mit dieser Schlußfolgerung zweifellos nicht unrecht. Und daraus ergibt sich aufs neue die Richtigkeit der Anschauung derer, die in dem Anwachsen der sozialdemokratischen Stimmen bei den Wahlen nicht zugleich ein Anwachsen der Zahl der überzeugten und „zielbewußten" Sozialdemokraten sehen.

Der zweite Teil des Kaisertoasts gilt der Vergangenheit, der Bedeutung des Mannes, dem zu Ehren die Hamburger das Kaiserdenkmal erstellt haben.

Man kennt die individuell-subjektive Wertung, die Wilhelm der Zweite dem Wirken der am deutschen Einigungswerk beteiligten Männer angedeihen läßt. Man weiß, daß er im Gegensatz zu den meisten Historikern jener Epoche den greisen Preußenkönig als die Persönlichkeit ansieht, die aus eignem Entschluß und eigner Einsicht auf das Ziel der Einigung der Deutschen unter Preußens Führung hinsteuerte. Ueber die Berechtigung einer solchen Auffassung ist genug debattiert worden. Der überwiegende Teil der Nation wird auf Grund der bisherigen Ergebnisse der historischen Forschung, die den greisen Träger der preußischen Krone nur zögernd und bedenklich die Reichskrone entgegennehmen lassen, das Werk der Mitarbeiter Wilhelms des Ersten anders einschätzen, als es der Enkel des ersten deutschen Kaisers tut. Bei aller Ehrfurcht, bei aller Verehrung und Liebe, die der alte Kaiser bei der Nation für alle Zeiten genießen wird, wird das Volk doch kaum von der Ueberzeugung abweichen, daß die Kaiserkrone vornehmlich das Werk jener Männer war, die Wilhelm der Zweite in Hamburg die gewaltigen Paladine und Mitarbeiter seines Großvaters nannte. Insbesondre jenes Mannes, der wenige Meilen vom Weichbild der alten Hansestadt unter den Eichen des Sachsenwaldes seines rastlosen Lebens Ziel gefunden.

Zu einem Teile mag des Kaisers stets unterstrichner Hinweis auf Wilhelm den Ersten als eigentlichen Baumeister des neuen Reiches die Antwort des sich souverän fühlenden Monarchen auf jenen stillen Protest gegen seine historische Auffassung sein, der in der Vermeidung einer Inschrift an dem Denkmal liegt. Wir haben schon gemeldet, daß die Inschrift „Kaiser Wilhelm der Erste" nicht gewählt wurde, weil man des Kaisers Auffassung vom Werdegang des Reiches nicht zu nahe treten wollte. Andrerseits hat das Hamburger Volk die Inschrift „Kaiser Wilhelm der Große" abgelehnt, weil es der darin zum Ausdruck kommenden Auffassung des regierenden Kaisers sich nicht anzuschließen vermochte. Es will scheinen, als enthalte des Kaisers Prophezeiung, der hohenzollernsche Weißbart werde mindestens ebenso wie der hohenstaufische Rotbart im Munde der Sage leben, eine Behauptung seines persönlichen Standpunkts gegenüber der Auffassung der Hamburger Bevölkerung.

Und nun der interessanteste und bedeutsamste Teil der kaiserlichen Rede: die Worte von der großen Zukunft, die uns Deutschen noch vorbehalten ist, wenn wir fest entschlossen sind, sie dazu zu machen. Dieser Passus gemahnt an jene kaiserliche Ansprache an die Märker, die der Kaiser herrlichen Tagen entgegenzuführen versprach. Aber diesmal klang das Wort allgemeiner, weniger persönlich. Nicht von der Zukunft der nächsten Jahrzehnte, von der gesamten Zukunft unsers Volkes sprach der Kaiser. Und jeder Deutsche, der mit dem gekrönten Vertreter der Nation sein Vaterland liebt, wird mit Wilhelm dem Zweiten in der Hoffnung und dem Wunsche übereinstimmen, daß uns eine große Zukunft beschieden sein möge. Und jeder gute Deutsche wird mit dem Kaiser darin eins sein, daß dieses Ziel nur erreicht werden kann, wenn der Wunsch des Oberhauptes der Deutschen sich erfüllt, der Wunsch, daß unser Volk seinen Idealen und sich selber treu bleiben möge.

Die „Tägliche Rundschau" spricht sich über den Trinkspruch des Kaisers also aus:

Am 20. d. M. hat der Kaiser auf dem Mahl, das die Hamburger Denkmalsweihe abschloß, scheinbar ohne alle Beziehung auf die Wahlen und doch sichtlich unter ihrem Eindruck so schön und so reif, so mild und so bezwingend über unsre Aufgaben in Gegenwart und Zukunft gesprochen, daß von dieser Kaiserrede ein breiter Strom des Segens

über das Land fluten muß. Nachdenklich mögen den Kaiser die Wahlen wohl gestimmt haben; vielleicht auch ernst, wie uns alle. Aber die Ekstase und die nervöse Hast blieben ihm fern; der Kaiser steht diesmal — er stand nicht immer so — auf einer höheren Warte. Er sieht auf den großen Fluß der Zeiten, in dem das, was uns heute bewegt und schier niederdrücken will, kaum einen Tropfen bedeutet, und er findet so den rechten Standpunkt, die Bürden der Gegenwart abzuschätzen. Ein paar Sozialdemokraten mehr — nun ja, erfreulich ist das nicht. Aber den Mut sinken zu lassen brauchen wir darum noch lange nicht, und statt in unsrer langsamen, volkserzieherischen Arbeit fortzufahren, durch Polizeiwillkür und Ausnahmegesetze den Feuerbrand in die Massen zu werfen, erst recht nicht.

Es weht durch die Rede des Kaisers eine Resignation, die das Zeichen des Mannes ist, der sich selbst überwand. Kaiser Wilhelm hat während der fünfzehn Jahre seines Regiments unzählige Reden gehalten; aber kaum eine, die so das rechte Wort zur rechten Stunde war.

Die „Hamburger Nachrichten" lassen sich über die Kaiserrede u. a. also vernehmen:

Rhetorisch formvollendet, kann auch ihr Inhalt durchweg nur sympathisch berühren. Der Kaiser hat es diesmal vermieden, auf politische Tagesfragen einzugehen. Die Rede fügte sich in harmonischer Weise in die Stimmung des Tages ein. Aus den Ausführungen des Kaisers klang kein Fanfarenton hervor, ihr Untergrund schien vielmehr stellenweise eine gewisse Resignation gegenüber frühern Aeußerungen des Monarchen zu bilden; aber im großen Ganzen ging durch seine Rede doch wieder ein zuversichtlicher Optimismus, dessen offne Bekundung in den heutigen politischen Zeitläufen sicherlich nur willkommen zu heißen ist, weil er die Hoffnung belebt. Der Kaiser ist der Ansicht und der festen Ueberzeugung, daß uns eine große Zukunft bevorsteht, wenn wir nur fest dazu entschlossen sind, sie dazu zu machen. Wer wollte dem Monarchen hier nicht freudig beistimmen? Seine Sache wird es zunächst sein, durch die Politik, die er seine Regierung führen läßt, die ins Wanken gekommne Zuversicht weiter Kreise unsers Volkes zu stärken und das Vertrauen zu erwecken, daß der Entschluß zur Tat diesmal nicht auf die Ankündigung beschränkt bleibt, sondern auch wirklich in die Wirklichkeit umgesetzt wird. Wir sind überzeugt, daß durch ganz Deutschland ein Aufschrei jubelnder Zustimmung gehen würde, wenn endlich einmal von der bisherigen Politik des ewigen Zuwartens, des ängstlichen Vermeidens jedes Kampfes und der Verbeugung vor aller Welt abgelassen und zu einer energischen Aktivität im Innern wie nach außen hin geschritten würde. Der Monarch hat ja selbst erklärt, es sei einerlei, ob die Aufgaben, die wir in Zukunft zu lösen hätten, leicht oder schwer seien, angenehm oder unangenehm, wir hätten sie anzufassen, so gut wir eben könnten, mit Darangabe unsrer Kräfte, dann würden wir sie lösen. Nun, dann also frisch vorwärts zu entsprechenden Taten, an den Aufgaben fehlt es ja nicht. Der Kaiser ist auch fest überzeugt, daß es, wie ehemals, so heute, dem Deutschen Reiche und dem deutschen Volke nie an den richtigen Männern fehlen werde, diese Aufgabe zu lösen. Das glauben wir auch, und damit haben wir den Punkt berührt, der am allerwichtigsten ist, und dessen Würdigung uns veranlaßt hat, immer wieder den Wunsch im Staatsinteresse auszusprechen, daß der Kaiser wohl herrschen, aber nicht selbst „regieren" möge. Wir zweifeln mit dem Kaiser nicht daran, daß es Männer in Deutschland gibt, die als leitende Minister schwierigen Lagen und Aufgaben gewachsen sind, aber ebenso natürlich finden wir es, wenn sie sich, so lange das persönliche Regiment in der Politik besteht, zurück-

halten, weil sie bei Konflikten ihrer Ueberzeugung mit der des Monarchen sofort wieder vom Amte zurücktreten müßten, da sie als charaktervolle Männer ihre Ueberzeugung nicht preisgeben, auch nicht dem Monarchen gegenüber.

23. Juni. Die Münchner „Allgemeine Zeitung" spricht sich folgendermaßen aus:

Die Reden zu Hamburg und zu Döberitz lassen einen Grundgedanken erkennen, der in den Reden des Kaisers nicht neu ist, der ihn aber offenbar jetzt besonders beherrscht. Es ist der stark betonte Optimismus, der darin in bezug auf die Zukunft des Deutschen Reiches und Volkes hervortritt. Dieser Optimismus beruht keineswegs auf einer leichtfertigen Unterschätzung der Gefahren, denen unsre Zukunft ausgesetzt ist, auch nicht auf einer Ueberhebung im Bewußtsein der eigenen Kraft, sondern er ist der Ausfluß eines männlichen, ernsten Pflichtgefühls. Eindrücke, Empfindungen, Stimmungen sind es, die einem nervös gewordnen und immer nervöser werdenden Geschlecht die Vorstellung unterschieben, daß wir mit der Gründung des Reichs eine Höhe erstiegen haben, von der wir nun langsam, aber sicher wieder hinuntergleiten — eine Vorstellung, die in allem, was nicht ganz den hochgespannten Begriffen des Einzelnen von nationalem Aufschwung und Fortschritt entspricht, Zeichen des Verfalles, des Epigonentums und des Schwindens einer großen Zeit sieht. Dieser kleinmütigen Stimmung setzt der Kaiser den ruhigen Hinweis entgegen, daß große Aufgaben vor uns liegen, und daß es daher in unsrer Hand liegt, die kommende Zeit zu einer großen zu machen, wenn wir mutig und pflichtbewußt unsre ganze Kraft zur Lösung dieser Aufgaben einsetzen. Das ist jedenfalls ein edler und gesunder Optimismus, wie wir ihn brauchen, und wie er gerade in diesen Tagen von Wert ist. Er sieht über die Kümmernisse des Augenblicks hinweg, in weite, hoffnungsreiche Ferne.

Vierzehnter Abschnitt.

Die Schutzgebiete.

I.

Vorträge von Kolonie-Gouverneuren.

10. Februar. Die Gouverneure von Deutsch-Ostafrika und Deutsch-Südwestafrika, Oberst Leutwein und Graf Götzen, sprechen sich bei einem ihnen zu Ehren in Berlin veranstalteten Festmahle über die Verhältnisse dieser Schutzgebiete aus.

Zuerst nimmt Oberst Leutwein das Wort:

Zwei wichtige Ereignisse habe Südwestafrika zu verzeichnen. Das eine war der Bau der Eisenbahn Swakopmund—Windhoek, das andre die Eröffnung der Hafenanlagen in Swakopmund. Damit war die Kolonie in den Sattel gehoben. Aber weiter kann sie noch nicht. Das muß ich eingestehen. Denn ich will nicht schönfärben, sondern die Wahrheit sagen. Es herrscht eine Depression in den Kolonien. Trotzdem sind zwei neue Brauereien entstanden. Ein Brauereibesitzer heißt zwar Jauche, sein Bier ist aber ganz trinkbar. Gebratne Tauben fliegen auch in Südwestafrika

nicht umher. Im Gegenteil. Wenn irgendwo, so muß bei uns tapfer gearbeitet werden. Das Erwerbsleben beruht auf Viehzucht und Bergbau. Ersterer Erwerb ist nun durch die Viehseuchen auf das härteste bedrängt. Als ich herauskam, kostete das Pfund Fleisch 11 Pfg., heute 40 Pfg. Ich hoffe, daß es der Wissenschaft gelingt, der Seuche Einhalt zu tun. Jedenfalls haben die von Koch vor fünf Jahren geimpften Rinder sich als immun erwiesen. Daher würde ich den Impfzwang empfehlen, und haben wir Schutz vor der Seuche, so ist die Viehzucht hinfort lohnend. Der Bergbau hat bisher still gelegen. Denn Kupfererz mit Ochsenwagen zur Küste zu schaffen, war eine langwierige, kostspielige Sache. Heute haben wir die Bahn, und längs derselben liegen Minen von Wert. Eine wird am 1. Juli dieses Jahres in Angriff genommen werden. Man hat auch Marmorlager entdeckt, und der Marmor wurde mir hier als vorzüglich bezeichnet. Redner beklagt die Zaghaftigkeit des Kapitals, das bei der Viehzucht sich in der Hand des Einzelnen betätigen kann. Für den Bergbau empfiehlt er das Genossenschaftswesen. Er erwähnt, daß in den letzten drei Jahren die Regierung 176 Farmen und Privatleute 25 Farmen verkauft haben.

Bei der Frauenfrage meint der Gouverneur, daß ein „offizieller Zuschuß nicht mehr nötig" sei, und bezüglich der Buren erklärt er, daß alle Buren willkommen sind, die Ansiedler werden wollen, die andern sollten fern bleiben.

Der Gouverneur von Deutsch-Ostafrika, Graf Götzen, spricht sich hierauf aus.

Er redet von einer in seiner Kolonie herrschenden Depression, deren Ursachen er darin erblickt, daß man die alten Wirtschaftsformen, wie sie auf der Sklaverei beruhten, zertrümmerte, ohne dafür bisher Ersatz geschaffen zu haben. Es komme hinzu, daß vom Elfenbeinhandel andre Wege — durch den Kongostaat und über die Ugandabahn — eingeschlagen worden sind. Endlich auch fangen die Eingebornen an, das Bargeld dem Tauschhandel vorzuziehen. Aber die Depression herrsche an der ganzen Küste des Indischen Ozeans. Von den übrigen Ausführungen des Gouverneurs sei seine Bemerkung erwähnt, daß jeden, der es gut mit der Kolonie meine, das numerische Verhältnis zwischen den Offizieren und Kaufleuten schmerzen müsse. Der Gouverneur tritt auch für die Schaffung von Kommunalverbänden ein, deren Vorzüge und Vorteile er in großen Zügen auseinandersetzt. Auch die Uebersiedlung von Eingebornen aus dem infolge der Sklavenjagden entvölkerten Innern an die Küstendistrikte habe sich bewährt. Graf Götzen bespricht die Einführung der Arbeitspflicht, mit der er in einem Bezirk begonnen habe. Die Eingebornen habe er gezwungen, zwölf Tage im Jahre zu arbeiten. Von dem Ertrage gehörte ein Drittel der Gemeinde, ein Drittel dem Häuptling, und ein Drittel sei dem Gouvernement abzuliefern. Bei der Durchführung der Maßregel habe ihm ein Missionar durch Aufklärung und Belehrung wertvolle Hilfe geleistet, und es habe ihn dies in seiner Ueberzeugung bestärkt, mit diesem Zwange nichts Unsittliches getan zu haben.

II.

Kolonialbund.

Ende Februar. Es wird der Aufruf eines neugegründeten Kolonialbundes veröffentlicht, in dem gesagt wird:

Der Deutsche Kolonialbund kennt und würdigt zwar die ethischen Seiten einer Kolonialpolitik, er glaubt aber, daß sie bisher mehr als genug in den Vordergrund geschoben und unterstützt worden sind, während die realen, wirtschaftlichen Seiten im Halbdunkel geblieben sind. Er ist der Ansicht, daß ein Volk Kolonien anlegen soll, damit es reale Vorteile aus ihnen ziehe, nicht aber, um humanitäre Versuche zu unternehmen. Er ist ferner der Ansicht, daß das Deutsche Reich so groß und stark ist, daß seine Regierung weiterer Gebiete nicht bedürfe, lediglich um etwas zu beherrschen, wenn von ihnen nicht wirtschaftliche Vorteile für das deutsche Volk zu erlangen sind. Er ist endlich der Ansicht, daß eine Kolonialbewegung und eine Kolonialpolitik nur dann gesund zu nennen ist, wenn ihre Haupttriebkräfte die Kreise sind, die mit eigner Arbeit oder eignen Mitteln an der wirtschaftlichen Förderung der Kolonien beteiligt sind. Dem allen steht die bisherige Behandlungsweise der kolonialen Fragen entgegen. Eine unabhängige positive Kritik aller kolonialen Bestrebungen ist erforderlich ebenso wie eine objektive, nicht durch die Brille europäischer Kulturauffassungen getrübte Betrachtung der in den Kolonien vorhandnen Verhältnisse und Entwicklungsmöglichkeiten. Männer aller Parteirichtungen sind dem Kolonialbunde zur Mitarbeit willkommen. Vor allem zählt er aber auf die, die bereits wirtschaftlich in unsern oder fremden Kolonien tätig gewesen sind, und auf die, die finanzielle Interessen in unsern Schutzgebieten bereits besitzen oder sich noch zu schaffen gedenken.

Die Hauptpunkte des Programms des Bundes betreffen die Landfrage, den Verkehr, die Eingebornen und die Arbeiterfrage, die Verwaltung und das Kapital.

III.

Togo.

17. Januar. Eine deutsche Kommission geht in Gemeinschaft mit einer englischen Kommission von England aus ab, um sich, behufs Abgrenzung der Gebiete am Tschadsee, auf dem Niger und dem Benue in das Innere Westafrikas zu begeben.

IV.

Kamerun.

Anfang Januar. Der Oberleutnant und Stationschef Hirtler bewirkt die feierliche Heißung der deutschen Flagge in Babessi.

Fünfzehnter Abschnitt.

Totenliste.

1. Februar. Staatsminister Dr. Rud. v. Delbrück, früher Präsident des Kanzleramts des Norddeutschen Bundes, dann des Deutschen Reichs, seit 1881 von der politischen Tätigkeit zurückgetreten, stirbt, 85 Jahre alt, in Berlin.

23. März. Freiherr Heereman v. Zuydwyk, Vizepräsident des Abgeordnetenhauses, stirbt in Berlin. Seit 1871 war er als Vertreter von Münster ununterbrochen Abgeordneter zum Reichstage und zum Abgeordnetenhause.

4. April. Le Maistre, früher kais. Gesandter in Rio de Janeiro, dann in Darmstadt und Athen, 1891 pensioniert, stirbt in Dresden.

10. April. Justizrat Munckel, freisinn. Reichstagsabgeordneter 1881—93 für den 3. Berliner Bezirk, seitdem für Grünberg-Freistadt, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses für den 4. Berliner Bezirk seit 1882, stirbt in Berlin.

26. April. Der frühere Botschafter in Rom, R. v. Keudell, stirbt, 80 Jahre alt, auf seiner Besitzung Hohen-Lübbichow bei Königsberg i. N.

27. Mai. Der Armeebischof Dr. Aßmann stirbt, 70 Jahre alt, in Ahrweiler.

Sechzehnter Abschnitt.

Veränderungen in den höhern Beamtenstellen.

Im Januar. Der erste Sekretär bei der Botschaft in Paris, v. Schlözer, wird zum Gesandten im Haag ernannt. — Der Regierungspräsident v. Heydebrand u. d. Lasa in Breslau tritt zurück. — An Stelle v. Hollebens wird der Generalkonsul in Kalkutta, Frhr. Speck von Sternburg, zum Botschafter in Washington, Graf Ballestrem wird zum erblichen Mitgliede des Herrenhauses, der erste Legationssekretär v. Prollius im Haag wird zum Gesandten in Venezuela ernannt.

Im Februar. Der Oberpräsident der Provinz Posen, Wirkl. Geh. Rat Dr. v. Bitter, tritt von dieser seit Oktober 1899 bekleideten Stelle zurück. Diese wird vom Regierungspräsidenten v. Waldow zu Königsberg eingenommen. Die hierdurch erledigte Stelle erhält der dortige Oberpräsidialrat v. Werder. Die Stellung als Regierungspräsident in Düsseldorf, an Stelle des verstorbnen v. Holleuffer, erhält der Regierungspräsident Schreiber in Minden, an dessen Stelle der aus Westfalen stammende Regierungspräsident Kruse aus Bromberg tritt. Regierungspräsident in Bromberg wird der früher als Landrat und beim Oberpräsidium in der Provinz Posen angestellt gewesene Geheime Oberfinanzrat von Günther aus dem Finanzministerium. Der Regierungspräsident von Brandenstein in Hannover rückt in die durch den Rücktritt v. Arnstedts erledigte

gleiche Stellung in Magdeburg, während die Stelle in Hannover durch den Regierungspräsidenten von Philipsborn in Hildesheim besetzt wird, für den der der Provinz Hannover entstammende Oberpräsidialrat Fromme aus Kassel Regierungspräsident in Hildesheim wird. In Köslin wird an Stelle von v. Tepper-Laski der Polizeipräsident Graf Schwerin aus Hannover Regierungspräsident und erhält zu seinem Nachfolger in Hannover den charakterisierten Polizeipräsidenten Steinmeister aus Kassel. Dieser wird durch den Regierungsrat Grafen Berg in Hannover ersetzt. Es sind ferner die Polizeipräsidenten von Schrötter von Stettin nach Kiel und von Puttkammer von Kiel nach Stettin versetzt worden. Den durch den Tod des Erbgrafen von Castell-Rüdinghausen erledigten Posten als Gesandter in Santiago (Chile) erhält der Gesandte z. D. v. Reichenau.

Im März. Der Regierungspräsident v. Brandenstein, der um seinen Abschied gebeten hatte, wird zur Verfügung gestellt. Statt seiner wird der Oberregierungsrat Dr. Baltz in Breslau zum Regierungspräsidenten in Magdeburg ernannt. Der Direktor im Arbeitsministerium, Möllhausen, nimmt den Abschied. Dem Gouverneur von Berlin, Generaloberst v. Hahnke, wird der Rang eines General-Feldmarschalls verliehen.. — Der Gesandte in Stuttgart, Wirkl. Geh. Rat v. Derenthall, wird ins Herrenhaus berufen. Der Gesandte in Belgrad, v. Wäcker-Gotter, tritt zurück und wird durch den Gesandten in Guatemala, v. Voigt-Rhetz, ersetzt. Zum Gesandten in Guatemala wird der bisherige erste Sekretär bei der Botschaft in Madrid, Baron Seefried, ernannt. Zum Ministerresidenten in Soeul ist der bisherige Gesandte in Siam, v. Saldern, ausersehen, der durch den Generalkonsul in Jokohama, Coates, ersetzt wird. Nach Havanna kommt der bisherige Legationssekretär in Stockholm, Freiherr v. Heintze.

Im April. Der Wirkl. Geh. Rat Schultz wird zum Unterstaatssekretär und der Oberbaurat Hinckeldeyn zum Ministerialdirektor im Ministerium für öffentliche Arbeiten ernannt. Der Regierungspräsident zur Nedden in Trier tritt zurück.

Im Mai. Zum Regierungspräsidenten in Trier wird der Ober-Regierungsrat Bake in Wiesbaden ernannt. Der Erbprinz Bernhard von Sachsen-Meiningen vertauscht die Stelle als kommandierender General des 6. Armeekorps mit der 2. Armee-Inspektion. An Stelle des Grafen Häseler wird der bisherige Gouverneur von Metz, General Stötzer, zum kommandierenden General des 16. Armeekorps ernannt.

Oesterreich-Ungarn.

A.

Oesterreich.

I.

Deutsch-tschechische Verständigungs Konferenz.

3. Januar. In Wien tritt die Konferenz zur Regelung der strittigen nationalen Angelegenheiten in Böhmen und Mähren zusammen. Ministerpräsident v. Koerber eröffnet die Konferenz mit einer Ansprache, in der er ausführt, die Regierung begrüße es dankbar, daß von deutscher wie von tschechischer Seite wieder einer gemeinsamen Erörterung der Vorzug gegeben werde, weil er in einer jeden solchen Begegnung eine Annäherung von großer moralischer Bedeutung auch für den Fall erblicke, daß ein ganzer Erfolg auch diesmal nicht erzielt würde. Die Regierung werde in der für die Konferenz bestimmten Denkschrift nachzuweisen suchen, daß die Austragung des deutsch-tschechischen Streites am besten schrittweise geschehe. Nicht Prinzipien, sondern allein der Wille zum Frieden auf beiden Seiten könne die Entscheidung bringen. Bei ruhiger Arbeit werde unzweifelhaft eine zuverlässige Orientierung der Regierung über die Böhmen und Mähren betreffenden Angelegenheiten erreicht werden. v. Koerber bespricht ferner die Verständigung mit Ungarn, die einen Ausgleich der Interessen der beiden Staatsgebäude, nicht den Triumph des einen über den andern bedeute. Triumphiert habe nur das Bewußtsein der Zusammengehörigkeit und die Pflicht gegen die Monarchie. Schließlich betont der Redner die Notwendigkeit, der Schwierigkeiten, die nur schon allzulang am Marke Oesterreichs zehrten, Herr zu werden. — Abgeordneter Funke erklärt namens der deutschen Volkspartei, der deutschen Fortschrittspartei, der Agrarier und des verfassungstreuen Großgrundbesitzes Böhmens, sie würden nur auf Grund der von ihnen gemachten Vorschläge in die Verständigungsaktion eintreten. Chiari weist darauf hin, daß die Verhandlungen des mährischen Ausgleichsausschusses von den Tschechen in schroffer Form abgebrochen worden seien. Der abgerissene Faden sei wieder anzuknüpfen, das sei aber nicht Sache der Deutschen. Pacak verlangt vor allem Beratung der Sprachenfrage bei den Staatsbehörden. Graf Sylva-Taronca erklärt, der Großgrundbesitz müsse es den deutschen und

den tschechischen Vertretern überlassen, den Weg des Ausgleichs und der Versöhnung zu suchen. Der böhmische Großgrundbesitz werde jedoch alles fördern, was den Frieden herbeizuführen geeignet sei. Zacek erklärt, die tschechischen Abgeordneten aus Mähren seien bereit, nichts unversucht zu lassen, was zur friedlichen Lösung der strittigen Fragen beitragen könnte. v. Chlumetzky spricht sich gegen die gemeinsame Besprechung der nationalen Streitfragen in Böhmen und Mähren aus. Die Verschiedenheit der Verhältnisse in Böhmen und Mähren sei so groß, daß nur eine getrennte Behandlung der Fragen Aussicht auf Erfolg verspreche. Herold erklärt, vor allem müßten die Grundprinzipien zwischen den Parteien besprochen werden, bevor die Regierung selbst eine Formulierung vornehme. von Koerber erklärt schließlich, trotz vieler Mißstände glaube er als Grundton aus den abgegebnen Erklärungen den Willen zur Verständigung heraushören zu sollen, und wo ein Wille sei, da sei auch ein Weg.

5. Januar. Ministerpräsident v. Koerber überreicht den getrennt beratenden Böhmen, Mähren und Deutschen den Entwurf eines Ausgleichs und erklärt, es sei die Pflicht der Regierung, den Boden für die Ausgleichung der nationalen Gegensätze vorzubereiten, und betont die Notwendigkeit, die Hindernisse, die der ruhigen Entfaltung der parlamentarischen Tätigkeit entgegenstehen, zu beseitigen. Die Regierung halte eine gemeinsame Regelung der Sprachenfrage mit einer Verwaltungsreform in Böhmen für geboten. Er skizziert sodann die Vorschläge der Regierung, die auf dem Territorialprinzip sowie auf dem Prinzip der sogenannten einsprachigen Gleichberechtigung aufgebaut sind. Die Regierung werde unablässig bemüht sein, den Faden der Verständigung zu einem haltbaren Gewebe auszuspinnen.

12. Januar. Das Exekutivkomitee der tschechischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten beschließt, nach einem Berichte Pacaks über den bisherigen Gang der Verständigungskonferenzen, einstimmig, daß es die vom Ministerpräsidenten vorgelegten Sprachenentwürfe als dem tschechischen Volke feindlich und somit nicht geeignet halte, um als Grundlage zu dienen für die Verhandlungen mit den deutschen Landsleuten, weder über die Lösung der Sprachenfrage noch über die Verwaltungsreform.

20. Januar. Auch in der Sitzung der Konferenzteilnehmer gibt Pacak die Erklärung ab, die Vertreter des böhmischen Volkes seien nicht in der Lage, auf Grund der in dem Regierungsentwurf zum Ausdruck gebrachten Prinzipien in eine Beratung über die Regelung der Sprachenfrage bei den landesörtlichen Behörden des Königreichs Böhmen einzugehen. Die Regelung der Sprachen-

frage könne nur den einzigen Zweck haben, die in den bereits bestehenden festen Staatsgrundgesetzen gegebnen Grundbedingungen durch eine entsprechende Durchführung der Vorschriften in den praktischen Gebrauch einzuführen. Als solche Grundbedingungen, innerhalb deren Grenzen sich die zu erlassenden Sprachenvorschriften bewegen müßten, gibt er bestimmte Grundsätze an. Abgeordneter Eppinger erklärt namens der deutschen Konferenzmitglieder, daß diese nur mit großer Selbstüberwindung in die Verständigungskonferenz eingetreten seien und darum um so peinlicher darauf bedacht sein müßten, daß für die Verhandlungen nur ein solcher Ausgangspunkt, ein solcher Leitfaden gelegt werde, der die Geltendmachung der von ihnen wiederholt formulierten Forderungen ermögliche. Die Erklärung der Tschechen entziehe aber dem weiteren Arbeiten diese Voraussetzung. Ministerpräsident v. Koerber sagt, die Regierung erwäge, in ihrem Entwurf einen Ausgleich der beiderseits streitigen Interessen anzubahnen. Dieser Entwurf brauche nicht unabänderlich zu sein. Die Regierung würde sich vielmehr vernünftigen, praktisch durchführbaren Vorschlägen gegenüber nicht ablehnend verhalten. Das wichtigste bezüglich der Sprachenfrage sei die Handhabung der Sprache im äußern Schriftverkehr, die sprachliche Befähigung der Beamten, eventuell auch ohne bestimmte Unterlage im Detail durchzusprechen. Graf Sylva Taronca erklärt, er und seine Gesinnungsgenossen müßten lebhaft bedauern, wenn die Verständigungsaktion schon in diesem Stadium scheitern sollte. Es müßte alles versucht werden, um den angeknüpften Faden der Verständigung fortzuspinnen. Die Anregungen des Ministerpräsidenten zeigten den rechten Weg. Eppinger erklärt namens der deutschen Vertreter, diese hätten trotz ihrer schwerwiegenden Bedenken den Regierungsentwurf als Grundlage der Verhandlungen angenommen. In der heutigen Erklärung der Tschechen seien die Grundsätze festgestellt, von denen diese selbst gut wüßten, daß sie für die Deutschen unannehmbar seien. Durch diese Erklärung der tschechischen Vertreter sei demnach die Verhandlungsgrundlage, die von der Regierung selbst aufgestellt, aber nach der heutigen Erklärung des Ministerpräsidenten teilweise verlassen worden sei, zerstört, und sie machten auch die Wahl des Subkomitees so lange gegenstandlos, als nicht eine für die Deutschen annehmbare Grundlage der Verhandlungen geschaffen werde.

II.
Reichsrat.

1.
Ausgleich mit Ungarn.

15. Januar. Der Ministerpräsident v. Koerber teilt im Abgeordnetenhause die mit der ungarischen Regierung über den Ausgleich zwischen beiden Teilen der Monarchie abgeschlossenen Verträge mit. Er sagt:

Es wäre aussichtslos gewesen, die frühern in Oesterreich durch Kaiserliche Verordnung, in Ungarn im verfassungsmäßigen Wege festgestellten Vereinbarungen einfach zu ignorieren. Es handelte sich vielmehr darum, gewisse schädliche Konsequenzen der frühern Abmachungen hintanzuhalten und eine vollständige Klarheit durch das neue Uebereinkommen herzustellen. Unhaltbar erschienen der Regierung eine Reihe von Vereinbarungen, die sich unter anderm auf den Viehverkehr, die Veterinärpolizei, die sofortige Aufhebung des Tiroler Getreidezuschlags, die Besteuerung der Kommissionslager, Transportsteuer auf den Donauverkehr usw. beziehen. Außerdem mußten gewisse Doppelbesteuerungen in beiden Reichen vermieden werden. Der Ministerpräsident zählt sämtliche dem Reichsrat zu unterbreitenden Ausgleichsvorlagen, sowie Kaiserliche Verordnungen auf, darunter die über Einziehung der Staatsnoten, die 80-Millionen-Schuld, sowie das neue Uebereinkommen mit der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, ferner die dem ungarischen Reichstage zu unterbreitenden Vorlagen, endlich gewisse mit Ungarn getroffnen Vereinbarungen und bindende Erklärungen bezüglich der Befreiung der ungarischen Staatsbonds von der österreichischen Rentensteuer usw.

Die Sitzung zieht sich bis in den folgenden Tag hin.

16. Januar. Der Ministerpräsident fährt folgendermaßen fort:

Die Regierung glaubte in das Verlangen nach Befreiung der ungarischen Staatsbonds von der Rentensteuer einwilligen zu sollen. Doch bleiben die ungarischen Pfandbriefe steuerpflichtig. Der Minister bespricht hierauf die Frage der Einlösung der Staatsnoten. Vom 1. März angefangen werden gesetzlich nur mehr Noten der Oesterreichisch-Ungarischen Bank zirkulieren, die die Bank jederzeit gegen Metallgeld einzulösen verpflichtet ist. So wird die österreichisch-ungarische Monarchie hoffentlich in naher Zeit alle Vorteile einer wohlfundierten Goldwährung genießen. Der Ministerpräsident geht an die Schilderung des Zolltarifs und des Zolltarifgesetzes und bespricht zunächst die Getreide- und Viehzölle. Der Minister sagt dann ferner, daß zum Zolltarifgesetz für die Hauptgetreidearten Minimalzölle, und zwar für Weizenspelzhalbfrucht 6 Kronen 30 Heller, für Roggen 5 Kronen 80 Heller, Gerste 2 Kronen 80 Heller, Hafer 4 Kronen 80 Heller und Mais 2 Kronen 80 Heller aufgestellt würden, die durchweg 1,20 Kronen niedriger als die allgemeinen Zollsätze seien und den Vertragsstaaten gegen Einräumung entsprechender Konzessionen zugestanden werden können.

28. Januar. Die Regierung bringt im Abgeordnetenhause die Vorlagen betreffend die Vereinbarung zwischen Oesterreich und Ungarn bezüglich der Fortdauer der wirtschaftlichen Gemeinschaft ein.

Die Vorlagen umfassen zehn Gesetzentwürfe, darunter das Zoll- und Handelsbündnis, das Zolltarifgesetz, sowie die Gesetzentwürfe, betreffend die Fortführung der Währungsreform, die Verlängerung des Privilegiums der Oesterreichisch-Ungarischen Bank, betreffend den Verkehr mit versteuerten gebrannten, geistigen Fähigkeiten, dann mit versteuertem Bier, Mineralöl und Zucker. Das Zoll- und Handelsbündnis ist mit seinem vollen Texte in den Gesetzentwurf aufgenommen. Diese Vorlage enthält gegenüber den bisher auf Grund der Verordnung vom 21. September 1899 geltenden Bestimmungen einige Veränderungen, die sich auf die Festsetzung der Zollregie-Pauschalien, auf die Bereitwilligkeit zu einer möglichst beschleunigten Einführung eines neuen Zollverfahrens, auf den Schutz des Urheberrechts an Werken der Kunst, Literatur und Photographie und auf die Feststellung der gleichen Grundsätze bei der Kranken- und Unfallversicherung der Seeleute beziehen. Ferner bleibt der sogenannte Tiroler Getreideaufschlag für die Dauer des neuen Uebereinkommens aufrecht. Neu aufgenommen wurde in das Bündnis die Bestimmung, daß der Mahlverkehr für die Dauer des Bündnisses aufgehoben bleibt. Die geplante Erhöhung der Zollregie-Pauschalien bedeutet für Oesterreich einen Vorteil von etwa 300 000 Kronen. Die ungarische Transportsteuer auf der Donau wird aufgehoben. Die wichtigsten Veränderungen betreffen die Regelung des Viehverkehrs. Die Bestimmungen, betreffend die Ueberwachung der aus Ungarn nach Oesterreich eingebrachten Tiere, bleiben aufrecht. Durch Anwendung strengerer Maßnahmen soll die Seucheneinschleppung hintangehalten werden. Die Bestimmungen beziehen sich auf den Schweineverkehr und auf Tierverkehr im allgemeinen. Das Zoll- und Handelsbündnis ist von einem neuen Zolltarif begleitet.

17. März. In dem die Ausgleichsvorlagen vorberatenden Ausschusse erkennen **Bärnreiter** und **Rink** die Geschicklichkeit und Beharrlichkeit der Regierung bei den Verhandlungen mit Ungarn, wodurch es wenigstens gelungen sei, verschiedne Härten des frühern wirtschaftlichen Verhältnisses zu Ungarn zu mildern, an und begrüßen den beschlossenen Ausgleich als Beendigung des gegenwärtigen, jede Entwicklung der Industrie hemmenden Zustandes der Ungewißheit. Bärnreiter erklärt, der Ausgleich müsse angenommen werden, weil der wirtschaftliche Bruch mit Ungarn das größere von beiden Uebeln wäre. Redner betont die Notwendigkeit, die nächsten zehn Jahre zur Festigung und Selbständigmachung des österreichischen Wirtschaftsorganismus sowie zur Schaffung einer neuen Form für die wirtschaftliche Gemeinschaft mit Ungarn zu verwenden. **Lindner** erklärt, die Alldeutschen seien für den Ausgleich, der nur Ungarn zugute komme, nicht zu haben.

18. März. In Fortsetzung dieser Beratung sagt **Chiari**, vor allem müsse mit **Deutschland** ein **Handelsvertrag** abgeschlossen werden, dann erst könnten mit andern Staaten geordnete handelspolitische Verhältnisse geschaffen werden. Minister **v. Koerber** sagt, ihm erscheine der wahre, von aufrichtiger Freundschaft getragne Friede als ein Lebensbedürfnis beider Staaten, Oesterreichs wie Ungarns, geboten, ohne den man vor die ernstesten Gefahren gestellt sei. Bei

der Festsetzung des Zolltarifs müsse die Regierung mit den Forderungen Ungarns rechnen, wenn die Monarchie ein einheitliches Zollgebiet bleiben sollte. Alle Staaten, die mit Deutschland in engerer handelspolitischer Beziehung stehen und bleiben wollten, müßten in irgend einer Weise vom deutschen Zolltarif Notiz nehmen, vornehmlich wir, die wir den größten Verkehr mit Deutschland haben.

1. April. Der Ausgleichsausschuß beendet die erste Lesung der Vorlagen. Minister v. Koerber spricht sich dahin aus, die Annahme der Vorlagen würde den Abschluß der Vergangenheit bedeuten; die Gegenwart würde sich aber sofort in die höchst gefahrvolle Zukunft verwandeln, wenn die Vergangenheit ohne diesen Abschluß bliebe. Wir sind glücklich, auch im Interesse der Dynastie zu handeln, indem wir für den Ausgleich eintreten. Die Monarchie existierte ja nicht, wenn die Dynastie sie nicht stets behütet hätte. Je mehr ich überzeugt bin, daß jeder der beiden Reichsteile, von dem andern losgelöst, bei weitem nicht die Hälfte des Gewichtes unter den europäischen Staaten hätte, dessen sie sich verbunden erfreuen, um so gebotener erscheint mir das Bemühen, die Monarchie in ihrem jetzigen Zusammenhange und unter der Obsorge der Dynastie zu erhalten. — Der Antrag des Alldeutschen Schalk auf Abschluß eines Zoll- und Handelsbündnisses mit dem Deutschen Reiche wird hierauf abgelehnt.

23. Juni. Im Ausgleichsausschusse bringt Kaftan, unter Hinweis auf den ungarischen Kabinettswechsel, einen Antrag ein, die Verhandlungen bis zur Schaffung völliger Klarheit über das Verhältnis zwischen beiden Reichshälften zu vertagen. Der Ministerpräsident v. Koerber erwidert, der ungarische Kabinettswechsel sei lediglich Angelegenheit der jenseitigen Reichshälfte. Das Zoll- und Handelsbündnis sei vom Ausschuß und vom ungarischen Abgeordnetenhause bereits angenommen worden. Er glaube annehmen zu können, daß die künftige ungarische Regierung die von der vorübergehenden Regierung übernommnen Verpflichtungen als ihre eignen betrachten werde. Der Antrag Kaftans wird abgelehnt.

2.

Zuckerkonvention.

17. Januar. Erste Beratung der Brüsseler Zuckerkonvention.

Kulp (Tscheche): Es bestehe die Befürchtung, daß England, dem die Brüsseler Konvention freie Hand lasse, den Prämienzucker seiner Kolonien nicht mit Strafzöllen belegen werde, dann aber sei die ganze Konvention für Oesterreich nur eine Falle gewesen. Die Brüsseler Konvention sei für Oesterreich eine kleine Lehre, wie weit es auf die Bundesgenossenschaft Deutschlands

rechnen könne. Redner verweist auch auf den deutschen Zolltarif, der seine Spitze direkt gegen Oesterreich richte. Jaworski erklärt, der Polenklub werde seine Haltung von der Vorlage über die Verteilung des Kontingents abhängig machen, da alle drei Vorlagen ein Ganzes bilden. Redner bespricht die Gefahren, die aus der Brüsseler Konvention für Galizien sich ergeben könnten, indem er die große Bedeutung dieser Industrie für Galizien betont.

29. Januar. Das Abgeordnetenhaus genehmigt die Konvention und das Zucker-Kontingentierungsgesetz.

31. Januar. Das Herrenhaus tritt diesem Beschlusse bei.

3.

Wehrgesetz.

18. Januar. Erste Lesung des am 6. November 1902 vorgelegten Gesetzentwurfs. Kramař (Jungtscheche) erklärt, für die Regierung wäre eine nicht parlamentarische Behandlung der Wehrvorlage am angenehmsten gewesen. Von der parlamentarischen Behandlung seien aber den Wünschen der Bevölkerung entsprechende wirtschaftliche Erleichterungen zu erwarten; solche müsse die Regierung um so mehr gewähren, je mehr sie durch die Rüstungen der Nachbarstaaten zur Ausgestaltung ihrer Wehrmacht gezwungen sei. Die Jungtschechen stimmten für die erste Lesung der Vorlage nicht aus Rücksicht auf die Regierung, sondern damit die Monarchie fest und stark nach außen dastehe und unbeeinflußt von außen ihre Friedensmission erfüllen und ihre Selbständigkeit verteidigen könne. In dieser Beziehung wisse das tschechische Volk sehr gut, gegen wen am meisten die Selbständigkeit dieses Staates zu verteidigen sei. Die Tschechen seien für eine Monarchie, die ihre große historische Mission erfülle und gleich gerecht gegen alle ihre Völker sei; für eine solche Monarchie seien sie bereit, Gut und Blut einzusetzen. Der Beschluß des Tschechenklubs bedeute keine Aenderung seiner parlamentarischen Taktik und seiner Stellung gegenüber der Regierung; dem Auslande aber solle nicht das Schauspiel geboten werden, daß die Bedürfnisse für die Wehrmacht der Monarchie nicht auf parlamentarischem Wege erledigt würden.

Ministerpräsident v. Koerber erwidert, die Regierung wolle vor allen Dingen die bestehenden Gegensätze nicht verschärfen, sie habe daher bis zur Stunde alles vermieden, was als Provokation irgend eines Volksstammes oder einer politischen Partei ausgelegt werden könnte. Sie nehme sich nicht heraus, die Ansichten andrer sofort als unzulässig oder verderblich zu erklären, sie leite aber aus dieser ihrer Unbefangenheit für sich das Recht ab, ihrem ehrlichen Programm zum Durchbruch zu verhelfen. Zu den Zielen der Regierung gehöre trotz aller immer wieder sich auftürmenden, von ihr nicht übersehenen

Hindernisse das unablässige Bestreben, auf dem Wege einer Verständigung zum Frieden zwischen Deutschen und Tschechen zu gelangen, weil davon auch der innere Friede im Abgeordnetenhause abhänge. Die Regierung halte einseitige Maßnahmen für wenig geeignet, weil sie nach den bisherigen Erfahrungen die Leidenschaften nur aufstachelten und ihnen daher die Bürgschaft der Dauer versagt sei. Zur Erreichung des Zieles handhabe die Regierung die gesamte Verwaltung ohne jede nationale oder politische Voreingenommenheit im Sinne absoluter Gerechtigkeit und Unbefangenheit im Geiste der Zeit nach den Bedürfnissen der Bevölkerung, soweit diese sie zu erfassen vermöge. Sie werde diesen Weg auch niemals verlassen und wünsche, daß auch in diesem Hause die mannigfachen Zeichen der Krise verschwinden, daß es sich auf jener Höhe bewege, die ihm zukomme, und die das Interesse aller Völker Oesterreichs erheische.

Der Landesverteidigungsminister v. Welsersheimb erklärt, er erkenne nicht nur den Wunsch, das Nationalgefühl zu schützen, an, sondern er halte es für notwendig, das Nationalgefühl zu pflegen, nicht im Sinne des Kampfes, sondern im Sinne des Zusammenwirkens für den höhern Zweck der Armee, für den Zweck der gemeinsamen Interessen. Die Armee solle ein Hort für alle nationalen Interessen und ihr Schutz sein. Der Minister kündigt eine Reihe von Vorlagen an und erklärt die Nachrichten von Rüstungen und Vorbereitungen zu einer Mobilisierung für unbegründet.

28. Januar. Der Landesverteidigungsminister führt zur Begründung der Vorlage an, ihr Charakter sei der einer einmaligen Forderung unter Beschränkung auf die allernotwendigsten Ausgaben. Militärischerseits sei die Frage des zweijährigen Präsenzdienstes noch nicht endgiltig gelöst; auch in Deutschland bestehe sie nur für einzelne Kategorien der Wehrmacht, aber darüber sei man einig, daß für Unteroffiziere die zweijährige Dienstzeit absolut ungenügend sei. Die zweijährige Dienstzeit habe in Deutschland eine jährliche Mehrausgabe von 60 Millionen Mark zur Folge gehabt, während in Frankreich die jährlichen Mehrkosten auf 70 Millionen Franken veranschlagt würden, wobei für eine Ausgestaltung der Armee, die dort der Einführung der zweijährigen Dienstzeit vorausgegangen war, große Aufwendungen notwendig waren. Der Minister wendet sich sodann der Vorlage zu:

Der größte Teil des Mehrbedarfs der Truppen betreffe die Artillerie, die durch außerordentliche Vervollkommnung in ihrer Wirksamkeit eine relativ erhöhte Bedeutung habe. Dazu trete auch die Erneuerung des Materials, es komme nämlich ein neuer Typ der Haubitze in Betracht. Der erste Schritt, um den es sich hier handle, sei die Aufstellung von 14 Batteriedivisionen und die Bestanderhöhung bei der Gebirgsartillerie, wofür die Delegationen bereits die Mittel bewilligten. Der Minister gibt Aufschlüsse über die in

Aussicht genommne Bestanderhöhung. Im Heere und in der Marine beziffert sich die Gesamtheit des Mehrerfordernisses für 1903 auf rund 16700 Rekruten für Heer und 4250 Rekruten für die Landwehr. Da das bisherige Rekrutenkontingent für das Heer 103000 Mann und für die Landwehr 100000 Mann beträgt, wird durch die Vorlage ein Plus von 21000 Mann für das Heer und zusammen für die Landwehr verlangt. Es erübrigen sich sodann für die vorzeitige Beurlaubung bei dem Heer 5200 Mann, bei der Landwehr 250 Mann. Das obige Mehrerfordernis entspricht noch keineswegs dem natürlichen Zuwachs der Bevölkerung. Zusammen wird die Erhöhung des Gesamttruppenbestandes beim Heere nach einer gewissen Reihe von Jahren, deren Anzahl sich eben nach den vorhandnen Budgetmitteln richten wird, auf 32742 Mann steigen. Es entfallen auf die diesseitige Reichshälfte einschließlich der Landwehr 14100 Rekruten. Der materielle Schlußeffekt wird sich für 1903 auf die von der Delegation bereits bewilligten 4900000 Kronen, für 1904 auf rund 7 Millionen Kronen und nach vollständiger Durchführung der Erhöhung des Bestandes im Maximum auf 20 Millionen Kronen für die ganze Monarchie stellen, wovon etwa $13^1/_2$ Millionen, also zwei Drittel auf die diesseitige Reichshälfte entfallen. Um vielseitigen Wünschen entgegen zu kommen, werde die Heeresverwaltung, falls im Laufe der Spezialberatung ein Antrag auf Verzicht der Heranziehung von 6000 Ersatzreservisten gestellt werden sollte, nicht weiter darauf bestehen. Es ist der Wille des Kaisers, daß das gemeinsame Heer nicht nur in Form und Beitragsleistungen, sondern auch im Wesen durchaus gemeinsam bleibe.

17. Februar. Zweite Beratung. Der Minoritätsberichterstatter, Sozialdemokrat Schuhmeier, tritt für die Einführung der zweijährigen Dienstzeit ein und sagt, das Haus sollte, solange diese Forderung nicht erfüllt wird, keine Rekrutenerhöhungen bewilligen. Schrott verlangt größere Berücksichtigung der landwirtschaftlichen Bevölkrung, fordert die Abschaffung des Duellzwanges und eine stärkere Pflege des religiösen Gefühls in der Armee. Chiari und Ludwigstorff befürworten die Vorlage im Interesse der Erhaltung der Schlagfertigkeit des Heeres und der Wehr- und Bündnisfähigkeit Oesterreichs und betonen: Wir alle wissen, daß der Hort des Friedens in Europa der Dreibund und dessen Grundlage das deutsch-österreichische Bündnis ist, das uns allen am Herzen liegt. Dieses Bündnis verpflichtet uns, einen entsprechenden Teil der Lasten auf uns zu nehmen, denn es muß ein starkes Oesterreich an der Seite des starken Deutschland stehen. Wenn wir die Erhaltung des Friedens wollen, müssen wir die Mittel dazu bewilligen. Khevenhüller spricht aus dem gleichen Grunde für Ausgestaltung des Heeres, namentlich der Artillerie und Marine. Herold erklärt, die Jungtschechen lehnten die Vorlage ab, um ihr Mißtrauen gegen das ganze Regierungssystem auszudrücken. Schreiber spricht für Ablehnung der Vorlage, weil der Staat nichts für die Entlastung der Bevölkerung tue.

18. Februar. Pastor erklärt, die Polen, die ein starkes und großes Oesterreich aus nationalen Gründen wünschten, stimmten für

die Vorlage im Interesse der Erhaltung der Großmachtstellung des Reiches. Sie würden zwar eine Abrüstung sicherlich begrüßen, doch könne Oesterreich nicht damit vorgehen, weil es sich sonst auf Gnade und Ungnade den starken Staaten ausliefern würde. Lueger erklärt, die Christlich-Sozialen würden für die Vorlage stimmen, da die Regierung drei von ihnen aufgestellte Hauptforderungen, betreffend die Begünstigung von Familienräten, betreffend das Lieferungswesen, sowie die Abschaffung und die Einschränkung der letzten Waffenübung befriedigend beantwortet habe. Er beantragt sodann, unter Hinweis auf die Sonderbestrebungen Ungarns bezüglich des Heerwesens, eine Aufforderung an die Regierung, an der Gemeinsamkeit der Armee entschieden festzuhalten und etwaigen Versuchen, die Fahnen und sonstigen Armee-Embleme zu ändern, energisch entgegenzutreten.

19. Februar. v. Morsey befürwortet die Vorlage; er bekennt sich als großer Freund des engern Bündnisses mit dem Deutschen Reiche, begrüßt aber gleichzeitig das enge Verhältnis mit Rußland, das die Lösung der politischen Fragen am Balkan ermögliche. Graf Deym sagt, die Ausgestaltung der Armee sei notwendig im Interesse der Dynastie und der Großmachtstellung des Reiches, sowie um in dem durch die Zollpolitik Deutschlands begonnenen wirtschaftlichen Kriege den wirtschaftlichen Forderungen des Reiches entsprechenden Nachdruck zu verleihen und den eventuell im Osten der Monarchie eintretenden Verwicklungen nicht unvorbereitet gegenüber zu stehen. Landesverteidigungsminister Graf Welsersheimb erklärt, die Körperstrafen würden aufs äußerste eingeschränkt werden, das Gesetz, betreffend die Witwen- und Waisenversicherung, sei bereits ausgearbeitet, das Militärgesetz werde für die untern Klassen weitgehende Erleichterungen gewähren Der Minister verweist zur Begründung der Vorlage auf die Reorganisation der Artillerie, die unbedingt notwendige Erweiterung des Marinebestandes. Die Vorlage sei ein Minimum und beschränke sich auf das unbedingt Notwendigste im Rahmen der allgemeinen Heeresorganisation. Den Antrag Chiari, wonach die Rekrutenaushebung nicht früher stattfinden solle, als bis das Gesetz auch in Ungarn genehmigt sei, nehme die Regierung an.

Schließlich wird die Vorlage mit 217 gegen 108 Stimmen angenommen. Die Vermehrung der Rekrutenzahl umfaßt $^1/_5$.

20. Februar. Annahme in dritter Lesung.

26. Februar. Beratung im Herrenhause. Alle Redner betonen, daß die Heeresverwaltung sich auf das notwendigste beschränkt habe, und heben hervor, daß die Ausgestaltung des Heeres angesichts der militärischen Machtentfaltung der andern europäischen Staaten

in Oesterreich-Ungarn nicht zurückbleiben dürfe. Sie treten ferner nachdrücklich für die Einheit des Heeres ein und gewissen auf die Trennung des gemeinsamen Heeres hinzielenden Wünschen in Transleithanien entgegen. Der Landesverteidigungsminister Fejervary legt die Notwendigkeit der Erhöhung des Rekrutenkontingents dar und betont, daß neben der Reorganisation der Artillerie besonders die Erhöhung des Bestandes der Marine notwendig sei. Er dankt dem Hause für die Unterstützung, die die Heeresverwaltung gefunden habe, und erklärt, es sei der Wille des Kaisers, daß das Heer nicht nur in seiner Form und Beitragsleistungen, sondern auch im Wesen durchaus gemeinsam bleibe. Die Vorlage wird hierauf in allen drei Lesungen angenommen. (Gesetz vom 27. Februar.)

4.

Renten-Umwandlung.

10. Februar. Das Abgeordnetenhaus berät einen Gesetzentwurf, betreffend die Konvertierung der Obligationen der einheitlichen Staatsschuld. Der Finanzminister erbittet vom Hause angesichts der Erstarkung des österreichischen Staatskredits im Zusammenhange mit der sinkenden Tendenz des Zinsfußes die Ermächtigung, jenen Teil der mit 4,2 Prozent verzinslichen Staatsschuld, an dem die österreichischen Finanzen unmittelbar materiell interessiert sind, einer zeitgemäßen Umwandlung unterziehen zu dürfen. Ueber jenen Teil der einheitlichen Staatsschuld, an dem Ungarn interessiert ist, und bezüglich dessen in jeder Richtung unpräjudizierliche Verhandlungen mit Ungarn schwebten, solle einstweilen nicht verfügt werden. Der zur Umwandlung bestimmte Teil solle einen Maximalbetrag von 3620 Millionen Kronen umfassen. Der Minister erhofft von der Vorlage einen weitgehenden Erfolg für den österreichischen Staat und das Volk, erstens einen moralischen für das Ansehen des Staatskredits, dadurch, daß der Zinsfuß verschwinden werde, der eine Erinnerung an Zeiten bilde, in denen der Staatskredit weniger gefestigt und der Volkswohlstand weniger entwickelt war, und zweitens einen materiellen Erfolg, indem die Durchführung der Umwandlung eine nicht zu unterschätzende Erleichterung der Staatsschuld und eine wesentliche Ersparung an Steuergeldern erzielen könne, und, wie er erhoffe, erzielen werde.

Fast alle Redner treten dafür ein, daß die Ersparnisse aus der Umwandlung für die Besserung der Gemeindefinanzen sowie für wirtschaftliche und kulturelle Bedürfnisse verwandt werden.

12. Februar. In der zweiten Beratung der Vorlage wegen Umwandlung der 4,2prozentigen einheitlichen Staatsschuld spricht sich der Finanzminister gegen

die Ansicht aus, daß hierin eine ungerechte Behandlung der Obligationenbesitzer liege; ferner vertritt er den Standpunkt, daß unter den gegenwärtigen Verhältnissen ohne alle Bedenken von $4^2/_{10}$ auf 4 Prozent konvertiert werden könnte, während bei der Konvertierung auf einen niedrigern Zinsfuß, falls ein erheblicher Teil der Rentenbesitzer auf denselben nicht einginge, die Gefahr eines großen Zuströmens von Titres aus dem Auslande vorliege und in weiterer Folge ein ungünstiger Einfluß auf die Handelsbilanz und die Valutaregulierung zu besorgen wäre. Der Minister führt sodann seine Ansicht bezüglich der Schaffung von $3^3/_4$prozentigen Titres als Zwischenstufe zwischen dem vierprozentigen und dem schon in der investierten Rente bestehenden $3^1/_2$prozentigen Zinsfuß und erklärt: Wir werden zweifellos zu der Konversion auf $3^3/_4$ Prozent gelangen, ohne daß jemand vorhersagen könnte, in wieviel Jahren dies der Fall sein werde. Jedenfalls wird es vorteilhaft sein, wenn sich inzwischen der $3^3/_4$prozentige Zinsfuß eingelebt haben wird, weil dadurch die vorläufig allerdings zeitlich unbestimmbare weitere Konversion sich günstiger und leichter gestalten würde. Der Minister bittet schließlich um die Ermächtigung zur Konversion zu einem Zinsfuß von höchstens 4 Prozent.

Das Haus nimmt die Vorlage auch in zweiter und dritter Lesung an, jedoch unter Streichung des Wortes „höchstens" vor 4 Prozent.

16. Februar. Zustimmung des Herrenhauses.

5.

Aus der Budgetberatung.

11. März. Im Laufe dieser Beratung wirft Cramer der Regierung vor, sie sei keine konstitutionelle Regierung, sie tue alles, um das Deutschtum zu festigen. Darauf erwidert Ministerpräsident v. Koerber, die Regierung könne nur immer wieder dieselbe Antwort erteilen, daß sie keine nationale Regierung sei und deshalb auch keine einseitige nationale Politik machen könne. Die Regierung sei redlich bemüht, unbegründete Härten, welche Nationalität sie auch treffen mögen, zu beseitigen. Der letzte Gedanke der Regierung bleibe immer die Verständigung der Parteien, damit in einer Form, die sie für die zweckmäßigste halte, unter selbstverständlicher Voraussetzung der Wahrung der Interessen des Staates, Friede geschlossen werde. Die Regierung wisse sich auf dem richtigen Wege; der Augenblick werde endlich kommen, wo Deutsche und Tschechen sich die Hände reichen.

13. März. Die Vorwürfe Bergers, daß alle evangelischen Schriften verfolgt würden, und daß die regierende Herrscherfamilie durch ihre römische und ausschließliche Hauspolitik dem Reiche tiefe Wunden geschlagen habe, daß mithin die beantragte Erhöhung der Zivilliste nicht am Platze sei, werden vom Ministerpräsidenten zurückgewiesen.

6.

Ueber Vorgänge in Laibach.

19. Mai. Das Abgeordnetenhaus verhandelt über einen Dringlichkeitsantrag Biankini betreffend die angeblich mit den Vorgängen in Kroatien im Zusammenhang vorgenommnen Hausdurchsuchungen in Laibach (S. 279). Nach Begründung durch den Antragsteller stellt Ministerpräsident v. Koerber, unter Festhaltung des Standpunktes, daß die Vorkommnisse in Ungarn sich der Einflußnahme der diesseitigen Regierung entziehen, fest, daß die Voraussetzungen für die Anträge über die erwähnten Geschehnisse in Laibach durchaus nicht zutreffen, und weist die unbegründeten Verdächtigungen gegen die österreichischen Behörden zurück. Der Minister bezeichnet die gegen die ungarischen Beamten gerichteten Auslassungen als unangemessen. Tschechische und slowenische Abgeordnete sprechen ihre Sympathie mit den Kroaten aus. Schließlich wird der Teil des Dringlichkeitsantrags angenommen, der die Regierung auffordert, die Gründe für die gerichtlichen Untersuchungen gegen die Slowenen in Laibach bekannt zu geben. Der andre Teil des Antrags, die Vorgänge in Kroatien betreffend, erhält nicht die Majorität.

25. Mai. Der Ministerpräsident teilt im Abgeordnetenhause mit:

Seit Beginn der Unruhen seien von Gendarmen nur zwei Personen tödlich verletzt. Das Gesuch der kroatischen Abgeordneten um Audienz beim Kaiser hätte aus staatsrechtlichen Gründen abgelehnt werden müssen. Oesterreich habe genug eigne Sorgen. Wenn er auch das nationale Mitempfinden verstehe, so bitte er doch, die Ruhe des Staates zu schützen und ihm nicht Verpflichtungen aufzuerlegen, die er nicht erfüllen könne. Er sehe nicht ein, warum man das Ausland mit krassen Unwahrheiten überschwemmen solle, die nur geeignet seien, der Monarchie die Ehre eines Kulturstaats abzusprechen. Die Telegraphenämter täten nur ihre Pflicht, wenn sie solche Depeschen anhielten. Gegenüber den Vorwürfen über Ausschreitungen der Armee versichert der Minister, das Verhalten der beteiligten Truppen sei geradezu tadellos gewesen; sie seien nie auf Herausforderungen eingegangen und hätten zu jeder Zeit Ruhe, Kaltblütigkeit und Geduld bewahrt. Die angebliche Aufregung bei der Bevölkerung Dalmatiens, Istriens und Krains existiere nicht, und er hoffe, daß die von der Regierung bekanntgegebne Wahrheit über die Ereignisse jede ernstliche Erregung auch in Zukunft hintanhalten werde. Von Exzessen in Dalmatien zu reden, sei selbst nach den in Spalato vorgekommnen Kundgebungen nicht zulässig. Tief betrübend seien die Ereignisse in Laibach. Er nehme von allen, die gegen dieselben protestieren, an, daß sie ihr Wort wahr machen und sich bemühen würden, die Schuldigen zu finden.

7.

Angriff auf den Thronfolger.

5. Juni. Der tschechische Abgeordnete Choc bringt im Abgeordnetenhause folgendes vor:

Am 30. Mai war Erzherzog Franz Ferdinand bei der Sängergesellschaft Grinzinger in der Ausstellung „Venedig in Wien". Der Erzherzog ließ sich von den lustigen Wiener Sängern „Servus Brzezina" und andre Lieder vorsingen und spendete den Vorträgen lebhaften Beifall. Die „Grinzinger" waren über diesen Besuch sehr erfreut und boten ihr Bestes. Dieses Vorgehen des Thronfolgers ist gewiß sehr eigentümlich, es bedeutet eine Beleidigung des böhmischen Volkes. Wir wissen, daß es nicht richtig ist, was behauptet wird, daß der Thronfolger ein Freund des böhmischen Volkes sei; wir wissen auch, daß wir eine derartige Behandlung durch den Thronfolger nicht verdienen. Das böhmische Volk hat eine andre Behandlung von den Habsburgern verdient. Wir wissen auch, daß wir von einem habsburg-lothringischen Thronfolger, der Franz oder Ferdinand heißt, nichts Gutes erwarten können, geschweige denn von einem habsburg-lothringischen Thronfolger, der Franz und Ferdinand heißt; deswegen ersuche ich den Präsidenten, den Ministerpräsidenten zu ersuchen, er möge das Vorgehen des Herrn Erzherzogs Franz Ferdinand in „Venedig in Wien" rügen.

8.

Ueber auswärtige Vorgänge.

3. April. Im Abgeordnetenhause sprechen sich Schönerer und Genossen gegen Erklärungen aus, die der deutsche Reichskanzler im deutschen Reichstage gegenüber dem Abgeordneten Hasse abgegeben hatte, und bemerken, unter solchen Umständen müßten bei den Deutschen Oesterreichs, den einzigen Stützen des deutsch-österreichisch-ungarischen Bündnisses, Zweifel laut werden, ob dieses Bündnis den Interessen des deutschen Volkes in Oesterreich noch entspreche. Die Redner fragen, ob Minister Koerber bereit ist, den Minister des Aeußern, Grafen Goluchowski, darauf aufmerksam zu machen, daß die Deutschen Oesterreichs ihre Sympathie und ihre Unterstützung dem Bündnisse mit dem Deutschen Reiche mehr und mehr entziehen müßten, falls von der deutschen Reichsregierung den nationalen Interessen der Deutschen in Oesterreich und Ungarn keinerlei Verständnis und Teilnahme entgegengebracht würde.

9. Juni. Im Abgeordnetenhause richten Ofner und Straucher an den Ministerpräsidenten v. Koerber eine Anfrage bezüglich der Vorfälle in Kischinew, namentlich, ob er geneigt sei, sich mit dem Minister des Aeußern in Verbindung zu setzen, damit dieser die russische Regierung auf die Verletzung alles menschlichen Gefühls durch die Kischinewer Bluttaten und auf die hohe Gefahr derselben für den allgemeinen Frieden aufmerksam mache und für kräftige

Maßnahmen zur Verhütung weiterer Greuel eintrete. — Das Haus geht dann zur Verhandlung der Dringlichkeitsanträge Klofacs über, in denen die Regierung aufgefordert wird, Aufklärung über die bezüglich des Balkans befolgte Politik zu erteilen, und gefragt wird, warum die Regierung nichts zur Einhaltung des Berliner Vertrags getan habe. In der Begründung kritisiert Klofac abfällig die Balkanpolitik Oesterreich-Ungarns, sowie die Verwaltung der okkupierten Provinzen. Er verlangt eine äußere Politik, durch die Oesterreich-Ungarn die Freundschaft und die Sympathien der Balkanvölker erringe. Bukowitsch findet das Uebereinkommen Oesterreich-Ungarns und Rußlands bezüglich der Vorgänge auf dem Balkan mit dem Berliner Vertrage unvereinbar und verlangt größern Einfluß der österreichischen Regierung auf die äußere Politik. Ministerpräsident v. Koerber bemerkt, sämtliche Großmächte müßten wohl in der Auslegung des Berliner Vertrags einig sein, da sie die von Oesterreich-Ungarn im Verein mit Rußland bezüglich Mazedoniens eingeschlagne Politik billigten und unterstützten. Die von Oesterreich-Ungarn und Rußland bezüglich Mazedoniens gemachten Reformvorschläge seien im Rahmen des Berliner Vertrages gehalten; er konstatiere gern, daß auch die Pforte dieser Ansicht sei und die Durchführung der Verbesserungen in der Verwaltung in voller Loyalität anstrebe. Es sei eine der wichtigsten der für die Erhaltung des europäischen Friedens neu gewonnenen Grundlagen gewesen, daß die Kabinette Oesterreich-Ungarns und Rußlands zu einer Verständigung und gemeinsamen Behandlung der in Betracht kommenden Fragen gelangt seien.

III.

Theaterzensur.

11. April. Ministerpräsident v. Koerber richtet an sämtliche Landeschefs einen Erlaß über die Handhabung der Theaterzensur, worin hervorgehoben wird, daß dem nationalen Moment auf diesem Gebiete eine keineswegs geringe Bedeutung zukomme und daher leichtfertige, weil der inneren Begründung ermangelnde Provokationen von der Bühne herab vermieden werden müßten.

Die Wahrung der öffentlichen Ruhe und Ordnung müßte überall die einzige Richtschnur für die Theaterzensur bleiben, und es sei selbstverständlich, daß die behördliche Kontrolle nichts, was das Strafgesetzbuch verbiete, vor allem keine Beleidigung der Mitglieder des Kaiserhauses oder der Religion zulassen dürfe; daß sie weiter die internationalen Rücksichten zu wahren habe, und daß endlich schwere, den allgemeinen Unwillen herausfordernde Verletzungen der guten Sitten zu verhindern sein. Der Erlaß empfiehlt, wenn sich die Bedenken nur gegen einzelne Stellen oder szenische Anordnungen eines

Stückes richten, die Beseitigung derselben im Einvernehmen mit dem Autor oder dem Theaterdirektor, und ordnet an, daß, sofern der Gesamtinhalt oder die Tendenz des Stückes Bedenken gegen die Aufführung erregen, vor Erlaß eines Verbotes das betreffende Stück einem aus drei Mitgliedern bestehenden Zensurbeirat zur schriftlichen Begutachtung zu unterbreiten ist, worauf noch eine mündliche Beratung unter dem Vorsitz des Landeschefs stattfinden kann, der alsdann mit seiner Entscheidung vorzugehen hat. Gegen diese Entscheidung ist der Rekurs an das Ministerium zulässig.

IV.

Unruhen in Laibach.

25. Mai. In der Hauptstadt von Krain wird eine von 300 Personen besuchte Versammlung abgehalten, in der die dortigen Slowenen zu den Ereignissen in Kroatien Stellung nehmen. Sämtliche Redner ergehen sich in scharfen Ausfällen gegen das in Kroatien herrschende System, gegen den Banus sowie gegen die Verwendung der gemeinsamen Armee aus Anlaß der Unruhen in Kroatien. Die Versammlung schließt mit einem Zivio auf den Kaiser, den König Kroatiens. Ein starker Trupp zieht singend, pfeifend und schreiend durch die Stadt. In den späten Abendstunden kommt es zu größeren Ruhestörungen.

8. Juni. Eine große Menge von Slowenen veranstaltet in Laibach eine Kundgebung gegen die schwarz-rot-goldnen Fahnen, die am Garten des deutschen Kasinos zur Feier eines Gedenktages des deutschen Turnvereins ausgesteckt sind. Militär stellt die Ruhe her.

V.

Großpolnische Bewegung.

Anfang Mai. Anläßlich der Feier des Gedenktages des polnischen Aufstandes vom Jahre 1863 hält Dr. Lewadowski in Lemberg eine Rede, in der er sagt:

Alle wissen, daß es zur Eroberung der nationalen Unabhängigkeit nur einen, nämlich den blutigen und dornenvollen Weg, den Weg des bewaffneten Aufstandes zu geeigneter Zeit gibt. Die Erfahrung hat gelehrt, daß wir ein für allemal weder auf fremde Kabinette noch auf fremde Völker rechnen können und dürfen. Die Nation soll also die Freiheit der Unabhängigkeit mit eigner Kraft sich erobern! Heute, wo die Macht der Teilungsmächte sich fast verdoppelte, woher sollen wir heute die Hoffnung auf ein Gelingen nehmen? Lesen Sie die Geschichte der Aufstände, und Sie wird Ihnen antworten. Die Geschichte lehrt uns, daß ohne die Beteiligung des gewöhnlichen Volkes, ohne eine wahrhaft revolutionäre Bewegung kein Aufstand sein Ziel erreichen würde. Der Grund zu einem erfolgreichen Aufstande ist heute vorbereitet, und wenn es irgendwie gelingen soll, muß er wahrhaft revolutionär sein, oder wir werden uns niemals mehr zur Eroberung der Freiheit empor raffen. Zum Aufstande drängt uns schon der Selbsterhaltungstrieb. Wir wissen nicht, wann uns der Augenblick überraschen wird, doch zu lange Zeit ist verflossen, ohne daß wir in ihr unsern unbeugsamen Willen zur unabhängigen nationalen Existenz irgendwie dokumentirt hätten. Wir haben also die Pflicht, den nächst günstigen

Augenblick, der uns jedoch nicht unvorbereitet treffen darf, uns zu Nutze zu machen. Wir müssen uns hierzu dauernd organisieren, alle Kämpfe politischer Parteien beiseite legen und uns zu diesem heiligsten Ziele verbinden und vereinigen. Welches auch das Ergebnis des künftigen Aufstandes sein wird, ein günstiges oder ein ungünstiges, die Nation wird lediglich ihre Pflicht erfüllen, wie wir sie im Jahre 1863 erfüllt haben.

1. und 2. Juni. In Lemberg findet ein „allpolnischer Nationaltag" statt, zu dem ein Komitee 1500 Einladungen hat ergehn lassen, und zwar u. a. an sämtliche polnischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten Galiziens, Schlesiens und der Bukowina, wie auch an die Bürgermeister und Vizebürgermeister der galizischen Städte, an die Obmänner der Bezirksvertretungen und an die Präsidenten der polnischen Vereine. Die Zahl der Teilnehmer beträgt jedoch nur 700. Unter den Teilnehmern ist die einflußreiche Stanczykenpartei, von einigen wenig beachteten westgalizischen Bezirksgrößen abgesehen, gerade so wie die sozialdemokratische Partei, gar nicht und die podolische Fraktion, die im Polenklub und im galizischen Landtage die Majorität bildet, nur durch wenige vertreten. In seiner Eröffnungsrede bezeichnet Romanowicz es als notwendig, daß alle Polen ohne Unterschied der Parteiangehörigkeit sich zur Abwehr der gegen ihre Nationalität gerichteten Anschläge vereinigen und in nationaler Hinsicht solidarisch zusammenwirken. Nach Besprechung der Lage der Polen in Preußen und Rußland legt der Redner folgenden Beschlußantrag vor: „Der polnische Nationaltag verweist auf die unzerreißbare nationale Einheit der drei polnischen Teilungsländer und drückt den Konnationalen in Rußland und Preußen für deren in schwerer Bedrückung und unter schrecklichen Leiden bewährte unbeugsame treue Anhänglichkeit an die nationale Idee, für deren ausdauernde opferwillige Arbeit, die die Zukunft betrifft, wie auch für deren wirksame Verteidigung des nationalen Bestandes die Verehrung und Dankbarkeit aus. Die Teilnehmer des Nationaltages erklären sich bereit, den Konnationalen in jedem Bedarfsfalle brüderlich beizustehen, und sie versichern, daß sie in Galizien bei ihrer Arbeit an der nationalen Regenerierung sich stets von der Rücksicht auf die nationale Gesamtheit werden leiten lassen. Die Auswahl der Mittel und Wege für die Wirksamkeit in den andern Teilungsländern muß der eignen patriotischen Entscheidung der dortigen Konnationalen vorbehalten bleiben, deshalb nimmt der Nationaltag von irgend einer speziellen Beschlußfassung in dieser Hinsicht Abstand und bringt bloß seine unerschütterliche Ueberzeugung zum Ausdrucke, daß die Wirksamkeit der Polen in jedem Teilungsgebiete, wenngleich dieselbe angesichts der verschiednen Bedingungen sich ungleichartig gestaltet, doch immer ein und dasselbe, allen Polen gemeinsame Ziel anstreben werde."

Der Antrag wird einstimmig angenommen. Ferner beschließt der Nationaltag eine Reihe von Erklärungen. Die wichtigern zielen ab auf die Einsetzung eines fünfundzwanzigliedrigen Komitees zum Behufe der Schaffung einer gemeinsamen, alle politischen Parteien und Gruppen der Polen umfassenden nationalen Organisation, dann auf die Errichtung eines polnischen Korrespondenzbureaus zur Informierung der auswärtigen Presse über die polnischen Verhältnisse in den drei Teilungsländern.

Hinsichtlich der Polen in Schlesien wird eine Aufforderung an den reichsrätlichen Polenklub beschlossen, für die Rechte der schlesischen Polen energisch einzutreten, auf die nationale Gleichberechtigung der polnischen Bevölkerung in Schlesien entschieden hinzuarbeiten, insbesondre die rasche Verstaatlichung des polnischen Gymnasiums in Teschen und die Errichtung der polnischen Lehrer-Bildungsanstalt in Teschen zu erwirken. Die polnische Gesamtbevölkerung wird aufgefordert, in ihrer Opferwilligkeit für polnisch-nationale Zwecke in Schlesien nicht zu erlahmen. Ferner wird beschlossen, zum Schutze der polnischen Bevölkerung in Ostgalizien für die Erhaltung der Landeseinheit wie auch des einheitlichen Charakters sämtlicher Behörden und Anstalten des Landes, dann der polnischen Eigenart der Universität und des Polytechnikums in Lemberg, der Mittel- und Fachschulen, der Lehrer-Bildungsanstalten und der Volksschulen Sorge zu tragen; ferner auf die Erhaltung des polnischen Charakters der von Polen bewohnten Städte, Marktflecken und Dörfer, auf die Verbreitung des polnischen Nationalbewußtseins unter der Land- und Arbeiterbevölkerung solidarisch hinzuwirken. Weitere Beschlüsse betreffen die Reorganisation des galizischen Landesschulrats und die Erweiterung seiner Wirkungssphäre, die Aenderung der Schulgesetze zum Schutze der nationalen Minoritäten in den gemischtsprachigen Bezirken, die Reform des Mittelschulwesens gemäß dem polnischen Nationalerforderniße, die intensivere Pflege des polnischen Sprachunterrichts und der polnischen Länderkunde in den galizischen Volks- und Mittelschulen, Beaufsichtigung der Erziehung im nationalen Sinne, Regelung des Auswanderungswesens, Bekämpfung der Germanisation auf allen Gebieten, Boykottierung der jüdischen Kaufleute und Gewerbetreibenden, die zur Verbreitung des Deutschtums im Handelsverkehre mit der polnischen Bevölkerung beitragen, nationale Ausgestaltung der galizischen Hochschulen und Entwicklung der Landesindustrie.

B.

Ungarn.

I.

Reichstag I.

1.

Die Frage des Ausgleichs mit Oesterreich.

9. Januar. Im Abgeordnetenhause bittet Kossuth die Regierung um Aufschluß über die mit Oesterreich geschlossene Vereinbarung, an der er sodann bereits Kritik übt. Ministerpräsident

v. Szell sagt die baldige Auskunft zu und tadelt jene ohne Kenntnis geübte Kritik.

16. Januar. Der Ministerpräsident v. Szell gibt die von ihm zugesagten Erklärungen über die Ausgleichs-Verhandlungen mit Oesterreich. Er sagt:

Das Zollbündnis wird gemäß der Vereinbarung auf zehn Jahre geschlossen; der Inhalt stimmt in allen wesentlichen Punkten mit dem Zollbündnis überein, wie es in den früheren Perioden abgeschlossen worden ist. Die wichtigste Neuerung ist der neue gemeinsame Zolltarif. Wir hielten uns vor Augen, daß wir, da wir der Industrie Oesterreichs durch hohe Zölle den Markt sichern, andrerseits das Recht haben, unsrer Produktion durch gleichwertige Zölle den österreichischen Markt zu sichern. Es soll durch höhere landwirtschaftliche Zölle vermieden werden, daß jene Rohprodukte, die durch eine protektionistische, sozusagen exklusive Zollpolitik des Auslandes vom ausländischen Markte verdrängt werden, hier eindringen, um mit unsrer Produktion zu konkurieren, die unter schwierigren Bedingungen erzeugt wird. Wir können uns jedoch der gerechten Forderung Oesterreichs nicht verschließen, daß, nachdem zumal Deutschland seine Industriezölle bedeutend erhöht hat, auch andererseits die österreichische Industrie auf einen entsprechenden Schutz angewiesen sein muß. Bei Bemessung der Zollpositionen hielten wir uns die Parität zwischen Oesterreich und Ungarn vor Augen. Wir trugen ferner für einen gewissen Spielraum und für Zwecke der Vertragsverhandlungen Sorge, woraus nicht nur die österreichische Industrie, sondern auch die ungarische Landwirtschaft Nutzen ziehen wird. Sodann wurden die Artikel der Massenkonsume, um die Bedürfnisse der breiten Schichten nicht zu sehr zu verteuern, keiner bedeutenden Zollerhöhung unterworfen. Der Ministerpräsident zählt sodann die Zollerhöhungen verschiedner landwirtschaftlicher Produkte auf und geht sodann zur Erörterung der ergänzenden Bestimmungen über zwecks Regelung des Viehverkehrs. Die österreichische Regierung gestand die Befreiung aller Kategorien der ungarischen Staatspapiere von der Rentensteuer zu. Bezüglich der Pfandbriefe wurde eine paritätische Behandlung vereinbart. Wir willigten ein, daß der Tiroler Getreidezoll für die Dauer des Zollbündnisses aufrecht erhalten wird, weil wir zu der Ueberzeugung gelangt sind, daß kein materielles Interesse des Landes dadurch berührt wird. Bezüglich der Barzahlungen bestanden wir darauf, daß sie tatsächlich durchgeführt werden.

28. Januar. Ministerpräsident v. Szell bringt im Abgeordnetenhause die Vorlage ein betreffend ein für 10 Jahre abzuschließendes Zoll- und Handelsbündnis zwischen Ungarn und Oesterreich. Ferner legt er den gemeinamen autonomen Zolltarif und verschiedne andre, das Ausgleichsübereinkommen betreffende Vorlagen vor.

2.

Wehrvorlage.

5. Februar. Beratung des Abgeordnetenhauses über die österreichisch-ungarische Wehrvorlage (S. 270 u. Bd. 2 von 1902, S. 199.) Dabei bestreitet Graf J. Andrassy die Behauptung, daß die Groß-

machtstellung der Monarchie, in deren Interesse die Vermehrung der Armee gefordert werde, nur auf dynastischen Ehrgeiz zurückzuführen sei, da der Souverän auf seine Stellung in Deutschland und Italien verzichtete. Er sagt u. a.:

Die Linke ist gegen jede Heeresverstärkung, weil sie die Großmachtstellung der Monarchie nicht wünscht. Was ist Großmachtstellung? fragt Graf Andrassy und antwortet: Großmacht ist ein Staat, der über eine Macht verfügt, daß er in der Lage ist, auch auf politische Ereignisse, die sich außerhalb seiner Grenzen abspielen, Einfluß zu nehmen auf Grund eines starken, auch offensivfähigen Heeres. Großmacht ist ein Staat, dessen Bündnis von andren Mächten gesucht wird. Von der Linken war behauptet worden, daß Oesterreich-Ungarn einer geringern Wehrmacht bedürfe als im Jahre 1868, weil es nicht mehr, wie damals, Angriffe von Preußen und Italien zu befürchten habe, sondern mit diesen beiden Mächten verbündet sei. Graf Andrassy verweist dagegen auf die Erhöhung der Wehrmacht in fast allen Reichen und erklärt einen Vergleich zwischen heute und 1868 für unmöglich. Oesterreich-Ungarn ist in den Dreibund eingetreten auf Grund seiner Kraft. Wer wird sich mit einem Schwachen verbünden? Man möge auch nicht sagen, daß wir dem Deutschen Reiche zuliebe Opfer bringen. Opfer bringen müsse man für jedes Bündnis. Wenn Deutschland sich von Oesterreich-Ungarn abwende, etwa weil die Interessengemeinschaft aufhört, so könne Oesterreich-Ungarn anderweit Verbündete finden. Wende sich aber Deutschland von dem Bündnis ab, weil Oesterreich-Ungarn schwach sei, so werde sich mit einem schwachen Reiche keine andre Macht verbünden wollen. Von der Linken war gesagt worden, daß Oesterreich keine Großmacht mehr zu sein brauche, weil die orientalische Frage nur noch in der Einbildung der Diplomaten vorhanden sei. In Wirklichkeit ist zunächst die mazedonische Frage hervorgetreten. Wir können jeden Tag vor einem Kriege stehen. Zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland gibt es gegenwärtig keine Interessengegensätze mehr; aber es bestehen in Rußland Aspirationen und Traditionen, die in Gegensatz zu den Daseinsinteressen Oesterreich-Ungarns treten und unter Umständen für die habsburgische Monarchie verhängnisvoll werden könnten. Die Linke verlangt ein ungarisches Heer, wie es in dem Ausgleich von 1867 vorgesehen wurde. Indessen hat dieser Ausgleich Kommando und Organisation dieses Heeres der Krone übertragen. Kommando und Organisation sollen einheitlich sein. Das ungarische Heer ist ein ergänzender Bestandteil der gesamten Wehrmacht. Die magyarische Staatssprache könne auf das gemeinsame Heer nicht angewandt werden. Wohl hätte der König die magyarische Sprache zur Dienstsprache des ungarischen Heeres machen können. Wenn er dies nicht getan habe, so ließ er sich ausschließlich von militärischen und Zweckmäßigkeitsgründen leiten, weil er nicht wollte, daß das Heer zu einem babylonischen Turme werde. Schließlich bedauert Graf Andrassy, daß unter den Offizieren des gemeinsamen Heeres das magyarische Element nicht stark genug vertreten sei. Das Verlangen der Linken nach Schaffung eines besondern magyarischen Heeres mit magyarischer Dienstsprache wird vorderhand nicht erfüllt werden.

6. Februar. Fortsetzung dieser Verhandlung. Nach vielen Lärmszenen verteidigt der Ministerpräsident v. Szell den Grafen Andrassy gegen verschiedne wegen seiner obigen Rede gegen ihn erhobenen Vorwürfe. Er habe seine Anschauung, die er stets vertreten, männlich zum Ausdruck gebracht. v. Szell erörtert sodann die

Ansicht Andrassys über die einheitliche Führung der Armee und den aus Zweckmäßigkeitsgründen eingeführten einheitlichen Gebrauch der deutschen Sprache in der gemeinsamen Armee. Man könnte in dieser Hinsicht anderer Ansicht sein, aber nicht sagen, daß in dieser Einrichtung eine Verletzung des Rechts der ungarischen Sprache liege. Die Nation lebe in ihrer Sprache. Die ungarische Sprache behalte ihre Rechte auch in der Armee, im militärischen Unterricht und im schriftlichen Verkehr. Daraus, daß das Gesetz die einheitliche Kommandosprache in der gemeinsamen Armee anerkennt, folge nicht die Abhängigkeit von Oesterreich. Diese Festsetzung der Kommandosprache sei vom Monarchen auf Grund des Gesetzes, des in der Volksvertretung kundgegebnen Willens der Nation geschehen.

7. Februar. Fortsetzung. Ein Mitglied der Kossuthpartei erklärt, unter Bezugnahme auf die Ausführungen des Grafen Andrassy in der Sitzung vom 5., es betrübe ihn, daß ein so hervorragendes Mitglied der Aristokratie, wie Andrassy, der einen großen geschichtlichen Namen trage, und der selbst Geschichtsschreiber sei, solchen Anschauungen huldige. Man müsse sich fragen, wie dann die Gesinnung jenes Teiles der Aristokratie sei, der vermöge seiner Erziehung und gesellschaftlichen Stellung der Nation fernsteht. Diese Aeußerungen haben lärmhafte Szenen zur Folge.

3.

Ueber auswärtige Angelegenheiten.

10. Januar. Im Abgeordnetenhause wünscht ein Abgeordneter der Kossuthpartei Aufschluß über die neuliche Reise des russischen Ministers des Aeußern, v. Lamsdorff, nach Belgrad und Wien sowie darüber, ob eine mit etwa ihn getroffne Vereinbarung mit der Konvention von 1897 im Einklange stehe. Wenn dies der Fall sei, so frage er, wie dieses mit der gegen den Fortbestand der Türkei betriebnen Agitation, die Rußland unterstütze, im Einklange stehe, da doch die Konvention von 1897 nach den Erklärungen des Ministers des Aeußern die Konsolidierung der auf der Balkanhalbinseln geschaffnen Zustände aufrecht zu erhalten beabsichtige.

7. Februar. Ein Mitglied der Kossuthpartei stellt eine Anfrage über den Empfang des Königs Alexander von Serbien auf seiner Reise nach der in Kruschedol gelegnen Grabstätte des Königs Milan und wünscht zu wissen, ob der König an der Landesgrenze im Namen des Königs durch den Banus von Kroatien empfangen werden würde; es gehöre dies zu den Obliegenheiten

des ungarischen Ministerpräsidenten. Ministerpräsident v. Szell erwidert, daß der Besuch des Königs von Serbien keinerlei politischen Hintergrund besitze; es handle sich nur um ein mehrstündiges Verweilen anläßlich eines Pietätsaktes; mit Rücksicht auf den hohen Rang des Souveräns und die freundschaftlichen Beziehungen werde ein gebührender Empfang seitens der Ortsbehörden stattfinden. Der Banus von Kroatien sei als Bannerherr Ungarns der Landeschef Kroatiens, und, da Semlin, wo der König die Grenze betrete, im Verwaltungsbezirk Kroatien liege, mit dem Empfang betraut worden.

3. März. In Beantwortung obiger Anfrage über die Reise des russischen Ministers des Aeußern, Grafen Lamsdorff nach Wien, bezeichnet der Ministerpräsident v. Szell im Abgeordnetenhause als Grundlage der Orientpolitik Oesterreich-Ungarns, die durch internationale Vereinbarung geschaffnen Zustände im Orient aufrecht zu erhalten, die Unabhängigkeit der Balkanstaaten zu stärken, die freie Entwicklung und das Aufblühen dieser Staaten zu fördern; auch solle das freundschaftliche Verhältnis mit den Balkanstaaten gepflegt und der territoriale und politische status quo der Türkei unversehrt erhalten werden, sodaß keine Großmacht einen überwiegenden Einfluß auf die dortigen Machtverhältnisse zum Nachteil einer andren Macht ausübe. Dies sei der Zweck des weisen Uebereinkommens, das im Jahre 1897 zwischen Oesterreich-Ungarn und Rußland geschlossen worden ist. Der Zweck der Reise des Grafen Lamsdorff habe darin bestanden, die Grundzüge der Reformen und administrativen Maßnahmen festzustelleen, die hierauf der Türkei vorgeschlagen wurden. Besondre Abmachungen seien bei dieser Gelegenheit nicht getroffen worden, eine Abweichung von der übereinstimmenden Auffassung, die 1897 festgesetzt worden ist, sei nicht geschehen. „Beide Großmächte mißbilligen alle Bestrebungen und Tendenzen, von welcher Seite sie auch immer kommen, die auf eine gewaltsame Umwälzung gerichtet sind oder dazu führen können. Falls trotz dieser Mahnung die Bevölkerung sich zu revolutionären Schritten verleiten lassen würde, so würde niemand, auch Rußland nicht, die Türkei verhindern, daß sie eine energische Repression übe. Die Aufnahme, die das von allen Großmächten unterstützte Reformprojekt bei der Pforte gefunden, gestattet zu hoffen, daß diese im Einvernehmen mit den Mächten unternommene Aktion nicht ergebnislos sein werde. Wir glauben, daß wir durch diese Aktion dem großen Interesse des europäischen Friedens einen Dienst erweisen." Schließlich bezeichnet der Minister die Besorgnisse bezüglich der Gefährdung der Türkei für unbegründet.

II.

Unruhen.

15. März. In Pest sowie in einem Teile Ungarns finden lebhafte Kundgebungen gegen das Zustandekommen der österreichisch-ungarischen Wehrvorlage statt. Sie sind von der Unabhängigkeitspartei hervorgerufen, die darüber mit den Sozialisten in Streit gerät. Der großartig geplante Protestumzug wird infolgedessen gehindert, kommt aber schließlich doch zustande.

20. März. Anläßlich des Todestags des früheren Diktators Kossuth kommt es in Pest zu stürmischen Kundgebungen und zum Einschreiten des Militärs.

21. März. Die Studierenden in Pest versammeln sich wieder und werden von den zur Kossuthpartei gehörenden Abgeordneten aufgefordert, das Blut ihrer an dem gestern im Kampfe erlittenen Verletzungen gestorbnen Kollegen zu rächen. Tausend Studierende erscheinen mit einer Trauerfahne vor dem Parlamentsgebäude und senden eine Abordnung unter Führung des Abgeordneten Franz Kossuth an den Ministerpräsidenten. Dieser erwidert, die Straße gehöre nicht ausschließlich den Studenten, durch deren Kundgebungen die Sicherheit gefährdet wäre, er müsse die Polizei in Schutz nehmen und deren Autorität aufrecht erhalten. Auf eine Bemerkung des Abgeordneten Lengyels, daß die Antwort des Ministerpräsidenten nicht beruhigen, und daß infolgedessen niemand die Verantwortung für die weitern Geschehnisse übernehmen könne, erwidert v. Szell, daß er eine solche Antwort von einem Abgeordneten und Führer der Abordnung nicht erwartet habe.

III.

Reichstag II.

1.

Ueber die Unruhen in Pest.

26. März. Auf eine Anfrage im Abgeordnetenhause über die studentischen Unruhen erwidert der Ministerpräsident v. Szell, die dabei von einzelnen Beamten begangenen Uebergriffe würden geahndet werden, doch würde es ungerecht sein, wenn er die verantwortlichen Leiter des Sicherheitsdienstes, die unter den größten Schwierigkeiten mit heroischer Opferwilligkeit ihre Pflicht erfüllen, desavouieren würde. Er werde aber niemals gestatten, daß der Reichstag sich in ein Konvent verwandle.

2.

Duellfrage.

26. März. In Beantwortung einer Anfrage über das Verbot, daß Offiziere der Antiduell-Liga beitreten, erklärt Honvedminister von Fejervary, daß zwar der Zweikampf gesetzlich verboten

sei, das Offizierkorps sich aber über die gesellschaftliche Auffassung, die die Abweisung eines Duells als Feigheit erkläre, nicht hinwegsetzen könne. Das Offizierkorps sei nicht berufen, der Gesellschaft neue Auffassungen zu oktroyieren. Da zudem vorauszusetzen sei, daß die Vorschriften der Armee über Ehrenaffären mit den Vorschriften der Antiduell-Liga nicht übereinstimmten, so könne der Offizier nicht über die Richtschnur seines Verhaltens im unklaren gelassen werden. Wenn es der Antiduell-Liga gelinge, ihrer Auffassung in der Gesellschaft zum Siege zu verhelfen, so werde das Offizierkorps nicht verfehlen, sich den neuen Ideen anzupassen.

3.

Budget.

27. April. Da die Mehrheit des Abgeordnetenhauses aus Opposition gegen die Vorlage mit der Verweigerung des Budgets umgeht, erklärt der Ministerpräsident v. Szell, die Erledigung des Staatshaushaltsprovisoriums bilde keine Vertrauensfrage. Die Pflicht der Regierung, das Budget vorzulegen, entspreche der Pflicht der gesetzgebenden Körperschaft, den Voranschlag zu erledigen. Kossuths Anerbieten, dem Budgetprovisorium gegenüber nicht zu obstruieren, falls die Regierung in den nächsten vier Monaten die Verhandlung über die Wehrvorlage nicht fortsetze, weist Szell zurück, da dies ein verstecktes Fallenlassen der Wehrvorlage bedeute. Bei Begründung der Erhöhung des Rekrutenkontingents betont Szell, daß die Entwicklung der Wehrkraft Oesterreich-Ungarns den andern Staaten gegenüber zurückgeblieben sei. Er fährt fort:

Auf der Grenze zwischen dem Osten und dem Westen kann sich nur ein starker Staat behaupten. Oesterreich-Ungarn muß nicht nur eine bundesfähige Macht sein, sondern auch seine Interessen wahren können, ehe ein Zusammenstoß erfolgt. Der Mehraufwand infolge der Erhöhung des Rekrutenkontingents übersteige die Leistungsfähigkeit nicht. Redner bekämpft die gegen die deutsche Heeressprache vorgebrachten Argumente und fährt fort: Die Lage des Landes und die öffentliche Meinung fordert, daß ich die Bastei der Verfassung verteidige und meinen Platz behaupte. Dies ist meine Pflicht, und ich werde sie erfüllen. Ich bin vor die Wahl gestellt, entweder eine die Obstruktion unmöglich machende Verschärfung der Hausordnung herbeizuführen, oder die öffentliche Gewalt so unparteiisch und maßvoll zu handhaben, daß jede Obstruktion als schnöde Ungerechtigkeit erscheint. Ich wählte das letztere.

v. Szell schließt mit der Erklärung, daß er als Vertreter des parlamentarischen Prinzips in dieser Lage nicht vom Platze weichen könne. Falls er gezwungen sein sollte, die Regierung ohne Budget weiterzuführen, werde er dies im Bewußtsein seiner Verantwortlichkeit tun, weil die Pflichterfüllung gegen den König und

das Vaterland dies gebiete. Kein ungarischer Staatsmann hätte unter gleichen Verhältnissen einen andern Entschluß fassen können.

30. April. Das Budget wird vom Abgeordnetenhause nicht genehmigt.

4.

In der Krisis.

22. Mai. Im Abgeordnetenhause bespricht der Ministerpräsident v. Szell den von der Opposition erhobnen Vorwurf, daß der passive Widerstand der Regierung die Entwirrung der parlamentarischen Lage verhindere. Die Obstruktion bedeute den höchsten Grad der Passivität; es sei das so viel, als würden Barrikaden im Abgeordnetenhause statt auf der Straße errichtet; doch ihn schreckten keine Barrikaden. v. Szell widerlegt sodann die Anklage der Opposition, daß er durch sein Verhalten während des budgetlosen Zustandes für ein zukünftiges verfassungsloses Regime einen Präzedenzfall schaffe, indem er sagt, der gefährlichste Präzedenzfall hätte dann vorgelegen, wenn einer terroristischen Minorität die Möglichkeit gegeben worden wäre, durch Verhinderung der Budgetverhandlung eine Krise hervorzurufen. Die Regierung sei verpflichtet, einem solchen Unterfangen mit aller Kraft Widerstand zu leisten und für ein normales Funktionieren des Parlamentarismus einzutreten. v. Szell schließt, auf der Basis der Verfassungsmäßigkeit gehe das Land einer segensreichen Entwicklung entgegen. Wenn die Verfassungsmäßigkeit des Parlamentarismus zerstört werde, drohten dem Lande die schwersten Gefahren.

25. Mai. Im Magnatenhause stellt Graf J. Esterhazy an den Ministerpräsidenten die Frage, ob ihn etwa besondre Verpflichtungen, die auf einem Kompromiß beruhten, davon abhielten, in der jetzigen kritischen Lage eine energische Politik zu befolgen, und, falls dies nicht der Fall sein sollte, ob er geneigt sei, den passiven Widerstand gegen die Obstruktion aufzugeben und im Interesse des Landes den Willen der Mehrheit gegenüber der Minderheit zur Geltung zu bringen. v. Szell erwidert, er fühle wohl die großen Schwierigkeiten der Lage; er stehe der Flut der Obstruktion gegenüber wie ein Wellenbrecher, der sich nicht vom Platze rühre, der die Wogen wohl aufhalten aber nicht beschwichtigen könne. Er werde die Waffen nicht strecken und nicht kapitulieren, weil damit nichts an der Lage geändert werden würde. Ein Kompromiß, daß der Obstruktion gewisse Rücksicht erwiesen werden müsse, existiere absolut nicht. Andrerseits, fügt Szell hinzu, sei er nicht gesonnen, von der Basis strikter Loyalität, auf der er bisher verharrt habe, auch nur um

Haaresbreite abzuweichen. — Das Haus nimmt die Antwort zur Kenntnis.

16. Juni. Ministerpräsident v. Szell gibt im Abgeordnetenhause folgende Erklärung ab: „Ich habe den prinzipiellen Standpunkt meiner Politik über den von der Obstruktion an den Tag gelegten Widerstand gegen die Militärvorlage wiederholt dargelegt. Ich fügte hinzu, daß die Politik nur so lange befolgt werden kann, als hinsichtlich des Prinzips und ihrer Methode unter allen beteiligten Faktoren vollständige Uebereinstimmung herrscht. Nachdem über die zu befolgende Methode nicht mehr vollkommene Uebereinstimmung in einem Maße vorhanden ist, als zu der Durchführung der Politik und ihrem Erfolge erforderlich ist, überreichte ich am 14. das Gesuch um meine Entlassung, die Se. Majestät anzunehmen geruhte. Ich ersuche das Haus, bis zur Bildung des neuen Kabinetts die Sitzungen zu vertagen." Darauf erklärt Kossuth, er bestreite nicht das Recht der Krone, die Minister zu wählen. Wenn jedoch der künftige Ministerpräsident versuchen sollte, während des ungesetzlichen Zustandes das Haus aufzulösen und ohne Bewilligung des Hauses Rekruten auszuheben, so werde seine Partei den Kampf bis zum äußersten führen. Ministerpräsident v. Szell verteidigt die Krone gegen den Vorwurf, daß die Ursache der Krise die Absicht sei, das persönliche Regime einzuführen. Er beteuert die verfassungsmäßige Gesinnung des Monarchen, der nie versuchte, auf irgend welche Entschlüsse einen Druck im Sinne eines persönlichen Regiments auszuüben. Unter stürmischen Rufen des Hauses: „Es lebe der König!" drückt der Ministerpräsident die Hoffnung aus, daß die Eintracht zwischen dem Könige und der Nation nie gestört werde.

IV.

Ministerium Graf Khuen-Hedervary.

26. Juni. Infolge des Rücktritts des seit dem 26. Februar 1899 (als Nachfolger des Ministeriums Banffy) im Amte gewesenen Ministeriums v. Szell wird, nach vergeblichen, mit dem Grafen Stephan Tisza gepflogenen Verhandlungen, der bisherige Banus von Kroatien mit der Bildung eines neuen Ministeriums betraut. Das Ministerium wird also zusammengesetzt: Präsidium und Inneres Graf Khuen-Hedervary, Finanzen Lukacs, Handel Lang, Ackerbau Daranyi, Justiz Ploß, Landesverteidigung Koloszvary, Kultus und Unterricht Wlassics, Ministerium für Kroatien Tomasics. Das Ministerum am königlichen Hoflager behält vorläufig Graf Khuen.

V.

Reichstag III.

30. Juni. Der neue Ministerpräsident Graf Khuen-Hedervary hält im Abgeordnetenhause seine Programmrede. Er sagt: Der Ausgangspunkt der parlamentarischen Wirren und des außergesetzlichen Zustandes ist bekanntlich die Gesetzvorlage betreffend das erhöhte Rekrutenkontingent gewesen. Wir haben uns im Interesse der Wiederherstellung geordneter Zustände im Abgeordnetenhaus entschlossen, die Verhandlung jener Vorlage einstweilen auszusetzen, weil in einer später einzureichenden Wehrvorlage ohnehin ein erhöhtes Kontingent enthalten ist. Für dieses Jahr werde nur das normale Kontingent beansprucht. Mit der Einreichung der organisatorischen Wehrvorlage werde der derzeitige Gesetzentwurf als überflüssig zurückgezogen, nicht bloß suspendiert. Der Minister bespricht sodann das Arbeitsprogramm des Hauses und erklärt, er werde die Ermächtigung verlangen, mit den Handelsvertragsverhandlungen zu beginnen, ehe der Zolltarif fertiggestellt sei. Dies sei zumal mit Rücksicht auf den Handelsvertrag mit Italien notwendig. Der Ministerpräsident geht dann auf Einzelheiten des politischen Programms über und erklärt sich als überzeugter Anhänger des Dualismus und der gemeinsamen Armee. Er betont, daß er für alle Maßregeln zur Förderung der Wehrkraft, die übrigens nie zu den Interessen der Nation im Gegensatz stehe, eintreten werde. Er sei ein treuer Anhänger der liberalen Prinzipien, da sie in geschichtlicher Ueberlieferung begründet seien und sich als staatserhaltender Faktor und als Kraftquelle des Staates bewährt hätten. Der Ministerpräsident hebt als wichtige Aufgabe die Kräftigung des Ungartums hervor, Agitation gegen das Ungartum dürfe nicht geduldet werden. Die Interessen der Staatsbürger der andern Volksstämme seien vom Schicksal der Ungarn nicht trennbar. Wenn es den Ungarn wohlergehe, hätten alle andern Stämme sich des Wohlergehens erfreut. Endlich appellirt der Ministerpräsident an die wirtschaftliche Initiative der Gesellschaft, um durch materiellen Aufschwung eine kräftige Grundlage nationaler Entwicklung zu schaffen.

VI.

Kroatien.

27. März. In Agram finden ungarnfeindliche Kundgebungen statt aus Anlaß der irrtümlichen Nichtanbringung der kroatischen neben einer ungarischen Inschrift. Gegen die Unruhe stiftenden Studenten wird Militär aufgeboten.

30. März. Heftiger Streit der Studierenden in Agram mit den Polizeibeamten. Die gesamte Garnison wird aufgeboten.

12. Mai. Das Eisenbahnstationsgebäude in Brod wird von einer Rotte Bauern angegriffen, die die ungarischen Inschrifttafeln herabreißen wollen. In einigen Ortschaften des Belovarer Komitats werden Verhaftungen wegen Verbreitung aufrührerischer Aufrufe vorgenommen.

20. Mai. Anläßlich des Todestages des Banus Jellachich begeben sich in Agram zahlreiche Studenten von der Kirche zu dem Denkmal Jellachichs, bekränzen es und ziehen durch die Straßen, wobei sie slawische Rufe ausbringen. Eine Volksmenge, die sich den Studenten anschließt, bewirft die Polizei mit Steinen, drei Personen werden verwundet.

23. Mai. In drei Bezirken wird wegen fortgesetzter ungarnfeindlicher Kundgebungen das Standrecht verkündigt.

25. Mai. In der Ortschaft Grobnik stürmt die Menge das Gemeindehaus und zerstört es zum Teil. Der Pfarrer wird wegen aufreizender Reden gegen Ungarn verhaftet. In andern Orten werden die ungarischen Inschriften und Wappen zerstört.

29. Mai. Die kroatischen Reichsrats- und Landtagsabgeordneten aus Dalmatien, Istrien und Triest veröffentlichen über die Vorfälle in Kroatien die Erklärung:

Es stehe fest, daß in Kroatien und Slawonien starke Unzufriedenheit herrsche, die sich an vielen Orten in so heftigen Kundgebungen Luft machte, daß zur Niederhaltung der Unruhen die gesamte Wehrmacht im Lande nicht ausreichte, vielmehr Truppen hätten aufgeboten werden müssen. Solche Erregung könne nicht künstlich erzeugt werden, sondern habe ihre Ursache in der traurigen Lage des Landes. In Kroatien walte Willkür. Die Presse werde unterdrückt. Der Steuerdruck sei unerträglich. Ein Zehntel der Kroaten befinde sich jenseits des Ozeans. Die nationalen Rechte der Kroaten würden verletzt. Die Abgeordneten drücken die Ueberzeugung aus, die letzten Ereignisse würden die über das kroatische Volk verbreiteten Vorurteile zerstreuen und ihm die Sympathien der zivilisierten Welt erringen.

Rußland.

I.

Budget.

13. Januar. Im Reichsbudget für 1903 sind die ordentlichen Einnahmen auf 1897032678 Rubel, die ordentlichen Ausgaben auf 1880405229 Rubel veranschlagt. Der Ueberschuß der ordentlichen Einnahmen über die ordentlichen Ausgaben beträgt danach 16627449 Rubel. Die außerordentlichen Einnahmen werden auf 174634794, die außerordentlichen Ausgaben auf 191262234 Rubel veranschlagt.

II.

Zolltarif.

29. Januar. Die Gesetzsammlung veröffentlicht einen neuen Zolltarif für die europäischen Grenzen, über den halbamtlich gesagt wird:

Als Hauptgrund der Ausarbeitung des Tarifs wird das Herannahen des Zeitpunktes bezeichnet, in dem die derzeit giltigen Handelsverträge aufgehoben werden können. Der gegenwärtig giltige Generaltarif ist 11 Jahre alt und dürfte mit den augenblicklichen Bedürfnissen der russischen Industrie nicht mehr übereinstimmen. Wenn der Finanzminister die Umarbeitung des Zolltarifs mit der Epoche der Revision der Handelsverträge zusammenfallen läßt, so folgt er darin dem Beispiele der fremden Staaten, die gerade diese Gelegenheit für angemessen erachtet haben, ihre Generaltarife umzuarbeiten und bedeutenden Abänderungen zu unterziehen, um der nationalen Arbeit erhöhten Schutz zu kommen zu lassen. Wenn die Staaten, mit denen Rußland Vertragsverhandlungen wird pflegen müssen, entschlossen sind, neue, den jetzigen Bedürfnissen ihrer Industrie angepaßte Tarife ihren Zugeständnissen bei Vertragsverhandlungen zugrunde zu legen, müßte auch Rußland sich auf denselben Standpunkt stellen. Die Umarbeitung des russischen Zolltarifs ist mit größter Sorgfalt geschehen. Die Zollerhöhungen erstrecken sich durchaus nicht auf den ganzen Tarif, man hat vielmehr erkannt, daß für eine ganze Anzahl von Artikeln die gegenwärtigen Sätze die heimische Industrie hinreichend schützen. Andre Abänderungen des Tarifs bestehen in andrer Klassifikation und in größerer Spezialisierung der Waren. Eine Besonderheit des neuen Gesetzes besteht darin, daß es keine Bestimmung über sein Inkrafttreten enthält.

III.

Aufruf der sozialdemokratischen Arbeiterpartei.

16. Januar. Aus Anlaß des von Verlegern russischer Zeitungen durch ein Festmahl in Moskau gefeierten 200-jährigen Jubiläums des Erscheinens der ersten gedruckten Zeitung in Rußland, der „Moskowskija Wjedomosti", verbreitet die „Russische sozialdemokratische Arbeiterpartei" einen Aufruf, in dem sie mitteilt, daß die besten und hervorragendsten Journalisten erklärt haben, daß kein Grund vorhanden sei, dies Jubiläum zu feiern, daß der Jubiläumstag der russischen Presse derjenige sein wird, an dem sie ihre Freiheit erhält. Zweihundert Jahre bestehe die Presse in Rußland, und bis zum heutigen Tage stehe sie unter dem „schimpflichen Joche der Zensur."

Der Aufruf wendet sich sodann in den schärfsten Ausdrücken gegen die Regierung, die die Presse kneble, das freie Wort unterbinde, die „Bildung und Erleuchtung" des Volkes gewaltsam verhindre und seit Bestehen der Presse alle Journalisten und Schriftsteller, die der Wahrheit die Ehre geben, nach Sibirien verschicke, ins Gefängnis werfe und auf alle mögliche Art quäle und martere. Blätter und Zeitungen, die es sich zur Aufgabe machten,

Bildung zu verbreiten und dem Volke die Augen über die bestehenden Verhältnisse zu öffnen, indem sie den Lesern sachliche Auseinandersetzungen und Besprechungen der allgemeinen Erscheinungen und Vorgänge des Leben bieten, würden sofort als „schädliche Richtung" angehalten und unterdrückt. Der Aufruf stellt sodann die Frage: „Spricht ein solcher Befehl nicht deutlich dafür, daß die Regierung den Verstand und die Seele des Volkes vergiften will?" — und erinnert an Herzen, der 1855 an Kaiser Alexander den Zweiten die denkwürdigen Worte gerichtet habe: „Herr und Kaiser, gib dem russischen Worte die Freiheit! Unserm Verstande ist es zu eng; unsere Gedanken vergiften unsre Brust; aus Mangel an Raum stöhnt sie in den Ketten der Zensur: Kaiser, gib uns die freie Rede!" Als diese Bitte fruchtlos verhallt sei, habe Herzen dann gerade vor fünfzig Jahren die erste geheime Druckerei in London eröffnet. Nicht von den Zaren sei dem russischen Worte die Freiheit gegeben worden, sondern durch die Revolutionäre sei sie mit schweren Opfern erlangt worden. „Die Regierung ist machtlos, sie vermag das durch uns verbreitete freie Wort nicht zu unterdrücken! Heute lesen in Rußland Hunderttausende diesen Aufruf. Er dringt in die entlegensten Provinzen, von Dorf zu Dorf, sogar in das „Herz des Selbstherrscherreiches" — in die Kasernen seiner Soldaten! Wir besitzen heute eine Menge revolutionärer Blätter in russischer, polnischer, jüdischer, lateinischer, georgischer und armenischer Sprache! Hunderttausende von Stadt- und Landbewohnern beziehen unsre Blätter und nehmen begierig in sich den freien Gedanken und die Berufung auf, gegen den politischen und sozialen Druck anzukämpfen. Die Regierung steht mit ihrem ganzen Polizeiapparat machtlos vor dieser fortgesetzt wachsenden, drohenden elementaren Gewalt! Sie wird fortfahren uns zu knechten und zu knebeln, sie wird Zwangsarbeit, Einstellung in die Arrestantenkompagnie, vieljähriges Gefängnis, Galgen — alles, alles über uns verhängen, es wird ihr aber nicht mehr gelingen, die revolutionäre Presse zu unterdrücken und die durch das ganze russische Volk zitternde Bewegung zu hemmen!"

IV.

Unruhen.

26. März. Arbeiterunruhen im uralischen Gouvernement Ufa werden durch Militär unterdrückt, wobei viele Personen getötet werden.

31. März. Die Studierenden an der Universität Petersburg nehmen eine Haltung ein, infolge deren die Universität zeitweilig geschlossen wird.

11. Mai. Ein Rundschreiben des Ministers des Innern an die Gouverneure, Stadthauptleute und Oberpolizeimeister entwirft von der Judenhetze in Kischinew (in Bessarabien) folgendes Bild:

Bei den Unruhen wurden 45 Personen getötet, 74 schwer und 350 leichte verletzt. Gegen 700 den Juden gehörige Häuser und 600 Geschäftslokale wurden geplündert. Die Unruhen sind hervorgerufen durch das zugespitzte Verhältnis zwischen den Christen und Juden Bessarabiens. Die Gerüchte über angebliche Ritualmorde in den Gouvernements Cherson, Kiew und Kischinew veranlaßten das Gerede, es müsse gegen die Juden losgegangen

werden. Geschriebne Aufrufe dazu wurden verteilt. Den direkten Anlaß zur Judenhetze gab Ostersonntag die Mißhandlung einer Christenfrau durch einen jüdischen Karussellbesitzer. Die Menge warf Steine gegen die benachbarten Judenhäuser und durchzog dann verschiedne Stadtteile, überall jüdische Häuser und Verkaufsbuden zerstörend. Am Ostersonntag wurden bereits 9 Juden getötet. Am nächsten Morgen überfielen die Juden auf dem neuen Basar die Christen; ein Christ wurde durch einen Schuß von jüdischer Seite getödtet. Darauf erneuerten sich die Unruhen. Die die Stadt durchziehenden Militärpatrouillen erwiesen sich als ungenügend. Neue Truppenkommandos wurden herbeigerufen und die Aufrechterhaltung der Ordnung der Militärobrigkeit übertragen. Nachdem die Truppen planmäßig auf die einzelnen Bezirke verteilt waren, hörten die Unruhen am Abend des Ostermontags auf. Die Vorgänge in Kischinew riefen in vielen Orten des Reiches Unruhe hervor. Das Rundschreiben weist darauf hin, daß die Bildung von Vereinen zur Selbstverteidigung unzulässig sei, und daß die Zivilbehörde bei Unruhen die Obliegenheit nicht an die Militärbehörden abgeben dürfe, sondern ein gemeinsames Vorgehen die Truppen und die Polizei leiten müsse.

22. Mai. Infolge der sich ausbreitenden Arbeiterbewegung wird der Gouverneur von Ufa ermordet und kommen die Arbeiter in den Waffenfabriken mit Arbeitgebern und Polizei in heftigen Streit.

27. Mai. Offiziere der Garde-Artillerie werden wegen revolutionären Treibens verhaftet.

V.

Sozialer Erlaß des Kaisers.

12. März. Der Petersburger „Regierungsbote" veröffentlicht folgenden Erlaß des Kaisers:

Als wir den Thron der Vorfahren nach Gottes Vorsehung bestiegen, taten wir das heilige Gelübde vor dem Allmächtigen und unserm Gewissen, die jahrhundertealten Pfeiler der Macht Rußlands heilig zu hüten und unser Leben dem Dienste des geliebten Vaterlandes zu weihen. In unermüdlichen Sorgen für unsre Untertanen wählten wir für die Verwirklichung des Volkswohls einen Weg im Sinne der denkwürdigen Taten unsrer Vorgänger, besonders unsers unvergeßlichen Vaters. Es hat Gott gefallen, die Tätigkeit unsers Vaters durch dessen frühzeitiges Ableben zu unterbrechen. Gott legte uns dadurch die heilige Pflicht auf, die von ihm begonnene Befestigung der Ordnung und Wahrheit entsprechend den Forderungen des Lebens des Volkes zu vollenden. Zu unserm tiefen Bedauern hindern Wirren, die teils durch staatsfeindliche Absichten gesät sind, teils durch Lehren, die dem russischen Leben fremd sind, erzeugt wurden, die allgemeine Arbeit an der Aufbesserung des Volkswohlstandes. Diese Wirren verwirren die Gemüter, entziehen sie produktiver Arbeit und verderben oft unsern Herzen teure Familien, junge Kräfte, die unsre Heimat nötig hat. Von Hoch und Niedrig Erfüllung unsers Wunsches fordernd, sowie festen Widerstand gegenüber jeder Beeinträchtigung des normalen Laufes des Volkslebens, und vertrauend auf die ehrliche Erfüllung der dienstlichen und Kommunalpflichten von seiten aller, haben wir uns unbeugsam entschlossen, zur Reife gelangte Be-

dürfnisse des Staates unverzüglich zu befriedigen, und für gut befunden: die unabweisbare Beobachtung der Toleranzgebote zu sichern, die durch die Grundgesetze des russischen Reiches vorgezeichnet sind, und die, die orthodoxe Kirche als die herrschende achtend, allen andersgläubigen Untertanen, den fremden Konfessionen Freiheit des Glaubens und des Gottesdienstes nach anderm Ritus gewähren. Ferner haben wir für gut befunden, die Durchführung der Maßnahmen zur Aufbesserung der materiellen Lage der orthodoxen Landgeistlichkeit fortzusetzen, deren Teilnahme an dem geistigen und öffentlichen Leben ihrer Herde zu vertiefen. Entsprechend den bevorstehenden Aufgaben der Festigung der Volkswirtschaft ist die Tätigkeit der Institutionen für den Staatskredit, besonders der Adels- und Bauernbanken, auf Festigung und Entwicklung des Wohlstandes der Grundpfeiler des russischen Dorflebens, des lokalen Adels und der Bauern zu richten. Die von uns vorgeschriebnen Arbeiten zur Durchsicht der Gesetze für die Landbevölkerung sind nach ihrer Ausführung an die Gouvernements-Konferenzen behufs weiterer Ausarbeitung und Anpassung an die lokalen Besonderheiten unter weitgehender Hinzuziehung von das öffentliche Vertrauen genießenden Personen zu überweisen. Die Grundlage dieser Arbeiten bleibt der unantastbare Gemeinbesitz bei Ausfindigmachung von Wegen, den Bauern den Austritt aus der Gemeinde zu erleichtern. Unverzüglich sind Maßnahmen zu treffen zur Aufhebung der den Bauern lästigen Haftpflicht. Die Gouvernements- und die Kreisverwaltung ist zu reformieren durch Arbeiten der lokalen Vertreter. Aufgabe einer weitern Regelung des lokalen Lebens wird eine Annäherung der Kommunalverwaltung und der Pfarrkuratorien der orthodoxen Kirche sein, wo das möglich ist. Indem wir alle Untertanen auffordern, mitzuwirken bei der Befestigung der sittlichen Grundlagen der Familie, der Schule und des öffentlichen Lebens, befehlen wir unsern Ministern und allen betreffenden Oberbeamten, uns ihre Erwägungen über die Ausführung unsrer Absichten zu unterbreiten.

VI.

Landgemeindevertretung.

15. Mai. Erlaß, wonach das Gesetz über die Umgestaltung der Semstwo-Einrichtungen in den Gouvernements Witebsk, Minsk und Mohilew noch in diesem Jahre eingeführt und der Minister des Innern zur spätern Einführung in Wilna, Wolhynien, Grodno, Kiew, Kowno und Podolien ermächtigt wird.

Nach den neuen Vorschriften wird die Verwaltung der Semstwos in jedem Gouvernement besondern Provinzkomitees und Distriktkomitees übertragen. Die ersten sind befugt, Entscheidungen in wirtschaftlichen Angelegenheiten zu treffen. Die letzten halten Zusammenkünfte ab zu vorbereitenden Besprechungen wichtiger Gemeindefragen. Die Exekutive ist dem Gouverneur und den Distriktausschüssen übertragen. Vorsitzender der Provinzkomitees ist der Gouverneur, der Distriktkomitees der Adelsmarschall. Die Komitees setzen sich zusammen aus Verwaltungsbeamten und Landwirten, die von dem Minister des Innern ernannt werden. Der Vorsitzende und die Mitglieder des Provinzausschusses werden vom Minister des Innern ernannt. Der Kompetenz der Semstwos unterliegen die Landesabgaben, die Instandhaltung der Landstraßen, der Landpost, die sanitären und veterinären Maßregeln, die Armenpflege, die Elementarschulen und die Förderung der lokalen Landwirtschaft, Handel und Industrie.

VII.

Finnland.

Anfang März. Die Gärung im ganzen Lande wegen der fortschreitenden Russifizierung hat einen hohen Grad erreicht. Der Wirkliche Staatsrat Streng wird in Helsingfors mit den feindlichsten Kundgebungen empfangen, weil er sich den neuen russischen Gesetzen gefügt hat, während 16 andre Mitglieder des Hofgerichts zu Abo ihrer Stellung ohne Pension entlassen waren, weil sie die russischen Anordnungen nicht befolgt hatten.

15. April. Veröffentlichung eines kaiserlichen Erlasses wegen Uebertragung der Diktatur an den Generalgouverneur von Finnland, General Bobrikow. Der Erlaß umfaßt 28 Punkte, deren wichtigste die folgenden sind:

Der Generalgouverneur stellt die höchste Staatsgewalt in Finnland dar. Er ist gleichzeitig Präsident des finnländischen Senats und oberster Chef der Zivilverwaltung. Er wird ernannt und verabschiedet durch kaiserlichen Ukas. Seine Ernennung notifiziert er selbst dem finnländischen Senat. In besondern Fällen, wo seine Vollmachten nicht ausreichen und außerordentliche Maßnahmen notwendig sind, kann der Generalgouverneur diese selbst vornehmen und später erst darüber dem Zaren Bericht erstatten. Sämtliche Zivilbehörden unterstehn ihm, auch die Gemeindebehörden in den Städten und Dörfern. Eine Ausnahme davon macht die Universität in Helsingfors; allerdings hat der Generalgouverneur auch über diese die Aufsicht und das Recht, falls Nachlässigkeiten oder Unordnungen bemerkt werden, sie sofort zu unterdrücken und an maßgebender Stelle zu melden. Ihm steht überall die oberste Polizeigewalt zu; ebenso ist ihm die gesamte Presse unterstellt, in welcher Eigenschaft er zeitweilig oder für immer Tagesblätter inhibieren kann. Falls der Generalgouverneur verhindert ist, seine Funktionen auszuüben, ist sein Gehilfe dazu autorisiert.

Anfang April. Bobrikow gebraucht die Diktaturgewalt bereits, indem er von den nicht erschienenen Wehrpflichtigen einen in jeder Landgemeinde und drei in jeder Stadt verhaften läßt. — Eine Reihe von Personen werden seitens des Diktators des Landes verwiesen.

VIII.

Bericht des Ministers Witte über den Osten des Reichs.

Anfang März. In den Petersburger Blättern wird ein vom Finanzminister Witte über seine Reise nach dem Osten an den Kaiser erstatteter Bericht veröffentlicht, dessen Einleitung also lautet:

Mit Allerhöchster Genehmigung Ew. Kaiserlichen Majestät unternahm ich eine Reise zur Besichtigung der chinesischen Ostbahn, des letzten Gliedes des großen sibirischen Schienenweges. Diesen Weg von einem Ende bis zum andern zurücklegend, muß man über die kolossalen Ausdehnungen dieses Baues

erstaunen, der unter der Regierung Kaiser Alexanders des Dritten begonnen und unter der direkten Leitung Ew. Kaiserlichen Majestät ausgeführt worden ist; die ungeheure Größe der vollendeten Aufgabe zwingt einem Gefühle der Bewunderung ab. Die Weltbedeutung der sibirischen Eisenbahn wird zurzeit bereits von niemandem bestritten; sie wird sowohl bei uns wie auch im Auslande anerkannt. Durch einen fortlaufenden Schienenstrang Europa und Asien verbindend, wird diese Straße zum internationalen Transitweg werden, auf dem der Warenaustausch zwischen dem Westen und dem Osten vor sich gehn muß. China, Japan und Korea, deren Bevölkerung ein halbe Milliarde erreicht, und deren internationale Handelsumsätze bereits gegenwärtig die Summe von 600 Mill. Rubel übersteigen, werden vermittelst des großen Schienenwegs, der alle Mittel zu einem raschern und billigern Verkehr und Warenaustausch bietet, in engere Beziehung zu Europa, als dem Markte hoher industrieller Kultur, treten, der der Rohmaterialien des Ostens bedarf. Dank der sibirischen Bahn wird der Bedarf dieser Länder an europäischen Fabrikaten sich steigern, und europäisches Wissen und Kapital werden ein neues, ausgedehntes Arbeitsfeld in der Erforschung und Verarbeitung der natürlichen Reichtümer der Länder des Ostens finden. Der asiatische Osten war bis in die letzte Zeit für die Völker Europas eine unerforschte Welt, die Jahrtausende ein Leben der Abgeschlossenheit geführt, sich von der westlichen Zivilisation fern gehalten und ihre eigne nationale Kultur geschaffen hat. Der Bau des sibirischen Schienenweges eröffnet Europa die Pforten zu dieser bisher abgeschlossenen Welt und bringt es in Konnex mit den zahlreichen Völkerschaften der mongolischen Rasse. Eine fernere Abschließung ist für die Völker des Ostens faktisch unmöglich. Der russischen Industrie wird ein neuer ausgedehnter Binnenmarkt erschlossen: die Bevölkerungsüberschüsse des europäischen Rußlands werden einen Ausgang in die neuen ausgedehnten, zur Kolonisation geeigneten Gebiete Sibiriens finden; die Verarbeitung der natürlichen Reichtümer Sibiriens, das Anwachsen seiner Bevölkerung und die Entwicklung der Industrie werden die Produktionskräfte unsers Vaterlandes steigern, und Sibirien selbst wird ein aktiver Teilnehmer am Kulturleben werden.

IX.

Beziehungen zum Auslande.

1.

Verhältnis zu Großbritannien bezüglich der Zuckerkonvention.

17. Januar. Der russische Botschafter in London übergibt der englischen Regierung die Antwortnote der russischen Regierung auf die Note Englands, betreffend die Zuckerkonvention vom 30. November. Rußland wiederholt darin seine schon früher ausgesprochne Ansicht über die Unverträglichkeit von Zuschlagszöllen in den Handelsverträgen mit Meistbegünstigungsrecht.

Die einzelnen Punkte der englischen Note durchgehend, bezeichnet die russische Note die Zumutung, daß Rußland sich auf volkswirtschaftlichem Gebiet Anordnungen unterordnen solle, die einem Sonderabkommen zwischen andern Staaten entsprechen, als eine Einmischung in seine Gesetzgebung. Die Note weist die Auffassung zurück, als könnte ein andrer Staat in seinem Interesse auf eine Aenderung der russischen innern Gesetzgebung dringen, und als hätte

jeder mit Rußland durch Handelsverträge verbundne Staat das Recht, wenn Rußland nicht auf seine Vorschläge eingeht, gegen russische in jenes Land eingeführte Produkte Strafmaßnahmen anzuwenden. Auf einen diesbezüglichen Satz der englischen Note bemerkt die russische Note, daß auch die Teilnahme der russischen Regierung an der Brüsseler Konferenz an der Lage nichts geändert hätte, da Rußland in Bestimmungen, die den bestehenden Verträgen direkt zuwiderlaufen und von der Konferenz gebilligt wurden, nie eingewilligt habe. Die Zuckerfrage wäre gelöst, wenn wirklich alle interessierten Mächte der Konvention beigetreten wären; da das nicht geschehn ist, und da Rußland keineswegs beitreten kann, sei das ausgearbeitete Regime nicht als unparteiisch und billig zu bezeichnen, wie die englische Note es vorgebe. Schließlich erinnert die Antwort an den englischen Standpunkt betreffs Artikel 7 der Konvention von 1888, der eine Klausel enthält, die von England als unverträglich mit dem Meistbegünstigungsprinzip befunden wurde. Dieser Standpunkt ist der von England jetzt bestrittne russische Standpunkt. Da England auf ein Schiedsgericht nicht eingegangen ist und die Strafklausel auf russischen Zucker nicht eher angewandt werden könne, bevor nicht die internationale Kommission das russische System als tatsächliches Prämiensystem erkannt hat, so hält die russische Note einen weitern Meinungsaustausch vor dieser Entscheidung der Kommission zwecklos.

2.

Handelsvertrag mit Persien.

2. Februar. Das am 27. Oktober 1902 mit Persien geschlossene Zollabkommen wird bestätigt.

Hiernach unterliegen Waren, die von russischen Untertanen nach Persien eingeführt und aus Persien ausgeführt werden, sowie persische Erzeugnisse, die von Persien über das Kaspische Meer oder die Landgrenze beider Staaten nach Rußland eingeführt werden, ferner russische Waren, die von Persern auf demselben Wege aus Rußland ausgeführt werden, fortan einer Zollgebühr gemäß dem beigefügten Tarif. Aus Rußland ausgeführte Waren unterliegen der Zollgebühr ein für allemal bei der Einfuhr in Persien und unterliegen weiterhin keiner andern Zollgebühr oder andern Steuern mit Ausnahme der besonders bezeichneten. Persische Erzeugnisse unterliegen bei der Einfuhr in Rußland den Zollgebühren und keinen andern Ausfuhrgebühren oder Steuern bei ihrer Ausfuhr aus Persien mit Ausnahme der im Abkommen der Deklaration bezeichneten. Alle in dem Tarif nicht genannten persischen Waren und Erzeugnisse unterliegen in Rußland einem Einfuhrzoll nach den Tarifen, die bei Herkünften aus meistbegünstigten Ländern angewandt werden.

3.

Stellung zu Fragen des Orients.

25. Februar. Der „Petersburger Regierungsbote" veröffentlicht folgende Notiz zur mazedonischen Frage:

Das politische Leben glaubensverwandter Völkerschaften unermüdlich verfolgend, hat die Kaiserliche Regierung, durch ihre Agenten über die wahre Sachlage rechtzeitig benachrichtigt, nicht aufgehört, die ernsteste Aufmerksamkeit der Pforte auf die unaufschiebbare Notwendigkeit der Verbesserung der Lage der Christen in den Wilajets Saloniki, Kossowo und Monastir

zu lenken. Dem im Oktober 1902 nach Jalta berufnen Botschafter in Konstantinopel wurde die Ausarbeitung eines Projekts der wesentlichsten Reformen aufgetragen mit der Anweisung, die Pforte auf das dringende Bedürfnis der schnellsten Anwendung derselben hinzuweisen zur gründlichen Beseitigung der Ursachen der Unzufriedenheit der Untertanen. Eine Mitteilung gleichen Inhalts erhielt auch der türkische Gesandte Turkhan Pascha, der den Kaiser in Livadia begrüßte. Die türkische Regierung erklärte sich bereit, die freundschaftlichen Ratschläge zu befolgen. Das im November 1902 veröffentlichte Reformirade enthielt aber keine genügenden Garantien für die Verbesserung der Lage der Christen, diente daher auch nicht zur vollständigen Beruhigung. Trotz der den Balkanstaaten erteilten Ratschläge dauerte die Agitation der Revolutionskomitees zur Aufhetzung der Bevölkerung gegen die Pforte fort. Angesichts der äußerst beunruhigenden Lage beauftragte der Kaiser den Minister des Aeußeren anfangs Dezember, Belgrad und Sofia zu besuchen und dort im Namen des Kaisers eine Mitteilung folgenden Inhalts zu machen:

Nach wie vor sind Rußlands Bemühungen darauf gerichtet, die Pforte zu den schnellsten Reformen in den drei europäischen Wilajets zu veranlassen. Es ist daher unerläßlich, daß die slawischen Staaten ihrerseits die nur möglichen Maßnahmen zur Wahrung der Ruhe auf dem Balkan treffen und den revolutionären Absichten Widerstand entgegensetzen. Nur so können sie auf Rußland rechnen.

Der König von Serbien und der Fürst von Bulgarien beeilten sich, dem Grafen Lambsdorff zu versichern, daß ihre Regierungen bemüht sein würden, die fernere Agitation zu unterdrücken. Sie würden die Resultate des Wirkens Rußlands für die Christen abwarten. Nachdem diese Versprechungen erfüllt waren, sprach die Kaiserliche Regierung der bulgarischen Regierung für die in der letzten Zeit ergriffnen Maßnahmen ihre volle Billigung aus. Graf Lambsdorff reiste von Belgrad nach Wien, wo zwischen den beiden Ministern des Auswärtigen gemäß dem Abkommen von 1897 besondre Beratungen stattfanden. Dieselben endeten mit der Feststellung der Hauptgrundlagen der geplanten Reformen in den drei Wilajets. Anfang Januar wurde das Programm den Botschaftern Rußlands und Österreich-Ungarns in Konstantinopel mitgeteilt. Nach Beratung der lokalen Verhältnisse sollten sie ein ausführlicheres Reformprojekt für die drei Wilajets ausarbeiten. Nach Genehmigung desselben durch beide Regierungen wurde dasselbe am 17. Februar den Signatarmächten vertraulich mitgeteilt mit dem Ersuchen, im Falle der Billigung Rußland und Oesterreich-Ungarn bei der Pforte zu unterstützen. Frankreich, Italien, Deutschland und England drückten ihre volle Bereitwilligkeit dazu aus. Die Botschafter Rußlands und Oesterreich-Ungarns wurden sodann beauftragt, das Reformprojekt dem Sultan vorzulegen. Nach zusammenfassender Darstellung der Reformvorschläge heißt es dann weiter:

Diese Maßnahmen, die eine weite Entwicklung in der Zukunft finden können, erscheinen genügend, eine wesentliche Verbesserung des Lebens der Christen zu sichern. Die durch Opfer Rußlands zu einem selbständigen Leben berufnen Balkanstaaten dürfen zuversichtlich auf die beständige Fürsorge der Kaiserlichen Regierung für die tatsächlichen Bedürfnisse und auf den mächtigen Schutz der geistigen und materiellen Interessen der Christen rechnen, dürfen dabei aber nicht aus dem Auge verlieren, daß Rußland nicht einen Tropfen Blutes seiner Söhne und nicht den kleinsten Teil des Erbes des russischen Volkes opfern wird, wenn die slawischen Staaten entgegen rechtzeitig erteilten und besonnenen Ratschlägen durch revolutionäre und gewaltsame Mittel eine Veränderung der bestehenden Ordnung auf der Balkanhalbinsel anzustreben sich entschließen sollten.

4. April. Der „Regierungsbote“ veröffentlicht nachstehende Mitteilung:

Nach Eintreffen der Nachricht von dem frechen Angriff der Arnauten auf Mitrowitza (in Mazedonien) richtete der russische Botschafter in Konstantinopel unverzüglich die Aufmerksamkeit des Großwesirs auf die durch die Erfahrung bewiesene Erfolglosigkeit der Versuche der Pforte, die Arnauten auf dem Wege friedlicher Mahnungen zum Gehorsam zu bringen, sowie auf die Notwendigkeit, unverzüglich energische Maßnahmen zur Bestrafung der Aufrührer und zum Schutze der Christen zu treffen. Ferid Pascha beeilte sich dem Botschafter Sinowjew zu versichern, die türkische Regierung werde im Bewußtsein ihrer Pflicht die zur Verfügung stehenden Mittel zur Unterdrückung der Wirren und zur Wiederherstellung der Ruhe anwenden. Zu dieser Zeit traf in Konstantinopel die Drahtmeldung von dem neuen Symptom des Fanatismus der Arnauten ein, dessen Opfer der russische Konsul in Mitrowitza wurde. Der Sultan beauftragte sofort nach Empfang der Meldung telegraphisch den türkischen Botschafter in St. Petersburg, der Kaiserlichen Regierung das tiefste Bedauern über den Angriff auf den Konsul Schtscherbina auszusprechen. Gleichzeitig entsandte der Sultan den Großwesir zu dem russischen Botschafter Sinowjew, um diesem die tiefste Betrübnis des Sultans über den Zwischenfall auszusprechen und gleichzeitig die Erklärung abzugeben, daß alle Maßregeln für eine strenge Untersuchung der Angelegenheit dafür getroffen seien, daß der Bewegung der Arnauten unverzüglich ein Ende gemacht werde.

4.

Verhältnis zu China.

8. April. In Gemäßheit des am 8. April 1902 zwischen Rußland und China geschlossenen Vertrags über die Mandschurei (Bd. 1 v. 1902, S. 278) wird russischerseits die zweite mandschurische Provinz mit Einschluß Niutschwangs geräumt. Die Ortsverwaltung wird den Chinesen wieder übergeben.

13. April. Mukden, die Hauptstadt der Mandschurei, wird vom russischen Militär geräumt.

26. April. Eine von englischer Seite verbreitete ausführliche, ins einzelne gehende Mitteilung über Bedingungen, unter denen Rußland die Mandschurei räumen werde, wird von Petersburg aus in Abrede gestellt.

1. Mai. Der nordamerikanische Staatssekretär Hay richtet an den russischen Botschafter Grafen Cassini eine Note, in der er den Empfang der Erklärung Rußlands über seine Absichten in der Mandschurei und die Zurückweisung unlauterer Pläne gegen die Integrität jener Provinz bestätigt und sein Bedauern darüber ausspricht, daß auch nur zeitweilig eine falsche Auffassung der Absichten Rußlands obwalten konnte.

12. Mai. Der russische Geschäftsträger in Peking veröffentlicht eine Note, wonach die ganze Mandschurei dem fremden Handel offen steht und Pässe nicht länger erforderlich sind.

13. Mai. Den russischen Vertretungen im Auslande geht eine Note des Ministers des Aeußern, Grafen Lambsdorff, folgenden Inhalts zu: Nach einem Rückblick auf die seit 1900 russischerseits in der Mandschurei ausgeführten kulturellen Arbeiten werden die Bedingungen rekapituliert, unter denen gleichzeitig mit der Herstellung der Bahnlinie auch die zur Sicherheit der Strecke erforderlichen Befestigungen von Liao-Joung am Yalufluſſe errichtet wurden. Alle diese Arbeiten haben Sonderverträge mit China zur Grundlage. Für die Sicherheit und Integrität Chinas sowie für dessen Außenhandel seien diese Werke von unschätzbarem Werte. Rußland denke nicht daran, alle Vorteile dieser neuen Schöpfung für seine Interessen zu beschlagnahmen. Die handeltreibenden Mächte beider Erdteile würden unter den denkbar günstigsten Bedingungen davon Nutzen ziehn. Unter solchen Umständen müsse es in Anbetracht der Wichtigkeit der russischen Schöpfung jeder loyale Beurteiler begreiflich finden, daß die beschlossene Räumung Niutschwangs mit der Dauer versprechenden Regelung aller Verkehrs- und Sicherheitsfragen in Zusammenhang steht.

Frankreich.

I.

Neuwahlen zum Senat.

4. Januar. Bei den Wahlen zu 98 Mandaten gewinnen die Ministeriellen 15, während sie 2 verlieren. Die regierungsfreundlichen Blätter erklären, daß die Wahlen eine neue Bekräftigung der republikanischen Gesinnung des Landes bedeuteten, und daß die Wahlen viel besser ausgefallen seien, als man geglaubt habe. Die Schlappe, die die Klerikalen und Nationalisten bei den letzten Wahlen zur Kammer erlitten, sei durch die Ergänzungswahlen zum Senat noch bedeutend verstärkt worden.

II.

Nationalversammlung.

1.

Budget.

Ueber die Politik im allgemeinen.

19. Januar. Die am 13. Januar zusammengetretne Deputiertenkammer, die **Bourgeois** zum Präsidenten wählte, beginnt die Beratung

des Budgets. Sie wird eingeleitet durch die Besprechung einer Anfrage des Nationalisten Massabuau „über die Mittel, die die Regierung anwenden will, um im Budget von 1902 das Gleichgewicht nachträglich herzustellen und in dem von 1903 das Gleichgewicht zu sichern."

Massabuau: Das Ministerium Méline hat 164 Mill. Fr. Ueberschuß in seinen drei Budgets gehabt; die beiden Budgets des Kabinetts Waldeck-Rousseau dagegen haben einen Fehlbetrag von 329 Mill. Fr. gebracht. Woher rührt dieser Fehlbetrag? Er ist die Folge der verderblichen Politik der letzten Jahre. Redner bemängelt die Geschäftsführung der öffentlichen Sparkassen, die nicht mehr in der Lage seien, die eingegangnen Verpflichtungen rechtzeitig zu erfüllen. Endlich fordert er, daß über jede Bewilligung neuer Ausgaben geheime Abstimmung stattfinde.

Deschanel: Einige Jahre weiser Politik würden genügen, das Gleichgewicht in den Budgets wieder herzustellen. Die Auswanderung der Kapitalien ins Ausland, die vermehrten Abhebungen in den Sparkassen sind freilich üble Vorzeichen. Wenn es wahr ist, daß ein antipatriotischer Feldzug gegen die Sparkassen geführt wird, wie kommt es dann, daß ein Teil der öffentlichen Meinung ihm beistimmt? Das Drama, das das nationale Bewußtsein zerrissen hat, hat eben auch die französische Politik auf den Kopf gestellt und hat den Rahmen der alten Parteien zersprengt. Diese Krisis hat das Kabinett Waldeck-Rousseau überdauert. Der Wahlkampf setzt sich in der Kammer fort, gleichviel ob es sich um Unterrichts-, um soziale oder religiöse Fragen handelt. Was die auswärtige Politik angeht, so gibt es Leute, die die Ueberzeugung vertreten, daß wir unser Staatsgebiet besser organisieren müssen, und die gleichzeitig eine Friedenspolitik vertreten, die die Aufrichtung der Herrschaft des Rechts zum Ziele hat. Zwischen dieser Politik und der von einer machtvollen Beredsamkeit unterstützten Politik des Verzichts besteht aber ein großer Unterschied. Die neue Sekte, die sich erhoben hat, versteht es, die Verantwortlichkeiten zu verschieben. Aus ihrer Mitte ist die Aufforderung gekommen, aus unsrer Seele das Wort auszulöschen: Niemals davon sprechen, immer daran denken! Man hat so die achtungswürdigsten Gefühle unsers großen Volkes verletzt, das nie aufgehört hat, an der Unverjährbarkeit des Rechts gegenüber den Schlägen der Gewalt festzuhalten. Und was hat man vom Drei- und dem Zweibunde gesagt? In seltsamer Umkehrung der Rollen und im Widerspruch mit den Daten der Geschichte wendet man seine Gunst dem Bunde zu, der gegen Frankreich geschlossen worden ist, und sein strenges, abfälliges Urteil dem andern. Soll ich an die Worte erinnern, die man auszusprechen gewagt hat: „Der Dreibund ist ein notwendiges Gegengewicht gegen unsern Chauvinismus und gegen die französisch-russischen Phantasien?" Der Kampf der Republik gegen die Reaktion, die Verteidigung der bürgerlichen Gesellschaft gegen den Klerikalismus sind nichts Neues; und doch haben weder Gambetta noch Jules Ferry, die diesen Kampf führten, mit den Wortführern der nationalen Abdankung paktisiert! Beide Staatsmänner hatten den Ruhm, sie vielmehr unter ihren Gegnern zu finden. Sie hatten gegen sich die, die Aegypten an England auslieferten, und die im Begriffe sind, Biserta an den Dreibund auszuliefern. Diese großen Republikaner waren vom Laiengeiste beseelt und doch zugleich von nationalem Bewußtsein durchdrungen; denn sie verkörperten die revolutionäre Seele Frankreichs, den Begriff seiner Größe und die Flamme seines Patriotismus! Ihnen sollten wir treu bleiben und ihr Erbteil ungeschmälert bewahren. Die

gegenwärtige Orientierung der Politik nützt nur den extremen Parteien, denen sie gestattet, eine Rolle zu spielen, die in keinem Verhältnis steht zu ihrer Bedeutung im Parlament und im Lande. Sie würde uns, wenn sie andauern sollte, zu Zuständen führen, wie sie in Belgien herrschen. Doch ich weiß, die Ideen bleiben über allen Zufälligkeiten des Augenblicks und zeigen sich in Taten. Ich vertraue auf diese Ideen. Sie werden Frankreich, wenn es ihnen mit entschlossenem Mute dient, aus der Lage befreien, in der es sich zur Stunde befindet. Ich vertraue auf das patriotische Zusammengehn derer, die weder eine Reaktion noch eine revolutionäre Wühlarbeit wollen, und die danach streben, dem Geiste der französischen Politik die Eigenschaft zurückzugeben, die ihn auszeichnen soll: die Bestimmtheit und Klarheit!

d'Estournelles (Linksrepublikaner): Ich bedaure, daß Deschanel so große Ideen und das schöne Wort Vaterland in die Debatte hineingezogen hat, um neuen Zwiespalt zu schaffen. Er hat zur Unterstützung seiner Beweisführung die Worte eines abwesenden Kollegen angeführt. Ich kenne die Worte und habe über ihren Sinn nachgedacht, und ich stelle fest, daß sie ganz etwas andres bedeuten wollen, als was Deschanel behauptet. Er hat von einer bekannten Krise gesprochen, die tiefe Zerwürfnisse hervorgerufen habe. Ich meine aber, diese Krise hat weiter nichts getan, als die Unterschiede der Ueberzeugung und des Temperaments aufgedeckt, die in latentem Zustande schon lange vorher vorhanden waren und noch überall vorhanden sind. Die wirkliche Ursache der Fehlbeträge ist das in Frankreich wie in andern Ländern herrschende Regime des bewaffneten Friedens. Jeder weiß das, und doch will es niemand eingestehn. Sicherlich muß der, der Freunde und Verbündete finden will, stark sein, und eine Abrüstung ist nur möglich, wenn die Mächte sie gleichzeitig vornehmen. Aber auf welche Hilfsquellen zählt man, um zugleich europäische und überseeische Politik zu treiben? Anstatt die Verwertung des nationalen Bodens und die Ausbeutung der natürlichen Reichtümer des Landes zu erstreben, wenden wir uns fernen Unternehmungen zu. Die Politik des bewaffneten Friedens hypnotisiert uns. Das russische Bündnis, das so viele Hoffnungen erweckte, hat in Frankreich und Rußland tiefe Enttäuschungen gebracht, weil es die Richtung und das Wesen unsrer auswärtigen Politik nicht änderte, die immer eine Politik des Abwartens und Schweigens gewesen ist. Diese Politik hat uns dahin gebracht, daß wir England erlaubten, in Afrika ein Reich aufzurichten, wie es selbst es niemals zu erhoffen wagte. Sie bescherte uns nichts als Enttäuschung in der Vergangenheit, und sie wird in der Zukunft mit dem Nichts enden. Die einzige eines großen Landes würdige Politik ist die des Friedens. Und zum Glück vermehren sich schon die Anzeichen, daß ihr die Zukunft gehört: die internationalen Verständigungen nehmen an Zahl zu, die internationalen Kongresse verdoppeln sich, von allen Seiten bemüht man sich, den Krieg seltner und schwieriger zu machen. Mit den erdrückenden Lasten des bewaffneten Friedens ist kein normales Budget möglich. Es ist nötig, daß dem Antagonismus, der uns heute ruiniert, die Politik fruchtbarer Verständigung folge.

23. Januar. Jaurès: Da man die Mehrheit nicht zu sprengen vermochte, indem man die Sozialisten als Feinde des Privateigentums hinstellte, so versucht man den verzweifelten Ausweg, sie als Feinde des Vaterlands hinzustellen. Deschanel hat den Feldzug begonnen. Seit vier Jahren haben die Umstände Deschanel ein wenig abseits der heißen Schlacht gehalten, die die Republikaner für die Freiheit und die Wahrheit geliefert haben. Das große Drama, sagte er, habe das nationale Gewissen zerrissen. Es ist möglich, daß er auch in seinem Gewissen Stellung genommen hat; aber niemand hat je davon etwas erfahren. Vielleicht stand er über der Schlacht. Doch auch das

ist eine Art und Weise, außerhalb des Kampfes zu bleiben. Er hat es selbst gefühlt, daß seine Ratschläge nicht die Autorität hatten, die allein das Erprobtsein in der Gefahr verleiht. Wenigstens bemühte er sich, die Schwäche seiner Darlegungen in der innern Politik durch die Lebhaftigkeit seiner Angriffe auf dem Gebiete der äußern Politik wett zu machen. Die Zukunft wird lehren, ob er seine Partie gut gespielt hat. Man hat neulich von unsern Träumereien gesprochen. Indes in der Ordnung der internationalen Beziehungen kommen jetzt viele der Hoffnungen, die ehemals als weit entfernt schienen, näher heran; was als Hirngespinst galt, beginnt feste Gestalt anzunehmen. Die Tatsache, die unsre Zeit beherrscht und der sozialistischen Partei als Richtschnur ihrer Aktion dient, ist die, daß jetzt Friede in Europa möglich ist. Ich meine den dauernden, organisierten, endgiltigen Frieden. (Zum Zentrum und nach rechts gewandt:) Sie bezeichnen es als unklug, so zu sprechen, weil wir damit die Tatkraft gegenüber den Möglichkeiten schwächten, die zu beseitigen wir nicht in der Lage wären. Aber die ewige Aufreizung dieser Tatkraft auf den Krieg hin, der immer wieder vertagt wird, muß schließlich zur Erschlaffung führen. Sie behaupten, daß der Friedensgedanke ein Wahn sei. Und doch ist zum erstemal, seitdem sich das moderne Europa gebildet hat, ein Zeitraum von fast 32 Jahren verflossen, ohne daß es zwischen den großen Mächten des mittlern und westlichen Europas zu einem Zusammenstoß gekommen ist. Von dem Streit Rußlands mit der Türkei, einer halbasiatischen Macht, ist abzusehen. Ich hoffe, daß die Friedensära weiter andauern wird. Was mich in dieser Hoffnung bestärkt, ist die Tatsache, daß die beiden Bündnissysteme, der Drei- und der Zweibund, sich im Sinne des Friedens entwickeln, und daß sie Vorläufer eines umfassendern Bündnisses, eines europäischen Bundes der Arbeit und des Friedens zu werden beginnen. Wenn in meiner Auffassung zu viel Optimismus liegt, so nehmen Sie (immer zur Rechten) sich in acht, daß in Ihrem Widerspruch nicht die Engherzigkeit des Pessimismus liegt. Daß der Dreibund in überlegter Absicht des Angriffs auf uns geschlossen ist, glaube ich nicht. Er ist geschlossen worden, um die schmerzlichen Ergebnisse der Ereignisse von 1870 unwiderruflich zu machen. Ich glaube und behaupte, daß ebensowenig wie der Dreibund in seiner Gesamtheit auch Deutschland seit 31 Jahren keine Angriffspläne gegen uns gefaßt hat. Muß man denn, um Patriot zu sein, allen Mächten, die uns umgeben, Angriffsabsichten auf uns unterschieben? Man erinnert an die trüben Ereignisse von 1875. Ich glaube allerdings, daß Bismarck damals ein doppeltes Spiel spielte in der Absicht, Frankreich zu beunruhigen. Aber ich glaube nicht, daß er den Willen hatte, den Gedanken eines Angriffs auf die Spitze zu treiben. Wenn ich so spreche, liegt es mir fern, die Gefahren herabzusetzen, die der Dreibund gegen uns haben konnte. Aber von einer planmäßigen Organisation des Angriffs darf man nicht reden. Wir standen allerdings einer Organisation gegenüber, die die von uns eroberten Vorteile durch ein Verfahren zu erhalten bestrebt war, das für unsern nationalen Stolz unerträglich wurde. Selbst wenn Sie beweisen könnten, daß der Dreibund gegen uns eine entschiedne Angriffsabsicht hatte, so werden Sie dadurch meine These nicht entkräften: daß die Gewalt der friedlichen Tendenzen in Europa sich dieser Absicht widersetzte und den Dreibund zwang, sie aufzugeben. Weshalb sucht Deutschland in offenkundiger Weise eine Annäherung an uns? Weil neue Kräfte im Spiel sind: das russisch-französische Bündnis, der liberale Aufschwung Italiens und seine wärmern Beziehungen zu uns, der Aufschwung des republikanischen Geistes in Frankreich, der ein Geist des Friedens ist und über die cäsaristischen Machenschaften triumphiert hat, die der Gedanke an einen Angriff auf andre

beseelte. Die Wirksamkeit dieser Kräfte erklärt die Entwicklung des Dreibunds. Eine gleichlaufende Entwicklung hat sich auch im Zweibunde abgezeichnet. Ich habe gegen das russisch-französische Bündnis keine grundsätzlichen Einwürfe. Es gab eine Zeit, wo die republikanische Partei sich fragte, ob es überhaupt möglich sei, eine solide äußere Politik zwischen zwei Ländern herzustellen, die so sehr in ihrer politischen und sozialen Verfassung auseinandergehn. Das war eine Voreingenommenheit, die abgelegt werden mußte. Jetzt können weder die Republikaner noch die Sozialisten wesentliche Einwände gegen den Zweibund vorbringen, solange dieser ein Defensivbündnis und ein Werkzeug des allgemeinen Friedens bleibt. Wohl aber muß man Vorsichtsmaßregeln treffen. Es war ein Fehler, die Bedeutung der Notwendigkeit des Zweibundes zu übertreiben und mit überschwenglichem Gefühl zu feiern. Es schien damals, als habe sich Frankreich seinem Verbündeten auf Gnade und Ungnade ergeben. Gegen eine solche subalterne Rolle Frankreichs regte sich natürlich Widerspruch im Lande. Heute ist im russisch-französischen Bündnis das Verhältnis beider Teile zueinander das richtige geworden. Aber noch tönt der Widerhall jener Gefühle aus den Reden Deschanels und Ribots. Als Deschanel uns sagte, daß die russische Umarmung unser Herz wieder erwärmt habe, fragte ich mich: Hatte denn die Furcht oder der Tod schon die kalte Hand darauf gelegt? Und als Ribot vom Frieden in der Erniedrigung sprach, dem erst das Bündnis einen ehrenhaften Frieden habe folgen lassen, da vergaß er, daß schon vor 1892, wo der Bund geschlossen wurde, Frankreich über 20 Jahre lang ohne Erniedrigung und ohne Schwäche seine Rolle in der Welt aufrechterhalten hatte. Frankreich hat in dieser Zeit seine Streitkräfte wieder herzustellen, seine republikanische Befreiung durchzuführen und sich ein Kolonialreich zu schaffen gewußt, das seitdem nicht mehr vergrößert worden ist. Das Bündnis, das uns erretten sollte, kam erst, als man sah, daß wir es verstanden hatten, uns selbst zu retten. Der Zweibund ist in seiner Entwicklung ruhig weiter geschritten: Rußland hat sich Oesterreich, Frankreich hat sich Italien genähert. Und darum sage ich, daß das Regime des Friedens, unter dem Europa zur Stunde steht, sich nur noch befestigen und kräftigen kann, wenn diese Entwicklung des Zweibundes stetig bleibt. Die Dauer des Friedenszustandes ist kein Ding des Zufalls. Die wesentlichen Ursachen liegen einmal in den Grundsätzen der Revolution, die ihre Früchte zu tragen beginnen, und sodann in dem Umstande, daß die Demokratie zur Herrschaft gelangt ist. Denn der Gedanke der Revolution war ein Gedanke des Friedens. Man wirft uns Sozialisten Internationalismus vor. Aber der verbreitet sich überall, und vornehmlich in wirtschaftlicher Hinsicht. Das haben wir bei der Zuckerfrage gesehen und in den Konferenzen zur Unterdrückung des Mädchenhandels; wir werden es bald bei der Frage der Altersversorgung der Arbeiter sehn. Der Internationalismus hat den Frieden zum Ziel, die Aera des Friedens ist eröffnet. Vor 32 Jahren hat Frankreich nicht nur eine Einbuße an seiner Größe erlitten, auch eine Einbuße des Rechts erfuhr es. Menschen wurden dem Vaterlande, das sie wollten und wünschten, gewaltsam entrissen; sie wurden also aufs schwerste in ihrem Rechte getroffen. Wir stehn vor dem Entscheid: Gewalt anzuwenden, um von neuem consécration der Gewalt zu vollziehn, oder die geschehene Vergewaltigung des Rechts als consécration des Friedens hinzunehmen. An dem Tage, wo die gleichzeitige Abrüstung erfolgt sein wird, werden die menschlichen Gruppierungen ihre Wiedereinstellung in das Vaterland fordern, dem sie so rauh entrissen wurden. Frankreich ist besiegt, aber nicht erniedrigt worden. Es hat unter den glühenden und organisatorischen Worten Gambettas die feste Hoffnung und in der Entfaltung der Republik die Kraft zu seiner nationalen

Verfügung wieder gefunden. Wir können ohne Bedenken über der schmerzlichen Seite des verhaßten Buchs vom Kriege Schluß machen.

Ribot erklärt, er halte manche der Worte Jaurès für gefährlich. Sie haben gesagt, Herr Jaurès, das Bündnis mit Rußland sei unnütz. Wenn das Bündnis notwendig war, warum traten Sie dann auf die Tribüne? Sie sagten, daß der Dreibund keinen aggressiven Charakter hatte. Steht es uns zu, dies zu sagen? Haben Sie den Zwischenfall von 1875 vergessen? Sie machen sich zum Bürgen dafür, daß Bismarck uns nicht hat angreifen wollen. Aber schon vor 1875 fand man, daß wir uns zu schnell rüsteten. Sie haben selbst, Herr Jaurès, früher einmal geschrieben, daß das russische Bündnis uns unsre unvergleichliche Kraft gegeben habe. Alexander der Dritte war es, der das Bündnis uns 1891 anbot. Und was ich dabei getan habe, habe ich mit einem Manne getan, für den ich die höchste Achtung hege, mit dem Präsidenten Carnot! Der Zweibund hat keinen aggressiven Charakter, sagte ich. Aber das habe ich als Minister des Aeußern gesagt. Man darf das nicht vergessen. Wenn Sie, Herr Jaurès, noch glauben, daß der Dreibund nötig ist, welches Bedürfnis trieb Sie dann, die Sprache zu führen, die wir gehört haben? Man soll in Worten keine Unvorsichtigkeiten begehn. (Jaurès: Ich sage auch heute noch, der Bund ist nötig.) Nun, dann verlängern wir doch die Debatte nicht. Selbst wenn uns Resignation auferlegt würde, selbst wenn wir nichts von einer zukünftigen Vergeltung zu erwarten hätten, steht es uns zu, das zu sagen?

Kriegsminister **André** spricht von der Vorlage über die zweijährige Dienstzeit, die eine gerechtere Verteilung der Lasten zwischen dem Bürgertum und der Arbeiterschaft herbeiführen werde. Sein Werk gelte der Republikanisierung des Heeres, das er stark und den Gesetzen des Landes und der Regierung gehorsam erhalten wolle. Er verurteile alles, was die Disziplin zu untergraben geeignet sei, gleichgiltig, von welcher Seite es komme. Er werde allen derartigen Bestrebungen und Wühlereien entschieden entgegentreten.

Die Kammer nimmt hierauf eine die Erklärungen der Regierung billigende Tagesordnung Cère mit 453 gegen 57 Stimmen an.

29. Januar. Die Etatsberatung einer Reihe von Anfragen bezüglich der auswärtigen Politik wird auf einen spätern Zeitpunkt verschoben.

D'Estournelles verlangt, daß ins Budget ein Posten als Beitrag Frankreichs zur Unterhaltung des Haager Schiedsgerichtshofs eingestellt werde. Minister **Delcassé** erklärt, die Regierung sei von dem Wunsche beseelt, ihre im Haag übernommenen Verpflichtungen zu halten. — **Sembat** fordert die Aufhebung der Botschaft beim Vatikan und begründet seinen Antrag mit der Notwendigkeit der Verteidigung der Republik gegen die Kirche und den Papst. — **Delcassé**: Mit der Annahme des Kultusbudgets hat sich die Kammer auch für die Aufrechterhaltung der Botschaft beim Vatikan ausgesprochen. Aber auch wenn Frankreich das Konkordat kündigte, würde es in Verbindung mit dem Oberhaupt der katholischen Kirche bleiben müssen. Haben doch selbst Mächte wie Deutschland und Rußland, die keinen Staatsvertrag mit dem hl. Stuhl abgeschlossen haben, aus Gründen politischer Notwendigkeit Vertreter beim Vatikan bestellt. — Der Antrag Sembats wird abgelehnt.

Meunier (Radikaler) verlangt die Veröffentlichung eines Gelbbuchs über die Beziehungen Frankreich zum päpstlichen Stuhl, damit die Kammer Kenntnis davon erhalte, „was der französische Botschafter beim Vatikan tut."

Der geheime Fonds der allgemeinen Sicherheit und der Fonds, über den der Botschafter beim Vatikan verfüge, seien die einzigen Gelder, von deren Verwendung die Kammer nichts erfahre. — Delcassé: Wenn besondre Fragen vorliegen, ist die Regierung bereit, die Unterhandlungen bekannt zu geben. Was die Antworten des Vatikans angeht, so werden sie, wie es Gebrauch ist, nur insoweit veröffentlicht werden, als der Vatikan damit einverstanden ist. — Auf Antrag von Trouin wird hierauf beschlossen: Die Kammer fordert die Regierung auf, die Verhandlungen Frankreichs mit dem Vatikan und den Meinungsaustausch mit dem heiligen Stuhl über das Vereinsgesetz in einem Gelbbuch zu veröffentlichen.

10. März. Millevoye führt aus, die sozialistischen Ideen über Entwaffnung seien Träumereien. Das beste Unterpfand des Friedens sei stete Kriegsbereitschaft und das französisch-russische Bündnis. Rußland sei es gewesen, das im Jahre 1875 Deutschland daran verhindert habe, Frankreich endgiltig den Garaus zu machen. (Jaurès ruft: „Auch England hat dies gleichfalls verhindert, und Sie haben noch nicht gepredigt, daß man ein Bündnis mit England schließen solle.") Millevoye fährt fort, daß der Friede in Europa erhalten worden sei, verdanke man dem Kaiser Alexander dem Dritten. Das Recht Frankreichs auf Elsaß-Lothringen sei unbestreitbar, und eine Entwaffnung sei unmöglich, bevor diese Frage gelöst sei. Redner freut sich, daß die Beziehungen zu Italien wieder angeknüpft seien, und fragt, welche Rolle Frankreich im Orient spielen werde, wo ein allgemeiner Brand im Balkangebiet auszubrechen drohe. — Berry führt aus, man könne den Versprechungen des Sultans bezüglich der Reformen in Mazedonien nicht trauen. Frankreich dürfe nicht länger schweigen, nachdem Italien, Oesterreich-Ungarn und Rußland ihre Stimme erhoben hätten. — Delafosse bespricht die in Marokko herrschende Anarchie und meint, daß die wiederholten Aufstände dort auf europäische Intriguen zurückzuführen seien. Redner protestiert dagegen, daß man immerwährend Angriffe gegen Deutschland und England richte, und meint, die Marokkofrage werde sich auf der Grundlage eines Uebereinkommens zwischen Frankreich, England und Spanien lösen lassen, durch das die Meerenge von Gibraltar für neutral erklärt werde. — Pressensé verbreitet sich über die Treibereien der mit dem Gendarmeriedienst in Mazedonien betrauten albanischen Häuptlinge und beglückwünscht Delcassé dazu, daß er seit zwei Jahren mit Nachdruck auf der Einführung von Reformen bestanden habe.

11. März. (Fortsetzung.) Raibert (radik.) bespricht die Angelegenheit Marokkos, dessen Bestand gewahrt bleiben müsse. Das Vorgehen Frankreichs, das dort zwei Drittel des Handels inne habe, müsse wissenschaftliche, kommerzielle und religiöse Ziele verfolgen. Redner geht sodann auf die mazedonische Angelegenheit über und verlangt, daß die Anwendung der Reformen von einer internationalen Kommission überwacht werde. Minister Delcassé erwidert, die Meerenge von Gibraltar müsse frei bleiben für alle Welt. Die Unabhängigkeit Marokkos sei eine Hauptbedingung für die Sicherheit der französischen Besitzungen in Nordafrika. Frankreich habe in Marokko beträchtliche Handelsinteressen und müsse deshalb vorsichtig handeln. Er halte die Lage in Marokko nicht für ernst. Bezüglich Venezuelas erklärt Delcassé, er habe nur das Bestreben der Vereinigten Staaten, die verbündeten Mächte zur Annahme eines Schiedsspruches des Haager Schiedsgerichtshofs zu bewegen, unterstützt. Der Minister geht hierauf auf die Abrüstungsfrage über und erklärt, es sei nicht Frankreichs Sache, hierin eine Initiative zu ergreifen; er werde es mit Freude begrüßen, wenn der Einfluß des Haager Schiedsgerichtshofes sich weiter ausdehne, es gebe aber Interessen, die ein großes Volk nur sichern könne, wenn es sich auf ein starkes Heer stütze. Man könne zwar aus Gründen der Menschlichkeit Anhänger einer gleichzeitigen Abrüstung

des Staates sein, man dürfe aber nicht vergessen, daß Frankreich für die Franzosen der teuerste Teil der Erde sei. Er halte eine gleichzeitige Abrüstung nicht für möglich, so lange die Völker nur zu ihrer eigenen Macht Vertrauen haben. Bezüglich Mazedoniens führt Delcassé aus, Frankreich arbeite nicht erst seit gestern darauf hin, die Türkei zu Reformen zu bewegen. Der Minister fährt fort, Frankreich müsse seine seit langen Jahren befolgte Politik auch ferner fortsetzen, um das europäische Gleichgewicht zu sichern. Die Weisheit dieser Politik habe zu der Allianz mit Rußland geführt. Delcassé erwähnt noch das Verhältnis Frankreichs zu Italien und sagt, zur großen Befriedigung beider Völker sei man zu einer Annäherung und Verständigung gelangt. — Ribot bezeichnet das Bündnis mit Rußland für eine der solidesten Grundlagen der französischen Politik, will herzliche Beziehungen zu England und ist damit einverstanden, daß solche auch mit Deutschland unterhalten werden.

Schließlich wird eine von Delcassé genehmigte Tagesordnung angenommen.

Kultusetat

26. Januar. Bei der Beratung des Kultusbudgets in der Deputiertenkammer beantragt Allard Kündigung des Konkordats und Streichung des Kultusbudgets. Ministerpräsident **Combes** erwidert, diese Frage könne nicht gelegentlich der Etatsberatung diskutiert werden. Die Kammer würde, wenn sie die Trennung des Staats von der Kirche beschließen sollte, die Republik in große Verlegenheiten bringen. Die Regierung sei der Ansicht, daß das Konkordat beibehalten werden müsse, weil sie die religiöse Idee heute noch für nötig halte. Jedenfalls würde die Trennung des Staats von der Kirche ernste Schwierigkeiten im Gefolge haben, sodaß eine solche Trennung für jetzt nicht ausführbar sei. Redner erinnert daran, daß er schon im Senat die Macht der religiösen Idee betont habe. Die Mehrheit habe also seine Ansichten gekannt, und wenn sie glaube, sich getäuscht zu haben, brauche sie es nur zu sagen. **Sembat** antwortet, das sei nicht die Rede, wie sie ein Ministerpräsident, sondern wie sie ein Priester führe. — Darauf wird ein Antrag, der die Regierung auffordert, das französische Volk zu einem Referendum über die Trennung von Kirche und Staat entscheiden zu lassen, an die Kommission verwiesen, verworfen, sodann werden sämtliche Kapitel des Kultusbudgets angenommen.

21. März. Im Senat fordert Delpech Aufhebung des Etats und Kündigung des Konkordats. Ministerpräsident **Combes** erklärt es für unmöglich, das Konkordat zu kündigen, so lange die Kirche eine Kündigung nicht unvermeidbar mache. Der Tag der Kündigung sei aber vielleicht nicht weit entfernt, da Mitglieder der Kirche seit einiger Zeit es sich zur Aufgabe zu machen scheinen, das Konkordat zu verletzen, das sie verpflichtet, sich von der Politik fern zu halten. Combes führt Erlasse, Petitionen und Hirtenbriefe an, die Angriffe auf die Regierung enthalten. Die Regierung werde das Konkordat

kündigen, wenn der gegenwärtige Zustand fortdauern sollte. Combes legt die Schwierigkeiten dar, denen die Regierung begegnet bei Geltendmachung ihrer Rechte bei der Ernennung der Bischöfe, und erklärt schließlich, daß die Regierung das Konkordat unter der Bedingung aufrecht erhalten werde, daß die Geistlichkeit sich jeder Einmischung in das bürgerliche und politische Leben enthalte. — Hierauf genehmigt der Senat das Kultusbudget.

Militäretat

31. Januar. Beim Militäretat tritt Messiny in der Deputiertenkammer für die zweijährige Dienstzeit ein und wünscht eine bessere Verwendung der bewilligten Beträge. Nur in England seien die Ausgaben für das Militär größer als in Frankreich, aber dort würden nicht alle Leute eingestellt und aus ihrer Erwerbstätigkeit gerissen, wodurch der Nation ihre beste Kraft entzogen werde. Maujan erwidert, Frankreich verzichte niemals auf eine seiner Forderungen. Eine starke Armee sei die beste Stütze der Republik und der Demokratie. Maujan wendet sich an den Patriotismus der Kammer, um an die Reorganisation der Armee zu gehen. Er stellt fest, daß die Forderungen für das Kriegsbudget, die 1902 715 Millionen betrugen, sich für 1903 nur auf 690 Millionen belaufen, was eine Ersparnis von 25 Millionen bedeute. Deutschland, das 53 Millionen Einwohner habe, also ein Drittel mehr als Frankreich, könne allerdings im Kriegsfalle 4 Millionen ins Feld stellen, Frankreich dagegen nur drei, aber es gebe eine Grenze, die sich nicht überschreiten lasse. Frankreich habe in Wirklichkeit ein sofort bereites Heer, das mit seinen Reserven mindestens mit dem deutschen gleich stark sei. Pflicht des Landes sei es, die Einheiten der Effektivbestände im Frieden im entsprechenden Zahlenverhältnis mit den im Kriege erforderten zu unterhalten. Redner schließt mit der Bemerkung, der zweijährige Militärdienst könne Frankreich ein starken Schutz bildendes Heer geben, unter der Bedingung, daß alle Franzosen ohne Ausnahme zum Dienste herangezogen werden.

Marineetat

6. Februar. Der Minister **Pelletan** verteidigt beim Marineetat seine Politik im allgemeinen und drückt sodann seine Sympathie und Bewunderung für die Mannschaften der Marine aus. Hingegen bedürfe die Verwaltung der Flotte einer vollständigen Erneuerung. Die Absonderungsbestrebungen, die die Flotte außerhalb des modernen Staatswesens stellen wollen, seien zu bekämpfen, die Republik müsse von allen geachtet und Gleichheit unter den Offizieren aller Waffen und Grade bestehen. Der Minister betont, er sei zur Aufrechterhaltung der nötigen Mannszucht entschlossen,

werde aber allen Mißbräuchen entgegentreten und nicht dulden, daß irgend ein Befehlshaber das Leben der ihm untergebnen Offiziere und Mannschaften unerträglich mache. Die eingeschriebnen Matrosen der Handelsmarine hätten das Recht, in den Ausstand zu treten. Er wolle sie nicht zum Vorteil der privaten Ausbeutung der militärischen Disziplin unterstellen. Der Minister erklärt sich gegen große Panzerschiffe; er ziehe leichtere und raschere Einheiten vor, die allein fähig seien, die Verteidigung Frankreichs zur See zu sichern. Schließlich spricht Pelletan sich voll Lobes über die Torpedoboote und Unterseeboote aus und preist Frankreich glücklich, daß es diese beiden Einheiten in einem stärkern Verhältnis als die andern Nationen besitze. Pelletan betont noch die Notwendigkeit der Befestigung der Flottenstützpunkte im Mittelmeer und im Atlantischen Ozean. Die Verteidigung des Kolonialreichs hänge durchaus von der Stärke der Stützpunkte ab, die für unsre Flotte errichtet werden, und von der Stärke und Schnelligkeit unsrer Schiffe.

2.
Ueber die Kirchenpolitik.

a
Die Frage der Genehmigung der geistlichen Orden.

Vorbemerkung. Der Art. 13 des sogenannten Kongregationsgesetzes vom 1. Juli 1901 (Bd. 1 v. 1901, S. 280 und Bd. 2, S. 304) bestimmt, daß die Neugründung eines religiösen Ordens nur durch ein „Gesetz" erfolgen kann, daß jede neue Niederlassung eines bereits bestehenden und gesetzlich anerkannten Ordens ein „Dekret des Staatsrats" erfordert, daß aber die Auflösung eines jeden Ordens, sowie jeder Niederlassung eines religiösen Ordens auf dem Verordnungswege, d. h. durch „Dekret des Ministerrats" erfolgen könne. Als Ausführungsbestimmung dieses § 13 forderte ein vom gleichen Tage datierter Ministerialerlaß Waldeck-Rousseaus als Minister des Innern und des Kultus, „da Kongregationen nur auf Grund eines Gesetzes bestehen könnten," die Vorsteher bereits bestehender oder die Begründer neuer geistlicher Genossenschaften auf, der Regierung der Republik nunmehr die legale Existenzberechtigung ihres Ordens nachzuweisen. Ein weiteres Ausführungsdekret vom 16. August 1901 bestimmte im Artikel 21, daß jedesmal Gutachten sowohl des Gemeinderats des Niederlassungsorts wie auch der Präfektur des Departements einzufordern seien, was dann in einem Dekret vom 28. November 1902 dahin abgeändert wurde, daß in jedem einzelnen Autorisationsnachweisfalle beide Gutachten nebst dem der beteiligten Ministerien einer von den beiden Kammern des französischen Parlaments zur Prüfung vorzulegen seien. Unter diesen Bedingungen hat das Parlament über die Vorlagen zu befinden. Zu diesem Zweck sind der Deputiertenkammer drei Vorlagen gemacht. Hierfür sind die Kongregationen in drei Klassen geteilt: 1. les Congrégations enseignantes, 2. les Congrégations prédicantes und 3. les Congrégations traficantes. In der letzten befindet sich nur die der Grande Chartreuse.

18. März. Entscheidung der Deputiertenkammer zunächst über den Entwurf eines die Lehrorden betreffenden Gesetzes. Da nach

dem Vereinsgesetze von 1901 ein geistlicher Orden, um überhaupt bestehen zu können, der Anerkennung durch ein Gesetz bedarf, so hatten 25 Lehrorden die Ermächtigung nachgesucht.

Nach längerer Beratung an den vorhergehenden Tagen ergreift der Ministerpräsident **Combes** also das Wort:

Ist die Vorlage ein Angriff auf die Unterrichtsfreiheit? Nein, denn die Unterrichtsfreiheit ist kein Recht, das von der Freiheit des Bürgers untrennbar ist, ist keine notwendige und wesentliche bürgerliche Freiheit. Darf der Staat Bürgschaften fordern von Lehrern der Jugend, indem er Zeugnisse und akademische Grade verlangt und die Aufsicht ausübt, so muß er auch Personen und Gemeinschaften, deren Lehren den Staatsinteressen zuwiderlaufen, die Lehrtätigkeit gänzlich untersagen dürfen. Das Recht zum Unterrichten ist ein Zugeständnis, eine Erlaubnis des Staats, nicht ein natürliches Recht. Das Ordensmitglied kennt nur eine Welt, die des Klosters; seine Lehren widersprechen den Gedanken der modernen Gesellschaft und gefährden unsre moralische und nationale Einheit. Seit fünfzig Jahren sind die Lehrorden am Werke. Schauen wir die Früchte ihrer Arbeit! Ein ehemaliger Jesuitenschüler hat laut gerühmt, daß die Orden den beherrschenden Einfluß in allen großen Körperschaften des Staats und der leitenden Klassen der Gesellschaft erobert hätten. Die Pairskammer verlangte von Karl dem Zehnten die Austreibung der Jesuiten. An der Kammer ist es heute, zu entscheiden, ob sie weniger vorsichtig sein will, als die Kammer der Restauration und der Julimonarchie. Die geringste Schwäche würde unverzeihlich sein. Das Land hat die Augen auf uns gerichtet. Es hat sich in den Wahlen zugunsten der Kandidaten ausgesprochen, die entschlossen waren, die Regierung im Kampf gegen die Orden zu unterstützen. Es wird sich nicht umstimmen lassen mit Gründen, die man aus dem Verfahren herleitet. Kein Artikel des Vereinsgesetzes zwingt uns, uns über jedes Gesuch einzeln auszusprechen. Die Einzelberatung von 451 Ordensgesuchen würde die ganze gegenwärtige Legislaturperiode in Anspruch nehmen. Wir fordern darum Ablehnung der Lehrorden durch eine Abstimmung. Die republikanische Mehrheit wird der Regierung ihre Zustimmung nicht verweigern und die Stetigkeit ihres Werkes dadurch aufheben. Der Geist der Revolution muß die Lehrorden einer durch die Sitten und den Geist der Demokratie endgiltig verurteilten Vergangenheit überantworten.

Schließlich wird der vom Ministerpräsidenten Combes unter Stellung der Vertrauensfrage verteidigte, von der Rechten bekämpfte Kommissionsantrag, daß die Kammer in die Einzelberatung der zahlreichen Anträge von Kongregationen auf Zulassung nicht eintreten möge, mit 300 gegen 257 Stimmen angenommen. Damit ist die Ablehnung der Gesuche vollzogen. Ihr Schicksal scheint bestimmend für die beiden andern Arten, die Predigerorden und die eine gewerbetreibende Kongregation (der Kartäuser) zu sein.

23. März. Die Deputiertenkammer berät eine Gesetzvorlage, die die Gesuche von 28 Predigerorden mit insgesamt 225 Anstalten in Frankreich und über 3000 Mitgliedern betrifft. An größern Gemeinschaften sind darunter: die Franziskaner (39 Niederlassungen mit 373 Mitgliedern), die Kapuziner (49—634), die Dominikaner (25

577), die Oblaten der unbefleckten Maria (21—278), die die bekannte Sacré-Coeur-Basilika auf Montmartre inne haben, die Redemptoristen (19—278), die Missionare von Garaison (7—58), denen die Wallfahrtsstätte in Lourdes gehört, und die Picpusbrüder (6 bis 154). Die übrigen 21 Gemeinschaften sind kleiner; neun haben nur je eine Niederlassung. Die Kommission beantragt, wie bei den Gesuchen der Lehrorden, nicht zur Artikelberatung überzugehen, also mit einer Abstimmung sämtliche 28 Gesuche abzulehnen.

Lasies (Nationalist) begründet einen Beschlußantrag, worin die Regierung aufgefordert wird, mit der Zustellung der abweisenden Bescheide an die von der Kammer abgelehnten Orden so lange zu warten, bis eine amtliche Umfrage in den Gemeinden, in denen sich die Niederlassungen der betreffenden Orden befinden, angestellt worden ist. Man müsse wissen, ob die öffentliche Meinung über die Orden ebenso wie die Kammermehrheit denke. Im weitern Verlauf seiner Rede kommt Lasies auf eine Aeußerung des Sozialisten de Pressensé zurück, der jüngst behauptet habe, in dem Dreyfushandel habe ein Priester (der Pater du Lac) das Beichtgeheimnis verletzt. Diesen Priester klagt Pressensé an, er vergißt aber, alle die zu beschuldigen, die das „Geheimnis des Volks" (gemeint ist die Frage nach der Schuld Dreyfus) verletzt haben. General Foy hat gesagt, wenn es in Frankreich zwei Parteien gäbe, von denen die eine sich auf das Ausland stütze, so werde er zur andern gehören. Auch wir gehören zu der andern Partei.

Mit dieser Abschweifung hat der Redner der Beratung eine Richtung gegeben, die mit der Gesetzvorlage nichts mehr zu tun hat. Der Antrag Lasies wird abgelehnt.

24. März. In Fortsetzung dieser Beratung tritt Glichon für die Predigerorden ein und weist darauf hin, daß das Verschwinden der französischen Kongregationen im Orient und im fernen Osten dem französischen Einfluß in diesen Zentren Abbruch tue. Frankreich dürfe auf das christliche Protektorat im Orient nicht verzichten, insbesondre nicht im Augenblick, wo es von andern Mächten erstrebt werde. Der Ministerpräsident Combes führt aus: Die Predigerkongregationen verachten Gesetz und Sitte, sie führen einen Kreuzzug gegen die Republik. Die Kammer solle den Mönchen, die den der Republik feindlichen Liguen angehören, zeigen, daß sie sie nicht dulde. Keine fremde Regierung habe Predigerorden zugelassen. Welcher republikanische Minister werde es da wagen! Das dornenvolle Werk der Regierung würde durch eine solche Schwäche um zwanzig Jahre zurückgeworfen. Die Regierung werde diese Schwäche nicht zeigen, auch die Kammer solle es nicht, da ein völliges Zusammengehen nötig sei.

Die Kammer lehnt sodann einen Antrag, die verschiednen Artikel des Gesetzentwurfs einzeln zu beraten, ab.

26. März. Die Kammer lehnt auch das Genehmigungsgesuch der Kartäuser-Mönche, die den berühmten Likör fabrizieren, ab.

26. Juni. Die Kammer berät Vorlagen über 81 Ermächtigungsgesuche der unterrichtenden Frauenorden.

Gaffier wiederholt die Vorwürfe gegen die unduldsame Ausführung, die die gegenwärtige Regierung dem Vereinsgesetz gebe. Mit der Abweisung der Frauenlehrorden bezwecke man, den Religionsunterricht zu unterdrücken. —

Ministerpräsident **Combes**: Nicht die Schule, sondern die Kirche hat Religion zu lehren. Die Unterrichtsfreiheit, in deren Namen man zugunsten der Orden spricht, ist so wenig eine natürliche Freiheit, daß man, um sie ausüben zu können, lange Studien nötig hat. Das Unterrichtswesen ist ein öffentlicher Dienstzweig, und der Staat hat das Recht, festzulegen, in welchem Maße die Nonnen dazu heranzuziehen sind, und die Pflicht, zu untersuchen, ob sie fähig sind, ohne Schädigung der allgemeinen Interessen Lehrtätigkeit auszuüben. Der Staat hat für den Mädchenunterricht auf allen Stufen ausreichend gesorgt und bedarf der Unterstützung der Orden nicht mehr. Wir sind imstande, die 3500 unterrichtenden Schwestern der 81 Orden, deren Gesuche zur Beratung stehen, von heute auf morgen durch staatlich geprüfte Lehrerinnen zu ersetzen. Und auch die Kinder der zu schließenden Schwesternschulen können zum größten Teil sofort in den Staatsschulen untergebracht werden. Nur für 127 Anstalten wird mit der Schließung einige Monate gewartet werden müssen, um den Gemeinden Zeit zu lassen, die Schulräume zu vergrößern. Die Regierung fordert die Ablehnung sämtlicher 81 Gesuche und stellt dafür die Vertrauensfrage. Sie erinnert daran, daß von früher her ermächtigte Frauenorden 527 Schulanstalten besitzen, die ruhig weiter bestehen werden; sie weigert sich aber, diese Zahl zu vermehren.

Leygues: Gewiß hatte das Vereinsgesetz das doppelte Ziel, der weitern Ausdehnung des Ordenswesens Einhalt zu tun und die vorhandnen Orden zum Gehorsam zu zwingen, und ebenso richtig ist es, daß der Unterricht eine staatliche Pflicht ist. Aber es ist unzulässig, die verschiedenartigen Fälle, die in den 81 Gesuchen vorliegen, ohne besondre Einzelprüfung en bloc abzutun. Das geht schon darum nicht, weil 29 Gesuche von Lehrorden herrühren, die gleichzeitig Pflegeanstalten besitzen und Auslandmissionen versorgen. Gewiß muß der staatliche Unterricht gegen den Wettbewerb der geistlichen Schulen geschützt werden, aber auf der andern Seite darf auch die persönliche Initiative zu Werken der Nächstenliebe nicht entmutigt werden. Denn niemals werden Staat und Gemeinde Mittel genug haben, um alles menschliche Elend zu mildern. — Ministerpräsident **Combes**: Keiner der in den Vorlagen betroffnen Orden versorgt Kranken- oder Waisenhäuser. Und wenn die Mitglieder einzelner dieser Orden Krankenbesuche machen, so kommt es ihnen nur darauf an, ein Deckschild zu haben für andre Tätigkeit. Die 81 Frauenorden mögen nachträglich neue Gesuche einreichen, worin sie auf fernere Lehrtätigkeit zu verzichten erklären. Wir werden sie prüfen, wie wir die der drei Männerorden geprüft haben, die nachträglich mit Teilgesuchen kamen, die sie freilich auf Veranlassung des Erzbischofs von Paris wieder zurückgezogen haben.

Die Beratung endet mit dem Beschluß, zur Erörterung der einzelnen Gesuche nicht überzugehen. Durch diesen mit einer Mehrheit von nur 16 Stimmen gefaßten Beschluß sind sämtliche Gesuche der Frauenorden abgewiesen.

27. Juni. Im Senate, der sich mit der durch die Schließung zahlreicher Ordensschulen notwendig gewordnen und von der Kammer bereits angenommenen Vorlage über Schulbauten beschäftigt, ergreift **Waldeck-Rousseau** das Wort und bespricht die Kirchenpolitik des Kabinetts Combes, insonderheit die Ausführung des Vereinsgesetzes. Er führt u. a. aus:

Das Vereinsgesetz genügt sich selbst. Es hatte ein bestimmtes und scharf begrenztes Ziel. Dieses Ziel hat man aus dem Auge verloren, da man von dem Gesetze Erfolge und Ergebnisse verlangte, die es gar nicht beabsichtigt hatte.

Man hat mit diesem Gesetze z. B. Fragen lösen wollen, die nur von einem Unterrichtsgesetz gelöst werden können. Man hat vergessen, daß ein Gesetz, um das dreißig Jahre gekämpft werden mußte, ehe es zur Wirklichkeit wurde, und das 75000 Personen betrifft, nicht von heute auf morgen durchgeführt werden kann, während doch bei dem Schulgesetz von 1886 niemand daran gedacht hat, es mit einem Schlage anzuwenden. Die Laizisierung des Lehrpersonals der Staatsschulen, die jenes Gesetz ausspricht, wollte man nur schrittweise vornehmen, wollte die Zeit als Mitarbeiter heranziehen. Waldeck-Rousseau rechtfertigt dann, auf die nichtermächtigten Anstalten ermächtigter Orden übergehend, die Haltung, die sein Kabinett im Januar 1902 diesen Anstalten gegenüber einzunehmen versprach. Weiter tadelt er, daß jetzt das Votum einer einzigen Kammer genügt, um ein Ordensgesuch abzulehnen. Die Regierung habe sich damit des wertvollen Rats des Oberhauses begeben. Ebenso verurteilt er die Enblocablehnung der Ordensgesuche. Ich hatte, führt er aus, bei der Beratung des Vereinsgesetzes ausdrücklich gesagt, daß jedes Gesuch Gegenstand einer Einzelberatung werden solle; ohne diese Versicherung wäre das Gesetz gescheitert. Auch Herr Combes teilte zuerst diese meine Auffassung, gab aber dann schließlich dem gegenteiligen Beschlusse des Kammerausschusses nach und erlaubte, daß die 54 Gesuche der Männerorden in drei Säcke gesteckt wurden, die man dann versiegelte und mit drei Handbewegungen beiseite warf. Aus dieser nachgiebigen Haltung der Regierung stammen alle Schwierigkeiten, die sich seitdem gezeigt haben. Die Regierung hat sich seitdem in einen heftigen Kampf einlassen müssen, den sie vermeiden konnte, wenn sie das Gesetz nicht weniger fest aber mit mehr Geduld und Maßhaltung ausgeführt hätte. Ich verkenne allerdings nicht, daß auch anderswo Verantwortlichkeiten liegen. Eine Anzahl politischer Kampforden hat durch die Taktik des tout à l'excès und in der Hoffnung, durch ihre heftigen Aufreizungen eine Gegenrevolution herbeizuführen, das schroffe Vorgehen der Kommission herausgefordert. Aber die Regierung hätte diese Entfesselung der Leidenschaften voraussehen sollen. Ihre Pflicht wäre es gewesen, kaltes Blut zu bewahren und sich nicht durch die Finten des Gegners verführen zu lassen.

b

Ueber die weitere Ausführung des Kongregationsgesetzes.

19. Mai. Die Deputiertenkammer berät über Anfragen, betreffend die Kirchenpolitik der Regierung und die Ausführung des Gesetzes über die Kongregationen.

Gayraud erörtert das von der Regierung beanspruchte Recht, den Mitgliedern der aufgelösten Kongregationen das Predigen zu untersagen. Er erhebt Einspruch gegen die Politik der Regierung, die das Konkordat verletze, und fragt den Ministerpräsidenten, ob er denn eine Trennung von Staat und Kirche vorbereite, und ob er einen Religionskrieg wolle. Baron **Reille** erklärt, die Katholiken nähmen den Krieg an, wenn er ihnen aufgedrängt werde. Abgeordneter **Massé** weist darauf hin, daß die Runderlasse des Ministerpräsidenten über die Schließung der Kapellen usw. von einer Anzahl Bischöfe unpassend beantwortet worden seien, verteidigt die Erlasse und sagt, es sei Zeit, an die Prüfung der Frage der Trennung von Staat und Kirche heranzutreten. **Hubbard** bringt eine Tagesordnung ein, die die Regierung auffordert, das Konkordat zu kündigen. **Deramel** greift heftig die Maßregeln der Regierung an und fordert die Katholiken auf, sich den Maßregeln zu widersetzen. **Engerand** verlangt, daß Frauen und Kinder zur Kirche gehen könnten, ohne Gefahr zu

laufen, tätlich angegriffen zu werden, und fordert von der Regierung Freiheit in der Ausübung des Kultus. Auch führt er aus, daß in dem Augenblick, wo Frankreich die Missionare verjage, der deutsche Kaiser sich bemühe, vom Vatikan das Protektorat über die Christen im Orient zu erhalten. In dieser Angelegenheit gäben die deutschen Sozialisten den französischen Sozialisten das Beispiel des Patriotismus. Grousseau wünscht, daß Combes sich bei den Verhandlungen mit dem Vatikan über die Ernennung der Bischöfe entgegenkommend zeige. Redner tadelt die Sperrung der Gehälter der Priester und Bischöfe; diese Gehälter bildeten eine nationale Schuld. Baudry d'Asson erhebt gegen Combes den Vorwurf, er habe einen Bürgerkrieg entfesselt, und rügt seinen Despotismus. Montebello wirft der Regierung vor, sie habe den Ruhestörern gestattet, in die Kirche von Aubervilliers einzudringen, und tadelt die Politik des Hasses, die von der Regierung befolgt werde. Ministerpräsident Combes erwidert, seine Kirchenpolitik beruhe auf einer loyalen Beachtung der Konkordatsgesetze. Das Konkordat müsse sowohl von der Kirche wie vom Staate respektiert werden. Wenn die Kirche dies nicht tue, werde der Bruch nur sie selbst treffen. Alsdann rechtfertigt er die Rundschreiben, betreffend die Schließung der Kirchen der Kongregationen; er habe dies getan, um sich in Einklang zu setzen mit dem Beschluß der Kammer, die die Predigerkongregationen aufhob. Die Kongregationen könnten sich verweltlichen und dieselben Rechte erwerben wie die andern Priester; aber die Verweltlichung müsse eine tatsächliche sein. Combes bedauert, daß der Ausübung des Gottesdienstes Schwierigkeiten bereitet seien. Er habe Befehle zur Verhinderung von Ausschreitungen in den Kirchen gegeben. Aber die Prediger seien in der Mißachtung der Gesetze mit schlechtem Beispiel vorangegangen. Die Politik der Bischöfe stehe im Gegensatz zum Konkordat. Der Staat sei ungenügend gewaffnet gegen den Klerus, der der Gehaltssperre Trotz biete. Der Staat wolle nicht scharf vorgehen; er ziehe es statt dessen vor, sich an die öffentliche Meinung zu wenden. Diese werde, aufgebracht über die Gesetzesverletzung durch die Prälaten, die Trennung der Kirchen vom Staate fordern, wodurch die Polizei einen größern Einfluß auf die Ausübung des Gottesdienstes haben würde. Er werde wegen der Ernennung eines Bischofs keine Zugeständnisse machen und sehe nicht, daß irgend ein Ministerpräsident bei der gegenwärtigen Mehrheit die zurzeit befolgte Politik in der Kirchenfrage werde desavouieren können. Zu beiden Kammern sei eine Mehrheit vorhanden, die nicht vor den Ansprüchen des Klerus kapitulieren werde.

20. Mai. (Fortsetzung) Allard bedauert, daß die Regierung nicht eine bestimmtere Erklärung abgegeben habe über die einzig mögliche Lösung, die Trennung von Kirche und Staat. Redner tadelt den Ministerpräsidenten, weil er nicht Kirchen schließen lasse, die von den Priestern zu Stätten antirepublikanischer Propaganda gemacht würden. Combes Pflicht sei, die Botschaft beim Vatikan abzuberufen. Wenn er nicht zur Trennung von Staat und Kirche bereit sei, werde er sich einen Teil der Republikaner entfremden. Millevoye wirft Combes vor, daß er die Straßenunruhen hervorgerufen habe. Clovis Hugues fordert für die Bürger das Recht, das Gesetz zu verteidigen, wenn es verletzt wird, wie es in der Kirche von Aubervilliers der Fall gewesen sei; er beschuldigt die Klerikalen, daß sie sich dort wie Banditen benommen hätten. Denys Cochin sagt, die Politik der Regierung sei der Krieg gegen alles, was christlich ist.

Sodann wird mit 313 gegen 237 Stimmen eine vom Ministerpräsidenten Combes genehmigte Tagesordnung angenommen, in der die Kammer, im Vertrauen zu den Entschließungen des Ministeriums,

die Uebergriffe des Klerikalismus zu unterdrücken, die Erklärungen der Regierung billigt.

22. Juni. Die Regierung teilt der Kammer ein diplomatisches Urkundenbuch mit, das den vom 2. Mai 1899 bis 24. Juli 1902 laufenden diplomatischen Schriftwechsel zwischen Frankreich und dem Vatikan über das Vereinsgesetz enthält. Es sind 26 Schriftstücke, die sich besonders auf die Vorstellungen Delcassés beim Vatikan über die Haltung der französischen Prälaten beziehen. Am Ende des Jahres 1900 richtete der Papst einen Brief an den Kardinal Richard, indem er den Entwurf des Vereinsgesetzes tadelt. Darauf erfolgten neue Vorstellungen der französischen Regierung, die der Ansicht war, daß infolge dieses mißlichen Briefes der Versuch eines Druckes auf die Kammern unternommen werden könnte. Rampolla wies mit gleicher Entschiedenheit diese Auslegung der Absichten des Papstes zurück. Im Januar 1901 schrieb Delcassé an Nisard und erklärte ihm, daß die Regierung, um gute Beziehungen zu dem Heiligen Stuhle aufrecht zu erhalten, zu allen mit dem Interesse der Republik vereinbaren Opfern bereit sei, sie müsse darin aber unterstützt werden.

c

Säkularisation der Ordensmitglieder.

22. Juni. Die Deputiertenkammer berät eine Novelle zum Vereinsgesetz über die Säkularisation der Ordensmitglieder. Sie lautet: Hinter Art. 16 des Vereinsgesetzes ist einzuschieben: „Während eines Zeitraums von drei Jahren, gerechnet von der Schließung einer Ordensanstalt an, wird jede Anstalt, gleichviel welcher Art sie ist, die in derselben Gemeinde oder in einer angrenzenden liegt, und worin von einem oder mehreren frühern Mitgliedern der geschlossenen Niederlassung eine leitende oder Unterrichtstätigkeit ausgeübt wird, bis zum Beweis des Gegenteils als kongreganistische angesehen, die den in den vorhergehenden Abschnitten angegebnen Strafen verfällt."

Unterrichtsminister Chaumié weist zur Begründung der Notwendigkeit der Novelle auf zahlreiche Beispiele von Scheinsäkularisationen hin. Man habe bei einzelnen Ordensleuten Papiere gefunden, aus denen hervorgehe, daß mit der angeblichen Säkularisation nur das Gelübde der Armut teilweise aufgehoben, die Gelübde der Keuschheit und des Gehorsams aber aufrecht erhalten würden. Andern sei die Anweisung gegeben worden, unter dem weltlichen Kleid beständig ein Kreuz zu tragen, das sie an die alten Bande erinnern solle. Diese sogen. Säkularisationen müßten auch alle Jahre erneuert werden. Kurz, Rom, die Bischöfe, die Orden spielten eine lächerliche Komödie mit dem Staate, der ein Ende gemacht werden müsse. Ein in einer Anstalt zurückbleibendes angeblich säkularisiertes Ordensmitglied sei darum bis zum Beweis des Gegenteils auch als Ordensmitglied zu behandeln. Man nennt das geplante Ergänzungsgesetz illiberal. Gewiß ist es nicht liberal, so wenig wie das Vereinsgesetz war; beide sind aber Gesetze der Notwendigkeit. Ich will keinen Liberalismus zur Schau tragen, der den Kongregationen die Freiheit gäbe in einer geknechteten Republik.

Nach kurzer Beratung wird die Novelle für dringlich erklärt.

3.

Wehrgesetz.

12. Februar. Im Senat stellt General **Mercier** bei Beratung dieses Gesetzentwurfs den Antrag, daß dem Kriegsminister die Befugnis gegeben werde, eine Anzahl Soldaten das dritte Jahr unter der Fahne zu halten für den Fall, daß die Zahl der Kapitulanten nicht ausreichen sollte. Der Kriegsminister **André** bekämpft den Antrag Mercier und erklärt, daß die Durchführung des Gesetzes über die zweijährige Dienstzeit Frankreich eine tüchtige, allen Bedürfnissen der Landesverteidigung entsprechende Armee sichere. — Der Antrag wird abgelehnt.

14. Februar. Der Senat genehmigt mit 231 gegen 26 Stimmen den die zweijährige Dienstzeit festsetzenden Artikel.

27. Februar. Der Senat genehmigt den Gesetzentwurf im ganzen.

5. März. Im Anschluß an die Beratung des Wehrgesetzes wird eine Anfrage des frühern Militärarztes **Treille** auf die Tagesordnung gesetzt. Treille führt aus:

Wir müssen Zuständen abhelfen, die Frankreich alle Jahre den Bestand zweier Infanterieregimenter kosten. Ich erinnere an die Tatsachen, die Herr Gotteron im November vorigen Jahres dem Hause unterbreitet hat, als er den so traurig-beredten Vergleich zwischen den Gesundheitsverhältnissen unsrer Truppen und denen des deutschen Heeres anstellte. Wir sind in der Organisation des Sanitätsdienstes hinter Deutschland zurück und erhalten darum schlechtere Ergebnisse, als dieses Land. Ich will den Ursachen unsrer Unterlegenheit nachgehen; sie sind militärischer, ökonomischer, geographischer und medizinischer Natur. Deutschland erzielt zunächst einen großen Vorsprung infolge seiner hohen Geburtenziffern. Während bei uns nur 293000 Gestellungspflichtige eine Jahresklasse von 207000 Rekruten liefern müssen, verfügt Deutschland in jedem Jahre über 500000 junge Leute und braucht davon nur die Hälfte einzustellen. Das bedeutet, daß es eine gründliche Auswahl treffen kann. Es schließt planmäßig alle körperlich nicht genügend kräftigen, eines Fehlers oder einer krankhaften Anlage verdächtigen Leute vom Dienste aus und entläßt die Eingestellten, wenn sie Spuren von Schwäche zeigen. Seine Truppenkontingente stellen also eine größere Summe von Widerstandskraft dar als die unsrigen. Weiter sind die deutschen Kasernen, die größtenteils mit den Milliarden unsrer Kriegsentschädigung erbaut worden sind, besser eingerichtet als die französischen. Unsre Kasernen lassen an Luft und an Reinlichkeit sehr zu wünschen übrig; sie sind nicht ausgedehnt genug. Man wendet bei uns auch nicht die nötige Sorgfalt auf die Desinfektion der Räume und der Kleidung an. Sollte man es für möglich halten, daß in vielen unsrer Garnisonen die Kleider von Mannschaften, die an Tuberkulose gestorben sind oder wegen dieser Krankheit entlassen werden mußten, nicht desinfiziert wurden? Ja, man läßt die Kleider ruhig von andern weitertragen. In den deutschen Kasernen wird auch größerer Wert darauf gelegt, daß die Mannschaften gesunde Nahrung erhalten. Die Militärärzte haben dort auch in dieser Beziehung eine größre Autorität und einen größern Einfluß als bei uns. Unsre Aerzte haben nicht

die Unabhängigkeit, die Machtbefugnisse zum selbständigen Vorgehn, die unerläßlich ist. Wenn sie auch von den besten Absichten beseelt sind, so bereiten ihnen doch gewisse Obersten Hindernisse und Schwierigkeiten. Der Sinn für Hygiene, das Gefühl für Vorsichtsmaßregeln in den Regimentern hat noch nicht die genügende Verbreitung gefunden. Eine gründliche Ueberwachung der Wirtschaften in den Garnisonstädten ist nötig, damit die Soldaten sich nicht mit schlechten Getränken vergiften und alkoholisieren. Was den Typhus angeht, so ist Deutschland geographisch begünstigt. Die südlichen Länder sind da im Nachteil. Die Verheerungen, die die Seuche anrichtet, sind z. B. in Italien größer als in Frankreich, in Spanien größer als in Italien; und den Deutschen gegenüber sind auch wir ein wenig Südländer. Dazu kommt, daß Deutschland seine Typhuskranken mit großer Sorgfalt pflegt.

10. März. Der Kriegsminister André sagt in der Deputiertenkammer, daß er angeordnet habe, keine schwächlichen, besonders keine schwindsüchtigen Leute im Heere einzustellen. Ferner seien Maßnahmen getroffen, die Ernährung der Soldaten zu verbessern und Ueberanstrengungen zu vermeiden. Er beabsichtige auch die Zahl der Militärärzte zu vergrößern.

12. März. Im Senat führt Waldeck-Rousseau einige Fälle an, in denen Soldaten aus Mangel an ärztlicher Pflege gestorben sind, und erhebt dagegen Einspruch, daß die Soldaten, die krank gewesen sind, ihres Sonntagsurlaubes verlustig gehen. Er rühmt die Verdienste des Kriegsministers André und bespricht das Fehlen hygienischer Vorschriften in der Armee und die Ueberanstrengung der Soldaten.

4. April. Die Deputiertenkammer genehmigt eine Vorlage, wonach den Militärpersonen, die vor dem Dienstantritt bestimmte Befähigungen erworben haben und sich darüber durch Zeugnisse von Schützen- und Turnvereinen ausweisen können, einen Vorzugsanspruch auf Beförderung zu Unteroffizieren erhalten sollen.

12. Juni. Die Deputiertenkammer genehmigt in zweiter Lesung mit 220 gegen 45 Stimmen den Gesetzentwurf, durch den die Militärdienstzeit auf zwei Jahre festgesetzt wird.

III.

Deschanel über die Revanchefrage.

1. März. Der Abgeordnete und frühere Präsident der Deputiertenkammer, Deschanel, hält in Chartres bei dem Gedenkfest zu Ehren des Revolutionsgenerals Marceau eine Ansprache, in der er gegen die jüngste Rede des sozialistischen Deputierten Jaurès (S. 303) auftritt und, im Gegensatz zu dessen Erklärungen, mehrere Aeußerungen Dantons und Carnots zitiert, die für Frankreich die natürliche Grenze des alten Galliens und die Vereinigung mit

den ehemaligen Brüdern fordern. Der Pariser „Temps“ weist diese Stelle der Ansprache scharf zurück und sagt, diese Worte könnten zu gefährlichen Auslegungen Anlaß geben. Die Theorie der natürlichen Grenze habe Frankreich nach Waterloo und die Theorie der Nationalität habe es nach Sedan geführt. „Wir wissen“ — bemerkt das Blatt — „aus Erfahrung, was es heißt, Politik mit geographischen Hypothesen und ethnographischen Träumereien zu verquicken. Wir brauchen eine starke Armee, aber es wäre strafwürdig, wenn wir nach einer furchtbaren Lektion, die die letzten hundert Jahre uns erteilt haben, nach weitausgreifenden Ideen jagen würden. Das Italien Cäsars ist nicht das heutige Frankreich. Dieses hat bestimmte Pflichten. Man möge das Volk lieber zur Erfüllung dieser Pflichten ermahnen, anstatt in revolutionären Erscheinungen das Beispiel eines eroberungssüchtigen Kosmopolitismus zu suchen, der alles Mißtrauen rechtfertigt und alle Niederlagen vorbereitete.“

IV.

Kirchenpolitische Kundgebungen.

Ende März. Seit die Genehmigungsgesuche der geistlichen Orden von der Deputiertenkammer abgelehnt sind, kommt es in vielen Teilen des Landes zu Kundgebungen und Unruhen. Letztere am 27. in der Pariser Vorstadt Grenelle. — Eine Versammlung von 20 Generalprioren erhebt Verwahrung gegen die Annahme, daß die Kongregationen politische Zwecke verfolgten. — Die aufgelösten Männerorden versuchen, sich an die öffentliche Meinung zu wenden. Vor dieser wollten sie sich verteidigen, da die Kammer sie nicht habe anhören wollen. Sie sagen:

Wenn wir durch unsre Arbeit eine Ersparnis erzielen können, so verwenden wir sie für unsre Missionen, für den Unterhalt unsrer Greise, für die Ausbildung von Missionaren, und was uns übrig bleibt, dient uns, um eine Kapelle, ein Pflegehaus, eine Schule zu gründen, aus denen das Volk mehr Nutzen ziehen wird als wir, die wir arm bleiben in unsern Zellen. Wozu dienen unsre Macht und unsre Rührigkeit? Man ziehe unsre Arbeiten ans Tageslicht und begnüge sich nicht mit leeren Anschuldigungen. Man prüfe und erwäge wohl, und wenn man findet, daß unsre Tätigkeit dem Frieden und dem Wohlstande Frankreichs schadet, so verdamme man uns!

Anfang April. Die klerikalen Blätter „Croix“ und „Semaine catholique“ bringen eine Note, wonach das Vereinsgesetz umgangen werden soll. Die Note lautet:

Die Kongregation der Bischöfe und Regulären hat den Kongregationen eine Instruktion in drei Artikeln zugesandt. Im ersten Artikel empfiehlt der Papst, daß die Mitglieder eines aufgelösten Klosters, dort wo es angeht, d. i. wo derselbe Orden noch andre, nicht aufgehobne Niederlassungen besitzt, in diese

letztern aufgenommen und dort in gewohnter Weise weiterleben mögen. Im zweiten Artikel sagt der Papst, daß dort, wo diese Konzentration nicht durchführbar ist, die Prioren der Klöster ermächtigt sind, ihre Untergebnen von dem Gebote des Zusammenlebens zu entheben. Die Mönche werden dann, jeder für sich, unter die Oberhoheit des Bischofs gestellt, in dessen Diözese sie sich aufhalten; sie müssen jedoch fortfahren, ihr Ordensgewand zu tragen und zur Verfügung des Heiligen Stuhles oder ihrer Obern bleiben. Jene, die die priesterlichen Weihen besitzen, können statt der Mönchskutte die Soutane des Weltgeistlichen tragen. Wo keins von beiden angängig ist, sollen sie eine passende bürgerliche Tracht wählen. Der dritte Artikel endlich bestimmt, daß die zerstreuten Kongregationsmitglieder dem ihrem Wohnsitze zunächst benachbarten Ordensprovinzial unterworfen bleiben, der verpflichtet ist, sie zu überwachen und Berichte über ihre Führung an den Ordensgeneral in Rom zu senden.

11. April. Der Ministerpräsident Combes richtet zwei Rundschreiben an die Bischöfe des Landes. In dem ersten erklärt er es für unstatthaft, daß für die außerordentlichen Predigten in den Pfarrkirchen Mitglieder nicht ermächtigter Orden oder sogenannte Diözesanmissionare zugelassen werden. Das Auftreten solcher Ordensgeistlichen in den Pfarrkirchen müsse dahin ausgelegt werden, daß die betreffenden religiösen Genossenschaften noch weiter bestünden und tätig seien. Die Weltgeistlichen, denen die Polizei in ihren Kirchen übertragen sei, seien darum auch für jedes Wort verantwortlich zu machen, das von ihren Kanzeln herunter gesprochen wird. Das zweite Rundschreiben gibt den Bischöfen auf, dafür zu sorgen, daß in nichtermächtigten Kirchen und Kapellen künftig keine gottesdienstliche Handlung mehr vorgenommen wird. Wo ein Bedürfnis für die fernere Offenhaltung einer Ordenskapelle vorliege, sollen die Bischöfe an den Minister mit einem besondern Gesuch herantreten, damit der einzelne Fall geprüft werden könne. Aber auch hier sei eine vorgängige vorläufige Schließung der Kapelle anzuordnen.

18. April. Hierauf antworten die Erzbischöfe Kardinal Richard von Paris und Langénieux von Reims. Der erste zeigt sich zwar bereit, mit dem Kultusminister die Mittel und Wege zu prüfen, um durch eine bessere Einteilung der Parochien die religiösen Bedürfnisse der Pariser zu befriedigen. Allein er macht zugleich die Zivilgewalt verantwortlich für den Fall, daß Unruhen entstehen sollten, wenn sie selbst die Schließung der Kapellen vornähme. Wer in den Kirchen predigen dürfe, ob Weltgeistliche oder Ordensgeistliche, darüber habe der Bischof allein zu entscheiden. Der Erzbischof von Reims erklärt, er werde sich nie dazu hergeben, Gotteshäuser zu schließen, und beharre auf seinem ausschließlichen Rechte, was das Predigtamt in seiner Diözese angeht. Die „Croix“ kann eine stattliche Zahl von Bischöfen nennen, die seit Ostern ihre Mißbilligung über die Auflösung der Kongregationen bekundet haben und dabei die Hoffnung

ausdrückten, ein Regierungswechsel werde die Wiederherstellung der alten Zustände gestatten. Der Bischof von Quimper schärft seinen Diözesanen, die Kapellen besitzen, noch besonders ein, nicht um die gesetzliche Ermächtigung einzukommen, weil die Heimtücke der Machthaber sich allzu deutlich gezeigt habe.

23. April. In Havre finden lärmende Kundgebungen für und wider die Kongregationisten statt. In Nîmes gibt die Ausweisung der Franziskaner Anlaß zu einer Kundgebung.

25. April. Gelegentlich der Kundmachungen der Ausweisungsbefehle gegen die Kongregationen, die sich nicht in der vorgeschriebnen Frist aufgelöst haben, kommt es an verschiednen Orten zu Zwischenfällen. In Saint Etienne kommt es zu einer Schlägerei, der Polizeikommissar in Anchelle (Departement Hautes Alpes) wird mit Steinen beworfen. Bei den Abteien Kerbencat (Departement Finisterre) und Saint Nicolas (Departement Meurthe et Moselle) hat sich eine Volksmenge angesammelt, die in drohender Haltung die Ankunft der Behörden erwartet. In einigen andern Orten werden Kundgebungen unter feindlichen Rufen der Menge veranstaltet. Die meisten verlaufen ohne Zwischenfall.

29. April. Die Kartäuser bei Grenoble im Isèredepartement werden ausgewiesen.

Anfang Juni. Wiederum kommt es aus Anlaß der Schließung von geistlichen Genossenschaften zu Ruhestörungen in einer Mehrzahl von Orten. Zu Rodez im südlichen Frankreich verbarrikadieren sich die Mönche. Vor dem Kloster Notre Dame du Bon Secours kommt es zu stürmischen Auftritten.

V.

Programm des französischen Reformsozialismus.

8. März. In Paris erscheint ein Buch, in dem der Handelsminister Millerand seine in den letzten zehn Jahren gehaltnen Reden zusammenfaßt. In der Einleitung stellt er das Programm des Reformsozialismus auf, dessen Hauptvertreter er mit dem Abgeordneten Jaurès ist.

Ueber das Ziel des Sozialismus spricht sich Millerand folgendermaßen aus: „Der Sozialismus setzt sich als Ziel, auf gesellschaftlichem Gebiete die Klassenunterschiede zu beseitigen, wie die französische Revolution das Ergebnis gehabt hat, auf politischem Gebiet die Standesunterschiede zu beseitigen. Er will, daß sich die Lohnarbeiter zu der Würde eines Teilhabers erheben. Er will, daß in der neuen Menschheit das Privateigentum nicht etwa unterdrückt — was eine unverständliche Forderung wäre —, sondern im Gegenteil umgewandelt und so sehr erweitert werde, daß es für jeden Menschen wie seine

natürliche und notwendige Fortsetzung in den Dingen, das unentbehrliche Werkzeug für das Leben und die Entwicklung bildet. Ebensowenig wie die französische Revolution beabsichtigt der Sozialismus nicht für den Franzosen oder den Engländer Gesetze zu schaffen, sondern für den Menschen." Manche Sozialisten in allen Ländern, so ist weiter Millerands Gedankengang, haben der Versuchung nicht widerstanden, der Zeit vorzugreifen und sich einen Zukunftsstaat auszubauen. Das ist ungefährlich, kann sogar nützlich sein, solange man sich bewußt ist, daß es sich um Werke der Phantasie handelt; es wird gefährlich und unheilvoll, sobald man diese Utopien zum Mittelpunkt des Programms macht. Die kollektivistischen Hypothesen dürfen uns nicht irreführen, das Mittel für den Zweck anzusehen. „Hüten wir uns davor, uns von Formeln gefangennehmen zu lassen, die notwendigerweise wandelbar sind, veränderlich gerade durch den Fortschritt der Menschheit." Die Befreiung der Arbeiter kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein; dazu müssen sie vor allem fähig und würdig werden. Darum liegt die Zukunft der Menschheit in der Erziehung des Arbeiters. Die Gesellschaft selbst muß dazu helfen; in den Arbeiterschutzgesetzen liegen die Anfänge dazu, Berufsgenossenschaften, Gewerkvereine, Kooperativvereine sind die weitern Mittel. Aber die Entwicklung muß auf dem Boden der gegebnen Verhältnisse vor sich gehen. Obgleich er weiß, daß er damit die Gefühle mancher seiner Freunde verletzt, ja sie „skandalisiert," tritt Millerand für die „nationale Reduktion" ein, für „patriotische Gesinnung." Wollte Frankreich allein abrüsten, so wäre das mehr als Wahnsinn, „es wäre ein Verbrechen gegen das Ideal selbst, als dessen ersten Soldaten die Sozialisten Frankreich grüßen, denn die Republik ist die „politische Formel des Sozialismus." Um die Zukunft vorzubereiten, werden die Sozialisten weder die Pflichten vergessen, die ihnen die Vergangenheit auferlegt, noch die Anforderungen, die die Gegenwart an sie stellt. Dann verlangen sie, zur Durchführung einer auf realem Boden ruhenden und zugleich idealen Politik, ihren Anteil an der Verantwortung. „Ich weiß wohl, was man sagt, daß der Sozialismus sich „revolutionär" nennen kann, ja muß, denn in der Tat, es wird eine Revolution im wahrsten und tiefsten Sinne sein, wenn die Lohnarbeit verschwindet. Die Worte schrecken mich nicht, aber ich fürchte die Zweideutigkeit. . . . Wenn wir die Gewalt verurteilen und nutzlos finden, wenn die gesetzlichen Reformen uns zugleich als das unmittelbare Ziel und als das einzig praktische Mittel erscheinen, um unserm fernen Endziel näher zu kommen, dann sollen wir auch den Mut haben — was übrigens leicht genug ist —, uns Reformer zu nennen, denn wir sind es ja nun einmal!"

14. März. Millerand entwickelt in einer in Vierzon abgehaltnen Versammlung der sozialistischen Föderation des Departements das Programm der sozialistischen Reformpartei. Er spricht sich für Abschaffung der Entschädigung der Arbeit gegen Verzicht an das Erzeugnis selbst aus, ferner für das Verschwinden der verschiednen Stände und für Umbildung des Eigentums. Alles das, weil es die Emanzipation der Arbeiter zum Zweck habe. Die sozialistische Partei müsse ebenso, wie sie an der inneren Politik teilnehme, sich auch bei den Fragen der äußern Politik beteiligen. Sie müsse bei Reformen politischer und sozialer Art in erster Reihe stehen und besonders für die Trennung der Kirche vom Staat eintreten.

VI.

Präsident Loubet und Algerien.

13. April. Präsident Loubet trifft in Marseille ein. In der Präfektur begrüßt ihn der Bischof mit einer Rede, in der er erklärt, daß die Geistlichkeit von Marseille eine politisch tadellose Haltung einnehme und sich ihren Pflichten um so mehr ergeben zeige, als sie die Religion als ein für die Größe und die Wohlfahrt der Nation notwendiges Element ansehe. Loubet erwidert, die Aufgabe der Kirche sei, für Frieden, Brüderlichkeit und Versöhnung einzutreten. Wenn sie diese Aufgabe in einer solchen Weise erfülle, wie in der Diözese von Marseille, so habe sie ein Anrecht auf die Achtung und Unterstützung aller guten Bürger. — In der Handelskammer findet ein Bankett statt, bei dem Loubet eine Ansprache hält, in der er auf die günstige wirtschaftliche Lage in Marseille weist. Er sagt, wenn der Fortschritt des Marseiller Handels anhalten solle, müsse Einigkeit zwischen den Arbeitgebern und ihren Angestellten herrschen. Er hebt ferner hervor, daß die Handelskammer sich die Vermeidung oder die Beilegung von Zwistigkeiten angelegen sein lasse, und fordert sie auf, in ihren Friedensbestrebungen zu verharren.

16. April. Der Präsident der französischen Republik betritt, begrüßt nicht nur von französischen, sondern auch von russischen, englischen, italienischen und spanischen Kriegsschiffen, den Boden Algeriens. Im Winterpalais zu Algier empfängt er die algerischen Behörden. Der Erzbischof, der die Geistlichkeit vorstellt, weist auf die Hingabe der Priester hin, die fern von ihren Familien als Opfer der Pflicht sterben. Der Präsident beglückwünscht die algerische Geistlichkeit dazu, daß sie, indem sie sich von den politischen Kämpfen fernhalte, doch an der Größe und dem Gedeihen der Republik Anteil nehme. Der Präsident der Finanzdelegation spricht sein Bedauern darüber aus, an der Seite des Präsidenten Loubet nicht den Gouverneur Revoil begrüßen zu können, dessen unerwarteter Rücktritt große und berechtigte Erregung hervorgerufen habe. Redner hebt rühmend Revoils Hingabe für die Interessen Algeriens hervor, sowie seine treue und mutvolle republikanische Gesinnung. Später empfängt Loubet die Befehlshaber der fremden Geschwader. Admiral Krieger, der Befehlshaber des russischen Geschwaders, erklärt, er sei glücklich darüber, daß der Kaiser Nikolaus ihn ausersehen habe, Loubet zu begrüßen. Der Präsident erwidert, er sei sehr gerührt über den freundschaftlichen Gedanken des Kaisers, daß er zu den andern Flaggen auch die der befreundeten und verbündeten Nation entsandt habe. Abends gibt der Präsident im Sommer-

palais zu Ehren der fremden Abgesandten und der hohen Beamten Algeriens ein Festmahl. Dabei bringt er einen Trinkspruch aus, worin er seiner Freude darüber Ausdruck gibt, daß die Vertreter der Flotten von vier fremden Mächten zugegen seien. Er danke den Monarchen, die zu seiner Begrüßung so schöne Schiffe entsandt hätten; diese Beweise von Sympathie ehrten in gleicher Weise Frankreich und seine große Kolonie und würden in der gesamten Nation Widerhall finden. Redner spricht sodann die Hoffnung aus, daß seine Anwesenheit in Algerien der Periode der Versuche ein Ende machen und den Beginn eines auf gerechter Einigkeit begründeten Regiments bedeuten werde. Sein Wunsch sei, zu prüfen, was das Interesse des Landes erfordere. Loubet trinkt auf die Größe Algeriens, die in der Einheit seiner Geschicke mit denen Frankreichs beruhe. Im weitern Verlauf des Festmahls versichert der Großrabbiner in einer Ansprache den Präsidenten der Treue der algerischen Israeliten für die Republik, die ihre Emanzipation der letztern verdankten. Zum Schluß überreicht eine marokkanische Gesandtschaft dem Präsidenten eine Adresse, worin der Sultan ihn zu seiner Ankunft beglückwünscht. Loubets Besuch in Algier werde zum Gedeihen Algiers, das Marokko benachbart sei, beitragen und ein Merkzeichen dafür sein, daß die Freundschaft zwischen Frankreich und Marokko aufrecht erhalten werde und Fortschritte mache. Loubet erwidert, auch er wünsche, gleich dem Sultan, daß die Freundschaft zwischen Frankreich und Marokko aufrecht erhalten werde.

18. April. Präsident Loubet trifft in Tlemcen, unweit der marokkanischen Grenze ein, wo er beim Festmahl sagt, er habe gegen die Auffassung gewisser Kreise im Auslande Einspruch erheben wollen, die behaupten, Frankreich verstehe nicht zu kolonisiren. Die in Algier erzielten Erfolge müßten auch die Ungläubigsten vom Gegenteil überzeugen. Loubet schließt mit einem Hinweis auf Jules Ferry, der der Meinung gewesen sei, daß Frankreich eines Kolonialgebiets bedürfe.

22. April. Bei seinem Besuche der Kaserne des ersten Fremdenregiments in Siddi-bel-Abbr wird Loubet vom Obersten an die Heldentaten der Legionäre erinnert, mit deren Knochen die der Barbarei entrissenen Kolonien dicht besät seien. Der Oberst bemerkt dabei, daß die Legion sich zum größten Teil aus Elsaß-Lothringern ergänze, worauf der Präsident die Taten des Regiments anerkennend erwidert: „Die Legion ist die Zuflucht der Elsässer, unsrer Brüder von gestern und heute.“

27. April. Loubet besucht den Bei von Tunis. Dieser versichert ihn seiner Treue gegen die Republik und die Bereitwilligkeit

der Regierung, das Protektorat bei der Entwicklung des Landes zu unterstützen. Loubet betont, das französische Protektorat sei die beste Sicherung der islamitischen Dynastie.

2. Mai. König Eduard von Großbritannien bei Loubet.

30. Mai. Anläßlich der Zweihundertjahrfeier der Stadt Petersburg richtet Präsident Loubet folgendes Telegramm an Kaiser Nikolaus: „In dem Augenblick, wo die Hauptstadt des befreundeten und verbündeten Reiches die Zweihundertjahrfeier ihrer Gründung begeht, erinnere ich mich mit Dankbarkeit des warmen Empfanges, den mir die Bevölkerung St. Petersburgs vor einem Jahre bereitet hat, während ich der Gast Eurer Majestät war. Auch richte ich von ganzem Herzen an Eure Majestät mit den aufrichtigsten Wünschen für das Gedeihen Ihrer herrlichen Hauptstadt den erneuten Ausdruck meiner unwandelbaren und sehr lebhaften Freundschaft." — Kaiser Nikolaus antwortet: „Ihr Telegramm hat mich lebhaft gerührt. Petersburg bewahrt von Ihrem Verweilen unter uns eine tief sympathische Erinnerung, und der Besuch des Oberhauptes des befreundeten und verbündeten Staates wird für alle Zeit in seinen geschichtlichen Annalen einen besonders gekennzeichneten Ehrenplatz bewahren. Indem ich Ihnen von Herzen für Ihre guten Wünsche danke, bitte ich Sie, Herr Präsident, stets an meine Gefühle lebhafter und sympathischer Freundschaft zu glauben." (Loubets Besuch Algeriens war schon im April 1901 beabsichtigt gewesen, als er von einem russischen Geschwader in Nizza und Villafranca sowie von einer italienischen Flotte im Hafen von Toulon begrüßt worden war. Der weitere Aufenthalt am Mittelmeere war damals aufgegeben.)

31. Mai. Der Generalgouverneur von Algerien, General Jonnart, wird bei seiner Besichtigung der Südgrenze des Departements Oran von den Bewohnern der zu Marokko gehörenden Oase Figig überfallen. Die Oase liegt an der Saharabahn am Südfuße des Atlas, da, wo der Wadi Susfana aus dem Gebirge tritt; sie ist kaum vierzehn Quadratkilometer groß, aber gut bewässert und so fruchtbar, daß Getreide und Halfa vorzüglich gedeihen und ein enormer Palmenbestand die Oase schmückt. Die 15000 Einwohner leben in zehn Dörfern, die eine gemeinsame, sechzehn Kilometer lange und zwei Meter hohe Mauer umgibt. Jedes Dorf bildet eine Republik für sich. Viermal im Jahre halten die Dörfer auf neutralem Gebiet gemeinsamen Rat. Die höchste Instanz der Oase ist der Amel, der gleichzeitig die kirchlichen Funktionen eines Oberpriesters ausübt. Der Amel war dem Generalgouverneur entgegengekommen und hatte ihn bewogen, bis nahe an Figig zu kommen. Bei seiner Rückkehr wurde von Figig aus heftiges Gewehrfeuer auf Jonnarts Truppe abge-

geben. In diesem Kampfe werden siebzehn Mann von zwei Kompagnien der Fremdenlegion verwundet.

9. Juni. Der Ort Zenaga in der Oase Figig wird durch französische Beschießung gänzlich zerstört.

Großbritannien und Irland.

I.

Das Parlament bis Ostern.

1.

Eröffnung.

17. Februar. Das Parlament wird durch eine Thronrede des Königs Eduard eröffnet, die eine Uebersicht über verschiedne innere und äußere Fragen enthält.

2.

Beratungen der Adresse.

17. Februar. Bei der Beratung der auf die Thronrede zu erlassenden Antwort führt im Oberhause Lord Spencer aus:

Die Venezuelaangelegenheit habe große Besorgnis hervorgerufen, weil in England jedermann eifrig darauf bedacht sei, daß die guten Beziehungen zwischen England und den Vereinigten Staaten nicht gestört werden, und weil man das Gefühl gehabt habe, daß England durch das Zusammenwirken mit einer andern Macht in ernste Schwierigkeiten geraten könnte. Er wolle dabei bemerken, daß er alles, was eine Besserung in den gegenseitigen Gesinnungen zwischen England und Deutschland herbeiführen könnte, mit Freude und Genugtuung begrüßen würde. — Der Lordpräsident des Geheimen Rates Herzog von Devonshire erwidert: „Lord Spencer scheint der Ansicht zu sein, daß alle Verhandlungen über die Venezuelaangelegenheit abgeschlossen seien. Das ist nicht der Fall. Es gibt noch Fragen, die dem Schiedsgericht unterbreitet werden müssen, und man kann unmöglich sagen, ob selbst unter dem Beistande des Schiedsgerichtshofes sich nicht Streitfragen erheben können zwischen England und andern Mächten, die in hervorragender Weise an den Verhandlungen beteiligt sind. Es kann nicht geleugnet werden, daß die jüngsten Vorgänge Gefahren mit sich gebracht haben. Die Amerikaner sind aber Leute von sehr praktischen Ansichten, und es gibt keinen bessern Weg, ihr Vertrauen zu erlangen, als sie so zu behandeln, daß man ihnen zeigt, daß man sich von der Verfechtung seiner Ansprüche nicht durch irgend welche Befürchtungen vor Empfindlichkeiten abbringen läßt, die nicht bestehen. Ich freue mich, daß Lord Spencer nicht die törichte und übertriebne Sprache bezüglich der sogenannten Allianz mit Deutschland beibehielt. Es ist immer erklärt worden, daß nichts bestanden hat, was einer Allianz gleichkommt. Es hat nur ein gemeinsames Vorgehn zu einem bestimmten und gegebnen Ziel zwischen England, Deutschland und Italien gegeben".

Die Antwort an den König wird hierauf sogleich beschlossen.

Im Unterhause weist **Campbell-Bannerman** darauf hin, daß in der Thronrede Deutschland mit Bezug auf die venezolanische Frage nicht erwähnt wird, und führt dann aus:

Wenn es in England Leute gibt, die meinen, wir dürften uns unter keinen Umständen mit Deutschland verbinden, so kann ich einer solchen Ansicht nicht beipflichten. Niemand kann der Tatsache blind gegenüberstehn, daß in den letzten Jahren eine heftige Handelsrivalität zwischen den beiden Ländern geherrscht hat, daß der starke Antagonismus in einigen Kreisen sich bis zur Antipathie gesteigert und in einem Teile der Presse zu verleumderischer Beschimpfung unsers Landes geführt hat. Sollen wir unser Temperament siegen lassen über unsre bessern Eigenschaften und mit gleichen Waffen antworten? Der einzig angezeigte Weg ist der, der Rivalität mit größerer Tätigkeit und Intelligenz zu begegnen, die Antipathie dadurch niederzuzwingen, daß wir zwar unsre eignen Interessen wahren, dabei aber sorgsam darauf bedacht sind, dem Nachbar Mäßigung und Freundschaft zu zeigen und Beschimpfungen mit Verachtung zu strafen. Redner erklärt dann weiter, er habe gegen das unlösbare Band, in das das Abkommen mit Deutschland England knüpfte, Einspruch erhoben und auch gegen die Zusage der Regierung, daß sie, obwohl sie doch die Ausdehnung der deutschen Forderungen nicht kannte, von dem Abkommen nicht abgehn wolle, es sei denn infolge gemeinsamer Verständigung; er habe ein enges Zusammenwirken mit Deutschland in einer solchen Angelegenheit bekämpft, erstens weil Deutschlands Hand, wenn sie kräftig sei, besonders rauh sei, und England mit empfindlichen Situationen rechnen mußte; und zweitens, weil der auch von ihm als richtig empfundne Eindruck geherrscht habe, daß Deutschland der von den Vereinigten Staaten so leidenschaftlich aufrecht erhaltenen Lehre von dem Vorrechte der Nichteinmischung nicht so günstig gegenüber stehe, wie England. Redner bittet schließlich um Auskunft bezüglich der Zuckerkonvention und bezüglich der Lage der Dinge in Mazedonien, im Somalilande und in Westafrika.

In seiner Erwiderung erklärt der Ministerpräsident **Balfour** bezüglich der Zuckerkonvention, daß sie nach Ansicht der Regierung die Meistbegünstigungsklausel nicht berühre. Die russische Regierung habe eine andre Ansicht gehabt, England habe daher die Kündigung des Handelsvertrages angeboten. Seines Wissens habe die russische Regierung jetzt erklärt, da sie ihre besondre Ansicht habe, betrachte sie die Angelegenheit gegenwärtig nur als eine akademische Frage. Balfour geht sodann auf die Reise Chamberlains nach Südafrika über und sagt, die Regierung vertrete vollkommen die von Chamberlain erklärten allgemeinen politischen Grundsätze. Die mazedonische Frage habe seit vielen Jahren alle Staaten in Europa beunruhigt. Oesterreich-Ungarn und Rußland seien besonders dazu befähigt, die Führung bei der Lösung des Problems zu übernehmen, da sie den größten Einfluß auf die übrigen Balkanstaaten hätten. Was in diesem Gebiete fehle, sei nicht eine sorgfältig ausgearbeitete Konstitution, sondern eine starke tatkräftige Regierung, die die Anfangselemente einer guten Verwaltung in Mazedonien ein-

führe. Bezüglich der venezolanischen Frage führt Balfour aus, die deutsche Regierung habe die deutschen erstklassigen Forderungen sorgsam geprüft und als zu Recht bestehend anerkannt. Da Deutschland Forderungen gegen Venezuela hatte, die den unsern glichen, machte es den Vorschlag, gemeinsame Sache mit uns zu machen. Deutschland hatte hinreichend Grund, allein gegen Venezuela vorzugehn, würde das aber uns oder Venezuela irgend welchen Vorteil gebracht haben? Hätten wir zwei absolut unbegrenzte Blockaden zu gleicher Zeit haben können? Nicht ein Mensch hätte einen solchen Weg empfehlen können. Wenn wir nun, wie wir es unter den Umständen tun mußten, mit Deutschland zusammen vorgingen, war es da richtig oder nicht, Deutschland zu sagen: Ihr dürft uns nicht verlassen, und wir wollen euch nicht verlassen? Venezuela würde sonst versucht haben, eine Macht gegen die andre auszuspielen und so viel wie möglich internationale Reibungen zu schaffen. Es mag vielleicht gesagt werden, daß wir bei dem Zusammenwirken mit Deutschland möglicherweise von Deutschland in einen Streit hineingezogen werden konnten, der, wenn er in seinem Beginn auch berechtigt, uns doch zu außerordentlichen Weiterungen führen und uns mit der ganzen Welt in Zwiespalt bringen konnte. Eine solche Gefahr lag aber nicht vor.

19. Februar. Fortsetzung der Adreßberatung im Unterhause. In Beantwortung verschiedner Anfragen bezüglich Venezuelas erklärt Unterstaatssekretär **Cranborne**, es sei keine Mitteilung an die amerikanische Regierung bezüglich des Zusammenwirkens Englands und Deutschlands ergangen. Jede der beiden Mächte ließ aber der amerikanischen Regierung mitteilen, daß sie sich möglicherweise gezwungen sehen würden, Zuflucht zu Zwangsmaßregeln gegen Venezuela zu nehmen. Bevor sie jedoch hierzu geschritten seien, erklärte sich die amerikanische Regierung bereit, durch ihren Vertreter in Caracas die Wahrung der englischen und deutschen Interessen in Venezuela zu übernehmen. Der Parlamentssekretär der Admiralität **Forster** erklärt, die Mehrausgabe für die Marine infolge der venezolanischen Operationen werde nicht groß sein. Generalpostmeister **Austen Chamberlain** teilt mit, die Wirkung der Fortschritte in der drahtlosen Telegraphie auf die Handels- und strategischen Interessen Englands erfahre eine sorgfältige Prüfung durch die Regierung. Kriegsminister **Brodrick** erklärt, die Stärke der jetzt in Südafrika stehenden Streitkräfte betrage 38000 Mann, aber man sei dabei, die Garnison auf 30000 Mann zu vermindern.

20. Februar. Fortsetzung. **Allan** bedauert, daß der unbefriedigende Zustand der Flotte in der Thronrede nicht erwähnt worden sei, und beklagt, daß die Admiralität an dem Veralteten fest-

halte. Parlamentssekretär **Forster** erhebt Einspruch gegen diese rücksichtslose Kritik und stellt vollständig in Abrede, daß die Flotte den gestellten Anforderungen nicht entspreche; es seien im Gegenteil große Verbesserungen ins Werk gesetzt.

23. **Februar.** Weitere Adreßberatung im Unterhause. Auf eine Anfrage antwortet **Cranborne**, die Verträge von 1856 und 1871, betreffend die Straße der Dardanellen und den Bosporus, seien noch in Kraft. Die Regierung sei davon benachrichtigt, daß vier russische Torpedoboote, die die Handelsflagge gehißt hatten und kein Kriegsmaterial führten, zu verschiednen Zeitpunkten die Straße passierten. Von der Durchfahrt der Schiffe erhielt die Regierung keinerlei Mitteilung von der türkischen oder russischen Regierung. Der englische Vertreter in Konstantinopel sei angewiesen, eine Note an die Pforte zu richten, worin erklärt wird, daß die gewährte Erlaubnis den Bestimmungen des Vertrages zuwiderlaufe, da sie gleich obligatorisch für alle Mächte seien, und daß die britische Regierung sich das Recht vorbehalte, zukünftig ähnliche Privilegien zu beanspruchen. Auf diese Note ging keine Antwort ein. **Beckett** beantragt, in die Adresse den Ausdruck des Bedauerns darüber aufzunehmen, daß die Organisation der Armee zu wenig den Bedürfnissen des Reiches entspreche und kein entsprechender Fortschritt in der Stärke und Schlagfertigkeit des Heeres sich aus der Vermehrung der Kosten für militärische Zwecke ergebe. Er greife nicht die Politik der Regierung an, aber die des Kriegsministeriums. Brodrick habe nicht die sich ihm bietenden günstigen Verhältnisse benutzt, er habe den Bau, ohne die Grundlagen genügend zu sichern, aufgebaut. Der Entwurf Brodricks sei zu kostspielig und beseitige nicht die Fehler, die im südafrikanischen Kriege augenfällig geworden seien. Major **Seely** sagt ebenfalls, Brodrick suche eine reguläre Armee zu schaffen, die für die Bedürfnisse Englands zu groß sei. **Brodrick** antwortete, es scheine, als ob man die Lehren aus dem Burenkriege bereits vergessen habe. Sein Plan laufe nicht auf eine Vermehrung der Armee, sondern auf eine Reorganisation der bestehenden Streitkräfte hinaus. Seit 1896 sei der Bestand der Armee um 54 000 Mann vermehrt worden, die Vorlage verlange aber nur ein Mehr von 3000 Mann. Die Einteilung der Armeekorps sei nicht deutschen Ursprungs, wie gesagt werde. Die Errichtung eines Generalstabes, wie in Deutschland, würde eine Ausgabe von 500 000 Pfund jährlich verursachen und eine überstürzte Aenderung sein. Die Absicht der Regierung sei, eine möglichst geringe Anzahl Truppen unter den Fahnen und möglichst viele in der Reserve zu halten.

24. **Februar.** Die Armeefrage wird weiter besprochen. **Churchill** greift den Plan der Bildung neuer Armeekorps heftig an und

sagt, ein Armeekorps sei ausreichend, um Wilde zu bekämpfen, aber die drei Armeekorps, die in dem Plane für Operationen im Auslande vorgesehen worden, seien nicht genügend, um mit einer Nation in Europa zu kämpfen. Wenn England die Vorherrschaft zur See habe, brauche es kein großes Heer, wenn es sie nicht habe, dann brauche es mehr Schiffe. **Campbell-Bannerman** führt aus, der Kriegsminister hätte den Plan nicht aufstellen sollen, bis die Erfahrungen des südafrikanischen Krieges vollständiger verarbeitet seien. Das Armeekorpssystem sei keine deutsche, sondern eine kontinentale Einrichtung. Englands Lage weiche von der der festländischen Mächte ab. Welchen Nutzen hätte das Armeekorpssystem in Südafrika gehabt? Das System passe für England weder in Kriegs- noch in Friedenszeiten. Die Ausgaben der Nation für kriegerische Zwecke steigerten sich in unerträglicher Weise fast über die Mittel des Volkes. Die Regierung solle erst eine sorgfältige Untersuchung über die militärischen Erfordernisse des Landes anstellen und dann diese Erfordernisse erfüllen. **Lord Stanley** teilt mit, der Feldmarschall Lord Roberts habe den Plan, bevor an seine Durchführung gegangen wurde, sorgfältig geprüft und ihn vollständig gebilligt.

25. **Februar.** Im weiteren Verlaufe der Verhandlung des Unterhauses über obigen zur Adresse gestellten Antrag Becketts greift **Asquith** die Politik der Regierung heftig an. Er bezweifle, ob irgend eine Notwendigkeit bestanden habe für die vorgesehene starke Vermehrung der zur Operation im Auslande bestimmten regulären Streitkräfte; der Reformplan lege daher dem Steuerzahler nicht zu rechtfertigende Lasten auf.

Premierminister **Balfour** führt dagegen folgendes aus:

Die Armeekorpsfrage ist lediglich eine Frage der Organisation; die wirkliche Streitfrage ist die, ob die Armee zu groß ist oder nicht. Natürlich steht bei der Frage der Verteidigung des Reiches die Flotte voran, aber die Flotte kann nicht alles tun, und wir würden töricht sein, wenn wir uns der Macht beraubten, ein offensives Vorgehen zu ergreifen für den Fall, daß sich der Anlaß dazu einstellt. Was die Verteidigung Indiens betrifft, so glaube ich, daß ein Krieg zwischen England und Rußland im höchsten Grade unwahrscheinlich ist. Ich nehme an, daß auch ein Krieg zwischen Rußland und Deutschland im höchsten Grade unwahrscheinlich ist; was würde man aber denken, wenn die deutschen Militärbehörden einen solchen Fall nicht als möglich ansähen, nicht alle mit ihm zusammenhängenden militärischen Schwierigkeiten überlegt und sich nicht nach ihrem besten Vermögen darauf vorbereitet hätten, dieser Möglichkeit gerecht zu werden? In gleicher Weise kann ich nicht vergessen, daß die Grenze Indiens nur ein Teil des britischen Reiches ist, wo wir militärischer Nachbar einer Militärmacht ersten Ranges sind; es ist daher unmöglich, daß wir dies nicht als Schlüssel zu unsrer militärischen Lage auffassen sollten. Es ist nicht die Frage der Verteidigung des Mutterlandes, die die Größe der Armee bestimmt,

sondern es ist die Frage, was für eine Armee zum Wirken in einem von unsern Küsten weit entlegnen Tätigkeitsgebiet berufen werden kann. Mir ist nicht eine einzige zur verantwortlichen Aeußerung über diese Frage verpflichtete militärische Autorität bekannt, welche solch optimistische Anschauungen wie Beckett und seine Gesinnungsgenossen hegte. Wir müssen, was Zentralasien betrifft, natürlich in Betracht ziehen, inwiefern die strategische Stellung Rußlands sich gebessert hat. Sie hat sich von Jahr zu Jahr gebessert in der Stärke ihrer Verbindungen zwischen den großen als Zufuhrbasis anzusehenden Gebieten und den Punkten, wo die Streitkräfte werden erfordert werden. Keine Autorität hat den Mut gehabt, zu sagen, daß in dem unglücklichen und unwahrscheinlichen, jedoch nicht undenkbaren Fall eines Krieges mit Rußland wir nicht ebenso die in Indien verfügbaren Truppen wie die Streitkräfte nötig haben würden, die der Plan des Kriegsministers zur Verfügung der Krone zu stellen vorschlägt. — Bei der heutigen Abstimmung handelt es sich um die Frage des Vertrauens zur Regierung. Wir schrecken nicht zurück vor der Verantwortlichkeit; wir würden uns aufs äußerste verächtlich machen, wenn wir infolge eines natürlichen, aber bedauerlichen Umschlags der öffentlichen Meinung jetzt zugeben würden, daß wir nicht glaubten, daß die verlangten Streitkräfte die für die Sicherheit des Reiches notwendigen sind, und sagten, der Imperialismus sei sehr schön gewesen, solange er populär war, und ehe die Oeffentlichkeit sich über dessen Kosten klar war. Jetzt, da man sich über den Preis klar ist, würde es verächtlich sein, wenn wir unsre Forderungen bezüglich dessen, was für die Verteidigung des Reiches nötig ist, ändern würden.

Hierauf wird die beantragte Mißtrauenserklärung mit 261 gegen 145 Stimmen abgelehnt.

26. Februar. In weiterer Fortsetzung der Adreßberatung bringt Howard **Vincent** zur Sprache, daß die neuerdings bedeutend erhöhte Einwanderung mittelloser Fremden nach Eastend in London eine schwere nationale Gefahr bilde und die Wohlfahrt, Arbeits- und Wohnungsverhältnisse der englischen Arbeiterklassen in ernster Weise in Mitleidenschaft ziehe. Redner fordert die Regierung auf, einen entsprechenden Gesetzentwurf einzubringen, indem er darauf hinweist, daß die Zahl der im letzten Jahre in England angekommenen Fremden 81402 betrage gegen 70610 im Jahre 1901. Unter diesen Fremden sei eine beträchtliche Anzahl Bestrafter gewesen; auch die Zahl der Ausländer in der Handelsmarine sei bedenklich gestiegen. — Endlich wird die Adresse angenommen.

3.

Ueber Heer und Marine.

9. März. Das Unterhaus berät den Voranschlag der Heeresausgaben.

Oberst **Long** bringt einen Antrag ein, in dem es heißt, daß die veränderten Bedingungen des modernen Krieges radikale Aenderungen in dem Ausbildungssystem der Offiziere verlangten. Kriegsminister **Brodrick** erläutert das vom Kriegsministerium vorgeschlagne neue System

der Offiziersausbildung. Danach soll der Generaldirektor für das militärische Bildungswesen von einem beratenden Ausschuß unterstützt werden. Um Studenten der Universitäten zu veranlassen, Offiziere zu werden, würden ihnen besondre Erleichterungen zuteil werden. Was die zwischen britischen und ausländischen Offizieren angestellten Vergleiche betreffe, so hätten in der Regel die letztern keinerlei Erfahrungen im Kriege. England habe aber mit seinen kleinen Kriegen allen Grund, stolz auf die Fähigkeiten seiner Offiziere zu sein. Die Offiziere müßten aber einen gewissen Sporn haben, ihre Studien nach dem Eintritt in die Armee fortzusetzen. Das Kriegsamt schlage deshalb vor, daß, nachdem gewisse Monate in jedem Jahre der praktischen Ausbildung im Felde gewidmet seien, am Schlusse dieser Periode die Offiziere in zwei Klassen geteilt werden sollten, die Ausgebildeten und die Mäßigen. Jeder kommandierende Offizier könne dem Brigadier den Namen irgend eines Offiziers angeben, der sich ganz außergewöhnliche Verdienste erworben habe, damit er schneller befördert werde, und in einem solchen Falle würde die Kenntnis fremder Sprachen nicht außer acht gelassen werden.

10. März. Der Kriegsminister **Brodrick** gibt Erklärungen zum Kriegsbudget ab.

Er hebt hervor, die Bedürfnisse des Reiches seien gewachsen, und der von der Regierung geforderte Effektivbestand sei notwendig. „Sobald die Reform auf 100000 Mann erhöht ist, werden wir eine regelmäßige Streitkraft von 307000 Mann zu unsrer Verfügung haben. Von dieser Macht erfordern die Garnisonen in den Kolonien 51000 Mann, und im Kriegsfall müssen wir zur Verteidigung unsrer Grenzen 120000 Mann nach auswärts senden. Wenn wir für die Garnisonen im Vereinigten Königreich und andre Dienstzweige den notwendigen Abzug machen, werden wir in England eine regelmäßige Streitkraft von 56000 besitzen, die noch Kommandos zum Ersatz ins Ausland abgeben muß. Der Effektivbestand des Heeres ist also nicht übermäßig hoch." Der Kriegsminister nimmt dann auf die an der Nachrichtenabteilung geübten Kritiken Bezug und sagt, man könne keinen gerechten Vergleich zwischen der Anzahl der Offiziere im deutschen Generalstab und derjenigen in der englischen Nachrichtenabteilung ziehen, weil die Offiziere des deutschen Generalstabs zugleich Dienste tun, die in England von den Divisionsstäben beigegebnen Offizieren getan würden.

11. März. Bei der Beratung eines Antrages auf Herabsetzung des Effektivbestandes der Armee erklärt der Kriegsminister **Brodrick**, wenn die Herabsetzung durchgeführt werde, könnte England höchstens $2^1/_2$ Armeekorps statt 3 ins Ausland entsenden. Der Antrag stehe im stärksten Gegensatz zum Nationalbewußtsein; der Wunsch nach einem starken Heer habe sich seit den Tagen Napoleons in England gezeigt. Die beantragte Herabsetzung würde eine Unordnung in der Armee hervorrufen und England im Auslande lächerlich machen. **Grey** sagt, die Regierung scheine zu wünschen, daß 120000 Mann in der Heimat schlagfertig erhalten werden im Hinblick auf die Unruhen an der indischen Grenze. Man sollte dafür lieber 40000 Mann in Südafrika unter der Fahne halten, wo sie Indien näher wären, das würde eine größere Sparsamkeit ergeben. Redner führt weiter aus, das englische Nachrichtensystem sei nicht so erfolgreich wie das deutsche. Er habe gehört,

daß in Deutschland jeder Offizier der Nachrichtenabteilung das englische Land studieren müsse. Er glaube nicht, daß die Offiziere der englischen Nachrichtenabteilung soviel von Natal wüßten wie die deutschen von Yorkshire. Der Antrag auf Herabsetzung wird abgelehnt.

16. März. Im Unterhause begründet der Finanzsekretär der Admiralität **Forster** die Vorschläge des Marineetats, dessen sämtliche Sätze bedeutende Erhöhungen aufweisen. Er sagt, als Staatsbürger bedaure er, wenn die große bittere Rivalität unter den Nationen andauern solle, die diese gewaltigen unproduktiven Ausgaben nötig machten. Die Admiralität setze keinen Stolz in die Höhe der Anschläge, die unter den bestehenden Verhältnissen notwendig seien. Vier Schlachtschiffe wären in den Flottenverband aufgenommen, die schneller seien als irgend ein zurzeit auf dem Wasser befindliches Schiff. Nach dem neuen Bauprogramm sollten drei neue Schlachtschiffe gebaut werden, die den ähnlichen Schiffen fremder Marinen in jeder Weise überlegen seien. Noch viel mächtigere Geschütze sollten auf jedem Schiffe aufgestellt werden. Im Laufe der Verhandlung wird mehrfach auf das ungeheure Anwachsen des Marinebudgets hingewiesen und eine Verständigung Englands mit den andern Mächten über eine Beschränkung der Flottenrüstungen gewünscht. **Dilke** meint, ein gemeinsames Vorgehn Frankreichs und Englands könne in dieser Richtung etwas erreichen. **Forster** hebt dagegen hervor, daß einst auf Goschens deshalbige Vorschläge keine Antwort erfolgt sei. England könne nicht den ersten Schritt tun. Es sei zwar zu einem Abkommen geneigt, das eine Herabminderung der Rüstungen herbeiführen könne; es sei aber nicht Sache Englands, voranzugehn, wenn andre nicht bereit seien, mitzugehn. Hierauf wird die Forderung von 6312800 Pfd. Sterling für Sold der Flottenbesatzung angenommen.

24. März. Im Oberhause beantragt **Lord Rosebery** folgende Erklärung: „Das Haus spricht seine Billigung zu der Errichtung des neuen Rates für die nationale Verteidigung und zugleich die Hoffnung aus, daß dieser an erster Stelle seine Aufmerksamkeit der Regelung der nationalen Richtungen und den militärischen, maritimen und finanziellen Verhältnissen des Reiches zuwenden wird."

Redner hebt die Notwendigkeit eines solchen Rates hervor, da der frühere Verteidigungsausschuß die verschiednen Anforderungen des Kriegsministeriums und des Marineministeriums nicht habe vereinigen können und keine folgerichtige Politik erreicht habe. Rosebery stimmt mit der Politik überein, die die englische Flotte in ihrer Stärke erhalten will, und rühmt das von der Regierung in dieser Hinsicht geleistete Werk, aber er bemängelt die Heerespolitik der Regierung, weil der Plan Brodricks die Marine außer acht lasse. England könne nicht zu gleicher Zeit eine große Armee und eine

große Marine haben. Es sei durchaus nötig, die Mannschaftszahlen im Heere zu verringern. Er weist auf eine Rede des Generals Lord Methuen, der eine kleine, aber schlagfertige Armee mit großer Defensivreserve gefordert habe; diese Reserve sei die Nation. Redner verweist ferner auf das Beispiel der Schulung, die sicher sei, weil sie auf die Verteidigung der Nation durch die Nation selbst eingerichtet sei; dies sei das demokratische Verfahren. Rosebery ist überzeugt, daß die Regierung ohne die allgemeine Wehrpflicht alle Mannschaften erlangen werde, deren sie zur Verteidigung Englands gegen jede Möglichkeit eines ausländischen Angriffes bedürfe. Es werde im Falle von Unruhen an der Nordwestgrenze Indiens nicht nötig sein, Verstärkungen nach Indien zu senden. Besser würde es sein, eine genügende militärische Macht in Indien zu unterhalten; denn im Falle eines Krieges mit Rußland werde es schwierig sein, 120000 Mann nach Indien zu bringen, vornehmlich, weil England in einem solchen Falle auch mit Frankreich im Kriege liegen würde und seine Transportschiffe, um der französischen Flotte aus dem Wege zu gehn, den Weg um das Kap nehmen müßten.

Der Parlamentssekretär der Admiralität **Lord Selborne** bespricht die Verteidigung Indiens, wobei er den Standpunkt Roseberys zu dieser Frage ins Lächerliche zieht. Die Verstärkungen, die im Ernstfalle nach Indien entsandt werden müßten, würden hauptsächlich aus Reservisten bestehn, und eine solche Truppe würde billiger zu stehn kommen, als wenn man in Friedenszeiten die Streitkräfte in Indien vermehren wollte.

4.

Irische Landbill.

25. März. Im Unterhause begründet der Chefsekretär für Irland, **Wyndham**, die von der Regierung vorgelegte Bill.

Er führt aus, die Verschiedenheit der Lage der Landwirtschaft in England und Irland rechtfertige die Ausnahmebehandlung Irlands. Durch den Rückgang der Landwirtschaft sei jede Bevölkerungsklasse Irlands in Mitleidenschaft gezogen worden; es sei Pflicht der Regierung, den hierdurch geschaffenen sozialen Druck zu mildern, besonders zu einer Zeit, wo das ganze Land den Wunsch nach Herstellung einer dauernden Grundlage für den agrarischen Frieden gezeigt habe. Die Vorlage werde es den Pächtern ermöglichen, Landbesitz von dem Gutsherrn käuflich zu erwerben. Hierzu sollten den Pächtern Vorschüsse gegeben werden, die erforderlichen Mittel sollten durch eine $2^{3}/_{4}$ prozentige garantierte Anleihe flüssig gemacht werden, die voraussichtlich in der Höhe von fünf Millionen Pfund jährlich für die ersten drei Jahre ausgegeben werden würde. Es werde nicht mehr als hundert Millionen Pfund erforderlich sein. Für die Rückzahlung der Vorschüsse durch die Pächter sei durch Teilzahlung Vorsorge getroffen. Der Entwurf schlage ferner vor, einen staatlichen Zuschuß von zwölf Millionen Pfund in jährlichen Beträgen von höchstens 390000 Pfund Sterling zu gewähren. Der Zeitraum für die Rückzahlung der den Pächtern gegebnen Vorschüsse solle $68\,^{1}/_{2}$ Jahre betragen. Die Vorlage enthalte ferner Vorkehrungen zur Vermeidung des Ankaufs von Grundbesitz durch Geldverleiher. Die Regierung habe ihr bestes getan, den Niedergang der irdischen Landwirtschaft aufzuhalten und den Strom der Auswanderung zu hemmen. Es gebe zwei

Möglichkeiten, entweder könnte das Trauerspiel auf weitere 150 Jahre fortgesetzt werden, oder man könne das Transaktionsgeschäft einleiten und später fortsetzen, das ungefähr fünfzehn Jahre beanspruche und sich auf die Rechtschaffenheit und den gegenseitigen guten Willen aller Beteiligten gründe. Nur durch Lösung der irdischen Landfrage könne die soziale Versöhnung in Irland vollendet werden.

John **Redmond** gibt zu, daß die Vorlage einen großen Fortschritt gegenüber den frühern Maßregeln bedeute, und daß die Regierung wirklich bestrebt gewesen sei, eine Regelung der Frage herbeizuführen. Sollte die Bevölkerung Irlands zu der Ansicht gelangen, daß das Gesetz eine vernünftige Hoffnung auf eine Regelung der Landfrage gewähre, so werde sie das Gesetz willkommen heißen.

7. Mai. Das Unterhaus nimmt die einundvierzigste irische Landbill in zweiter Lesung an.

5.

Londoner Hafen-Bill.

6. April. Die Regierung läßt durch **Balfour** dem Unterhause einen Gesetzentwurf vorlegen, betreffend die Einsetzung einer Kommission zur Verwaltung des Hafens von London.

Der Entwurf sieht den Ankauf der Unternehmungen der London India Dockgesellschaft, der Surrey Commercial und Millwall Dockgesellschaften vor. Die Kommission soll aus vierzig Mitgliedern bestehn, darunter Vertreter des Grafschaftsrats von London, der Admiralität, des Handelsamts, der Reedereien und der Kaufmannschaft. Die erforderliche Kaufsumme soll $4^1/_2$ Millionen Pfund Sterling betragen, während $2^1/_2$ Millionen zur Vertiefung der Themse-Kanäle verwandt werden sollen. Diese 7 Millionen Pfund Sterling sollen von dem Londoner Grafschaftsrat, d. h. von den Londoner Steuerzahlern, garantiert werden. Die neue Hafenbehörde soll berechtigt sein, Zölle von Schiffen und Ladungen zu erheben, und sie soll zwecks Vertiefung der Themse-Kanäle eine Beisteuer seitens der Londoner Steuerzahler erhalten. Wenn die Einnahmen der neuen Hafenbehörde nicht ausreichen, alle ihre Verpflichtungen zu erfüllen, so kann das Handelsministerium auf Veranlassung des Londoner Grafschaftsrats der Hafenbehörde vorschreiben, die Hafenzölle zu erhöhen.

II.

Reden von Staatsmännern.

31. Januar. Der Generalpostmeister **Austen Chamberlain** führt in einer Rede zu Birmingham aus:

Die Gewalttaten gegen die englische Schiffahrt und englische Untertanen in Venezuela haben es nötig gemacht, Genugtuung zu verlangen. Daher hat, als der deutsche Botschafter im Juli an den Minister des Aeußern herantrat, dieser ihm gesagt, daß England entschlossen sei, Genugtuung zu suchen und bereit sei, gemeinsame Maßnahmen mit Deutschland zu verabreden, um Abhilfe zu erlangen. Es würde müßig sein, wenn ich mich stellte, als ob mir die Unpopularität des Zusammengehens mit

Deutschland unbekannt wäre. Bedauerliche Aeußerungen, die in der deutschen Presse und sonstwo in den letzten Jahren geschehen sind, haben sich tief in die Herzen der Engländer gesenkt und eine Stimmung erzeugt, die zu überwinden Zeit erfordern wird. Unsre Politik darf nicht vom Gefühl allein beherrscht werden; auch dürfen wir, weil wir tief verwundet sind, nicht die Augen gegen die Tatsachen der jetzigen Lage verschließen. Glaubt man, daß wir eine befriedigende Regelung befördert oder den Interessen internationaler guter Gesinnung gedient hätten, wenn wir die uns gemachten Vorschläge rundweg abgelehnt hätten? Wenn wir niedrig genug wären, Deutschland jetzt im Stich zu lassen und zu versuchen, Abhilfe für unsre Beschwerden zu erlangen, wie angeregt worden ist: welche Wirkung würde dies auf unsre Beziehungen zu den fremden Mächten in Zukunft haben? Welche Nation würde England wieder trauen?

7. Februar. In Bradford äußert der Minister für Indien, Lord **Hamilton**, in einer Rede über das Verhältnis Englands zu Deutschland, zunächst mit Bezug auf Venezuela, folgendes:

Man hat das Zusammengehen Englands mit Deutschland, um Venezuela zu zwingen, unsern Ansprüchen gerecht zu werden, heftig getadelt, aber nie hat einer unsrer Kritiker eine andere Art des Vorgehens vorgeschlagen. Unsre Kritiker scheinen der Ansicht zu sein, daß wir den Vorschlag hätten zurückweisen müssen. Nun wohl — vorausgesetzt, wir hätten den Antrag zurückgewiesen, was wäre das Ergebnis gewesen? Voraussichtlich das eines Konflikts zwischen den Schiffen der beiden blockierenden Nationen, und ihre Mission wäre nicht in geziemender Weise zum Austrag gekommen. Ein andrer Fall wäre gewesen, auf unsre Ansprüche zu verzichten und Deutschland den Vorzug des Vorgehens einzuräumen. In welcher Lage hätte sich die englische Regierung befunden, wenn sie ein derartiges Verhalten angenommen hätte? Wir nahmen den einzigen richtigen offnen Ausweg an, unsre Rechte bei der Entschädigungsfrage geltend zu machen. Deutschland verband sich mit uns einzig zu diesem Zweck. Die deutsche Regierung hat in dieser ganzen Angelegenheit mit vollkommenem Takt und vollkommener Angemessenheit gehandelt.

13. Februar. Der Ministerpräsident **Balfour** hält in Liverpool eine Rede, in der er ausführt, die englische Regierung habe die Regierung der Unionstaaten bei jeder Wendung der venezolanischen Angelegenheit ins Vertrauen gezogen. Die Monroelehre habe keinen Feind in England; es wäre ein Gewinn für die Zivilisation, wenn die Unionstaaten sich tatkräftiger damit befaßten, eine Wiederholung von Schwierigkeiten zwischen europäischen Mächten und den südamerikanischen Regierungen zu verhindern und diese zur Beachtung der Regeln des internationalen Verkehrs anzuhalten. Die Einigung mit Deutschland über ein gemeinsames Vorgehen war das vernünftigste Mittel zur Erzwingung der Forderungen. Man halte England auf dem Festlande für sehr unbeliebt; kein Land werde aber mächtiger durch die Abneigung gegen England oder dadurch, daß es Animosität zeige, noch England mächtiger dadurch, daß es Animosität hege. Solle der Friede in Europa gewahrt bleiben und die Sache der Zivilisation ohne verhängnisvolle Erschütterungen

fortschreiten, so müsse dies durch eine umfangreichere Anwendung des gemeinsamen Vorgehens der europäischen Mächte geschehen.

16. Mai. Der Kolonialsekretär **Chamberlain** hält vor seinen Wählern in Birmingham eine Programmrede, in der er seine Ansichten über die Reichspolitik und über das Verhältnis des Mutterlandes zu seinen Kolonien darlegt. Er sagt u. a.:

Ist unsre imperialistische Aufgabe etwa damit beendigt, daß der Krieg zu Ende ist? Nein, jetzt beginnt sie erst. Ich denke, unsre Aufgabe nimmt das Volk gefangen, es erfaßt die enorme Wichtigkeit einer in eminentem Sinne schöpferischen Zeit wie der gegenwärtigen. Denken Sie daran, daß wir als Königreich ein altes Land sind, wir gehen auf vorgezeichneten Pfaden. Wir machen Gesetze, mögen sie nun mehr oder weniger gut sein, sie sind jedenfalls abzuändern, besser zu machen. Das Reich dagegen ist neu, das Reich steckt noch in den Kinderschuhen. Jetzt können wir dieses Reich noch formen, jetzt ist die Zeit, wo wir und unsre Zeitgenossen die Grundlagen legen für sein zukünftiges Schicksal. Laßt uns nun sehen, wie dieses Reich beschaffen ist. Hier in dem Vereinigten Königreich sind wir einige vierzig Millionen Seelen, in den Kolonien sind es zehn Millionen. Wie lange glauben Sie nun, daß das Verhältnis zwischen der Bevölkerung des Mutterlandes und der Bevölkerung der Kolonien das von 4:1 bleiben wird? Wie lange werden wir im Vereinigten Königreiche viermal mehr sein als unsre Stammesgenossen in den Kolonien? Die Entwicklung unsrer Kolonien ist durch verschiedne Momente verzögert worden, hauptsächlich durch die Tatsache, daß die Vereinigten Staaten der britischen Auswanderung eine große Anziehungskraft boten. Das hat sich nun geändert. Die Vereinigten Staaten mit ihren weiten Territorien beginnen sich anzufüllen, und wir hören sogar von Tausenden und Zehntausenden von Auswanderern, die die Vereinigten Staaten verlassen, um nach unserm frischen und reichen Gebiet in Kanada zu ziehen. Es scheint mir keine sehr gewagte Annahme zu sein, wenn ich meine, daß wir noch vor dem Ende dieses Jahrhunderts in den Kolonien eine englische Bevölkerung haben werden, die ebenso groß ist wie die im Vereinigten Königreich. Ich will Ihre Blicke auf die Zukunft richten, ich will, daß Sie die ungeheure Wichtigkeit dieser Frage erkennen lernen, denn jetzt ist die Zeit, wo Sie noch Einfluß zu üben vermögen. Wünschen Sie, daß, wenn diese zehn Millionen vierzig Millionen geworden sind, sie noch so innig und fest mit uns vereint sind, oder fassen Sie die Möglichkeit ins Auge, daß sie getrennt von uns unter eigner Flagge ihre eignen Wege gehen? Der Einfluß des Reichs beschäftigt mich am meisten. Dieser Einfluß soll stets für den Frieden und die Zivilisation der Welt in die Wagschale geworfen werden. Aber daneben beanspruchen die Fragen von Handel und Gewerbe die allergrößte Aufmerksamkeit. Bevor nicht diese Fragen in der richtigen Weise geordnet sind, glaube ich nicht an ein zukünftiges Zusammenhalten des Reichs.

Es ist die Aufgabe eines britischen Staatsmannes, selbst unter Opfern alles zu tun, was in seiner Macht steht, um den Handel der Kolonien mit Großbritannien stark und kräftig zu erhalten, ihn weiter zu entwickeln, selbst wenn wir darum auf dem Weltmarkt weniger konkurrenzfähig werden sollten. Tun wir nun gegenwärtig alles, um die Strömung, die ich nicht nur in unsrer Heimat, sondern auch in allen Kolonien konstatieren konnte, in den richtigen Kanal zu lenken? Tun wir alles, um die Reichsunion herbeizuführen, oder treiben wir einer Trennung zu? Das ist die kritische Frage. Meiner Ansicht nach liegen die Keime einer

föderativen Union, die das britische Reich mächtig und einflußreich machen sollen, im Boden. Aber es ist eine feine und empfindliche Pflanze, der wir unsre Fürsorge angedeihen lassen müssen. Es sind in der Vergangenheit große Fehler gemacht worden, aber noch ist es Zeit, das Reich zu konsolidieren. Wir haben es in unsrer Macht, den großen Gedanken Früchte tragen zu lassen oder ihn ein für allemal auszuschalten. Was bedeutet uns nun das Reich? Wir hatten einen Krieg durchzufechten, an dem die meisten unsrer Stammesgenossen in den Kolonien kein direktes Interesse haben. Wir hatten keine Macht über sie. Wir hatten auch keine Beziehungen engerer Art mit ihnen. Und doch haben während dieses Kriegs 50000 Kolonialsoldaten neben den britischen Soldaten gefochten, die gleiche Tapferkeit und die gleiche Intelligenz wie sie entwickelt. Und wie stand es mit dem Anteil, den sie an den pekuniären Lasten nahmen, die der Krieg ihnen auferlegte? Nun, ich denke, die Kolonien haben das ihrige getan. Trotzdem habe ich in Südafrika nicht gezögert, unsern Landsleuten zu sagen, daß sie zwar viel, aber nicht genug getan haben, daß sie im wesentlichen die ganze Last auf den Schultern des Mutterlandes belassen haben, und daß sie in Zukunft, wenn sie Wert auf ein großes britisches Reich legten, bereit sein müßten, einen größern Anteil zu tragen. Das gleiche, was ich in Südafrika gesagt habe, würde ich in Australien und Kanada gesagt haben, vielleicht dort sogar in schärfern Ausdrücken als da, und wenn ich danach urteile, wie meine Worte in Südafrika aufgenommen worden sind, so muß ich sagen, daß ich trotz meiner freien Sprache keinen Anstoß erregt habe. Ich sprach in Natal, und die Leute dort antworteten mir, indem sie eine für eine kleine Kolonie beträchtliche finanzielle Last auf sich nahmen, die sie eigentlich uns zuschieben wollten. In der Handlungsweise unsrer Kolonien während und nach dem Kriege kommt zum erstenmal der Gedanke einer gemeinsamen Reichsverantwortlichkeit zum Ausdruck. Dieser Gedanke ist neu, und ich habe nichts dazu getan, ihn zu erwecken. Und dieser Gedanke trat den Kolonialen zum erstenmal entgegen in Gestalt einer finanziellen Last, die sie auf sich nehmen sollten, und Sie wissen ja selbst, wie die Leute über solche finanzielle Lasten zu denken pflegen. Diesen ersten Schritt müssen wir mit großer Freude und herzlicher Anerkennung aufnehmen.

Ich habe gesagt, daß die Kolonien früher mit ihren Opfern für die Reichsidee etwas zurückhielten, soweit diese die gemeinsame Verteidigung forderte. Ich hoffe aber, das wird sich ändern. Inzwischen tun sie aber in andrer Richtung viel und suchen die Gemeinsamkeit in ihrer eignen Weise und mit ihren eignen Mitteln zu fördern. Das wichtigste dieser Mittel ist, daß sie uns Vorzugstarife anbieten. Das ist eine Sache, die gerade im gegenwärtigen Moment von größter Bedeutung für uns sein muß. Es hängt nun davon ab, wie wir uns zu dieser Politik der Kolonien stellen — denn die Anregung kommt nicht von uns, sondern von unsern Kindern —, ob diese Politik in der Zukunft ausgebaut, oder ob auf sie als eine unannehmbare Sache verzichtet werden soll von denen, denen man damit eine Wohltat zu erweisen gedachte. Kurz nachdem ich Südafrika verlassen hatte, fand dort eine Konferenz statt, deren Ergebnis es war, daß den Einzellegislaturen empfohlen wurde, uns auf alle zollpflichtigen Waren eine Ermäßigung von 25 Prozent zu gewähren. Auf der Kolonialkonferenz im vorigen Jahre erklärten sich der Premier von Australien und der von Neu-Seeland im Prinzip für die Gewährung der gleichen Begünstigung. Das ist nun wieder ein neues Kapitel in unsrer Reichsgeschichte. Die Aufnahme, die die Empfehlungen der verschiednen Vertreter bei ihren Legislaturen finden, wird im wesentlichen von dem Grade abhängen, in dem wir das Opfer

einschätzen, sie wird auch von den Erfahrungen abhängen, die Kanada mit den Vorzugszöllen macht, das den übrigen Kolonien auf diesem Wege vorausgegangen ist. Kanada ist die größte und blühendste unsrer autonomen Kolonien. Kanada tut bis jetzt am wenigsten für das gemeinsame Verteidigungswerk, aber es hat den Reichsgedanken am meisten durch die engere Verknüpfung der interkolonialen Handelsbeziehungen gefördert, indem es uns Sonderbegünstigungen und Vorzugstarife gewährte. Wenn wir das anerkennen, so wird nicht nur mit Sicherheit jede andre Kolonie dem Beispiel Kanadas früher oder später folgen, sondern auch Kanada wird in dem Maß, in dem wir inniger miteinander verwachsen, größern Anteil an dem Reichsverteidigungswerk nehmen.

Wir können die Kolonien zu nichts zwingen; was sie tun, tun sie aus freien Stücken, denn sie sind ebenso unabhängig wie wir; aber wir können die Kolonien ermutigen, indem wir sie auf jedem Pfade unterstützen, den sie einschlagen, um den Reichsgedanken zu fördern. Auf der Kolonialkonferenz haben die kanadischen Minister erklärt, daß sie aus eignem Antrieb und ohne Gegengabe getan, was sie tun konnten; wenn wir indes in die Reziprozität willigten, so wollten sie ihren Tarif daraufhin prüfen, ob sie uns nicht noch weitere Ermäßigungen auf solche Artikel gewähren könnten, in denen wir mit dem Auslande konkurrierten. Kanada erbat als Gegengabe hauptsächlich eine Ermäßigung von einem Schilling von unserm geringen Kornzoll. Dies mußten wir ablehnen. Ich muß sagen, hätte ich als Kolonialminister allein zu verfügen gehabt, so hätte ich den Kanadiern erklärt: „Ihr macht uns da ein sehr entgegenkommendes Anerbieten, und wir wollen versuchen, unserm Volk das plausibel zu machen." Im Namen der Regierung jedoch war ich gezwungen zu sagen: „Das ist mit den Grundsätzen unsrer Steuerpolitik nicht vereinbar, denn wir haben uns nun einmal darauf festgelegt, aller Welt unsern Markt offen zu halten, selbst wenn man uns die Türen zuschließt, wir dürfen keinen Unterschied machen zwischen denen, die uns gut, und denen, die uns schlecht behandeln. Ja, das ist nun einmal die Doktrin der Freihändler, und wir sind eben alle Freihändler. Der kanadische Finanzminister hat in der Rede, die er gestern im kanadischen Parlament hielt, erklärt, daß wenn Kanada eine Absage von England erhielte, es auf sich selbst Rücksicht nehmen und auch erwägen müsse, ob man die früher gewährten Ermäßigungen ferner noch in der gleichen Weise gewähren könne.

Das sind alles wichtige Fragen, und diese besondre Frage wird nun noch in unerwarteter Weise verwickelt. Die Politik, die uns hindert, unsern Kolonien Vorteile zu gewähren, hindert uns auch, die etwa gewonnenen Vorteile zu verteidigen. Nun, ich vermute, daß Sie und ich darin einig sind, daß das britische Reich ein untrennbares Ganzes ist. Wir sind auch darin einig, daß keiner der Staaten, die das britische Reich bilden, von einem Vorteil ausgeschlossen werden darf, der dem Vereinigten Königreich zukommt. Eine Gefälligkeit, die Kanada uns erweist, können wir daher als eine Familienangelegenheit betrachten, die keinen andern etwas angeht. Unglücklicherweise denkt nun Deutschland anders. Sehen wir uns nun das Deutsche Reich an. Dies Deutsche Reich teilt sich in Staaten — Bayern und sagen wir Hannover, Sachsen und Württemberg. Diese Staaten mögen miteinander abmachen, was sie wollen, und wie sie wollen. Tatsache ist jedenfalls, daß sie bei uns Freihandel genießen. Wir betrachten sie nicht als einzelne Bestandteile, sondern wir verkehren mit dem Deutschen Reich als einem Ganzen. Wir beklagen uns auch nicht, wenn ein Staat innerhalb dieses Reichs einem andern einen Vorteil zuwendet und nicht allen andern Nationen auf der Welt die gleiche Begünstigung gewährt. Aber im „Falle Kanada"

besteht Deutschland darauf, Kanada als ein Land für sich zu behandeln, es weigert sich, Kanada als einen Teil des Reiches anzuerkennen, der Anspruch auf alle Privilegien hat, die diesem Reiche gebühren, kurz: Deutschland sieht unser Abkommen mit Kanada nicht als ein Familienabkommen an. Es hat aus diesem Grunde Kanada bestraft, indem es auf kanadische Waren Zuschlagszölle erhob. Der Grund hierfür ist klar. Die deutschen Zeitungen setzen offen auseinander, daß dies eine Politik der Repressalien ist, und daß sie bezweckt, andre Kolonien davon abzuschrecken, uns dieselben Vorzugszölle zu gewähren. Es handelt sich also nicht nur um eine Bestrafung Kanadas durch Deutschland, sondern auch um eine Drohung Deutschlands an die Adresse von Südafrika, Australien und Neuseeland. Und diese Politik der Einmischung wird gerechtfertigt durch die Annahme, daß wir mit unserm Steuersystem so untrennbar verheiratet sind, daß wir nicht eingreifen, daß wir unsre Kolonien nicht verteidigen können, und daß in Wahrheit jede Kolonie, die es wagt, spezielle Handelsbestimmungen für uns festzusetzen, das auf ihr eignes Risiko tut und mit der Gegnerschaft andrer Länder rechnen muß. Meiner Meinung nach bringt uns das in eine sehr demütigende Lage, die mir ganz und gar nicht gefallen will. Ich weiß, was folgen wird, wenn wir derartiges dulden. Wie denken Sie, daß wir unter solchen Umständen wagen können, unsre Kolonien um Förderung der Reichsidee, des engern kommerziellen Zusammenschlusses anzugehen oder sie aufzufordern, mit uns gemeinsam eine finanzielle Last zu tragen. Sollen wir zu den Kolonien sagen: „Das ist euer Reich, seid stolz darauf und teilt seine Privilegien"? Man wird nun sagen: „Welches sind eure Privilegien?" Die Privilegien scheinen darin zu bestehen, daß, wenn wir euch als Verwandte und Freunde betrachten, wenn wir euch entgegenkommen und euch Vorteile gewähren, daß dann ihr, die diese Vorteile genießt, uns allein unsre Kämpfe gegen die ausfechten laßt, die sich durch unser Tun verletzt fühlen.

19. Mai. Bei der Eröffnung der Handelskammer in Burnley hält **Lord Rosebery** eine Rede, in der er u. a. sagt:

Ein Fehler Englands in seiner auswärtigen Politik sei seine Unfähigkeit, die charakteristischen Bestrebungen andrer Nationen nachsichtig zu beurteilen. Es wäre notwendig, unbeeinflußt von Parteileidenschaft und persönlichen Vorurteilen, zu erwägen, ob irgend ein praktischer Plan für Gegenseitigkeitstarife mit den Kolonien möglich wäre, der die erwartete Wirkung, das Reich zu festigen, hat; weiter müßte erwogen werden, ob es möglich sei, das englische Volk zu bewegen, einem System zuzustimmen, das die Kolonien befriedigen würde. Wenn man die Sache vom imperialistischen Standpunkte betrachte, dürfe nicht vergessen werden, daß, wennschon England bei dem gegenwärtigen Steuersystem nicht imstande sei, den Kolonien Tarifvorteile zu gewähren, England tatsächlich die ganze Last der Kosten der Reichsverteidigung trage, wofür dieses Jahr ungefähr 70 Millionen Pfund Sterling aufgewandt worden seien; wenn die Bilanz gezogen werde, dürfe dieser Faktor nicht übersehen werden, und man solle nicht sagen, daß England den Kolonien gegenüber nicht seine Pflicht tue. Ehe der Tarif geändert werde, müsse man eine Form der direkten Vertretung der Kolonien in der Reichsregierung haben, die in dieser Frage als Führer dienen könnte. Er halte dies nicht für so undurchführbar, als manchmal angenommen werde. Nicht alle Erwerbszweige seien unter dem Freihandel gediehen. Unter dem Freihandel seien große Landstriche der Bebauung entzogen und die eigne Nahrungsmittellieferung des Landes verringert worden. Die früher in den ländlichen Bezirken erfolgte Bevölkerungszunahme habe aufgehört. Er sei

keiner von jenen, die denken, daß der Freihandel ein Teil der Bergpredigt sei und als eine Bestimmung der göttlichen Vorsehung aufgenommen werden müsse. Andrerseits sei eine lange und eingehende Erwägung nötig, ehe das Steuersystem geändert werde, unter dem der ungeheure Handel Englands aufgerichtet worden sei, oder ehe England Streit mit seinen Kunden anfange, die ihm zwei Drittel und möglicherweise drei Viertel seines Handels schüfen, um sich einen Kunden zu verpflichten, der ihm das dritte Drittel oder das letzte Viertel liefere. Auf den von ihm besprochnen Vorschlag müsse die auswärtige Politik wesentlichen Einfluß üben. Er sei keiner von denen, die es für nötig halten, daß häusliche Abmachungen zwischen den Kolonien und England der Meinung irgend einer außenstehenden Autorität zu unterbreiten seien, doch möchte er nicht verhindern, daß sie den Gegenstand der Meinung einer außenstehenden Autorität bilden. England werde im Auslande nicht geliebt, das sei nichts neues. Es habe stets Eifersucht und Feindschaft gegen England aus dem einen oder andern Grunde bestanden. Aber England habe stets einen großen Schutz in der Freiheit seiner Märkte gehabt und müsse daher sehr sorgfältig die Veränderung erwägen, die in seinen auswärtigen Beziehungen durch irgend einen gußeisernen Tarifzaun um das Reich herum geschaffen werden soll, den einige Denker einzuführen vorschlügen.

6. Juni. Der Abg. **Campbell-Bannerman** sagt in einer Ansprache zu Perth, England habe das Freihandelssystem erprobt, und jeder Tag in den letzten fünfzig Jahren habe einen neuen Beweis für die Segnungen, die es bringe, geliefert. Das Ziel des Planes Chamberlains sei, das Reich durch die Bande des Eigennutzes zusammenzukitten; aber er, Redner, glaube nicht, daß solche schmutzigen Bande nötig seien, um das Reich zu erhalten. Nach Zolltarifen würden Trusts kommen, und das Ende werde der nationale Verfall sein.

26. Juni. Im Londoner Constitutional Club überreicht der Premierminister **Balfour** im Namen des Klubs dem Kolonialminister **Chamberlain** eine Adresse und hält dabei eine Ansprache, in der er ausführt, Chamberlains Verwaltung des Kolonialamts stehe einzig da in der englischen Geschichte. Balfour weist auch auf die Zollfrage hin und sagt, England könne keine auswärtige Einmischung in seine fiskalischen Beziehungen zu seinen Kolonien gestatten, die integrierende Teile des Reiches seien.

Chamberlain führt in seiner Erwiderung aus, er selbst und Balfour könnten über die Behauptungen, daß persönliche Nebenbuhlerschaft zwischen ihnen bestehe, nur lachen, aber am Vorabend eines großen Meinungsstreites wünsche er zu erklären, daß Balfours Führerschaft von wesentlicher Bedeutung sei für die Einigung und für den Erfolg der unionistischen Partei. Ein engerer Zusammenschluß der Kolonien könne am besten durch eine handelspolitische Einigung, die durch Vorzugstarife herbeigeführt wird, erreicht werden. Er glaube, das sei das einzige System, durch das das Reich zusammengehalten werden könne. Man müsse eine Politik der Vergeltung oder richtiger des Verhandelns anwenden, um den Wall feindlicher Tarife, die Englands größte Industrien bedrohten, zu zerstören. Es wäre

ungeheuerlich, zu glauben, daß er den Armen größere Lasten aufzuerlegen wünsche.

27. Juni. Der frühere Schatzkanzler Sir William Harcourt hält in Malwood eine Rede, in der er Chamberlains obigen Plan heftig angreift, hauptsächlich weil dieser den Preis der Volksnahrungsmittel erhöhen würde, ohne irgend einen entsprechenden Vorteil zu bieten. Redner beschwört das Publikum, sich nicht durch den Ruf nach Vergeltung irreleiten zu lassen. Es heiße ein ziemlich unwürdiges Spiel treiben, wenn man versuche, das Vorurteil gegen Deutschland zu verschärfen, und es für einen volkstümlichen Ruf halte, zu sagen: „Laßt uns an Deutschland Vergeltung üben.“ Die Vergeltung könne nicht auf Deutschland allein beschränkt bleiben; Vergeltung an den Vereinigten Staaten, dem größten Freunde und wertvollsten Käufer, zu üben, sei doch etwas zu gewagt.

28. Juni. Lord Rosebery richtet an den Vorsitzenden des Londoner Grafschaftsrats ein Schreiben, in dem die Errichtung einer der Technischen Hochschule in Charlottenburg ähnlichen Anstalt in London geplant wird. Er sagt u. a.:

Es sei beinahe schimpflich, daß die fähigen, ehrgeizigen jungen Engländer, die bestrebt seien, sich die vollendetste technische Schule anzueignen, gezwungen würden, die Universitäten in Amerika oder Deutschland aufzusuchen. Verschiedne englische Industrien hätten gelitten und litten noch darunter, daß England es unterlassen habe, für einen fortgeschrittnen Unterricht in den technischen Wissenschaften und für Erleichterungen der selbständigen Forschung zu sorgen. Das vollendetste Muster einer solchen Vorsorge sei vielleicht die Technische Hochschule in Charlottenburg, der der bemerkenswerte Erfolg der großen Industrie in Deutschland zu einem beträchtlichen Teile mit zu verdanken sei. Wegen des Fehlens einer solchen Anstalt fänden die Londoner die besten Plätze oft mit Deutschen besetzt. Rosebery teilt mit, daß er, sowie Wernher Beit und Company, größere Summen zu den Kosten der Baulichkeiten und der Einrichtung der Anstalt stiften wollten, und daß von andern Londoner Bürgern ähnliche Beiträge angeboten seien. Die Beschaffung eines vier Acres großen Grundstücks in South Kensington im Werte von 200000 Pfund Sterling stehe in Aussicht; auf diesem sollten zunächst mit einem Aufwand von 300000 Pfund Sterling die für den unmittelbaren Bedarf nötigen Gebäude errichtet werden. Der ganze Plan hänge aber davon ab, daß jährlich 20000 Pfund Sterling aufgebracht würden, und der Zweck des Schreibens Roseberys an den Grafschaftsrat sei der, diesen zu ersuchen, daß er diese Aufwendung übernehme.

III.

Das Parlament seit Ostern.

1.

Transvaal-Anleihe.

6. Mai. Im Unterhause beantragt der Staatssekretär für die Kolonien, **Chamberlain**, die Erklärung, daß das Haus die Zinsen und das Kapital der Transvaalanleihe, die im Betrage von 35 Millionen Pfund ausgegeben werden soll, durch das Reichsschatzamt garantieren wolle. Er erläutert den Zweck der Anleihe:

Die Ausdehnung des Bahnsystems und Schaffung von Berieselungsanlagen seien dringend erforderlich. Die Kriegssteuer von 30 Millionen würde ebenfalls durch die Anleihe aufgebracht werden. Die Beisteuer Transvaals zu den Kriegslasten sei recht und billig. Die Konvertierung der alten Transvaaler Staatsschuld würde $2^1/_2$ Millionen, der Ankauf der vorhandnen Bahnlinien etwa 13 Millionen und der Ausbau des Bahnsystems 5 Millionen erfordern. Er schätze die Ueberschüsse Transvaals, abgesehen von den Eisenbahneinnahmen, für 1903/04 auf $1^1/_2$ Millionen Pfund. Redner weist auf die Resolution in Bloemfontein hin, Großbritannien einen Vorzugszollsatz von 25 Prozent einzuräumen; die Resolution müsse als Beweis der Loyalität angesehen werden. Die Führer der Afrikander-Partei in der Kapkolonie hätten ihm versichert, daß die Mehrheit der Afrikander der Verbindung mit England loyal gegenüberstehe. Er habe diese Versicherung freudig angenommen. Wenn es auch unmöglich und auch nicht wünschenswert sei, den holländischen und britischen Stamm vollständig zu verschmelzen, so sei es doch möglich, für diese beiden Stämme, wie für alle Völker unter britischer Flagge, ein wahrhaft einigendes Band zu finden in ihrer gemeinsamen Hingebung an die Interessen des Reiches.

Die Resolution wird vom Hause angenommen.

2.

Budget.

23. April. Der Finanzminister **Ritchie** bringt im Unterhause das Budget für 1903/04 ein. Die Ausgaben beziffern sich auf 143954000 Pfund, die Einnahmen auf Grundlage der bestehenden Besteuerung auf 154770000 Pfund, sodaß sich ein Ueberschuß von 10816000 Pfund ergeben würde. Im Hinblick hierauf schlägt der Finanzminister vor, die Einkommensteuer von 1 s 3 d für das Pfund Sterling auf 11 d herabzusetzen und den Kornzoll aufzuheben. Durch die Herabsetzung der Einkommensteuer würden sich die Einnahmen aus dieser Steuer um $8^1/_2$ Millionen vermindern. Ferner würde die Aufhebung des Kornzolls eine Mindereinnahme von 2 Millionen Pfund ergeben. Der Minister schlägt vor, die Aufwendungen für

die Staatsschuld auf 27 Millionen Pfund jährlich festzusetzen, wovon 6 Millionen zur Amortisation bestimmt werden sollen. Der Minister führt zum Budget aus:

Die Kosten des Krieges in Südafrika und in China belaufen sich auf 217000000 Pfund, die nationale Schuld beträgt jetzt 770778000 Pfund, sie wird aber 1908, wenn keine Zwischenfälle eintreten, auf 634000000 Pfund herabgemindert sein. Trotz der Vermehrung des Heeres und der Flotte ist die Ausgabenlast verhältnismäßig geringer als vor vierzig Jahren. Es ist zu hoffen, daß eine beträchtliche Herabsetzung der Ausgaben für das Heer im nächsten Jahre oder in zwei Jahren eintreten kann. Eine starke Flotte ist für uns aber eine Lebensfrage. Cobden hat einst geäußert, er würde 100 Millionen aufwenden, um die unangreifbare Suprematie unsrer Flotte aufrecht zu erhalten. Glücklicherweise stehen wir mit allen fremden Mächten in freundschaftlichen Beziehungen. Als Cobden die Aeußerung tat, dachte er an Frankreich; ich freue mich, daß unsre Lage jetzt eine ganz andre ist. Die Beziehungen zwischen den beiden Mächten sind sehr herzlich, und wir alle hoffen, daß das Gefühl gegenseitiger Achtung, das die Regierung und die Bevölkerungen der beiden Länder beseelt, von Jahr zu Jahr noch stärker wird. Es ist nicht Eifersucht irgend einer Macht, die uns dazu zwingt, immer mehr für unsre Flotte auszugeben; unsre Flotte muß wachsen, so lange die andern Flotten wachsen. Ich freue mich zu bemerken, daß die Anzeichen nicht fehlen, daß einige unsrer Nachbarn wünschen, ihren Ausgaben für die Flotte Halt zuzurufen. Wir begrüßen diese Anzeichen mit Freude und können ihnen versichern, daß, wenn sie solche Politik annehmen und an ihr festhalten werden, wir bereitwillig loyal vorgehen und folgen werden. Der Minister erklärt ferner, die Aufhebung des Kornzolls trete am 1. Juli in Kraft. Im Laufe der Beratung des Budgets sprechen sich auch die Redner der Opposition für die Aufhebung des Kornzolls aus, erklären aber, die Herabsetzung der indirekten Steuern stehe in keinem Verhältnis zur Herabsetzung der direkten.

12. Juni. Zweite Lesung des Finanzgesetzes im Unterhause. **Malton** bekämpft es, weil eine Verminderung der Staatsausgaben gebieterisch notwendig sei, das Gesetz aber die Ausgaben um beinahe 9 Millionen erhöhe. Ein weiterer Mangel des Gesetzes sei, daß es keine angemessene Verminderung der Staatsschuld vorsehe. Es verschaffe der direkten und indirekten Besteuerung nicht die ihr billigerweise zukommende Erleichterung, schaffe nicht die Kohlensteuer ab, die $2^1/_2$ Millionen weggenommen habe, die durch Arbeit und Kohlenexport verdient worden seien, das Gesetz bringe vielmehr der westfälischen Kohle Nutzen. Schatzkanzler **Ritchie** führt aus, er werde seinen ganzen Einfluß aufwenden, um die Ausgaben niedrig zu halten, aber bezüglich der Ausgaben für die Marine dürfe nicht vergessen werden, daß die Ausgaben andrer Länder für die Marine bedeutend erhöht worden seien. Er hoffe, England werde mit Deutschland immer in Beziehungen guten Einvernehmens und enger Freundschaft stehen, aber die Tatsache dürfe nicht unbeachtet gelassen werden, daß die deutsche Flotte ebenso wie die der Vereinigten Staaten erst in jüngster Zeit entstanden sei. Die Existenz

Großbritanniens hänge von seiner Flotte ab. England dürfe die Flotte nicht unter ein Maß sinken lassen, das notwendig sei, um die Herrschaft zur See zu sichern. Er wünsche, daß die auswärtigen Staaten eine Art Bündnis mit England eingingen, um diese furchtbaren Ausgaben niedrig zu halten. Nichts könnte der Regierung größere Genugtuung gewähren, als die Ausgaben für Marinezwecke herabzusetzen, wenn das zusammen mit andern Mächten geschehen könnte; aber wenn dies nicht geschehen könne, so könne man keine Verminderung der Ausgaben für die Marine erwarten. — Hierauf wird die zweite Lesung geschlossen.

3.

Ueber die Zollpolitik.

28. Mai. Im Unterhause wirft Dilke die Frage der Vorzugszölle auf und sagt, diese Politik bedeute einen ganz revolutionären Wechsel. Er fragt an, was die Haltung der Regierung sei. Die Politik der Regierung auf der Kolonialkonferenz sei schon gefährlich gewesen, aber die kürzlich von Chamberlain (S. 337) verkündigte Politik sei noch gefährlicher. Premierminister **Balfour** erwidert, er wünsche diese Frage ruhig und wissenschaftlich zu erörtern. Er erinnert an die auf der vorjährigen Kolonialkonferenz angenommene Resolution in bezug auf die Vorzugszölle und sagt, im Hinblick hierauf sei Chamberlain genötigt gewesen, die Frage jetzt aufzuwerfen. Die jetzige Lage sei verschieden von der Lage im Jahre 1846. Nicht eine zivilisierte Nation außer England habe den Freihandel angenommen, und kein Gemeinwesen zeige die mindeste Geneigtheit zu einer Abänderung seiner Politik. England habe daher einem Zustand der Dinge entgegenzusehen, bei dem mehr und mehr eine Mauer feindlicher Tarife gegen es errichtet sein werde, bei dem die auswärtigen Nationen ihre Befugnis zur Handhabung ihres Tarifs zum Nachteil Englands gebrauchen, und bei dem England weniger und weniger imstande sein werde, in den zivilisierten Ländern Märkte für seine Waren zu finden. Man nehme den Fall betreffend Rußland. Die Politik Rußlands sei mit Vorbedacht darauf gerichtet, den Tarif so zu handhaben, daß Rußland allmählich eine in sich abgeschlossene Gemeinschaft werde. Wenn es in dem gegenwärtigen Verhältnisse weiter geht, so muß die Zeit kommen, wo die Türkei, Indien und unsre eignen Protektorate die einzigen neutralen Märkte sein werden. England wird dann eine ungeheure Menge von Nahrungsmitteln und Rohstoffen einzuführen haben und durch eine Ausfuhr bezahlen müssen, die unterzubringen es die

größten Schwierigkeiten finden wird. Diese Folge wird gegenwärtig durch die Tatsache verhüllt, daß wir ein gewaltiges Anlagekapital im Auslande besitzen und es für uns daher verhältnismäßig leicht ist, unsern Nahrungsbedarf nicht lediglich durch Ausfuhr unsrer Fabrikate, sondern auch durch die Schuldzahlungen fremder Nationen zu decken. Doch geht gegenwärtig die Tendenz nach der entgegengesetzten Richtung, und soweit die Vereinigten Staaten von Amerika in Betracht kommen, die einst unsre bedeutendsten Schuldner waren, so besteht jetzt eine Bewegung, die dahin zu zielen scheint, uns zu den Schuldnern zu machen. Ich sage nicht, daß die Tendenz die von dem Minister der Kolonien vorgeschlagne Politik rechtfertigt, doch ist es eine Möglichkeit, die man schwer ohne Unruhe ins Auge fassen kann. Ich gehe weiter und sage: Wenn von irgend einem fremden Lande der Versuch gemacht worden ist, zu erklären, wir seien so getrennt von unsern Kolonien, daß diese mit Recht als besondre Nationen behandelt werden dürfen, so werden wir durch den Patriotismus der öffentlichen Meinung wie durch die Rücksicht auf uns selbst und unsre Kolonien gezwungen sein, uns dem zu widersetzen, und zwar, wenn nötig, durch Vergeltungsmaßnahmen im Steuerwesen. Sind die Kolonien mit Selbstverwaltung von den Vorteilen auszuschließen, die den unter vollständiger Kontrolle der Zentralverwaltung stehenden Kolonien andrer Nationen gewährt werden? Wir würden niemals unsre Zustimmung zu solcher Anschauung geben, aber es kann ihr kein hinreichender Widerstand geleistet werden, wenn wir nicht zollpolitische Waffen zur Hand haben, durch die denen, die das Reich in seinem Bestand zu lockern suchen, entsprechender Widerstand geleistet werden kann. Ein zweiter Grund, eine solche Politik einzuschlagen, ist der, das Reich enger zusammenzuschließen. Das Volk dieses Landes ist nicht gewillt, einen Nahrungsmittelzoll anzunehmen, außer als Teil einer großen Politik, die es von Herzen auf sich nimmt, wenn wir durch das Mittel eines Nahrungsmittelzolles die ganze zoll- und reichspolitische Stellung des Landes auf eine abweichende und bessere Grundlage stellen würden. Ist es richtig, daß die arbeitenden Klassen den Vorschlag ablehnen werden? Ich weiß es nicht. Aber wenn die Frage nicht hier und in den Kolonien erörtert wird, wie können wir zu einem Beschluß in der Angelegenheit kommen? Ich gebe die Schwierigkeiten zu, die durch die überlieferte Abneigung der Bevölkerung gegen Lebensmittelzölle geschaffen sind, und durch die bisher üblichen Vorteile der Kolonien für Schutzzölle. Wenn wir diese Schwierigkeiten nicht überwinden können, können wir keinen Plan dieser Art aufstellen. Wir müssen die wirkliche

wirtschaftliche Lage erwägen, in der wir uns befinden. Es besteht kein Widerspruch zwischen meinen Ansichten und denen Chamberlains.

Hugh Cecil bespricht die Lage der in der Angelegenheit zunächst betroffnen Kolonien und sagt, Kanada habe sehr ernste Beschwerden gegen Deutschland, doch gebe es für England einen andern Weg als die Anwendung von Steuermaßregeln, um seinen Unwillen über schlechte Behandlung der Kolonien zum Ausdruck zu bringen. Englands Freundschaft sei ein wertvolles Aktivum, und die auswärtigen Staatsmänner müßten erfahren, daß diese Freundschaft durch nichts mehr geschwächt werden würde als durch den Kolonien zugefügtes Unrecht und Beleidigung derselben, durch nichts aber mehr gefestigt würde, als durch eine loyale und gerechte Behandlung der Kolonien. Und wenn die Zeit kommen werde, daß Englands Freundschaft für Deutschland eine Erwägung ersten Ranges sei, dann werde es nicht vergessen werden, daß das Deutsche Reich eine der großen Kolonien Englands nicht in billiger Weise behandelt hat.

Kolonialsekretär **Chamberlain**: Lassen Sie mich hervorheben, daß ich bedauern würde, wenn irgend eine gehässige Bezugnahme auf Deutschland stattfinden sollte; aber ich bin genötigt, auf Deutschland Bezug zu nehmen, da Deutschland das einzige Land ist, das in feindseligem Sinne Notiz von den Vorzugsbestimmungen seitens Kanadas genommen hat. Weder Frankreich noch Rußland noch die Vereinigten Staaten haben daran Anstoß genommen, Deutschland allein hat gegen Kanada Strafmaßnahmen in der Höhe eines sehr beträchtlichen Zuschlagszolls verfügt.*) Warum? Weil Kanada ganz freiwillig englischen Waren diese Vorzugsbehandlung gewährt hat. Hugh Cecil denkt offenbar, es sei genügend, zu sagen, daß wir ein Volk sind, das ein langes Gedächtnis hat, und daß wir eines Tages Deutschland schon in einer Klemme fangen werden; das mag sehr gut sein; aber glaubt er, daß Kanada zufrieden sein wird mit dem, was vorgefallen ist? Kanada räumte uns vor fünf Jahren einen Vorzugstarif ein, und fünf Jahre ist es dafür bestraft worden. Wir haben nicht den Groll in unserm Herzen getragen. Meine Meinung ist vielmehr, daß, wenn Sie dies den Kolonien antworten, Sie vor allem jede Hoffnung auf irgendwelche engern zollpolitischen Beziehungen mit ihnen aufgeben müssen. Hugh Cecil sagt, er halte es nicht für rätlich, zu einer engern Vereinigung fortzuschreiten, indem man vor allem eine steuerpolitische Vereinigung herbeiführt.

*) Siehe dagegen die deutsche Note vom 27. Juni, S. 224.

Ich dagegen kann sagen, es ist rätlich. Denn wie ist die Einigung Deutschlands erreicht worden? Sie wurde durchgeführt in erster Linie durch den Zollverein und hätte nicht erreicht werden können ohne den Zollverein. Das Verfahren mit „Blut und Eisen" hat auch wesentlich zu dem Zusammenschweißen beigetragen, aber Cecil würde doch wohl nicht wünschen, zu sehen, daß dieses Mittel im Falle der Kolonien Anwendung finde. Diese Angelegenheit muß vor das Volk Englands kommen, und ich bin vollkommen gewiß, daß das Volk eine Antwort für oder gegen den Plan in unzweideutiger Form erteilen wird. Die Regierung wünscht, vom englischen Volke zu wissen, was es verlangt, und was es bereit ist, zu geben, wenn eine Bevorzugung auf Gegenseitigkeit vereinbart werden soll. Wir könnten nicht nur empfangen, sondern müßten auch geben. Und unser Geben würde darin zu bestehn haben, daß wir auf irgend ein wichtiges Erzeugnis der Kolonie einen Vorzug einräumen, sei es auf Rohmaterial, sei es auf Nahrungsmittel, oder auf beide. Es war sodann die Rede davon, ob wir unsre Kolonien zu verteidigen hätten, was wir zum Beispiel zu Deutschland zu sagen hätten. Wir haben der deutschen Regierung Vorstellungen über Vorstellungen in bezug auf ihre Behandlung Kanadas ohne Erfolg gemacht. Und ich sehe auch nicht, wie die deutsche Regierung etwas tun kann, ehe das deutsche Volk findet, daß es seine Rache an Kanada nicht kühlen kann, ohne in gewissem Maße an den eignen Taschen zu leiden. Ich sage nicht, daß ich, selbst wenn ich eine Vollmacht hätte, nach Deutschland gehn und einen hohen Zoll auf jedes deutsche Erzeugnis stülpen würde; ich würde vielmehr als Unterhändler nach Deutschland kommen und sprechen: Wenn ihr uns in diesem nicht entgegenkommen könnt, fürchte ich, auf jenes einen Zoll legen zu müssen. Dies würde notwendig Deutschlands ganzen Handel in einem bestimmten Artikel treffen. So würden wir die Sache dem Verständnis der Deutschen am meisten nahe bringen. Es ist durchaus nötig, daß wir die Vollmacht haben, Zölle auf gewisse Artikel zu legen, wenn wir überall Vergeltungsmaßregeln ergreifen sollen, wo unsre Kolonien durch Repressalien fremder Mächte geschädigt werden. In Deutschland und Amerika errichten die Fabrikanten ihre Werke, und wenn dann wie in neuerer Zeit eine Hochkonjunktur eintritt, werden die Werke plötzlich vermehrt, um dieser zu entsprechen. Solange die Nachfrage zu Hause andauert, ist das ein äußerst vorteilhaftes Vorgehen für den Fabrikanten, und es kommen keine Waren in unser Land. Wenn aber morgen beispielsweise eine Depression im Eisengeschäft einträte, so würden — dies ist öffentlich gesagt worden und geschieht augenblicklich seitens eines großen deutschen

Trusts — Mengen von Eisen in England oder den von England versorgten Ländern zu Preisen auf den Markt gebracht werden, mit denen die englischen Fabrikanten es nicht wohl aufnehmen könnten. Das ist ein Punkt, mit dem wir uns zu beschäftigen haben. Wenn eine Depression in einer unsrer größten Industrien eintreten und die von mir vorhergesagte Folge sich ihr anschließen sollte, so könnte nichts auf Erden das Volk von England abhalten, sofort einen Zoll einzuführen, der uns gegen unbilligen Wettbewerb in unsern großen Stapelindustrien schützen sollte.

9. Juni. Chaplin stellt im Unterhause einen gegen die Aufhebung des Kornzolls gerichteten Antrag. Hicks Beach führt aus: Die Abschaffung des Kornzolls scheint mir direkt ein Riegel gegen die Annahmen der Bevorzugungsgrundsätze zu sein. Eine wesentliche Aenderung in der Finanzpolitik ist vorgeschlagen; die Aenderung ist nur mit Zustimmung der öffentlichen Meinung Großbritanniens ausführbar. Glauben Chamberlain und Balfour Aussicht zu haben, die allgemeine Zustimmung zu erlangen? Chamberlains Vorschlag hat die liberale Partei geeinigt. Wenn die Regierung auf dem Vorschlag besteht, wird sie die unionistische Partei zerstören. Ich bin gegen die Politik und die Grundsätze Chamberlains, die Großbritannien schädigen und mehr dazu beitragen würden, das Reich zu spalten als zu einigen. Schatzkanzler Ritchie sagt, die Regierung sei entschlossen, die Ausgaben für Heer und Marine sowie in andern Verwaltungszweigen zu vermindern, soweit die Interessen des Landes es zulassen. Die Regierung sei zu dem Entschluß gekommen, die Kornzölle abzuschaffen. Die Frage der Vorzugsbehandlung der Kolonien sei wichtig, das Land werde darüber entscheiden. Die Mitglieder der Regierung, die bisher gesprochen, hätten nur für sich selber und nicht für die Regierung gesprochen. Er würde überrascht sein, wenn die Untersuchung über die Vorzugsbehandlung der Kolonien irgend ein praktisches Mittel ergäbe, diese Politik auszuführen. Er bekenne sich als überzeugten Freihändler und teile nicht die Ansichten derer, die glauben, daß irgend ein Mittel ausgesonnen werden könne, um die Schwierigkeiten zu überwinden, die sich im Zusammenhang mit diesem Problem darstellen, und er könne sich nicht zu einer Politik bekennen, welche seiner Ansicht nach sowohl Großbritannien als auch seine Kolonien schädigen würde. Harry Fowler: Der Vorhang vor dem Kabinett ist gelüftet worden. Mitglieder und Anhänger der Regierung haben sich gegenseitig untereinander widersprochen. Es liegt kein Anlaß zu einer Untersuchung unsers Finanzsystems vor. Der Freihandel ist die Politik, unter der England einen beispiellosen Aufschwung gehabt hat, und

die Regierung hat über ihre Ansichten in dieser Beziehung keine Aufklärung gegeben. Das Haus hat ein Recht, nach der Auffassung der Regierung über eine solche Angelegenheit der Finanzpolitik zu fragen. — Weiterhin wenden sich viele Anhänger der Regierung gegen sie wegen des Wechsels in ihrer Politik betreffend den Kornzoll und betonen den außerordentlichen Charakter der politischen Lage, die durch das Vorgehen der Regierung geschaffen sei.

10. Juni. (Forts.) Dilke bekämpft den Antrag Chaplie und betont, das Haus habe das Recht, zu verlangen, daß ihm Gelegenheit gegeben werde, sein Urteil über die Politik Chamberlains zu sprechen. Es sei gesagt worden, England sei töricht, daß es eine Politik weiter verfolge, die von der Politik der ganzen Welt abweicht, und betont worden, daß die Vereinigten Staaten und Deutschland unter dem Schutzzollsystem aufblühten. Allein der Ausfuhrhandel Englands sei gleich dem Ausfuhrhandel Frankreichs, Deutschlands und der Vereinigten Staaten zusammengenommen, und Englands Handel mit Deutschland, von dem man angenommen habe, daß er englische Waren ausschließe, sei noch in der Zunahme begriffen. — Asquith: Es sei ein ungelöstes Geheimnis, warum die Regierung im vergangnen Jahre den Kornzoll auferlegte, und warum sie den Zoll in diesem Jahre wieder aufhebe. Was seien die Absichten der Regierung bei der Aufhebung des Zolles gewesen? Das Haus werde mit den unklaren, sich widersprechenden Erklärungen einzelner Minister nicht zufrieden sein wollen. Das Haus habe ein Recht darauf, ein Gesamturteil des Kabinetts zu erhalten. „Sind die Ansichten Ritchies die Ansichten der Regierung? Die Rede Ritchies war eine überzeugende Widerlegung der Trugschlüsse Chamberlains. Wir sehen zwei Minister auf derselben Bank, die unversöhnlich geteilte Ansichten haben über Fragen, die näher als irgend eine andre Frage die Einheit des Reiches und seine fiskalische und finanzielle Wohlfahrt berühren. Das steht ohne Vorgang und beispiellos da und bedeutet ein gänzliches Aufgeben der Ueberlieferungen und Regeln des öffentlichen Lebens. Ich protestiere gegen eine Praxis, die, wenn sie gestattet würde, der ministeriellen Verantwortlichkeit und der Kontrolle des Kabinetts ein Ende machen würde." — Im weiteren Verlaufe der Debatte erklärt Grey, die durch die Regierung geschaffene Lage sei unmöglich und unhaltbar.

Ministerpräsident Balfour wiederholt, mit dem Kornzoll sei nicht eine Schutzmaßregel beabsichtigt worden, sondern er sei eingeführt, weil die Regierung Geld brauchte, und er werde abgeschafft, weil die Regierung die Einnahmen aus diesem Zoll nicht mehr nötig

habe. Bezüglich der Ministerverantwortlichkeit herrschten große Mißverständnisse. Was man von der Regierung verlangen könne, sei ein gemeinsames Handeln und gemeinsame Verantwortlichkeit; die Gleichmäßigkeit in den Aeußerungen der Minister sei aber nicht erforderlich. Niemand, der die menschliche Natur kenne, erwarte eine absolute Uebereinstimmung der Ansichten; niemand nehme an, daß in einem Kabinett jeder Minister mit jeder Maßnahme einverstanden sei. Wenn aber ein Minister glaube, daß die zwischen ihm und seinen Kollegen herrschende Meinungsverschiedenheit nicht bedeutend genug sei, um seinen Rücktritt zu rechtfertigen, so habe er auch die Verantwortung für die Handlungen der Regierung mitzutragen; das sei eine gesunde Auffassung der konstitutionellen Lehre. Ich will nicht leugnen, daß der von mir eingeschlagne Weg seine Nachteile hat; ich sage aber: Laßt uns die Frage nach allen Seiten prüfen, alle Tatsachen und Gründe erwägen, und wenn eine Verschiedenheit der Ansichten in der Partei besteht, darf man nicht über die zur Erwägung stehende Frage hinausgehen und die Einigkeit und Loyalität der Partei in Frage stellen. Die jetzt vorliegende fiskalische Frage ist unvergleichlich schwieriger und verwickelter als die von Peel und Gladstone aufgeworfnen Fragen waren. Koloniale Fragen berühren nicht nur die öffentliche Meinung in England, sondern auch alle unsre Kolonien mit Selbstverwaltung. — **Campbell-Bannerman**: Wir machen aus einem Manne oder einer Ansicht keinen Fetisch, behaupten aber, daß unter der Freihandelspolitik das Land mehr gedieh als irgend ein andres Land, und die, die diese Politik ändern wollen, sollen beweisen, daß wir im Unrecht sind. Wir behaupten, daß die Erfahrung lehrt, daß nicht die Lehren des Freihandels, sondern die des Schutzzollsystems veraltet sind.

Der Antrag Chaplies wird schließlich abgelehnt.

15. Juni. Der Minister des Aeußern **Lord Lansdowne** spricht sich im Unterhause vollständig im Sinne des Premierministers aus. Er sagt unter andern:

Im Laufe der fünfjährigen Verhandlungen, die England mit der deutschen Regierung wegen des Tarifstreits mit Kanada geführt habe, sei der englischen Regierung nicht undeutlich zu verstehen gegeben worden, daß ihm die Meistbegünstigungsbehandlung versagt werden solle, falls andre britische Kolonien das Beispiel Kanadas nachahmten. Wir bestreiten nicht einen Augenblick Deutschlands Recht, derartige Maßregeln zu ergreifen, aber sollen wir der kanadischen Regierung freimütig sagen, daß wir außerstande sind, ihr zu helfen, und sie auffordern, den Vorzug, den sie uns im Jahre 1898 gegeben hat, zurückzunehmen? Die fremden Mächte beschränkten zudem ihre Tätigkeit nicht mehr auf einen Schutz ihrer eignen Märkte, sondern gewährten vielmehr eine Art Schutz, der eine offensive Form angenommen und zu einer Ueberschwemmung der Märkte der andern Länder durch ihre hochgeschützten Produkte geführt habe. Die gegenwärtige

Stellung, in der wir außerstande sind, uns zu verteidigen, ist fast unerträglich und gleicht der eines Mannes, der in einem gesetzlosen Lande lebt und ein Zimmer betritt, in dem alle außer ihm mit Revolvern bewaffnet sind. Einen solchen Mann würde man wahrscheinlich nicht sehr rücksichtsvoll behandeln. Wenn wir die Gelegenheit ergreifen würden, uns mit einem Revolver zu versehen, und jedermann sehen ließen, daß wir einen besäßen, und daß es ein größerer Revolver sei, als ihn alle übrigen haben, so würde man uns ungeschoren lassen. Unser Revolver würde auch viel größer sein; denn unser Markt ist viel größer, und die Drohung, irgend einen Teil davon fremden Waren zu verschließen, kann keine fremde Macht leicht nehmen. In dem Falle würde es für uns nicht notwendig sein, tatsächliche Vergeltungsmaßregeln zu ergreifen, und wir würden imstande sein, uns mit dem Gedanken zu trösten, daß wir Freihandel durch den Gebrauch von Waffen erlangt hätten, die aus dem Zeughaus unsrer Gegner gestohlen sind.

19. Juni. Im Oberhause tadelt **Camperdown** Deutschland, das nach Lansdownes Erklärung England die Meistbegünstigung entziehen wolle, falls andre Kolonien dem Beispiele Kanadas folgen und England Vorzugsbehandlung gewähren. Redner hofft, Deutschland werde einsehen, daß Englands Beziehungen zu den Kolonien nur dieses allein angehn. Der Minister des Aeußern erwidert, er erkenne die große Bedeutung der Frage an, weise aber die Annahme zurück, daß Deutschland aus vorsätzlicher Feindseligkeit gegen England gehandelt habe. Die Haltung Deutschlands sei vielmehr nicht unnatürlich bei der Art, wie England diese Fragen zu behandeln bisher gewohnt sei. Er zweifle nicht, daß, wenn Englands Stellung zu der Behandlung der Kolonien allen Beteiligten klar gemacht werde, die Frage für England und die Kolonien eine befriedigende Lösung finden werde.

22. Juni. Durch einen mit 416 gegen 32 Stimmen gefaßten Beschluß des Unterhauses wird der im vorigen Jahre kurz vor Beendigung des südafrikanischen Krieges verhängte Kornzoll aufgehoben. Die große Majorität setzt sich aus Anhängern der Regierung wie der Opposition zusammen, während die Minorität durch die prinzipiellen Gegner des unbedingten Freihandels vertreten ist.

4.

Ueber auswärtige Fragen.

23. April. Der Premierminister **Balfour** erwidert auf verschiedne, die Bagdadbahn betreffende Anfragen:

Das zwischen der Anatolischen Eisenbahn-Gesellschaft und der türkischen Regierung getroffne Abkommen lasse den ganzen Plan der Weiterführung der Bahn durch Kleinasien bis zum Persischen Meerbusen in Händen einer Gesellschaft unter deutscher Kontrolle. Die Regierung sei niemals um ihre Zustimmung zu dem Abkommen angegangen worden, in

keinem Falle würde sie ihm beitreten wollen. Ein andres Abkommen, das erwogen wurde, sei bestimmt gewesen, die Eisenbahn einschließlich der bestehenden Anatolischen Bahn in der ganzen Ausdehnung unter internationale Kontrolle zu stellen. Um bei diesem Abkommen die Vorzugsbehandlung von Personen und Gütern zu verhindern, wurde vorgeschlagen, daß England, Frankreich und Deutschland ein gleicher Anteil an der Kontrolle, an dem Bau und der Leitung eingeräumt werden solle. Nach sorgfältiger Ueberlegung sei aber die Regierung zu dem Schlusse gelangt, daß das Abkommen England keine genügende Sicherheit für die Durchführung jener Grundsätze gäbe. Die Regierung habe dies den andern Mächten mitgeteilt, sei aber außerstande gewesen, die angeregten Versicherungen über ihre künftig etwa einzuschlagende Politik abzugeben. Die hierbei in Frage kommenden Punkte seien Beförderung der indischen Post, Erhöhung der türkischen Zollgebühren und Errichtung einer Endstation in Koweit gewesen.

5. Mai. In Erwiderung auf eine Anfrage über die Bagdadeisenbahn und die britische Politik am Persischen Golf sagt Lord Lansdowne im Oberhause: Die Regierung würde die Errichtung einer Flottenbasis oder eines befestigten Hafens im Persischen Golf als eine sehr ernste Drohung gegen die englischen Interessen halten und würde dem sicherlich mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln entgegentreten. Es bestehe aber keine derartige Absicht.

11. Mai. Im Unterhause stellt Walton die Frage, ob die Regierung ein gemeinschaftliches Vorgehen mit Amerika und Japan herbeizuführen suchen werde, um zu einem bestimmten Uebereinkommen mit Rußland zur raschen Erfüllung der Versicherungen bezüglich der Räumung der Mandschurei zu gelangen. Cranborne entgegnet, die russische Regierung habe erklärt, daß sie nicht die Absicht habe, Maßregeln zu ergreifen, die darauf abzielten, die fremden Konsuln auszuschließen oder dem auswärtigen Handel oder der Benutzung der Häfen Hindernisse zu bereiten.

20. Mai. Im Unterhause fragt Black an, ob zwischen dem Auswärtigen Amt und Deutschland ein Meinungsaustausch stattgefunden hätte betreffend das Vorgehn Deutschlands, das auf kanadische Waren Differenzialzölle lege, und ob der betreffende Schriftwechsel irgend eine Ankündigung möglicher Vergeltungsmaßregeln von seiten Englands enthalte, wonach deutsche nach England eingeführte Waren mit besondern Zöllen belegt werden würden. Unterstaatssekretär des Aeußern Cranborne antwortet auf die erste Frage mit ja; weitere Erklärungen könne er gegenwärtig nicht abgeben. — Im Unterhause macht ferner Samuel auf die Verwaltung des Kongofreistaats aufmerksam und fordert die Regierung auf, bei den andern Mitunterzeichnern des Berliner Vertrages gegen die Kongoregierung vorstellig zu werden, weil diese in jeder Beziehung, sowohl was die Behandlung der Eingebornen anbelange, sowie auch

in bezug auf die Verpflichtung, keine Handelsmonopole zu gestatten, die eingegangnen Bedingungen verletze. In der Hauptsache richtet sich Samuel gegen die Grausamkeiten der Truppen und der Verwaltungsbeamten des Kongostaats. Premierminister **Balfour** bemerkt darauf, daß die Regierung sich verpflichtet fühle, mit den Mitunterzeichnern und der Regierung des Freistaats in Unterhandlungen über die Kongofrage einzutreten.

23. Juni. Im Unterhause beantragt **Walton** die Abschaffung des Kohlenausfuhrzolls. Mehrere Mitglieder, die den Antrag befürworten, erklären, daß die deutsche Kohlenausfuhr nach Frankreich, Holland und Belgien zunehme, während die britische Ausfuhr infolge des Zolles in der Abnahme begriffen sei. Schatzkanzler **Ritchie** führt aus, daß sowohl die Kohlenförderung Englands als auch die Ausfuhr im Jahre 1902 im Vergleich mit frühern Jahren bedeutend zugenommen habe, und daß die Zunahme während der ersten drei Monate 1903 sehr zufriedenstellend gewesen sei. Die Förderung von Kohlen in Deutschland betrug 1900 109 Millionen Tonnen und nur 107 Millionen in 1902, und wenn der deutsche Kohlenausfuhrhandel so bedeutend angewachsen sei, wie angegeben, so müßte man doch eine Zunahme in der Förderung sehen. Er bekämpfe den Antrag, betone aber, daß, wenn der Kohlenausfuhrzoll sich künftig als schädlich erweise, die Regierung die Angelegenheit in Erwägung ziehen würde. — Der Antrag Waltons wird abgelehnt.

IV.

König Eduard.

3. April. Besuch des Königs Eduard am portugiesischen Hofe.

8. April. Er besucht mit König Karl von Portugal das Handelsgericht in Lissabon und erwidert auf eine ihm hier überreichte Adresse: „Es ist mein heißer, inniger Wunsch, daß unsre beiden Länder Seite an Seite auf dem Pfade des Fortschritts und der Zivilisation wandeln mögen, und daß wir durch Einmütigkeit der Handelspolitik gemeinsam beitragen mögen zur Ausdehnung des Handels in unsern beiden Ländern und unsern Kolonien, deren unangetastete Aufrechterhaltung der Gegenstand meiner teuersten Wünsche und meiner Bestrebungen ist.“ Später findet an Bord der Jacht König Eduards ein Frühstück statt. Hierbei bringt dieser einen Trinkspruch auf König Carlos aus, in dem er sagt: „Es besteht zwischen unsern beiden Nationen mehr als eine Allianz, es gibt ein starkes Gefühl zwischen ihnen nicht nur des gegenseitigen Wohlwollens, sondern auch des gegenseitigen Vertrauens. Mein

Land wie das Ihrige, das ist meine sichre Empfindung, hat nur den einen Wunsch, nämlich die Ehre unsrer Fahnen aufrechtzuerhalten und die Kolonien, die wir besitzen, zu bewahren, ohne die Besitzung andrer zu schmälern."

27. April. Besuch des Königs Eduard beim König von Italien und beim Papst Leo. (S. 371).

2. Mai. König Eduard in Paris.

V.

Kundgebung gegen das Londoner Schulgesetz.

23. Mai. Im Londoner Hydepark findet eine der großartigsten Kundgebungen statt, die London je an diesem historischen Ort für derartige Kundgebungen gesehen hat; sie richtet sich gegen die Annahme des von der Regierung eingebrachten und vor dem Parlament befindlichen Londoner Schulgesetzes. Alle Dissentergemeinden Londons, an fünfzig Vereine der Londoner liberalen Föderation, fast sämtliche Arbeitervereine, der nationale Lehrerverein und viele Erziehungsgesellschaften Londons ziehn mit Bannern und Musikkapellen in den Park, in dem sich die auf fast eine Million geschätzte Menge um zwölf Rednertribünen schart und schließlich folgende Erklärung beschließt:

Diese Massenversammlung der Bürger Londons verdammt aufs energischste den augenblicklich dem Parlament vorliegenden Unterrichtsgesetzentwurf, weil er die Londoner Schulbehörde aufhebt, die Frauen von der Wahl zu den Unterrichtsbehörden ausschließt, von den Lehrern die Ablegung religiöser Bekenntnisse fordert, nicht für den freien Unterricht in den Elementarfächern, in technischen Klassen und im höhern Bildungswesen in geeigneten Tag- und Abendschulen sorgt und diese Schulen nicht ausschließlich unter die Verwaltung und Oberaufsicht einer eigens zu diesem Zwecke gewählten Behörde legt.

Nach der Vorlage soll jede Volksschule unter der Kontrolle von sechs Verwaltern stehn; zwei Drittel davon sollen Erwählte der Stadt- bezw. Grafschaftsräte sein, und da in diesen meist die Staatskirche vorherrscht, so ist ihr auch der ausschlaggebende Einfluß auf die Schule gesichert.

VI.

Kolonien.

1.

Malta.

22. Juni. Aufhebung der Verfassung von 1887 und Wiederherstellung der damals aufgehobnen Verfassung.

Es haben lebhafte Streitigkeiten stattgehabt wegen der von England verlangten Einführung der englischen Amtssprache, die von dem gesetzgebenden Rat der Insel, in der das italienisch-eingeborne Element das Uebergewicht hat, abgelehnt wurde. Unter den 184000 Bewohnern der Insel befinden sich, außer der Garnison, nur etwa 2000 Engländer, während die Muttersprache der Malteser in den obern Schichten das Italienische, auf dem Lande ein verdorbnes Arabisch bildet. Die Folge des Verlangens der englischen Regierung war, daß der gesetzgebende Rat der Exekutive die Staatsausgaben entweder gar nicht oder nur bedingungsweise bewilligte. So verwarf die Volksvertretung den ganzen Unterrichtsetat, weil die Regierung sich weigerte, auf die von jenen verlangte obligatorische Einführung der italienischen Sprache einzugehn. Nun verließ der Gouverneur im Beisein der auf der Insel stationierten Marine- und Armeeoffiziere sowie der Spitzen der Zivilbehörden einen Erlaß, durch den die bisherige Verfassung aufgehoben ist und die alte Verfassung, die vor dem Jahre 1884 in Kraft war, wieder eingeführt wird.

2.

Kanada.

17. April. Der Finanzminister Fielding spricht sich im Parlamente zu Ottawa bei Vorlegung des Budgets sehr eingehend über die Handelsbeziehungen zwischen Deutschland und Kanada aus. Kanada sei willens gewesen, Deutschland alle Vergünstigungen zu gewähren, die es irgend einem andern auswärtigen Lande einräumte. Deutschland sei hiermit nicht zufrieden gewesen, sondern habe auf der Vorzugsbehandlung bestanden, die Kanada Großbritannien gewährte. Da dies abgelehnt wurde, habe Deutschland den kanadischen Handel dadurch gestraft,*) daß es auf kanadische Waren einen höhern Zoll legte. Die kanadische Regierung sei oft getadelt worden, daß sie diesem Vorgehen nicht mit einer Sondergesetzgebung antworte. Sie hätte es aber in dieser internationalen Angelegenheit vorgezogen, mit Sorgfalt und Geduld vorzugehn, und hätte ihre Absichten auch der deutschen Regierung unterbreitet. Dies sei sowohl durch die britische Regierung selbst als auch durch direkte Verhandlungen mit dem deutschen Konsul in Kanada geschehn. Aber obgleich derartige Verhandlungen fünf

---

*) S. dagegen die deutsche Note vom 27. Juni, S. 224.

Jahre angedauert hätten, seien alle Bemühungen erfolglos gewesen. Er schlage daher jetzt vor, in den Tarif eine Klausel einzufügen, die gewissermaßen dem neuen deutschen Zolltarif entnommen sei: er schlage vor, daß, wenn irgend ein fremdes Land die aus Kanada eingeführten Waren ungünstiger behandle als Waren aus irgend welchen andern Ländern, auf die Waren solcher Länder ein Aufschlagszoll gelegt werden soll. Dieser Aufschlagszoll solle ein Drittel der Sätze des Generaltarifs betragen. Eine solche Klausel sei in ihrem Wesen allgemeingiltig, werde sich aber sofort auf die Einfuhr aus Deutschland erstrecken mit dem Vorbehalt, daß sie sich nicht auf die Waren beziehn solle, die vor dem 16. April gekauft seien.

3.

Südafrika.

9. Januar. Der seit Anfang Dezember 1902 in Südafrika weilende Kolonialminister Chamberlain hält in Pretoria in Erwiderung auf eine ihm von den Führern der Buren überreichte Adresse eine Rede, in der er sagt, es würde ihn mehr gefreut haben, wenn die Adresse nicht bloß Forderungen, sondern auch einige Anerkennung dessen enthalten hätte, was die Regierung bereits für die Buren getan hat. Was die Bitte um eine Amnestie für die Rebellen angehe, so sagt der Minister, die Führer der Buren hätten die Friedensbedingungen von Vereeniging in loyaler Weise angenommen, und diese enthielten keine Erwähnung einer solchen Amnestie. Man verlange eine Amnestie für die Rebellen. Es sollten doch diese zuerst ihren eignen Landsleuten verzeihn, die sich ergeben und den Engländern Hilfe geleistet haben. Den verbannten Burghers werde die Rückkehr nicht gestattet werden, außer wenn sie die Bedingungen von Vereeniging annnehmen. Was die in Europa weilenden Buren betreffe, so sei es Aufgabe der Regierung, den Frieden zu erhalten; es werde jeder einzelne Fall nach seinen Besonderheiten geprüft werden; jene Burghers sollten ihr loyales Vorgehn durch Rechenschaftsablegung über das nach Europa mitgenommene Geld beweisen. Die Einverleibung von Bryheid und Utrecht in die Kolonie Natal sei unwiderruflich, doch erlangten die Bewohner dieser Städte die unmittelbaren Bürgerrechte gleich den übrigen Einwohnern von Natal. Bezüglich der Sprachenfrage werde die Regierung in loyaler Weise die Friedensbedingungen einhalten; die Klagen, die in dieser Sache vorgebracht werden, würden sorgfältige Berücksichtigung erfahren. Die Eingebornen sollen angehalten werden, ihren Verpflichtungen nachzukommen.

In einer der Burenversammlungen, in denen die zu überreichenden Adressen zur Beratung stehn, wird die Wiederansiedlung der Burghers von einem der Redner als verunglücktes Unternehmen bezeichnet, aber Chamberlain empfiehlt trotzdem ein gemeinsames Zusammenwirken aller Elemente. Wenn man aber den Buren drei Millionen Pfund als freie Gabe bewilligt habe, so solle man ihnen auch überlassen, selbst die Entscheidung über deren Verwendung zu treffen. General Botha erklärt sich mit dem Milnerschen Vorschlag einverstanden, daß die Entschädigung aus dem Dreimillionenfonds pro rata der erlittnen Verluste erfolgen solle. Chamberlain habe in London zu ihnen gesagt, daß die Regierung der neuen Kolonien selbst die Sorge für die Witwen und Waisen übernehmen werde. Er fordere die Regierung auf, diesem Ausspruche entsprechend zu handeln. Die Burghers müßten selbst die Wiederansiedlung in die Hand nehmen. Eine allgemeine Amnestie sei durch die Friedensbedingungen allen im Felde stehenden Burghers versprochen worden, und nur drei Buren seien von dieser Amnestie ausdrücklich ausgeschlossen worden. Dabei häuften sich jetzt die Klagen über Arretierungen, und es sei nötig, daß man bei der Regierung vorstellig werde. Schalk Burger sieht sich veranlaßt, verschiedne junge Burghers darauf aufmerksam zu machen, daß sie sich in ihrer Sprache mäßigen müßten.

16. Januar. Minister Chamberlain besucht in Begleitung Milners die Börse zu Johannesburg, wo er auf eine Ansprache u. a. erwidert, die Bevölkerung dieser Stadt sei in ihrem Verlangen nach bessern Verhältnissen etwas zu ungeduldig. Die Entwicklung würde gewiß schnell genug vor sich gehn, aber sie würde sicherer sein, wenn die Schnelligkeit nicht krampfhaft übertrieben werde. Man dürfe nicht vergessen, daß noch vor sieben Monaten das Land durch einen großen Krieg verwüstet und entvölkert wurde, und daß das damalige Johannesburg nur noch ein Schatten des frühern gewesen wäre. Jetzt sei die Bevölkerung zu Tausenden wieder angesiedelt, und aus dem Chaos habe sich ein ordnungsmäßiger Zustand entwickelt. Er sei überzeugt, daß sich der ganze Verwaltungsapparat in guten Händen befinde, und bitte deshalb, keine zu scharfe Kritik zu üben.

17. Januar. In einer Rede bei einem Festmahle in Johannesburg führt der Minister Chamberlain aus:

Es sei nötig, daß die Bewohner des Landes Rücksicht nähmen auf ihre Mitbürger, sowohl die Buren wie die Engländer, die Bewohner des Landes wie die der Städte; denn im Grunde seien ihre Interessen dieselben. Richtiges Verständnis und ein Einvernehmen zwischen Stadt und Land, zwischen Buren und Engländern, seien wesentliche Bedingungen für die Zukunft Südafrikas. Seine Unterredungen mit den Burenführern hätten bei ihm den günstigsten Eindruck gemacht; er glaube, wenn die Buren sähen, daß die Engländer bereit seien, sie gerecht und großmütig zu behandeln, ihre Empfindungen und selbst ihre Vorurteile zu achten, man schließlich dahin kommen werde, ihren Argwohn und ihre Erbitterung zu beseitigen, die sie so lange von den Engländern getrennt hätten. Er hoffe, daß die in den Buren vorwaltenden männlichen Tugenden Kraft und Stärke der Nation verleihen würden, die die Engländer mit ihrer Hilfe und ihrem guten Willen in Südafrika schaffen wollen. Die Regierung habe die Absicht, dem Reichsparla-

ment einen Gesetzentwurf über eine garantierte Anleihe von 35 Millionen Pfund Sterling zu unterbreiten, für die die Hilfsquellen Transvaals und der Oranjekolonie als Unterpfand dienen sollen. Diese Anleihe solle unmittelbar nach ihrer Genehmigung durch das Parlament zur Emission gelangen. Der Erlös werde zur Rückzahlung der gegenwärtigen Schulden Transvals, zur Erwerbung der bestehenden Eisenbahnen und zum Bau neuer Linien in den beiden neuen Kolonien verwandt werden.

6. Februar. Minister **Chamberlain** hat in Bloemfontein eine Zusammenkunft mit General Christian **Dewet** und mit **Hertzog**. Diese überreichen eine Bittschrift mit folgenden Klagen der Buren:

1. Die Friedensbedingungen hätten niemals gesetzliche Kraft zuerkannt erhalten. In Zusammenhang mit dieser Beschwerde wurde ein Fall beschrieben, in dem der Gerichtshof einen Prozeß auf Grund der Friedensbestimmungen nicht zuließ. 2. Die Friedensbestimmungen seien dadurch verletzt worden, daß man gewissen Burgern die Rückkehr verweigert habe. 3. Die Verwaltung des Erziehungs- und Eisenbahnwesens sei in Transvaal zentralisiert worden. 4. Unter Verletzung der Friedensbestimmungen seien Rebellen trotz der diesbezüglichen Vorstellungen der Kapkolonie nicht amnestiert worden. 5. Es müsse eine Untersuchung angestellt werden über die während des Krieges eingetretene Verurteilung gewisser Burger zu Gefängnisstrafen. 6. Alle von der frühern Regierung ausgestellten Schuldscheine müßten bezahlt werden. 7. Entschädigungsansprüche gemäß der Proklamation des Lord Roberts vom 29. Juni 1900 müßten befriedigt werden. 8. Die Schuldscheine müßten sobald wie möglich eingelöst werden.

12. Februar. In Port Elizabeth (an der Algoabai) hält **Chamberlain** eine Rede, in der er dringend zur Versöhnung der englischen und holländischen Rasse mahnt, und zwar im Interesse des englischen „Weltreichs."

14. Februar. Die Generale **Botha, de la Rey** und **Smuts** lehnen die ihnen von der Regierung angebotnen Sitze in dem in Aussicht genommenen gesetzgebenden Rate ab.

18. Februar. **Chamberlain** wird in Kapstadt glänzend empfangen und antwortet auf die von der Menge dargebrachten Huldigungen mit einer Ansprache, in der er ernstlich zur Einigkeit auffordert und die feste Hoffnung ausspricht, daß alle Kolonisten sich darin einig sein möchten, loyale Untertanen des ersten Reiches der Welt zu sein. Er schließt mit der warmen Aufforderung, die Vergangenheit ruhen zu lassen und den Blick auf eine glückliche Zukunft zu richten.

21. Februar. Eine Abordnung des Afrikanderbondes überreicht dem Minister Chamberlain eine Adresse, in der um Einleitung einer Untersuchung über die Handhabung des Kriegsrechts, das Kommandieren im Kriege und die Eingebornenarbeit ersucht wird. Chamberlain erklärt in seiner Erwiderung, die Untersuchung sei unzulässig, da sie nur alte Wunden aufreißen würde. Er teile

die Hoffnungen der Abgesandten auf eine Föderation; er wünsche, er könnte es erleben, in Südafrika eine Reichsbevölkerung unter einem großen Parlament zu sehen. Es würde das größte Glück seines Lebens sein, wenn seine letzte staatsmännische Tat etwas zur Herbeiführung der Einigkeit der beiden weißen Rassen in Südafrika beitrage. Schon besitze er die sichere Ueberzeugung, daß er, was die Ruhe Südafrikas betreffe, voller Hoffnung und Zuversicht fortgehn könne.

4.

Chamberlains Rückkehr aus Südafrika.

14. März. Bei seiner Rückkehr sagt Chamberlain auf eine ihm in Southampton überreichte Adresse, er hoffe viel gelernt zu haben in Südafrika, dessen Geschichte infolge der entgegengesetzten Ideale der Holländer und Engländer stürmisch gewesen sei. Er glaube, daß nunmehr dauernder Frieden hergestellt sei. Er warnt weiter vor einer Ueberschätzung der erzielten Resultate seiner Mission. Der Fortschritt müsse langsam aber sicher sein. Man könne ruhig die Versicherungen der Burenführer annehmen, daß sie in Zukunft ihren Platz als Mitglieder des großen Reiches, dem sie angehörten, loyal ausfüllen würden.

20. März. Der Kolonialminister Chamberlain begibt sich im Zuge nach der Londoner Guildhall, wo ihm der Lord-Mayor eine Willkomm- und Glückwunschadresse überreicht. Die große Menge der Anwesenden, unter denen sich Minister, Peers, zahlreiche Parlamentsmitglieder, Vertreter der Zivil-, Militär- und Marinebehörden befinden, bereitet ihm einen begeisterten Empfang. Chamberlain erwidert bei der Entgegennahme der Adresse, er sei durch den warmen Empfang und die hochherzige Anerkennung seines Wirkens tief gerührt. Sein Besuch in Südafrika habe ihn mehr denn je davon überzeugt, daß der Krieg unvermeidlich gewesen sei. Er habe von den Burenführern sehr bestimmte Versicherungen ihrer Bereitwilligkeit empfangen, zur gedeihlichen Wiederaufrichtung des Landes mitzuwirken. In den Worten seines Freundes Delarey, sie würden der neuen Regierung ebenso treu sein, wie sie der alten waren, habe er keine Spur von rachsüchtiger Gesinnung gefunden; er sei weit davon entfernt, zu wünschen, daß dem tapfern Feinde irgendwelche Demütigung auferlegt werde. Er bewundre die würdige Annahme des Ergebnisses des Appells an die Waffen auf seiten der Buren. Beim darauffolgenden Frühstücksmahle in Mansion

House erwidert Chamberlain auf einen Trinkspruch des Lord-Mayor:

Was England und seine Kolonien in den ersten Jahren dieses Jahrhunderts tun, werde wahrscheinlich für immer die Frage entscheiden, ob das Reich gefestigt und aufrecht erhalten bleiben oder in getrennte Stücke zerfallen werde, die sich nur um ihre lokalen Sonderinteressen kümmern. Er glaube, daß die Kolonien nicht hinreichend erkennen, was sie ihrer Stellung als Mitglieder des Reiches schuldig seien; die alte Anschauung von der durch den Zentralstaat ausgeübten Herrschaft müsse durch eine neue Auffassung vom Wesen des Reichs, die sich auf die Gemeinschaft der Interessen gründe, ersetzt werden. Den Kolonien müsse der neue Geist eingeflößt werden, und alle müßten zu gemeinsamen Opfern für das allgemeine Wohl beitragen. Balfour führt aus, niemals sei in so kurzer Zeit ein so großes Ergebnis wie durch die südafrikanische Reise Chamberlains erzielt worden.

5.

Somaliland.

Vorbemerkung. Im April 1899 machte in dem von europäischen Besitzungen größtenteils umgebnen Nordostteile Afrikas ein Mann von sich reden, der unter dem Namen Mullah eine religiöse Bewegung gegen die verschiedenartigen Europäer ins Leben zu rufen bemüht war, die sich sowohl am Golf von Aden als auch am Indischen Ozean niedergelassen hatten. Er wurde insbesondre der englischen Kolonie am Golf von Aden lästig, von deren Hauptorte Berbera er nicht weit entfernt war. Englischerseits wurde gleichwohl nicht zeitig das Nötige zur Abwehr getan; nur den Abessiniern, die ihn in demselben Jahre bei Ogaden schlugen, hatten die Europäer ihr Heil zu verdanken. Dennoch wandte sich der Mullah wieder gegen Berbera; die endlich gegen ihn ausgesandten englischen Truppen unter Swaine konnten jedoch nichts ausrichten und zogen schließlich im Jahre 1901 durch die Wüste bis an den Ozean. Einem neuen Vormarsche trat Swaine entgegen, erlitt aber im Oktober 1902 bei Erego eine schwere Niederlage. Nun wurden englischerseits Truppen aus Mittelafrika und Indien herangezogen und dem General Manning unterstellt. Gleichzeitig unterstützte Italien die englischen Operationen, indem es die Stadt Abbia an der Küste des Indischen Ozeans als Ausgangspunkt zur Verfügung stellte. Ende Dezember 1902 setzte sich von hier aus eine britische Kolonne gegen den Madhi in Bewegung.

3. März. Die Hauptkolonne setzt sich unter General Manning von Abbia nordwärts in Bewegung.

29. März. Im südlichen Teile des Somalilandes hat eine britische Abteilung einen starken Zusammenstoß mit den Truppen des Madhi.

17. April. Eine britische Abteilung unter Oberst Cobbe, die von Bohotle in der britischen Kolonie südwärts aufgebrochen war, um sich mitten im Lande des Mullah mit der Mannings zu vereinigen, erleidet eine schwere Niederlage, über die Manning einen ausführlichen Bericht erstattet.

22. April. Auch eine Abteilung unter Major Gough erleidet eine Niederlage.

4. Mai. Dagegen werden die Truppen des Mullah abermals von den aus der Landschaft Harrar nach Südosten vorgerückten Abessiniern geschlagen.

31. Mai. Das Speerreiterkorps des Mullah wird von den Abessyniern geschlagen.

VII.

Auswärtige Angelegenheiten.

1.

Kanadisch-deutsche Zollfragen.

Die zum Teil in der ersten Hälfte des Jahres 1903 stattgehabte, am 14. Juli dieses Jahres in London amtlich veröffentlichte Korrespondenz zwischen der britischen und der deutschen Regierung über die deutsch-britisch-kanadischen Zollfragen ist folgenden Inhalts:

Sie beginnt im Mai 1897, kurz bevor Lord Salisbury den alten Handelsvertrag mit Deutschland kündigte, weil dieses sich über kanadische Vorzugstarife zugunsten Englands beschwert hatte. Nachdem seither ein modus vivendi auf Grund eines jährlich erneuerten Handelsvertrages zwischen Deutschland und England bestanden hatte, teilte Freiherr von Richthofen am 15. April dieses Jahres dem englischen Botschafter in Berlin in einer Note mit, daß die vom Bundesrat beabsichtigte Verlängerung des Meistbegünstigungsvertrages mit England sich leicht als undurchführbar erweisen könnte, wenn es sich bestätige, daß künftig deutsche Waren nicht mehr bloß in Kanada, sondern auch in Südafrika schlechter als englische behandelt werden sollten. Darauf erfolgte von englischer Seite zunächst nichts; am 15. Mai jedoch gab Minister Chamberlain im Unterhause die zollrevolutionären Erklärungen ab, und im Einklang damit teilte Lord Lansdowne am 20. Juni der deutschen Regierung mit, daß, wenn sie auf ihrem Standpunkt verharre oder gar den gegen Kanada adoptierten Differentialtarif unter Umständen auch gegen England anwenden wolle, das handelspolitische Verhältnis zwischen Deutschland und England in ein sehr ernstes Stadium rücken würde. In einer weitern Note vom 8. Juli betonte Lord Lansdowne nachdrücklich, die englische Regierung wünsche die Haltung der deutschen keineswegs als einen Versuch unberechtigter Einmischung in englische interkoloniale Verhältnisse zu stigmatisieren, Deutschland sei zu seinem Vorgehen von seinem Standpunkt aus vollkommen berechtigt; inkonsequent jedoch sei es, wenn Deutschland einerseits die englischen Kolonien als zollpolitisch vollkommen autonom ansehe und andrerseits am englischen Mutterlande selbständige koloniale Maßnahmen zu rächen drohe.

2.

Handelsvertrag mit Persien.

Vorbemerkung. Bis zu Beginn dieses Jahres war für die englisch-persischen Handelsbeziehungen der russisch-persische Vertrag vom Jahre 1828

maßgebend gewesen, der für russisches Einfuhrgut nach Persien einen allgemeinen Wertzoll von 5 v. H. festlegte. England partizipierte hieran im Wege eines Meistbegünstigungsabkommens. Vor zwei Jahren jedoch wies der belgische Generaldirektor der persischen Zollverwaltung Naus auf die Vorteile hin, die die persischen Finanzen aus einer Reform des Zolltarifs ziehn könnten. Rußland war damit einverstanden, wußte aber in dem kürzlich abgeschlossenen neuen Handelsvertrag mit Persien den Fünfprozentzoll für alle Waren russischen Ursprungs beizubehalten, während Erhöhungen namentlich für englische Exportartikel vorgesehen wurden, die Meistbegünstigungsklausel wurde somit für England praktisch wertlos.

9. Februar. Infolgedessen wird in Teheran zwischen Persien und Großbritannien ein Handelsvertrag geschlossen.

Dieser Vertrag bringt beide Länder in das Verhältnis der meistbegünstigten Nationen und sichert englischen Waren eine gleiche Behandlung zu wie russischen. Es wird ferner bestimmt, daß nach Persien importierte englische Waren keinen weitern Zoll zu zahlen haben, als den in dem Tarif angegebnen. Der bisher von Persien erhobne Exportzoll kommt, ebenso wie die zur Erhaltung der Karawanenstraßen erhobnen „Rahdari"-Abgaben, in Wegfall. Das System des Verpachtens der Zölle hört auf. Statt dessen werden an den Grenzen Persiens Regierungszollhäuser errichtet, die den Importeuren eine den Gesetzen entsprechende Behandlung ihrer Waren gewährleisten. Schließlich bestimmt der Vertrag, daß jedes Recht, das der russischen Regierung etwa eingeräumt werden sollte, gleichzeitig auch für die englische Regierung und die englischen Untertanen bewilligt wird. Die englischen Waren bezahlen nach dem neuen Abkommen dieselben Abgaben wie die russischen, und eine Herabsetzung der Zölle für russische Waren bringt von selbst eine Verminderung des Zolles der englischen Waren mit sich.

Italien.

I.

Gedächtnisfeier.

9. Januar. Anläßlich der 25. Wiederkehr des Todestages Viktor Emanuels II. wallfahrten viele Tausende aus Rom und ganz Italien zu dessen Grab im Pantheon, wo der König und die Königin einer Messe beiwohnen. Unter Führung des Generals Sonnaz begibt sich eine große Anzahl von patriotischen Vereinen, Vertretungen aus den Städten des Landes mit ihren Fahnen in feierlichem Zuge zum Pantheon. Ihnen schließen sich zahlreiche Senatoren, Abgeordnete und Vertreter von italienischen Kolonien aus dem Auslande an.

10. Januar. Der König empfängt mehr als anderthalbtausend Vertreter von Provinzialbehörden, Veteranenvereinigungen und der italienischen Kolonien, die zu denen gehörten, die im Pantheon am Grabe König Viktor Emanuels vorübergezogen waren. Der König dankt allen Teilnehmern an der Feier. General Sonnaz hält eine

Ansprache an den König und überreicht ihm aus Anlaß der Feier die geprägten Goldbenkmünzen für die Mitglieder der königlichen Familie.

II.

Parlament.

1.

Frage der Beschränkung des Militäretats.

14. Februar. In der Deputiertenkammer bringt Mirabelli, zugleich namens der übrigen sechzehn republikanischen Abgeordneten, den Antrag ein, die Regierung aufzufordern, die militärischen Ausgaben in Einklang mit der wirtschaftlichen Kraft des Landes zu bringen sowie die allmähliche Umgestaltung der militärischen Organisation in einer der Neuzeit und dem Bedürfnis der nationalen Verteidigung angepaßtere Form vorzunehmen.

17. Februar. Bei der Beratung dieses Antrags bestreitet Rosano, daß die Ausgaben des Kriegsbudgets nicht im Einklange mit der Finanzlage des Staates stünden, denn diese Ausgaben änderten sich nicht, während doch die wirtschaftliche Lage des Landes stetig fortschreite. Die militärischen Ausgaben müßten den besondern geographischen Bedingungen des Landes und seiner Verteidigung angepaßt werden. Italiens Ausgaben für das Heerwesen seien niedriger als die entsprechenden Aufwendungen andrer Länder. Redner spricht sich in anerkennendster Weise über das Heer aus, das die sicherste Hoffnung des Landes und die beste Garantie des Friedens sei. Ciccoti (Sozialdemokrat) betont die Notwendigkeit einer starken Marine, die die Aufgabe habe, überall da für Italiens Rechte einzutreten, wo Italiener arbeiten und des nationalen Schutzes bedürfen. Die italienische Marine habe bei den jüngsten internationalen Streitigkeiten die Ehre aufrecht erhalten.

18. Februar. (Fortsetzung.) Der Republikaner Delbalzo sagt, der Antrag sei nicht etwa von Mangel an Achtung und Zuneigung gegen das Heer diktiert worden; dieses habe sich stets brav und tapfer erwiesen. Er betrachte die Frage nur vom finanziellen Standpunkt aus. Fortis führt aus: Das allgemeine Streben der Völker sei zwar auf den Frieden gerichtet, es rüste aber niemand ab. Hierin das erste Beispiel zu geben, wäre gefährlich und unklug. Der Dreibund habe einen friedlichen Zweck, aber dem Dreibunde stehe der Zweibund gegenüber, der auch friedliche Zwecke befolge; jedenfalls müsse das den Friedensaposteln zu denken geben. Minister Morin erinnert daran, daß England, Frankreich, Rußland, Deutschland,

Oesterreich-Ungarn, die Vereinigten Staaten und Japan ihre Marinebudgets fast verdoppelt hätten, während Italien es um 11 Millionen herabgesetzt habe. Italien habe wegen seiner geographischen Lage, wegen der Auswanderung und der Interessen, die es schützen müsse, eine starke Flotte nötig. Die Marine habe freilich bei Lissa einst einen Unglücksfall gehabt durch den Fehler eines einzigen, aber seit 36 Jahren strebe sie danach, arbeite daran und bereite sich vor auf den Tag, wo sie eine Probe ihrer Leistungen ablegen könne.

19. Februar. (Fortsetzung.) Der Kriegsminister General Ottolenghi wendet sich gegen den Antrag, der zum Untergang der Armee führen würde. Die Ausgaben für das Heer könnten nicht vermindert werden, sie seien im Gegenteil nicht genügend. Man dürfe auch nicht vergessen, daß, während alle Staaten ihre Ausgaben für das Heer erhöhten, die Italiens allein dieselbe Höhe beibehalten hätten.

Hierauf erklärt Ministerpräsident Zanardelli, daß er unter Achtung der vom Parlament erlassenen Gesetze, ebensowenig wie er einer Erhöhung der ständigen Ausgaben des Kriegsministeriums zustimmen würde, auch eine Herabsetzung derselben zulassen könne. Er sei stets der Ansicht gewesen, daß die Ausgaben für die nationale Verteidigung in einem gewissen Verhältnis zur wirtschaftlichen Lage eines Landes stehen müßten, doch gebe es für jede Nation, wie es auch um ihren Reichtum stehe, ein Minimum, das unweigerlich für die nationale Verteidigung geopfert werden müsse. Er habe bereits früher dargelegt, daß die für die militärischen Ausgaben festgestellte Summe der Leistungsfähigkeit des Landes angemessen sei. Dies könne man jetzt um so mehr sagen, als die Lage des Budgets und der Nation sich erheblich gebessert habe. „Wir sind nicht reich — fährt der Ministerpräsident fort —, aber gerade deswegen geben wir viel weniger aus, als reichere Staaten, wie England, Frankreich, Deutschland und auch Oesterreich für ihr Heer und ihre Flotte ausgegeben haben und noch ausgeben. Können wir nun, während alle Staaten ihre Ausgaben und ihre Streitkräfte erhöhen, allein dieselben herabsetzen? Italien darf nicht vergessen, daß es sich zwischen zwei Staaten befindet, die nichts sparen, was ihrer militärischen Organisation nützlich sein könnte. Wollen wir also das Vaterland auf einen Zustand der Unfähigkeit herabführen? Das schließt nicht aus, daß man Reformen und Ersparnisse einführen könnte, aber vor allen Dingen müssen wir auf den Schutz unsrer Grenzen im Osten und Westen bedacht sein. Wir wollen den Frieden, aber wir können keinen Frieden mit Abrüstung wünschen, wenn wir wollen, daß Italien den Platz in der Welt hat, der ihm gehört.“ Der Ministerpräsident betont sodann, man könne

von keinem Militarismus bei der italienischen Armee sprechen, die ein unübertreffliches Beispiel in der Achtung vor den Gesetzen, im Patriotismus und in bürgerlichen Tugenden gebe. Durch Ablehnung des Antrags werde die Kammer zeigen, daß über ihre Gesinnung kein Zweifel herrsche, und daß sie von der der Regierung nicht abweichen könne, wenn es sich um die Macht und die Größe des Vaterlands handle.

Hierauf wird der Antrag Mirabellis mit 269 gegen 64 Stimmen abgelehnt.

2.

Kolonialles.

28. Februar. In der Deputiertenkammer erwidert der Unterstaatssekretär des Auswärtigen Baccelli auf eine Anfrage über den gegenwärtigen Aufenthaltsort des Mullah, daß dieser weit von Benadir entfernt sei. Die Genehmigung zur Landung der englischen Expedition in Obbia sei unter der Bedingung erteilt worden, die militärischen Maßnahmen möglichst derart zu leiten, daß der Mullah an einem Ueberfall auf Benadir gehindert werde. Die Annahme, daß die italienische Regierung beabsichtige, ganz oder teilweise ihre Rechte auf das Somaliland an England abzutreten, sei gänzlich unbegründet; im Gegenteil, die italienische Regierung habe zwar in freundschaftlicher Weise die englische Regierung zur Landung in Obbia ermächtigt, habe es aber ihre stete eifrige Sorge sein lassen, in würdiger Weise ihre Stellung als Schutzherrin aufrechtzuerhalten. (S. 361).

3. März. In Beantwortung verschiedner Anfragen über die Zustände in Benadir erklärt Minister Morin, er glaube, daß die Benadirgesellschaft trotz wiederholter an sie gerichteter Mahnungen nicht das getan habe, was sie zur Hebung des Landes hätte tun sollen. Die Gesellschaft gebe dies zum Teil selbst zu, sage aber, um sich in die Lage zu setzen, das Notwendige zu tun, müsse ihr Kapital erhöht werden. Was die Frage der Sklaverei betreffe, so werde die Regierung nicht ermangeln, ihre Pflicht zu tun. Was die in der Kammer niedergelegten Urkunden anlange, durch die die Gesellschaft verdächtigt werde, die Sklaverei zu begünstigen, so müsse er sich jedes Urteils enthalten, bis die von der Regierung eingeleitete Untersuchung darüber Klarheit gegeben habe, ob diese Urkunden echt seien.

3.

Ueber auswärtige Fragen.

16. Februar. Deputiertenkammer. In Beantwortung einer Anfrage Cirmenis erklärt der Unterstaatssekretär im Ministerium des Aeußern, Baccelli, die Regierung habe entsprechend den bei andern Gelegenheiten gegebnen Erklärungen und entsprechend den dringendsten Interessen des Landes niemals aufgehört, wachsam den Ereignissen auf dem Balkan zu folgen. Sie habe sich dabei in Fühlung mit den andern beteiligten Regierungen, namentlich den Verbündeten Italiens, gehalten.

23. Februar. Minister Morin beantwortet in der Deputiertenkammer Anfragen über die mazedonische Frage dahin:

Die am Berliner Kongreß beteiligten Mächte hätten allen Grund, darauf zu rechnen, daß der Vertrag vom 13. Juli 1878 für die Balkanhalbinsel eine dauerhafte politische Lage schaffen werde. In der Tat habe der Artikel 23 des Vertrages der Pforte die Verpflichtung auferlegt, in den europäischen Provinzen das organische Reglement gleich dem kretischen Reglement zur Anwendung zu bringen, die von einer gemischten Kommission, in der das eingeborne Element reichlich Vertretung zu finden hatte, aufgestellt werden sollten. Man hatte also allen Anlaß, anzunehmen, daß die Reglements den Mißbräuchen und den Rassen- und Religionskämpfen ein Ende machen würden. Allein die gemischten Kommissionen, die die Reglements vorbereiten sollten, sind niemals in Tätigkeit getreten. Das Land ist auch weiterhin in einer Weise verwaltet worden, die die Unzufriedenheit in verhängnisvoller Weise verschlimmern und zugleich Bestrebungen anstacheln mußte, deren unvermeidliche Wirkung die gegenwärtigen Wirren in Mazedonien und Bulgarien gewesen sind. Italien war die Rolle bei dem Werke der Diplomatie klar durch sein Recht als Mitunterzeichner der Verträge vorgezeichnet, die die Lage im ottomanischen Reiche regelten, wie auch durch seinen festen Willen, zur Erhaltung des Friedens beizutragen. Die italienische Regierung ließ es niemals an der Erfüllung von Aufgaben mangeln, niemals hat sich in Konstantinopel, Sofia oder sonstwo ein Ratschluß oder eine freundschaftliche Warnung vernehmen lassen, ohne daß Italien seine Stimme mit der der Mächte vereint hätte, die mit ihm die gleichen Absichten für Ordnung und Frieden hegten. Leider sei keine Maßnahme zur Besserung des kritischen Zustandes ergriffen, unter denen die europäischen Provinzen der Türkei heute immer noch leiden. Allerdings stellte die Pforte vor kurzem ein Reglement für die mazedonischen Wilajets auf, wobei ein hoher Beamter mit der Ueberwachung der Durchführung desselben betraut und einer Kommission die besondre Aufgabe übertragen wurde, die Berichte zu kontrollieren, die die Valis und der erwähnte Inspektor selbst an sie richten würden. Indessen sind diese Reformen in den Augen der Mächte nicht von der Art, um dem Uebel abzuhelfen, das sich seither nur zu sehr verschlimmert hat. Wir vernehmen daher mit Freude, daß bei der vor kurzem in Wien erfolgten Zusammenkunft von den Ministern des Auswärtigen Oesterreich-Ungarns und Rußlands die Initiative zu dem Programm ergriffen wurde, das den vom Sultan angeordneten Reformen die praktische Wirksamkeit hinzufügen soll.

24. Februar. Gelegentlich einer Anfrage Montis über das Verhalten des Auswärtigen Amtes gegenüber der Auflösung des

italienischen Vereins in Zara in Dalmatien kommt es in der Deputiertenkammer zu Tumulten.

2. März. In der Deputiertenkammer bringt Cirmeni ein Gerücht zur Sprache, demzufolge in Gemäßheit des Vertrags über den Dreibund jede etwaige Vergrößerung Oesterreich-Ungarns an Ländergebiet eine gleichwerte Vergrößerung im Gefolge haben solle, und bittet um Aufklärung. Minister Baccelli erwidert, er könne, da der Vertrag geheim sei, keine Antwort auf die Frage erteilen.

16. März. Auf eine Anfrage De Marinis erklärt der Unterstaatssekretär des Aeußern, Raccotti, die Regierung wisse nicht, ob zwischen England und Frankreich Unterhandlungen über die Mittelmeerfragen schweben oder abgeschlossen seien. Indes selbst wenn, was jetzt nicht zu erwarten sei, Veränderungen im Mittelmeer künftig eintreten könnten, so stellten frühere Erklärungen der Kabinette in Paris und London bestimmte Versicherungen dar, daß die Veränderungen nicht zum Nachteile Italiens geschehen seien. Italien wünsche, daß es zu keinen Veränderungen im Mittelmeere komme, sehe aber der jetzt auszuschließenden entgegengesetzten Möglichkeit ohne Ueberhebung und ohne Schwäche entgegen. Redner begrüßt die erneute englische Freundschaftsversicherung anläßlich des Durchzugs der englischen Expedition durch Obbia und betont, daß auch die Beziehungen zu Frankreich längst aufrichtig herzliche geworden seien. Marini wünscht, daß Italien dem Uebereinkommen Europas bezüglich Marokkos nicht fernstehe, und daß Italien bei keiner Frage, die das Gleichgewicht im Mittelländischen Meere betreffe, vergessen werde. Das sei von großem Interesse, weil England stillschweigend die Besetzung der Bucht von Comba in Tripolis vorgenommen haben solle.

4. Mai. Zu Beginn der Sitzung der Deputiertenkammer sagt der Präsident Bianchieri: Die Kammer wird Kenntnis haben von den gestern zwischen den Majestäten Kaiser Wilhelm dem Zweiten und König Viktor Emanuel ausgetauschten Trinksprüchen und wird sich den darin ausgesprochenen herzlichen Gefühlen anschließen. Ich erachte es indessen als eine teure Pflicht, dem Hause davon Kenntnis zu geben, daß ich die Ehre gehabt habe, von dem Könige dem Kaiser vorgestellt zu werden, und daß ich Seiner Majestät die ehrfurchtsvolle Huldigung der Nation überbracht und ihm die lebhafte Genugtuung der Nation dafür ausgesprochen habe, daß er zum drittenmal Italien einen Besuch abgestattet hat als eine Bekundung aufrichtiger und lebhafter Gefühle von Zuneigung und Freundschaft, die die italienische Nation mit der deutschen verbinden. Der Kaiser gab mir den angenehmen Auftrag, der Kammer für die von mir in ihrem Namen ausgesprochenen Gefühle zu danken. Indem ich

hierfür meinen Dank aussprach, habe ich mich für verpflichtet gehalten, dem Kaiser die ehrerbietigsten Glück- und Segenswünsche für die deutsche Nation zu übermitteln. Der Präsident spricht diese Worte stehend, die Kammer hört sie gleichfalls stehend an.

12. Mai. In Beantwortung einer Anfrage von Cirmeni und Santini erklärt der Minister des Aeußern Morin, die Vorgänge in Saloniki würden in keiner Weise die Haltung und die Politik ändern, die Italien bis jetzt den Unruhen gegenüber, die seit einiger Zeit in mehreren Provinzen der europäischen Türkei herrschten, eingenommen habe. Es sei eine Abteilung des Mittelmeergeschwaders nach Saloniki gesandt, um für die Sicherheit der dortigen italienischen Staatsangehörigen zu sorgen.

4.

Ueber die Landarbeiterausstände.

1. April. In der Deputiertenkammer beantwortet der Minister des Innern, Giolitti, mehrere Anfragen über die innere Politik und kommt dabei auf die Vorfälle im vorigen Jahre in Putignano und Candela bei Gelegenheit der Landarbeiterausstände zu sprechen.

Der Minister verteidigt das Vorgehen der Behörden und führt weiter aus, solche Vorkommnisse würden in dem Maße seltener werden, als sich die intellektuelle Lage der Arbeiterklassen bessern werde, um so mehr wenn die Eigentümer ihre Interessen selbst an Ort und Stelle wahrnehmen würden, anstatt sie wenig humanen Persönlichkeiten anzuvertrauen. Um Ruhestörungen zu verhindern, sei es nötig, die Ursachen zu beseitigen, das könne aber nicht auf einen Schlag erreicht werden. In die soziale Gesetzgebung müßten auch Bestimmungen eingeführt werden, die die Pflichten der Eigentümer regeln. Die besitzenden Klassen müßten zu der Ueberzeugung gelangen, daß es ihre Pflicht ist, die Lebensbedingungen der Arbeiterklassen zu verbessern. Man könne ja nicht sagen, daß in dieser Richtung nichts geschehen sei, eine Anzahl entsprechender Maßregeln komme bereits zur Anwendung oder sei in Vorbereitung, die Arbeiterklassen müßten aber für eine bessere Erziehung der Arbeiter sorgen, auch müßten die zu großen Landbesitze zerteilt werden.

5.

Angriffe auf die Marineverwaltung.

9. Juni. Die Deputiertenkammer berät einen Antrag des Sozialisten Morgari auf Einsetzung einer Untersuchungskommission über die Beschuldigung, daß die Marineverwaltung gegen Privatspekulation ungenügend geschützt und Budgetüberschreitungen vorgekommen seien; ferner den Antrag Franchetti auf Untersuchung über die Verhältnisse der Kriegsmarine und drittens den Antrag Fracani auf Einsetzung zweier Kommissionen zur Untersuchung der mit den Bewilligungen für das Heer und die Marine erzielten Erfolge.

10. Juni. In Fortsetzung dieser Verhandlung tritt der Minister des Aeußeren Morin als bisheriger Marineminister für den jetzigen Marineminister Bettolo auf, weist die Beschuldigungen gegen die Marineverwaltung zurück und zeigt ferner, daß die vom Rechnungshof ausgeübte Kontrolle eine absolute Garantie für die Verwendung der öffentlichen Gelder sei, und daß die für den Abschluß der Lieferungsverträge getroffnen Bestimmungen jeden Mißbrauch unmöglich machen. Des frühern Ministers Brin Verdienst sei es gewesen, die Marine durch die Errichtung der Stahlwerke von Terni vom Auslande unabhängig gemacht zu haben. Der Staat habe nur die Wahl zwischen den Panzern von Terni und denen von Krupp; die Preise von Terni seien niedriger als die Krupps, und was die Güte anbetreffe, könnten beide Fabrikate miteinander konkurrieren. Eine Anstalt, wie die von Terni, gereiche der nationalen Industrie zur Ehre. Was die Kosten der Schiffe und die sonstigen Fragen der Verwaltung anlange, so gebe das Budget darüber volle Auskunft, und eine Untersuchung könne dieser Auskunft nichts hinzufügen. Ministerpräsident Zanardelli erklärt, daß er aus dem pflichtgemäßen Gefühl der Zusammengehörigkeit sich weigern müsse, den Vorschlag einer Untersuchung in Erwägung zu ziehen. Alle sonst von der Kammer beschlossenen Untersuchungen hätten sich auf einen bestimmten Gegenstand bezogen und nicht die Regierung und die Führung der öffentlichen Aemter betroffen; im vorliegenden Falle verlange man dagegen eine Untersuchung, die die ganze Marineverwaltung umfassen würde. Er könne der jetzt vorgeschlagnen Untersuchung um soweniger zustimmen, als zur Rechtfertigung dieses Vorschlages keine einzige genaue Tatsache angegeben worden sei. Man sage, daß man Licht haben wolle; auch er liebe das Licht, aber man könne es auf mancherlei Art bekommen, ohne daß eine parlamentarische Untersuchung nötig wäre. Sowohl die Budgetkommission, die die Rechnungskontrolle ausübt, als auch eine von der Regierung zu ernennende Kommission könne Licht schaffen. Er nehme persönlich die Verpflichtung auf sich, daß die Wahrheit gesucht und im offnen Lichte gezeigt werden solle. Die Kammer könne nicht wollen, daß die Regierung im Amte bleibt, wenn sie beargwohnt und in ihrer Tätigkeit gehemmt wird. Sicherlich werde die Regierung niemals die Feigheit begehen, diese Herabsetzung anzunehmen, als die ihr Verbleiben im Amte erscheinen würde, wenn die Kammer die Untersuchung billigen sollte. — Hierauf wird der Antrag mit 188 gegen 149 Stimmen abgelehnt.

III.

Fürstliche Besuche.

27. April. Besuch des Königs Eduard von Großbritannien im Quirinal. Beim Festmahle bringt König Viktor Emanuel folgenden Trinkspruch aus:

Eurer Majestät, die wir heut das Glück haben, als unsern Gast zu sehen, entbiete ich mit innerster Befriedigung meinen Gruß. Seit den entferntesten Zeiten entwickelten sich herzliche Beziehungen zwischen meinen Vorfahren und den Herrschern, die Eurer Majestät auf Ihrem ruhmreichen Throne vorangingen. In einer näher liegenden Zeit, während der denkwürdigen Regierung der Königin und Kaiserin Viktoria, Eurer Majestät verehrten Mutter, in dem Augenblicke, da inmitten ernster Ereignisse Italiens Geschicke der Entscheidung entgegenreiften, hatte Italien England beständig auf seiner Seite, im Glück wie im Unglück, und jetzt ruft die Anwesenheit Eurer Majestät die alten und die neuen Erinnerungen wach, die mir und meinem Lande heilig sind. Möge die zwischen beiden Kronen und beiden Völkern bestehende Freundschaft ewig währen und immer fester werden. Mit diesem Wunsche und in diesem Glauben wünsche ich der großen britischen Nation alles Glück und trinke auf das Wohl Eurer Majestät, Ihrer Majestät der Königin und Kaiserin und der gesamten Königlichen Familie Englands.

König Eduard erwidert in englischer Sprache:

Eure Majestät wollen mir gestatten, meinen aufrichtigen und lebhaften Dank auszusprechen für die so sehr liebenswürdigen Worte, mit denen Sie meine Gesundheit ausgebracht haben. Ich kann Eurer Majestät versichern, daß es mir sehr angenehm gewesen ist, wieder einmal nach Rom zu kommen und Ihnen einen Besuch abzustatten. Ich hege das volle Vertrauen, daß die Gefühle gegenseitiger Freundschaft, die seit so langer Zeit zwischen meinem Lande und dem Ihrigen bestehen, niemals aufhören werden. Alle beide lieben wir die Freiheit und freiheitlichen Einrichtungen, und mit diesen großen Zielen vor uns sind wir zusammen auf den Wegen der Zivilisation und des Fortschritts einhergeschritten, gleichzeitig bestrebt, den allgemeinen Frieden aufrechtzuhalten. Es ist nicht lange her, daß wir Seite an Seite gekämpft haben, und wenn ich auch der Zuversicht bin, daß eine Gelegenheit dazu nicht wiederkehren wird, so habe ich doch die Gewißheit, daß wir stets vereint sein werden für die Sache der Freiheit und der Zivilisation, wie für das allgemeine Wohl und die Wohlfahrt aller Völker. Eure Majestät wollen gestatten, daß ich Ihnen nochmals für Ihre so herzlichen Worte danke, besonders auch für den rührenden Hinweis auf das Andenken meiner geliebten Mutter und für die liebenswürdigen Worte, mit denen Sie der Königin Alexandra und der übrigen Mitglieder meiner Familie gedachten. Auch danke ich Eurer Majestät und Ihrer Majestät der Königin für die warme Aufnahme, die mir von Ihnen und Ihrem Volke von meiner Ankunft an zuteil geworden ist, eine Aufnahme, die ich niemals vergessen werde. Ich trinke auf die Gesundheit Eurer Majestät und Ihrer Majestat der Königin.

1. Mai. Der Bürgermeister von Rom teilt der Bevölkerung die bevorstehende Ankunft des deutschen Kaisers in einem Aufrufe mit, der besagt:

Kaiser Wilhelm kehrt auf diesen Boden zurück, wo er dereinst von den Zurufen des Volkes und der unerschütterlichen Treue eines Freundes, des

viel beklagten edeln Königs Humbert, empfangen wurde. Eine patriotische Begeisterung erhob damals die Gemüter angesichts der beredten Kundgebung, die der Freundschaft zweier Völker die Weihe gab, denen die Mühen und Kämpfe um die wiedererrungne Einheit gemeinsam waren, und das Bild einer Zukunft des Friedens und der fruchtbaren Arbeit stellte sich den Augen der ganzen Welt dar. Die seit dem großen Ereignis vergangnen Jahre haben den Bund und die Freundschaft der beiden Nationen befestigt, und jenes Zukunftsbild ist Wirklichkeit geworden. Römer! Der Empfang, den ihr im Namen Italiens dem erhabnen deutschen Kaiser bereiten werdet, wird die Gefühle der lebhaften Bewunderung für die überaus hohen Eigenschaften des Kaisers Wilhelm widerspiegeln, des verehrten Hauptes seines starken Volkes und unsers treuen Freundes, dessen Verweilen unter uns wiederum einen denkwürdigen Zeitpunkt bezeichnen und abermals auf Rom die Gedanken der Italiener und die Aufmerksamkeit der ganzen gesitteten Welt lenken wird.

2. Mai. Ankunft des Kaisers Wilhelm, seiner Söhne, des Kronprinzen und des Prinzen Eitel Friedrich, des deutschen Reichskanzlers und des Generalfeldmarschalls Grafen Waldersee in Rom. Auf dem Esedraplatze begrüßt der Bürgermeister von Rom, Fürst Colonna, den Kaiser im Namen der Stadt mit folgender Ansprache:

Eure Majestät möge mir gestatten, Ihnen den Willkommen Roms zu entbieten und die Gefühle aufrichtiger Freude meiner Mitbürger auszudrücken. Indem Italien von neuem als Gast des italienischen Bodens Eure Majestät, die hehre Verkörperung der Treue des deutschen Volkes, erblickt, schart es sich um seinen König, um in der Person Eurer Majestät den erleuchteten und weisen Herrscher zu begrüßen, dessen allen edelsten und erhabnen Lebensäußerungen offner Geist dem italienischen Volke im Namen des deutschen Volkes aufs neue die Bekräftigung der Sympathie überbringt, die den Bund der Eintracht durch die Bande der festesten Freundschaft enger schließt, und Rom, das mit Rührung des Tages gedenkt, an dem Eurer Majestät erlauchter Vater dem römischen Volke vom Quirinal herab ein königliches Kind zeigte, das heute unser vielgeliebter Herrscher ist, wird Eurer Majestät einen Empfang bereiten, der den Empfindungen entspricht, die Ihre Gegenwart an seiner Seite in den italienischen Herzen erweckt.

Der Kaiser erwidert, er sei glücklich, in Rom zu sein, einer Stadt, die er liebe, und die von einem Volke bewohnt sei, das ihm so teuer sei.

(Die Trinksprüche beim Festmahle im Quirinal s. S. 9.)

IV.

Aenderungen im Ministerium Zanardelli.

21. April. Rücktritt des Ministers des Aeußern, Prinetti.

12. Juni. Da die Mehrheit in der Deputiertenkammer am 10. Juni, wenn sie auch zugunsten des Ministeriums ausfiel, doch eine auffällige Veränderung der politischen Lage auswies, da einerseits die äußerste Linke, die bisher theoretisch wenigstens regierungs-

freundlich war, ihr Mißtrauen aussprach, andrerseits unter der Mehrheit Abgeordnete waren, die sonst die Regierung bekämpften, so tritt der Minister der Innern, Giolitti, zurück.

21. Juni. Auch das Entlassungsgesuch des Ministers Bettolo wird genehmigt. Der Ministerpräsident Zanardelli wird vorläufig mit dem Innern, der Minister des Aeußern, Morin, vorläufig auch mit dem Ministerium der Marine betraut.

V.

Parlament. (Fortsetzung.)

25. Juni. In der Deputiertenkammer spricht sich der Ministerpräsident Zanardelli dahin aus, er habe in der letzten Krisis versucht, die Grundlage der Mehrheit nach der ihm in ihren Gedanken und Zielen am nächsten stehenden Seite der Kammer zu erweitern. Er hoffe, nicht vergeblich in diesem Sinne tätig gewesen zu sein, obgleich er gewünscht hätte, eine direkte Mitwirkung durch die Teilnahme an der Regierung zu finden. Uebrigens liege ihm jede Umwandlung, die eine Entartung des parlamentarischen Regimes bedeute, fern. Bei dieser Sachlage hätten, da es verfassungsmäßig zweifellos richtig gewesen wäre, das Kabinett, das noch gestern ein Votum der Kammermehrheit erhalten habe, beizubehalten, er und seine Kollegen es für ihre Pflicht angesehen, sich der Kammer wieder vorzustellen. Ihn habe auch der Gedanke geleitet, daß, wenn seinem seit zwei Jahren regierenden freiheitlichen Ministerium ein von entgegengesetzten Grundsätzen beseeltes folgen sollte, die Verantwortung dafür nicht ihn, sondern dem Votum der Kammer zustehen solle, das diese in den nächsten Tagen abgeben möge.

26. Juni. In Fortsetzung dieser Beratung der Deputiertenkammer sucht der Ministerpräsident Zanardelli mehrere gegen das Ministerium erhobne Anklagen zu widerlegen. Er erklärt ferner, daß er einen Gesetzentwurf einbringen werde, der eine auf die Vermehrung der Ausgaben zielende Initiative im Parlament einschränken solle. Anträgen betr. die Verbesserung der Verhältnisse in Sizilien stehe er wohlwollend gegenüber. Einen Gesetzentwurf zugunsten der Basilicata werde er einbringen. Von den Handelsverträgen sei nur der mit Oesterreich-Ungarn dringend. Das Ministerium habe schon einen neuen Zolltarif vorbereitet, ihn aber nicht eingebracht, weil es hoffe, seiner nicht zu bedürfen. Einem Deputierten, der ausgeführt hatte, Zanardelli habe die Rückkehr der Reaktion unmöglich gemacht, erwidert der Ministerpräsident, die Rückkehr sei sehr wohl möglich, zumal bei den Mißbräuchen nach der

Periode wahrer Freiheit. — Die bezüglich der auswärtigen Politik befürchtete Gefahr sehe er nicht, denn Italien habe niemals soviel Sympathie und soviel Geltung im Auslande gehabt als jetzt. Mit vollem Bewußtsein fordere er die Kammer auf, ihm ihre Abstimmung zu unterbreiten. Schließlich wird eine von der Regierung gebilligte Tagesordnung mit 257 gegen 171 Stimmen angenommen.

VI.

Papst Leo.

20. Februar. Papst Leo der Dreizehnte feiert den 25. Jahrestag seiner Erwählung als Nachfolger Pius des Neunten. In der Sala Regia des Vatikans erteilt er den Versammelten den Segen. Im Saal der Seligsprechungen besteigt er den „Thron" und empfängt belgische Pilger. In der Peterskirche wird ein feierliches Tedeum für den Papst gesungen.

1. März. Der Papst empfängt in der Bibliothek des Vatikans das aus 42 Kardinälen bestehende Kollegium. Nach einer Ansprache überreicht er jedem Kardinal eine Schrift, die die hervorragendsten Ereignisse während seines Pontifikats erwähnt, und ein von ihm verfaßtes Gedicht in lateinischer Sprache enthält. Zum Schluß drückt der Papst seinen Dank aus und weist dabei auf sein hohes Alter und auf sein Lebensende hin, das nicht mehr fern sein könne.

3. März. In der Peterskirche feiert Kardinal Langenieux die Messe. Darauf stimmt der Papst das Tedeum an, in das die ganze Versammlung einfällt, während die Glocken der Basilika und aller übrigen Kirchen Roms läuten. Nach dem Tedeum bewegt sich der Zug vor den Altar, wo der Papst den Segen erteilt. Abends festliche Beleuchtung der Kirche.

29. April. König Eduard von Großbritannien besucht den Papst Leo.

7. Mai. Der Papst empfängt einen Pater, der vom Erzbischof von Baltimore, Kardinal Gibbons, beauftragt worden ist, dem Papste aus Anlaß seines Pontifikatsjubiläums die Glückwünsche des Präsidenten Roosevelt zu übermitteln und eine aus zehn Bänden bestehende Sammlung der Botschaften und offiziellen Schreiben der Präsidenten der Vereinigten Staaten von 1789 bis 1897 zu überreichen. Die Sammlung trägt eine eigenhändige Widmung des Präsidenten Roosevelt.

22. Juni. Papst Leo hält eine Ansprache im Konsistorium. Er erinnert an die ihm zu Ehren anläßlich des Jubiläums veröffent-

lichten Kundgebungen und hebt hervor, daß sich der Katholizismus in schwieriger Lage befinde. Die der Christenheit feindliche Gesinnung breite sich immer mehr aus, in Sitte, Gesetz, öffentlichen Einrichtungen, in der Philosophie, in den schönen Künsten, nicht selten sogar in der Literatur. Schutz und Zuflucht müsse in der Güte Gottes gesucht werden. Ein Teil der Ansprache lautet wörtlich also:

Es erfüllt uns zwar mit besondrer Freude, euch heute an diesem würdigen Orte in großer Anzahl wiederzusehen. Wäre doch auch alles, was zur Sprache gelangt, zu vernehmen in gleicher Weise erfreulich! Der Verlauf des letzten Jahres war gewiß nicht ohne Trost. Nicht ohne Grund pflegen ja Kümmernisse erleichtert und der Geist gehoben zu werden, wenn unzweifelhafte Beweise christlichen Glaubens und christlicher Liebe zum Vorschein gelangen; solche haben Wir in der Tat während dieser abgelaufnen Monate bei vielen Tausenden von Menschen wahrgenommen, die mit so großer Ehrfurchtsbezeigung und Einmütigkeit wetteiferten, dem Papste Ehre zu erweisen. Der Hinweis darauf ist erfreulich und berechtigt zu froher Hoffnung; allein es ist euch nicht unbekannt, wie zahlreich in andrer Hinsicht die Angelegenheiten sind, die Uns Sorge bereiten. Was Wir oft bei andrer Gelegenheit über die schwierige Lage der katholischen Sache gesagt haben, soll jetzt vor euch nicht wiederholt werden, obwohl es noch gar sehr für die Gegenwart Geltung hat. Eines können Wir nicht mit Schweigen übergehen, dessen Gedanke Uns ebenso in unglaublicher Weise mit Besorgnis erfüllt, wie es die einzelnen Christen, die dieses Namens würdig sind, auf das tiefste erschüttern muß: Wir meinen die feindseligen Gesinnungen gegen die christliche Bildung der Völker, die die Gegenwart in das Staatengefüge eindringen und täglich mehr hervortreten sieht. Eine schroffe und hartnäckige Abneigung gegen die den Menschen von dem Erlöser Jesus Christus überlieferte Weisheit und Bildung erscheint in das Leben der Menschen eingedrungen, nicht ohne vorbedachte Rückkehr zu den Anschauungen und Einrichtungen der unglücklichen Heiden. Diese Gesinnungen bekunden in nicht undeutlicher Weise die Sitten sehr vieler, desgleichen die Gesetze, die öffentlichen Einrichtungen, die Philosophie, die schönen Künste und nicht selten auch in frevelhafter Weise die Literatur. Deshalb müßte man bei einiger Umschau den Untergang der katholischen Einrichtungen gleichsam als eine beschlossene und bestimmte Sache erklären; so groß ist die Zahl derer, die gegen sie im privaten und öffentlichen Leben, teils im geheimen und dem Scheine nach in milderer Form, teils mit offener Gewalt und ohne Mäßigung vorgehen. Der Geist sträubt sich zu betrachten, wohin schließlich diese Anschläge führen werden, wenn Gott nicht Hilfe sendet. Welches Gut, welche Hoffnung bleibt denn jenen übrig, die die durch Jesus Christus erworbnen Güter freiwillig zurückgewiesen haben? Allerdings können die Menschen diese Güter allenthalben und vollständig dem menschlichen Geschlechte ebensowenig rauben, wie die Entschlüsse und den Willen des allmächtigen Gottes vereiteln, allein durch Hochmut und Hartnäckigkeit können sie vielen Schäden Tür und Tor öffnen, wodurch das ewige Heil einer ungeheuern Menge in Gefahr kommt. Wenn man bei diesen in weiten Kreisen hereinbrechenden Uebeln den Willen hat, gegen Aergeres Vorkehrungen zu treffen, möge man bei der göttlichen Erbarmung Schutz und Hilfe suchen. Ganz besonders müssen wir Jesus Christus selbst anflehen, damit er sein Werk auf Erden, nämlich die Güter seiner Erlösung, immer beschützen und bewahren und es nicht zulassen möge, daß seine Erbschaft zum Teil zerstört

werde. Es handelt sich um die gemeinsame Sache aller. Deshalb müssen alle die, die den alten Glauben lieben und selig werden wollen, zum demütigen und innigen Gebete aufgefordert werden. Damit wir aber nichts unterlassen, was dem Heile dienlich erscheint, haben Wir Uns entschlossen, ein Schreiben über die besprochene Angelegenheit zu veröffentlichen; Wir werden es bald erlassen, indem Wir Unsre Hoffnung auf den setzen, dessen Macht alles unterworfen ist.

Weiterhin teilt der Papst mit, daß und weshalb er den von den gräko-melchitischen Bischöfen der Kirche von Antiochia in der Synode zu Ain-Traz am 28. Juni v. J. an Stelle des verstorbenen Petrus Geraigiri zum Patriarchen erwählten bisherigen Erzbischof von Aleppo, Cyrillus Geha, in seiner neuen Würde anerkannt und bestätigt habe.

24. Juni. Der Papst setzt den von ihm neuernannten Kardinälen, darunter dem Erzbischof Fischer von Köln, den Kardinalshut auf.

25. Juni. Im geheimen Konsistorium verkündigt Papst Leo die Neubesetzung von 68 Bistümern, darunter 6 Metropolitan-, 3 Erzbischofs-, 34 Kathedralkirchen und 25 Titularkirchen. Unter den neuen Erzbischöfen befinden sich die von Köln, Glasgow, New-York, Chicago und Bagdad, unter den Titularbischöfen der Weihbischof Müller von Köln, der apostolische Vikar von Sansibar, Spieß, sowie mehrere Weihbischöfe und apostolische Vikare. Der Kölner Kardinal-Erzbischof Fischer erhält den Kardinalstitel von Nereus und Achilleus.

28. Juni. Im Lateran findet die feierliche Grundsteinlegung zu einem Denkmal statt, das die katholischen Arbeitervereine der ganzen Erde der Fürsorge zu setzen beabsichtigen, der Papst Leo bei vielen Gelegenheiten Ausdruck verliehen hat. Auf drei Bronzetafeln sollen die drei Rundschreiben Leos des Dreizehnten über die Arbeiterfrage wiedergegeben werden. (Den größten Raum werden die Namen der 750 deutschen Arbeitervereine, die 120000 Mitglieder zählen, einnehmen.)

Personen-Verzeichnis.

Achelis, Prof. in Marburg 59. 69.
Alexander, König von Serbien 284.
Althoff, preuß. Min.-Dir. 160. 161. 168.
Andrassy, Graf, ungar. Abg. 282.
v. Arnim, preuß. Abg. 180.
Asquith, brit. Abg. 330.

Bachmann, preuß. Abg. 182.
Bärnreiter, österr. Abg. 268.
Balfour, brit. Ministerpräsident 327. 336. 341. 350. 352. 354.
Barth, d. R.-T.-Abg. 109. 117; preuß. Abg. 155. 159. 186.
Bebel, d. R.-T.-Abg. 102. 119.
Becker, Oberbürgermstr. von Köln 144.
Benzler, Bischof von Metz 11.
Bernstein, soz.-dem. Schriftsteller 76. 123.
Bianchieri, Präs. der ital. Deputiertenkammer 368.
Bierling, Prof. 170.
Bourgeois, franz. Abg. 301.
Brodrick, brit. Kriegs-Min. 328. 329. 332.
Budde, preuß. Min. 115. 156. 157. 168. 171. 173. 180. 181. 191.
v. Bülow, Graf, d. Reichskanzler 27. 35. 92. 96. 100. 105. 108. 110. 111. 121. 128; preuß. Min.-Präs. 142. 146. 149. 186. 188.
Burchard, Erster Bgmstr. v. Hambg. 18.

Campbell-Bannerman, Mitgl. d. brit. Unterh. 327. 341.
Carlos, König von Portugal 354.
Carmer, Graf, d. R.-T.-Abg. 116.
Chamberlain, Austin, brit. Generalpostmeister 328. 335.
Chamberlain, brit. Staatssekr. für die Kolonien 337. 341. 343. 347. 357 bis 361.
v. Chlapowski, preuß. Abg. 167.
Christian IX., König v. Dänemark 7.
Colonna, Fürst, Bürgermstr. v. Rom 9.
Combes, fr. Min.-Präs. 308. 311. 320.
Cranborne, brit. Unterstaatssekr. 328. 353.
v. Czarlinski, d. R.-T.-Abg. 118.

Dasbach, Kaplan 67.
Dauzenberg, preuß. Abg. 158.
Delitzsch, Prof. 1. 78.
Deschanel, franz. Abg. 302. 318.
Dilke, brit. Abg. 345. 350.
Dittrich, preuß. Abg. 185.
v. Dohna-Finckenstein, Graf 36. 40.
v. Douglas, Graf, preuß. Abg. 163.
Dryander, Oberhofprediger 169.
v. Durant, Freiherr 38. 168.
v. Dziembowski-Pomian, d. R.-T.-Abg. 135. 167.

Eduard, König von Großbritannien 354. 371.
v. Endell, Major a. D. 72. 75. 154.
Eppinger, österr. Abg. 266.
Ernst, preuß. Abg. 152.
Esterhazy, Graf 288.
d'Estournelles, franz. Abg. 303. 306.
v. Eynern, preuß. Abg. 158.

Fischer, Erzbischof von Köln 212.
Forster, Parl.-Sekr. d. brit. Admiralität 328. 329. 333.
Friedberg, preuß. Abg. 178. 180. 185.
Fritzen, preuß. Abg. 146.
Funck, preuß. Abg. 160.

Georg, König von Sachsen 6.
v. Gersdorff, d. R.-T.-Abg. 118.
Giolitti, ital. Minister 369.
v. Götzen, Graf, Gouverneur von Ostafrika 124. 125. 260.